

BETEILIGUNGSBERICHT 2022

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Fotos Titelseite und Vorwort:

Quelle: Stadt Halle (Saale) / Thomas Ziegler

Redaktionsschluss: 8. September 2023

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2022	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	23
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	25
	Finanzbeziehungen 2022 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022	36
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021	40
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020	44

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	48
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	53
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	58
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	59
	Stadtwerke Halle GmbH	60
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	86
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	87
	A/V/E GmbH	101
	Cives Dienste GmbH	108
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	118
	EGE-B Verwaltung GmbH	130
	EGE-P Verwaltung GmbH	134
	Energiedienste GmbH	139
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	146
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	156
	EVH GmbH	170
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	188
	EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	194
	EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	200
	EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	206
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	212
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	218
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	229
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	251
	IT-Consult Halle GmbH	259
	RAB Halle GmbH	272
	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	282
	SP X GmbH & Co. KG	291

SP XVII GmbH & Co. KG	297
SP XVIII GmbH & Co. KG	303
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	309
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	314
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	321
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	326
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	337

3.3 VERKEHR 349

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	350
Hallesche Verkehrs-AG	358
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	377
Servicegesellschaft Saale mbH	388

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT 397

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	398
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	403
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	415
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	441

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG 444

Bio-Zentrum Halle GmbH	445
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	462
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	468
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	477
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	484
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	498

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	517
	Bäder Halle GmbH	518
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	530
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	540
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	551
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	566
	Maya mare GmbH & Co. KG	572
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	583
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	587
	Serva GmbH	598
	Stadion Halle Betriebs GmbH	601
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	606
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	609
3.7	KULTUR	613
	Stiftung Händel-Haus	614
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	630
	Zoologischer Garten Halle GmbH	640
3.8	ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	650
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	651
	Saalesparkasse	658

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Bürgermeisters



Nachdem die Herausforderungen der Corona-Pandemie die vergangenen beiden Jahre besonders prägten, sehen sich auch die Stadt Halle (Saale) und die städtischen Beteiligungen mit den bedeutsamen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des schrecklichen Krieges in der Ukraine konfrontiert.

Im Fokus standen für die Beteiligungen insbesondere die Entwicklung der Energiepreise, die inflationsbedingten Kostensteigerungen, aber auch Material- und Lieferengpässe.

Neben der großartigen Hilfsbereitschaft der Hallenserinnen und Hallenser für die Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, engagierten sich auch die städtischen Beteiligungen: Beispielsweise erfolgte die Bereitstellung von möblierten Wohnungen durch die städtischen Wohnungsgesellschaften und die Stadtwerke haben tatkräftig bei der Aktion „Möbelspenden“ unterstützt.

Natürlich wartete das Jahr 2022 auch mit tollen Ereignissen und schönen Momenten auf. Als ein Beispiel sei an dieser Stelle das 100. Jubiläum der Händel-Festspiele als kulturelles Ereignis hervorgehoben. Das Barockmusikfest begeisterte nicht nur die Hallenserinnen und Hallenser, sondern lockte auch ein überregionales und internationales Publikum in unsere Stadt. Von der Stiftung Händel-Haus wurde dieses Jubiläum ganzjährig thematisch umgesetzt.

In der Stadt Halle (Saale) wird zudem die Mobilitätswende weiter vorangetrieben. Drei neue Elektrobusse werden von der Hallesche Verkehrs-AG seit Juni 2022 im Linienbetrieb eingesetzt. Weiterhin werden in den kommenden Jahren neue Straßenbahnen angeschafft und damit die Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs für die Fahrgäste weiter ausgebaut.

Zu einer Steigerung der Attraktivität des halleschen Zoos wird die neue „Reilsalm“ beitragen, die dem Publikum im Oktober 2022 feierlich übergeben wurde.

Abschließend danke ich den Beschäftigten und Geschäftsleitungen der städtischen Beteiligungen für ihre hervorragende Arbeit. Mein Dank gilt auch den engagierten Mitgliedern in den Aufsichtsgremien und der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die versierte Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2023



Egbert Geier
Bürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2022 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 52 Kapital- und Personengesellschaften, zwei Eigenbetrieben sowie fünf Stiftungen und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 61 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen nahezu 7.000 Mitarbeitenden und 320 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2022 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2021 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen
(einschließlich Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

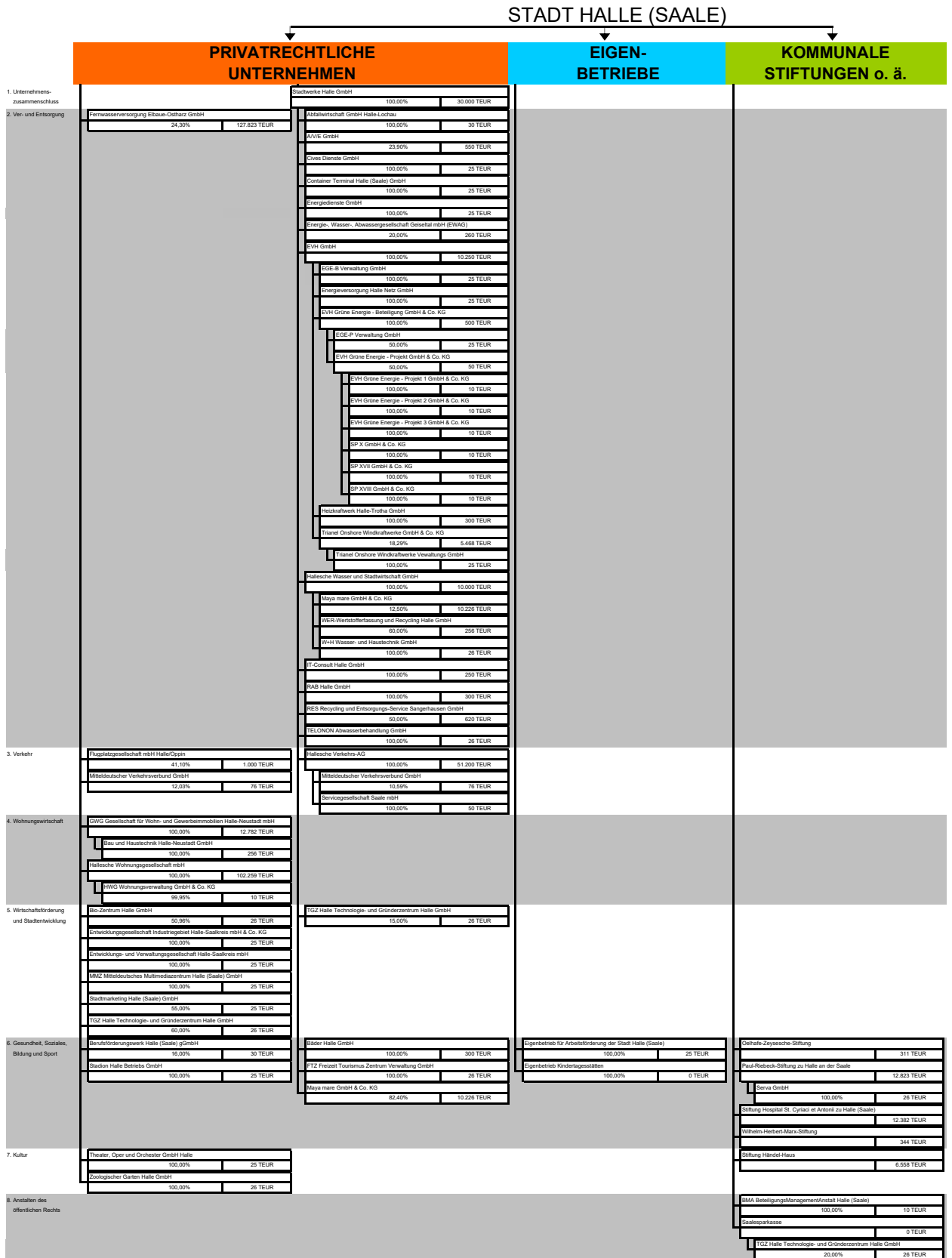
Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2022



Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
--------------------	---	--

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
-----------------------	--------	--------

2. VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	25	50,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	50	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	24,30
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SP X GmbH & Co. KG	10	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	50,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
--------------------	-------------------------------------	--

TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	76	22,62
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %
(Gesamtquote)

6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH	300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	311	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
Serva GmbH	26	100,00
Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	

7. KULTUR

Stiftung Händel-Haus	6.558	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2021 hat sich folgende wesentliche Veränderung in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Gesellschafter der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA), die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH, haben ihre Anteile mit Wirkung zum Jahresende 2022 auf die Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR übertragen. Die Rückabwicklung des FSA-Kaufvertrages aus dem Jahre 2004 ist damit vollzogen. Die Anteile an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH gehören somit nicht mehr zum mittelbaren Beteiligungsportfolio der Stadt Halle (Saale).

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2022 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 16 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Insbesondere Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch die städtischen Beteiligungen in ihren unterschiedlichen Rechtsformen wirtschaftlich erbracht werden.

Die Balance zwischen einem effektiven Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist das zentrale Ziel der Stadt Halle (Saale) bei der Steuerung ihrer Beteiligungen. Im Interesse des Gemeinwohls können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben in einer hohen Qualität erbringen sowie an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden / Bürgerinnen und Bürger ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine moderne und kosteneffiziente Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Gewährleistung von Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese das Grundfundament für eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen und ökologischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von **hoher Lebensqualität** und **Wirtschaftsattraktivität**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** durch eine erfolgreiche und zugleich nachhaltige Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es müssen nachhaltige und zukunftsträgliche Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten werden. Die Betrachtungsweise als „**Konzern-Stadt**“ rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Mit dieser Zielsetzung übt die Stadt Halle (Saale) als Gesellschafterin ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen aus; unterstützt durch die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsgremien.

Die **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios und dessen Steuerung zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist wichtiger Teil der Beteiligungsstrategie.

Ein Beleg für eine wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2022 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2022 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.22)	Stand Bürg- schaften (31.12.22)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	28.093					1.573	16.340			
	Stadtwerke Halle GmbH	28.093 ¹⁾					1.573 ²⁾	16.340 ³⁾			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		1.255				7.058	632		10.160	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(743 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(125 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(32 ³⁾)			
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH										
	EGE-B Verwaltung GmbH										

¹⁾ davon städtischer Eigenanteil zur Finanzierung des ÖPNV gemäß öDA (6.436 TEUR), Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.300 TEUR), Mittel aus Billigkeitsleistungen zur Kompensation von Fahrgeldeinnahmeverlusten durch die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets und für Schäden durch die COVID-19-Pandemie (12.214 TEUR), Zahlungen für Stadtbahnprogramm (3.993 TEUR [davon 1.902 TEUR aus in Vorjahren gebildeten Rückstellungen]), Nachzahlungen für Folgemaßnahmen Individualverkehr im Rahmen des Stadtbahnprogramms (53 TEUR) sowie Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG (1.945 TEUR) und Mittel des Saalekreises für die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets und für Schäden durch die COVID-19-Pandemie (152 TEUR)

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (1.145 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.22)	Stand Bürg- schaften (31.12.22)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EGE-P Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Energiedienste GmbH ⁴⁾							(101 ³⁾)			
Energieversorgung Halle Netz GmbH							(274 ³⁾)			
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)							(62 ³⁾)			
EVH GmbH		201 ⁵⁾					(35.241 ³⁾)		8.172 ⁶⁾	
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG							(160 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG							(180 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG							(470 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

⁵⁾ Fördermittel (Stadtumbau Ost) für verschiedene Maßnahmen an den Netzen

⁶⁾ Auf Basis der Zahlungsflüsse: 7.872 TEUR für Strom und Gas sowie 300 TEUR für Fernwärmegestattung.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH für das Jahr 2022 nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein Betrag von insgesamt 7.670 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (6.893 TEUR) und Gas (477 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (300 TEUR).

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.22)	Stand Bürg- schaften (31.12.22)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG							(83 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG							(783 ³⁾)			
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH							632 ³⁾)			
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		1.054 ⁷⁾)				7.058	(12.453 ³⁾)		1.988 ⁸⁾)	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(6.416 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH							(786 ³⁾)			
RAB Halle GmbH							(364 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgung-Service Sangerhausen GmbH							(79 ³⁾)			
SP X GmbH & Co. KG							(198 ³⁾)			
SP XVII GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Fördermittel für verschiedene Maßnahmen

⁸⁾ Zahlungen Konzessionsabgabe Trinkwasser von 495 TEUR für 2021 und 1.493 TEUR für 2022.

<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.22)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.22)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

SP XVIII GmbH & Co. KG									
TELONON Abwasserbehandlung GmbH									
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG						(204 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH						(4 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH						(4 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(440 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.22)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.22)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
3. VERKEHR	4.918	6.424					80			
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							80 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	3.547 ⁹⁾	6.424 ¹⁰⁾					(349 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.371 ¹¹⁾									
Servicegesellschaft Saale mbH							(40 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR) und Betreiberentgelt Parkeisenbahn (32 TEUR)

¹⁰⁾ Ersatzbeschaffung Straßenbahnen (6.031 TEUR) und Beschaffung Elektrobusse (393 TEUR)

¹¹⁾ Betriebskostenzuschuss (413 TEUR) und Ausgleich verbundbedingter Belastungen (958 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.22)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.22)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT		59					70.643	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(243 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							5.533 ¹²⁾	2.000 ¹²⁾		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH		59 ¹³⁾					65.110 ¹⁴⁾	5.000 ¹⁴⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Bilanzgewinn 2021 in Summe 7.533 TEUR, aus Jahresüberschuss 2021 (4.900 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahr von 2.633 TEUR

¹³⁾ Fördermittel für Sicherungsmaßnahmen

¹⁴⁾ Bilanzgewinn 2021 in Summe 70.110 TEUR, aus Jahresüberschuss 2021 (13.748 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 1.374 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 57.736 TEUR

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.22)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.22)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.736				368		114	1.329		45
Bio-Zentrum Halle GmbH							23 ³⁾			
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG								1.329 ¹⁵⁾		
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							31 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					368					45
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.736 ¹⁶⁾						21 ³⁾			
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							39 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁵⁾ Kapitalentnahme

¹⁶⁾ davon 350 TEUR für Projekt Standortmarketing 2022, 105 TEUR Rate für Projekt Standortmarketing 2023, 120 TEUR einmalige Zuwendungserhöhung Zukunftszentrum

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.22)	Stand Bürg- schaften (31.12.22)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	58.949	10.062		500	200	7.615	1			82
Bäder Halle GmbH	5.092 ¹⁷⁾						(1 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.994									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten **	50.993	10.062 ¹⁸⁾								
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					200	4.224				82

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2022 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁷⁾ Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 4.561 TEUR (netto) zzgl. 319 TEUR USt.

Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 212 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH für Maßnahmen zur Sanierung des Dachs des Freibads Saline.

[Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2022 für das Jahr 2021 in Höhe von 212 TEUR (brutto).]

¹⁸⁾ davon für Kindertagesstätten „Stadtzwerge“ (1.306 TEUR), „Kinderinsel“ (983 TEUR), „Traumland/Sausewind“ (4.809 TEUR), „Am Breiten Pfuhl/Einstein“ (2.867 TEUR) und „Tabaluga“ (97 TEUR)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.22)	Stand Bürg- schaften (31.12.22)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870			500 ¹⁹⁾			1 ³⁾			
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.391				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR

43.751

6.066

Stiftung Händel-Haus	1.928									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	38.513 ²⁰⁾						5.828 ³⁾			
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.310						238 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁹⁾ Pacht Leuna-Chemie-Stadion (Zahlung an Stadt)

²⁰⁾ davon Zuschuss Liquidität (995 TEUR) und Dynamisierung (4.441 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.22)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.22)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	1.094						96			
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.094						96 ²¹⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	138.541	17.800		500	568	16.246	93.972	8.329	10.160	127

²¹⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	33.115	8.859	12.279	754.235	559.573	118.146	284.125	37,7	104	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.376	6.697	748	59.021	31.549	24.168 ¹⁾	5.367	9,1	33	0
A/W/E GmbH	16.919	16.332	323	6.262	411	89	2.077	33,2	259	8
Cives Dienste GmbH	751	751	20	84	3	3	25	29,7	14	5
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	18.188	17.805	-113	3.774	891	173	290	7,7	83	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	12	0	33	0	0	26	79,0	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	16	15	3	41	0	0	32	78,9	0	0
Energiedienste GmbH ²⁾	4.729	4.729	101	6.973	5.923	438	2.025	29,0	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	137.696	133.349	283	24.546	10.494	1.530	7.954	32,4	268	41
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.781	5.964	-477	6.364	4.807	751	2.485	39,0	55	0
EVH GmbH	707.640	710.575	32.462	530.373	354.418	23.742	122.838	23,2	310	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	2	0	196	14.970	12.638	500	9.696	64,8	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	3.714	3.701	2.130	19.045	17.007	0	3.410	17,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	4.575	4.364	2.692	28.905	21.801	1.186	4.610	15,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	2.090	1.829	1.108	25.991	14.470	9.122	3.510	13,5	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	102	102	8.154	36.481	24.769	5.400	33.695	92,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	51.505	47.393	1.409	178.371	166.149	14.981	131.786	73,9	220	4

¹⁾ Umgliederung und Neuanlage von Finanzmitteln für die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie

²⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	139.149	130.266	11.791	567.199	531.951	22.775	94.328	16,6	551	28
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	29.353	29.229	10.213	54.756	22.947	1.209	25.522	46,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.881	32.910	760	11.238	5.667	631	522	4,6	249	12
RAB Halle GmbH	9.015	8.942	448	4.290	2.273	83	1.708	39,8	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	6.046	5.917	95	4.831	1.085	200	4.189	86,7	53	0
SP X GmbH & Co. KG	2.542	2.533	1.507	13.873	10.164	132	2.030	14,6	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	1.838	1.838	1.032	11.101	7.800	1.074	2.294	20,7	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-184	14.407	11.727	10.809	6.011	41,7	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-9	32	0	0	26	80,9	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	2.116	2.010	10.388	54.425	39.262	25	51.446	94,5	9	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	32	0	21	73	0	0	68	92,9	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	220	217	7	552	0	0	504	91,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	5.022	4.776	290	1.486	226	47	225	15,1	55	2
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***	971	724	158	2.359	1.753	227	1.969	83,5	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	100.906	50.117	310	364.041	328.630	97.569	83.583	23,0	759	48
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	5.581	1.143	0	2.881	980	157	477	16,6	48	0
Servicegesellschaft Saale mbH	7.118	6.847	34	932	155	54	283	30,3	152	7

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien.
Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.261	3.148	117	942	40	7	526	55,8	30	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	53.594	52.094	2.362	374.256	350.359	50.615 ¹⁾	190.185	50,8	114	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	102.258	97.130	8.054	674.049	603.542	16.509	320.863	47,6	252	14
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.366	3.363	0	61.819	61.809	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	2.062	2.006	69	7.420	5.535	2.007	6.838	92,2	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.896	1.068	-231	10.830	0	0	10.633	98,2	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	1.181	618	81	605	5	13	263	43,5	7	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.990	863	-23	20.787	20.308	4	1.035	5,0	3	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.694	1.023	-4	446	53	4	155	34,7	40	3
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	5.176	4.653	234	23.422	18.950	3.704	14.622	62,4	22	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.356	6.055	4	14.185	10.853	1.487	6.854	48,3	53	5
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.599	6.184	-437	13.810	10.210	86	7.627	55,2	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**										
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	68	0	0	59	86,6	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	8.922	7.571	0	6.195	4.268	510	3.516	56,8	121	2
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	21	0	7	592	311	0	592	100,0	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2022 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	33.679	32.175	1.360	59.315	51.620	2.728	24.515	41,3	504	40
Serva GmbH	3.955	3.890	21	354	5	2	102	28,7	97	0
Stadion Halle Betriebs GmbH*	1.425	1.424	0	410	87	0	28	6,7	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	11.142	10.096	-341	28.396	26.322	796	17.951	63,2	126	9
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	17	0	8	558	344	0	558	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.743	97	-181	10.929	8.119	41	9.760	89,3	18	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	41.829	2.597	-55	38.251	21.985	1.758	32.485	84,9	464	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.418	3.789	150	18.106	16.459	930	7.229	39,9	85	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.072	228	70	733	155	3	451	61,5	9	0
Saalesparkasse	155.541 ¹⁾	0	20.548 ²⁾	6.199.665	166.981	38.525	215.505	3,5	575	32

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	23.602	8.370	16.340	652.808	510.269	195.140	271.845	41,6	98	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.773	6.115	743	57.977	7.384	0	4.618	8,0	33	0
A/V/E GmbH	18.281	18.006	523	7.439	535	165	2.277	30,6	276	10
Cives Dienste GmbH	673	672	32	96	3	3	25	26,0	13	5
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.204	15.459	-203	3.162	1.068	708	290	9,2	77	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	13	0	32	0	0	26	81,7	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	17	17	3	37	0	0	29	79,4	0	0
Energiedienste GmbH ¹⁾	4.832	4.832	101	7.908	5.944	975	2.025	25,6	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	131.628	130.677	274	21.710	10.475	1.350	7.954	36,6	261	42
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.404	6.268	309	6.538	4.504	0	3.278	50,1	56	0
EVH GmbH	595.611	592.383	35.241	510.792	362.042	36.677	117.413	23,0	298	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	1	0	160	14.338	12.138	5.600	9.500	66,3	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.763	1.694	359	19.038	17.881	0	3.410	17,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	2.017	1.241	939	33.348	21.568	10.591	4.610	13,8	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	523	386	167	14.518	5.872	3.926	3.510	24,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	55	54	1.567	28.745	22.302	10.772	25.268	87,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	52.656	48.802	2.586	170.853	160.924	13.354	130.377	76,3	213	4

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	135.227	126.514	12.453	562.242	532.443	24.625	91.177	16,2	561	29
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	20.741	18.979	6.416	32.184	24.459	10.957	15.308	47,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.122	32.322	786	11.194	5.682	2.907	522	4,7	248	7
RAB Halle GmbH	9.555	9.484	364	3.836	2.663	375	1.708	44,5	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	6.166	6.057	159	4.553	1.504	399	4.152	91,2	51	3
SP X GmbH & Co. KG	897	876	396	12.444	10.465	9.850	2.530	20,3	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	0	0	-98	10.165	7.050	6.622	3.222	31,7	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-26	2.238	918	226	2.229	99,6	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-12	32	0	0	26	81,1	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.803	1.406	1.110	48.003	43.490	60	46.468	96,8	7	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	33	0	22	74	0	0	67	90,8	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	227	218	7	541	0	0	496	91,7	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.824	4.781	440	1.413	248	95	225	15,9	52	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	952	706	194	2.358	1.608	51	1.811	76,8	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	81.577	50.314	349	283.753	263.535	10.604	83.583	29,5	740	42
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.994	1.087	0	2.703	1.120	631	477	17,7	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	6.084	5.826	40	900	189	128	248	27,6	147	7

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.364	3.439	243	1.131	70	33	526	46,5	31	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	55.406	50.368	4.900	350.130	323.134	24.720 ¹⁾	189.823	54,2	109	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	105.129	91.288	13.748	671.358	602.247	19.718	317.809	47,3	257	11
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.471	3.468	0	63.060	63.048	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	2.049	1.867	45	7.726	4.117	235	6.769	87,6	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.141	2.363	-223	12.388	0	0	12.193	98,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	972	679	31	342	5	4	182	53,1	7	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.563	835	-59	21.920	21.454	1.523	1.058	4,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.479	883	38	408	74	61	158	38,8	32	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	5.011	4.721	51	23.878	16.599	320	14.388	60,3	24	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.133	4.791	1	12.329	10.012	196	6.850	55,6	53	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.709	7.276	312	14.871	10.944	383	8.063	54,2	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.276	6.085	0	12.806	21	5	37	0,3	266	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	56.423	54.009	-586	73.662	63.531	11.582	19.520	26,5	1007	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	58	90,5	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.889	3.898	0	6.457	4.975	78	3.516	54,5	110	4
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	586	311	0	586	100,0	0	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	32.269	30.482	1.992	60.329	52.371	994	23.155	38,4	458	38
Serva GmbH	3.617	3.563	38	304	4	0	81	26,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.715	1.715	1	336	104	38	27	8,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.968	9.689	134	29.086	26.472	380	18.292	62,9	118	12
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	4	550	344	0	550	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.470	46	-30	11.137	8.316	26	9.940	89,2	17	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	40.350	1.122	5.828	37.412	21.972	1.456	32.540	87,0	464	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.474	2.769	238	19.243	17.561	892	7.079	36,8	81	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.078	222	96	683	165	8	381	55,8	9	0
Saalesparkasse	127.126 ¹⁾	0	20.729 ²⁾	6.050.480	146.002	46.330	213.357	3,5	617	37

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	9.919	8.653	16.458	623.759	483.825	60.761	255.505	41,0	89	4
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.055	7.576	-448	59.887	7.395	7	3.876	6,5	38	0
A/V/E GmbH	18.792	18.566	268	6.974	574	137	2.022	29,0	287	13
Cives Dienste GmbH	663	662	43	108	2	2	25	23,2	13	0
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.374	16.036	49	2.532	665	501	290	11,4	72	0
EGE-B Verwaltung GmbH	12	12	0	30	0	0	25	83,5	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	15	15	2	33	0	0	27	81,7	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	118.088	115.580	302	18.443	10.500	1.915	7.954	43,1	260	37
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.071	5.854	323	6.285	4.719	545	3.118	49,6	56	0
EVH GmbH	535.591	495.805	36.352	483.904	358.692	58.214	105.028	21,7	292	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	0	0	314	7.675	6.538	6.538	5.500	71,7	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.412	54	968	22.634	18.754	18.869	3.410	15,1	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	487	38	285	12.388	11.526	11.592	4.610	37,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	27	3	-31	5.944	2.112	2.119	3.479	58,5	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	7	7	747	14.763	11.530	11.530	13.050	88,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	51.243	47.731	2.997	167.134	157.420	14.089	127.791	76,5	216	6
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	129.666	119.921	11.502	563.190	530.313	24.432	90.028	16,0	555	24
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	12.093	12.079	-2.034	21.089	14.949	2.600	8.892	42,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.747	32.724	1.580	8.520	3.555	816	522	6,1	246	5
RAB Halle GmbH	8.545	8.494	354	4.211	2.823	1.395	1.708	40,6	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	5.654	5.588	212	4.526	1.787	945	4.047	89,4	52	3

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
SHS Energiedienste GmbH ¹⁾	4.489	4.489	101	6.161	5.401	679	2.025	32,9	0	0
SP X GmbH & Co. KG	0	0	-68	1.440	828	828	4	0,3	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	0	0	-19	1.270	428	428	6	0,5	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-11	788	692	692	0	0,0	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	1	0	-6	32	0	0	26	79,4	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.303	1.213	1.243	47.135	43.540	111	46.602	98,9	9	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	50	0	20	256	0	0	236	92,3	0	0
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	228	217	9	543	0	0	489	90,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.780	4.708	254	1.046	220	88	225	21,5	56	3
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	767	669	89	2.003	1.638	13	1.616	80,7	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	94.148	51.585	2.231	300.076	278.013	19.795	83.583	27,9	740	40
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	5.311	1.126	0	2.750	808	188	477	17,4	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	5.717	5.455	62	825	172	83	209	25,3	144	5
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.220	3.233	196	1.093	76	17	526	48,1	33	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	52.190	50.320	6.095	346.786	316.901	18.513 ²⁾	186.922	53,9	114	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	98.610	89.405	13.184	664.794	593.653	21.504	309.061	46,5	257	8
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.573	3.570	0	64.300	64.288	0	10	0,0	0	0

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 in Energiedienste GmbH

²⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.973	1.885	-18	8.117	6.487	1.006	6.724	82,8	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	3.441	1.923	198	14.628	0	0	14.149	96,7	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	857	844	15	413	13	0	151	36,6	5	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.391	747	-125	22.010	20.693	3.538	1.117	5,1	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.378	817	-38	346	52	37	121	34,9	36	4
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.889	4.648	10	24.399	20.668	2.113	14.337	58,8	15	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.856	5.370	3	12.689	10.504	36	6.849	54,0	46	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.881	7.247	782	15.279	11.386	367	7.751	50,7	68	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	5.969	1.653	0	13.950	34	10	37	0,3	272	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	52.961	50.635	-1.043	61.746	54.236	16.230	20.106	32,6	1014	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	63	0	0	57	90,6	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	6.971	3.852	0	7.181	6.109	343	3.516	49,0	124	5
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	579	311	0	579	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	29.365	28.810	1.534	59.070	53.707	1.255	21.163	35,8	442	36
Serva GmbH	3.448	3.397	-44	334	7	6	81	24,2	98	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.821	1.821	1	729	79	51	27	3,6	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.240	9.630	-99	28.892	26.998	257	18.158	62,8	119	11
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	7	546	344	0	546	100,0	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2020

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.528	56	-33	10.926	8.537	426	9.965	91,2	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.463	1.248	4.686	31.156	21.930	861	26.712	85,7	467	4
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.649	4.090	290	20.316	18.493	1.124	6.840	33,7	79	2
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.044	0	12	718	168	10	285	39,7	9	0
Saalesparkasse	127.517 ¹⁾	0	57.887 ²⁾	5.348.052	107.253	30.863	211.228	3,9	631	39

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit $\text{Aktiva} = \text{Passiva}$.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-Flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
- Zuschreibungen auf Anlagevermögen
- Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-Flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-Flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-Flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-Flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz sowie dem Anlagenspiegel ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt**

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Mitarbeitenden gibt den Anteil eines Mitarbeitenden an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

** nicht zu berücksichtigen sind z. B. Vertretungsorgane, Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse; vgl. § 285 Nr. 7 HGB i. V. m. § 267 Abs. 5 HGB

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben den Löhnen und Gehältern sind soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung zu berücksichtigen. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag/Verlustvortrag und Jahresüberschuss/-fehlbetrag (bzw. Bilanzgewinn/-verlust). Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30.000	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30.000 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als Holdinggesellschaft für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe, die u. a. in den Bereichen Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung sowie öffentlicher Verkehr tätig sind, ergibt sich deren öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzende	König, Simona	
		Berend, Stephanie	(bis 28.09.2022)
		Blasche, Steffen	(seit 29.09.2022)
		Brandt, Enrico	(seit 29.09.2022)
		Dr. Brock-Harder, Inés	
		Dr. Meerheim, Bodo	
		Eigendorf, Eric	
Franke, Frank			

Aufsichtsrat:

Gellert, Beate	(bis 28.09.2022)
Mischke, Brita	(bis 28.09.2022)
Otto, Renate	(bis 28.09.2022)
Poppe, Susanne	
Richter, Ulrich	(bis 28.09.2022)
Salz, Roland	(seit 29.09.2022)
Scholtyssek, Andreas	
Sehrndt, Martin	
Unger, Jens	
Wels, Andreas	(seit 29.09.2022)
Winkler, Uwe	(seit 29.09.2022)
Wolter, Tom	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	446	448	447
Aufsichtsrat	31	30	29

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
AV/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57
Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG		0,34

mittelbar

	T€	%
450connect GmbH	1	0,09
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,57
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,04
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,16
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		3,30
TEP Netze GmbH & Co. KG		1,57
TEP Projektverwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Wind und Solar Verwaltungs GmbH	0	0,03
Versorger Allianz 450 Verwaltungsgesellschaft mbH	0	0,34
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	559.573	74	510.269	78	483.825	78	49.304	10
Umlaufvermögen	193.453	26	141.215	22	138.651	22	52.238	37
Rechnungsabgrenzungsposten	1.209	0	1.324	0	1.283	0	-115	-9

Bilanzsumme	754.235	100	652.808	100	623.759	100	101.427	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	284.125	38	271.845	42	255.505	41	12.280	5
Sonderposten für Investitionszulagen	266	0	293	0	321	0	-27	-9
Rückstellungen	19.575	3	27.659	4	18.707	3	-8.084	-29
Verbindlichkeiten	449.408	59	352.000	54	348.073	56	97.408	28
Rechnungsabgrenzungsposten	861	0	1.011	0	1.153	0	-150	-15

Bilanzsumme	754.235	100	652.808	100	623.759	100	101.427	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.859	8.370	8.653
sonstige betriebliche Erträge	24.257	15.232	1.266
Personalaufwand	8.344	8.369	6.792
Abschreibungen	1.638	1.617	1.443
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.813	10.946	10.740
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	45.893	49.327	52.211
Erträge aus Beteiligungen	295	196	234
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5.666	5.241	2.932
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.350	1.787	1.827
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	37.185	26.126	18.683
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	122	214	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.666	5.938	5.446
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.227	10.556	7.483
Ergebnis nach Steuern	12.325	16.387	16.530
sonstige Steuern	46	47	72
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.279	16.340	16.458

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	138,61	195,22	190,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,52	6,40	6,88	%
Cash-Flow:	51.103	44.078	36.528	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeitenden:	143	100	111	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	56,19	85,09	68,47	%

¹⁾ Gesamtleistung ohne Erträge im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (bis 2020: Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag)

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,57	3,11	3,21	%
Eigenkapitalquote:	37,67	41,64	40,96	%
Fremdkapitalquote:	62,33	58,36	59,04	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Nachtragsbericht**
- 7. Chancen- und Risikobericht**
 - 7.1. Risikomanagementsystem
 - 7.2. Gesamtbild
- 8. Prognosebericht**
 - 8.1. Ergebniserwartung
 - 8.2. Investitionen
 - 8.3. Finanzierung
 - 8.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden mathematisch exakt berechnet und summiert. Durch Summenbildung bzw. Aufrundungen der Angaben (TEUR bzw. %) können Rundungsdifferenzen entstehen.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Mit der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 35 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, die Ableitung und Behandlung von Abwässern, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, den öffentlichen Personennahverkehr, den Hafenerterminalbetrieb, den Betrieb der Bäder der Stadt Halle (Saale) sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling und Steuern, Finanz- und Cashpool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Konzernrechnungswesen, Beteiligungsmanagement und -controlling, Steuern und Risikomanagement), Konzern-IT sowie Konzern-Finanzmanagement gegliedert. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 wurde das Konzern-Finanzmanagement aus dem Konzerncontrolling ausgegliedert und in eine weitere, eigene Struktureinheit überführt, um die Qualität der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe und der Bankenberichterstattung weiter zu verbessern.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

ENERGIE	WASSER & ENTSORGUNG	MOBILITÄT	SERVICES
<ul style="list-style-type: none"> ▶ EVH GmbH 100 % SWH • Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH • EGE-B Verwaltung GmbH 100 % EVH EVH Grüne Energie Beteiligung GmbH & Co. KG Kommanditist: 100 % EVH • EGE-P Verwaltung GmbH 50 % EVH Grüne Energie Bet. KG EVH Grüne Energie Projekt GmbH & Co. KG Kommanditist: 50 % EVH Grüne Energie • Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH • Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH • Meter1 Verwaltung GmbH 33 % EVH Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist: 33 % EVH • Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH • Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG Kommanditist: 18,8 % EVH • Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Kommanditist: 4,1 % EVH • Trianel GmbH 1,57 % SWH • Energiedienste GmbH 100 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH • Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH • RAB Halle GmbH 100 % SWH • TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH • Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS • RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Verkehrs-AG 100 % SWH • Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100 % SWH • Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,59 % HAVAG • beka GmbH 0,63 % HAVAG 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH • Bäder Halle GmbH 100 % SWH • FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist: 82,4 % SWH Kommanditist: 12,5 % HWS • W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS • Cives Dienste GmbH 100 % SWH • Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG • A/V/E GmbH 23,9 % SWH • TGZ - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15 % SWH • Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG Kommanditist: 0,34 % SWH
Stand 31.12.2022			
▶ Geschäftsfeldführungsgesellschaft • Tochterunternehmen/Beteiligungen			

Abbildung 1: Gruppenstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für die Investitionen der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen ist der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschaft-/Gewebesteuer und Kapitalertragsteuer.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratings simuliert werden. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität der SWH-Gruppe anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft erfolgten im Geschäftsjahr nicht, die Geschäftsorganisation hat sich in personeller, organisatorischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht weiterhin bewährt.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

1.5.1.1 Verkauf der Anteile an der FSA GmbH zum Ende des Jahres 2022

Gesellschafter der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) waren bis zum Berichtsjahr zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH, Merseburg, und die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit Wirkung zum Jahresende 2022 übertrugen beide Gesellschafterinnen ihre Anteile an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR (TSB), welcher seither alleiniger Gesellschafter der FSA ist. Nach der Regelung im Rückabwicklungsvertrag und nach erfolgter Zahlung des vereinbarten Kaufpreises ist zum 31. Dezember 2022, 24.00 Uhr der TSB neuer und einziger Gesellschafter der FSA. Die Rückabwicklung des FSA-Kaufvertrages aus dem Jahre 2004 ist damit vollzogen. Die bisherigen Geschäftsführer der FSA, Uwe Störzner (MIDEWA) und Bertram Kipping (SWH), sollen nach der Testierung des FSA-Jahresabschlusses des Jahres 2022 vom TSB abberufen werden. Insoweit sind die Anteile an der FSA GmbH aus dem Beteiligungsportfolio der SWH GmbH ausgeschieden.

1.5.1.2. Erhöhung der Anteile an der Versorger Allianz 450 KG

Im Geschäftsjahr 2021 erwarb die SWH einen Kommanditanteil an der Versorger-Allianz 450 Beteiligungen GmbH & Co. KG (VA450) in Höhe von 0,34 %.

Zum Ende des Jahres 2020 liefen die Nutzungsrechte im 450 MHz Frequenzbereich aus. Diese Mobilfunkfrequenzen lassen sich umfassend zur Daten- und Sprachübertragung, u.a. für die Datenübertragung zur Netzsteuerung und -überwachung, Sprachkommunikation im Regel- und insbesondere im Krisenfall sowie die Fernauslesung und Administration von intelligenten Messsystemen verwenden.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hatte im November 2020 entschieden, die Frequenzen vorrangig für kritische Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bereitzustellen und damit nicht für die Behörden und Organisationen für Sicherheitsaufgaben. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss aus vier Gesellschaftern, der bisherigen Alleingeschafterin Alliander AG, einem Konsortium regionaler Energieversorger, der E.ON sowie der Versorger-Allianz 450 KG, zu der mehrere Stadtwerke und Energie- und Wasserversorger gehören. Zusammen versorgen diese Unternehmen rund 90 Prozent der Fläche Deutschlands mit kritischer Infrastruktur wie z.B. Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde der Kommanditanteil an der VA450 um 30 T€ geringfügig weiter erhöht. Aufgrund der hohen Anzahl der Gesellschafter verbleibt der Anteil der SWH GmbH zum 31. Dezember 2022 prozentual bei 0,34 %. Weitere Einzahlungen sollen in 2023 folgen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen und einer drohenden Gasmangellage; die Bundesregierung hat die Alarmstufe nach dem Gasnotfallplan ausgerufen. Manche Gasimporteure gerieten in eine wirtschaftlich bedrohliche Lage. Kündigungen und Versorgungseinstellungen von Wettbewerbern trieben viele Kunden auch in Halle (Saale) in die Grund- bzw. Ersatzversorgung. Es kam zu einschneidenden Eingriffen des Gesetzgebers zur Entlastung von Betrieben und Menschen. Inflation und Preissteigerung erreichten eine lange nicht mehr gekannte Höhe in nahezu allen Sektoren. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Corona-Pandemie

Die seit Januar 2020 bestehende COVID-19-Pandemie verursachte weltweit acht Infektionswellen bis zum Ende des Jahres 2022. Obwohl sich die stärksten Auswirkungen - auch durch Impfungen und zunehmend bessere Behandlungsmethoden - immer weiter abschwächen, besteht immer noch Ansteckungsgefahr durch neue Erregervariationen. Darüber hinaus ist in weiten Teilen der Bevölkerung eine Schwächung der Gesundheit erkennbar.

Die vom Bundestag am 25. März 2020 festgestellte „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ wurde am 25. November 2021 aufgehoben. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und anderer Vorschriften“ vom 19. März 2022 und gewährten Übergangsfristen endeten viele bundesweit angeordnete Maßnahmen im April 2022. Allerdings wurden die Regelungen aufgrund der Zunahme des Infektionsgeschehens ab 1. Oktober 2022 wieder verschärft und gelten bis 7. April 2023. Erwartungsgemäß hatte auch das letzte Pandemiejahr 2022 Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Stadtwerke Halle, wenngleich diese durch die Ukrainekrise und die Energiekrise zunehmend überlagert wurden.

Die erwarteten Einnahmeverluste durch Insolvenzen von Geschäftskunden der Versorgungsunternehmen im Zuge der Pandemielage blieben bislang weit unter den Befürchtungen.

In allen Tochterunternehmen wurden mehrstufige Präventions-, Interventions- und Reaktionspläne entwickelt und fortlaufend der jeweiligen Infektionslage angepasst.

3.1.2. Russland-Ukraine-Krise

Am 24. Februar 2022 begann mit dem Einmarsch der russischen Truppen auf ukrainisches Staatsgebiet eine folgenschwere Erschütterung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland und der Welt. Die Folgen waren und sind sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht enorm, konnten jedoch durch umsichtiges und schnelles Handeln sowohl der Bundesregierung als auch der wirtschaftlichen Akteure begrenzt werden. Aufgrund der Störung von Lieferketten hauptsächlich im Bereich Energie durch die Verminderung bzw. den vollständigen Stopp von Erdgaslieferungen aus Russland im Jahresverlauf 2022 ergaben sich teilweise immense Preissteigerungen auf den Handelsmärkten für Gas, Strom und Wärme, die sich erheblich auf das Markt- und Preisgefüge der gesamten Wirtschaft auswirkten. Die entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen sind unter Punkt 3.3 ausführlich dargestellt.

3.1.3. Begrenzung der Investitions- und Kostenbudgets der SWH-Gruppe

Im Zuge des Fortbestandes der Corona-Pandemie, der Entwicklung des Ukrainekrieges und der damit einhergehenden Energiepreissteigerungen und Inflationsraten wurden konzernweit Maßnahmen zur Begrenzung des Kostenaufwuchses und zur Risikoabmilderung festgelegt. Der Schwerpunkt lag dabei im Geschäftsfeld Energie und in der Sicherung der Liquidität der SWH-Gruppe. Bedingung dafür war die Einhaltung der Planergebnisse durch eine stabile und gesicherte Ertragslage. Investitionen wurden unter weitestgehender Einhaltung des vorgesehenen Budgets bzw. des Finanzierungsrahmens der Wirtschaftsplanung umgesetzt, erforderlichenfalls wurden Leistungskürzungen und/oder Einsparungen vorgenommen und langfristige Handlungsziele zurückgestellt. Im Hinblick auf die Preisgestaltung der SWH Unternehmen wurden die Kalkulationszeiträume soweit möglich verkürzt bzw. die Kalkulationszeitpunkte verschoben, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen sowie eine bessere Datengrundlage zu erhalten. Flankiert wurden diese Maßnahmen mit einer zusätzlichen Kreditlinie über 90 Mio. Euro zur Liquiditätsfinanzierung möglicher Risiken im Geschäftsfeld Energie. Die Kreditlinie musste nicht in Anspruch genommen werden. Die beschriebenen Maßnahmen sowie die Kreditlinie bleiben mindestens bis zum zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2024 bestehen.

3.1.4. Stab Versorgungssicherheit der Stadt Halle (Saale)

Die Stadt Halle (Saale) richtete unter der Leitung des amtierenden Bürgermeisters einen Stab Versorgungssicherheit ein, an dem die Stadtwerke-Gruppe beteiligt ist. Über diesen Krisenstab wurden Sonderschutzpläne erarbeitet, die abgestimmt wurden mit der Stadt Halle (Saale), der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz, der Polizei und medizinischen Einrichtungen. Der Stab „Versorgungssicherheit“ prüft weiterhin fortlaufend auch Maßnahmen, die im Falle von außergewöhnlichen Ereignissen unmittelbar Betroffene unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel die Schaffung von Wärmeinseln und Notunterkünften.

3.1.5. Prüfung zur Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des internen Revisionssystems der SWH GmbH nach IDW PS 983

Im Zeitraum vom 1. Oktober 2021 bis 31. März 2022 prüfte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, Leipzig die Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit des internen Revisionssystems der Stadtwerke Halle GmbH. Gegenstand der Prüfung waren dabei die in der Geschäftsordnung der Konzernrevision enthaltenen Aussagen über das interne Revisionssystem der SWH.

Die Prüfung erfolgte auf der Grundlage der für Wirtschaftsprüfer geltenden Berufspflichten unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung von Internen Revisions-systemen (IDW PS 983).

Auf Grundlage des Kriterienkatalogs des IDW PS 983 zur Prüfung des Internen Revisionssystems (Stand März 2017) ergibt sich für die SWH - gegliedert nach Prüfungsgebieten - eine positive Gesamtbewertung von 87,4 %. Die ausgesprochenen Empfehlungen werden sukzessive und planmäßig umgesetzt.

3.1.6. Zulässige Finanzinstrumente und Limite für das Zinsrisiko-Management der SWH-Gruppe: Konzern-Richtlinie „Treasury-Handbuch“

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzern-Finanzmanagements der SWH GmbH wurden die bestehenden Finanzierungsrichtlinien für die SWH-Gruppe grundlegend erneuert und in einem Treasury-Handbuch zusammengefasst.

Das Treasury-Handbuch ist am 1. Juli 2022 in Kraft getreten. Mit der Konzernrichtlinie K/R-049 „Treasury-Handbuch der Stadtwerke Halle-Gruppe“ besteht ein entsprechendes Instrumentarium, in dem die Ziele, Grundsätze, Aufgabe und Kompetenzen im Rahmen des Treasury-Management für die SWH-Gruppe festgehalten sind.

Mindestens einmal im Quartal erfolgt durch das Zinsrisikokomitee eine Überprüfung der Risikostrategie auf Basis der monatlichen Risikomessung und -analyse sowie einer aktualisierten Markteinschätzung. Die Inhalte der Zinsrisikokomitee-Sitzung werden durch das Konzern-Finanzmanagement in einem Bericht zusammengefasst.

Weiterhin wird monatlich die Einhaltung der von der Geschäftsführung der SWH GmbH vergebenen Limits durch das Konzern-Finanzmanagement geprüft. Bei dessen Überschreitung erfolgt umgehend eine Meldung an die Geschäftsführung der SWH GmbH.

3.1.7. Notenbankfähigkeit der SWH-Gruppe durch die Bundesbank auch für 2022

Der SWH-Gruppe wurde auf Basis des Jahresabschlusses 2021 von der Deutschen Bundesbank erneut die Notenbankfähigkeit zuerkannt. Notenbankfähige Unternehmen werden in ein elektronisches Verzeichnis aufgenommen, das nur von Kreditinstituten einsehbar ist. Die Notenbankfähigkeit wird grundsätzlich für ein Jahr ausgesprochen.

Die SWH-Gruppe hatte im Jahr 2013 ihre Notenbankfähigkeit infolge der Energieerzeugungskrise verloren und seit der Umsetzung des Programms „Exzellenz plus 20“ regelmäßig wiedererlangt.

3.1.8. Modellprojekt Smart City Halle (Saale)

Nach erfolgreicher Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ erfolgt innerhalb der Stadtverwaltung die Strategieentwicklung und Bearbeitung der Einzelprojekte. Die Bearbeitung erfolgt dabei in vier Handlungsfeldern: Handlungsfeld Wirtschaft, Handlungsfeld Bildung, Handlungsfeld Mobilität und Handlungsfeld Verwaltung. Zudem wurde ein Smart City-Beirat mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur fachlichen Begleitung und unabhängigen Beratung des Smart City-Prozesses gebildet. Seitens der SWH GmbH werden die Teilprojekte im Handlungsfeld Mobilität federführend betreut. Zielsetzung ist, die erhobenen Daten für Endverbraucher unter anderem in der „MEIN HALLE“-App-Familie zu visualisieren. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadt Halle (Saale) und der SWH nahm ihre Tätigkeit im Geschäftsverlauf auf.

3.1.9. Neue Stadtwerke-Software „Police M.app“

Am 12. April 2022 wurde gemeinsam mit der Polizeiinspektion Halle (Saale) die neue Stadtwerke-Software „Police M.app“ vorgestellt. Die Police M.app bietet der Polizei jederzeit die genaue Standortdarstellung von Straßenbahnen und Busse - ohne vorher Rücksprache mit der HAVAG halten zu müssen. Nach einer Meldung durch Fahrgäste kann die Polizei somit selbstständig den Standort bestimmen und noch schneller vor Ort sein, um für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Die bereits seit mehreren Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen der Polizeiinspektion der Stadt Halle (Saale) und der SWH-Gruppe wird mit dieser Software zur Standortdarstellung von Straßenbahnen und Bussen weiter vertieft und stärkt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

3.1.10. Vertragsunterzeichnung zum Kauf neuer Straßenbahnen für die Verbesserung des ÖPNV

Im Juli 2022 erfolgte die Zuschlagserteilung zur Investition der HAVAG in 56 neue und moderne Niederflurgelenktriebwagen an die Bietergemeinschaft Stadler Busssysteme AG und Stadler Deutschland GmbH. Dieser Zuschlagserteilung sind zwei Jahre Planungszeit und Verhandlungsgespräche vorausgegangen. Die Finanzierung erfolgt zu einem großen Teil aus Fördermitteln und einem zusätzlichen Eigenanteil der SWH-Gruppe. Mit Zuschlagserteilung und nachfolgender Vertragsunterzeichnung im August 2022 wurde vereinbart, dass die ersten drei Züge nach einer Inbetriebnahme-, Probe- und Abnahmephase ab 2024 für einen Linieneinsatz zum Ende des Jahres 2025 eingeplant werden können. Die Schlusslieferung der letzten Züge ist für das Frühjahr 2028 vorgesehen. Diese Investition stellt eine umfassende Modernisierung eines großen Teils der Straßenbahnflotte der HAVAG dar und trägt damit zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs der Stadt Halle (Saale) bei.

3.1.11. Ranking der 100 größten Unternehmen Sachsen-Anhalts

Die Nord-LB erstellt jährlich ein Ranking der größten Unternehmen Sachsen-Anhalts nach Beschäftigten und Umsatz. In der jüngsten Auswertung für 2021 belegt die SWH-Gruppe in beiden Kategorien den zehnten Platz in Sachsen-Anhalt (Vorjahresplatzierung nach Beschäftigten: 9. Platz; Vorjahresplatzierung nach Umsatz: 13. Platz).

In Halle (Saale) ist die SWH-Gruppe das größte Unternehmen (781 Mio. € Umsatz) und der drittgrößte Arbeitgeber (2.822 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) nach dem Universitätsklinikum Halle und der Deutschen Post DHL.

3.1.12. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz werden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe geleisteten Spenden im Internet veröffentlicht.

Ebenso sind alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage einsehbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Strom, Gas, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise sowie zunehmend steigende Bauleistungspreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten sensibel und effizient genutzt wurden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politischen und rechtlichen Entwicklungen des Jahres 2022 waren geprägt von den Auswirkungen des Ukrainekrieges und der weltweiten Energiekrise. Gleichzeitig standen der Klimaschutz und die Förderung der erneuerbaren Energien im Fokus, um die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von fossilen Brennstoffen zu forcieren und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern.

3.3.1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) wurde am 11. Juni 2021 vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die abschließende Beratung im Bundesrat erfolgte am 25. Juni 2021. Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtssituation dienen, indem es Anforderungen an ein verantwortungsvolles Management von Lieferketten festlegt, wobei die Sorgfaltspflichten nach der Einflussmöglichkeit der Unternehmen bzw. Zweigniederlassungen abgestuft sind. Das Gesetz ist ab 1. Januar 2023 für in Deutschland ansässige Unternehmen und Unternehmen mit einer Zweigniederlassung gemäß § 13 d HGB mit mind. 1.000 Beschäftigten in Deutschland anwendbar. Ab 1. Januar 2024 sind Unternehmen mit mind. 3.000 Beschäftigten in Deutschland und damit auch die SWH-Gruppe erfasst.

3.3.2. Entlastungspaket 2022 für Energiekosten

Die Koalitionsparteien haben am 24. März 2022 ein Maßnahmenbündel beschlossen, mit dem Bürgerinnen und Bürger entlastet werden und Deutschlands Energieversorgung unabhängiger werden soll. Das sogenannte Entlastungspaket enthält neben Einmalzahlungen, steuerlichen Entlastungen, zeitlich begrenzten kostengünstigen ÖPNV-Tickets und vorübergehend reduzierten Kraftstoffsteuern auch mehrere Maßnahmen, mit denen im Gebäudebereich die Abhängigkeit von Erdgas reduziert und der Umstieg auf Erneuerbare Energien beschleunigt werden soll.

Zu den Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz wurde sich darauf verständigt, dass nunmehr ab dem Jahr 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Im Koalitionsvertrag war bisher der 1. Januar 2025 vorgesehen.

Eine weitere Maßnahme war das 9-Euro-Ticket für den gesamten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland, bundesweit auch in der 2. Klasse der Nahverkehrszüge. Mit diesem 9-Euro-Ticket war es den Bürgerinnen und Bürgern möglich, den öffentlichen Nahverkehr bundesweit in den Monaten Juni, Juli und August für jeweils neun Euro zu nutzen. Der finanzielle Ausgleich von Einnahmeverlusten der HAVAG erfolgte gemäß der „Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖSPV LSA 2022“ vom 15. August 2022.

Als Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets soll laut Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 2. November 2022 schnellstmöglich ein digitales, deutschlandweit gültiges „Deutschlandticket“ eingeführt werden und zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV beitragen. Als Verkaufsstart ist der 1. Mai 2023 festgelegt, die Abstimmungen zur finalen Ausgestaltung dieses „Deutschlandtickets“ werden im zweiten Quartal 2023 beendet sein.

3.3.3. Anpassungen des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG) aus dem Jahr 1975 in 2022

3.3.3.1. Anordnungen nach § 17 EnSiG zur Treuhandverwaltung von Unternehmen der kritischen Infrastruktur

Nach der Änderung des Energiesicherungsgesetzes vom 22. Mai 2022 ist es möglich, ein Unternehmen, das selbst oder durch verbundene Unternehmen im Sinne des § 15 AktG kritische Infrastrukturen im Sinne des § 2 Abs 10 BSIG betreibt, unter die Treuhandverwaltung des Bundes zu stellen. Dies ist möglich, wenn die konkret festgestellte Gefahr besteht, dass die Aufgaben des Gemeinwesens im Sektor Energie nicht mehr erfüllt werden könnten und die Beeinträchtigung der Versorgungssicherung drohen würde. Diese Treuhandverwaltung ist auf längstens zwölf Monate befristet. Darüber hinaus ist die Enteignung nach dem neu eingefügten § 18 EnSiG möglich, wenn die zeitlich begrenzte Treuhandverwaltung nicht hinreichend geeignet ist, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Nachfolgend wurden im Laufe des Jahres 2022 Anordnungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bezüglich der Anteile an der Gazprom Germania GmbH (17. Juni 2022), der Rosneft Deutschland GmbH (16. September 2022) und der SEFE Securing Energy for Europe GmbH (14. November 2022) erlassen.

3.3.3.2. Neueinführung des § 24 EnSiG zu Preisanpassungsrechten bei verminderten Gasimporten

Der neu eingeführte § 24 EnSiG sieht vor, dass bei Eintreten bestimmter Fälle Großhändler für Gas ihre Preise den Energieversorgern gegenüber trotz langfristig fest vereinbarter Preise in bestehenden Verträgen einseitig erhöhen können. Diese Fälle beschränken sich auf das Ausrufen der Alarmstufe oder Notfallstufe nach dem Gasnotfallplan durch das BMWK und eine Feststellung der Bundesnetzagentur der erheblichen Minderung von Gasimportmengen. Während es entlang der sogenannten Gaslieferkette ermöglicht wurde, entsprechende Preiserhöhungen infolge der Energiekrise an die Kunden weiterzugeben, wurde dies bei gasbasierter Strom- und Wärmeerzeugung (Erzeugung in einer KWK-Anlage) nicht ermöglicht. Diese Gesetzesanpassung hatte daher aufgrund der Preisentwicklungen für viele Stadtwerke besondere existenzielle Bedeutung. Entwicklungsbeeinträchtigende Risiken waren zum Zeitpunkt der Einführung des § 24 EnSiG nicht auszuschließen.

3.3.3.3. Neueinführung des § 26 EnSiG zur Verordnungsermächtigung für eine saldierte Preisanpassung

Die Bundesregierung wird gemäß dieser Anpassung ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates eine Rechtsverordnung zu erlassen, in der abweichend von § 24 Absatz 1 Satz 3 geregelt werden kann, dass an die Stelle der Preisanpassungsrechte nach § 24 Absatz 1 Satz 3 ein durch eine saldierte Preisanpassung finanzieller finanzieller Ausgleich (Gasbeschaffungsumlage) tritt. Diese Rechtsverordnung kann erlassen werden, wenn eine erhebliche Reduzierung der Gasimportmengen unmittelbar bevorsteht und von der Bundesnetzagentur festgestellt wird. Mit Gültigkeit einer solchen Rechtsverordnung dürfen die Preisanpassungsrechte nach § 24 Absatz 1 Satz 3 EnSiG nicht mehr ausgeübt werden.

Mit Einführung der Gaspreisbremse aus dem am 29. September 2022 veröffentlichten „Abwehrschirm der Bundesregierung“ wurde die zum 1. Oktober 2022 vorgesehene saldierte Preisanpassung gemäß § 26 EnSiG (Gasbeschaffungsumlage) gestoppt und die zugrunde liegende Gaspreisanpassungsverordnung (GasPrAnpV) aufgehoben.

3.3.4. Erlass des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes (EKBG)

Der Bundestag und der Bundesrat beschlossen am 8. Juli 2022 im Rahmen des neuen „Gesetzes zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage“ (Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz) Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes sowie weiterer Gesetze. Für Steinkohle- und Mineralölanlagen sind diese Neuregelungen am 11. Juli 2022 in Kraft getreten, für Braunkohleanlagen der neuen Versorgungsreserve am 30. September 2022.

Ziel des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes ist es, vor dem Hintergrund der aktuellen Gasversorgungssituation kurzfristig Erdgas einzusparen. Zu diesem Zweck soll unter anderem die Stromerzeugung mit dem Energieträger Erdgas soweit wie möglich durch andere Energieträger ersetzt werden. Hierzu werden auch solche Kohlekraftwerke eingesetzt, die derzeit nur bedingt betriebsbereit sind, mittelfristig stillgelegt würden oder sich in einer Reserve befinden.

Die Neuregelungen gelten zeitlich begrenzt bis zum 31. März 2024.

Darüber hinaus ist am 1. Oktober 2022 eine Verordnung zur befristeten Ausweitung des Stromerzeugungsangebots durch Anlagen aus der Versorgungsreserve (VersResAbV) in Kraft getreten. Durch die neue Verordnung können auch Braunkohleanlagen der Versorgungsreserve an den Strommarkt zurückkehren. Die befristete Marktteilnahme gilt bei Bestehen der Alarmstufe oder Notfallstufe und ist befristet bis maximal 30. Juni 2023.

Für die geschäftsfeldführende Tochter EVH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zur SWH. Da damit die Risiken aus der Energiesparte zu einem erheblichen Teil über den EAV ebenfalls für die Muttergesellschaft zu beachten waren, wurde ein enges Monitoring der vorgenannten Gesetzesanpassungen aus Punkt 3.3.3 und 3.3.4 im Geschäftsjahr über die Holding forciert. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2022 und den Festlegungen zu den Preisbremsen in 3.3.6 konnte mittlerweile wieder darauf verzichtet werden.

3.3.5. Abwehrschirm der Bundesregierung für Entlastungen in der Energiekrise

Am 28. Oktober 2022 genehmigte der Bundesrat einen vom Bundestag gebilligten Abwehrschirm der Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung. Außerhalb des normalen Bundeshaushaltes wurde dafür ein sogenanntes Sondervermögen in Höhe von 200 Milliarden Euro aufgelegt. Voraussetzung war eine erneute Ausnahme der Schuldenbremse und die Anpassung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Zur Finanzierung soll ebenso ein Abschöpfungsmechanismus für Übergewinne aus der Stromerzeugung herangezogen werden.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beschlossen die Umsetzung auf ihrer Konferenz am 2. November 2022 in Berlin. Der Abwehrschirm stützt sich auf drei Entlastungspakete, die z.B. Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme ab 1. Januar 2023, Härtefallregelungen für Krankenhäuser, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen und Hilfen für belastete Unternehmen beinhalten. Der Umsatzsteuersatz auf Gas und Fernwärme wurde zum 1. Oktober 2022 von 19 % auf 7 % gesenkt. Darüber hinaus wurde bestimmten Unternehmen und Haushalten im Dezember 2022 eine Soforthilfe für Gas und Wärme ausgezahlt bzw. über die Energieversorger gewährt. Die Entlastungen erfolgen vorbehaltlich beihilferechtlicher Genehmigungen durch die Europäischen Union.

3.3.6. CSRD Corporate Social Responsibility Directive zur Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Europäischen Union

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 16. Dezember 2022 im Europäischen Amtsblatt die CSRD-Richtlinie RL 2022/2464/EU für die Erweiterung der Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Die Richtlinie tritt am 6. Januar 2023 in Kraft. Sie bedeutet eine umfassende Überarbeitung der CSR-Richtlinie RL 2022/2464/EU der EU, die ab 2017 in die Nichtfinanzielle Berichterstattung in Deutschland mündete. Kernelement der Überarbeitung ist die stufenweise Einführung einer Berichterstattung mit verpflichtender Prüfung nach verbindlichen Standards gemäß den entwickelten European Sustainability Reporting Standards (ESRS).

Erste delegierte Rechtsakte für die Inhalte der „Sektorenunabhängige Kernstandards“ im Sinne allgemeiner Anforderungen (ESRS1) und Angaben (ESRS2) sind bereits erlassen. Weitere thematische „Sektorenunabhängige Kernstandards“ in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance werden bis Mitte 2023 erarbeitet sein. Die Bereitstellung „Sektorenspezifischer Standards“ ist bis zum zweiten Quartal 2024 vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der CSRD-Richtlinie wurde ebenso die Taxonomie-Verordnung der Europäischen Union veröffentlicht, die am 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist. Im Rahmen der Taxonomie-VO werden Wirtschaftstätigkeiten der Unternehmen klassifiziert. Danach gilt eine Wirtschaftstätigkeit als nachhaltig, wenn sie einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung eines oder mehrerer Umweltziele leistet, nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung mindestens eines oder mehrerer Umweltziele führt, unter Einhaltung des Mindestschutzes ausgeübt werden und technischen Bewertungskriterien entsprechen. Ist eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt, gilt die Wirtschaftstätigkeit nicht als „ökologisch nachhaltig“ und ist damit nicht taxonomie-konform.

Beide Vorschriften, die CSRD-Richtlinie und die Taxonomie-Verordnung werden durch gesetzte Standards und Prüfungspflichten stark miteinander verschränkt. Die Taxonomie-Verordnung gilt durch delegierte Rechtsakte unmittelbar seit 1. Januar 2023 in allen Mitgliedsstaaten. Die CSRD-Richtlinie als europäischer Umsetzungsrahmen ist bis zum 6. Juli 2024 in allen Mitgliedsstaaten in nationales Recht umzusetzen.

Seit Mitte des Geschäftsjahres 2022 wurden diese Entwicklungen auf EU-Ebene in einer von der SWH geführten Arbeitsgruppe auf Holdingebene verfolgt und ein erster Umsetzungsplan für die SWH-Gruppe entwickelt. Die umfangreichen Berichtspflichten gelten für die SWH und die gesamte SWH-Gruppe ab dem Geschäftsjahr 2025.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Erträgen/Aufwendungen aus Organisationsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur Cives Dienste GmbH, Container Terminal Halle Saale GmbH (CTHS), EVH GmbH, Hallesche Verkehrs AG (HAVAG), Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), IT-Consult Halle GmbH (ITC), RAB Halle GmbH (RAB), Energiedienste GmbH (SHS) und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON).

Der Saldo aus Organschaftsverhältnissen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -3.341,5 TEUR bzw. um -6,8 %, liegt allerdings mit 1.342,1 TEUR über unseren Planerwartungen (44.429,3 TEUR).

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives	32,3	20,0	-12,3	-38,1%
CTHS	-202,5	-113,1	89,4	-44,1%
EVH	35.241,2	32.461,9	-2.779,3	-7,9%
HAVAG	349,3	310,4	-38,9	-11,1%
HWS	12.452,6	11.791,1	-661,5	-5,3%
ITC	786,4	760,3	-26,1	-3,3%
RAB	364,3	448,3	84,0	23,1%
SHS	100,9	101,0	0,1	0,1%
TELONON	-11,7	-8,6	3,1	-26,5%
Saldo Organschaft	49.112,9	45.771,4	-3.341,5	-6,8%

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der Stadtwerke Halle GmbH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene (zwölf Personen) lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2022 mit neun Frauen und drei Männern bei 75,0 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2022 mit drei Frauen unverändert bei 100 %.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens/Konzerns gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist.

Um jedoch den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden und eine gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren, hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH in seiner Sitzung am 15. Dezember 2022 eine Zielgröße des Frauenanteils von 31,25 %, mithin von fünf Frauen, verbindlich beschlossen. Dieses Ziel stellt unter den vorgenannten Rahmenbedingungen eine realistische Größe dar und ist bis 30. September 2027 zu erreichen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31. Dezember 2022 mit drei Frauen und dreizehn Männern bei 18,8 % (2021: 43,8 %). Der Frauenanteil sank mithin im Jahr 2022 durch Neuentsendungen um 25,0 %. Dies spiegelt die oben genannten Rahmenbedingungen wider. Dennoch wird zukünftig eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % erreicht werden. Bis Mitte 2022 liegt die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Wir konnten das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 12.279,3 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt somit über unseren Planerwartungen von 9.202,7 TEUR. Zu diesem Erfolg haben 1.342,1 TEUR Überplanergebnisse des Beteiligungsportfolios beigetragen. Auch das Finanzergebnis trug durch ein höheres Zinsniveau mit 653 TEUR Mehrergebnis gegenüber dem Plan bei. Darüber hinaus konnte ein Mehrergebnis von 4.980,0 TEUR aus dem Verkauf der Anteile an der FSA GmbH durch Auflösung von Rückstellungen und der zugesprochenen vertraglich vereinbarten Gegenleistungen erzielt werden.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV der Stadt Halle (Saale) maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	8.370,1	8.858,6	488,5	5,8%
Übrige betriebliche Erträge	15.231,9	24.256,7	9.024,8	59,2%
Personalaufwand	8.369,4	8.343,5	-25,9	-0,3%
Übrige betriebliche Aufwendungen	37.071,6	47.997,6	10.926,0	29,5%
Ergebnis aus Beteiligungen	54.550,5	51.732,7	-2.817,8	-5,2%
EBITDA	32.711,5	28.506,8	-4.204,6	-12,9%
Erträge ÖPNV	13.766,1	18.266,4	4.500,3	32,7%
Aufwand ÖPNV	26.126,3	37.185,0	11.058,6	42,3%
Saldo ÖPNV	-12.360,2	-18.918,5	-6.558,3	53,1%
EBITDA (vor ÖPNV)	45.071,7	47.425,4	2.353,7	5,2%
Abschreibungen	1.617,1	1.638,4	21,3	1,3%
EBIT	43.454,6	45.786,9	2.332,4	5,4%
Zinsergebnis	-4.151,2	-6.315,8	-2.164,6	52,1%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	39.303,4	39.471,2	167,8	0,4%
Ertragsteuern	10.555,8	8.227,1	-2.328,6	-22,1%
Sonstige Steuern	47,0	46,2	-0,8	-1,7%
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	28.700,6	31.197,8	2.497,2	8,7%
Saldo ÖPNV	-12.360,2	-18.918,5	-6.558,3	53,1%
Jahresüberschuss	16.340,4	12.279,3	-4.061,1	-24,9%

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung

Die Umsatzerlöse lagen mit 8.858,6 TEUR um 488,5 TEUR über dem Vorjahreswert, was auf höhere Erträge aus Weiterberechnungen von Leistungen der zentralen Dienstleistungsbereiche zurückzuführen ist. Hier wurde die verursachungsorientierte Weiterberechnung von Dienstleistungsentgelten an die Tochterunternehmen verstärkt vorangetrieben.

Die übrigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 9.024,8 TEUR oder 59,2 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist u.a. Folge des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Durchführung des ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen im Stadtgebiet von Halle (Saale) (öDA). Dessen Finanzierungsmodalitäten sehen vor, dass sämtliche Zuschüsse von der SWH vereinnahmt und anschließend an die HAVAG weitergeleitet werden. Die Mehrerträge sind auf ungeplante Mittel im Rahmen des ÖPNV Rettungsschirms (+4.627,0 TEUR) und höhere Mittel aus dem Stadtbahnprogramm (+3.539,0 TEUR) zurückzuführen. Diese gleichen sich allerdings über Mehraufwendungen in den übrigen betrieblichen Aufwendungen aus.

Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile an der FSA eine Rückstellung in Höhe von TEUR 1.536 aufgelöst wie auch ein Gewinn aus Anlagenabgang von TEUR 3.443 erfasst.

Die Stadt Halle (Saale) hat im Jahr 2022 einen Eigenanteil zur ÖPNV-Finanzierung in Höhe von 55 TEUR aufgebracht (Vorjahr: 3.742 TEUR). Im Ergebnis hat sich der Anteil der SWH an der ÖPNV-Finanzierung um 6.558,3 TEUR erhöht.

Der Personalaufwand lag mit 8.343,5 TEUR um -25,9 TEUR unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Am 1. November 2022 trat eine Tarifsteigerung im Tarifvertrag AVEU von 1,5 % in Kraft. Der Rückgang begründet sich durch im Vorjahr erfasste Aufwendungen für Zuführungen in die Altersteilzeitrückstellung.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 10.926,0 TEUR auf 47.997,6 TEUR gestiegen. Auch hierbei waren die Regelungen des öDA bestimmend, während sich die sonstigen Aufwendungen nur geringfügig um -132,6 TEUR änderten.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	26.126,3	37.185,0	11.058,6	42,3%
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss*</i>	26.126,3	37.185,0	11.058,6	42,3%
Sonstiger betrieblicher Aufwand	10.945,3	10.812,7	-132,6	-1,2%
Gesamt (mit ÖPNV)	37.071,6	47.997,6	10.926,0	29,5%

**Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben*

Tabelle3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um – 2.817,8 TEUR oder – 5,2 % auf 51.732,7 TEUR. Während der Saldo aus Organschaftsverhältnissen - wie dargelegt - abnahm, erhöhten sich die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Folge der von SWH ausgereichten Gesellschafterdarlehen und deren Verzinsung seitens der Tochterunternehmen:

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2021	2022	Veränderung	
	Vorjahr	TEUR	TEUR	%
Aufwand aus Verlustübernahme	-214,2	-121,6	92,6	-43,2%
Erträge aus Ergebnisabführung	49.327,1	45.893,0	-3.434,1	-7,0%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	49.112,9	45.771,4	-3.341,5	-6,8%
Beteiligungserträge	196,0	295,5	99,5	50,8%
Erträge aus Wertpapieren/Ausleihungen des Finanzanlagevermögen	5.241,6	5.665,8	424,2	8,1%
Gesamt	54.550,5	51.732,7	-2.817,8	-5,2%

Tabelle4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA verringert sich auf 28.506,8 TEUR um 4.204,6 TEUR gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Das um den ÖPNV bereinigte EBITDA in Höhe von 47.425,4 TEUR stieg gegenüber dem Vorjahr um 2.353,7 TEUR.

Das bereinigte EBITDA gibt das bereinigte operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen - insbesondere der Co-Finanzierung des ÖPNV - wieder. Die positive Entwicklung des operativen Ergebnisses ist im Saldo durch den Mehrerlös aus dem Verkauf der Anteile an der FSA verursacht. Da sich der Aufwand der SWH zur Finanzierung des ÖPNV im Jahr 2022 durch die dargestellten wirtschaftlichen Entwicklungen erheblich um 6.558,3 TEUR erhöhte, ergibt sich im Saldo eine Verringerung des unbereinigten EBITDA um 4.204,6 TEUR.

Die Abschreibungen lagen mit 1.638,4 TEUR um 21,3 TEUR geringfügig über dem Vorjahresniveau.

Das Zinsergebnis verringerte sich zum Vorjahr um 2.164,6 TEUR auf -6.315,8 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Zinszahlungen für EIB-Darlehen, die Zahlung von Bereitstellungsprovisionen für die zusätzliche Kreditlinie der Sparte Energie aufgrund der Energiekrise, eine erhöhte variable Verzinsung der Cash Pool-Linien im Rahmen der Konzernfinanzierung und Aufwendungen für Zinssicherungen zurückzuführen. Dagegen stehen Zinserträge aus der Weiterberechnung der Zinsaufwendungen an die Tochterunternehmen, deren Konditionen in den Gesellschafterdarlehen und Cash Pool-Linien festgeschrieben sind.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) vermindert sich geringfügig um 13,9 TEUR und umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH nach Kapitaldienst. Die deutlich gesunkenen Ertragsteuern sind der Risikoversorge durch gebuchte Steuerrückstellungen in den Vorjahren geschuldet. Die steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2007 bis 2010 konnte im Geschäftsjahr abgeschlossen werden. Die Betriebsprüfung der Jahre 2011 bis 2014 wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2023 beendet sein.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweit einheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Seit 1. Juli 2022 ist diese überarbeitet als Konzern-Richtlinie „Treasury-Handbuch“ in Kraft getreten. Inhalt des Treasury-Handbuchs ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Treasury-Handbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestehen drei in 2022 geschlossene Zinssicherungsinstrumente zur Sicherung des Konsortialdarlehens.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2022 stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 284.124,6 TEUR an. Unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (265,5 TEUR) verringerte sich die Quote des so berechneten wirtschaftlichen Eigenkapitals von 41,7 % auf 37,7 %.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerke-Unternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen so sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten).

Die Finanzverbindlichkeiten betragen insgesamt 350.016,2 TEUR. Die Zunahme um 52.835,6 TEUR (+ 17,8 %) gegenüber dem Vorjahr resultiert größtenteils aus der Erhöhung der Bankdarlehen durch EIB-Finanzierungen für Investitionen. Diese werden über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen weitergeleitet. Daher erhöhten sich die Finanzverbindlichkeiten der Holding unter Abzug der Ausleihungen nur relativ geringfügig um 2.922,4 TEUR.

Finanzverbindlichkeiten	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anleihen	73.341,2	73.341,2	0,0	0,0%
Bankdarlehen	223.839,4	276.674,9	52.835,6	23,6%
Gesamt	297.180,6	350.016,2	52.835,6	17,8%
dav. Ausleihungen an verb. Unternehmen	243.842,0	293.755,2	49.913,2	20,5%
Finanzverbindlichkeiten Holding	53.338,6	56.261,0	2.922,4	5,5%

Tabelle 5: Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 276.674,9 TEUR (hiervon die Holding betreffend 56.261,0 TEUR) und Anleihen in Höhe von 73.341,2 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen).

Nettoverschuldungsgrad	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten*	53.338,6	56.261,0	2.922,4	5,5%
Liquide Mittel	37.572,1	52.830,0	15.257,9	40,6%
Nettofinanzverbindlichkeiten	15.766,5	3.431,0	-12.335,5	-78,2%
EBITDA (vor ÖPNV)	45.071,7	47.505,8	2.434,2	5,4%
Net Debt/EBITDA	0,3	0,1		

* ohne Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Tabelle 6: Nettoverschuldungsgrad

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere) der Holding (ohne Cash Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen 52.830 TEUR. Durch die Zunahme der liquiden Mittel verringerten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen) auf 3.431,0 TEUR (-78,2 %). Der EBITDA (vor ÖPNV) verbessert sich um 2.434,2 TEUR (5,4 %) auf 47.505,8 TEUR. Der Nettoverschuldungsgrad verbessert sich auf 0,1.

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 118.146,3 TEUR getätigt:

Investitionen	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle VG	23,3	0,0	-23,3	-100,0%
Sachanlagen	1.799,2	674,8	-1.124,3	-62,5%
darunter Anlagen im Bau	256,0	436,8	180,8	70,6%
Finanzanlagen	193.318,0	117.471,5	-75.846,5	-39,2%
dar. Anteilserwerb	86,0	30,0	-56,0	-65,1%
dar. Gesellschafterdarlehen	153.570,7	71.679,1	-81.891,6	-53,3%
dar. Einlagen in die Kapitalrücklage	13.535,0	8.577,5	-4.957,5	-36,6%
dar. Einlage HAVAG	26.126,3	37.185,0	11.058,7	42,3%
Gesamt	195.140,4	118.146,3	-76.994,1	-39,5%

Tabelle 7: Investitionen

Der größte Teil der Investitionen entfiel mit 117 Mio. EUR auf die Finanzanlagen und dort auf die ausgereichten Gesellschafterdarlehen mit 71,7 Mio EUR. Der Rückgang der Investitionstätigkeit außerhalb der Finanzanlagen im Vergleich zum Vorjahr ist auf eine Begrenzung der Investitionen auf das Mindestmaß infolge des Ukraine-Krieges und der Energiekrise zurückzuführen.

Die Einlagen in die Kapitalrücklage betrafen die EVH (5.425 TEUR) und die HWS (3.152 TEUR) und dienten jeweils der Stärkung des Eigenkapitals. Der Anteilserwerb betraf im Wesentlichen die Kommanditanteile an der Versorger Allianz.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG (37.185 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr minderte sich der Finanzmittelfonds um 35.306,0 TEUR auf 107.015,3 TEUR.

Kapitalflussrechnung	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.171,2	-2.846,9	-6.018,1	>100%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	4.851,4	-28.360,5	-33.211,9	>100%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.283,3	70.019,6	71.302,9	>100%
Zahlungswirksame Veränderungen	6.739,3	38.812,2	32.072,9	>100%
Finanzmittelfonds zum 01.01.	61.463,8	68.203,1	6.739,3	11,0%
Finanzmittelfonds zum 31.12.	68.203,1	107.015,3	-38.812,2	56,9%

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung

5.3. Vermögenslage

Bilanz (Kurzfassung)	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	510.269,4	559.572,9	49.303,6	9,7%
Immaterielle Vermögensgegenstände	104,1	18,4	-85,7	-82,3%
Sachanlagen	20.298,0	19.391,7	-906,3	-4,5%
Finanzanlagen	489.867,3	540.162,9	50.295,6	10,3%
Umlaufvermögen	142.538,8	194.662,0	52.123,2	36,6%
Forderungen und sonstige VG	72.752,2	86.131,2	13.379,0	18,4%
Wertpapiere und liquide Mittel	68.462,9	107.321,8	38.858,9	56,8%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.323,7	1.209,1	-114,6	-8,7%
Bilanzsumme Aktiva	652.808,1	754.234,9	101.426,8	15,5%
Eigenkapital	271.845,3	284.124,6	12.279,3	4,5%
Investitionszuschüsse	293,0	265,5	-27,4	-9,4%
Rückstellungen	27.658,8	19.574,9	-8.083,9	-29,2%
Verbindlichkeiten	352.000,1	449.408,4	97.408,3	27,7%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.011,0	861,5	-149,5	-14,8%
Bilanzsumme Passiva	652.808,1	754.234,9	101.426,8	15,5%

Tabelle 9: Bilanz

Insbesondere die zentrale Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen durch die Holding führte zu einem Anstieg der Finanzanlagen um 50.295,6 TEUR oder 10,3 %.

Die im Vorjahresvergleich gesunkenen Ergebnisbeiträge der Tochterunternehmen führten zu einer Verringerung der Forderungen (aus Ergebnisabführungsverträgen). Dem gegenüber steht eine Erhöhung der Forderungen aus dem Cash-Pooling der SWH-Gruppe sowie aus der umsatzsteuerlichen Organschaft, sodass sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände insgesamt erhöhten. Bei einer Zunahme der Stichtagsliquidität (38.858,9 TEUR) erhöhte sich das Umlaufvermögen (inkl. Abgrenzungsposten) insgesamt um 52.123,2 TEUR.

Zusammengenommen zeigt die Aktivseite die für eine Holding typische Finanzanlagenintensität mit einem Anteil von 71,6 % an den Aktiva.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 284.124,6 TEUR an (4,5 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des überwiegend fremdfinanzierten Anlagevermögens (aus der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen und Leistung von Kapitaleinlagen) in absoluten Beträgen nicht schritthalten. Durch den höheren prozentualen Anstieg des Anlagevermögens gegenüber dem Eigenkapital sank der Anlagendeckungsgrad leicht auf 50,8 %.

Anlagendeckungsgrad	2021	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital*	272.138,3	284.390,1	12.251,9	4,5%
Anlagevermögen	510.269,4	559.572,9	49.303,6	9,7%
Deckungsgrad	53,3	50,8	-2,5	-4,7%

*Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 10: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen minderten sich im Vergleich zum Vorjahr um 8.083,9 TEUR. Hier sind Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt und ein im Vergleich zum Vorjahr weitaus geringerer Anteil an Steuernachzahlungen für die Vorjahre.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 12.279,3 TEUR. Dieses Ergebnis ist in seiner Kontinuität analog der vergangenen Geschäftsjahre ein weiterer Beleg für die Leistungsfähigkeit der SWH GmbH und der SWH-Gruppe.

Mit der Fortführung der im Vorjahr umgesetzten Finanzierungsstruktur sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinaus gehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt sehr zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

6. Nachtragsbericht

Im Zuge der Nachwirkungen der Corona-Pandemie, der Entwicklung des Ukrainekrieges und der damit einhergehenden Energiepreissteigerungen und Inflationsraten auch über das Jahr 2022 hinaus erwarten wir vergleichbare Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten der Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe wie in den drei vergangenen Geschäftsjahren. Im Bereich der Bäder waren durch die Zutritts- und Kapazitätsbeschränkungen des Jahres 2022 immer noch Einnahmefälle zu verzeichnen, ebenso im ÖPNV. In beiden Bereichen bleibt es das Ziel, die Besucher- bzw. Fahrgastzahlen wieder zu stabilisieren und auf das Vor-Krisen-Niveau zu heben. In den Unternehmen der Ver- und Entsorgung können Einnahmefälle infolge von Insolvenzen und konjunkturell bedingten Absatzrückgängen eintreten. Hierdurch können Auswirkungen für die SWH in Form von zu leistenden Zuschüssen und/oder Verlustausgleichsverpflichtungen bzw. verminderten Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen folgen. Die Energie- und Rohstoffmärkte sind weiterhin von einem sehr hohen Preisniveau geprägt, die sich in erhöhten Verbraucherpreisen auf allen Märkten zeigen. Aufgrund der Nachfragesteigerung durch die sich erholende Weltwirtschaft sowie der verschärften geopolitischen Lage ist die Prognose der zukünftigen Entwicklung der Energie- und Rohstoffmärkte immer noch schwierig. Zum Jahreswechsel 2022 zu 2023 waren jedoch Zeichen der Entspannung ersichtlich, die es unserer Energiesparte ermöglichten, einen Teil der Preise für Strom und Gas zum 1. April 2023 wieder zu senken. Sollten sich diese Entspannung fortsetzen, wäre eine weitere Preissenkung zum dritten Quartal 2023 denkbar.

7. Chancen- und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsun Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.1.4. Gesamtbild

Für das Geschäftsjahr 2023 wurden per Stand 31. Dezember 2022 von den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe insgesamt 238 Einzelrisiken identifiziert. Hiervon lagen insgesamt 6 Einzelrisiken (Vorjahr: 7) über dem Schwellenwert und wurden als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	davon Risikogruppe:	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	15	0	0
Finanzrisiken	28	1	0
Führung/ Organisation	23	0	0
Marktrisiken	93	0	3
Rechtliche Risiken	49	1	0
Technische Risiken	30	0	1
Gesamt	238	2	4

Tabelle 11: Risikogruppen

Die Risiken der Gruppe 1 umfassen wie im Vorjahr steuerliche Risiken aus laufender Betriebsprüfung im Organkreis der SWH Holding sowie nicht auszuschließende Sanierungsaufwendungen zur Stilllegung und Nachsorge der Deponie der AWH in Folge zeitlicher Verzögerungen und veränderter bautechnischer Anforderungen. Für beide Risiken sind Vorsorgemaßnahmen getroffen.

In der Gruppe 2 besteht ein Risiko aus einer Limitüberschreitung der Handelspartner (EVH). Durch die gestiegenen Energiepreise im Rahmen der Energie- und Ukraine Krise erhöhte sich für die vorhandenen Liefergeschäfte das finanzielle Risiko einer Ersatzbeschaffung von Strom- und Gaslieferungen bei Ausfall eines Energielieferanten. Das Risiko unterliegt einem permanenten Monitoring durch die EVH. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird seit dem vierten Quartal 2022 als gering eingeschätzt. Zudem haben mögliche Abweichungen von den geplanten Gradtagszahlen Auswirkungen auf den Absatz der Energiesparte.

Signifikant steigende Bahnstromkosten könnten die Dienstleistungsentgelte der Zugverkehre und damit die Kostensituation unseres Containerterminals (CTHS) negativ beeinflussen. Das Risiko von Einnahmefällen als Resultat der Corona-Pandemie im ÖPNV hat die HAVAG entsprechend in der Planung berücksichtigt. Nicht in der Planung enthalten sind darüber hinaus gehende Fahrgeldeinnahmeverluste aufgrund der geplanten Einführung des Deutschlandtickets. Ebenfalls sind staatliche Ausgleichsleistungen in Form eines Rettungsschirms, von dessen Einführung die HAVAG ausgeht, in der Wirtschaftsplanung des Geschäftsjahres 2023 nicht reflektiert.

Eine notwendige Ersatzbeschaffung von Strom- und Gaslieferungen kann sich über den Ergebnisabführungsvertrag nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWH auswirken.

Für diese aus Konzernsicht bestehenden Risiken können sich im Fall ihres Eintritts unterschiedliche Auswirkungen auf die SWH ergeben.

Für die weiteren Risiken der Gruppen 1 und 2 sind Vorsorgemaßnahmen getroffen worden.

Nach dem 31. Dezember 2022 sind – wie bereits für das Geschäftsjahr 2022 im Lagebericht 2021 beschrieben – folgende mögliche Risikoveränderungen in Betracht zu ziehen:

Bei steigenden Energiepreisen erhöht sich für die vorhandenen Sicherungsgeschäfte das finanzielle Risiko einer Ersatzbeschaffung von Strom- und Gaslieferungen bei Ausfall eines Handelspartners. Das Risiko unterliegt einem permanenten Monitoring durch die EVH. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird geringer eingeschätzt als noch für das Geschäftsjahr 2022.

8. Prognosebericht

8.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2022 von einem Jahresüberschuss von 9.203 TEUR aus. Für das Geschäftsjahr 2023 rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von etwa 6.836 TEUR nach Steuern. Die Planwerte für das Jahr 2023 basieren auf den in der zweiten Jahreshälfte 2022 erstellten Wirtschaftsplanen. Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen	IST 2022	PLAN 2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives	20	14	-6	-31,0%
CTHS	-113	-44	69	-61,1%
EVH	32.462	30.555	-1.907	-5,9%
HAVAG	310	287	-24	-7,6%
HWS	11.791	10.759	-1.032	-8,8%
ITC	761	948	187	24,7%
RAB	448	325	-123	-27,5%
SHS	101	100	-1	-0,9%
TELONON	-9	-8	1	-2,4%
Saldo Organschaft	45.771	42.936	-2.836	-6,2%

Tabelle 12: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

8.2. Investitionen

In der Planung für das Jahr 2023 sind Investitionen für die Akquisition energieeffizienter Beteiligungen von 1.500 TEUR und Einlagen in die Kapitalrücklage der HWS (2.196 TEUR) und der EVH (3.060 TEUR) vorgesehen. Zudem sollen in Höhe von 5.419 TEUR Investitionen in die Geschäftsausstattung getätigt werden.

Investitionsplan	IST 2022	PLAN 2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Betriebs- und Geschäftsausstattung	675	5.419	4.744	>100,0%
Anteile an verbundenen Unternehmen	8.577	5.256	-3.322	-38,7%
Beteiligungen	30	1.500	1.470	>100,0%
Gesamt	9.282	12.174	2.892	31,2%

Tabelle 13: Planinvestitionen

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 35.749 TEUR geplant. Inflationsbedingt ist daher auch für das Geschäftsjahr 2023 mit ähnlich hohen Aufwendungen für den öffentlichen Nahverkehr wie im Geschäftsjahr 2022 zu rechnen. Diese Kosten werden von der SWH und der Stadt Halle (Saale) als hoheitliche Aufgabenträgerin gemeinsam getragen, so dass auch der städtische Ausgleichsanteil steigen wird.

8.3. Finanzierung

Für die zentrale Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe ist auf Basis der Vorjahresplanung die Ziehung einer Tranche aus dem abgeschlossenen Darlehen der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 20.000 TEUR für das Geschäftsjahr 2023 vorgesehen. Regeltilgungen für Altdarlehen bzw. Schuldscheindarlehen belaufen sich auf 23.634 TEUR.

8.4. Risiken

Für das Jahr 2023 werden keine bestandsgefährdenden Risiken erwartet.

Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft mit umfangreichen Maßnahmenpaketen, um die Auswirkungen der Pandemie sowie der Ukraine- und Energiekrise abzufedern und Insolvenzen zu verhindern. Offen wird bleiben, wie die Herausforderungen für die deutsche Energiewirtschaft im Winter 2023/2024 gemeistert werden können.

Es wird erwartet, dass die Preise und Inflationsraten bis mindestens zum ersten Halbjahr 2024 auf einem hohen Niveau verbleiben. Die schrittweise Anhebung des Zinsniveaus durch die Europäische Zentralbank wird längere Zeit benötigen, um das derzeitige Inflationsniveau von ca. 8 % wieder auf ein Normalmaß von ca. 2 % zu senken. Die im Vorjahr erwartete konjunkturelle Abschwächung trat jedoch nicht ein. Für das Jahr 2023 wird ebenso keine Abschwächung prognostiziert, durch den erhöhten Innovationsdruck auf die Wirtschaft infolge der Energiekrise wäre sogar eine Verbesserung der Konjunktur und der wirtschaftlichen Aussichten denkbar.

Der Wandel der letzten Jahre am Arbeitsmarkt und die daraus entstehende angespannte Lage bei der Rekrutierung sorgen für eine erschwerte Personalbeschaffung von Ersatz- und Neupersonal. Dies wirkt sich teilweise auch auf die Leistungsbearbeitung aus. Neue Wege bei Innovationen und in der Digitalisierung können jedoch auch hier wirksame Hebel zur Risikominimierung darstellen.

Die Geschäftsführung geht mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Friedrich, Daniel

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	31.549	53	7.384	13	7.395	12	24.165	333
Umlaufvermögen	27.462	47	50.585	87	52.485	88	-23.123	-46
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	8	0	7	0	2	25

Bilanzsumme	59.021	100	57.977	100	59.887	100	1.044	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.367	9	4.618	8	3.876	6	749	16
Rückstellungen	53.041	90	52.879	91	55.534	93	162	0
Verbindlichkeiten	613	1	478	1	477	1	135	28
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	0	0	0	-2	-100

Bilanzsumme	59.021	100	57.977	100	59.887	100	1.044	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.697	6.115	7.576
sonstige betriebliche Erträge	2.679	2.658	2.479
Materialaufwand	1.298	1.043	881
Personalaufwand	2.060	2.110	2.377
Abschreibungen	3	3	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.647	5.276	7.148
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	140	140	54
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	673	684	324
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	19	235	140
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	152	27	108
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-753	145	204
Ergebnis nach Steuern	763	758	-432
sonstige Steuern	15	15	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	748	743	-448

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,18	12,14	-5,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,21	19,16	-10,36	%
Cash-Flow:	770	974	-301	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	284	266	265	T€
Personalaufwandsquote:	21,97	24,05	23,64	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,42	2,47	2,41	%
Eigenkapitalquote:	9,09	7,97	6,47	%
Fremdkapitalquote:	90,91	92,03	93,53	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Abfallmenge	451.539	484.510	553.539	Mg
Durchschnittserlöse	6,29	7,26	9,66	EUR/Mg
Verstromung Deponiegas	9.572.344	11.634.020	13.066.763	kWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im Geschäftsjahr operativ weiter optimiert. Weitere wesentliche Veränderungen gab es im Geschäftsjahr nicht.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2022 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung nach den Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung in der Fassung von 2017. Im September 2022 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßige Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis des erfolgreichen Überwachungsaudits wurde der AWH das Weiterbestehen des QM-Zertifikates bestätigt. Für den nach DIN ISO/IEC 17025:2018 akkreditierten Tätigkeitsbereich Probenahme und Bodenmechanik der AWH fand 2022 keine externe Überwachung statt. Hier besteht die Akkreditierung sowohl der Probenahmeverfahren als auch des bodenmechanischen Labors nach der aktuellen Normengrundlage unverändert weiter, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings für den Deponiestilllegungsbetrieb ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2022 war für die AWH bezüglich der Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes insgesamt eine leicht rückläufige Gesamtmenge der angenommenen und verwerteten Abfälle im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Während die Menge im Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u.ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit) planmäßig auf Grund des sukzessive erfolgenden Auslaufens der genehmigten Maßnahmen im Vergleich zu 2021 weiter zurückging, konnte erneut eine hohe Annahmemenge im Segment der Materialien für den drainablen Horizont (Bauschuttmaterial) sowie im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Steigerung im Segment des für den Aufbau der Wasserhaushaltsschicht benötigten Bodenmaterials erzielt werden. Bei der geotechnischen Sicherung wurden die Einbauarbeiten nach der 2017 erteilten Genehmigung zum überhöhten Abfalleinbau zwecks Vorwegnahme der noch kommenden Setzungen im vergangenen Jahr vollständig abgeschlossen, wofür die erfolgreiche Endabnahme des letzten noch fertig zu stellenden Trenn- und Stützsystems im Deponiebereich Nordgraben inklusiver behördlicher Bestätigung durch das Landesverwaltungsamt im Februar 2023 erfolgte. Im März 2022 wurde durch das Landesverwaltungsamt auf Antrag der AWH die Genehmigung zur temporären Abdeckung der Deponiewestböschung mit mineralischen Deponieersatzbaustoffen erteilt. Verbunden damit war die Auflage zur Realisierung entsprechender Naturschutzmaßnahmen im Bereich der Deponiewestböschung, was im zweiten und dritten Quartal 2022 erfolgte. Ab Oktober 2022 begannen dann die Einbaumaßnahmen, wobei überwiegend HMV-Schlacke zur Abdeckung zum Einsatz kommt. Die Arbeiten im Rahmen dieser Maßnahme werden voraussichtlich noch bis Mitte 2024 dauern.

Im Bereich der Bauschuttmaterialien konnten in Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung aus den Vorjahren weitere Teilflächen in den zentralen Deponiebereichen fertig gestellt werden. Hierbei handelt es sich um ca. 4 ha Fläche, auf denen die Errichtung des drainablen Horizontes abgeschlossen wurde, sowie weitere ca. 7,35 ha Fläche, auf denen die erste Lage der Drainageschicht errichtet wurde. Beide Teilflächen befinden sich im Deponiebereich Mitte.

Auch im Segment der Wasserhaushaltsschicht konnten 2022 wieder mehrere Abnahmen für Teilflächen im nördlichen, mittleren, östlichen und südlichen Bereich realisiert werden, darunter auch weitere erfolgreiche Endabnahmen für Teilflächen der Wasserhaushaltsschicht in den Deponiebereichen Nord, Süd und Ost mit einer Gesamtgröße von ca. 9,67 ha.

Insgesamt ist die Mengenentwicklung im abgelaufenen Jahr 2022 erneut sehr positiv einzuschätzen, auch weil die Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit den aktuellen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und den einzuhaltenden QM-Plänen wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten. Gleichwohl ist mit dem weiteren Auslaufen des Segments der geotechnischen Sicherung zu rechnen, da nach den aktuellen Genehmigungen nur noch die temporäre Abdeckung der Deponiewestböschung als noch nicht abgeschlossene Maßnahme verbleibt. Aus diesem Grund sind auch die Verträge mit den Abfallanlieferern für dieses Material größtenteils ausgelaufen. Von der AWH wird weiterhin angestrebt, einen Übergang zum Projekt der Drehpunktgestaltung hinsichtlich des weiteren Einsatzes der Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung zu erreichen. Es wurden auch 2022 entsprechende Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt durchgeführt, allerdings ist bei dieser Frage genehmigungsrechtlich bis zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung zu rechnen.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die AWH ein gutes Ergebnis bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen erreichen, wobei die Einsatzmengen für die geotechnische Sicherung (Aschen, Schlacken usw.) im Vergleich zu 2021 weiter zurückgingen während stabile Mengen beim Material für den drainablen Horizont (Bauschutt) sowie merklich höhere Mengen an Bodenmaterial für die Rekultivierung zu verzeichnen waren. Die 2017/2018 umgesetzte Preispolitik in Richtung auf höhere Annahmepreise für Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung entsprechend der Marktsituation wurde im vergangenen Jahr konsequent weitergeführt. Daraus resultierten in diesem Segment erneut sehr gute Umsatzerlöse.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden und Recyclingmaterialien zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht und der darunter aufzubauenden Drainage oberste Priorität. Auch im Geschäftsjahr 2022 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden und Recyclingmaterialien auf einem moderaten Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungsanforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind. Im Jahr 2022 war hierbei insbesondere beim Bodenmaterial mit einer deutlichen Steigerung der Annahmemengen eine sehr positive Entwicklung zu registrieren. Insofern ist dies ein Erfolg für den regionalen und überregionalen Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen in diesem Segment, der trotz einer großen Anzahl an Wettbewerbern erreicht werden konnte.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2021 wurde im Juli die sogenannte Mantelverordnung veröffentlicht, die unter anderem eine neue Ersatzbaustoffverordnung enthält, sowie Änderungen der Bodenschutzverordnung und der Deponieverordnung beinhaltet. Das neue Gesetzeswerk wird Mitte 2023 in Kraft treten und sich dann intensiv auf den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörsen auswirken, aber vermutlich auch für den jetzigen Deponieeinbaubetrieb im Bereich der Abfallannahme und -kontrolle Folgen haben. Des Weiteren werden voraussichtlich Teile des Stilllegungsvorhabens außerhalb des von der Behörde festgelegten Deponierechtsgeltungsbereiches wesentlich davon beeinflusst werden, soweit dafür Ersatzbaustoffe verwendet werden sollen (z.B. Drehpunktgestaltung). Die Umsetzung der Mantelverordnung für die Boden- und Bauschuttbörsen wird bei der AWH durch eine interne Arbeitsgruppe vorbereitet. Sie gestaltet sich insofern schwierig, als dass zum Verordnungswerk bereits eine erste Änderungsverordnung der Bundesregierung im Entwurf vorliegt, deren Inkrafttreten ebenfalls noch zum August 2023 angestrebt, derzeit aber noch offen ist, und weil hinsichtlich der vom Gesetzgeber geforderten Fremdprüfung aktuell kaum dafür zugelassene Überwachungsstellen verfügbar sind.

Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb resultierte auch im Jahr 2022 ein entsprechend höherer Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren vor 2016 sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich weiterhin in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigten.

Grundlage für die im Jahr 2022 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juli 2008 durch das LVWA erlassene und inzwischen mit sechs Ergänzungen (letztmals vom 3. März 2022) und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen bearbeitet, welche u.a. die Gestaltung der Maßnahmen im Drehpunktbereich beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurde die Entwurfsplanung im April 2019 der AWH übergeben und nach der internen Prüfung im Juni 2019 an das Landesverwaltungsamt übermittelt. Seitdem läuft die behördeninterne Prüfung und Abstimmung zu dieser Planung. Ob und wie dazu entschieden wird, ist weiterhin offen, da eine Lösung für die ablehnenden Standpunkte der Wasserbehörde und des Bergamtes sowie der zu beteiligenden Dritten (LMBV, MUEG) vom Landesverwaltungsamt bisher nicht erreicht werden konnte. Aus Sicht der AWH erscheint deshalb eine Genehmigung und Umsetzung dieser Planung als kaum realistisch. Aus diesem Grund wurde auch 2022 weiter an Alternativkonzeptionen unter Einbeziehung von Planern, ingenieurtechnischen Beratern und Juristen gearbeitet.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass bis Ende 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnten 2018 und 2019 praktikable Lösungen für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes sowie der Wasserhaushaltsschicht erarbeitet werden, sodass hier ab 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich wurden. Diese erfolgreiche Entwicklung konnte mit der Abnahme neuer Teilflächen auch im Jahr 2022 fortgesetzt werden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielten. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2022 wiederum ein hohes Niveau aufwiesen, wobei allerdings durch den Abschluss weiterer Teilmaßnahmen nur noch sehr begrenzte Restvolumen für den Einbau zur Verfügung stehen, sodass die Mengen und Umsatzerlöse in diesem Segment weiter zurückgehen werden. Eine direkte Fortsetzung dieser Maßnahmen bei der geotechnischen Sicherung im Drehpunktbereich ist aufgrund des obenstehend dargestellten schwierigen Abstimmungsprozesses für die Drehpunktgestaltung nicht in Sicht.

Auch im Jahr 2022 fanden zahlreiche weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungsteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich 2022 keine wesentlichen Änderungen. Jedoch wird sich die vom Bundesgesetzgeber erlassene „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien ab Mitte 2023 merklich auf das Annahme- und Abgabepportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik, vor allem im Bereich der Abfallüberwachung, im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Aufgrund der aktuellen Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird die Überprüfung des Weiterbetriebs der Boden- und Bauschuttbörse für Ende 2025 eingeplant, indem hier unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die weitere Rentabilität der Anlage eingeschätzt werden muss.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2022 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Aufgrund gesunkener Annahmemengen an Verwertungsabfällen mit 451 TMg im Vergleich zum Vorjahr mit 484 TMg sowie aufgrund der Annahme von einem höheren Anteil an Bauschutt- und Bodenmaterialien ist ein geringerer Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 2.838 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 3.517 zu verzeichnen. Der Planwert von TEUR 667 konnte aufgrund überplanmäßiger Annahmepreise dennoch deutlich übertroffen werden.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Erüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung, des Baus einer Verbindungsleitung zwischen den bestehenden Gasfassungssystemen, der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren sowie auf Grundlage einer positiven Marktentwicklung im Bereich der Einspeisevergütungen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 2.257 im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 1.303 sowie zum Planwert von TEUR 583. Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen.

Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2022 einen Umfang von TEUR 1.245. Die entsorgte Menge betrug knapp 121 Tm³. Damit ist die Entsorgungsmenge des Geschäftsjahres oberhalb der Vorjahresmenge mit 117 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand oberhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.225. Die für 2022 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.554 konnten deutlich unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 382 angefallen. Hiermit wurden der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 530 sowie der Planwert mit TEUR 675 unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den abgeschlossenen Finanzanlagen entsprechend der mit dem Landesverwaltungsamt vorgegebenen Anlagerichtlinie. Mit dieser hieraus resultierenden Anlage- und Risikostruktur konnten an den Kapitalmärkten respektable Erträge in Höhe von TEUR 488 erzielt werden. Der Planwert in Höhe von TEUR 418 wurde somit überschritten.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u.a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u.a. im Monitoring-Programm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Unter Einbeziehung aller Monitoring-Daten in der Deponiestilllegungsphase wird eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß der Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft. Im Jahr 2019 erfolgte turnusmäßig die letzte dieser Überprüfungen auf Grundlage der aktuellen Ergebnisse und Daten bei der Umsetzung des Stilllegungskonzeptes. Im Ergebnis dieser externen Überprüfungen und Modellprognosen wurde bislang stets bestätigt, dass die Ziele hinsichtlich einer umweltgerechten und nachhaltigen Deponiestilllegung weiterhin erreicht werden.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 betrug der Personalbestand der AWH 33,0 VBE, was eine Abweichung von +0,3 VBE zum Plan bedeutet. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2022 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2027 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 27,0 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH war im Geschäftsjahr 2022 konstant gut, was vor allem auf die generierten Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Die Umsatzerlöse des Vorjahres in Höhe von TEUR 6.115 konnten im Geschäftsjahr 2022 mit TEUR 6.697 übertroffen werden. Dies ist vor allem durch die marktbedingten Entwicklungen der Einspeisevergütungen im Rahmen der Verstromung des Deponiegas begründet. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 2.629 und wurde somit deutlich übertroffen.

Im Bereich der Erlöse aus Ansiedlungen konnte das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 1.035 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 1.323 gesteigert werden. Ursachen für die Erlössteigerung im Vergleich zum Vorjahr waren die Preissteigerungen im Zuge der Energiemarktkrise für Dieselkraftstoff und Strom, welche an die angesiedelten Unternehmen am Standort weiterberechnet wurden sowie die gestiegenen Abnahmemengen in diesen Segmenten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mit TEUR 1.868 auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 642 verwiesen. Ursache für diese Erträge ist hauptsächlich die Auflösung gebildeter Rückstellungen für Steuer- und Zinsnachzahlungen aus Feststellungen der BP 2011 bis 2014 in Höhe von TEUR 592.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand ist im Geschäftsjahr 2022 um TEUR 50 auf TEUR 2.060 im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Beim Materialaufwand kam es zu einer Steigerung um TEUR 255 im Vergleich zum Vorjahr. Ursachen hierfür sind die bereits unter den Erlösen aus Ansiedlung angeführten Preissteigerungen und der erhöhte Bezug an Strom- und Dieselmengen zur Abdeckung des Bedarfs der angesiedelten Unternehmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser und für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltung wurde bereits unter Punkt 2.7. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2022 Aufwendungen von TEUR 954 angefallen. Dieser Wert liegt aufgrund von Maßnahmenverschiebungen in die Zukunft deutlich unter dem Planwert in Höhe von TEUR 2.867, aber deutlich über dem Vorjahreswert von TEUR 416. Der Aufwand aus der Zuführung zur Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge betrug TEUR 2.590 (Vorjahr: TEUR 1.567).

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und hat zum 31. Dezember 2022 einen Wert von TEUR 53.041, was eine Abweichung von TEUR 162 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z.B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurde in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Inanspruchnahme in Höhe von TEUR 759 gebucht. Diese Inanspruchnahme basiert auf der aktualisierten Decklungsrechnung (Stand 15. Februar 2023). Im Rahmen der Aktualisierung wurde die Stilllegungsphase um zwei Jahre bis 2031 verlängert. Die hiermit verbundene Kostenverlagerung ist das Ergebnis der zeitlichen Verzögerungen bei den zahlreichen Abstimmungen und den daraus resultierenden Genehmigungen von Einzelmaßnahmen durch die beteiligten Behörden. Dies betrifft vor allem die Stilllegungsmaßnahmen Böschungsgestaltung Drehpunkt (Planungs- und Bauleistungen) sowie die Aufbringung der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht. Der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mussten im Zuge der Bewertung der zukünftigen Verpflichtung (Berücksichtigung von Preissteigerungen) mit anschließender Abzinsung TEUR 1.480 zugeführt werden. Der sich hieraus neu ergebende Barwert wurde entsprechend in der Bilanz erfasst.

Weitere wesentliche Rückstellungen sind die Rückstellung Betriebsprüfung sowie die bestehende Rückstellung für Zinszahlungen, resultierend aus den Prüfungsfeststellungen des Finanzamtes Halle (Saale) im BP-Bericht vom 21. Dezember 2018. Von den im Rahmen der Betriebsprüfung erlassenen Prüfungsfeststellungen blieben zwei ergebnisoffen. Hier konnte aufgrund unterschiedlicher Auffassungen bis zum Stichtag 31. Dezember 2022 keine finale Einigung mit dem Finanzamt Halle (Saale) erzielt werden, allerdings wurde mit Schreiben vom 16. November 2022 des Finanzamtes Merseburg auf die Prüfungsfeststellung zur Abzinsung der vorhandenen Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verzichtet und die gezahlten Ertragsteuern für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag der Jahre 2011 und 2014 (TEUR 825) zurückgezahlt. Unter Berücksichtigung der daraus resultierenden Folgewirkungen bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 wurde die Rückstellung Betriebsprüfung neu bewertet. Infolgedessen bildet die Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 eine Rückstellung in Höhe von TEUR 204 ab.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2022 mit TEUR 613 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 478 erhöht.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2022 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 2.498. Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Die AWH hat im Geschäftsjahr 2022 kein Gesellschafterdarlehen in Anspruch nehmen müssen.

3.3. Vermögenslage

In der Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2022 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Sachanlagen	1.430	1.433	-3
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	30.119	5.951	24.168
Langfristig gebundenes Vermögen	31.549	7.384	24.165
Vorräte (RHB)	128	64	64
Forderungen aus LuL	653	499	154
Forderung verb. Untern. (LuL)	4	5	-1
Forderung verb. Untern. (CP)	2.498	2.286	212
Sonstige Vermögensgegenstände	19.564	29.090	-9.526
Sonstige Wertpapiere	0	14.168	-14.168
Flüssige Mittel	4.615	4.473	142
Aktiver RAP	10	8	2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	27.472	50.593	-23.121
Gesamtvermögen	59.021	57.977	1.044
Kapitalstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	5.367	4.619	748
Langfristige Rückstellungen	46.842	45.157	1.685
Langfristiges Kapital	52.209	49.776	2.433
Kurzfristige Rückstellungen	6.199	7.722	-1.523
Verbindlichkeiten aus LuL	274	282	-8
Verbindlichkeiten verb. Untern.	113	72	41
Sonstige Verbindlichkeiten	226	124	102
Passiver RAP	0	1	-1
Kurzfristiges Kapital	6.812	8.201	-1.389
Gesamtkapital	59.021	57.977	1.044

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass sich die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr im Wesentlichen nicht verändert hat. Im Bereich des langfristig gebundenen Vermögens kam es zu einer Umwidmung aus der Position Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens in Wertpapiere des Anlagevermögens. Hintergrund bildet die sachgerechte Abbildung der abgeschlossenen langfristigen Anleihen, welche dem Unternehmen dauerhaft zur Finanzierung der Deponierekultivierung dienen sollen. Des Weiteren erfolgte eine Wiederanlage von Finanzmitteln aus ausgelaufenen Schuldscheindarlehen im Geschäftsjahr 2022 in festverzinsliche Wertpapiere (Anleihen). Diese werden zukünftig ebenfalls im langfristigen Vermögen abgebildet. Aufgrund des sich ergebenden Jahresüberschusses mit TEUR 748 hat sich das vorhandene Eigenkapital entsprechend erhöht.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem ähnlichen Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 748 liegt leicht oberhalb des Vorjahresergebnisses mit einem Jahresüberschuss von TEUR 743 und deutlich oberhalb des Planwertes von TEUR -237. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresüberschuss durch Sondereffekte wesentlich beeinflusst wird. Einerseits erfolgte aus der Stichtagsbewertung der Rekultivierungsrückstellung eine ergebnismindernde Zuführung zum Barwert in Höhe von TEUR 1.480 und andererseits wirkten die erhaltenen Steuerrückzahlungen für Körperschaftsteuern und Solidaritätszuschläge der Geschäftsjahre 2011 und 2014 in Höhe von TEUR 825 und ausstehende Forderungen für Steuer- und Zinsrückzahlungen in Höhe von TEUR 987 positiv auf das Jahresergebnis der Gesellschaft.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der Abfallwirtschaft GmbH insgesamt 15 Risiken ermittelt (Vorjahr 17). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 4 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welches sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilt:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	6	0	3
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	2	0	0
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	1	0	1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	5	0	0
Gesamt	15	0	1

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie „Kapitalmarkt“ ein Einzelrisiko der Gruppe 2 aus. Die Gesellschaft ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, zum Bilanzstichtag die langfristige Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge neu zu bewerten. Hierbei sind zur Ermittlung des Barwertes einerseits zukünftige Preissteigerungen und andererseits die von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahresdurchschnitt) zu berücksichtigen. Aufgrund der Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Inflations- und Abzinsungszinssätze erwartet die Gesellschaft für die kommenden Jahre, dass die Rückstellung unter Berücksichtigung der erfolgten Inanspruchnahme jährlich auf den zu ermittelnden Barwert aufgestockt werden muss. Der sich hieraus ergebende Aufwand aus der Aufstockung der Rückstellung wirkt sich vollständig ergebnismindernd aus.

Beim Beschaffungsmarkt betrifft das Risiko dabei sowohl den Umfang der noch zu beschaffenden Mengen als auch die damit in Zusammenhang stehenden Annahme- oder Einkaufspreise an Verwertungsabfällen/Einbaumaterialien im Rahmen der Rekultivierung der Deponie bzw. im Rahmen des Betriebes der Boden- und Bauschuttbörsen.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2023 bis 2029 unter Beachtung der vom LVwA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der vorliegenden Entwurfsplanung zur Gestaltung des Drehpunktbereiches. Aufgrund der aktuellen Böschungszustände, vor allem der Bergbauböschungen, erachtet es der Planer für notwendig, wesentlich mehr Einbaumassen zu verwenden, um eine ausreichende Standsicherheit herzustellen. Aus diesen erheblich umfangreicheren Massenbeschaffungen und -bewegungen heraus resultiert auch eine wesentlich längere Bauzeit als bisher in den ingenieurtechnischen Vorplanungen ausgewiesen. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Genehmigungsbehörde sowie mit der Gesellschafterin zur Umsetzung möglicher Alternativkonzeptionen insbesondere in Bezug auf eine Begrenzung der Verantwortlichkeit der AWH auf die Gestaltung der Deponiewestböschung.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von schwankenden Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend von der sich einstellenden Genehmigungssituation und den daraus resultierenden Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den entsprechenden Annahmepreisen begründet sind.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen und der Deponiegasqualität unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2023 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel seitdem in diversen Schuldscheindarlehen, Termingeldanlagen und festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Im Februar 2022 endete die Laufzeit von drei Schuldscheindarlehen. Unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung wurden die Gelder in festverzinslichen Wertpapieren entsprechend des geplanten Liquiditätsbedarfs mit Fristigkeiten von sechs bzw. sieben Jahren neu angelegt. Damit soll auch in den kommenden Jahren eine Ertragsoptimierung unter Berücksichtigung von Marktrisiken erreicht werden.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, sodass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten. Darüber hinaus sind bei der Anwendung der Regelungen des BilMoG die verbindlich anzusetzenden Abzinsungszinssätze der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Bewertung von langfristigen Rückstellungen sowie die Preissteigerungsraten zu beachten. Hierfür ist es notwendig, dass sich die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank positiv sowohl auf die Preissteigerungsraten als auch auf die Abzinsungszinssätze auswirkt.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Kundenservice, Supportdienstleistungen, Verbrauchs- und Mengenabrechnung, Verbrauchsdaten-, System- sowie Zähler- und Servicemanagement einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus der Erbringung betriebsnotwendiger Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen (§ 128 Abs. 2 KVG LSA) und die Stadtwerke Halle-Gruppe.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Preuß, Florian

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	411	6	535	7	574	8	-124	-23
Umlaufvermögen	5.740	92	6.876	93	6.388	92	-1.136	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	111	2	28	0	12	0	83	296

Bilanzsumme	6.262	100	7.439	100	6.974	100	-1.177	-16
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.077	33	2.277	31	2.022	29	-200	-9
Rückstellungen	3.660	59	4.454	60	4.318	62	-794	-18
Verbindlichkeiten	517	8	694	9	634	9	-177	-26
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	14	0	0	0	-6	-43

Bilanzsumme	6.262	100	7.439	100	6.974	100	-1.177	-16
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	16.332	18.006	18.566
sonstige betriebliche Erträge	587	275	226
Materialaufwand	3.502	3.821	4.280
Personalaufwand	11.305	11.968	12.324
Abschreibungen	213	205	155
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.435	1.545	1.519
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	34	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37	164	194
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	104	89	59
Ergebnis nach Steuern	323	523	268
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	323	523	268

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,98	2,90	1,44	%
Eigenkapitalrentabilität:	18,41	29,80	15,29	%
Cash-Flow:	536	728	424	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	65	66	65	T€
Personalaufwandsquote:	66,82	65,47	65,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,85	3,02	2,93	%
Eigenkapitalquote:	33,17	30,60	29,00	%
Fremdkapitalquote:	66,83	69,40	71,00	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Die A/V/E GmbH bietet individuelle Prozess-, Service- und Supportdienstleistungen entlang der Customer Journey. Bis zu 300 Mitarbeitende stehen seit fast 30 Jahren für kompetenten und freundlichen Service von Mensch zu Mensch, wo automatisierte Prozesse und komplexe Produkte und Dienstleistungen Unterstützung brauchen.

Zunehmend digitale Angebote eröffnen unendliche Möglichkeiten, aber auch eine unüberschaubare Flut an Informationen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an einfache und reibungslose Abläufe. In der Umsetzung kommt es daher vor allem auf das richtige Zusammenspiel zwischen Digitalisierungsstrategie und darauf abgestimmte Prozess- und Support-Dienstleistungen an. A/V/E setzt auf ganzheitliche Servicelösungen, die die Akzeptanz und damit die Zufriedenheit bei Kunden und Nutzern erhöht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 stand ganz im Zeichen des Krieges in der Ukraine, begleitet von einer hohen Inflation und den explodierenden Beschaffungskosten im Energiesektor. Über alle Wirtschaftssektoren hinweg war eine deutliche Investitionsunsicherheit spürbar, sowie gestiegene Belastungen durch erhöhte Produktions- und Nebenkosten. Für A/V/E ergab sich aus dieser Situation ein schlagartiger Anstieg der ohnehin schon deutlich erhöhten Kontaktvolumen über alle Kunden sowie Kontaktkanäle hinweg. Dieses hohe Niveau an Anfragen hielt über das gesamte Jahr stand. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass neben dem originären Volumen auch die Gesprächsdauern stark gestiegen sind. Gerade bei Kundenverträgen mit Vorgangsbepreisungen führte dies trotz gesteigerter Nachfrage zu einem teils deutlichen Rückgang der Marge in einigen Verträgen. Zusätzlich galt es, gerade im telefonischen Kundenservice, mit stark verärgerten – teilweise von Existenzängsten bedrohten – Endkunden umzugehen und dabei die eigene Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Trotz dieser Einflüsse konnte A/V/E das Jahr 2022 wirtschaftlich stabil durchlaufen und verzeichnet auf Grund der hohen qualitativen Expertise vermehrt Anfragen von ehemaligen Kunden, welche ihre Dienstleistungen wieder durch A/V/E erbringen lassen möchten.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2022 gab es für die Weiterentwicklung der Gesellschaft drei große Kernaspekte: mentale Gesundheit der Mitarbeitenden, Digitalisierung sowie Personalbeschaffung.

Im Zuge der Bewältigung der hohen Eingangsvolumen sowie der angespannten Stimmung im Kundenservice, wurde eine Arbeitsgruppe gegründet. Im Ergebnis wurden sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeitende extern sowie intern geschult und Prozesse auf die aktuelle Situation angepasst. Weiterhin erfolgte eine angepasste Dienstplanung zur Reduzierung der persönlichen Belastung im telefonischen Kundenservice. Die durchgeführten Maßnahmen wurden gut angenommen und haben geholfen, die eigene Belegschaft zu schützen. Einige der Inhalte sind ins Standardrepertoire der Schulungsinhalte überführt worden.

Gerade bei den aktuell sehr hohen Eingangsvolumen ist eine sinnvoll umgesetzte Digitalisierung von Prozessen unerlässlich. Im Jahr 2022 wurden mehrere Sprachbots produktiv eingesetzt, um Arbeiten gänzlich automatisiert zu erledigen oder aber Volumen vom Front- ins Backoffice zu transferieren. Um hier noch zukunftsicherer aufgestellt zu sein, wurde auf eine neue KI-gestützte Plattform gewechselt, welche einen größeren Anwendungsbereich ermöglicht und die Erstellungs- sowie Wartungsaufwände stark reduziert. Die Erstellung, Einführung und der Betrieb von digitalen Sprachbots wurde als neuer Geschäftsbereich identifiziert und gestärkt, sodass bereits erste selbsterstellte Sprachbots verkauft werden konnten.

Angesichts der stark gestiegenen Belastungen für die Mitarbeitenden sowie des notwendigen Generationswechsel in den nächsten Jahren, wurden in der Personalbeschaffung neue Prozesse und Kanäle getestet. Im Fokus steht ein digitaler Ausschreibungsprozess mit geringen Wartezeiten und zielgruppengerechte Ansprache auch über neue digitale Plattformen. Zudem wurden die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von Arbeitsverträgen angepasst, um eine höhere Attraktivität zu erreichen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage der A/V/E war auch im Jahr 2022, trotz aller volatilen Rahmenbedingungen, stets stabil. Die Bilanzsumme der A/V/E verringerte sich zum 31. Dezember 2022 stichtagsbezogen gegenüber dem 31. Dezember 2021 um 16 % auf 6.262 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2022 89 T€ (im Vorjahr: 165 T€). Hierbei handelte es sich erneut im Wesentlichen um Investitionen in IT sowie Ersatzinvestitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Fortsetzung und der Ausbau des mobilen Arbeitens und der damit verbundenen neuen Arbeitswelt sorgte auch im Jahr 2022 für Investitionen in mobile PC-Technik, wenn auch in geringerem Umfang als geplant, da es teilweise zu erheblichen Lieferverzögerungen kam.

Das Umlaufvermögen verringerte sich stichtagsbezogen um 1.137 T€ auf 5.740 T€ (31. Dezember 2021: 6.877 T€). Wesentliche Ursache hierfür ist ein geringerer Cash-Pool-Bestand von 3.927 T€ (31. Dezember 2021: 5.798 T€). Dem gegenüber stehen ein höherer Forderungsbestand gegenüber der enviaSERVICE GmbH von 584 T€ (31. Dezember 2021: 0 T€) und stichtagsbedingt höhere Forderungen gegenüber Gesellschaftern aus Lieferungen und Leistungen von 625 T€ (31. Dezember 2021: 563 T€).

Das Eigenkapital verringerte sich um 200 T€ auf 2.077 T€ (31. Dezember 2021: 2.277 T€). Die Eigenkapitalquote stieg trotz dessen wegen der gesunkenen Bilanzsumme auf 33 % (31. Dezember 2021: 31 %). Die Rückstellungen gingen auf 3.660 T€ (31. Dezember 2021: 4.454 T€) zurück. Wesentliche Ursachen dafür sind die Inanspruchnahmen der Rückstellung für den Verkauf des Zählermanagements, der Rückstellung für Archivierungskosten und der Rückstellung für Altersteilzeit.

Zum 31. Dezember 2022 lagen die Verbindlichkeiten mit 517 T€ um 177 T€ unter dem Vorjahreswert von 694 T€. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus den stichtagsbedingt gesunkenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Jahr 2022 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Cashpool-Guthaben. Die A/V/E verfügt weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2022 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2022 gewährleistet. Der operative Cashflow betrug -1.259 T€, im Wesentlichen resultierte dies aus dem Jahresüberschuss, der Zunahme von Forderungen aus Lieferung und Leistung gegenüber verbundenen Unternehmen, sowie gegenläufig der Abnahme von Rückstellungen. Investitionen in das Anlagevermögen sowie die Veränderung der Cashpool-Forderung sorgten für einen Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.782 T€. Die Ausschüttung des Jahresüberschusses 2021 zeichnet sich allein ursächlich für einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von -523 T€.

Im Jahr 2022 gingen die Umsatzerlöse um 1.675 T€ (9 %) gegenüber dem Vorjahr zurück. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus avisierten Mengensenkungen im Gesellschafterkreis sowie dem planmäßigen Ende eines Ablesevertrages im Bereich der Drittkunden. Demgegenüber steht ein Umsatzzuwachs im Bereich der Drittkunden für Prozess- und Kundenservicethemen. Die Umsatzerlöse im Jahr 2022 entfallen zu 60 % auf die Marktrolle Lieferant und zu 40 % auf die übrigen Markttrollen.

Die betrieblichen Erträge erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr (275 T€) um 313 T€ auf 588 T€. Ursächlich für den Anstieg sind insbesondere Auflösungen von Rückstellungen. Der Materialaufwand ging im Jahr 2022 um 319 T€ auf 3.502 T€ (Vorjahr: 3.821 T€) zurück. Ursächlich dafür zeichnen sich geringere Fremdaufwendungen (-522 T€). Dem gegenüber steht ein erhöhter Bezug von Leiharbeitnehmern durch kurzfristig erhöhte Ressourcenbedarfe.

Ein geringerer Personalbestand als im Vorjahr ist der wesentliche Treiber, der um 663 T€ auf 11.305 T€ (Vorjahr: 11.968 T€) gesunkenen Personalaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich im Jahr 2022 um 110 T€ auf 1.435 T€ (Vorjahr: 1.545 T€). Die Ursache sind 2021 einmalig erhöhte Archivierungskosten auf Grund von neuen Anforderungen aus gesetzlichen Änderungen.

Mit einem Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 464 T€ (im Vorjahr: 743 T€) wurde das Ziel des Wirtschaftsplanes leicht unterschritten.

Das Finanzergebnis erhöhte sich um 93 T€ auf -37 T€ (im Vorjahr: -130 T€). Maßgeblich hierfür sind geringere Zinsaufwendungen auf Grund von versicherungsmathematischen Gutachten für die betriebliche Altersvorsorge.

Der Steueraufwand für das Jahr 2022 beläuft sich auf 104 T€. Dies stellt eine Erhöhung um 15 T€ gegenüber dem Vorjahr dar (89 T€). Ursache des Anstiegs, trotz geringerer Betriebsergebnis, sind unterschiedliche Ansatzmöglichkeiten zwischen Handels- und Steuerbilanz.

Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von 323 T€ (im Vorjahr: 523 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren für die A/V/E sind das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 2022: 464 T€) und der Effizienzgrad.

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung, im Geschäftsjahr 2022 ein Betriebsergebnis von 500 T€ zu erreichen, wurde nicht erfüllt. Mit 464 T€ lag das Betriebsergebnis leicht unter dem Ziel.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2022 um 1,9 Prozentpunkte auf 107,0 % erneut gesteigert werden. Demzufolge wurde das Ziel, den Effizienzgrad auf mindestens 100 % zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2022 der A/V/E und in den Tätigkeitsberichten „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit energiespezifischen Dienstleistungen im Zusammenhang stehen. Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der A/V/E zum 31. Dezember 2022 unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten und im Anhang der A/V/E erläuterten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der A/V/E wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte ebenfalls vorrangig eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivposten. In den Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, erfolgte auch hier die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ wurden Umsätze aus energiespezifischen Dienstleistungen von 2.959 T€, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von 167 T€ ergibt. Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ wurden Umsätze von 317 T€ aus energiespezifischen Dienstleistungen, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von -5 T€ ergibt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Nachdem die Corona-Pandemie im Wesentlichen überwunden scheint und somit in der Bewertung der Risiken keine signifikante Rolle mehr spielt, sorgt die Energiekrise in Folge des Ukraine-Konflikts für ein erhöhtes Risiko von Zahlungs- bzw. Forderungsausfällen von Endkunden und so mittelbar zum erhöhten Risiko von Ausfällen bei unseren Kunden. Trotz dessen zeigte sich das Zahlungsverhalten im Jahr 2022 als stabil. Weiterhin sollten die von der Politik beschlossenen Entlastungen im Energiesektor das Risiko reduzieren.

Chancen und Risiken ergeben sich, wie auch in den vergangenen Jahren, in der Neukundengewinnung und der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt. Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Eine angespannte Lage am Arbeitsmarkt sorgt weiterhin für erschwerte Personalbeschaffung und damit zu Restriktionen bei der Auftragsannahme. Qualifiziertes Personal einzustellen, gestaltet sich aktuell so schwer wie nie zuvor. Allein durch Intensivierung von Rekrutierungsmaßnahmen ist das Problem nicht zu lösen. Die A/V/E begegnet der Situation zusätzlich mit dem Ausbau von Digitalisierungsmaßnahmen und der Verwendung von erweiterten technischen Lösungen zur Reduzierung von manuellen Arbeitsschritten in unseren Prozessen und Dienstleistungen. Dies bietet zudem Chancen, neue Produkte zu entwickeln und weitere Kundengruppen zu erschließen.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Allgemeinen Risiken wie Preisanstiegen für Energie, Material und Personal begegnet die A/V/E mit Preisanpassungen für ihre Produkte, sei es durch Anpassungsklauseln oder über Vertragsgespräche. Lieferengpässe lassen sich derzeit noch durch Alternativlieferanten oder -produkte lösen. Somit lassen sich diese Risiken aus Sicht der A/V/E kontrollieren.

Strategie

Der Geschäftszweig als Service- und Supportspezialist außerhalb des klassischen Geschäftsfelds wird insbesondere durch Kooperationen sowie gemeinsame Messeauftritte weiter ausgebaut. So wird A/V/E ein Teil des Cursor-Stands auf der e-world.

Durch die in den letzten Jahren stark gestiegene Nachfrage an hochwertigen Dienstleistungen im originären Bestandsgeschäft sowohl für Netz als auch Lieferant, stellt dieser Geschäftszweig weiterhin ein Wachstumsfeld dar. Es ist geplant, hier in beiden Rollen zu wachsen und entsprechend Personal zu gewinnen. Unterstützt wird dies durch die konsequente weitere Digitalisierung von Standardprozessen, um weitere Mitarbeiterkapazität für höherwertige Tätigkeiten nutzen zu können.

Zusätzlich soll die erworbene Expertise im Design, Erstellen und Betreiben von Chat- und Sprachbots weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, neben den eigenen Prozessen, auch die Kundenprozesse zu verbessern. A/V/E möchte als beratender und umsetzender Partner an der Seite der EVU und Stadtwerke für Prozessverbesserungen und digitale Bots gesehen werden und wachsen.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2023 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 590 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 100 % gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen. Der Unternehmensgegenstand umfaßt auch die Übernahme der Verwaltung und Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale) sowie die Beratung und Betreuung im Bereich „Ausbildungspool.Halle“, ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen. Der von der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt demnach in der Abfallentsorgung (§ 128 Abs. 2 KVG LSA), der Förderung des Sozialwohls und der Wirtschaft.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3	4	3	3	2	2	0	0
Umlaufvermögen	81	96	93	97	106	98	-12	-13
Bilanzsumme	84	100	96	100	108	100	-12	-13
Passiva								
Eigenkapital	25	30	25	26	25	23	0	0
Rückstellungen	28	34	33	34	31	29	-5	-15
Verbindlichkeiten	31	36	38	40	52	48	-7	-18
Bilanzsumme	84	100	96	100	108	100	-12	-13

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	751	672	662
sonstige betriebliche Erträge	0	1	1
Materialaufwand	11	10	34
Personalaufwand	633	545	480
Abschreibungen	3	2	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	84	84	105
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	20	32	43
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	20	32	43
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,66	4,81	6,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	79,97	129,30	170,20	%
Cash-Flow:	23	34	44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	54	52	51	T€
Personalaufwandsquote:	84,36	81,04	72,42	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,11	3,24	2,04	%
Eigenkapitalquote:	29,66	25,97	23,19	%
Fremdkapitalquote:	70,34	74,03	76,81	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Einsatzstunden Entsorgungsdienste	16.385	17.314	18.255	Stunden

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2022 am Markt als Dienstleister im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale). Im Auftrag der Stadtwerke Halle GmbH wurden der sogenannte Ausbildungspool(s).Halle durchgeführt und für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe im Bereich Sicherheitsdienstleistungen Sicherheitsschulungen angeboten bzw. durchgeführt.

Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Bei dem Ausbildungspool.Halle handelt es sich um ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen, welche auf eine Berufsorientierung oder auf eine Ausbildung in einem Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe oder bei Kooperationspartnern abzielt.

Das Geschäftsfeld Sicherheitsdienstleistungen zur Durchführung von Sicherheitsschulungen wird seit September 2021 implementiert. Die Durchführung von Sicherheitsschulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kontakt- und Kundensituationen trägt zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Standorten und Unternehmensinteressen bei.

Die Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber Gesellschaften im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht.

Gegenstand des Ausbildungspools ist die Vorbereitung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aufgrund besonderer Umstände nur geringe Aussichten auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung haben sowie Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Berufsorientierungsangeboten, auf die Anforderungen eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes. Dabei können die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe zum Teil reguläre Ausbildungsstellen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Ausbildungspool.Halle“ besetzen. Zusätzlich soll der „Ausbildungspool.Halle“ für Klein- und Kleinstunternehmen aus und in Halle geöffnet werden. Ziel dieser Öffnung ist es diesen Unternehmen, die vielfach auch Partner der SWH-Gruppe sind, ein Ausbildungsengagement zu ermöglichen. Schwerpunkt bleiben dabei die Unternehmen der SWH-Gruppe. Des Weiteren wird im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ eine netzwerkorientierte Zusammenarbeit zwischen den Schulen, Handwerks- und Handelskammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Migrationsprojekten, den Klein- und Kleinstunternehmen, der SWH-Gruppe und der Stadt Halle angestrebt.

Die Gesellschaft erweiterte ihr Leistungsangebot um die Erbringung von Sicherheitsschulungen. Im Rahmen der Schulungen lernen die Beschäftigten adäquate Strategien und Methoden zum deeskalierenden und gewaltfreien Verhalten in Konflikt- und Bedrohungssituationen kennen, entwickeln und festigen geeignete Reaktions- und Verhaltensweisen, stärken ihre Wahrnehmungskompetenzen und sind in der Lage, Gewaltsituationen zu erkennen und zu benennen. Dies führt u. a. zu einer Stärkung des Sicherheitsempfindens. Gleichzeitig wird auf Seiten des jeweiligen Unternehmens mit der Durchführung gesetzlichen Anforderungen und Vorschriften (z. B. BG-Vorschriften zur Gewaltprävention) zum Arbeitsschutz entsprochen.

Die Cives Dienste GmbH setzt bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Entsorgung, Ausbildungspool, Sicherheitsdienstleistungen und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH werden, die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2022 lagen keine wesentlichen Veränderungen der Gesellschaft vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Entsorgungsleistungen, der Stadtwerke Halle GmbH zur Durchführung des Ausbildungspool.Halle und weiteren Unternehmen des Konzern-Verbundes zur Durchführung von Sicherheitsschulungen fixiert.

Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene im Bereich Entsorgung mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar. Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen im Bereich Sicherheitsschulungen gestaltete sich aufgrund der Pandemie-Situation als schwierig.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an der Leistungsvergabe der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Für den Bereich Sicherheitsdienstleistungen strebt die Gesellschaft die langfristige Etablierung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle an, um so zum Schutz von Mitarbeitenden, Standorten, Unternehmensinteressen sowie unserer Kundinnen und Kunden beizutragen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 14 Beschäftigten und 4 Auszubildenden zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Im Geschäftsjahr 2022 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen ein durchschnittlicher Krankenstand in Höhe von 12,4 % zu verzeichnen. Zur Kompensation der krankheitsbedingten Ausfälle war ein Rückgriff auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften nicht erforderlich. Aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle sowie nicht ausreichender interner Kapazitäten im Bereich Sicherheitsdienstleistungen, war eine Beauftragung externer Dozenten erforderlich.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist ein Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 66,1 TEUR (2021: 482,9 TEUR; 2022: 549,0 TEUR) zu verzeichnen, was hauptsächlich auf die tarifbedingte Erhöhung des Stundenverrechnungssatzes zurückzuführen ist. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 16.385 Arbeitsstunden. Dies entspricht einem Rückgang um 928 Arbeitsstunden.

Die Durchführung und Betreuung der Maßnahmen im Rahmen des „Ausbildungspool.Halle“ erfolgt ausschließlich gegenüber der Stadtwerke Halle GmbH. Im Rahmen dessen wurden im Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 187,6 TEUR erzielt.

Im Rahmen des Geschäftsfeldes Sicherheitsdienstleistungen konnten Erlöse in Höhe von 14,0 TEUR (2021: TEUR 9,4) erzielt werden.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine leichte Zunahme auf 11,0 TEUR (2021: 9,6 TEUR).

Der Personalaufwand stieg aufgrund von Tarifierpassungen in 2022 von 545,3 TEUR im Geschäftsjahr 2021 auf 633,5 TEUR im Geschäftsjahr 2022. Die Belegschaft unter Einbeziehung der Auszubildenden im Geschäftsjahr 2022 liegt geringfügig unter dem Vorjahr und betrug im Jahresdurchschnitt 19,2 Personen. Die resultiert insbesondere aus der fehlenden Neueinstellung von Auszubildenden.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen die Werte im Geschäftsjahr 2022 mit 84,0 TEUR auf Vorjahresniveau (2021: 83,4 TEUR). Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung, für Beratung und Gutachten sowie für Aus- und Fortbildungen im Rahmen des Ausbildungspool(s).Halle.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 20,0 TEUR. Damit wurde das geplante Jahresergebnis in Höhe von 46,1 TEUR um 26,1 TEUR unterschritten und liegt 12,3 TEUR unter Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 28,7 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (13,7 TEUR; Vorjahr 11,1 TEUR), Personalarückstellungen (13,6 TEUR; Vorjahr 20,3 TEUR), Rückstellungen für die ausstehende Rechnungen (0,4 TEUR; Vorjahr 0,7 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (0,9 TEUR; Vorjahr 1,1 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber Dritten (3,9 TEUR; Vorjahr: 0 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (0,5 TEUR; Vorjahr 1,5 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (6,1 TEUR; Vorjahr 4,3 TEUR) zusammen. Ferner bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin im Rahmen der Ergebnisabführung in Höhe von 20,0 TEUR (Vorjahr 32,3 TEUR).

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden 2,9 TEUR für die Anschaffung von EDV-Hard- und Software investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2022 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2022 in TEUR	31.12.2021 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	3,5	3,1	+0,4
Langfristig gebundenes Vermögen	3,5	3,1	+0,4
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	44,1	40,8	+3,3
Forderung Gesellschafterin (Steuer)	0,0	0,6	-0,6
Forderung Gesellschafterin (CP)	32,6	46,4	-13,8
Sonstige Vermögensgegenstände	4,1	5,4	-1,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	80,8	93,2	-12,4
Gesamtvermögen	84,3	96,3	-12,0
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	28,7	33,2	-4,5
Verbindlichkeiten aus LuL ggü. Dritten	3,9	0,0	+3,9
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	0,4	1,5	-1,1
Verbindlichk. ggü. Gesellschafterin (EAV)	20,0	32,3	-12,3
Verbindlichk. ggü. Gesellschafterin (Steuer)	0,2	0,0	+0,2
Übrige Verbindlichkeiten	6,1	4,3	+1,8
Kurzfristiges Kapital	59,3	71,3	-12,0
Gesamtkapital	84,3	96,3	-12,0

Im Bereich des Anlagevermögens führten die Investitionen des Geschäftsjahres unter Ansatz der Abschreibungen des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2022 zu einem Bilanzausweis von 3,5 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen geprägt und zeigt einen Betrag von 80,8 TEUR. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine kumulierte Reduktion des Bilanzwertes um 12,4 TEUR zu verzeichnen. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 84,3 TEUR (Vorjahr: 96,3 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 zeigen eine Verringerung von -4,5 TEUR und betragen 28,7 TEUR. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 0,4 TEUR (Vorjahr: 1,5 TEUR) aus.

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten in Höhe von 3,9 TEUR aus (Vorjahr 0,0 TEUR) aus.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 12,0 TEUR von 96,3 TEUR auf 84,3 TEUR in dieser Berichtsperiode gesunken.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin nicht verbessern. Wies die Gesellschaft im Vorjahr ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 32,3 TEUR aus, konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 20,0 TEUR erwirtschaften (-12,3 TEUR). Gründe dafür liegen unter anderem in der pandemiebedingt noch eingeschränkten Umsetzung des Geschäftsfeldes Sicherheitsdienstleistungen und tarifbedingt gestiegenen Lohnkosten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der Cives Dienste GmbH insgesamt 12 Risiken ermittelt (Vorjahr 11). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Risikomatrix bestehen vorrangig Risiken im Zusammenhang mit der Absatzleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen und Sicherheitsschulungen. Verschiedenste Gründe, wie krankheitsbedingte Ausfälle oder die schleppende Neubesetzung offener Stellen, führen zu einer Reduzierung der Leistungskapazität der Gesellschaft. Generell wird die Abhängigkeit von der Gesellschafterin sowie den Unternehmen im Konzernverbund in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen als Risiko angesehen.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 700,1 TEUR.

Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge und Kapazitäten für die betriebliche Leistungserbringung sind dem Bereich Transportdienstleistung für LVP-Sammlung 597,4 TEUR zugeordnet. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches steigen bis zum Geschäftsjahr 2027 auf 688,4 TEUR an.

Im Geschäftsbereich Ausbildung plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 31,9 TEUR für das Geschäftsjahr 2023. Diese umfassen das betriebliche Ausbildungsengagement. Für die Folgejahre plant die Gesellschaft keine Umsatzerlöse im Bereich Ausbildung, da der Ausbildungspool in der Stadtwerke Halle GmbH weitergeführt wird.

Für die Durchführung von Schulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kundensituationen plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 mit Umsatzerlösen in Höhe von 70,8 TEUR. Nach Etablierung der Dienstleistung strebt die Gesellschaft für die Folgejahre Umsatzerlöse zwischen 63,7 TEUR (Geschäftsjahr 2024) und 89,9 TEUR (Geschäftsjahr 2027) an.

6.2. Investitionen

Geplante Investitionen umfassen ausschließlich den Ausbau der technischen Infrastruktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2023 auf 4,0 TEUR. In den Folgejahren plant die Gesellschaft ebenfalls mit einer jährlichen Investitionssumme von 4,0 TEUR.

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können aufgrund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2023 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 13,8 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Saalehafen 1 06118 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung sowie der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur für den Warenverkehr zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	891	24	1.068	34	665	26	-177	-17
Umlaufvermögen	2.851	75	2.065	65	1.837	73	786	38
Rechnungsabgrenzungsposten	32	1	29	1	30	1	3	10

Bilanzsumme	3.774	100	3.162	100	2.532	100	612	19
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	290	8	290	9	290	11	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	5	0	10	0	15	1	-5	-50
Rückstellungen	240	6	194	6	149	6	46	24
Verbindlichkeiten	3.239	86	2.668	85	2.078	82	571	21

Bilanzsumme	3.774	100	3.162	100	2.532	100	612	19
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	17.805	15.459	16.036
sonstige betriebliche Erträge	383	745	338
Materialaufwand	11.456	9.803	10.222
Personalaufwand	3.496	3.195	2.910
Abschreibungen	302	299	158
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.968	3.046	2.993
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44	30	16
Ergebnis nach Steuern	-78	-169	75
sonstige Steuern	35	34	26
Erträge aus Verlustübernahmen	113	203	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	0	49
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,64	-1,31	0,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	-39,03	-69,87	16,99	%
Cash-Flow:	189	96	207	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	219	210	227	T€
Personalaufwandsquote:	19,22	19,71	17,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	22,80	32,72	25,12	%
Eigenkapitalquote:	7,68	9,17	11,45	%
Fremdkapitalquote:	92,32	90,83	88,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Containerumschlag	60.587	78.349	82.714	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.169.240	1.403.427	1.544.597	t
Hafenbahn	486.266	552.572	645.721	t
Straßengüterverkehr	682.973	850.855	898.876	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Entwicklung des Aufwands
- 6.3. Investitionen
- 6.4. Finanzierung
- 6.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern ist Tätigkeitsschwerpunkt die Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Seit der Aufnahme des Geschäfts hat das Volumen stetig zugenommen. Heute ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent Unit) unverändert einen vorderen Platz ein.

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die fünf Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehäfen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u.a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen und Rangierleistungen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z.B. Verriegelung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verriegelung von Übersee-Containern gemäß SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern.

Aufgrund der unwirtschaftlichen und nicht planbaren Schifffahrtsbedingungen auf der Saale und anschließenden Elbe sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Das Geschäftsjahr 2022 war von einer ausgeprägt volatilen Marktsituation gekennzeichnet. Neben den COVID-bedingten Verwerfungen im Containerverkehr mit Fernost, insbesondere China, haben die Spannungen im deutschen Markt für Kombinierte Verkehre (KV) im Jahresverlauf stetig zugenommen. Verantwortlich dafür sind die hohen Rohstoffpreise, infrastrukturelle Hemmnisse im Bahnverkehr, Personalmangel, gewerkschaftlich organisierte Streiks in den Seehäfen und eine hohe Unsicherheit im Markt bezüglich der zu erwartenden konjunkturellen Abkühlung.

Daher mussten die Leistungen im Kombinierten Verkehr im gesamten Jahr in einem flexiblen, auf die Container-Mengen angepassten operativen Transportsystem durchgeführt werden.

Trotz dieser Rahmenbedingungen ist es im Bereich des Container-Terminal-Betriebes weiterhin Zielstellung, die vorhandene Infrastruktur auszubauen. Nur damit kann die Grundlage geschaffen werden, den Systemen des Kombinierten Verkehrs weitere Mengen zuführen zu können. Dies ist notwendig, um Gütermengen von der Straße auf die Schiene zu verlagern und damit die Dekarbonisierung des Güterverkehrs zu befördern. Nicht zuletzt wird damit auch das Ziel verfolgt, die praktischen Abläufe im Bereich der Terminal-Dienstleistungen abzusichern und ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung bzw. Hafenleitung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für **Containerumschlag, Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und dabei zeitgemäß und effektiv zu gestalten. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das weiterhin hohe Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bislang bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Teilautomatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten wurden nach einem zur Jahresmitte wiederum coronabedingten Stopp im vierten Quartal 2022 wieder forciert aufgenommen. Eine Implementierung wird für die erste Jahreshälfte 2023 angestrebt. Dazu soll insbesondere auf Erfahrungen laufender Projekte der Konzernschwestern zurückgegriffen werden.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2022 war durch die anhaltenden globalen Einflüsse der COVID-19-Pandemie, insbesondere in China sowie die globalen Entwicklungen mit signifikanten Auswirkungen insbesondere an den Beschaffungsmärkten für Energie, Kraftstoffe und Dienstleistungen bestimmt. Hinzu kamen wesentliche Einflüsse durch die Afrikanische Schweinepest (ASP), die den Kühlcontainer-Export wie schon im Vorjahr fast zum Erliegen brachten. Im Hinblick auf die noch nicht absehbaren Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungsprozesse und der damit einhergehenden Veränderung der strukturellen Leistungserbringung bei unseren Auftraggebern werden die Veränderungsprozesse absehbar an Fahrt aufnehmen und uns ein noch höheres Maß an Flexibilität abverlangen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Neben den weltweiten auch coronabedingten Logistikproblemen und den stark rückläufigen Kühlcontainer-Exporten infolge der Afrikanischen Schweinepest hatten die einsetzenden Krisen an den Energie- und Kraftstoffmärkten nachhaltig negative Auswirkungen auf unsere Geschäftsabläufe. Trotz zunehmender Akquisitionserfolge in den konventionellen Container-Segmenten musste die Anzahl der Rundläufe Hamburg-CTHS-Hamburg regelmäßig angepasst werden und blieb unter dem Vorjahresniveau.

Die vor fünf Jahren begonnenen regelmäßigen Zugverkehre zwischen Rostock und dem CTHS mit einem Ganzzug je Woche und Richtung kamen aufgrund von Absatzproblemen des Geschäftspartners durch Produktionseinschränkungen der chemischen Industrie ab August vollständig zum Erliegen.

Die bahnsseitigen Leistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk wurden nach 11-monatigen Stillstand der Anlage im Dezember mit einem ersten Eingangszug wiederaufgenommen. Die Verkehre sollen aussagegemäß nunmehr kontinuierlich auf mittlerem Niveau fortgeführt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im vierten Quartal des Geschäftsjahrs 2022 zeigte sich laut Umfragen des ifo-BVL-Logistikindicators die schlechteste Geschäftslage des gesamten Jahres. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate blieben weiterhin schlecht und auf dem niedrigsten Wert seit 2008 und das Geschäftsklima war nur zu Beginn der Corona-Pandemie 2020 noch schlechter. Durch erfolgreiche Akquisition von Neukunden und Umsetzung äquivalenter Preisstrategien lagen die Umsatzerlöse in der Kernsparte Dispositive Leistungen deutlich über denen des Vorjahres, jedoch leicht unter den Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr.

Im Rahmen des Verkehrs- und Transportgewerbes kam es dabei zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Industrielles Geschäft war in diesem Zusammenhang eher negativ beeinflusst.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter spürbar verändert. Die Auswirkungen der Pandemie-Maßnahmen sind von der Gesellschaft im Wesentlichen bewältigt worden. Wirtschaftspolitische Entwicklungen wie eine hohe Inflation und damit auch in Zusammenhang stehende Leistungsdefizite von Auftraggebern und Auftragnehmer erschweren die Planbarkeit von Logistiksystemen zusehends.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Um dauerhaft Mengen und Leistung aufrecht zu erhalten, ist es daher notwendig, einerseits den wachsenden Kundenbedürfnissen flexibel und effizient gerecht zu werden. Andererseits ist die Akquisition von Neukunden und auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung. Für alle diese Erfolgsfaktoren sind kontinuierliche Mengenströme eine wesentliche Voraussetzung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2022 einen Umsatz von 16.784 T€ (Vorjahr: 14.515 T€).

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung auf sinnvolle Digitalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, war auch im Jahr 2022 einer der organisatorischen Schwerpunkte. Zwei grundlegende Erkenntnisse der Entwicklungen sind, dass die Prozessanalyse im Sinne des Proof of value entscheidend für den Erfolg eines digitalisierten Prozesses ist und außerdem über deren Akzeptanz bei den Anwendern bestimmt. Problematisch bleiben die zur Verfügung stehenden Entwicklerressourcen. Die die Gesellschaft begleitenden IT-Unternehmen sind nach wie vor kaum noch in der Lage, verlässliche Angaben über Ressourcen oder Umsetzungszeiträume zu geben. Dies wird mittel- bis langfristig weiterhin das größte Hindernis darstellen, sich die Möglichkeiten der Prozessdigitalisierung zu Nutze zu machen und eine positive Akzeptanz zu erzeugen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Alle Aufgaben konnten im Rahmen der organisatorischen Belange bewältigt werden. Der Personalstamm konnte in 2022 gefestigt und an die wachsenden Leistungsvolumina angepasst werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 17.805,1 T€. Mit 16.435,8 T€ hatten die **Dispositiven Leistungen** einen Anteil von etwa 92 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft.

Die Gesellschaft erzielte per 31. Dezember 2022 Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 383,1 T€. Neben 39,1 T€ Versicherungserträgen wurden etwa 141,7 T€ Erträge aus der Erstattung von Trassenentgelten nach der TraFöG-Richtlinie (**Trassenpreisförderung im Güterverkehr**) des Bundes, 91,5 T€ Erträge aus Anlagenabgängen und 36,8 T€ aus der Erstattung nach § 16 AEG für die Unterhaltung von Bahnübergängen erzielt. Auf die Auflösung von Fördermitteln entfielen 4,8 T€.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 11.455,7 T€.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 2.079,5 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.977,7 T€) sowie den Energiebezug (64,1 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2022 bei 9.376,2 T€. Bestimmende Größe waren mit 9.180,5 T€ die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte.

Im Jahr 2022 fiel ein Personalaufwand in Höhe von 3.495,9 T€ an. Die Abschreibungen beliefen sich auf 301,6 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2022 bei 2.968,5 T€. Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.278,1 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (418,8 T€), Mautkosten (359,3 T€), Versicherungen (197,7 T€) sowie die Instandhaltung an Grundstücken und Gebäuden (104,0 T€) zu nennen. Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass die Gesellschaft gemäß Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Finanzergebnis (-44,0 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter sowie Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gemäß BImSchG-Genehmigung geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 173,1 T€. Wesentliche Investitionen betrafen 77,2 T€ für die Anschaffung von acht ehemals angemieteten Container-Chassis. Auf Anpassungen und Erweiterung von Hard- und Software sowie aktivierbare Beratungs- und Planungsleistungen entfielen 57,8 T€.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 2.500 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 891,4 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 2.851,0 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.481,1 T€ bestimmt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 5,2 T€. Die Rückstellungen über 240,2 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (163,5 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (57,8 T€) geprägt. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (1.277,2 T€), gegenüber verbundenen Unternehmen (1.911,5 T€, darunter 647,6 T€ aus Darlehen sowie 972,5 T€ aus Cash Pool) und sonstigen Posten (50,3 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2022 auf insgesamt 3.239,0 T€.

Zum 31. Dezember 2022 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 3.774,3 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von -113,1 T€ erzielt. Die im Jahresvergleich höheren Umsatzerlöse (+2.345,9 T€) konnten den signifikant höheren Materialaufwand (+1.652,6 T€, darunter Kraft- und Hilfsstoffe +687,9 T€, Transportleistungen Dritte +1.122,0 T€) und den gestiegenen Personalaufwand (+301,2 T€) bei gleichzeitig geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen (-362,3 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (-78,3 T€) nur partiell ausgleichen, so dass das Jahresergebnis unter den Erwartungen der Gesellschaft liegt.

Die für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten dabei aufgrund der unter 3.2 beschriebenen Rahmenbedingungen in allen Kern-Sparten nicht erreicht werden. Die überplanmäßigen Umsätze der Sparte Infrastruktur und Ansiedlungen sind ausschließlich auf höhere Umsätze aus Verkauf von Dieselmotoren an Dritte zurückzuführen.

Während der Materialaufwand über der Prognose lag, fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen geringer als prognostiziert aus.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter und die weltwirtschaftliche Gesamtlage – unverändert signifikante Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Niveau unserer Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen. Daneben betrachten wir es als Priorität, infrastrukturelle Voraussetzungen sowohl für die Absicherung bestehender als auch für die Akquisition neuer Geschäfte zu schaffen. Dazu gehören im Wesentlichen die Instandsetzung defekter als auch die Schaffung neuer Infrastrukturen im Bereich der Terminalflächen sowie der bedarfsgerechte Ersatz von Umschlagtechnik. Die Zurverfügungstellung und die Beherrschung logistischer Infrastrukturen wird zunehmend zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der CTHS insgesamt 26 Risiken ermittelt (Vorjahr 26). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 10 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	8	1	7
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	10	1	9

In der Kategorie Finanzrisiken wurden Liquiditätsprobleme durch Zahlungsverzögerungen bzw. -ausfälle bei Großkunden als Risiko ermittelt.

In der Kategorie Marktrisiken haben wir acht Risiken identifiziert. Neben dem Risiko der signifikant steigenden Bahnstromkosten Zugverkehre (Marktrisiken, Beschaffungsmarkt) in Gruppe 1 sehen wir in der Gruppe 2 die Marktrisiken

- der Ersatzbeschaffung von Zugleistungen (Beschaffungsmarkt),
- aus der derzeitigen globalen Entwicklung (Absatzmarkt),
- aus dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt),
- Kostensteigerungen der bezogenen Leistungen (Beschaffungsmarkt),
- der aggressiven Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe (Wettbewerber),
- unzureichender Transportkapazitäten im (straßenseitigen) Terminalverkehr (Beschaffungsmarkt) sowie
- aus der anhaltenden Diskussion um Lärmemissionen und die Durchführung eines B-Plan-Verfahrens am Standort (Rechtliche Risiken).

In der Kategorie Rechtliche Risiken sehen wir unverändert die Diskussion über innerstädtische Fahrverbote für Lkw als ein Risiko der Gruppe 2.

Die beschriebenen Risiken werden auch in den Folgejahren fortbestehen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Erhöhung des Preis- und Leistungsdrucks ein. Verstärkte Konsolidierungen von Akteuren, beeinflusst durch globale als auch pandemisch beeinflusste Neuordnungen, werden uns in den Folgejahren stärker beeinflussen. Insbesondere durch den Ukraine-Krieg erwarten wir eine signifikante Erhöhung der Beschaffungskosten z.B. für Kraftstoffe und Energie sowie bei Drittleistungen im Transport.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr und einer Kapazitätserweiterung des Terminalbereichs.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbehafen an der A 14 weiterhin Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

5.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

In den Planungen für das Jahr 2023 gehen wir von Umsatzsteigerungen der Sparten **Containerumschlag**, **Dispositive Leistungen** und **Bahnleistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus den Mehrumsätzen durch Fortführung der Beauftragung eigener Züge sowie der genannten weiteren Bahnverkehre ergeben. Im Jahr 2023 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 960 T€ geplant. Bei den Umsätzen der **Dispositiven Leistungen** gehen wir für das Jahr 2023 von einem Umsatzanstieg auf insgesamt 16.521 T€ aus. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir im Jahr 2023 Umsätze von etwa 861 T€.

6.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2023 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Material Aufwendungen in Höhe von etwa 2.278 T€, die bis in das Jahr 2027 auf 2.676 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu über 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand erhöhen. Die Ergebnisse der tarifvertraglichen Neuregelungen hat die Gesellschaft in den Planungen berücksichtigt. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal und Anschaffung Umschlagtechnik) nehmen die Abschreibungen bis 2027 nur moderat zu und sind dann rückläufig. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu etwa 75 % durch den Aufwand an Mieten/Pachten, Reparaturen und Instandhaltung an Grundstücke und Gebäuden sowie für Versicherungsprämien geprägt, liegen zwischen etwa 2.535 T€ im Jahr 2023 und 3.233 T€ im Jahr 2027.

Bei einem Deckungsbeitrag zwischen 6.774 T€ im Jahr 2023 und 8.703 T€ in 2027 erwarten wir ein EBIT zwischen 25 T€ im Jahr 2023 und 322 T€ im Jahr 2027.

Das Finanzergebnis wird zwischen -33 T€ in 2023 und -106 T€ in 2027 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 35 T€ in die Planungen eingestellt.

6.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren im Wesentlichen auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Daneben werden Investitionen in die Bereiche IT- und IT-Infrastruktur erforderlich sein. Zur Absicherung eines nachfragekonformen Wachstums im Kombinierten Verkehr (Dispositive Leistungen und Containerumschlag) sind für das Jahr 2024 und 2025 Investitionen für Flächenerweiterungen und in Umschlagtechnik vorgesehen. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

6.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

6.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2023 planen wir ein Ergebnis von -44,0 T€ vor Verlustausgleich. Bis zum Jahr 2027 wird sich dieses auf +180,5 T€ vor Gewinnabführung verändern.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt alle weiteren Auswirkungen der weltweiten COVID-19-Pandemie, insbesondere die Entwicklungen in China, und der weltwirtschaftlichen Entwicklungen auf das Transportaufkommen sowie die weiteren Kostenentwicklungen insbesondere im Energie-, Kraftstoff- und Dienstleistungssektor noch nicht berücksichtigt sind. Insoweit unterstellt der Prognosebericht eine planmäßige Entwicklung. Da aber der überwiegende Teil aller durch uns umgeschlagenen und transportierten Container im Export und Import mit China realisiert wird, ist eine sichere Prognose aus heutiger Sicht nicht möglich.

Die Aussagen im Prognosebericht stehen weiterhin unter dem Vorbehalt der aktuellen geopolitischen Entwicklungen. Die Geschwindigkeit und Höhe der Energiepreisentwicklung sowie Engpässe bei der Beschaffung von Betriebsmitteln, Fahrzeugen und Maschinen sowie Dienstleistungen haben einen signifikanten Einfluss auf die planmäßige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Aufgrund des Ukraine-Krieges sind Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten zu verzeichnen. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nur bedingt in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit weiter steigenden Energie- und Kraftstoffkosten sowie Kosten für bezogene Leistungen und sonstige Dienstleistungen auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus hat sich bereits eine konjunkturelle Abschwächung eingestellt, deren weitere Ausprägung allerdings derzeit ebenso nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden berichtspflichtigen Risiken

EGE-B Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	EVH GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	33	100	32	100	30	100	1	3
Bilanzsumme	33	100	32	100	30	100	1	3
Passiva								
Eigenkapital	26	79	26	82	25	84	0	0
Rückstellungen	3	9	4	12	3	11	-1	-25
Verbindlichkeiten	4	12	2	6	2	5	2	100
Bilanzsumme	33	100	32	100	30	100	1	3

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12	13	12
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Personalaufwand	7	7	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	6	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,42	3,13	3,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,66	1,62	1,68	%
Cash-Flow:	0	0	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	52,85	53,16	43,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	78,98	81,66	83,51	%
Fremdkapitalquote:	21,02	18,34	16,49	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-B Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-B Verwaltung GmbH (EGE-B Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin der EGE-B Verwaltung ist die EVH GmbH, Halle (Saale).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Torsten Horn wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-B Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 T€ und lag damit auf dem Vorjahresniveau (0,4 T€).

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 13 T€) enthalten den Aufwendungsersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Sonstige betriebliche Erträge resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 13 T€). Diese beinhalteten den Personalaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-B Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2022 auf 33 T€ (Vorjahr: 32 T€).

Das Eigenkapital beträgt unverändert zum Vorjahr 26 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 3 T€ (Vorjahr: 4 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 4 T€ (Vorjahr: 2 T€).

Die EGE-B Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2022 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-B Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,4 T€.

EGE-P Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
Ingenieurversorgung Baden Württemberg	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an im Einzelnen genannten Projektbündelgesellschaften, die die Errichtung und den Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien zum Gegenstand haben, sowie die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	41	100	37	100	33	100	4	11

Bilanzsumme	41	100	37	100	33	100	4	11
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	32	79	29	79	27	82	3	10
Rückstellungen	5	12	5	13	4	12	0	0
Verbindlichkeiten	4	9	3	8	2	6	1	33

Bilanzsumme	41	100	37	100	33	100	4	11
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	15	17	15
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Personalaufwand	7	7	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	7	8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	3	3	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	3	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,21	14,94	11,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,19	9,48	6,63	%
Cash-Flow:	3	3	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	42,91	42,77	35,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	78,92	79,40	81,65	%
Fremdkapitalquote:	21,08	20,60	18,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-P Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-P Verwaltung GmbH (EGE-P Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und Übernahme der Geschäftsführung der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) sowie den von der EGE-P gehaltenen Projektgesellschaften.

Ferner soll die Gesellschaft zukünftig auch gegenüber weiteren Projektgesellschaften die Position der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie die Geschäftsführung übernehmen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Es gliedert sich in zwei Geschäftsanteile zu je 12.500 €, welche durch die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg) gehalten werden.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Thomas Hollstein wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-P Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 3 T€. Damit liegt das Ergebnis auf Vorjahresniveau.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 15 T€ (Vorjahr: 17 T€) enthalten den Aufwendungsersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Sonstige betriebliche Erträge resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 14 T€). Diese beinhalteten den Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-P Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2022 auf 38 T€ (Vorjahr: 37 T€).

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ gestiegen und beträgt 32 T€. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 5 T€ (Vorjahr: 5 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 4 T€ (Vorjahr: 3 T€).

Die EGE-P Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2022 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-P Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P Verwaltung ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 4 T€.

Energiedienste GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft u. a. im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.923	85	5.944	75	5.401	88	-21	0
Umlaufvermögen	1.045	15	1.958	25	748	12	-913	-47
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	6	0	12	0	-1	-17

Bilanzsumme	6.973	100	7.908	100	6.161	100	-935	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.025	29	2.025	26	2.025	33	0	0
Rückstellungen	26	0	34	0	105	2	-8	-24
Verbindlichkeiten	4.922	71	5.849	74	4.031	65	-927	-16

Bilanzsumme	6.973	100	7.908	100	6.161	100	-935	-12
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.729	4.832	4.489
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	4.035	4.148	3.764
Personalaufwand	7	8	7
Abschreibungen	452	432	434
sonstige betriebliche Aufwendungen	59	60	130
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80	83	53
Ergebnis nach Steuern	101	101	101
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	101	101	101
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,14	2,09	2,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,99	4,99	4,98	%
Cash-Flow:	553	533	534	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,16	0,16	0,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	47,69	39,47	38,18	%
Eigenkapitalquote:	29,04	25,61	32,87	%
Fremdkapitalquote:	70,96	74,39	67,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Heizungsanlagen	150	152	153	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energiedienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energiedienste GmbH (Energiedienste) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der Energiedienste ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die Energiedienste tätig sind, betreut. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Jens Böttcher wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen lag das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im dritten Quartal 2022 um 1,2 % höher als im Vorjahresquartal. Zum Jahresende 2022 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 1,4 %. Für das Jahr 2023 wird aufgrund des Krieges in der Ukraine, steigender Energiepreise und der hohen Inflation mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet.

Nach vorläufigen Berechnungen stieg das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt im 1. Halbjahr 2022 preisbereinigt um 4,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr: 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr: 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft investierte für die Modernisierung von insgesamt 10 Heizungsanlagen 438 T€.

Das Ende des Geschäftsjahres 2022 war geprägt von der Umsetzung der staatlich etablierten Soforthilfe (siehe Gliederungspunkt 3.2).

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Juli 2022 wurden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) die Eckpunkte für ein gemeinsames Konzept zur Umsetzung der geplanten Anforderung „65 % erneuerbare Energien beim Einbau von neuen Heizungen ab 2024“ vorgelegt. Das Eckpunktepapier sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2024 bei der Modernisierung von Heizanlagen ein regenerativer Wärmeanteil von mindestens 65 % sichergestellt wird. Es wird damit gerechnet, dass die geplanten Anforderungen in Laufe des Jahres 2023 im Gebäudeenergiegesetz verankert werden.

Darüber hinaus wurde im November 2022 von der Bundesregierung eine Soforthilfe für Gas- und Wärmekunden verabschiedet. Diese Maßnahme regelt für den Monat Dezember 2022 die unmittelbare Entlastung in den Energiekosten der Endkunden. Ferner wurde eine Strom- und Gaspreisbremse etabliert. Für private Endkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen wird mit Wirkung zum 1. Januar 2023 der Preis für 80 % ihres Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent/kWh (Gas), 9,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 40 Cent/kWh (Strom) brutto begrenzt. Für Industriekunden greift eine Begrenzung bei einem Preis von 7 Cent/kWh (Gas), 7,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 13 Cent/kWh (Strom) netto für 70 % des Vorjahresverbrauchs. Die finanziellen Entlastungen, welche von den Energieversorgungsunternehmen an die Endkunden gewährt werden, können sich die Energieversorgungsunternehmen durch die Beantragung von entsprechenden Ausgleichszahlungen aus dem Bundeshaushalt kompensieren lassen. Die Möglichkeit zur Beantragung von Bundesmitteln zur Ausgleichzahlung bestand für Energieversorgungsunternehmen schon zum Ende des Jahres in Bezug auf die Soforthilfe. Von dieser Möglichkeit hat die Energiedienste GmbH im Dezember 2022 in Form der entsprechenden Antragstellung Gebrauch gemacht und mittlerweile die Bestätigung zur Zahlung der beantragten Mittel erhalten.

Darüber hinaus kam es zu keinen Einflüssen durch die politische und rechtliche Entwicklung, die das Geschäft der Energiedienste wesentlich beeinflusst haben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Für den künftigen Geschäftsverlauf spielt die Aufnahme zusätzlicher städtischer Heizungsanlagen eine wichtige Rolle. Dabei kann es sich um bisher nicht im Portfolio enthaltene Bestandsanlagen, aber auch um Heizungsanlagen künftiger Neubauvorhaben der Stadt Halle (Saale) handeln.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf kann der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2022 beschäftigte die Gesellschaft keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die das neue strategische Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ betreuen. Darüber hinaus werden Servicedienstleistungen von der EVH über einen Geschäftsbesorgungsvertrag bezogen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 4.729 T€ (Vorjahr: 4.832 T€), die schwerpunktmäßig auf den Vertrag zur Belieferung städtischer Liegenschaften mit Wärme mit der Stadt Halle (Saale) entfallen.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf 4.035 T€ (Vorjahr: 4.148 T€) und betrafen Dienstleistungen sowie Energielieferungen von der EVH. Für fixe Aufwendungen (Personal, Sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen) fielen insgesamt 518 T€ (Vorjahr: 500 T€) an.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2022 ein Jahresergebnis in Höhe von 101 T€ (Vorjahr: 101 T€) aus, welches aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Per 31. Dezember 2022 verfügt die Energiedienste über ein Eigenkapital in Höhe von 2.025 T€ (Vorjahr: 2.025 T€).

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 438 T€ (Vorjahr: 975 T€) getätigt, welche u. a. durch die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen der SWH in Höhe von 200 T€ (Vorjahr: 900 T€) finanziert wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 544 T€ (Vorjahr: 352 T€). Dies ist im Wesentlichen auf Entwicklungen im Bereich der kurzfristigen Aktiva und Passiva zurückzuführen. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit war mit -1.013 T€ (Vorjahr: -44 T€) niedriger als im Vorjahr und ergibt sich im Wesentlichen durch Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen aus dem Vorjahr. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -282 T€ (Vorjahr: 463 T€) beinhaltet vor allem die Aufnahme und die Tilgung von Gesellschafterdarlehen sowie die Ergebnisabführung an die Gesellschafterin. Der Rückgang resultiert aus einer geringeren Aufnahme von Gesellschafterdarlehen. Die Kapitalflussrechnung weist insgesamt einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 751 T€ (Vorjahr: Finanzmittelzufluss von 771 T€) aus.

Zum 31. Dezember 2022 ergab sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von 582 T€ (Vorjahr: 1.333 T€), der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Gesellschaft in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtseinheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 6.973 T€ und lag somit 935 T€ unter dem Stand des Vorjahres.

Auf der Aktivseite war die Bilanz überwiegend vom Anlagevermögen bestimmt. Die Passivseite verfügt über eine Eigenkapitalquote von 29 % (Vorjahr: 26 %).

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Energiedienste für das Geschäftsjahr 2022 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die Gesellschaft ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Insbesondere aus der geplanten Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (siehe Gliederungspunkt 3.2) kann ein finanzielles Risiko für die Gesellschaft entstehen. Eine mögliche technische Lösung wäre der verstärkte Einsatz von Wärmepumpen in Verbindung mit konventionellen Gaskesselanlagen (Hybridanlage). Die aufgrund der technischen Komplexität der Hybridanlagen gestiegenen Modernisierungskosten ziehen einen erhöhten Finanzierungsbedarf nach sich. Des Weiteren ist mit höheren Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen zu rechnen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2023 werden Investitionen mit einer Gesamtsumme von 1.776 T€ erwartet. Dieser Wert setzt sich aus Erneuerungsinvestitionen in Anlagen mit 1.208 T€ sowie der Übernahme von Anlagen für 568 T€ von der Stadt Halle (Saale) zusammen.

Die diesbezügliche Finanzierung soll durch die Aufnahme weiterer Gesellschafterdarlehen erfolgen.

Die Gesellschaft geht davon aus, im Jahr 2023 ein positives Ergebnis in Höhe von 100 T€ vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	EVH GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale),
- Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte,
- jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung elektrischer Energie, Gas und Wärme,
- Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.494	43	10.475	48	10.500	57	19	0
Umlaufvermögen	13.760	56	10.989	51	7.674	42	2.771	25
Rechnungsabgrenzungsposten	292	1	246	1	269	1	46	19

Bilanzsumme	24.546	100	21.710	100	18.443	100	2.836	13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.954	32	7.954	37	7.954	43	0	0
Rückstellungen	13.067	53	11.502	53	8.135	44	1.565	14
Verbindlichkeiten	3.525	15	2.254	10	2.354	13	1.271	56

Bilanzsumme	24.546	100	21.710	100	18.443	100	2.836	13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	133.349	130.677	115.580
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-21	-92	106
sonstige betriebliche Erträge	156	0	0
Materialaufwand	4.212	1.043	2.402
Personalaufwand	99.995	95.869	82.793
Abschreibungen	21.227	20.354	19.961
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.509	1.373	1.241
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.661	13.679	13.673
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	126	61	12
Ergebnis nach Steuern	76	66	54
sonstige Steuern	354	348	378
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	71	74	76
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	283	274	302
	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,21	0,21	0,26	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,56	3,45	3,80	%
Cash-Flow:	1.792	1.647	1.543	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	514	504	454	T€
Personalaufwandsquote:	15,42	15,46	16,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	31,74	37,30	44,69	%
Eigenkapitalquote:	32,40	36,64	43,12	%
Fremdkapitalquote:	67,60	63,36	56,88	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Netznutzung Gas	1.062	1.269	1.099	GWh
Netznutzung Strom	748	776	768	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers bei der Bundesnetzagentur angezeigt und mit dem Rollout für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme begonnen.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmeanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale) sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die Geschäftsführung der Netzgesellschaft Halle obliegt Frau Heike Göpfert. Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Netzbetrieb Gas, Netzbetrieb Strom, Netzbetrieb Wärme, Messstellenbetrieb, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung Kabel, Strategie/Planung Rohrtechnik, Dokumentation/Liegenschaften) und Marktgebietsmanagement (Vertragsmanagement, Wechselprozesse, Energiedatenmanagement, Regulierungsmanagement).

Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen. Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

Nach § 3 Nr. 38 EnWG sind bei einem „vertikal integrierten“ Energieversorgungsunternehmen gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für die Tätigkeitsbereiche jeweils getrennte Konten in der internen Rechnungslegung zu führen und Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen und diese im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Als Tätigkeitsbereiche werden die unter der Nummer 1 bis 6 genannten Bereiche Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung und Betrieb von LNG-Anlagen verstanden.

Mit den Tätigkeitsabschlüssen erfüllt die Netzgesellschaft Halle die Berichtspflicht nach § 3 Nr. 38 EnWG gemäß § 6b Abs. 3 EnWG. So führt die Netzgesellschaft Halle in der internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Elektrizitätsverteilung und Messstellenbetrieb sowie für Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Nach Maßgabe der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 264 ff. HGB) wurde für die jeweiligen Tätigkeiten eine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und eine Bilanz aufgestellt.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Jahr 2022 war insbesondere durch den am 24. Februar 2022 beginnenden Ukraine-Krieg geprägt. Dieser hat erhebliche Einflüsse auf die Auswirkungen auf die Energie-, Waren- und Finanzmärkte.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine haben das Geschäftsjahr 2022 dominiert. Russland reduzierte ab Juni 2022 schrittweise die Erdgasexporte bis zum vollständigen Lieferstopp ab September 2022. Die damit verbundenen Herausforderungen in der Versorgung mit Gas und Wärme prägten ein Bild von Unsicherheit und Nervosität an den Energiemärkten in Europa. Bis in das dritte Quartal 2022 stiegen die Strom- und Gaspreise nahezu kontinuierlich an. Volle Erdgasspeicher, Zukäufe von Flüssiggas, die Substitution von Erdgas durch Kohle, Öl und Atomkraft, Gaseinsparungen und milde Temperaturen sorgten im vierten Quartal für Entspannung verbunden mit einem Preisrückgang bis zum 31. Dezember. Die Versorgungssicherheit war ganzjährig vollumfänglich gewährleistet und der operative Geschäftsbetrieb der Netzgesellschaft abgesichert.

Auch durch die andauernde Entwicklung der COVID-19-Pandemie, die sich zum Ende des Jahres weitgehend entspannte, stand die öffentliche Versorgungswirtschaft weiter vor großen Herausforderungen, die das laufende Geschäftsjahr ebenso geprägt haben. Der Fokus lag hierbei vor allem auf der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen, dem hierfür notwendigen Schutz der Mitarbeiter*innen, der Umsetzung von Hygienekonzepten sowie der Lösung hiermit zusammenhängender arbeitsorganisatorischer Fragestellungen, die ständig aktualisiert werden mussten.

Ungeachtet dessen konnte das vor dem Hintergrund der neuen und komplexen Anforderungen, die mit der Energiewende, dem Trend zur Digitalisierung wurden weitere Prozesse im Netzbetrieb zukunftssicher, massenprozessfähig und kundenorientiert ausgestaltet.

Die Netzgesellschaft Halle arbeitet auch im Jahr 2023 intensiv und kontinuierlich an der Umsetzung der Digitalisierung von Bauprojekten, die sukzessive umgesetzt und fortentwickelt werden, um geänderten Anforderungen weiterhin gerecht zu werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 Prozent und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 Prozent).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,3 Prozent für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 Prozent (Vorjahr 7,3 Prozent).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch die fortlaufende Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen und die hohe Taktung bei neuen Gesetzen in Folge sowohl der Umsetzung der Energiewende („Klimaschutz“) als auch der Beherrschung der Folgen des Ukraine-Krieges („Energiesicherheit“) steht auch die Netzgesellschaft Halle vor immensen Herausforderungen. Folgende Gesetze mit zum Teil erheblichen Auswirkungen wurden bis heute verabschiedet oder es liegen Gesetzentwürfe vor.

2019 haben sich durch die Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG 2.0) die Regeln für Redispatch (seitdem unter dem Namen „Redispatch 2.0“ bekannt) und Einspeisemanagement geändert. Das Redispatch 2.0 optimiert als Baustein zur Systemstabilität der Kaskade insbesondere die neuen Prozesse zum Informations- und Datenaustausch, den Bilanzkreisausgleich sowie die Abrechnung. Seit dem 1. Oktober 2021 gelten grundsätzlich diese neuen gesetzlichen Vorgaben für die Bewirtschaftung von Netzengpässen. Da sich die Implementierung der automatisierten Prozesse deutschlandweit verzögert, verschiebt sich die Betriebsbereitschaft auf den 1. Oktober 2022.

Mit Blick auf die Klimaneutralität bereits zum Jahr 2045 sollen die Emissionen bis 2030 nun um mindestens 65 Prozent und bis 2040 um mindestens 88 Prozent reduziert werden. Zusätzliche Emissionseinsparungen sind vor allem seitens der Energiewirtschaft und Industrie gefordert. Bestehende politische Beschlüsse, wie z.B. der Kohleausstieg, müssen auf ihre Kompatibilität mit den neuen Zielen überprüft und könnten so de facto obsolet werden.

Am 22. Mai 2022 ist die Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 (EnSiG) in Kraft. Das Gesetz erweitert die Befugnisse der Bundesregierung und der BNetzA und ermöglicht zusätzliche Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Eintritt einer Energiekrise. Die Novellierung des EnSiG sieht bei einer Gefährdung oder Störung der Energieversorgung erweiterte und neue Handlungsmöglichkeiten zur Krisenbewältigung vor. So sollen etwa eine Treuhandverwaltung von Unternehmen der kritischen Energieinfrastruktur ermöglicht, der europäische Solidaritätsmechanismus stärker verankert und eine digitale Plattform zur besseren Steuerung der Gasreduktion bei Unternehmen geschaffen werden. Die Liquidität in der Lieferkette soll trotz erheblicher Preissteigerungen aufrechterhalten werden.

Mit Wirkung vom 23. Mai 2022 hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Feststellung gemäß § 30 MsbG (Marktverfügbarkeitserklärung) vom 7. Februar 2020, somit den Rollout intelligenter Messsysteme (iMS), aufgehoben und zugleich eine Feststellung nach dem neu geschaffenen § 19 Abs. 6 MsbG getroffen. Damit ist der grundzuständige Messstellenbetreiber nicht mehr verpflichtet, innerhalb der 3-Jahresfrist die ersten 10 Prozent der freigegebenen Einbaupflichtfälle mit iMS ausstatten müssen. Die Netzgesellschaft Halle hält am vorgesehenen Rolloutplan fest, der in der Planung entsprechend berücksichtigt wurde.

Am 4. September 2022 wurde das dritte Entlastungspaket von der Bundesregierung veröffentlicht.

Der Bundesrat hat dem Gesetz zur temporären Senkung der Umsatzsteuer auf die Lieferung von Gas und Fernwärme von 19 auf 7 Prozent für den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 beschlossen. Diese Maßnahme ist Teil des dritten Entlastungspakets. Dies führt bei der steuerrechtlichen und vertragsrechtlichen Abwicklung von Lieferverträgen zu besonderen Herausforderungen für die Unternehmen der Energiewirtschaft.

Am 19. November 2022 ist das Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz (EWSG) und damit die 1. Stufe der Gaspreis- und Wärmepreisbremse in Kraft getreten. Mit dem EWSG sollen Erdgas- und Wärmekunden mit einer Soforthilfe für den Monat Dezember 2022 entlastet werden. Der Bund übernimmt den Dezember-Abschlag für Gas und Wärme für private sowie kleine und mittlere gewerbliche Kunden. Die Umsetzung der Entlastung erfolgt über die Erdgaslieferanten und Wärmeversorgungsunternehmen, die zur Finanzierung dieser Entlastung einen Vorauszahlungs- bzw. Erstattungsanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland haben.

Die Bundesnetzagentur veröffentlicht täglich eine Einschätzung zur Gasversorgung. Mithilfe von fünf Indikatoren wird die aktuelle Gasversorgung in Deutschland bewertet. Die Indikatoren geben eine schnelle Einschätzung und Prognose zur aktuellen Lage und machen transparent, ob eine Gasmangellage akut droht. Die Bundesnetzagentur kommt derzeit zu der Einschätzung, dass die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Insgesamt wird die Lage weniger angespannt als zu Beginn des Winters 2022/2023 bewertet. Eine Verschlechterung der Situation kann aber weiterhin nicht ausgeschlossen werden. Die am 23. Juni 2022 ausgerufenen Alarmstufe des Notfallplans Gas ist nach wie vor aktuell.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Netzgesellschaft Halle für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) erfolgte mit Beschluss der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur vom 9. Juli 2019 und für die dritte Regulierungsperiode Gas (2018 bis 2022) mit dem Bescheid der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt vom 4. November 2019.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2022 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 45 Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg zum Stichtag gegenüber dem Vorjahr (270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) um 10 Beschäftigte, was sich im Wesentlichen durch den Aufbau neuer Planstellen und die Umsetzung einer gezielten Nachfolgeplanung begründet.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 43 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 19 Jahre.

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken und den wichtigen Wissenstransfer abzusichern. Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikantinnen- und Praktikanten- und Traineestellen im Rahmen der Hochschulkontaktpflege kontinuierlich ausgebaut.

Des Weiteren unterstützt die Netzgesellschaft Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. So steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung.

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. So absolvierten Mitarbeitende als auch Führungskräfte in der eLernwerkstatt, unserer Lernmanagementplattform, Pflichtthemen aus den Bereichen Compliance, Arbeits- und Gesundheitsschutz. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden. Nach zweijähriger Pause konnte daher auch wieder unsere Führungskräfte tagung durchgeführt werden. In diesem Jahr ging es insbesondere um das strategische Unternehmensziel Klimaneutralität sowie die neue Kampagne zur Informationssicherheit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die EVH abgeführt wird, betrug 0,3 Mio. € und lag damit auf Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2022	2021	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in Prozent
Umsatzerlöse	133,3	130,7	2,6	2,0
Übrige Erträge	4,3	1,0	3,3	>100
Materialaufwand	99,9	95,9	4,0	4,3
Deckungsbeitrag	37,7	35,8	1,9	5,4
Personalaufwand	21,2	20,3	0,9	4,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,7	13,7	1,0	7,2
EBITDA	1,8	1,8	0,0	5,0
Abschreibungen	1,5	1,4	0,1	9,9
EBIT	0,3	0,4	-0,1	-13,9
Finanzergebnis	0,1	0,0	0,1	>100
Steuern	0,1	0,1	0,0	-4,1
Jahresergebnis	0,3	0,3	0,0	-3,3

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahrs stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. €, was im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus der Abrechnung von Mehr- und Mindermengen zurückzuführen war. Ein korrespondierender Anstieg zeigte sich im Materialaufwand. Die übrigen Erträge erhöhten sich um 3,3 Mio. € auf 4,3 Mio. €, was insbesondere auf periodenfremde Einmaleffekte zurückzuführen war. Im Ergebnis ergab sich eine Erhöhung des Deckungsbeitrages um 1,9 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 0,9 Mio. € aus. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Tarifierhöhungen ab dem 1. Juni 2021 um 2,3 Prozent sowie zum 1. November 2022 um 1,5 Prozent.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 1,0 Mio. €, im Wesentlichen verursacht durch gestiegene Aufwendungen für Geschäftsbesorgung sowie die Wertberichtigung von Forderungen. Abschreibungen veränderten sich nur geringfügig, sodass die Netzgesellschaft Halle im Ergebnis ein auf dem Vorjahresniveau liegendes EBIT in Höhe von 0,3 Mio. € erzielte. Das Jahresergebnis in Höhe von 0,3 Mio. € beinhaltet in Höhe von -2,7 Mio. € die Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung, in Höhe von 1,9 Mio. € die Tätigkeiten der Gasverteilung sowie in Höhe von -0,1 Mio. € den Messstellenbetrieb.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2022 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 32,4 Prozent (Vorjahr: 36,6 Prozent).

Die Kapitalflussrechnung verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelzufluss in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: Abfluss 0,7 Mio. €).

Liquiditätsentwicklung	2022	2021
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3,2	0,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,4	-1,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	1,5	-0,7
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	0,3	1,0
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	1,8	0,3

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf Entwicklungen bei den Verbindlichkeiten sowie Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 1,5 Mio. €, im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software, getätigt. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr zahlungswirksame Teil der Investitionen in Höhe von 1,4 Mio. € spiegelt sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von 1,8 Mio. €, der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 24,6 Mio. € und lag somit 2,8 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 10,5 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Das Umlaufvermögen stieg um 2,8 Mio. € auf 13,8 Mio. €.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Rückstellungen (+1,6 Mio. €) geprägt. Die Verbindlichkeiten stiegen um 1,3 Mio. € auf 3,5 Mio. €.

Die Bilanzsummen der Tätigkeitsbereiche betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 bei der Elektrizitätsverteilung 19,3 Mio. €, bei der Gasverteilung 2,8 Mio. € und beim Messtellenbetrieb 0,7 Mio. €.

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Netzgesellschaft Halle für das Geschäftsjahr 2022 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzernweit einheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Für das Risiko aus Lieferanteninsolvenzen im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Energiepreise, der hohen Inflationsraten sowie den noch nachhallenden Auswirkungen der Corona-Pandemie wurde die vorhandene Rückstellung im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 neu bewertet.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung und dem daraus folgenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine Diversifikation - weg vom russischen Gas - notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die kurzfristig nicht vollständig bewältigt werden kann.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle kommt der Notfallplan Gas zur Anwendung. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Erst in der dritten Eskalationsstufe dieses Notfallplans, der sogenannten „Notfallstufe“, werden nach Ausschöpfen aller marktlichen Maßnahmen hoheitliche Eingriffe mit Aufforderungen zur Gasbezugsreduzierung auch für Kunden im Gasnetz in Halle möglich.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen. In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Der regulierte Messstellenbetrieb Strom wird gemäß § 29 Abs. 3 MsbG bis spätestens 2032 durch den "intelligenten Messstellenbetrieb" von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen abgelöst. Das MsbG führt zu mehr Wettbewerb im Messstellenbetrieb.

Die Netzgesellschaft Halle hat sich mit dem Szenario einer Gasmangellage infolge des Ukrainekriegs auseinandergesetzt. Zur Beherrschung erkannter Risiken wurden Maßnahmen mit dem Ziel vorbereitet, die negativen Auswirkungen für das Unternehmen selbst als auch für die angeschlossenen Netzkunden zu minimieren. Die Versorgungssicherheit könnte bei Eintreten eines solchen Szenarios regional oder auch deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet werden. Zuletzt veröffentlichte die Bundesnetzagentur jedoch eine leichte Entwarnung, da das Eintreten einer Gasmangellage zumindest im Winter 2022/2023 der Behörde zufolge zunehmend unwahrscheinlicher wird. Grund sind die diesen Winter bisher vergleichsweise hohen Temperaturen sowie Einsparungen des Gasverbrauchs insbesondere in den Industrieunternehmen.

Mit der Novelle des Klimaschutzgesetzes 2021 steht nicht nur die Netzgesellschaft Halle vor immensen Herausforderungen bzw. großen Veränderungen, sondern auch die gesamte Branche. So wird im Gassektor weiterhin die Dekarbonisierung und deren Folgen im Jahr 2023 weiter entwickelt werden. In Zusammenarbeit im Konzernverbund und mit der Stadt Halle gestalten wir einen Transformationspfad in Richtung Klimaneutralität gemeinsam. Dies konfrontiert die Netzgesellschaft Halle, wie alle anderen Betreiber von Versorgungsinfrastrukturen, vor erheblichen Investitionsherausforderungen zur Umsetzung des Technologiewandels.

Im Rahmen der meisten in den letzten Jahren sichtbaren Entscheidungen und Entwicklungen der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ist die Kostenreduzierung für die Netznutzer als Primat von Politik und Regulierungsbehörden zu beobachten. Für Verteilnetzbetreiber und damit auch die Netzgesellschaft Halle bedeutet dies zukünftig weiteren Druck auf die zulässigen Erlöse und damit eigenen Kosten sowie Kosten der Dienstleister, gleichermaßen auf deren Effizienz der Leistungserbringung. Wirkungen weiterer Festlegungen – beispielhaft diejenigen zu den Erlösobergrenzen der vierten Regulierungsperiode – sowie Risiken daraus werden regelmäßig im Chancen- und Risikomanagement berichtet.

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden. Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere von den Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Netzbetreiber abhängig.

Die Geschäftsführung rechnet im Jahr 2023 mit einem negativen Jahresergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 2,8 Mio. €. Dieses ist das Ergebnis regulatorischer Eingriffe. Im Wesentlichen ergaben sich Erlöskürzungen durch die Landesregulierungsbehörde im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Festlegung der Erlösbergrenze Gas. Die hier gewonnenen Erkenntnisse wurden auch für die Sparte Strom in der Planung antizipiert. Darüber hinaus wurde zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Instandhaltungsaufwand der Sparte Gas erhöht.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) (eigene Anteile)	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen bezüglich Planung, Realisierung und Betriebsführung;
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen;
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen;
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen;
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Energieversorgung sowie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	4.807	75	4.504	69	4.719	75	303	7
Umlaufvermögen	1.507	24	1.974	30	1.500	24	-467	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	8	0	8	0	0	0
Aktive latente Steuern	42	1	52	1	58	1	-10	-19
Bilanzsumme	6.364	100	6.538	100	6.285	100	-174	-3
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.485	39	3.278	50	3.118	50	-793	-24
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	498	8	475	7	497	8	23	5
Rückstellungen	277	4	320	5	214	3	-43	-13
Verbindlichkeiten	3.104	49	2.465	38	2.456	39	639	26
Bilanzsumme	6.364	100	6.538	100	6.285	100	-174	-3

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.964	6.268	5.854
andere aktivierte Eigenleistungen	11	22	51
sonstige betriebliche Erträge	806	114	166
Materialaufwand	2.793	1.383	1.252
Personalaufwand	2.279	2.262	2.147
Abschreibungen	447	483	490
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.686	1.763	1.699
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	26	31
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	115	123
Ergebnis nach Steuern	-463	372	336
sonstige Steuern	14	63	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-477	309	323

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,99	4,94	5,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	-16,10	10,43	11,54	%
Cash-Flow:	-30	792	812	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	123	114	108	T€
Personalaufwandsquote:	33,60	35,32	35,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,47	68,79	74,83	%
Eigenkapitalquote:	39,05	50,14	49,62	%
Fremdkapitalquote:	60,95	49,86	50,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Absatz Fernwärme	19,6	21,7	18,8	GWh
Absatz Strom	16,3	16,5	15,9	GWh
Verwertung EBS-Brennstoffe	41,6	53,0	56,4	Tt

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

Mit dem Beginn des Geschäftsjahres am 02.01.2022 nahm die neue Geschäftsführung, bestehend aus dem Geschäftsführer Herrn Hartmut Schiller sowie den Prokuristen Frau Katja Wagner und Herrn Rainer Hecht, ihre Tätigkeit auf.

Die erforderlichen Eintragungen in das Handelsregister wurden am 10.01.2022 vollzogen.

Das Kerngeschäft der EWAG bezieht sich weiterhin auf die Energieerzeugung, Energielieferung und Energieversorgung an den Standorten Braunsbedra, Großkayna und Mücheln und hat sich vergleichsweise zum Geschäftsjahr 2021 nicht verändert.

Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Braunsbedra Grubenweg erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Im Kraftwerk Geiseltalstraße wird mittels thermischer Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) nur Strom erzeugt.

Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Energie wird auf der Basis von Altholz (Redundanz Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Redundanz Erdgas) erzeugt.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich des Ortsteils Großkayna) und in Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (ehemals VKH) erzeugte Elektroenergie wird in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ Strom) eingespeist.

Auf Grundlage eines zwischen der E.MAGIS energy GmbH (E.MAGIS) Weimar und der EWAG bestehenden Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die E.MAGIS.

Der Geschäftsverlauf im ersten Quartal des Geschäftsjahr 2022 verlief planmäßig.

Nachdem die EWAG in den Jahren 2020 und 2021 von Corona-Erkrankungen weitestgehend verschont blieb, wurde sie in den Monaten Februar und März von einer erneuten Corona-Welle mit 24 Erkrankungen verbunden mit 140 Arbeitsausfalltagen betroffen. Es wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um den Betrieb aller Energieerzeugungsanlagen, vor allem den Schichtbetrieb aufrecht zu erhalten.

Auch in den Monaten September und Oktober mussten erneut 15 Corona-Erkrankungen mit ca. 83 Arbeitsausfalltagen überwunden werden.

Trotz dieser außergewöhnlichen Herausforderungen wurden mit viel persönlichem Engagement und Arbeitseinsatz der Mitarbeiter diese problematischen betrieblichen Situationen überwunden und zu jeder Zeit alle Versorgungsaufgaben zur Fernwärme- und Stromlieferung quantitäts- und qualitätsgerecht erfüllt.

Die betriebliche Situation änderte sich schlagartig mit einem Generatorschaden, der sich am 17. Mai 2022 im Heizkraftwerk Grubenweg ereignete. Dieser Generatorschaden hat die weiteren betrieblichen Abläufe, vor allem aber die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse im Geschäftsjahr 2022 weitestgehend beeinflusst.

Nach ersten elektrischen und mechanischen Untersuchungen wurde festgestellt, dass es sich um größere Schäden am Generator handelt und die Reparatur in einer Spezialwerkstatt durchgeführt werden muss.

Innerhalb weniger Tage wurde der Generator zur Reparatur in eine Spezialfirma überführt.

Nach der Durchführung der Begutachtung durch technische und versicherungstechnische Gutachter stand fest, dass fast alle Teile des Generators von Schaden betroffen sind und somit durch neue Bauteile ersetzt bzw. saniert werden müssen.

Aus der Erfahrung einer früheren Generatorreparatur heraus wurde mit ca. 6 Wochen Reparaturzeit gerechnet.

Auf Grund der im Geschäftsjahr 2022 herrschenden Mangelwirtschaft, hervorgerufen durch Produktionsengpässe und Wegbrechen von Lieferketten in Folge der weltweiten Corona-Krise und noch zusätzlich verstärkt durch den Krieg in der Ukraine, dauerte der gesamte Reparaturprozess bis zum erneuten vollständigen Einbau des Generators und der Herstellung des Stromnetzbetriebes ca. 22 Wochen.

Der Ausfall des Generators bedeutete schlagartig den Wegfall der Stromproduktion. Damit verbunden war ein geringerer Dampfbedarf, da zur Absicherung der Wärmeversorgung in den Sommermonaten Mai bis August die Dampfproduktion mit einem, zeitweise maximal mit zwei Dampfzeugern ausreichte.

Das wiederum hatte wesentliche Auswirkungen auf den Durchsatz von Ersatzbrennstoffen, so dass sich auch deren Erlöse sehr stark reduzierten.

Diese lange Zeitdauer der Generatorreparatur hatte ursächlich Auswirkungen auf fast alle betriebswirtschaftlichen Ergebnisse im weiteren Geschäftsverlauf und führte am Ende des Jahres 2022 zu einem erwirtschafteten Verlust.

Mit Ausnahmen der Sparte Fernwärme wirkte sich dieser Generatorschaden auf alle anderen Geschäftsfelder aus.

Die Erlöse Fernwärme entwickelten sich bis zum Jahresende planmäßig.

Die während des Generatorschadens erzeugte Dampfmenge im Heizkraftwerk Grubenweg reichte aus, um jederzeit eine stabile Wärme- und Warmwasserversorgung in Braunsbedra zu gewährleisten.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und Wärmeverteilungsanlagen in Mücheln, Großkayna und Braunsbedra (Atlantis-Center) ist ebenfalls für das Geschäftsjahr 2022 aus Sicht des Instandhaltungs- und Störgeschehens als normal einzuschätzen. Alle Versorgungsaufgaben wurden qualitativ und quantitativ erfüllt.

Im Jahr 2022 wurden 5 Fernwärmekunden an das Fernwärmenetz Braunsbedra neu angeschlossen. Der Anschluss 2 weiterer Fernwärmekunden erfolgt im I. Quartal 2023.

Weiterhin wurden die Fernwärmehausanschlüsse von 3 Kunden (Mehrfamilienhäuser) saniert.

Die Sparte Stromverkauf-Stromlieferung im Heizkraftwerk Grubenweg war besonders hart von dieser Situation betroffen. Zwar wurden alle vertraglich fixierten Strommengen verkauft und führten zu den festgelegten Erlösen und somit auch zu Einnahmen, allerdings mussten auf Grund der nicht möglichen Stromproduktion alle verkauften Strommengen zuzüglich der für den Betrieb aller anderen Energieerzeugungsanlagen benötigten Strommengen (Stromeigenbedarf) am Strommarkt zu den jeweilig gültigen Börsenpreisen eingekauft werden. Die Folgen waren verheerend.

Die seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges ausbrechende Energiekrise verschärfte diese Situation zusätzlich. Kostete 1 MWh Strom im Mai 2022 noch 177,48 €/MWh, musste man im Juni bereits 218,03 €/MWh, im Juli 315,00 €/MWh und im August den Höchstwert 465,18 €/MWh im Einkauf bezahlen. Erst nach dem September mit 346,12 €/MWh verringerten sich die Börsenpreise wieder, nachdem seitens der Bundesregierung bekanntgemacht wurde, eine Strompreisbremse im Zusammenhang mit einer Übergewinnabschöpfung einführen zu wollen.

Dennoch blieben die Börsenpreise weit über 100,00 €/MWh bis zum Ende des Geschäftsjahres.

Im Vergleich zu der sich in dieser Zeit stets nach oben entwickelnden Strompreisspirale, wurden beim Verkauf des im Heizkraftwerkes Grubenweg nicht produzierten Strom gemäß Stromliefervertrag 50,84 €/MWh monatlich Erlöst. Dadurch verschlechterte sich die finanzielle Situation zunehmend.

Die zugleich wegfallenden Erlöse aus den Ersatzbrennstoffen in Folge der geringeren Dampfproduktion trugen ebenso zu der sich stets verschlechternden Liquiditätslage bei.

Am 13. Juli fand bei der EWAG eine Beratung mit Teilnahme der Vertreter der Versicherungen VGH Hannover, der ÖSA Magdeburg, mit den Gutachtern der Versicherungen sowie dem Gutachter der EWAG und der Geschäftsführung der EWAG zur Festlegung der Ursachen des Generatorschadens, zur Behebung des Generatorschadens sowie zu Schadenshöhen und Erstattungen – abgeleitet aus den geltenden Versicherungsverträgen (Maschinenversicherung, Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung) - statt.

Trotz Festlegungen aller Kontrollmechanismen zu den von der EWAG eingereichten Unterlagen als Grundlage der abgesprochenen Zahlungsmodalitäten, die von der EWAG auch eingehalten wurden, stellte die VGH nach anfänglich geleisteten Vorauszahlungen weitere Zahlungen ein.

Erst am 20. Oktober wurden seitens der Versicherungen in einem mit der EWAG abgeschlossenen Vergleich die Abschlussleistungen festgelegt und danach zeitnah beglichen.

Zwischenzeitlich kaufte die EWAG einen gebrauchten Generator, der nach der Wartung und Sanierung mit zusätzlichen Aufwendungen Mitte August eingebaut und nach einem Probelauf ans Stromnetz geschaltet wurde.

Mit diesem Ersatzgenerator wurde wieder von Mitte August bis zum Einbau des Originalgenerators Anfang Oktober Strom produziert und somit eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation verhindert.

In dieser Zeit stiegen die Strompreise an der Strombörse von Tag zu Tag, von Monat zu Monat. In den Börsenberichten zur weiteren Strompreisentwicklung wurden für die Monat September, Oktober und November Strompreise in Höhen von 900 bis 950 €/MWh vorausgesagt.

Auf Grund der derzeitig vorhandenen und vorausschauend sich noch weiter drohenden verschlechternden finanziellen Situation, wandte sich die Geschäftsführung an die Hausbanken, für einen Zeitraum von 2 bis 3 Monaten die vorhandenen Kontokreditlinien um 300 T€ zu erhöhen.

Die EWAG verfügte zwar über Kontokorrentlinien in Höhe von 700 T€, diese sind jedoch auf 3 Hausbanken und der Saalesparkasse verteilt.

Weiterhin deuteten die Höhen der im Voraus kalkulierten Strombezugsbeträge für die Monate September und Oktober an, dass die Begleichung der jeweiligen Einzelrechnungen mit den derzeitigen Kontokorrentlinien über ein Bankkonto nicht möglich war.

Gleichzeitig wurde von den Kreditinstituten eine Ausschreibung für einen Investitionskredit für die bereits bis Mai 2022 angeschafften Investitionen abgefordert.

Als Antwort auf die Anfragen wurde die EWAG seitens der Hausbanken mit Ausnahme der Saalesparkasse zum einem „finanziell gefährdeten Unternehmen“ erklärt und jegliche weitere finanzielle Hilfen abgesagt. Nur die Sparkasse war bereit den beantragten Investitionskredit zu finanzieren.

Durch die Banken mit Ausnahme der Sparkasse wurde die EWAG beauftragt, durch den Wirtschaftsprüfer WRT Revision und Treuhand GmbH Halle eine Fortführungsprognose zur Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Lage zu erstellen.

Diese wurde durch den Wirtschaftsprüfer am 28.09.2022 erstellt und den Banken übersandt.

Durch den Wirtschaftsprüfer, der WRT Revision und Treuhand GmbH Halle, wurde der EWAG eine positive Fortführungsprognose bescheinigt. Die darin ermittelten betriebswirtschaftlichen Werte zur Vorschau auf das Betriebsergebnis zum 31.12.2022 konnten trotz der Erzielung eines Jahresfehlbetrages deutlich unterschritten werden.

Eine zusätzliche Erhöhung der Kontokorrentlinien zur Sicherung der Liquidität der EWAG war nicht erforderlich. Die EWAG konnte die sehr angespannte finanzielle Situation aus eigener Kraft, mit Unterstützung der Sparkasse, mit Hilfe der Gesellschafter und des Strom-Bilanzkreisverantwortlichen, der E.MAGIS energy GmbH Weimar, mit abgeschlossenen Ratenzahlungsvereinbarungen überwinden. Letztendlich trug auch das Nichteintreten der vorab prognostizierten Stromhöchstpreise für die Monate September und Oktober zur Entspannung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der EWAG bei.

Eng verbunden mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Generatorschadens war ein streng kontrolliertes Ausgabenmanagement. Unter Einhaltung der betrieblichen Sicherheit wurden geplante, aber technisch nicht unbedingt erforderliche Reparaturmaßnahmen in das Jahr 2023 verschoben. Dem entgegengekommen sind auch solche Sachverhalte, dass auf Grund bestehender Lieferengpässe bzw. Nichtlieferungen geplante Maßnahmen gänzlich verschoben wurden.

Auch bei den geplanten und durchgeführten Investitionen wurde die jeweils bestehende wirtschaftliche und finanzielle Situation beachtet.

Im Dezember wurden alle erforderlichen Maßnahmen, die den Unternehmen mit dem Gesetz über die Dezember-Soforthilfe, das am 19. November in Kraft getreten ist, umgesetzt.

Die Durchsetzung dieser Maßnahmen, die Abrechnung der Fernwärme betreffend, waren mit zusätzlichen, nicht geplanten Kosten bezüglich der Softwareanpassungen sowie mit außergewöhnlich hohen personellen Aufwendungen verbunden.

Am 10. November 2022 wurden seitens der ÖSA Magdeburg (VGH Hannover) alle bestehenden Versicherungsverträge mit Ausnahme der Kfz-Versicherungen überraschend zum 01.01.2023 gekündigt.

Durch den Abschluss eines Vertrages mit dem Versicherungsmakler Funk Leipzig wurde die Fortsetzung aller notwendigen Versicherungen für das Geschäftsjahr 2023 aufrechterhalten.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2022, bedingt durch den Generatorschaden und dessen Folgen, einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 476 erwirtschaftet (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 309).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 304 von TEUR 6.268 auf TEUR 5.964 verringert.

Dieser Umsatzverlust ist weitestgehend auf den Generatorschaden zurückzuführen.

Die Erlöse Stromlieferungen im Heizkraftwerk Grubenweg basieren auf einen bereits im August 2021 abgeschlossenen Stromlieferungsvertrages auf Grundlage eines Fahrplans mit einem Strompreis in Höhe von 50,83 €/MWh.

Zwar wurden Mehrerlöse aus den Stromlieferungen in Höhe von TEUR 456 in Folge eines kurzfristigen Vertragsabschluss zur Stromlieferung für den Betriebsteil VKH mit 142 €/MWh abgerechnet aber diese wurden betriebswirtschaftlich nicht wirksam.

Die in der Gesamtabrechnung durch den Generatorstillstand bedingten Erlösausfälle und zusätzlichen Aufwendungen in den Monaten Mai bis Juli waren wesentlich höher als die erzielten Strommehrerlöse.

In der Zeit von Mitte Mai bis Mitte August 2022 konnte im Heizkraftwerk Grubenweg kein Strom produziert werden.

Mit diesem Generatorstillstand ist die Minderung der Erlöse aus Brennstoffen (EBS) um ca. TEUR 661 verbunden. Bedingt durch den geringen Wärmebedarf zur Fernwärmeversorgung in den Sommermonaten diente der produzierte Dampf im Heizkraftwerk Grubenweg hauptsächlich zur Stromproduktion. Diese konnte jedoch auf Grund des Schadens nicht realisiert werden. Somit war zur Absicherung der Fernwärmeversorgung jeweils nur ein Dampferzeuger am Netz. Das hatte wiederum massive Verluste beim Brennstoffdurchsatz zur Folge, die ursächlich zu den hohen Erlösverlusten aus Brennstoffen führten.

Die Erlöse aus Solarstrom mit TEUR 9 sind vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 2 gestiegen.

Der Trend, der sich in Folge der Klimaveränderungen durch einen sich stetig verringerten Fernwärmeabsatz in den vergangenen Jahren darstellte und nur im Jahr 2021 infolge Corona (Corona-Lockdown, Homeoffice) unterbrochen wurde, setzte sich im Jahr 2022 fort.

Die Erlöse Wärmeenergie haben sich zwar um TEUR 83 von TEUR 2.007 im Jahr 2021 auf TEUR 1.924 im Jahr 2022 verringert, wurden aber im Vergleich mit den geplanten Erlösen Wärmeenergie des Wirtschaftsplans 2022 mit TEUR 28 übererfüllt.

Die seit dem Jahr 2014 jährlich und kontinuierlich durchgeführten Investitionen und Sanierungen in den einzelnen Fernwärmeversorgungsgebieten erwiesen sich als richtig und wirken mittelfristig dem Abwärtstrend der Absatzmengen aus Wärmeversorgung in Folge der klimatischen Veränderungen entgegen.

Die im Vergleich zum Vorjahr sich verminderten Erlöse aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 5 sowie bei den Sonstigen Erlösen um TEUR 15 waren planmäßig und bereits im Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 beachtet worden.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Strom an den Stromladesäulen spielen nach wie vor keine betriebswirtschaftliche Rolle.

Die aktivierten Eigenleistungen, bestehend aus erbrachten Herstellungskosten für den Einbau bzw. die Umrüstung von Fernwärme-Hausanschlussstationen sowie Herstellungskosten im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Braunsbedra in Höhe von TEUR 11, weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um TEUR 11 aus.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vorjahresvergleich um TEUR 692 erhöht. Ursächlich dafür sind Erstattungszahlungen in Höhe von TEUR 687, die von den Versicherungsunternehmen VGH Hannover / ÖSA Magdeburg im Rahmen der Maschinen-Versicherung bzw. der Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung für die Reparatur des Generators bzw. für die Erlösausfälle in Folge des Generatorschaden geleistet wurden.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.407 erhöht. Im Einzelnen erhöhten sich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 1.556, während sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 149 verringerten.

Die höheren Aufwendungen bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind hauptsächlich auf die Strombezugskosten, die sich vergleichsweise zum Geschäftsjahr 2021 um TEUR 1.481 erhöht haben, zurückzuführen. Diese zusätzlichen Kosten basieren auf den Folgen des Generatorschadens.

Zur Erfüllung der abgeschlossenen Stromlieferverträge, aber auch zur Absicherung des Bedarfs an Eigenstrom zum Betreiben aller Energieerzeugungs- und Betriebsanlagen war es erforderlich, die nichtproduzierten Strommengen am Strommarkt zu Börsenpreisen einzukaufen.

Die Aufwandserhöhungen beim Heizöl um TEUR 101 sowie bei den Holzbrennstoffen um TEUR 17 sind weitestgehend auf die Erhöhung der Marktpreise im Geschäftsjahr 2022 zurückzuführen. Auf Grund sich anbahnender weiter steigender Heizölpreise zum Jahresende wurden zusätzliche Heizölbetankungen durchgeführt.

In Folge der Fahrweise von einem bzw. zwei Dampferzeugern in der Zeit von Ende Mai bis Mitte August als Folge des Generatorschadens wurden weniger Hilfsstoffe zur Wasseraufbereitung, aber auch zur Rauchgasreinigung benötigt. Folglich haben sich die Aufwendungen für Hilfsstoffe um TEUR 35 vermindert.

Dieser Sachverhalt ist auch teilweise der Grund für die Minderungen der Aufwendungen für bezogene Leistungen. Geringere Aufwendungen in Höhe von TEUR 123 ergeben sich aus der Entsorgung für Rost- und Filteraschen. Mit einem geringeren Brennstoffdurchsatz auf Grund der Fahrweise der Dampferzeuger fallen auch weniger Mengen an Rost- und Filteraschen an.

Weitere Aufwandsminimierungen in Höhe von TEUR 44 fallen durch die Verschiebung der Funktionskontrollen der Emissionsmessanlagen sowie der Emissionsmessungen in beiden Energieanlagen auf Grund fehlender Kapazitäten der ausführenden Firmen in den Monaten Februar und März 2023 an.

Allgemein haben sich die Aufwendungen für die Prüfungen von den Hochdruckkesseln, von Druck- und Lagerbehältern, für die Funktionsprüfungen und Kalibrierungen sowie für die Emissionsmessungen der Hochdruckkessel im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3% bis 6 % erhöht.

Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.021 um TEUR 1.029 auf TEUR 3.991 vermindert.

Trotz angespannter betriebswirtschaftlicher Situation wurden mit dem 01. Oktober 2022, nicht nur den gesetzlichen Anforderungen entsprechend, für alle Arbeitnehmer die Löhne und Gehälter angepasst. Damit begründen sich die um TEUR 17 höheren Personalaufwendungen vergleichsweise zum Vorjahr.

Da es sich bei den Investitionen größtenteils um Anlagen im Bau bzw. um Planungsleistungen im Bau handelt und diese zum Bilanzstichtag nicht als abschreibungspflichtige Anlagen aktiviert wurden, haben sich die Aufwendungen für Abschreibungen um TEUR 35 vermindert. Weitere Gründe für die geringeren Abschreibungen ergeben sich auch durch die Verschiebung geplanter Investitionen in das Folgejahr.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr von TEUR 1.763 um TEUR 77 auf TEUR 1.686 verringert. Diese Minderungen beruhen im Wesentlichen auf geringeren Aufwendungen für Reparaturen/Instandhaltungen in Höhe von TEUR 297 sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von TEUR 35.

In Folge der Verluste aus der Stromlieferung sowie den Erlösausfällen aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen wurden alle Anstrengungen unternommen, um auch die anfallenden Aufwendungen zu minimieren. So wurden geplante, nicht sicherheitsrelevante Reparaturen und Instandhaltungen zurückgestellt bzw. in das Jahr 2023 verschoben. Folglich haben sich die Instandhaltungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 297 verringert. Auch die sonstigen Aufwendungen konnten um TEUR 35 verringert werden.

Die um TEUR 241 höheren Aufwendungen für die Dienst- und Fremdleistungen sind hauptsächlich auf die Verluste aus Schadensfällen (angefallene Gesamtaufwendungen im Zusammenhang mit dem Generatorschaden) in Höhe von TEUR 255 zurückzuführen.

Die höheren Aufwendungen für Beiträge, Gebühren und Versicherungen um TEUR 11 sind im Wesentlichen auf die Anpassungen der Maschinen- und Inventarversicherungen zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 zurückzuführen.

Verbunden mit der finanziellen Situation im Laufe des Geschäftsjahrs war auch die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien verbunden. Dadurch haben sich die Zinsaufwendungen um TEUR 3 erhöht.

Auf Grund des erwirtschafteten Jahresfehlbetrages fallen keine Steuern vom Einkommen und vom Ertrag an.

Auf Grund von Bewertungsunterschieden zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz haben sich die latenten Steuern um TEUR 3 von TEUR 6 im Jahr 2021 auf TEUR 9 erhöht.

Die Aufwendungen für Sonstige Steuern haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 49 verringert.

2.2. Vermögenlage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2022 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 6.538 um TEUR 173 auf TEUR 6.365 verringert.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.504 um TEUR 304 auf TEUR 4.808 erhöht. Dabei stehen den Anlagenzugängen in Höhe von TEUR 751 Wertminderungen aus Abschreibungen in Höhe von TEUR 447 entgegen.

Die Immateriellen Wirtschaftsgüter haben sich bedingt durch die Abschreibungen in Höhe von TEUR 2 von TEUR 6 auf TEUR 4 verringert.

Die Buchwerte der Positionen der Grundstücke haben sich bei Zugängen in Höhe von TEUR 135, Umbuchungen in Höhe von TEUR 2 und Minderungen infolge Abschreibungen in Höhe von TEUR 53 von TEUR 1.141 auf TEUR 1.224 erhöht.

Bei den Zugängen handelt es sich eine Platzbefestigung auf dem Gelände des Heizkraftwerks Grubenweg in Höhe von TEUR 135.

Bei den Technischen Anlagen haben sich Minderungen der Buchwerte ergeben. Den Anlagezugängen in Höhe von TEUR 96 sowie Anlagezugängen aus Umbuchungen Vorjahre in Höhe von TEUR 29 vermindert um die Abschreibungen in Höhe von TEUR 362 verminderten sich die Buchwerte von TEUR 3.119 um TEUR 237 auf TEUR 2.882 zum Bilanzstichtag.

Die Zugänge beinhalten getätigte Investitionen zur Sanierung und Neuanschlüsse von Fernwärme-Hausanschlussstationen in Braunsbedra in Höhe von TEUR 76 sowie den Kauf eines Ersatzgenerators in Höhe von TEUR 20.

Die Buchwerte der Position Betriebs- und Geschäftsausstattungen haben sich ebenfalls bei Anlagenzugängen in Höhe von TEUR 12 und Anlageminderungen durch die Abschreibungen in Höhe von TEUR 31 vom TEUR 88 um TEUR 19 auf TEUR 69 vermindert.

Die Zugänge beinhalten für Anlagen für Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 7, für EDV-Anlagen in Höhe von TEUR 2 sowie für Sammelposten (geringwertige Wirtschaftsgüter) in Höhe von TEUR 3.

Am 31.12.2022 bestanden Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 628. Dieser Endbestand entwickelte sich ausgehend vom Anfangsbestand in Höhe von TEUR 149 durch Anlagenzugänge in Höhe von TEUR 509 sowie Abgänge aus Umbuchungen von Anlagen aus Vorjahren in Höhe von TEUR 30.

Die Anlagen im Bau zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 509 beinhalten Aufwendungen in Bau für den Bereich Fernwärmenetz und Fernwärmeanschlüsse in Höhe von TEUR 109, von Planungsleistungen im Bereich Energieerzeugung und Fernwärme in Höhe von TEUR 179, zum Bau einer Abluftanlage für die Brennstofflagerhalle in Höhe von TEUR 171, für die Erneuerung der Turbinen- und Generatorsteuerung in Höhe von TEUR 44 sowie für Abwasseranlagen und Zelthalle in Höhe von je TEUR 3.

Das Umlaufvermögen hat sich von TEUR 1.974 um TEUR 468 auf TEUR 1.506 verringert, das ursächlich auf die Verringerung des Forderungsbestandes sowie der Minderung des Barvermögens zurückzuführen ist.

Zum Bilanzstichtag weisen die Vorräte einen Bestand in Höhe von TEUR 148 aus und haben sich von TEUR 123 im Jahr 2021 um TEUR 25 erhöht.

Auf Grund gestiegener Energie- und Brennstoffpreise haben sich die Bestände für Holzbrennstoffe und Heizöl erhöht, während die Bestände von Dieselmotorkraftstoff und den Sonstige Hilfsstoffe zum Bilanzstichtag nahezu unverändert geblieben sind.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich im Geschäftsjahr 2022 von TEUR 797 um TEUR 396 auf TEUR 401 verringert.

Als Grund sind ursächlich im Vergleich zum Vorjahr geringere Forderungsbestände aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen in Folge geringerer Durchsatzmengen im Dezember sowie aus der Fernwärmeabrechnung zu nennen. Im Ergebnis des Sofort-Hilfegesetzes 2022 der Bundesrepublik Deutschland wurde der Betrag Fernwärmeabschlag Dezember, zuzüglich 20 % den Kunden staatlich erstattet. Weiterhin wirkt sich auch die Senkung der Umsatzsteuer auf 7 % für die Fernwärmeerlöse auf geringere Forderungen aus Fernwärme zum Bilanzstichtag aus.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind TEUR 2 als Forderungen gegen Gesellschafter (Forderungen aus Fernwärme) enthalten.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände haben sich zum Vorjahr von TEUR 168 um TEUR 147 auf TEUR 315 erhöht. Grund dafür sind Forderungen aus der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von TEUR 185, die sich aus der Senkung der Umsatzsteuer auf 7 % für die Abrechnung Fernwärme ergeben.

Die Bilanzposition Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 886 um TEUR 243 auf TEUR 643 als Folge des Generatorschadens verringert. Dabei hat sich der Kassenbestand nahezu unverändert.

Die gebildeten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Dienstleistungen, Kfz-Steuer und Beiträge in Höhe von TEUR 8 sind vergleichsweise zum Vorjahr unverändert.

Die zum 31. Dezember 2022 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von TEUR 42 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristigen Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen. Diese haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um TEUR 10 verringert.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital von TEUR 3.278 um TEUR 793 auf TEUR 2.485 im Jahr 2022 verringert. Als Ursache für diese Minderung ist der Kauf eigener Gesellschafteranteile sowie der Jahresfehlbetrag zu nennen.

Der Bestand des Sonderpostens mit Rücklageanteil hat sich von TEUR 475 und Zugängen in Höhe von TEUR 71, vermindert um einen jährlichen Auflösungsbetrag in Höhe von TEUR 48, auf TEUR 498 erhöht.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil untergliedert sich in den gebildeten Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 10 sowie in den gebildeten Sonderposten für Baukostenzuschüsse in Höhe von TEUR 488.

Seit 2015 wird für eine erhaltene öffentliche Förderung (Förderung der Erweiterung des Fernwärmenetzes) in Höhe von TEUR 17 ein Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Im Jahr 2020 erhöhte sich dieser Bestand durch die Gewährung öffentlicher Fördermittel für die Nutzung von elektrisch betriebenen Kraftfahrzeugen.

Für Neuanschlüsse an das Fernwärmenetz werden Zuschüsse für Hausanschlusskosten erhoben. Diese werden in dem Sonderposten für Baukostenzuschüsse passiviert.

Beide Sonderposten werden jährlich über die Vertragslaufzeiten bzw. über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände abgegrenzt und aufgelöst.

Die Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 42 verringert.

Rückstellungen wurden aus Verpflichtungen gegenüber der Berufsgenossenschaft in Höhe von TEUR 8, aus Personalverpflichtungen in Höhe von TEUR 164, für Jahresabschlusskosten mit TEUR 14, für öffentliche Abgaben mit TEUR 1, für Verpflichtungen aus der Lieferung von Roh-, Hilfs und Betriebsstoffen in Höhe von TEUR 75, für sonstige Dienstleistungen sowie für Entsorgungskosten in Höhe von TEUR 16 gebildet.

Die Verbindlichkeiten haben sich von TEUR 2.465 um TEUR 639 auf TEUR 3.104 erhöht.

Durch die Aufnahme eines Investitionsdarlehens in Höhe von TEUR 570 verringert um Tilgungsbeträge für die bestehenden Darlehen in Höhe von TEUR 351, erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von TEUR 1.856 auf TEUR 2.075.

Die Lieferantenverbindlichkeiten zum Bilanzstichtag erhöhten sich von TEUR 338 um TEUR 341 auf TEUR 679 und sind weitestgehend auf Verbindlichkeiten aus der Abrechnung des Strombezuges des Monats Dezember in Höhe von TEUR 344 zurückzuführen.

Die höheren Sonstigen Verbindlichkeiten, gestiegen um TEUR 79 von TEUR 271 im Jahr 2021 auf TEUR 350 im Jahr 2022, sind weitestgehend auf kreditorische Debitoren (Gutschriften aus der Fernwärmeabrechnung zum 31.12.2022 in Folge des staatlich geschenkten Fernwärmeabschlag für Dezember 2022 sowie der Umsatzsteuersenkung der Fernwärmeerlöse auf 7 %) in Höhe von TEUR 207.

Zum Bilanzstichtag, dem 31.12.2022, hat sich die Eigenkapitalquote von 50,1 % auf 39,0 % im Vergleich zum Vorjahr verändert.

2.3. Finanzlage

Die Liquiditäts- und Finanzlage hat sich infolge des Generatorschadens im Vergleich zum Vorjahr wesentlich verschlechtert.

Der Kauf der Gesellschafteranteile der EWAG und die Zahlung des Kaufpreises aus eigenen Mitteln beeinflusste die Finanzlage bereits zu Beginn des Geschäftsjahres.

Die hohen Erlösausfälle aus der Verwertung von Brennstoffen sowie die extrem hohen Zusatzkosten im Bezug der Elektroenergie führten im 3. Quartal des Geschäftsjahres zu Liquiditätsproblemen.

Verstärkt wurde diese Situation dadurch, dass auf Grund der im 4. Quartal 2021 bestandenen Lieferengpässe und Verzögerungen bei den Lieferzeiten zur Absicherung der geplanten Investitionen und Reparaturen bereits im Dezember 2021 bzw. zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 notwendige Bestellungen ausgelöst wurden. Die entsprechenden Materiallieferungen erfolgten im 2. bzw. 3. Quartal. Dadurch wurde die bereits angespannte finanzielle Situation durch die notwendige Bezahlung der angefallenen Verbindlichkeiten zusätzlich belastet.

Die Minderungen der Liquidität 1. Grades im Vergleich zum Vorjahr von 92,2 % auf 53,8 % sowie der Liquidität des 2. Grades von 192,3 % auf 98,2 % sind Ausdruck für die Verschlechterung der finanziellen Lage.

Die Anlagendeckungsgrade 1 und 2 weisen zum Bilanzstichtag das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen aus.

Mit einem zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Anlagendeckungsgrad 1 von 51,7 % (Vorjahr: 72,8 %) und einem Anlagendeckungsgrad 2 von 62,0 % (Vorjahr: 83,3 %) haben sich zwar beide Kennzahlen durch die Minderung des Eigenkapitals in Folge des Jahresfehlbetrages sowie des Kaufs eigener Gesellschafteranteile verringert, dennoch kann die EWAG auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen verweisen.

Der finanzwirtschaftliche Überschuss (Cashflow) hat sich im Laufe des Geschäftsjahres in Folge der Erlösausfälle sowie steigende Strombezugskosten stetig verringert und weist zum Bilanzstichtag einen Betrag in Höhe von TEUR – 77 aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Cashflow im Geschäftsjahr 2022 um TEUR 821 verringert.

Als Bilanzkennzahl zeigt er zum Bilanzstichtag an, dass zur Innenfinanzierung nicht genügend finanzielle Mittel erwirtschaftet wurden und somit besonders im 2. Halbjahr die Bezahlung der Investitionen sowie die Zahlungen der Darlehensverbindlichkeiten teilweise nur mit finanziellen Mitteln aus der Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien erfolgen konnte.

Zum Bilanzstichtag wurde der Dynamische Verschuldungsgrad (in Jahren) mit 0,00 im Vergleich zum Vorjahr 4,38 ermittelt. Das bedeutet, dass die EWAG alle Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen könnte und somit auf Fremdkapital angewiesen ist.

Aus erhobenen Anschlusskostenzuschüssen für Fernwärme-Neuanschlüsse sind Einnahmen in Höhe von TEUR 84 (brutto) zu verzeichnen.

Im Rahmen der durchgeführten Investitionen wurden im Geschäftsjahr Auszahlungen in Höhe von TEUR 894 (brutto) sowie für die Kreditverbindlichkeiten von Finanzkrediten in Höhe von TEUR 380 vorgenommen.

Die Investitionen wurden durch die Aufnahme von langfristigen Finanzkrediten in Höhe von TEUR 570 sowie teilweise durch die Inanspruchnahme der Kontokorrentlinien finanziert.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von TEUR 700 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 751 getätigt.

Die Schwerpunkte der durchgeführten Investitionen lagen in den Bereichen Außenanlagen mit TEUR 134, den Energieanlagen mit TEUR 95 sowie den Anlagen im Bau (Fernwärmehausanschlüsse im Bau, Planungsleistungen zur Fernwärmenetzerweiterung Großkayna, Planungsleistungen zur Energieversorgung EWAG) mit TEUR 509.

Bei den Außenanlagen handelt es sich um Platzbefestigungen auf dem Gelände des HKW Grubenweg. Bei der Befestigung des zweiten Teilstücks wurden TEUR 134 investiert.

Die Erneuerung der SPS-Turbinensteuerung in HKW Grubenweg wurde auf Grund mangelnder Material- und Lieferkapazitäten sowie längeren Planungsvorbereitungszeiten in das Geschäftsjahr 2023 verschoben.

Die getätigten Investitionen im Bereich Energieanlagen in Höhe von TEUR 95 beinhalten den weiteren Ausbau der Fernwärmenetzes Braunsbedra in Höhe von TEUR 21 verbunden mit 5 Fernwärmeneuanschlüssen in Höhe von TEUR 47 sowie der Sanierung von Fernwärmehausanschlussstationen in Höhe von TEUR 7. Zur Minderung der Erlösausfälle in Folge des Generatorschadens wurde ein Ersatzgenerator für TEUR 20 angeschafft.

Die Investitionen im Bereich Anlagen im Bau für Planungsleistungen für den weiteren Ausbau des Fernwärmeortsnetzes Großkayna in Höhe von TEUR 23, für Planungsleistungen zur Erarbeitung von Konzepten zur weiteren Energieversorgung der EWAG in Höhe von TEUR 8, für Planungsleistungen zur Errichtung einer Zelthalle in Höhe von TEUR 4 sowie für Fernwärmehausanschlüsse im Bau in Höhe von TEUR 21 getätigt.

Im November 2022 erfolgte die Ausschreibung für die ersten beiden Bauabschnitte zur Erweiterung des Fernwärmenetzes in Großkayna, in deren Folge der Bauvertrag am 20.12.2022 abgeschlossen wurde.

Der Beauftragung zur Lieferung und dem Einbau des Holzkessels 450 kW erfolgte wurde am 30.12.2022. Auf Grund bestehender Herstellungs- bzw. Lieferprobleme für den Holzkessel 850 kW wurde der Einbau dieses Holzkessels in das Jahr 2023 verschoben.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2022

Zu Beginn des Geschäftsjahres kündigten fast alle Brennstofflieferanten mit Ausnahme derer, mit denen vertragliche Vereinbarungen bestehen, Senkungen der EBS-Preise an.

Um dem Nachdruck zu verleihen, wurde unserer Meinung nach, auch ein künstlicher Brennstoffmangel erzeugt, der sich aber nach ca. 3 Wochen normalisierte.

Zu Beginn des Jahres wurden seitens der Lieferanten in fast allen Branchen und Bereichen Preisanpassungen vorgenommen. Zum Teil sind diese bereits in der Planung für das Jahr 2023 berücksichtigt worden, zum Teil liegen diese Anpassungen über den geplanten Preisansätzen.

Im März begannen in Großkayna die Tief- und Rohrleitungsbauarbeiten im 1. und 2. Bauabschnitt zur Erweiterung des Fernwärmenetzes. Trotz einiger anfallender Probleme verlaufen diese Bautätigkeiten planmäßig.

Auch für die Bauabschnitte 3a und 3b wurde nach der Vergabe der Bauvertrag abgeschlossen und unterzeichnet und die entsprechende Baufirma beauftragt.

Mit dem Abschluss entsprechender Verträge ist die Finanzierung mit der Saalesparkasse abgesichert.

Die betrieblichen Abläufe sowie die betriebswirtschaftliche Entwicklung im I. Quartal 2023 verliefen bedingt durch anfallende Reparaturen vor allem im Betriebsteil VKH nicht immer planmäßig.

Auf Grund der preislichen Abweichungen in bestimmten Erlös- und Aufwandspositionen konnten in den Monaten Januar bis März 2023 die jeweilig geplanten Betriebsergebnisse nicht vollständig erwirtschaftet werden.

In der Sparte Fernwärme konnten in den Monaten Januar bis März 2023 die geplanten Wärmemengen und Erlöse in Summe erzielt werden.

In der Sparte Strom konnte die Anwendbarkeit der Übergewinnabschöpfung im Rahmen des Strompreisbremsengesetzes (StromPBG) nach wie vor noch nicht geklärt werden. Aus Gründen kaufmännischer Vorsicht wurden für eventuell anfallende Aufwendungen Rückstellungen gebildet.

Die zukünftig möglichen Preisentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit des Geschäftsjahres werden durch die Geschäftsführung weiterhin schwerpunktmäßig beachtet.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen im Geschäftsjahr 2022 können trotz schwerwiegender Folgen des Generatorschadens als stabil eingeschätzt werden. Alle Lieferverpflichtungen aus den Stromlieferverträgen wurden eingehalten, die Versorgung mit Wärme und Warmwasser wurde jederzeit realisiert.

Die personellen Engpässe in Folge von Corona-Erkrankungen bzw. Erkältungserkrankungen in den Monaten Februar bis April waren zeitweise sehr kritisch, dennoch konnte der Schichtbetrieb durch einen hohen persönlichen Einsatz der Mitarbeiter jederzeit aufrechterhalten werden.

Die sich im Laufe des Geschäftsjahres von Monat zu Monat auf Höchstniveau befindlichen Strompreise hätten auch unter Nichtberücksichtigung des Generatorschadens bezogen auf das Ergebnis der Stromsparte im Heizkraftwerk Grubenweg keinerlei Auswirkungen, da die Stromlieferverträge gemäß festgelegten Fahrplänen im Jahr 2021 zu Festpreisen abgeschlossen waren.

Der am Beginn des Geschäftsjahres 2022 zu derzeit marktüblichen Preisen abgeschlossene Stromliefervertrag für den Betriebsteil VKH bringt ebenfalls nicht die erwünschten Erlöserhöhungen aus der Stromlieferung, da er spätestens im Dezember unter die Übergewinnabschöpfung im Rahmen des Strompreisbremsengesetz (StromPBG) fällt, obwohl kein Übergewinn erwirtschaftet wurde.

Für uns als Strom- und Energieerzeuger stellt sich die Frage, warum Stromerzeugeranlagen, die ihren Strom mittels Energieträger Gas erzeugen, verantwortlich für die überhöhten Strompreis sind bzw. die Höhe des Strompreises bestimmen, von den Regelungen des Strompreisbremsengesetz (StromPBG) hinsichtlich der Übergewinnabschöpfung seitens des Gesetzgebers befreit sind.

Aus Sicht der Geschäftsführung wird dadurch die Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) des Geschäftsjahres 2022 wurden mit den Lieferanten bereits Ende 2021 entsprechend den Marktpreisen angepasst und blieben über das Geschäftsjahr hinweg stabil.

Durch den Abschluss eines Entsorgungsvertrages im Jahr 2020 mit festen Preiskonditionen sind ca. 30 % der benötigten Ersatzbrennstoffe weiterhin für die Jahre 2023 und 2024 fest fixiert.

Die sich mit Beginn des Geschäftsjahres 2022 als Folge der Corona-Pandemie und mit Ausbruch des von Russland geführten Krieges in der Ukraine stets weiter steigenden Energie- Rohstoff-, Hilfsstoff- und Materialpreise verbunden mit einer sich verstärkenden Verknappung bzw. zeitlichen Verschiebung vom Materiallieferungen verbürgen Risiken in sich, die zur Zeit noch nicht einschätzbar sind.

Auf Grund dieser gestiegenen Einkaufspreise war es erforderlich, die Wärmepreise in allen Versorgungsbereichen im Geschäftsjahr 2022 anzupassen. Am Ende des Jahres nach der Fernwärmeabrechnung zum 31.12.2022 haben die Kunden die Preisanpassung nicht einmal wahrgenommen, da durch den geschenkten Fernwärmeabschlag im Dezember, zuzüglich des 20 %-igen Aufschlags und der Umsatzsteuersenkung der Fernwärme auf 7 % fast allen Kunden Rückzahlungen bzw. Gutschriften erhielten.

In Folge von nicht lieferbaren, bereits im Vorjahr bestellten Ersatzteilen, mussten mittlerweile geplante Reparaturen verschoben werden. Die von Lieferanten bereits in den entsprechenden Angeboten fixierten Angebots- und Lieferpreise sind nicht mehr haltbar.

Mittlerweile hat sich diese Situation verbessert, dennoch bestehen für bestimmte Ersatzteile nach wie vor noch Lieferengpässe bzw. sehr lange Lieferzeiten.

Auch im Bereich der Bautätigkeiten haben sich die Preise um ein Mehrfaches erhöht. Das wurde vor allem nach der Ausschreibung des Tief- und Rohrleitungsbaus des 1. und 2. Bauabschnitts zur Fernwärmenetzerweiterung im Ortsteil Großkayna sichtbar. Die erzielten Baukosten sind im Vergleich zu den kalkulierten Kosten um ein Vielfaches teurer.

Bei dieser Investitionsmaßnahme besteht das Risiko, dass bei weiteren steigenden Baukosten der finanzielle Gesamtrahmen überschritten werden könnte.

Eine ständige Zusammenarbeit mit den für diese Maßnahme verantwortlichen Bauplanungs- und Bauüberwachungsbüro sowie mit den ausführenden Baufirmen soll mögliche Risiken minimieren.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren auch bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

In Auswertung der möglichen Risiken werden die innerbetrieblichen Kontrollmaßnahmen weiterhin erhöht.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in allen Energieerzeugungsanlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren.

Die monatlichen Plan-Ist-Auswertungen werden noch intensiver ausgeführt, um auf mögliche betriebswirtschaftliche Auswirkung infolge sich veränderter Marktsituationen rechtzeitig reagieren zu können.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement stetig neu eingeschätzt und bewertet.

6. Prognosebericht

Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 wurde bereits festgestellt, das Jahr 2023 als ein so genanntes „Übergangsjahr“ zu betrachten. Nach den Ereignissen des vergangenen Jahres steht die weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage im Vordergrund.

Diese Zielstellung muss derzeit in Frage gestellt werden und ist weitestgehend von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, Europas und sogar von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig.

Die weiteren Entwicklungen hinsichtlich einer generellen Energieversorgung mit Erdgas, Erdöl und Diesel und deren Folgen wegen möglicher Engpässe der Energieversorgung sind nicht einschätzbar. Auch die Folgen weiterer Erhöhungen der Energiepreise sind derzeit nicht abschätzbar.

Erste Auswirkungen sind die zu Beginn des Geschäftsjahres von vielen Lieferanten angekündigten und umgesetzten Preiserhöhungen. Marktwirtschaftlich bedingt oder durch das Ausnutzen der gegenwärtigen weltweiten Preisentwicklungen erhöhen die Lieferanten aller Branchen die Preise.

So auch bei den Ersatzbrennstofflieferanten. Unter Ausnutzung der Situation, das Kohlekraftwerke Ersatzbrennstoffe zu niedrigsten Preise mitverbrennen, wurde eine Verknappung der Ersatzbrennstoffe am Markt dargestellt, der eine Verringerung der Brennstoffpreise um 8,00 € bis 14,00 € pro Tonne folgte.

Dieser Preisentwicklung entgegen wirkt ein mit einem Lieferanten abgeschlossener Liefervertrag, der für die Jahre 2023 und 2024 für ca. ein Drittel der benötigten Ersatzbrennstoffe feste Preise garantiert.

Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens ist es auch notwendig, dass seitens der Bundesregierung beschlossene Gesetze inhaltlich so formuliert sind, dass diese von den zur Umsetzung betroffenen Unternehmen auch im Stande sind diese Gesetze inhaltlich zu erfassen und somit in die Lage versetzt werden, die Umsetzung zu garantieren.

Als Beispiel ist dafür das Strompreisbremsengesetz (StromPBG) mit den Festlegungen zur Gewinnabschöpfung, welches am 20.12.2022 in Kraft getreten ist, zu nennen. Bis zum heutigen Tag ist es nicht möglich festzustellen, ob - wenn ja - in welcher Höhe die EWAG zu Abführung zur Übergewinnen verpflichtet ist.

Weder das Unternehmen, weder der Bilanzkreisverantwortliche als Stromspezialist noch der Wirtschaftsprüfer kann diese Problematik lösen. Solche Maßnahmen einer Regierung sind für die wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens kontraproduktiv.

Mit der Investitionsmaßnahme zum Ausbau und der Erweiterung des Fernwärmenetzes Großkayna wurde im März 2023 begonnen. Zielstellung ist, alle Tiefbaumaßnahmen einschließlich der Fertigstellung aller geplanten Fernwärmehausanschlüsse sowie die Erweiterung der Energieerzeugung durch den Einbau eines neuen Holzkessels bis zum 31.12.2023 abzuschließen. Mit dieser geplanten Zeitschiene ist die EWAG auch hinsichtlich der in den mit den zukünftigen Kunden abgeschlossenen Vorverträgen vertragskonform.

Der für den von der 23. KW bis zur 25. KW geplante Stillstand im Heizkraftwerk Grubenweg wird planmäßig durchgeführt. Neben den allgemeinen Wartungs- und Reinigungsaufgaben ist eine nochmals erforderliche Reparatur am Generator vorgesehen.

Mittelfristig wird die Planung einer neuen Energieerzeugungsanlage fortgesetzt. Bis Ende des Jahres 2023 soll dafür eine entsprechende Konzeption erarbeitet werden.

Für das Geschäftsjahr 2023 ist ein Jahresergebnis vor Ertragssteuer in Höhe von TEUR 121 geplant.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen, die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Beschluss zur Bildung der EVH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzende	Poppe, Susanne
		Baier, Stephan
		Dr. Burkert, Silke
		Dr. Lochmann, Mario
		Ernst, Johannes
		Gärtner, Steffen
		König, Simona
		Krischok, Marion
		Luppe, Ulrich
		Mischke, Brita
		Schaper, Torsten

Aufsichtsrat:

Schmidt, Claudia
Schramm, Rudenz
Teichfuß, Sylke

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	25

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar		
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,50
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,09
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29

mittelbar

	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen	354.418	67	362.042	71	358.692	74	-7.624	-2
Umlaufvermögen	170.047	32	142.467	28	118.804	25	27.580	19
Rechnungsabgrenzungsposten	5.908	1	6.283	1	6.408	1	-375	-6

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	354.418	67	362.042	71	358.692	74	-7.624	-2
Umlaufvermögen	170.047	32	142.467	28	118.804	25	27.580	19
Rechnungsabgrenzungsposten	5.908	1	6.283	1	6.408	1	-375	-6

Bilanzsumme

530.373	100	510.792	100	483.904	100	19.581	4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

Eigenkapital	122.838	23	117.413	23	105.028	22	5.425	5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	929	0	1.232	0	1.553	0	-303	-25
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	37.481	7	36.345	7	37.142	8	1.136	3
Rückstellungen	77.180	15	56.846	11	43.724	9	20.334	36
Verbindlichkeiten	291.940	55	298.956	59	296.457	61	-7.016	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	0	0	0	0	5	

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	122.838	23	117.413	23	105.028	22	5.425	5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	929	0	1.232	0	1.553	0	-303	-25
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	37.481	7	36.345	7	37.142	8	1.136	3
Rückstellungen	77.180	15	56.846	11	43.724	9	20.334	36
Verbindlichkeiten	291.940	55	298.956	59	296.457	61	-7.016	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	0	0	0	0	5	

Bilanzsumme

530.373	100	510.792	100	483.904	100	19.581	4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	710.575	592.383	495.805
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7.849	-4.182	12.843
andere aktivierte Eigenleistungen	350	501	894
sonstige betriebliche Erträge	4.564	6.909	26.049
Materialaufwand	588.414	484.287	427.974
Personalaufwand	28.543	23.247	21.766
Abschreibungen	28.694	29.040	24.708
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.220	18.496	21.601
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	283	274	302
Erträge aus Beteiligungen	412	388	761
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	147	164
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.572	5.204	3.377
Ergebnis nach Steuern	33.392	36.146	37.392
sonstige Steuern	930	905	1.040
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	32.462	35.241	36.352
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	710.575	592.383	495.805
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7.849	-4.182	12.843
andere aktivierte Eigenleistungen	350	501	894
sonstige betriebliche Erträge	4.564	6.909	26.049
Materialaufwand	588.414	484.287	427.974
Personalaufwand	28.543	23.247	21.766
Abschreibungen	28.694	29.040	24.708
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.220	18.496	21.601
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	283	274	302
Erträge aus Beteiligungen	412	388	761
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	147	164
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.572	5.204	3.377
Ergebnis nach Steuern	33.392	36.146	37.392
sonstige Steuern	930	905	1.040
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	32.462	35.241	36.352
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,57	5,95	7,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	26,43	30,01	34,61	%
Cash-Flow:	61.156	64.282	58.116	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	2.283	1.999	1.834	T€
Personalaufwandsquote:	4,03	3,90	4,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	58,20	62,03	65,80	%
Eigenkapitalquote:	23,16	22,99	21,70	%
Fremdkapitalquote:	76,84	77,01	78,30	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Absatz Erdgas	3.764	3.958	3.187	GWh
Absatz Strom	2.831	3.144	2.922	GWh
Absatz Wärme	606	701	630	GWh

f) Lagebericht

1. EVH im Überblick

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) ist ein deutschlandweit aktiver Versorger mit langjähriger Erfahrung im Energiebereich. Sie beliefert Privat-, Gewerbe- sowie Großkunden mit Strom, Wärme und Erdgas. Der Strom- und Wärmebedarf wird zum Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße gedeckt. Der Strombedarf wird zudem durch Fremdbezug bedient. Zusätzlich besteht ein Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT). Ein eigenes Portfoliomanagement ermöglicht eine aktive Überwachung der Marktpreisrisiken sowie einen strukturierten Einkauf, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes in Halle (Saale) verantwortlich ist. Darüber hinaus ist sie Dienstleister für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH.

Weiterhin hält die EVH 100 Prozent der Anteile an der KWT, welche am Standort Halle-Trotha durch den Betrieb einer Gas- und Dampfturbinen-Anlage Elektrizität und Fernwärme erzeugt.

Im Geschäftsjahr 2020 gründete die EVH die 100-prozentige Tochtergesellschaft EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B). Gemeinsam mit einem Co-Investor beteiligte sich diese an der parallel gegründeten EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P). Zum 31. Dezember 2022 war die EGE-P an sechs weiteren Projektbündelgesellschaften beteiligt.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) hält die EVH 18,3 Prozent der Kommanditanteile. Mittels der Beteiligung an Tochter- und Beteiligungsgesellschaften betreibt diese Gesellschaft ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland. Mit 4,1 Prozent ist die EVH an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditistin beteiligt. Über die Beteiligung an weiteren Gesellschaften besteht ein Portfolio von Onshore- und Photovoltaikanlagen, welches von der TEE betrieben wird.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet. Strategische Kerngeschäftsfelder sind Vertrieb Privat- und Gewerbekunden/Industrie- und Geschäftskunden, Kundennahe Energiedienstleistungen, Portfoliomanagement und Beschaffung, Regenerative Erzeugung, Zentrale Erzeugung und Netzgeschäft.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen unterliegen einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen sowohl zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen. Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezüglichen Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und Emissionszertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Das strategische Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ wird stetig ausgebaut. Durch die Gründung der EGE-B sowie weiterer Beteiligungs-Tochtergesellschaften wurde die Basis für den Anlagenbetrieb sowie die Umsetzung weiterer Photovoltaikgroßprojekte geschaffen, verbunden mit einem minimierten Kapitalbedarf. Auch die Beteiligungen TOW und TEE tragen durch ihre erneuerbare-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2022 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 134,5 MW_{Peak}.

Mit der Neubesetzung der Leitungsposition des Geschäftsbereiches Digitalisierung / IT-Management / Abrechnung im Mai 2022 begann eine Phase der Analyse und Neuausrichtung. Im Ergebnis wurden die inhaltlichen Schwerpunkte des Bereiches weiter verfeinert und auf die Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen, wie die Auswirkungen der Energiekrise, die notwendige Ablösung zentraler SAP R/3-basierter Anwendungen und den allgemeinen fachlichen Digitalisierungsbedarf, ausgerichtet.

Die digitale Transformation innerhalb der EVH kann nur realisiert werden, wenn ein digitales Zielbild entwickelt und durch das gesamte Unternehmen kommuniziert und mitgetragen wird. Nach kritischer Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation erfolgte die Anpassung der aufbauorganisatorischen Ausrichtung. Im Zuge dessen wurde eine IT-Architektureinheit gebildet, dessen Kernkomponente das Projekt zur Nachfolge des Abrechnungssystems SAP IS-U (NAFISU) darstellt.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/ Sicherheit, Digitalisierung/IT-Management/Abrechnung, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Vertrieb Industrie- und Geschäftskunden/Privat- und Gewerbekunden sowie Zentrale Erzeugung gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

In Hinblick auf das strategische Geschäftsfeld Netzbetrieb sind nach § 3 Nr. 38 EnWG in Verbindung mit § 6b Abs. 3 EnWG für die Tätigkeitsbereiche jeweils getrennte Konten in der internen Rechnungslegung zu führen und Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen und diese im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Als Tätigkeitsbereiche werden die unter der Nummer 1 bis 6 genannten Bereiche Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung und Betrieb von LNG-Anlagen verstanden.

Mit den Tätigkeitsabschlüssen erfüllt die EVH die Berichtspflicht nach § 3 Nr. 38 EnWG gemäß § 6b Abs. 3 EnWG. So führt die EVH in der internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Elektrizitätsverteilung und Messstellenbetrieb, für Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Nach Maßgabe der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 264 ff. HGB) wurde für die jeweiligen Tätigkeiten eine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und eine Bilanz aufgestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 Prozent und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 Prozent).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,3 Prozent für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 Prozent (Vorjahr 7,3 Prozent).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine haben das Geschäftsjahr 2022 dominiert. Russland reduzierte ab Juni 2022 schrittweise die Erdgasexporte bis zum vollständigen Lieferstopp ab September 2022. Die Auswirkungen auf die EVH werden in den folgenden Gliederungspunkten dargelegt. Die Versorgungssicherheit war ganzjährig vollumfänglich gewährleistet und der operative Geschäftsbetrieb der EVH und ihrer Tochterunternehmen abgesichert.

Die EGE-B und ihr Tochterunternehmen EGE-P haben im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 2,5 Mio. € in Projektgesellschaften investiert. Die Finanzierung erfolgte durch Einlagen der EGE-B sowie des Co-Investors in Höhe von insgesamt 1,0 Mio. € sowie durch thesaurierte Jahresüberschüsse der Projektgesellschaften. Der Investitionsschwerpunkt lag dabei in der Errichtung der Photovoltaikanlage Sergen West II, welche von der Projektgesellschaft SP XVIII GmbH & Co. KG betrieben wird. Durch die Projektbündelgesellschaften der EGE-P wurden im Geschäftsjahr 2022 sieben Photovoltaikanlagen von der EVH erworben und eine selbst errichtete Anlage in Betrieb genommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren insgesamt 30 Projekte mit einer Gesamtleistung von 104,5 MW_{Peak} umgesetzt.

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen, entwickelt die EVH derzeit gemeinsam mit den Partnern der Energie-Initiative Halle (Saale) ein Regional-/Mieterstromkonzept. Für die Umsetzung dieses Konzepts wurden diverse Pilotprojekte mit verschiedenen Wohnungsgenossenschaften geplant. Das erste Pilotprojekt wurde bereits in Kooperation mit der Hallesche Wohnungsgenossenschaft FREIHEIT eG fertiggestellt und soll ab 2023 in den Testbetrieb gehen, um dieses Modell zukünftig in ganz Halle anbieten zu können.

Damit der Ausbau einer zuverlässigen und umweltschonenden Versorgung mit Fernwärme vorangetrieben wird, wurden weitere Erweiterungsmaßnahmen innerhalb des Fernwärmenetzes im Paulusviertel im Auftrag der EVH durchgeführt. Der zweite Bauabschnitt soll voraussichtlich im ersten Quartal 2023 fertiggestellt werden. Sie sollen eine zuverlässige und umweltschonende Versorgung mit Fernwärme gewährleisten.

Die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft soll entsprechend des Fahrplans im Klimaschutzgesetz bis zum Jahr 2045 Treibhausgas-neutral werden. Um die Aktivitäten zur Emissionsreduktion zusammenzutragen und zu koordinieren, wurde 2021 das Projekt „Roadmap <2045 – Klimaneutralität in Halle“ implementiert. Die daraus resultierenden Transformationspläne werden im Gliederungspunkt 3.5. genauer dargestellt.

Im Rahmen der Energie-Initiative Halle (Saale) werden verschiedene Projekte zur Versorgungssicherheit, Energiewende und Klimaneutralität entwickelt, um die Arbeits-, Wohn- und Lebensqualität in Halle (Saale) zu fördern. Der Energie-Initiative schlossen sich in 2022 drei neue Mitglieder an: Das Universitätsklinikum Halle (Saale), die Wohnungsgenossenschaft Halle-Süd e.G. und die LEUWO Leuna-Wohnungsgesellschaft mbH.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Preisverläufe von Strom, Gas und Emissionszertifikaten bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Die Abkehr vom russischen Gas und die damit verbundenen Herausforderungen in der Versorgung mit Gas und Wärme prägten ein Bild von Unsicherheit und Nervosität an den Energiemärkten in Europa. Bis in das dritte Quartal 2022 stiegen die Strom- und Gaspreise nahezu kontinuierlich an. Nie da gewesene Spitzenwerte konnten am 26. August 2022 (985 €/MWh für Strom und 314 €/MWh für Gas) verzeichnet werden. Volle Erdgasspeicher, Zukäufe von Flüssiggas, die Substitution von Erdgas durch Kohle, Öl und Atomkraft, Gaseinsparungen und milde Temperaturen sorgten im vierten Quartal für Entspannung verbunden mit einem starken Preisrückgang bis zum 31. Dezember (Strom: ca. 215 €/MWh; Gas: ca. 77 €/MWh).

Die Großhandelspreise für das Frontjahr Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2022 wie folgt:



Aufgrund der beschriebenen Entwicklung war die EVH im Geschäftsjahr 2022 gezwungen notwendige Anpassungen an den Endkundenpreisen für Strom und Gas vorzunehmen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Jahr 2022 war in Deutschland/Europa auch energiepolitisch durch den Krieg in der Ukraine geprägt. Die Energie- und Klimapolitik wurde von Notmaßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Krisenbewältigung dominiert.

Vor Kriegsbeginn war Deutschland/Europa signifikant von Importen fossiler Energieträger (insbesondere Erdgas) aus Russland abhängig.

Die Reaktion Deutschlands/Europas auf die Krise war von fossiler Diversifizierung und finanziellen Entlastungen geprägt.

- Die europäische Kommission erarbeitete daraufhin ein Maßnahmenpaket für europäische Energiesouveränität (REPowerEU), welches die Abhängigkeit vom russischen Gas schnellstmöglich beenden soll.
- Steinkohlelieferungen aus Russland wurden seit Mitte August 2022 vollständig ersetzt. Rohölimporte aus Russland sind seit Anfang Dezember 2022 durch ein EU-weites Embargo verboten. Die Nutzung der heimischen Braunkohle wurde ausgeweitet. Braun- und Kohlekraftwerke wurden reaktiviert bzw. wurden geplante Abschaltungen verschoben. Außerdem wurde die Laufzeit der drei in Deutschland verbliebenen Atomkraftwerke bis in den April 2023 verlängert.
- Zentrales Element der kurzfristigen Versorgungssicherung war weiterhin die Befüllung der Gasspeicher. Die rasche Einspeicherung von Gas wurde durch einen geringeren Industrieverbrauch (hohe Preise), das Sparverhalten von Privatkunden sowie des allgemein geringeren Verbrauches durch milde Temperaturen getragen. Der Ankauf von zusätzlichen Mengen an Flüssiggas wirkte ebenfalls positiv auf die Befüllung der Gasspeicher. Das gesetzliche Ziel eines Füllstands von mindestens 95 Prozent zu Beginn des Winters wurde dadurch übertroffen.
- Mit dem im Mai 2022 erlassenen LNG-Beschleunigungsgesetz wurde der Bau von LNG-Terminals per Gesetz forciert. Das erste mobile Terminal nahm im Dezember 2022 in Wilhelmshaven seinen Betrieb auf.
- Die Bundesregierung erließ zudem Verordnungen für Energiesparmaßnahmen, die u.a. niedrigere Mindestraumtemperaturen, eine Einschränkung der Außenbeleuchtung sowie verpflichtende Heizungsoptimierungen für große Wohngebäude, Firmen und öffentliche Gebäude mit Gasheizungen festschreiben.

Die Substitution russischer Energieträger war zum Jahresende 2022 nahezu abgeschlossen.

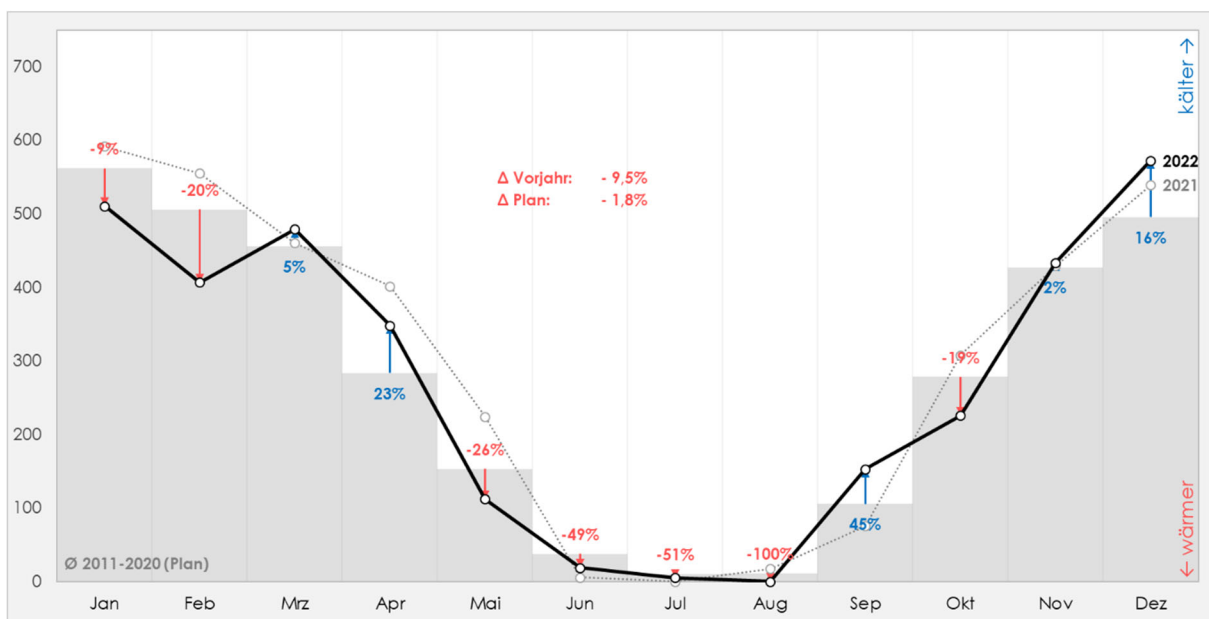
Die Bundesnetzagentur veröffentlicht täglich eine Einschätzung zur Gasversorgung. Mithilfe von fünf Indikatoren wird die aktuelle Gasversorgung in Deutschland bewertet. Die Indikatoren geben eine schnelle Einschätzung und Prognose zur aktuellen Lage und machen transparent, ob eine Gasmangellage akut droht. Die Bundesnetzagentur kommt derzeit zu der Einschätzung, dass die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Insgesamt wird die Lage weniger angespannt als zu Beginn des Winters 2022/2023 bewertet. Eine Verschlechterung der Situation kann aber weiterhin nicht ausgeschlossen werden. Die am 23. Juni 2022 ausgerufene Alarmstufe des Notfallplans Gas ist nach wie vor aktuell. Durch politische Eingriffe in den Energiemarkt, wie z.B. die Novellierung des Energiesicherungsgesetzes (EnSiG), ist gewährleistet, dass Versorger ihre Kostensteigerungen kurzfristig an die Endkunden weitergeben können.

Parallel zu den oben beschriebenen Maßnahmen hat die Bundesregierung erhebliche Anstrengungen zur Entlastung von Industrie und Verbrauchern aufgrund der Preisentwicklungen an den Energiemärkten unternommen. Seit Juli 2022 entfällt die EEG-Umlage vollständig. Im Verlauf des Jahres 2022 wurden weiterhin drei Entlastungspakete mit einem Volumen von insgesamt 95 Mrd. Euro sowie ein Sondervermögen in Höhe von 200 Mrd. Euro für einen Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskriegs beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde im November 2022 eine Soforthilfe für Gas- und Wärmekunden verabschiedet. Diese Maßnahme regelt für den Monat Dezember 2022 die unmittelbare Entlastung in den Energiekosten der Endkunden. Ferner wurde eine Strom- und Gaspreisbremse etabliert. Für private Endkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen wird mit Wirkung zum 1. Januar 2023 der Preis für 80 Prozent ihres Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent/kWh (Gas), 9,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 40 Cent/kWh (Strom) brutto begrenzt. Für Industriekunden greift eine Begrenzung bei einem Preis von 7 Cent/kWh (Gas), 7,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 13 Cent/kWh (Strom) netto für 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Die finanziellen Entlastungen, welche von den Energieversorgungsunternehmen an die Endkunden gewährt werden, können sich die Energieversorgungsunternehmen durch die Beantragung entsprechender Ausgleichszahlungen aus dem Bundeshaushalt kompensieren lassen.

Bereits im Juli 2022 wurden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) die Eckpunkte für ein gemeinsames Konzept zur Umsetzung der geplanten Anforderung „65 % erneuerbare Energien beim Einbau von neuen Heizungen ab 2024“ vorgelegt. Das Eckpunktepapier sieht vor, dass ab dem 1. Januar 2024 bei der Modernisierung von Heizanlagen ein regenerativer Wärmeanteil von mindestens 65 Prozent sichergestellt wird. Es wird damit gerechnet, dass die geplanten Anforderungen in Laufe des Jahres 2023 im Gebäudeenergiegesetz verankert werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbrauchsverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2022 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.266 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-1,8 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 9,5 Prozent niedrigere Gradtagszahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkte sich die derzeit angespannte Situation an den Energiemärkten auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie den Kosten für Emissionszertifikate. Die in Gliederungspunkt 3.2 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, auch bedingt durch Unsicherheiten infolge der Ukraine-Krise. Verbunden mit gegebenen Marktchancen für flexible Produktionskapazitäten erhöhte sich das Potential für die kurzfristige Kraftwerkseinsatzoptimierung. Diese konnten insbesondere durch den Betrieb des Blocks C des Heizkraftwerkes Dieselstraße zusammen mit der Nutzung des Energie- und Zukunftsspeichers genutzt werden.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Um die CO₂-Neutralität zu fördern, plant die EVH die langfristige Umstellung des Wärmebereichs auf regenerative Energien. Derzeit werden in Halle etwa 60 Prozent des Wärmebedarfs über Fernwärme gedeckt. Die Energieparks an den Standorten Dieselstraße und Trotha sind energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke (KWK). Durch Modernisierungen dieser Anlagen konnte die CO₂-Emission seit 1990 bereits um etwa 70 Prozent reduziert sowie der Brennstoffnutzungsgrad auf 97 Prozent ausgeweitet werden.

Die Fernwärme und das Fernwärmenetz stellen wichtige Bestandteile zur Umsetzung der Wärmewende dar. Da die Fernwärme durch den Betrieb der KWK-Anlagen entsteht, ist diese umweltfreundlich und verdrängt die dezentrale, gasbasierte Wärmeerzeugung.

Im Energiepark Dieselstraße wird derzeit ein Elektrodenheizkessel unter dem Projektnamen „Power-to-Heat“ errichtet. Überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien kann durch den Heizkessel in Wärme umgewandelt werden und anschließend in das Fernwärmenetz eingespeist werden.

Die Realisierung eines energieautarken Klärwerks wurde bereits teilweise im Stadtwerkeverbund umgesetzt. Die Großkläranlage entlässt nach Reinigung das Abwasser in die Vorflut der Saale. Die entstandene überschüssige Wärme des entlassenen Wassers soll durch den Einsatz einer Wärmepumpe zukünftig als regenerative Quelle für Fernwärme genutzt werden.

Darüber hinaus plant die EVH im Rahmen des Projekts „Saale-to-Heat“ eine Erweiterung der KWK-Anlage in Trotha um eine Großwärmepumpe. Somit soll zusätzlich die im Flusswasser gespeicherte Wärmeenergie in das Fernwärmenetz eingespeist werden.

In den folgenden Jahren soll die Fernwärmetechnologie sowie das Fernwärmenetz weiter ausgebaut und optimiert werden. Dafür wird in den nächsten Jahren der Einsatz verschiedenster Technologieoptionen, wie industrielle Abwärme, Geothermie und der Einsatz von Wasserstoff, überprüft.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2022 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 617 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 45 Auszubildende. 337 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr (317 Beschäftigte) um zwanzig Beschäftigte gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 19 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig rekrutiert und eingearbeitet. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an verschiedenen Job-Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Trainees zu gewinnen.

Des Weiteren unterstützt die EVH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. So steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die SWH-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2022 ca. 25 % erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 % (0 Frauen/1 Stelle). Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2022 bei 14 % (1 Frau/7 Stellen). Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2022 bei 32 % (6 Frauen/19 Stellen).

Der Aufsichtsrat der EVH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2022 bei 47 % (7 Frauen/15 Sitze). Entsprechend des Aufsichtsratsbeschlusses vom 29. November 2022, wird der Gesellschafterversammlung empfohlen, bis zum 31. Dezember 2026 einen Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVH von 7 Personen zu halten.

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. So absolvierten Mitarbeitende als auch Führungskräfte in der eLernwerkstatt, unserer Lernmanagementplattform, Pflichtthemen aus den Bereichen Compliance, Arbeits- und Gesundheitsschutz. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden. Nach zweijähriger Pause konnte daher auch wieder unsere Führungskräfteveranstaltung durchgeführt werden. In diesem Jahr ging es insbesondere um das strategische Unternehmensziel Klimaneutralität sowie die neue Kampagne zur Informationssicherheit.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifvertrag über die Tabellenvergütung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt des AVEU, welcher im Jahr 2021 neu verhandelt wurde. Im Ergebnis ergab sich eine Tarifsteigerung um 2,3 % ab 1. Juni 2021 sowie eine weitere Erhöhung um 1,5 % ab 1. November 2022. Für die Auszubildenden ergab sich eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um Festbeträge je Ausbildungsjahr.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Gesamtbeurteilung

Im Geschäftsjahr 2022 lag aufgrund der Ukraine-Krise ein schwieriges wirtschaftliches und politisches Umfeld vor. Das Ergebnis der EVH übertraf im Betrachtungszeitraum dennoch den Planwert.

4.2. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EVH einen Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) in Höhe von 32,5 Mio. € und lag damit 2,8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2022	2021	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	710,6	592,4	118,2	20,0
Übrige Erträge	-3,0	3,2	-6,2	<-100
Materialaufwand	588,4	484,3	104,1	21,5
Deckungsbeitrag	119,2	111,3	7,9	7,1
Personalaufwand	28,5	23,2	5,3	22,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	24,2	18,5	5,7	30,9
Beteiligungsergebnis	0,7	0,7	0,0	5,0
EBITDA	67,2	70,3	-3,1	-4,4
Abschreibungen	28,7	29,1	-0,4	-1,2
EBIT	38,5	41,2	-2,7	-6,6
Finanzergebnis	-5,1	-5,1	-0,0	0,3
Steuern	0,9	0,9	0,0	2,8
Jahresergebnis	32,5	35,2	-2,7	-7,9

Die Umsatzerlöse fielen mit 710,6 Mio. € im Vorjahresvergleich um 118,2 Mio. € (+20,0 %) höher aus. Witterungsbedingt lagen die Absatzmengen in den Kundensegmenten Gas und Wärme unter dem Vorjahresniveau. Im Stromsegment konnte hingegen eine leichte Steigerung der Absatzmengen an Endkunden erzielt werden. Die Handelsmengen der Portfoliobewirtschaftung (Strom und Gas) entwickelten sich im Jahresvergleich rückläufig. Die in Gliederungspunkt 3.2 beschriebene Preissituation für Strom und Gas überkompensierte die Mengenentwicklungen, so dass insgesamt eine Umsatzausweitung erzielt wurde.

Die übrigen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 Mio. € (<-100 %) auf -3,0 Mio. €. Dies ist zum einen auf Bestandsminderungen für unfertige Leistungen zurückzuführen, welche aus der Veräußerung von Photovoltaikanlagen an die Projektgesellschaften der EGE-P resultieren. Die dazugehörigen Erträge sind in der Position sonstige Umsatzerlöse enthalten. Zum anderen war die Position im Vorjahr von Schadensersatzleistungen positiv beeinflusst.

Trotz gesunkener Bezugsmengen sind die Beschaffungskosten für Strom und Gas preisbedingt gestiegen. Der Wärmebezug lag im Zusammenhang mit der geringeren Eigenerzeugung über dem Vorjahresniveau, was höhere Beschaffungskosten zur Folge hatte. Die Aufwendungen für Emissionszertifikate haben sich insbesondere preisbedingt erhöht. Gegenläufig haben sich die Aufwendungen für Weitergabe von Umlagen und bezogenen Fremdleistungen vermindert. Insgesamt führten diese Effekte zu einem Aufwuchs beim Materialaufwand um 104,1 Mio. €.

Der Deckungsbeitrag lag im Ergebnis um 7,9 Mio. € (+7,1 %) über dem Vorjahreswert.

Der im Vorjahresvergleich um 5,3 Mio. € (+22,8 %) höhere Personalaufwand ist, neben der tariflichen Erhöhung zum 1. November 2022, hauptsächlich auf Maßnahmen im Rahmen der Altersteilzeit zurückzuführen. Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 5,7 Mio. € resultiert aus höheren periodenfremden Aufwendungen, Aufwendungen für IT-Dienstleistungen, Versicherungen sowie Rechts- und Beratungskosten. Das EBITDA sank um 3,1 Mio. € auf 67,2 Mio. €.

Die Abschreibungen, das Finanzergebnis und die Steuern lagen etwa auf dem Vorjahresniveau, sodass sich zum 31. Dezember 2022 ein Jahresergebnis in Höhe von 32,5 Mio. € ergibt.

4.3. Finanzlage

4.3.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2022 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 161,2 Mio. €, was einer Steigerung von 6,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten über Vorjahresniveau von 30,4 %, welche ungefähr auf Vorjahresniveau verblieb.

Entwicklung des Eigenkapitals	2022	2021	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	23,2	23,0	0,2	0,8
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	30,4	30,3	0,1	0,2

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2022	2021	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	187,3	181,4	5,9	3,3
Liquide Mittel	38,9	26,1	12,8	49,3
Nettoschulden	148,4	155,3	-6,9	-4,4
EBITDA	67,2	70,3	-3,1	-4,4
Nettoschulden/EBITDA	2,2	2,2	0	0

Die Nettoverschuldung reduzierte sich um 6,9 Mio. € auf 148,4 Mio. €. In Kombination mit der leicht gesunkenen Kennzahl EBITDA lag der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) nahezu unverändert auf einen Wert von 2,2. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.3.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2022 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen in Höhe von 23,7 Mio. € (Vorjahr: 36,7 Mio. €), die im Wesentlichen den Ausbau und die Erneuerung der Netzinfrastruktur betrafen.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren der Ersatz, die Netzverdichtung sowie die Optimierung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt. Weiterhin investierte die Gesellschaft in die Anschaffung neuer Hard- und Software, um die Digitalisierung im Unternehmen weiter voranzutreiben.

4.3.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2022 war bei der EVH ein Finanzmittelzufluss in Höhe von 12,9 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 2,6 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2022	2021
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	57,4	79,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-20,1	-31,7
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-24,4	-45,1
Zahlungswirksame Veränderungen	12,9	2,6
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	26,0	23,4
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	38,9	26,0

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 24,6 Mio. € war im Wesentlichen auf stichtagsbedingte bilanzielle Effekte (v.a. Verbindlichkeiten) zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -20,1 Mio. € beinhaltet neben den Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 23,7 Mio. € im Geschäftsjahr insbesondere Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagevermögen (v. a. PV-Anlagen an die EGE) in Höhe von 1,8 Mio. € und Kapitalrückflüsse für Finanzanlagevermögen in Höhe von 1,1 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderen Darlehensaufnahmen in Höhe von 32,8 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 26,8 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 35,2 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 38,9 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.4. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EVH 530,4 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 19,6 Mio. €.

Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen um 7,6 Mio. € auf 354,4 Mio. €, was überwiegend auf die Abschreibungen für Technische Anlagen und Maschinen zurückzuführen ist. Das Umlaufvermögen in Höhe von 170,0 Mio. € lag 27,6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Hier war der Posten Vorräte durch höhere Bestände an entgeltlichen Emissionsrechten geprägt. Zudem wirkten die höheren Finanzmittelbestände.

Auf der Passivseite wurde die Reduktion der Bankdarlehen und Sonstigen Verbindlichkeiten durch einen Anstieg der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen überkompensiert. Darüber hinaus stieg das Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung durch die Gesellschafterin in Höhe von 5,4 Mio. € auf 122,8 Mio. €.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der EVH insgesamt 29 Risiken ermittelt (Vorjahr 29). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	5	0	0
Marktrisiken	16	0	1
Rechtliche Risiken	3	0	0
Technische Risiken	4	0	1
Gesamt	29	0	2

Im Ergebnis der Risikoinventur wurden insbesondere folgende Risiken für das Jahr 2023 mit einer potentiell hohen Bruttoschadenshöhe identifiziert:

Verbunden mit den beschriebenen Preisentwicklungen an den Energiemärkten ergeben sich für die EVH Chancen und Risiken. Die konventionellen und regenerativen Erzeugungskapazitäten profitieren von steigenden Energiepreisen und können zusätzliche Wertbeiträge generieren. Hingegen kann die Nichterfüllung von Lieferverpflichtungen durch Strom- und Gaslieferanten auch zukünftig dazu führen, dass die EVH für die betroffenen halleschen Kunden als Ersatz- bzw. Grundversorger einspringen muss. Das Erfordernis weiterer Preisanpassungen ist somit nicht auszuschließen. Bei der Eindeckung von vertrieblischen Kundenlastgängen im Großkundensegment besteht das Risiko von Mehrkosten, welches im Jahresabschluss durch die Bildung von Drohverlustrückstellungen berücksichtigt wurde. Für vorhandene Sicherungsgeschäfte erhöht sich bei steigenden Preisen das finanzielle Risiko einer Ersatzbeschaffung bei Ausfall eines Handelspartners. Die hiermit verbundenen Prozesse (Limitvergabe, Bonitätsbewertung, Reporting) unterliegen einem permanenten Monitoring durch die Fachbereiche und die Geschäftsführung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos wird als gering eingeschätzt.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine weitere Diversifikation notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die nur langfristig bewältigt werden kann.

Nach der in Gliederungspunkt 3.3 dargelegten Einschätzung der Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Nichtsdestotrotz hat sich die EVH mit einem Gasmangel-Szenario auseinandergesetzt, aus welchem sich folgende Risiken ergeben würden:

Fehlende Liefermengen müssten wahrscheinlich zu deutlich höheren Preisen beschafft werden oder es fallen deutlich höhere Kosten für Ausgleichsenergie an. Die anschließend notwendige Weitergabe der Kostensteigerungen an die Gas- und Fernwärmekunden wäre jedoch durch die beschriebenen gesetzlichen Eingriffe (Novellierung EnSiG) sichergestellt. Jedoch würden Forderungsausfälle und ein Anstieg von Kundeninsolvenzen drohen, sodass regulierende staatliche Eingriffe erforderlich wären.

Der Kraftwerkspark der EVH könnte aufgrund fehlender Brennstoffmengen seine eingegangenen Stromlieferverpflichtungen nicht mehr vollständig erfüllen. In Abhängigkeit des Grundes für den Ausfall der Brennstoffmengen entfallen diese Lieferverpflichtungen ebenfalls. Im Einzelfall besteht jedoch das Risiko, dass nicht produzierte Strommengen zu höheren Preisen alternativ beschafft werden müssen.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle würde der Notfallplan Gas zur Anwendung kommen. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Danach wird der Versorgung sogenannter schützenswerter Kunden eine hohe Priorität eingeräumt. Unter den Schutzbereich fällt neben der reinen Gasversorgung für Heizzwecke von Haushaltskunden auch die Wärmeversorgung von Haushaltskunden und die dafür benötigten Gasmengen. Da die Erzeugungsanlagen der EVH diesem Zweck dienen, ist die Gasversorgung auch in einer Mangellage privilegiert zu gewährleisten.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen. Im Berichtszeitraum bestehen weder Einzelrisiken noch aggregierte Positionen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2023 aktuell nicht erkennbar.

Die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Aufstellung der EVH.

6.1. Prognosebericht

6.1. Konjunktureller Ausblick und Rahmenbedingungen

Die in Folge der Russland-Ukraine-Krise stark angestiegenen Preise an den internationalen Energiemärkten haben sich im letzten Quartal 2022 rückläufig entwickelt. Dennoch ist die deutsche Wirtschaft weiterhin von hohen Energiepreisen belastet. Für das Jahr 2023 prognostizieren renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute eine Inflation von etwa 6,6 Prozent, welche sich bis 2024 auf 3,0 Prozent reduziert.

Konjunkturprognosen gehen aufgrund der gesunkenen Großhandelspreise für Energie und der Entwicklung der Inflation von einem moderaten Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Demnach wird für das Jahr 2023 bzw. 2024 ein Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung von 0,2 Prozent bzw. 1,3 Prozent prognostiziert.

Das in Gliederungspunkt 5.2 beschriebene Szenario des Eintritts einer Gasmangellage hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft. Aufgrund der derzeitig volatilen Marktpreissituation sind zukünftige neue Höchstpreise nicht ausschließbar. Zudem könnte das diskutierte Verstromungsverbot für gasbasierte KWK-Anlagen für die EVH relevant werden.

Aufgrund der Preisbremsen für Gas und Strom ergeben sich für das Unternehmen Herausforderungen hinsichtlich der Prozess- und Systemlandschaft.

Um die Reduzierung von fossilen Energieimporten und zeitgleich die Transformation zur Klimaneutralität voranzutreiben, sind umfassende politische Maßnahmenpakete sowie das Klimaschutzsofortprogramm geplant. Bis Ende des Jahres 2023 soll ein verpflichtendes Strommarktdesign vorangetrieben werden, was dem klimaneutralen Zielsystem unterliegt. Zudem soll eine Aktualisierung der nationalen Wasserstoffstrategie erfolgen sowie eine Systementwicklungsstrategie für eine energieträgerübergreifende Planung der künftigen Energieinfrastruktur entwickelt werden.

Die Geschäftsführung geht auch mit den veränderten Rahmenbedingungen sowie den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen aktuell keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

6.2. Umsatzentwicklung

Die EVH erwartet durch die Weitergabe gestiegener Beschaffungskosten an die Endverbraucher im Strom- und Erdgassegment eine signifikante Ausweitung der Umsatzerlöse gegenüber dem Jahr 2022. Die Absatzmengen werden vertriebsseitig als konstant angenommen. Ein Großteil der Wärmeversorgungsverträge basiert auf Festpreisvereinbarungen mit 1-jähriger Laufzeit. Für das Jahr 2023 wird bei Unterstellung eines normalen Temperaturverlaufes auch in diesem Segment mit einem leichten Anstieg der Umsatzerlöse gerechnet.

6.3. Investitionen

Der Investitionsschwerpunkt des Jahres 2023 liegt im Bereich der Versorgungsnetze. Es handelt sich vor allem um Neubau- und Ersatzmaßnahmen, um Projekte der Netzerweiterung und -verdichtung sowie Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms.

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten erfolgt gemeinsam mit einem Co-Investor und unter Einbindung einer Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung innerhalb des Firmenverbundes der EGE.

6.4. Finanzierung

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt grundsätzlich im Wege einer Konzernfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend ihrer Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

Weiterhin werden aufgrund der steigenden Investitionstätigkeit in der EVH zur Sicherstellung der erforderlichen Eigenkapitalstruktur – in Abstimmung mit der Gesellschafterin SWH – Zuführungen zu den Kapitalrücklagen erfolgen.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2023 gemäß der aktuellen Finanzplanung gegeben sein.

6.5. Ergebniserwartung

Die Erfolgsrechnung der EVH weist für den Wirtschaftsplan 2023 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung an SWH in Höhe von 30,6 Mio. € aus. Die aus der Ukraine-Krise heraus resultierenden Risiken wurden im Jahresabschluss 2022 berücksichtigt. Deshalb wird aus heutiger Sicht ein Ergebnis auf Planniveau prognostiziert.

In den Folgejahren wird von einem leichten Rückgang des Unternehmensergebnisses ausgegangen.

Dieser Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung der EVH. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung der EVH davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von internen und externen Einflussfaktoren hiervon abweichen.

EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle	
Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Haftkapital in T€:	500	
Gesellschafter:		T€ %
	EVH GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 500 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-B Verwaltung GmbH *(vertreten durch Horn, Torsten)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-B Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00

mittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	12.638	84	12.138	85	6.538	85	500	4
Umlaufvermögen	2.332	16	2.200	15	1.137	15	132	6
Bilanzsumme	14.970	100	14.338	100	7.675	100	632	4
Passiva								
Eigenkapital	9.696	65	9.500	66	5.500	72	196	2
Rückstellungen	77	0	56	1	27	0	21	37
Verbindlichkeiten	5.197	35	4.782	33	2.148	28	415	9
Bilanzsumme	14.970	100	14.338	100	7.675	100	632	4

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2	1	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	47	46	44
Erträge aus Beteiligungen	363	274	373
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	122	69	15
Ergebnis nach Steuern	196	160	314
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	196	160	314
Gutschrift auf Rücklagenkonto	-196	0	0
Gutschrift auf Verrechnungskonto	0	-160	-314
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,02	1,69	5,71	%
Cash-Flow:	196	160	314	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	64,77	66,26	71,66	%
Fremdkapitalquote:	35,23	33,74	28,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-B ist ihre Komplementärin, die EGE-B Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH GmbH (EVH).

Die EGE-B hält jeweils 50 % der Kapitalanteile an der EGE-P sowie der EGE-P Verwaltung GmbH.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Noch immer sind viele französische Atomkraftwerke nicht am Netz. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2022 hat die EGE-B Eigenkapital in Höhe von 500 T€ in die EGE-P zum Zweck des Ausbaus des Projektportfolios, insbesondere in der SP XVIII GmbH & Co. KG, eingelegt.

Die Finanzierung über Nachrangdarlehen im Rahmen einer Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung wurde ausgeweitet: Mit einer zweiten Tranche, welche am 1. August 2021 ihren Zeichnungsstart hatte, wurde bis in die erste Hälfte des Jahres 2022 ein Gesamtbetrag von 2.936 T€ eingeworben.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden durch die Projektbündelgesellschaften der EGE-P sieben Photovoltaikanlagen von der EVH erworben. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 sind insgesamt 30 Projekte mit einer Gesamtleistung von 104,5 MW am Netz.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Weiterhin wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltete unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-B sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften, insbesondere der EGE-P. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-B einen Jahresüberschuss in Höhe von 196 T€, was einem Anstieg von 36 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erhöhung ist insbesondere auf höhere Beteiligungserträge von der EGE-P (363 T€; Vorjahr: 274 T€) zurückzuführen.

Aufgrund ihrer Funktion als Holding erzielte die EGE-B keine Umsatzerlöse. Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 2 T€ resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Prüfungskosten sowie Versicherungen, in Höhe von insgesamt 47 T€ an (Vorjahr: 46 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen, insbesondere für die Darlehen aus der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung, erhöhten sich aufgrund der gestiegenen Darlehenssumme um 54 T€ auf 122 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-B belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 1.969 T€ (Vorjahr: 1.927 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -37 T€ (Vorjahr: -45 T€) ergab sich insbesondere aus den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -226 T€ (Vorjahr: -5.227 T€) sind unter anderem die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von -500 T€ (Vorjahr: -5.600 T€) enthalten. Des Weiteren beinhaltet die Position den ausgeschütteten Jahresüberschuss 2021 der EGE-P in Höhe von 274 T€ (Vorjahr: 373 T€).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 306 T€ (Vorjahr: 6.434 T€) beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen (Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung) in Höhe von 575 T€ (Vorjahr: 2.788 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EGE-B 14.970 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 632 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Finanzanlagevermögen um 500 T€ auf 12.638 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 1.969 T€ (Vorjahr: 1.927 T€) und Forderungen in Höhe von 363 T€ (Vorjahr: 274 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 9.696 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 9.500 T€). Der Anstieg in Höhe von 196 T€ betrifft die Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen. Die Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 415 T€ auf 5.197 T€. Der Anstieg war geprägt durch die Darlehensaufnahmen im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung in Höhe von 575 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-B schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Beteiligungserträge der EGE-P.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Da die Gesellschaft nicht an den Cash Pool der Konzernmutter angeschlossen ist, besteht ein erhöhtes Liquiditätsrisiko. Insbesondere die Kapitalabrufe der Finanzbeteiligungen sowie der Kapitaldienst im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung erfordern eine vorausschauende Liquiditätsplanung. Die Aussteuerung der Kapitalströme gehört somit zu den wesentlichen Steuerungsinstrumenten und Erfolgsfaktoren der Gesellschaft.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-B ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 245 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hätte zwar signifikante Auswirkungen auf die Projektbündelgesellschaften und damit indirekt auf die Beteiligungserträge der EGE-B. Jedoch beinhaltet deren Ergebniserwartung keine höheren Beteiligungserträge, die in Verbindung zu den derzeit erzielbaren Marktwerten Solar stehen. Negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf sind daher auch für 2023 nicht zu erwarten.

EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	17.007	89	17.881	94	18.754	83	-874	-5
Umlaufvermögen	2.038	11	1.156	6	3.880	17	882	76
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0	0	0	-1	-100

Bilanzsumme	19.045	100	19.038	100	22.634	100	7	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.410	18	3.410	18	3.410	15	0	0
Rückstellungen	25	0	122	1	158	1	-97	-80
Verbindlichkeiten	15.307	80	15.451	81	19.066	84	-144	-1
Passive latente Steuern	303	2	55	0	0	0	248	451

Bilanzsumme	19.045	100	19.038	100	22.634	100	7	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.701	1.694	54
sonstige betriebliche Erträge	13	69	1.358
Materialaufwand	119	103	37
Abschreibungen	873	873	115
sonstige betriebliche Aufwendungen	106	115	18
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	175	257	133
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	310	56	141
Ergebnis nach Steuern	2.131	359	968
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.130	359	968
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-2.130	-359	-968
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	57,55	21,22	1.780,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	62,45	10,54	28,40	%
Cash-Flow:	3.003	1.233	1.083	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,30	93,92	82,86	%
Eigenkapitalquote:	17,91	17,91	15,07	%
Fremdkapitalquote:	82,09	82,09	84,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	28,5	19,6	18,9	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG (EGE-P1) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P1 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärfen die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde für zwei der acht Anlagen der EGE-P1 mit der EVH eine Vereinbarung über eine Festpreisvergütung im Zuge der Stromdirektvermarktung abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 Prozent zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Des Weiteren wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltete unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P1 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 28,5 MW.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 21.5 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 109,4 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 96,8 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-P1 einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.130 T€ (Vorjahr: 359 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2.007 T€ auf 3.701 T€. Insbesondere die hohen Marktwerte für den aus Photovoltaikanlagen erzeugten Strom sowie die in Gliederungspunkt 3.1 beschriebene Festpreisvergütung trugen zur Umsatzsteigerung bei. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 69 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2022 um 17 T€ auf 119 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 873 T€ an (Vorjahr: 873 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen insgesamt 106 T€ (Vorjahr: 115 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen reduzierten sich durch den Wegfall von zu leistenden Bereitstellungszinsen aus nicht abgerufenen Kreditmitteln um 82 T€ auf 175 T€. Die Ertragsteuern haben sich ergebnisbedingt sowie aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um TEUR 254 auf TEUR 309 erhöht.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P1 belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 1.779 T€ (Vorjahr: 821 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.380 T€ (Vorjahr: 2.395 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -2.423 T€ (Vorjahr: 10.316 T€) und beinhaltet unter anderem Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 1.328 T€ (Vorjahr: 0 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 921 T€ (Vorjahr: 355 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 174 T€ (Vorjahr: 255 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EGE-P1 19.045 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 7 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 873 T€ auf 17.007 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 1.779 T€ (Vorjahr: 821 T€) und Forderungen in Höhe von 259 T€ (Vorjahr: 335 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierten sich die Bankverbindlichkeiten durch planmäßige Tilgung um 921 T€ auf 13.169 T€ und bildeten die größte Position. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 15.307 T€ (Vorjahr: 15.451 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 303 T€ (Vorjahr: 56 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P1 schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den gestiegenen Marktwert Solar und die mit der EVH abgeschlossene Festpreisvergütung zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P1 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P1 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P1 ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 914 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die EGE-P1. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der EGE-P1 berücksichtigt.

EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.801	75	21.568	65	11.526	93	233	1
Umlaufvermögen	7.095	25	11.775	35	862	7	-4.680	-40
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	5	0	0	0	4	80

Bilanzsumme	28.905	100	33.348	100	12.388	100	-4.443	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.610	16	4.610	14	4.610	37	0	0
Rückstellungen	42	0	50	0	64	1	-8	-16
Verbindlichkeiten	23.757	82	28.542	86	7.714	62	-4.785	-17
Passive latente Steuern	496	2	146	0	0	0	350	240

Bilanzsumme	28.905	100	33.348	100	12.388	100	-4.443	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.364	1.241	38
sonstige betriebliche Erträge	211	776	449
Materialaufwand	190	105	13
Abschreibungen	953	549	66
sonstige betriebliche Aufwendungen	138	92	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	186	186	57
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	415	146	47
Ergebnis nach Steuern	2.693	939	285
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.692	939	285
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-2.692	-939	-285
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	61,69	75,68	758,58	%
Eigenkapitalrentabilität:	58,40	20,38	6,18	%
Cash-Flow:	3.645	1.489	351	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	75,42	64,67	93,04	%
Eigenkapitalquote:	15,95	13,82	37,21	%
Fremdkapitalquote:	84,05	86,18	62,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	30,0	28,5	14,7	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG (EGE-P2) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P2 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Laufe des Geschäftsjahres 2022 erfolgte der Erwerb zweier weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 1.186 T€, sodass zum 31. Dezember 2022 13 Photovoltaikanlagen in der EGE-P2 betrieben werden.

Die EGE-P2 hat damit im Geschäftsjahr 2022 alle geplanten Anlagen von der EVH gekauft. Damit ist auch die Finanzierung aller Anlagen abgeschlossen.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde für vier Anlagen der EGE-P2 mit der EVH eine Vereinbarung über eine Festpreisvergütung im Zuge der Stromdirektvermarktung abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Des Weiteren wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltet unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P2 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 30 MW.

Im Kalenderjahr 2022 wurden insgesamt 32,9 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 109,9 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,7 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-P2 einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.692 T€, was einem Anstieg von 1.753 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3.123 T€ auf 4.364 T€, was unterschiedliche Ursachen hatte. Insbesondere die hohen Marktwerte für den aus Photovoltaikanlagen erzeugten Strom sowie die in Gliederungspunkt 3.1 beschriebene Festpreisvergütung trugen zur Umsatzsteigerung bei. Darüber hinaus wurden zusätzliche Umsatzerlöse aus den neuen Erzeugungsanlagen generiert. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 210 T€ (Vorjahr: 776 T€) im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2022 um 85 T€ auf 190 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 953 T€ an (Vorjahr: 549 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen insgesamt 138 T€ (Vorjahr: 92 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen betragen unverändert zum Vorjahr 186 T€.

Der Steueraufwand erhöhte sich im Geschäftsjahr ergebnisbedingt sowie aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 269 T€ auf 415 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P2 belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 6.093 T€ (Vorjahr: 9.288 T€). Darin enthalten ist ein Teilbetrag in Höhe von 3.989 T€ aus der Aufnahme eines Darlehens, über den die Gesellschaft nur in Absprache mit der Bank frei verfügen kann.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 4.929 T€ (Vorjahr: 1.086 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Der zahlungswirksame Teil der Investitionen in Photovoltaikanlagen in Höhe von 6.714 T€ (Vorjahr: 6.892 T€) spiegelt sich im negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -1.410 T€ (Vorjahr: 15.078 T€) und beinhaltet unter anderem die Ergebnisabführung in Höhe von 1.224 T€ (Vorjahr: 0 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 186 T€ (Vorjahr: 186 T€). Im Vorjahr waren im Wesentlichen Darlehensaufnahmen in Höhe von 15.264 T€ enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EGE-P2 28.905 T€ und reduzierte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 4.443 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der Vergrößerung des Anlagenportfolios leicht um 233 T€ auf 21.801 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 6.093 T€ (Vorjahr: 9.288 T€) und Forderungen in Höhe von 1.002 T€ (Vorjahr: 2.487 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bestehen als größte Position unverändert zum Vorjahr Bankverbindlichkeiten in Höhe von 15.745 T€, da der Tilgungsbeginn noch nicht erfolgt ist. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen reduzierten sich um 6.278 T€ auf 5.295 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 23.757 T€ (Vorjahr: 28.542 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 1.493 T€ auf 2.718 T€ durch den noch nicht an die Kommanditistin ausgeschütteten Jahresüberschuss. Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 495 T€ (Vorjahr: 146 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P2 schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den gestiegenen Marktwert Solar und die mit der EVH abgeschlossenen Festpreisvergütung zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P2 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P2 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P2 ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1.396 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die EGE-P2. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der EGE-P2 berücksichtigt.

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	14.470	56	5.872	40	2.112	36	8.598	146
Umlaufvermögen	11.516	44	8.645	60	3.832	64	2.871	33
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	1	0	0	0	4	400

Bilanzsumme	25.991	100	14.518	100	5.944	100	11.473	79
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.510	14	3.510	24	3.479	59	0	0
Rückstellungen	19	0	14	0	7	0	5	36
Verbindlichkeiten	22.291	86	10.975	76	2.458	41	11.316	103
Passive latente Steuern	171	0	19	0	0	0	152	800

Bilanzsumme	25.991	100	14.518	100	5.944	100	11.473	79
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.829	386	3
sonstige betriebliche Erträge	261	137	24
Materialaufwand	115	42	1
Abschreibungen	523	166	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	50	30	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	142	99	38
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	152	19	0
Ergebnis nach Steuern	1.108	167	-31
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.108	167	-31
Belastung des Verlustvortragskontos	0	0	31
Gutschrift auf Verlustvortragskonto	0	-31	0
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-1.108	-136	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	60,56	43,28	-978,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	31,55	4,76	-0,90	%
Cash-Flow:	1.631	333	-24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,67	40,45	35,53	%
Eigenkapitalquote:	13,50	24,18	58,52	%
Fremdkapitalquote:	86,50	75,82	41,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	19,6	7,0	2,5	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG (EGE-P3) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P3 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Laufe des Geschäftsjahres 2022 erfolgte der Erwerb von fünf weiteren Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH (EVH) mit einem Investitionsvolumen von 9.122 T€, sodass zum 31. Dezember 2022 sieben Photovoltaikanlagen in der EGE-P3 betrieben werden. Zur Finanzierung dieser Anlagen wurden Kreditmittel in Höhe von insgesamt 10.826 T€ abgerufen.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde für fünf Anlagen der EGE-P3 mit der EVH eine Vereinbarung über eine Festpreisvergütung im Zuge der Stromdirektvermarktung abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Des Weiteren wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltet unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P3 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 19,6 MW.

Im Kalenderjahr 2022 wurden insgesamt 19,2 GWh Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 104,4 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,2 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-P3 einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.108 T€, was einem Anstieg von 941 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1.443 T€ auf 1.829 T€, was unterschiedliche Ursachen hatte. Insbesondere die hohen Marktwerte für den aus Photovoltaikanlagen erzeugten Strom sowie die in Gliederungspunkt 3.1 beschriebene Festpreisvergütung trugen zur Umsatzsteigerung bei. Darüber hinaus wurden zusätzliche Umsatzerlöse aus den neuen Erzeugungsanlagen generiert. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 262 T€ (Vorjahr: 137 T€) im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg um 73 T€ auf 115 T€. Abschreibungen fielen in Höhe von 524 T€ an (Vorjahr: 166 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Versicherungen insgesamt 51 T€ (Vorjahr: 31 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen fielen in Höhe von 142 T€ an (Vorjahr: 99 T€).

Der Steueraufwand erhöhte sich aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern im Geschäftsjahr um 133 T€ auf 152 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P3 belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 10.738 T€ (Vorjahr: 8.503 T€). Darin enthalten ist ein Teilbetrag in Höhe von 9.449 T€ aus der Aufnahme eines Darlehens, über den die Gesellschaft nur in Absprache mit der Bank frei verfügen kann.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.907 T€ (Vorjahr: 356 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlagen in Höhe von 532 T€ (Vorjahr: 6.045 T€) spiegeln sich im negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -142 T€ (Vorjahr: 10.728 T€) und beinhaltet ausschließlich Zinszahlungen in Höhe von 142 T€ (Vorjahr: 98 T€). Im Vorjahr waren im Wesentlichen Darlehensaufnahmen in Höhe von 10.826 T€ enthalten.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EGE-P3 25.991 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 11.473 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der Vergrößerung des Anlagenportfolios um 8.598 T€ auf 14.470 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 10.738 T€ (Vorjahr: 8.503 T€) und Forderungen in Höhe von 778 T€ (Vorjahr: 142 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 10.826 T€ unverändert zum Vorjahr die größte Position. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich aufgrund der noch ausstehenden Zahlungen der Kaufpreise für die übernommenen Photovoltaikanlagen auf 10.222 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 1.093 T€ auf 1.243 T€ durch den noch nicht an die Kommanditistin ausgeschütteten Jahresüberschuss. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 22.291 T€ (Vorjahr: 10.976 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 171 T€ (Vorjahr: 19 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P3 schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den gestiegenen Marktwert Solar und die mit der EVH abgeschlossene Festpreisvergütung zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P3 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P3 verringert.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P3 ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2023 beabsichtigt die EGE-P3 den Erwerb einer weiteren Photovoltaikanlage von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 825 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die EGE-P3. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der EGE-P3 berücksichtigt.

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25	50,00
	Ingenieurversorgung Baden Württemberg	25	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	100,00
SP X GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	24.769	68	22.302	78	11.530	78	2.467	11
Umlaufvermögen	11.711	32	6.442	22	3.232	22	5.269	82
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	36.481	100	28.745	100	14.763	100	7.736	27
Passiva								
Eigenkapital	33.695	92	25.268	88	13.050	88	8.427	33
Rückstellungen	18	0	10	0	19	0	8	80
Verbindlichkeiten	2.768	8	3.467	12	1.694	12	-699	-20
Bilanzsumme	36.481	100	28.745	100	14.763	100	7.736	27

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	102	54	7
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Materialaufwand	200	104	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	143	239	485
Erträge aus Beteiligungen	8.396	1.861	1.253
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	6	19
Ergebnis nach Steuern	8.154	1.567	747
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.154	1.567	747
Gutschrift auf Rücklagenkonto	-7.427	-1.018	0
Gutschrift auf Verrechnungskonten	-727	-549	-747
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7.981,44	2.914,39	11.163,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	24,20	6,20	5,72	%
Cash-Flow:	8.154	1.567	747	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,36	87,90	88,40	%
Fremdkapitalquote:	7,64	12,10	11,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils 50 % des Festkapitals die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Noch immer sind viele französische Atomkraftwerke nicht am Netz. Im Zuge dessen war auch an der Strombörse ein kontinuierlicher Anstieg der Strompreise im Jahresverlauf zu beobachten. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2022 hat die EGE-P durch Eigenkapitaleinlagen und Kaufpreiszahlungen im Saldo 2.467 T€ in die Projektgesellschaften investiert. Die Finanzierung erfolgte über Einlagen der Gesellschafter in Höhe von insgesamt 1.000 T€, jeweils entsprechend des Anteilsverhältnisses, sowie über die Innenfinanzierung.

Durch die Projektbündelgesellschaften der EGE-P wurden sieben Photovoltaikanlagen von der EVH GmbH erworben. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 sind insgesamt 30 Projekte mit einer Gesamtleistung von 104,5 MW am Netz.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Weiterhin wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltet unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-P sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften sowie die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die EGE-P einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.154 T€, was einem Anstieg von 6.587 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Beteiligungserträge von den Projektbündelgesellschaften (8.396 T€; Vorjahr: 1.861 T€) zurückzuführen.

Der Anstieg der Umsatzerlöse auf 102 T€ (Vorjahr: 54 T€) betrifft vor allem die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen und resultiert aus der gestiegenen Anlagenkapazität in den Projektbündelgesellschaften. Sonstige betriebliche Erträge betreffen die Auflösung von Rückstellungen.

Der um 97 T€ auf 200 T€ gestiegene Materialaufwand ist ebenfalls auf die höhere Anlagenkapazität zurückzuführen. Außerdem fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für kaufmännische Dienstleistungen, den Investitionsausschuss und die Jahresabschlussprüfung, in Höhe von insgesamt 143 T€ an. Die Reduktion um 96 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus reduzierten Rechts- und Beratungskosten.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 1.515 T€ (Vorjahr: 726 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -173 T€ (Vorjahr: 378 T€) ergab sich insbesondere aus Aufwendungen und Erträgen aus der Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen der Gesellschaft in Form von Kapitaleinlagen (im Saldo -2.467 T€) sowie Zahlungseingänge aus den Jahresergebnissen der Projektbündelgesellschaften (2.979 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 512 T€ (Vorjahr: -10.388 T€) wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 450 T€ (Vorjahr: 10.477 T€) beinhaltet im Wesentlichen die Kapitaleinlagen der Gesellschafter sowie den ausgeschütteten Jahresüberschuss des Vorjahres.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der EGE-P 36.481 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 7.735 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Finanzanlagevermögen aufgrund von weiteren Eigenkapitaleinlagen in die Projektbündelgesellschaften um 2.467 T€ auf 24.769 T€. Das Umlaufvermögen war vor allem durch höhere Forderungen geprägt und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 5.269 T€ auf 11.711 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 33.695 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 25.268 T€). Der Anstieg betrifft in Höhe von 1.000 T€ die Aufstockung des Kommanditkapitals der Gesellschafter. Des Weiteren erfolgte in Höhe von 7.427 T€ (Vorjahr: 1.018 T€) eine anteilige Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen der Gesellschaft. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 699 T€ auf 2.768 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren höhere Beteiligungserträge aus den Projektbündelgesellschaften.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die EGE-P ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 4.590 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die Projektbündelgesellschaften und damit auf die Beteiligungserträge der EGE-P. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der EGE-P berücksichtigt. Sie hat keine negativen Auswirkungen auf den weiteren Geschäftsverlauf.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Leipzig	31.249,39	24,45
Stadt Halle (Saale)	31.058,68	24,30
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	10.692,52	8,37
Stadt Bitterfeld-Wolfen	8.038,53	6,29
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	4.837,46	3,78
Stadt Aschersleben	3.103,16	2,43
Stadt Bernburg	2.657,44	2,08
Stadt Dessau-Roßlau	2.519,26	1,97
Stadt Merseburg	2.376,23	1,86
Stadt Hettstedt	2.313,47	1,81
Stadt Gräfenhainichen	1.943,80	1,52
Lutherstadt Eisleben	1.903,03	1,49
Stadt Sandersdorf-Brehna	1.566,60	1,23
Große Kreisstadt Torgau	1.510,23	1,18
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1.296,00	1,01
Gemeinde Teutschenthal	1.270,56	0,99
Stadt Seeland	1.197,06	0,94
Stadt Leuna	1.192,08	0,93
Stadt Schkeuditz	1.151,81	0,90
Gemeinde Petersberg	1.059,01	0,83
Gemeinde Muldestausee	997,79	0,78
Gemeinde Kabelsketal	956,50	0,75
Große Kreisstadt Eilenburg	810,65	0,63
Gemeinde Schkopau	809,50	0,63
Stadt Nienburg/Saale	790,07	0,62
Gemeinde Salzatal	787,39	0,62
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	728,59	0,57
Gemeinde Mockrehna	696,00	0,54
Stadt Bad Schmiedeberg	661,74	0,52
Große Kreisstadt Wurzen	578,53	0,45
Stadt Taucha	552,71	0,43
Stadt Gerbstedt	524,20	0,41

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Wettin-Löbejün	521,39	0,41
Stadt Markleeberg	464,13	0,36
Stadt Mansfeld	434,34	0,34
Stadt Landsberg	428,97	0,34
Gemeinde Laußig	407,63	0,32
Stadt Könnern	384,88	0,30
Gemeinde Klostermansfeld	324,29	0,25
Stadt Arnstein	272,90	0,21
Gemeinde Helbra	217,17	0,17
Stadt Dommitzsch	217,17	0,17
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	196,98	0,15
Stadt Kemberg	196,46	0,15
Gemeinde Trossin	194,93	0,15
Gemeinde Doberschütz	191,99	0,15
Stadt Raguhn-Jeßnitz	176,65	0,14
Stadt Südliches Anhalt	171,03	0,13
Stadt Falkenstein/Harz	156,71	0,12
Gemeinde Elsnig	155,94	0,12
Gemeinde Wimmelburg	144,31	0,11
Gemeinde Bornstedt	114,53	0,09
Gemeinde Dreiheide	114,53	0,09
Gemeinde Benndorf	101,24	0,08
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal (ZWAG)	89,99	0,07
Stadt Belgern-Schildau	65,06	0,05
Stadt Blankenburg	58,42	0,05
Gemeinde Hergisdorf	53,69	0,04
Stadt Zörbig	48,57	0,04
Goethestadt Bad Lauchstädt	40,26	0,03
Stadt Köthen (Anhalt)	28,63	0,02
Gemeinde Jesewitz	9,84	0,01
Gemeinde Lossatal	9,84	0,01
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,51	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie die Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wasserversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Brinschwitz, Dirk

Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	stellv. Vorsitzender	Hörning, Ulrich	
		Barth, Romina	
		Bergner, Rayk	
		Dr. Ruhland, Alexander	
		Fuchshuber, Bernhard	
		Gawantka, Mario	
		Geier, Egbert	
		Kunau, Jan	
		Kunert, Franz-Xaver	
		Rosenthal, Heiko	
		Schenk, Armin	
		Schilling, Enrico	
		Schlicke, Friedhelm	
	Schulze, Jörg	(bis 31.12.2022)	
	Schütze, Karsten		
	Störzner, Uwe		
	Walther, René		

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	25	31

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	166.149	93	160.924	94	157.420	94	5.225	3
Umlaufvermögen	10.924	6	9.769	6	9.586	6	1.155	12
Rechnungsabgrenzungsposten	1.298	1	160	0	128	0	1.138	711

Bilanzsumme

178.371	100	170.853	100	167.134	100	7.518	4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	131.786	74	130.377	76	127.791	76	1.409	1
Sonderposten für Investitionszulagen	49	0	52	0	55	0	-3	-6
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.065	1	1.065	1	0	0	0	0
Empfangene Ertragszuschüsse	823	0	280	0	292	0	543	194
Rückstellungen	7.352	4	7.125	4	8.477	5	227	3
Verbindlichkeiten	37.296	21	31.954	19	30.519	19	5.342	17

Bilanzsumme

178.371	100	170.853	100	167.134	100	7.518	4
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	47.393	48.802	47.731
andere aktivierte Eigenleistungen	3.264	2.663	2.647
sonstige betriebliche Erträge	848	1.191	865
Materialaufwand	18.671	19.884	18.018
Personalaufwand	15.073	14.249	14.522
Abschreibungen	9.642	9.788	9.452
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.115	5.415	5.477
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	1	17
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	441	439	475
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	98	100
Ergebnis nach Steuern	1.567	2.784	3.216
sonstige Steuern	158	198	219
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.409	2.586	2.997

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,97	5,30	6,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,08	2,02	2,40	%
Cash-Flow:	11.051	12.373	12.449	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	234	247	237	T€
Personalaufwandsquote:	29,26	27,06	28,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,03	94,06	94,11	%
Eigenkapitalquote:	73,88	76,31	76,46	%
Fremdkapitalquote:	26,12	23,69	23,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	196.250,00	201.250,00	201.250,00	m ³
Fernleitungsnetz	800,00	796,00	793,00	km
Trinkwasserverkauf	82,30	80,00	80,10	Mio. m ³

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Kernaufgabe des Unternehmens besteht in der Gewinnung und Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie dessen Verteilung an die an das Fernwassersystem angeschlossenen Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und große industrielle Direktabnehmer. Damit ist das Unternehmen ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge in den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Teilen Nordthüringens. Dokumentiert wird dies auch durch die kommunale Gesellschafterstruktur des Unternehmens.

Wie in den Vorjahren führten langanhaltende warme und trockene Witterungsphasen im Frühling und Sommer zu einem Gesamtabsatz und damit zu einer hohen Auslastung des Systems an den Spitzentagen. Im Geschäftsjahr 2022 wurden 82,3 Mio. m³ an die Kunden geliefert. Die Absätze liegen witterungsbedingt und durch eine befristete Sonderlieferung an einen großen kommunalen Kunden deutlich über dem Vorjahresabsatz von 80,0 Mio. m³.

Die Versorgung unserer Kunden mit qualitätsgerechtem Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

Neben dem Trinkwasserabsatz wurde durch das Unternehmen 9,5 GWh regenerativer Strom in den Turbinen im Ostharz-Ableitungssystem und in den Photovoltaikanlagen in der Elbaue erzeugt. Für Trinkwasser- und andere Kunden aus dem Versorgungssystem wurden Labordienstleistungen in einer Höhe von 202 T€ erbracht.

Trotz des Abklingens der Corona-Pandemie im Jahr 2022 beeinflusste diese weiterhin die Tätigkeit des Unternehmens über das ganze Jahr. Kernfragen waren weiterhin der Erhalt der Gesundheit unserer Mitarbeiter und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Die umfangreich eingeführten Vorsichts-/Hygienemaßnahmen innerhalb des Unternehmens verhinderten weitestgehend Ansteckungen der Mitarbeiter untereinander. Ebenso konnten alle wichtigen bestellten Materiallieferungen und Fremdleistungen realisiert werden, wo sinnvoll wurde die Bevorratung weiter auf einem erhöhten Niveau gehalten. Die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens war jederzeit sichergestellt.

Trotz der pandemiebedingten Rahmenbedingungen und teilweise extremen Kostensteigerungen für Material und Fremdleistungen ist es dem Unternehmen auch 2022 gelungen, mit den erzielten Absätzen und den damit erreichten wirtschaftlichen Ergebnissen die positive Unternehmensentwicklung der letzten Jahre kontinuierlich fortzuführen. Die Leitlinien der Unternehmenspolitik sind weiterhin Basis des zukünftigen Handelns der Gesellschaft:

- Sichere Wasserversorgung
- Sozialverträgliche Entgelte
- Angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit.

2. Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2022 wurde an den Schwerpunktthemen

- Klimafolgen und Ressourcenschutz nach Menge und Beschaffenheit,
- Stoffeinträge Landwirtschaft/Forstwirtschaft/Kläranlagen,
- Digitalisierungsstrategie und Cybersicherheit der IT-Infrastruktur und Prozessleittechnik,
- sowie der Optimierung von Aufbereitungs- und Reststoffverwertungsprozessen entwickelt und geforscht.

Weiterhin stehen uns dafür Partner wie das Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle (UFZ), das Technologiezentrum Wasser (TZW) des DVGW, die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Elbeeinzugsgebiet (AWE), die Koalition der Flussgebietsgemeinschaften (über die AWE) sowie Consultants und Beratende Ingenieure zur Seite.

Im Kontext der EU-weiten Vorgehensweise bei der Umsetzung der IED- Richtlinie, der neuen Trinkwasserverordnung in Deutschland (Verabschiedung in der nächsten Bunderatssitzung) sowie landestypischer Festlegungen (u.a. zum krisenbedingten Engpass bei Fällungsmitteln), unterstützen die Mitarbeiter der Fernwasserversorgung die Landesbehörden in Sachsen und Sachsen-Anhalt mit Daten aus Monitoringsystemen der Elbaue-Einzugsgebiete, den Analysen der Elbwasserproben sowie aus den Zustromarealen der Rappbodetalsperre im Harz.

Dabei spielen weiterhin Spurenstoffe, wie u.a. das PFAS-Thema und ihre Verlagerung aus dem Elbewasser in die Uferfiltratbereiche, ebenso eine Rolle, wie auch die Beschaffenheitsentwicklung in den Talsperren Deutschlands.

Als Ausblick für die Folgejahre wird FEO sich weiter im F&E Sektor engagieren müssen und dabei zwangsläufig die relevanten Kernthemen in den entsprechenden Gremien (DVGW, DWA, VKU, BDEW u.a.) vorantreiben.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen/wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren auch im Jahr 2022 weiterhin angespannt. Neben den noch bestehenden Auswirkungen der Coronapandemie mussten die Auswirkungen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine auf das Unternehmen und auf unsere Kunden Beachtung finden. Die vorsichtige Planung des Vorjahres hat sich bestätigt und die Planungsannahmen werden in den Folgejahren fortgeführt. Das Niveau des aktuellen Trinkwasserabsatzes wird auch in den Folgejahren erwartet. Demgegenüber stehen in vielen Bereichen gestiegene Beschaffungskosten für Material, Fremdleistungen und insbesondere Energie, die zukünftig Berücksichtigung in den Wirtschaftsplänen finden müssen.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen insbesondere durch den Ukrainekrieg und den damit einhergehenden Kostensteigerungen kann weiterhin zu einer allgemeinen konjunkturellen Abschwächung und zu punktuellen Schließungen von Gewerbeeinheiten führen und damit unmittelbar und mittelbar auf die Absatzentwicklung des Unternehmens Einfluss nehmen. Eine Stagnation des Absatzniveaus im gewerblichen Bereich ist somit möglich.

Die Abnahmen des kommunalen Bereichs folgen den demographischen Entwicklungen im Versorgungsgebiet und können regionalbedingt sowohl zu- als auch abnehmen. Witterungsbereinigt wird mittlerweile nur noch mit geringfügigen demographisch bedingten Rückgängen gerechnet. Vielmehr müssen klimatische Veränderungen zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. Sie können zu Spitzen in den Jahresverbräuchen oder aber auch nur an wenigen Tagen im Jahr führen, die durch das Unternehmen durch eine entsprechende Kapazitätsvorhaltung beherrscht werden müssen.

Darüber hinaus müssen die Themen des Klimawandels in den Bereichen des quantitativen und qualitativen Erhalts der Rohwasserdargebote beachtet werden. So muss der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden und damit einhergehend ein entsprechender Schutz der Rohwasserdargebote erfolgen. Diese Ziele erfordern eine koordinierte und gemeinsame Herangehensweise mit weiteren Wasserversorgungsunternehmen, gelebt in der AWE-Arbeitsgemeinschaft sowie die aktive Mitwirkung in Gremien des BDEW, DVGW bzw. VKU.

Dem gesamtwirtschaftlichen Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens sieht sich auch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz verpflichtet. Dazu zählt u.a. ein entsprechender ressourcenschonender Energieeinsatz. Seit 2014 wird der effiziente Energieeinsatz durch ein implementiertes Energiemanagementsystem DIN EN ISO 50001: 2018 begleitet, welches seitdem fortlaufend erfolgreich einer Zertifizierung unterzogen wurde.

2. Geschäftsverlauf und Lage

a. Ertragslage

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 82,3 Mio. m³ liegt ca. 2,2 Mio. m³ über den Erwartungen des Wirtschaftsplans und deutlich über dem Vorjahreswert von 80,0 Mio. m³. Neben der befristeten Sonderlieferung an einen großen kommunalen Kunden kann im Mehrjahresvergleich, insbesondere unter Berücksichtigung der Einflüsse der aktuellen Rahmenbedingungen auf die gewerblichen Kunden, dieser Absatzwert wie in den Vorjahren als sehr erfolgreich gewertet werden. Bereinigt um die Sonderlieferung erhöhten sich die gewerblichen Abnahmen leicht um ca. 0,1 Mio. m³ und die Abgaben an die kommunalen Weiterverteiler ca. 0,9 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2022 machen 44,70 Mio. € aus. Damit konnte der Vorjahreswert (43,61 Mio. €) übertroffen werden. Der Planwert für das Jahr 2022 ging von einem Umsatz von 43,88 Mio. € aus.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren im Jahr 2022 im Wesentlichen aus der Erzeugung regenerativen Stroms nach dem EEG und Labordienstleistungen gegenüber Dritten. Die Erlöse aus den von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen liegen mit 0,03 Mio. € deutlich unter den Vorjahreswert. Die Schwankungen resultieren aus dem Verlauf der i.d.R. verursachenden öffentlichen Baumaßnahmen.

Mit 2,32 Mio. € Erlösen aus der Stromerzeugung durch die eingebauten Trinkwasserturbinen und die installierten Photovoltaikanlagen wurde der Vorjahreswert (1,49 Mio. €) deutlich überschritten. Grund hierfür sind die höheren erzielten KWh-Vergütungen durch die aktuelle Energiepreissituation. Die Erlöse aus Wasseranalysen für unsere Kunden umfassen 202 T€ und liegen damit leicht über dem Vorjahresniveau (175 T€).

Die gesamten sonstigen Umsatzerlöse liegen mit 2,69 Mio. € in 2022 somit deutlich unter dem Vorjahr (5,19 Mio. €). Daraus ergeben sich für 2022 Gesamtumsatzerlöse von 47,39 Mio. €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (48,80 Mio. €) ergibt sich aus dem nahezu kompletten Wegfall der Erlöse aus von Dritten veranlassten Umverlegungen von Fernwasseranlagen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 3,26 Mio. € realisiert werden. Aufgrund der Spezifik und der in 2022 weitestgehend fertigzustellenden Projekte Paralleleleitungsbau Güsten-Hammelberge und Anschlussleitung Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal liegt dies deutlich über dem Vorjahreswert von 2,66 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (0,85 Mio. €) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte und Versicherungsentschädigungen.

Die Gesamtleistung des Geschäftsjahres 2022 beträgt 51,51 Mio. € und liegt trotz höherer Erlöse aus dem Trinkwasserabsatz aufgrund der geringeren Umsatzerlöse aus Umverlegungen unter dem Vorjahreswert von 52,66 Mio. €.

Der Materialaufwand 2022 umfasst 18,67 Mio. € und liegt somit deutlich unter dem Vorjahreswert von 19,88 Mio. €. Abweichungen ergaben sich im Wesentlichen durch fast keine Umverlegungsaufwendungen. Weitere wesentliche Positionen des Materialaufwandes betreffen den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR, den Stromeinkauf und Aufwendungen im Zusammenhang von Instandhaltungsmaßnahmen.

Der Personalaufwand lag mit 15,07 Mio. € über dem Vorjahreswert 14,25 Mio. €. Gründe hierfür sind die tariflichen Entwicklungen und notwendige Einstellungen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Fernwassersystems.

Im Jahr 2022 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,64 Mio. € (Vorjahr 9,79 Mio. €).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen in 2022 6,11 Mio. € und liegen damit über dem Vorjahreswert (5,41 Mio. €). Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Aufgrund der weiteren positiven Erlösentwicklung im Trinkwasserabsatz konnte im Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss nach Steuern von 1,41 Mio. € erreicht werden (Plan 1,32 Mio. €). Das Vorjahresergebnis betrug 2,59 Mio. €.

b. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2022 wurden drei Kredite in einer Höhe von insgesamt 7,00 Mio. € abgerufen. Dem gegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 2,95 Mio. €. Ebenso erhielt das Unternehmen Zuschüsse in Höhe von 0,57 Mio. € zur Errichtung einer Kundenanschlussleitung.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (10,34 Mio. €) leicht auf 10,87 Mio. €. Die Abweichung begründet sich im Wesentlichen aus den Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (76,3%) auf 73,9 % gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Bilanzstichtag mit 100,1 % auf Vorjahresniveau.

c. **Vermögenslage**

Die wesentlichsten Investitionsprojekte in 2022 waren:

- Weiterführung der Komplexerneuerung des Hochbehälters Spiegelsberge (Inbetriebnahme erste Behälterkammer)
- die Erneuerung der Ostharz-Ableitung zwischen Güsten und Halle (Errichtung weiterer Teilabschnitte und komplette Einbindung und Inbetriebnahme im Sommer 2022)
- die Erneuerung einer Fernwasserleitung im Bereich Wolfen/Bitterfeld (Errichtung und Inbetriebnahme zweiter Teilabschnitt)
- der Neubau einer Trinkwasserleitung für den Kundenneuanschluss ZWAG Geiseltal
- der Neubau einer Notstromversorgung für das Wasserwerk Torgau/Ost (teilweise Förderung Bund)
- die Errichtung neuer Brunnen in den Elbauewasserwerken.

Darüber hinaus erfolgten kleinere Investitionsmaßnahmen zur Erneuerung des Anlagenbestandes der Fernwasserversorgung im Bereich der Netze und Wasserwerksanlagen.

Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (7,46 Mio. €) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (6,23 Mio. €) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 0,89 Mio. €, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,08 Mio. € und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,31 Mio. €.

3. **Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Neben den qualitativen Indikatoren, wie Versorgungssicherheit und qualitätsgerechte Trinkwasserlieferung sind der Trinkwasserabsatz und die damit verbundenen Umsatzerlöse sowie das erzielte Jahresergebnis die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren. Der Trinkwasserabsatz ist trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen bei ca. 82,3 Mio. m³ leicht gestiegen. Neben dem Mehrabsatz konnten die erzielten Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserabsatz aufgrund der Anwendung vertraglich vereinbarter Preisgleitklauseln um 1,09 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Jahresergebnis als finanzieller Leistungsindikator beträgt 1,41 Mio. € und liegt mit 0,09 Mio. € leicht über dem Planwert.

4. **Gesamtaussage**

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird als gut und stabil eingeschätzt. Die Absatz- und damit einhergehende Umsatzentwicklung bestätigt die positiven Prognosen im Kerngeschäft des Unternehmens. Kostensteigerungen, insbesondere im Bereich der Lieferungen und Leistungen und Personalaufwendungen konnten durch steigende Erlöse kompensiert werden. Die stabile und qualitätsgerechte Versorgung unserer Kunden mit Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

III. Prognosebericht

Die positive Absatzentwicklung bei Bestandskunden in den letzten Geschäftsjahren und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen werden auch in den Folgejahren trotz der Unsicherheiten aus den aktuellen Rahmenbedingungen zu einem stabilen Absatzniveau von ca. 81 Mio. m³ führen. Inwieweit zukünftige Absätze deutlich die 80 Mio. m³ Marke übersteigen können, hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Versorgungsgebiet ab.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Trinkwasserabsatz von 81,5 Mio. m³ erwartet. Es wird eingeschätzt, dass sich der Absatz auch in den Folgejahren auf Basis der bestehenden Wasserlieferverträge im Bereich leicht oberhalb von 80 Mio. m³ p.a. bewegen wird. Neben den Absatzerweiterungen in bestehenden Kundenbeziehungen wurden auch demographische Entwicklungen berücksichtigt. Die zu erwartenden Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserabsatz werden sich von 48,62 Mio. € in 2023 bis auf 55,57 Mio. € im Jahr 2027 erhöhen. Darin enthalten sind die weiter zu berechnenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen. Für Sachsen ist der ab 01.01.2023 geltende Abgabewert in die Berechnung eingeflossen.

Die Positionen Umsatzerlöse aus der Erzeugung regenerativen Stroms und sonstige Dienstleistungen werden mit 1,94 Mio. €, insbesondere Laborleistungen gegenüber Kunden mit 0,37 Mio. € über dem Niveau der Vorjahre im Jahr 2023 und den Folgejahren eingeplant. Ursächlich hierfür sind das gestiegene Energiepreisniveau und gestiegene Preise. Umverlegungsmaßnahmen zur Leitungssicherung auf Veranlassung Dritter wurden im Unterschied zu den Vorjahren nicht eingeplant.

Auf Basis der in 2023 geplanten Investitionen erwartet das Unternehmen aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,59 Mio. €. Dieser Wert liegt im mehrjährigen Durchschnitt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 0,88 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus der Erstattung von Netznutzungsentgelten bzw. Stromsteuer für energieintensive gewerbliche Unternehmen. Das Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 wurde eingeführt und im Februar 2023 rezertifiziert.

Für das Geschäftsjahr 2023 werden Materialaufwendungen von 18,51 Mio. € erwartet. Die größten Einzelpositionen betreffen den Stromaufwand (6,78 Mio. €) und die Kosten für den Rohwasserbezug für das Wasserwerk Wienrode (4,72 Mio. €). Weitere wesentliche Aufwendungen entstehen durch Instandhaltungsaufwendungen, die Beschaffung von Aufbereitungskemikalien und die Entsorgung von Wasserwerksrückständen.

Basis der Personalplanungen sind das erarbeitete Personalkonzept, die Regelungen des Tarifvertrages Versorgungsbetriebe und die individualvertraglichen Regelungen zur 37h-Woche. Mittelfristige Zielstellung des Personalkonzeptes ist es, auf Basis der aktuellen Mitarbeiterzahlen die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen. Dazu wird zukünftig die Akquisition neuer Arbeitskräfte notwendig sein. Im Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Personalaufwand von 17,10 Mio. € gerechnet.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Die witterungsbedingten Extremsituationen der letzten Jahre beeinflussten die Fortschreibung des Fernwasserentwicklungskonzeptes. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Im Jahr 2023 werden Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt, aber auch neue Vorhaben begonnen. Dafür sind Investitionen in einem Umfang von 15,75 Mio. € eingeplant.

Anhand weiter anhaltender positiver Absatzentwicklungen durch gewerbliche Anfragen und zunehmender Produktionsspitzen an einzelnen Tagen muss über die Erweiterung von Aufbereitungs- und Transportkapazitäten in den Gremien des Unternehmens entschieden werden.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2023 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivater Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 0,26 Mio. € gerechnet. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der starke Kostenanstieg für den Energiebezug, der erst in den Folgejahren an die Kunden weitergegeben werden kann. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse wieder in den aktuellen Rahmenbedingungen von 1,4 - 1,6 Mio. € bewegen werden.

Die Risiken der aktuellen Krisen, insbesondere des Ukraine-Krieges, können sich negativ auf die Kosten- und Erlössituation des Unternehmens auswirken und somit die Höhe des Jahresergebnisses beeinflussen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2000 ein Risikomanagementsystem installiert. Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt. Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- wirtschaftspolitisches Umfeld
- Produktion
- Ertrags- und Finanzlage
- Personalmanagement
- Einkauf
- Informationsmanagement
- höhere Gewalt
- Rechtsstreitigkeiten.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes Anfang 2023 bestehen kaum noch Einschränkungen durch die seit Anfang 2020 kursierende Corona-Pandemie. Weiterhin wirken die starken Kostensteigerungen und teilweisen Lieferkettenprobleme, welche durch den anhaltenden Ukrainekrieg zusätzlich verschärft werden. Es wird eingeschätzt, dass die genannten zusätzlichen Risiken nur temporär auftreten und beherrscht werden.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Einschränkungen der wirtschaftlichen Entwicklung durch hohe Inflationsraten und damit einhergehender Absatzstagnation,
- Verfügbarkeit des Personals durch Corona-bedingte Erkrankungen noch möglich,
- Verfügbarkeit aller Einsatzstoffe,
- Störung in Lieferketten,
- hohe Auslastung der verfügbaren Aufbereitungs-/Transportkapazitäten, Prüfung notwendiger Systemverstärkungen in Teilbereichen,
- Änderungen der Energiepolitik bezüglich der Rahmenbedingungen zukünftiger Energiepreisgestaltung,
- schwierigere Entsorgungsstrategien für Filtrerrückspülwässer durch Verschärfung der Umweltgesetze/-verordnungen,
- rechtzeitige Akquisition von qualifiziertem Personal zur Wiederbesetzung altersbedingt freiwerdender Stellen,
- Einbeziehung möglicher Auswirkungen des Klimawandels in strategische Konzepte
- Beachtung der erhöhten Gefährdungslage bzgl. Cyber-Kriminalität

Den aktuellen Risiken soll insbesondere durch frühzeitige Beschaffung von Materialien bei geplanten Maßnahmen entgegengewirkt und Materialbestände erhöht werden. Ebenfalls wird mit einem weiteren Anstieg der Gefährdungslage im IT-Bereich ausgegangen, der auch - allerdings nicht ausschließlich - auf den Ukraine-Fall zurückzuführen ist. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen werden weiter intensiviert. Beide vorgenannten Risiken werden zu zusätzlichen Aufwendungen führen.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen, z. B. durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit der Zielstellung einer Risikoreduzierung.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen auch für die Zukunft nicht.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit in Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schulze, Jörg	(bis 31.12.2022)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Ranft, Melanie	
	stellv. Vorsitzender	Franke, Frank	
		Bernstiel, Christoph	
		Blasche, Steffen	
		Dr. Ernst, Martin	
		Ernst, Johannes	
		Geier, Egbert	
		Lange, Hendrik	
		Liedtke, Monika	
		Raschke, Jens	
		Senius, Kay	
		Weiland, Mathias	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	22	21	20

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	531.951	94	532.443	95	530.313	94	-492	0
Umlaufvermögen	34.293	6	28.699	5	31.899	6	5.594	19
Rechnungsabgrenzungsposten	955	0	1.100	0	978	0	-145	-13

Bilanzsumme

567.199	100	562.242	100	563.190	100	4.957	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	94.328	17	91.177	16	90.028	16	3.151	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.927	1	4.242	1	4.558	1	-315	-7
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	180.250	32	172.664	31	169.520	30	7.586	4
Rückstellungen	8.709	1	12.650	2	13.164	2	-3.941	-31
Verbindlichkeiten	279.975	49	281.488	50	285.894	51	-1.513	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	21	0	26	0	-11	-52

Bilanzsumme

567.199	100	562.242	100	563.190	100	4.957	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	130.266	126.514	119.921
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	65	-4	-17
andere aktivierte Eigenleistungen	832	1.020	1.133
sonstige betriebliche Erträge	7.986	7.697	8.629
Materialaufwand	45.848	44.642	40.288
Personalaufwand	34.112	32.639	33.387
Abschreibungen	23.213	22.413	22.077
sonstige betriebliche Aufwendungen	16.406	14.815	14.076
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	290	440	254
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	160	36	24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.107	8.623	8.471
Ergebnis nach Steuern	11.913	12.571	11.645
sonstige Steuern	122	118	143
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11.791	12.453	11.502
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,05	9,84	9,59	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,50	13,66	12,78	%
Cash-Flow:	35.004	34.866	33.579	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	253	241	234	T€
Personalaufwandsquote:	24,51	24,14	25,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,62	94,52	93,99	%
Eigenkapitalquote:	16,63	16,22	15,99	%
Fremdkapitalquote:	83,37	83,78	84,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.390,00	10.616,00	10.631,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	18.476,00	18.196,00	18.795,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	13.975,00	14.355,00	13.201,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	7.092,00	7.737,00	7.838,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	35.218,00	35.126,00	35.870,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	205.467,00	267.700,00	265.632,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	73.732.558,00	71.470.000,00	70.316.925,00	m ²
Hausanschlüsse	27.908,00	27.911,00	27.878,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	10.582.062,00	9.527.548,00	8.980.510,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	61.461,00	60.141,00	64.854,00	KKm (Kehr- Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 3.6.1. Personalentwicklung
- 3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung
- 3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote
- 3.6.4. TalentPool
- 3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage

5. Finanzlage

- 5.1. Kapitalstruktur
- 5.2. Liquidität
- 5.3. Vermögenslage
- 5.4. Gesamtaussage

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). In der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der SWH ist die HWS die Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, auch über ihre Beteiligungsgesellschaften hinaus, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), RAB Halle GmbH (RAB) sowie der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES).

Die HWS hält 100,0 % der Geschäftsanteile an der Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Weiterhin hält die HWS 60,0 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen für Sekundärrohstoffe.

Neben der Hauptgesellschafterin hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Das Maya mare ist ein Spaß- und Erlebnisbad in der Stadt Halle (Saale).

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert insbesondere auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Dies betrifft die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe, Straßen- und Gebäudereinigung sowie Labordienstleistungen. Die Geschäftsfelder werden strukturell über die nachstehenden Geschäftsbereiche geführt.

Der Geschäftsbereich Wasser/Abwasser sichert die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die gesetz- und regelkonforme Ableitung und Behandlung von Abwässern. Mit der Stadt Halle (Saale) bestehen langfristige Konzessionsverträge, auf deren Grundlage die HWS die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung auf eigene Rechnung wahrnimmt. Zu den Aufgaben zählen neben der nachhaltigen Ver- und Entsorgungssicherheit auch die laufende Instandhaltung der Netze und Anlagen sowie die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen zum Erhalt bzw. zur Erneuerung der Netzsubstanz. Neben den Konzessionsverträgen sichert die HWS auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen die Trinkwasserbereitstellung für den WAZV Saalkreis, für die MIDEWA im Bereich Merseburg und die Dow Olefinverbund GmbH.

Der Geschäftsbereich Entsorgung realisiert sämtliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung und der gewerblichen Sammlung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und den Winterdienst im Stadtgebiet. Weiterhin sichert der Bereich die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Grundlage der Leistungserbringung sind langfristige Dienstleistungsverträge mit der Stadt Halle (Saale). Zu den Leistungen des Bereiches gehören ebenso die Entsorgung, die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst.

Die zu dem Geschäftsbereich gehörende Werkstatt nimmt für die SWH-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das ebenfalls in diesem Geschäftsbereich angegliederte zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Fahrzeuge der Tochterunternehmen des SWH-Konzerns.

Durch den Geschäftsbereich Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen im Stadtgebiet erbracht. Dies erfolgt insbesondere für die Stadt Halle (Saale), die SWH und ihre Tochtergesellschaften sowie für Dritte.

Im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf werden die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens erstellt. Des Weiteren erfolgt die Koordination der Umsetzung der operativen Exzellenz, der IT-Strategie, der Geschäftsprozessmodellierung sowie der für die Erreichung dieser Ziele umzusetzenden HWS Impuls-Projekte im Rahmen des Projektmanagements. Im Rechnungswesen werden sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft sowie für Dritte als Serviceleistung erbracht. Der zentrale Einkauf sowie das Facilitymanagement gehören ebenfalls zum Geschäftsbereich. Durch das Controlling wird die permanente Auswertung der Erfolgs-, Liquiditäts- und Vermögenslage durchgeführt und interne sowie externe Berichterstattungen zusammengetragen.

Der Geschäftsbereich Vertrieb ist für die Akquise und Verhandlung von Ver- und Entsorgungs- sowie Dienstleistungsverträgen verantwortlich. Neben Kundenbetreuung ist es Aufgabe des Geschäftsbereiches, die Weiterentwicklung und Kontrolle von festgelegten Servicelevels sicherzustellen. Die Bewirtschaftung sowie Optimierung der drei Wertstoffmärkte der HWS gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie der Betrieb der Recyclinganlagen inklusive der Umschlags-, Lager- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen am Standort Äußere Hordorfer Straße sowie das Stoffstrommanagement. Darüber hinaus führt der Geschäftsbereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch.

Das Referat der Geschäftsführung ist für das Betriebs- und Prozessmanagement sowie das Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens verantwortlich. Die Arbeitssicherheit sowie der Brand- und Gesundheitsschutz gehören ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern, welche der Geschäftsbereich auch für Tochter- und Schwesterunternehmen erbringt. Darüber hinaus nimmt der Bereich die Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahr und verwaltet die Unternehmensversicherungen. Zum Geschäftsbereich gehört ebenfalls das akkreditierte Zentrallabor der HWS, welches die Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall für die HWS und für Dritte durchführt.

1.2. Ziele und Strategien

Aufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung stabil, nachhaltig, sicher, umweltgerecht und effizient zu erbringen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war und ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Anlagensubstanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.

Auch unter den weiter anhaltenden Bedingungen durch die COVID-19-Pandemie sowie den einschneidenden Veränderungen durch die Neuordnung der geopolitischen Lage aufgrund des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine konnten die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung und Gebäudereinigung ohne Einschränkungen sichergestellt werden.

Um die stabile, nachhaltige und umweltgerechte Ver- und Entsorgung sicherzustellen, wurden im Rahmen des Investitions- und Substanzwerterhaltungsprogramms Trink- und Abwasser im Jahr 2022 17.259 TEUR in die Infrastruktur der HWS investiert. Davon konnte auf 4.459 TEUR aus Eigenmitteln zurückgegriffen werden. Im Ergebnis der Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Fremdverbindlichkeiten konnten diese um 2.554 TEUR gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.

Das geplante Ergebnis 2022 vor Ergebnisabführung wurde um 96 TEUR übertroffen.

Die HWS stellt sich weiterhin der Herausforderung, die Umsetzung der operativen Exzellenz als ständigen Verbesserungsprozess im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses SWH-Kompass zu gestalten. Im Rahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls wurden zahlreiche Projekte bearbeitet, die zur Hebung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen geführt haben. Im Rahmen der Roadmap Klimaneutralität der SWH-Gruppe werden auch von der HWS Projekte bearbeitet, die neben der Erreichung betriebswirtschaftlicher Effekte auch ökologische Zielstellungen verfolgen und so zur Erhöhung der Klimaneutralität beitragen sollen.

Darüber hinaus beteiligt sich die HWS als Partner bei überregionalen Projekten mit wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Stakeholdern der Branche. Zu solchen Projekten gehört Pool-in-loop, in welchem derzeit experimentell, später über eine Großversuchsanlage, durch eine katalytische Spaltung Kunststoffabfälle stofflich verwertet werden sollen. Beim Projekt RUBIO sollen natürliche Produkte 100 % recyclingfähig, insbesondere für Verpackungsmaterialien, entwickelt werden.

Ein weiterer strategischer Schwerpunkt der HWS ist die Digitalisierung. Innerhalb der Fachbereiche werden diverse Projekte, wie zum Beispiel das Betriebsinformationssystem im Wasser/Abwasser, die Vorprojekte für die Softwareablösungen SAP S/4HANA und opti.AWI oder die digitalen Leitstände in der Entsorgung, vorangetrieben und umgesetzt. Dadurch sollen Prozesse effizienter und effektiver gestaltet, für die Kundinnen und Kunden ein Mehrwert generiert und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bzw. gesteigert werden.

1.3. Steuerung

In der Stadtwerke-Gruppe wird seit Jahren mit gemeinsam erarbeiteten strategischen Zielen, Führungsgrundsätzen und dem Leitbild ein zukunftsorientierter Entwicklungsprozess verfolgt.

Dazu verfügt die Unternehmenssteuerung der HWS über ein System verschiedener Instrumente, wie beispielsweise die langfristige Geschäftsplanung, das Projektmanagement über HWS Impuls, ein umfangreiches Kennzahlensystem sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden und Führungskräfte in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und drei Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Die Planung wird für weitere neun Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahresplanungen aktualisiert und permanent den sich verändernden Bedingungen im Unternehmen sowie den äußeren Rahmenbedingungen angepasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitenden als auch mit den Abteilungsleitenden sowie den operativen Führungskräften thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung des Projektmanagements sowie der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend diskutiert.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS Impuls-Projekte und der IT-Strategie sowie des Geschäftsprozessmanagements. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den genannten Arbeitsschwerpunkten des HWS Impuls-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. Abgeschlossene HWS Impuls-Maßnahmen mit langfristiger strategischer Wirkung werden über jährliche Qualitätsberichte nachhaltig verfolgt. In speziellen, zweimal jährlich stattfindenden, Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgen durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten bzw. zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf „null“ gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Die HWS stellt sich weiterhin einem stetigen Verbesserungsprozess, der am Erreichen der operativen Exzellenz gemessen wird. Diese wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten anhand von Kennziffern gemessen, welche in Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichen festgeschrieben sind. Mit dem Anspruch „Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören.“ formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls untersetzt wird.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Bedrohung auf die IT-Sicherheit wurden im SWH-Konzern und somit auch in der HWS diverse Maßnahmen getroffen. Diese reichen vom technischen Ausschluss von unbefugten Zugriffen, einer Verschärfung von Zugangsberechtigungen bis zur permanenten Belehrung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden. In enger Abstimmung mit der IT-Sicherheit der Stadtwerke-Gruppe beteiligt sich die IT-Koordination am regelmäßigen Austausch auf diesem Themengebiet. Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Regelwerk der HWS dar, welches in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS, welches im Referat der Geschäftsführung angegliedert ist. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungsstellen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgungsdienste zum Entsorgungsfachbetrieb,
- Akkreditierung Zentrallabor nach Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Zum 31. Dezember 2022 schied der langjährige Geschäftsführer Jörg Schulze altersbedingt aus dem Unternehmen aus. Seit dem 1. Januar 2023 ist Peter Günther der Geschäftsführer der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Jahr 2022 war gekennzeichnet durch eine einschneidende Veränderung der geopolitischen Lage. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist nicht nur ein gefährlicher politischer, militärischer Krisenherd inmitten Europas entstanden, der unsägliches menschliches Leid nach sich zieht, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in Europa und weltweit erheblich verschlechtert.

Im Rahmen ihrer Tätigkeitsfelder hat die HWS die Stadt Halle (Saale) bei der Bewältigung der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt. So wurden wasser- und abwassertechnische Voraussetzungen für Notunterkünfte geschaffen. Durch die Gebäudereinigung wurden für die Flüchtlingskoordinierungsstelle die Notunterkünfte und letztlich auch für das MARITIM Hotel die Reinigung und hygienischen Voraussetzungen für diese geschaffen. Durch die Mitarbeitenden des Wertstoffmarktes wurden im Zusammenwirken mit einer regionalen Firma Möbelspenden der Bevölkerung angenommen, bewertet, eingelagert und für die Einrichtung von leerstehenden Wohnräumen an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung herausgegeben.

Durch die sich verschärfende Marktsituation waren zum einen deutlich geänderte Einkaufspreise spürbar, zum anderen haben sich Lieferengpässe verdeutlicht und führten somit zu erheblichen Kostensteigerungen. Besonders problematisch wirken Angebotsprobleme bei Fällungsmitteln wie Grünsalz, Eisen(II)-chlorid, Eisen(III)-sulfat etc. Diese sind Nebenprodukte der chemischen Industrie, die auf Grund der drastischen Kapazitätsreduzierung der chemischen Industrie nicht in notwendigem Maße anfallen. Bei Lieferausfällen könnten die Grenzwerte, beispielsweise für Phosphor im Ablauf der Kläranlage, nicht eingehalten werden.

Die Erbringung der Leistungen der Daseinsfürsorge konnte aber auch unter den erschwerten Bedingungen ohne Einschränkungen sichergestellt werden. Für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung sowie die Gebäudereinigung konnten und können alle Aufgaben im vollen Leistungsumfang erbracht werden.

Für die Beseitigung der Schäden durch die Hochwasserflut im Jahr 2013 wurden durch die HWS 33 Maßnahmen im Rahmen des Maßnahmenplanverfahrens beim Landesverwaltungsamt angemeldet und durch dieses bestätigt. Für diese Maßnahmen wurde zum 31. Dezember 2022 ein Wert von 49.678 TEUR beantragte Fluthilfemittel bewilligt. Die Fluthilfemaßnahmen wurden weitestgehend bis zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen und die Verwendungsnachweise bis zum 31. Dezember 2022 dem Landesverwaltungsamt zur Prüfung vorgelegt. Es liegen aber noch nicht für alle Maßnahmen die geprüften Verwendungsnachweise vor. Unabhängig davon betrachtet die Gesellschaft diese Thematik als weitestgehend abgeschlossen.

In Umsetzung des Roll-outs der fernauslesbaren Funkzähler sollen bis 2024 alle Hausanschlüsse mit dieser Technologie ausgestattet sein. Die Umsetzung läuft nach gesetztem Zeitplan. Zum Jahresende 2022 waren 20.709 Funkzähler im Stadtgebiet verbaut.

Für das Jahr 2023 ist eine Evaluierung des Substanzwerterhaltungskonzeptes vorgesehen, da dann die ersten Ergebnisse aus den Projekten Alterungsmodell im Kanalnetz und strategisches Anlagenmanagement vorliegen und diese die Prognosen und Maßnahmen des Konzeptes maßgebend beeinflussen.

Schwerpunktthema im Bereich Abwasser war die Umsetzung von Maßnahmenpaketen zur Etablierung eines energieautarken Klärwerkes. Ziel dieses Projektes ist es, den mittleren jährlichen Energiebetrag der Kläranlage Halle-Nord mit Hilfe der dort betriebenen Anlagen zu decken und damit den Netzenergiebezug weitestgehend zu vermeiden. Dieser Umstand soll bis zum Jahr 2026 erreicht werden, wofür viele Einzelprojekte und Maßnahmen umgesetzt werden. Die Erneuerung der Gebläsestation und die Erhöhung des Wirkungsgrades der Blockheizkraftwerke wurde im Juli 2022 erfolgreich abgeschlossen. Auch die Reduktion der Schlammmenge im Belebungsbecken wurde mit Abschluss der neuen Schlammmentwässerung erreicht, wobei die direkte Stromeinsparung hieraus nicht messbar ist, jedoch auch einen Beitrag zur Umsetzung des Gesamtprojektes leistet. Zum Ende des Jahres fand außerdem eine Innenreinigung der Faultürme statt, bei der Ablagerungen an den Faulturböden entfernt wurden. Im Zuge dessen konnte ein neuartiges Umwälzsystem getestet werden.

Im Bereich Abwasser lag ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Baumaßnahme Riveufer, die die HWS als Maßnahmenträger im Auftrag der Stadt Halle (Saale) ausgeführt hat. Neben zahlreichen anderen Investitionsprojekten lag auf diesem aufgrund der hohen Öffentlichkeitswirksamkeit ein großes Augenmerk. Ziel der Maßnahme war es, die während des Hochwassers 2013 entstandenen Schäden zu reparieren und den Promenadenbereich zu erneuern. Die Arbeiten haben im Februar 2022 begonnen und sollen über einzelne Bauabschnitte bis Ende 2024 abgeschlossen werden. Unter der Promenade verläuft der Hauptsammler der HWS, dessen Betonabdeckung als tragfähige Unterkonstruktion der Promenade ebenfalls erneuert werden muss.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 ca. 20.300 TEUR Investitionen im Trink- und Abwasserbereich umgesetzt, welche sich auf zahlreiche Einzelmaßnahmen aufgeteilt haben. Die Investitionen wurden sowohl aus Eigenmitteln und Gesellschafterdarlehen als auch aus Mitteln der Fluthilfe, aus Fördermitteln im Rahmen der Städtebauförderung und Fördermitteln für wasserwirtschaftliche Vorhaben (RZWAs) finanziert.

Um die Planungssicherheit der Substanzwerterhaltung im Geschäftsfeld Trink- und Abwasser zu verbessern und mit dem langfristigen Investitionsplan und dem strategischen Anlagenmanagement zu verbinden, wurde 2022 die Szenarienbetrachtung für das prognosegestützte Alterungsmodell für das Kanalnetz der Stadt Halle (Saale) weiter präzisiert. Die aus diesen Szenarien abgeleiteten Effekte hinsichtlich Zustand, Substanzwert und Entgeltentwicklung werden dann analysiert, um strategische Entscheidungen treffen zu können. Mit den ersten Ergebnissen aus diesen Analysen wird im Geschäftsjahr 2023 gerechnet. Durch das Alterungsmodell kann eine haltungsgenaue Prognose der Entwicklung des Zustandes des Abwassernetzes in den nächsten 30 Jahren abgebildet werden.

Die HWS hat ein Versorgungskonzept für die Sicherung der Trinkwasserversorgung bei flächendeckendem Stromausfall erarbeitet. Dieses wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr finalisiert und in Umsetzung gebracht, sodass im Bedarfsfall alle Voraussetzungen für die Absicherung der Trinkwasserversorgung geschaffen und alle Aktivitäten klar geregelt sind. Die hierzu notwendigen Notstromaggregate wurden installiert und in einen betriebsfähigen Zustand gebracht. Mit dem Vorlieferanten Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde die Konzeption abgestimmt und dieser in die notwendigen Betrachtungen mit einbezogen.

Zur Verbesserung des Kundenservice im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe arbeitet die HWS weiterhin an digitalen Lösungen, um Dienstleistungen und Informationen online anzubieten. Dass der Wunsch des Kunden nach schneller und permanenter Zugriffsmöglichkeit über digitale Medien besteht, zeigt sich darin, dass die Anmeldung zur Sperrmüllentsorgung zu ca. 80 % über die digitale Sperrmüllkarte und die Abholung von Elektro-Altgeräten zu ca. 35 % über die Online-Beantragung abgewickelt wird. Insofern hat sich die HWS 2022 weiterhin intensiv mit der Entwicklung eines Kundenportals beschäftigt. Dies ist ein Anwendungssystem, in dem Neu- und Bestandskunden online personalisierte Informationen einsehen, Aufträge auslösen, Auftragsbestätigungen sowie Rechnungen erhalten und Stammdaten bei Bedarf ändern können.

Der Bereich Entsorgung setzt drei Leitstände zur digitalen Tourensteuerung in den Fachabteilungen Behälter-/Sperrmüllentsorgung, Straßenreinigung/Winterdienst und Containerdienst um. Der Leitstand in der Behälter-/Sperrmüllentsorgung ist im dauerhaften Regelbetrieb. Die Produktivsetzung des zweiten digitalen Leitstandes für die Abteilung Straßenreinigung und Winterdienst ist durch Beeinträchtigungen in der Pandemie, Lieferschwierigkeiten und fehlende Potenziale verzögert, aber mit vier von zehn Leistungsparametern im Juni 2022 produktiv gegangen. Die komplette digitale Erfassung des kommunalen Mobiliars ist erfolgt. Die Flächen in der Grünpflege sind bis zum Juni 2023 in der Aufnahme. Für einen dritten Leitstand in der Abteilung Containerdienst wurde im Jahr 2022 die Entscheidung getroffen. Dieser befindet sich aktuell im Aufbau und geht im März 2023 mit Teilleistungen in den Probebetrieb, um die finale Produktivsetzung bis Januar 2024 umsetzen zu können.

Durch zielgerichtete Akquisetätigkeit von Neukunden sowie markt- und zielgerichtete Preisanpassungen des Vertriebs der HWS ist es auch 2022 gelungen, ein Umsatzpotenzial zu generieren.

Im Geschäftsfeld Gebäudereinigung wurden auch im Geschäftsjahr 2022 durch die Stadt Halle (Saale) diverse Zusatzleistungen zum Schutz vor COVID-19 abgefordert. Hinzu kamen diverse Zusatzleistungen aufgrund der Flüchtlingsthematik. Die Realisierung dieser Aufgaben konnte nur in enger Abstimmung mit der Stadt Halle (Saale) und durch hohe Flexibilität der Mitarbeitenden in der Gebäudereinigung erbracht werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Aufgrund der Konjunkturlage war auch im Jahr 2022 eine stetige Erhöhung der Baupreise zu verzeichnen. So entwickelte sich der Baupreisindex für Tiefbau (Ortskanäle) in Sachsen-Anhalt von 2021 auf 2022 um 20 Punkte im Jahresdurchschnitt.

Die Preise für Wertstoffe unterlagen im Geschäftsjahr starken Schwankungen. Insgesamt lässt sich zum Jahresende aber eine weitgehende Stabilisierung auf niedrigen Niveaus verzeichnen. Die Preise bleiben aber deutlich unterhalb ihrer Höchststände. Dies betrifft neben Folien und Papier/Pappe auch die Schrottpreise. Beim Altholz stellte sich über das gesamte Jahr eine positive Entwicklung dar, hier sind inzwischen flächendeckend für alle Sorten Vergütungen erzielbar. Die Preise für die thermische Verwertung von Restabfällen, seit Jahren weitgehend stabil, sanken ebenfalls zum Jahresende.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Dezember 2019 hat die Kommission der Europäischen Union einen Ergebnisbericht zur Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) veröffentlicht. Insgesamt kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die WRRL ihren Zweck weitgehend erfüllt und zu einem höheren Schutzniveau für Wasserkörper sowie einem besseren Hochwasserrisikomanagement geführt hat. Die Umsetzung hat sich erheblich verzögert und die Ziele konnten noch nicht vollständig erreicht werden. Dies ist auf unzureichende Finanzierung, eine zu langsame Umsetzung sowie die unzureichende Einbeziehung der umweltpolitischen Zielsetzungen in anderen Politikbereichen zurückzuführen, nicht jedoch auf Mängel an der WRRL selbst. Im dritten Quartal 2020 hat die Kommission entschieden, dass die WRRL selbst nicht geöffnet werden soll und keine Überarbeitung notwendig ist. Vielmehr muss die Umsetzung verbessert und beschleunigt werden. Die Kommission hat Folgemaßnahmen im Null-Schadstoff-Aktionsplan, welcher am 12. Mai 2021 veröffentlicht wurde, festgelegt. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen in allen einschlägigen Politikfeldern vor. Während er selbst nicht bindend ist, kündigt er die Überarbeitung bestehender EU-Gesetzgebung an, um die Maßnahmen umzusetzen. Auch die Überprüfung der Stofflisten für Grund- und Oberflächenwasser im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, die Überarbeitung der Pflanzenschutzmittelrichtlinie sowie der Kommunalabwasserrichtlinie sollen darunter gefasst werden.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da die Fahrzeuge der Stadtwerke-Gruppe hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der Stadtwerke-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht. Die für den 3. Dezember 2020 vorgesehene mündliche Verhandlung wurde durch das Landgericht Stuttgart aufgehoben. Mit Beschluss vom 2. Februar 2021 hatte das Landgericht Stuttgart den Rechtsstreit bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über den Vorlagebeschluss des Landgerichts Hannover ausgesetzt. Nunmehr liegt eine erneute Ladung zum Termin zur mündlichen Verhandlung für den 3. April 2023 vor.

Mit der am 8. April 2022 durch die EU veröffentlichten Verordnung 2022/567 zur Änderung der Verordnung Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, wurden seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erstmals auch Sanktionen erlassen, die die Vergabe und die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der Schwellenwerte nach § 106 GWB unmittelbar und ohne weitere nationale Umsetzungsrechtsakte betreffen. Das bedeutete für Ausschreibungsverfahren, das seit dem 9. April 2022 bei europaweiten Verfahren kein Zuschlag erteilt werden durfte, ohne zuvor geprüft zu haben, ob der für den Zuschlag vorgesehene Bieter/Bewerber den in Artikel 5 k genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, oder von diesen Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, vorgesehen sind, auf die mehr als 10 % des Auftragswertes entfällt.

Die Regelungen für vereinfachte Vergabeverfahren von Land, Kommunen und kommunalen Unternehmen aufgrund der COVID-19-Pandemie fanden auch im Geschäftsjahr 2022 Anwendung. Bei Beschaffungsleistungen nach VOL/A sind bis zu einem Auftragswert von 215 TEUR beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben möglich. Bei Bauleistungen nach VOB/A sind bis zu einem Auftragswert von 5.382 TEUR beschränkte Ausschreibungen sowie bis zu einem Auftragswert von 2.500 TEUR freihändige Vergaben möglich.

Der Bundesrat hat am 25. Juni 2021 der „Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz“ zugestimmt. Von der Mantelverordnung betroffen ist insbesondere die Bau- und Recyclingwirtschaft. Die Verordnung tritt zwei Jahre nach Verkündung, somit im Sommer 2023 in Kraft. Mit der Mantelverordnung soll grundsätzlich das Recycling mineralischer Abfälle gefördert sowie nachvollziehbarer gestaltet werden. Insbesondere legt die Mantelverordnung dabei den Fokus auf den Schutz von Boden und Grundwasser. Andererseits soll eine möglichst hohe Recyclingquote für solche mineralischen Ersatzbaustoffe erzielt werden, die sich durch das Wiederaufbereiten von Baustoffen und aus Reststoffen gewinnen lassen. Zur Umsetzung der Ziele wird eine Ersatzbaustoffverordnung eingeführt, die Deponieverordnung und Gewerbeabfallverordnung angepasst sowie das Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung neugefasst.

Der Bundesrat hat am 28. Oktober 2022 dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes zugestimmt. Damit werden Emissionen aus Abfallbrennstoffen und Altöl ab 2024 mit einem CO₂-Preis belegt. Ziel der Gesetzesänderung ist, dass die Abfallverbrennungsanlagen zu ihren Treibhausgasen aus der Verbrennung von fossilen Anteilen der verbrannten Abfälle berichten, Emissionsberechtigungen kaufen und die bei der Deutschen Emissionshandelsstelle abgeben müssen. Die vom Bundesrat geforderte Ausnahme für Sonderabfallverbrennungsanlagen fand hingegen keine Berücksichtigung. Der EU-Emissionshandel sieht das Einbeziehen der Abfallwirtschaft nicht vor, geplant ist dies ab 2026, wobei ein Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls, die Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Optimierungspotenzialen in den letzten Jahren geführt.

Eine umfangreiche Nachfolgeplanung und ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den TalentPool stellen gute Voraussetzungen dar, um die Entwicklungsmöglichkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sicherzustellen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevels die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen, verbesserten Internetauftritt und die Nutzung des Social Networks wird eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die strategische Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale). Die wesentlichsten sind der Konzessionsvertrag zur Trinkwasserversorgung in der Stadt Halle (Saale) mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2041 (Verlängerungsoption zehn Jahre), der Konzessionsvertrag zur Abwasserbeseitigung mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026, sowie die Verträge für die Abfallentsorgung und die Stadtreinigung mit gleichlautender Laufzeit, der Vertrag für den Winterdienst mit einer Laufzeit bis 31. März 2027 sowie für die Gebäudereinigung mit einer Laufzeit bis 30. September 2026. Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung ist zudem ein Liefervertrag mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2032 geschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen der Wasserwirtschaft, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Instituten und Ingenieurbüros qualitativ auf eine bessere Ebene zu heben, wurde gemeinsam mit dem Technologiepark Weinberg Campus ein Grobkonzept zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Wasserwirtschaft erarbeitet und im Rahmen des STARK-Programms des Bundes Fördermittel beantragt. Der Antrag wurde 2022 positiv beschieden, sodass dieses Projekt im Laufe des Jahres 2023 in die Umsetzung gehen wird. Im Ergebnis soll ein permanenter Dialog mit der Politik und Verwaltung zur Entwicklung und Umsetzung innovativer, nachhaltiger, ökologisch und ökonomisch ausgewogener Verfahren in der Wasserwirtschaft etabliert werden.

Des Weiteren wurden im aktuellen Berichtsjahr und darüber hinaus folgende Projekte weiterverfolgt bzw. neu begonnen:

- Alterungsmodell im Kanalnetz mit Unterstützung der Hochschule Aachen,
- Konzept zum Umgang mit Starkniederschlagsereignissen mit dem IWS Leipzig, einem Institut der HTWK Leipzig,
- Untersuchung von Möglichkeiten zur Abtrennung von Spurenstoffen aus Abwässern mit GMBU, TGZ und MLU im Rahmen der Spurenstoffstrategie des Bundes,
- Mitwirkung im Netzwerk NK2 des Fraunhofer IMWS zur Stärkung von Innovationsketten für emissionsarme Technologien,
- Mitwirkung im Projekt RUBIO als regionales unternehmerisches Bündnis zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für technische Biopolymere in Mitteldeutschland,
- Unterstützung des Forschungsprogramms „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Kunststoffrecyclingtechnologien“ im Rahmenprogramm der Forschung für nachhaltige Entwicklung der Hochschule Merseburg,

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren im Unternehmen 548 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 17 Jahren.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren 30 Auszubildende zum Jahresende 2022 bei der HWS beschäftigt, darunter zwei duale Studierende. Die Ausbildung erfolgt in folgenden Ausbildungsberufen:

- Berufskraftfahrerin und Berufskraftfahrer
- Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft
- Industriemechanikerin und Industriemechaniker
- Elektronikerin und Elektroniker für Betriebstechnik
- Chemielaborantin und Chemielaborant
- Kauffrau /-mann für Büromanagement.

3.6.1 Personalentwicklung

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden.

3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden in 2022 die Themen „Vom Kollegen zur Führungskraft“, „Mitarbeitergespräche führen“ sowie „Projektmanagement“ angeboten. Teilnehmende, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlicher und/oder disziplinarischer Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. An zwei Terminen konnten für Führungskräfte und Projektverantwortliche Workshops zur Information über die erarbeiteten Instrumente im Projektmanagement durchgeführt werden. Die Mitarbeitenden machten sich hier mit der Auftragsklärung, dem Projektsteckbrief und der Rückschau vertraut und übernehmen nun eine Rolle als Multiplikator in ihren Verantwortungsbereichen.

Nach zweijähriger Pause konnte im Mai und Juni 2022 wieder unsere Führungskräftetagung durchgeführt werden. Erstmals wurde eine hierarchische Mischung der Führungsebenen über die beiden Tagungstermine ermöglicht. Viele Führungskräfte nahmen die Möglichkeit der Präsenztagung wahr und trafen sich in Leipzig. Mit der „Roadmap <2045“ stand der erste Tagungstag ganz im Zeichen des strategischen Unternehmensziels Klimaneutralität. Neben Informationen der Geschäftsführungen zum Vorgehen der Führungsgesellschaften, wurden mehrere Teilprojekte der Roadmap aus den SWH-Unternehmen vorgestellt. Die Teilnehmenden haben diese Informationsplattform dankbar angenommen und den Fachexperten hilfreiche Hinweise für die weitere Umsetzung geben können. Zusätzlich wurde die Plattform der Führungskräftetagung auch genutzt, um die Führungskräfte direkt über die Auswirkungen der tagespolitischen Geschehnisse auf den deutschen Energiemarkt und die SWH-Unternehmen zu informieren. Die neue Kampagne zur Informationssicherheit stand im Fokus des zweiten Tagungstages. Neben einem externen Fachexperten haben hier auch die Fachverantwortlichen der SWH-Gruppe die Teilnehmenden informiert und sensibilisiert.

Die Schulungen laut Compliance-Schulungsplan wurden im Kalenderjahr 2022 ausschließlich virtuell durchgeführt.

Entsprechend des Zweijahres-Schulungssturnus absolvierten mehrere Führungskräfte und Mitarbeitende der HWS mit übertragenen Unternehmerpflichten ein Webinar zur Sensibilisierung für die eigene Verantwortung in den Bereichen Arbeitssicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit. Während die Themen Datenschutz und Informationssicherheit durch interne Beauftragte vermittelt wurden, konnte für das Thema Arbeitssicherheit eine neue externe Referentin gewonnen werden.

Zum „Kommunikativen Verhalten bei behördlichen Ermittlungen“ hat die Stadtwerke-Gruppe nach 2021 auch 2022 mit einem externen Anwalt für Strafrecht und entsprechender Praxiserfahrung zusammengearbeitet. Durchgeführt wurden insgesamt drei dreistündige Webinare, davon ein Termin ausschließlich für Mitarbeitende der Sekretariate, des Empfangs und des Wachschutzes.

Auch die jährlich angebotene Korruptionspräventionsschulung wurde als Webinar durchgeführt. Führungskräfte mit Schulungsbedarf entsprechend des Compliance Management System hatten die Möglichkeit, aus zwei Terminoptionen zu wählen. Führungskräften, die nicht teilnehmen konnten, wurden die Informationen im Nachgang zum Selbststudium zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der zentralen Entwicklungsangebote wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz und Projektmanagement sowie Microsoft-Office angeboten. Zukünftig sollen ebenfalls verschiedene Vorträge mit persönlichkeitsstärkenden Themen für Mitarbeitende angeboten werden.

3.6.3. Unternehmenserklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2022 ca. 25 % erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen. Auf Geschäftsführer-Ebene der HWS beträgt die Quote 0,0 % (0 Personen). Auf der 1. Führungsebene beläuft sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2022 auf 28,6 % (2 Personen) und auf der 2. Führungsebene auf 28,6 % (6 Personen).

Der Aufsichtsrat der HWS setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt zum 31. Dezember 2022 bei 16,7 % (2 Personen). Entsprechend des Aufsichtsratsbeschlusses vom 24. November 2022 wird der Gesellschafterversammlung empfohlen, bis zum 31. Dezember 2024 einen Anteil an Frauen im Aufsichtsrat der HWS von 4 (33,3 %) zu erreichen/zu halten. Die Gesellschafterversammlung der HWS hat am 6. Dezember 2022 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

3.6.4. TalentPool

Der dritte TalentPool der Stadtwerke Halle Gruppe startete im Mai 2019. Die aktive Phase war auf drei Jahre ausgelegt und endete im Dezember 2022. Neben der Weiterarbeit an den in 2020 gestarteten Projekten haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des TalentPools an einer Modulreihe zum „Systemischen Denken“ teilgenommen. Hier wurde intensiv an Themenstellungen wie „Systemische Gesprächsführung“, „New Leadership und innere Haltung“ oder „Systemische Perspektive auf Veränderung“ gearbeitet und das eigene Verhalten reflektiert.

3.6.5. Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die BGM-Aktivitäten waren weiterhin von der COVID-19-Pandemie geprägt. So konnten zahlreiche geplante Veranstaltungen/Angebote nicht stattfinden bzw. wurden ab dem Frühjahr 2022 nach draußen verlagert. Es gab ein Impfangebot gegen Grippe und gegen COVID-19, die Langzeitstudie zur Prostata-Erkrankungen wurde fortgesetzt und Nichtraucherseminare konnten stattfinden. An der Aktion „Stadtwerker radeln oder laufen zur Arbeit“ nahmen 34 Mitarbeitende teil.

Zentraler Themenschwerpunkt der BGM-Aktivitäten war im Jahr 2022 „Energie tanken“ durch Entspannung und Achtsamkeit. Besonders digitale AOK-Angebote, wie zwei Webinare „Stressfrei bleiben“ und „Gesunder Schlaf“, ein digitaler Gesundheitstag „Mindful day“ oder ein individuelles online-Anti-Stress-Programm unterstützten mit Tipps und praktischen Anleitungen. Beim Cardio-Scan an allen Standorten konnten die Mitarbeitenden ihren Stresslevel testen. Durch eine genaue Pulsmessung wurde die Herzratenvariabilität festgestellt. Insgesamt nahmen 109 Mitarbeitende am Check-up teil. Im November 2022 fand durch Sporttherapeuten aus dem Viva mare ein Workshop zur progressiven Muskelentspannung statt. Darüber hinaus bot die AOK hauptsächlich für Führungskräfte mehrere Webinare und Online-Schulungen zu gesundheitsrelevanten Themen an, beispielsweise „Sinnerleben in der Arbeitswelt“ und „Stärken stärken mit positiver Psychologie“.

Die Kooperationsvereinbarung mit der AOK konnte bis Ende 2024 verlängert werden.

Das HWS-Bonussystem wurde 2022 erneut allen Mitarbeitenden angeboten. Dabei werden individuelle Gesundheitsaktivitäten mit Geldprämien oder Maya mare-Gutscheinen belohnt. In 2021 machten 75 Mitarbeitende mit, für 2022 läuft die Auswertung noch bis Ende März 2023.

Beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) wurden in der zweiten Jahreshälfte verstärkt Mitarbeitende eingeladen, um pandemiebedingte Einschränkungen auszugleichen. Angeschrieben wurden 112 Mitarbeitende, 71 Gespräche wurden geführt, neun BEM-Verfahren wurden eingeleitet. Es ging dabei u. a. um Lösungen für einen Altersübergang, um die Umsetzung auf leidensgerechte Arbeitsplätze, um möglicherweise berufsbedingte Hauterkrankungen, um Folgeschäden nach Arbeitsunfällen und um Mediationsangebote.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2021	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	126.514	130.266	3.752	3,0
Bestandsveränderungen	-4	65	69	>100
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.020	832	-188	-18,4
Übrige betriebliche Erträge	7.697	7.986	289	3,8
Materialaufwand	44.642	45.848	1.206	2,7
Personalaufwand	32.639	34.112	1.473	4,5
Übrige betriebliche Aufwendungen	14.815	16.406	1.591	10,7
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	440	290	-150	-34,1
EBITDA	43.571	43.074	-497	-1,1
Abschreibungen	22.413	23.213	800	3,6
EBIT	21.158	19.861	-1.297	-6,1
Zinsergebnis	-8.588	-7.948	640	7,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.570	11.913	-657	-5,2
Sonstige Steuern	118	122	4	3,4
Ergebnis vor Gewinnabführung	12.453	11.791	-662	5,3

Die Absatzmengen für Trinkwasser sind für die Stadt Halle (Saale) und die Lieferung an Dritte im Vergleich zum Vorjahr auf Grund der trockenen Witterung gestiegen. Durch Umsetzung des Konzessionsvertrages sind die Entgelte mit dem Vorjahr vergleichbar, da sie in einer Kalkulationsperiode liegen.

Basierend auf dem Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS über die Abwasserentsorgung erfolgt die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Abwasserentsorgung unter analoger Anwendung des im Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Kostendeckungsprinzips. Die Entwicklung der Erlöse ist daher stets von der Entwicklung der Kosten der Sparte Abwasser beeinflusst. Die gestiegenen Kosten führten zu höheren Erlösen als im Vorjahr.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist trotz der gesunkenen Konjunktur eine leicht positive Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich festzustellen. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen können aufgrund von städtischen Bautätigkeiten sowie zielgerichteter Akquisetätigkeiten im gewerblichen Bereich erreicht werden. Die dabei anfallenden Mengen garantieren adäquate Erlöse in der Verwertung und der Entsorgung.

Auch in diesem Geschäftsjahr konnte die Gebäudereinigung von den zusätzlichen Hygienemaßnahmen in den Schulen, Kindergärten und städtischen Einrichtungen partizipieren und verzeichnete erneut eine deutliche Umsatzsteigerung.

Die übrigen Umsatzerlöse sind vor allem durch die hohen Kostenbeteiligungen auf Grundlage der Maßnahmeträgervereinbarung bei der Baumaßnahme Riveufer geprägt. Die Steigerung der übrigen Umsatzerlöse beträgt insgesamt 1.080 TEUR.

Gegenüber dem Vorjahr sind die übrigen betrieblichen Erträge um 289 TEUR gestiegen. Die weitestgehend abgeschlossene Regulierung des im Sommer 2022 in der Äußeren Hordorfer Straße vorgefallenen Brandschadens durch die Versicherung prägte diese.

Der im Vergleich zum Vorjahr um 1.206 TEUR gestiegene Materialaufwand ist getrieben durch die Preissteigerungen für Kraftstoffe und die vermehrten Aufwendungen für Arbeitskleidung der Mitarbeiter.

Die Überschreitung der bezogenen Leistungen wird verursacht durch gestiegene Reparaturleistungen und die durch Dritte weiter gegebenen inflationsbedingten Preisanpassungen beim Bezug von Leistungen. Zum einen beim Einkauf der Leistungen für das Substanzwerterhaltungsprogramm der Abwasserleitungen und zum anderen für die Zusatzleistungen der Gebäudereinigung.

Der Personalaufwand zeigt sich gegenüber dem Vorjahr um 1.473 TEUR höher. Hier wirken der höhere Tarifaabschluss sowie eine Inflationsausgleichsprämie, welche im Dezember 2022 an alle Mitarbeitenden gezahlt wurde.

Die gestiegenen übrigen betrieblichen Aufwendungen sind ursächlich durch einen um 592 TEUR vermehrten Aufwand für den Substanzerhalt unserer Immobilien geprägt. Aber auch um 116 TEUR gestiegene Versicherungsaufwendungen tragen zum Mehraufwand bei.

Für die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen ist zum Jahresende ein Wert von 290 TEUR festzustellen.

In der Grundbetrachtung der vorgenannten Kostenarten zeigt das EBITDA mit 43.073 TEUR eine Unterschreitung des Vorjahreswerts um 498 TEUR.

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 800 TEUR gestiegen.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Zinsergebnis um 641 TEUR verbessert werden.

Somit unterschreitet das Ergebnis vor Gewinnabführung von 11.791 TEUR das Vorjahresergebnis um 662 TEUR. Das geplante Ergebnis der HWS von 11.695 TEUR wurde um 96 TEUR übererfüllt.

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 3.152 TEUR, welche als Kapitaleinlage zugeführt wurde. Unter Berücksichtigung der nachträglichen Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 ergibt sich im Jahr 2022 eine Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 3.151 TEUR. Das bilanzielle Eigenkapital zum 31. Dezember 2022 betrug 94.328 TEUR.

Der Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse erhöhte sich im Geschäftsjahr um 7.586 TEUR auf 180.250 TEUR. Diese Erhöhung resultiert bei planmäßiger Auflösung hauptsächlich aus dem Ansatz kalkulatorischer Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte für die Preiskalkulation in der Sparte Abwasser sowie aus unentgeltlichen Übernahmen.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die Gesellschafterin abgeführt.

Kumulativ erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 10.422 TEUR auf 278.505 TEUR.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 288.694 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 279.975 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 12.800 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2022 für zwei Darlehen nach auslaufender Zinsbindung neue Vereinbarungen abgeschlossen.

Im Jahr 2013 schloss die HWS einen Portfolioswap zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit ab. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und stieg im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2022 betrug der Nominalbetrag 77.891 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2021	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	248.239	245.684	-2.555	-1,0
Liquide Mittel	13.881	16.932	3.051	22,0
Nettoschulden	234.358	228.752	-5.606	-2,4
EBITDA	43.571	43.074	-497	-1,1
Nettoschulden/EBITDA	5,4	5,3	-0,1	-1,9

5.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2022 verfügte die HWS über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 16.260 TEUR (Vorjahr: 13.329 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der Stadtwerke-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

5.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 4.957 TEUR auf 567.199 TEUR. Das entspricht einem Zuwachs von 0,9 %.

Diese Erhöhung resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus dem im Vergleich zum Vorjahr um 2.931 TEUR höheren Cash Pool-Bestand.

Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 22.775 TEUR stehen Abschreibungen von 23.213 TEUR und Buchwertabgänge von 54 TEUR gegenüber.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2021	2022	Veränderung
	in %	in %	
Anlagevermögen	94,7	93,8	-1,0
Umlaufvermögen	5,3	6,2	17,0

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 2,1 Prozent im Jahr 2022 positiv zu bewerten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2021	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	532.443	531.951	-492	-0,1
Wirtschaftliches Eigenkapital	268.083	278.505	10.422	3,9
Deckungsgrad	50,3 %	52,4 %		2,1

5.4. Gesamtaussage

Die HWS hat im Geschäftsjahr 2022 ihre strategischen Zielsetzungen erfüllt. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen überboten werden. Durch die Realisierung von 22.775 TEUR Investitionen konnten wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, der Modernisierung und des Ausbaus der Infrastruktur erreicht werden. Dies erfolgt immer in Übereinstimmung mit den ökonomischen und ökologischen Zielstellungen des Unternehmens.

Die konsequente Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der HWS, die intensive Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die Mitwirkung in branchenbedingten Arbeitskreisen sichert die Zukunftsfähigkeit der HWS.

Als Treiber der Weiterentwicklung sind die Aktivitäten zur Erreichung der operativen Exzellenz einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der langfristigen Geschäftsplanung und den begonnenen Digitalisierungsprozessen zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Qualifizierung sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden sind weiterhin wesentliche Aufgaben, um das Humankapital des Unternehmens stetig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2022 weiterhin stabil war und dass ausgangs des Geschäftsjahres 2022 die Grundlagen geschaffen sind, die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreichen zu können.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der HWS insgesamt 32 Risiken ermittelt (Vorjahr 26). Unter diesen Risiken lässt sich ein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Die Risiken sind wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen zu unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	11	0	0
Rechtliche Risiken	14	0	1
Technische Risiken	6	0	0
Gesamt	32	0	1

Bei dem Risiko der Gruppe 2 handelt es sich um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen.

Des Weiteren wurden zum Stichtag 4 Chancen ermittelt (Vorjahr 0).

7. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2023 sowie die Vorschau für die Jahre 2024 bis 2027 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt. Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2022, die für den Zeitraum bis 2027 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

Aufgrund der Russland-Ukraine-Krieges sind weiterhin Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Energiemärkten, zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoseberechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Energiekosten auch für die Gesellschaft zu rechnen. Auch eine indirekte Auswirkung der Energiekosten auf die Beschaffungsmärkte, insbesondere durch steigende Materialpreise und angespannte Lieferketten, kann nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die aber derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdeten, berichtspflichtigen Risiken.

7.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle ein leichter Rückgang eingeplant, welcher auf das Auslaufen von COVID-19-Maßnahmen und den damit einhergehenden Rückgang der Haushaltsverbräuche beruht. Im Abwasser verlaufen die geplanten Mengen analog zur Trinkwassermenge.

Die minimal steigende Bevölkerungsentwicklung wirkt sich nicht auf die Entsorgungsleistungen aus, sodass trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz gerechnet wird. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung. Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 % bis 2,0 % angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgt in Abstimmung mit der Auftraggeberin Stadt Halle (Saale) und unterstellt ein sich leicht erweiterndes Leistungsspektrum.

7.2. Investitionen

Für das Jahr 2023 steht ein Investitionsplan von insgesamt 21.165 TEUR zur Verfügung, darunter sind an Fördermitteln, Zuschüssen und kostenlosen Übernahmen 2.264 TEUR geplant. Investitionserhöhend wirken Investitionsüberhänge aus nicht umgesetzten Maßnahmen der Vorjahre.

Für die Wasserversorgung werden im Jahr 2023 Investitionsmittel in Höhe von 5.160 TEUR eingesetzt. Demgegenüber zeigt die Abwasserbeseitigung für das Jahr 2023 ein Investitionsvolumen in Höhe von 8.636 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle in der Stadt Halle und im Verbandsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal. Die Investitionsmaßnahmen der kommenden Jahre sind maßgeblich auf die Umsetzung des Substanzwerterhaltungsprogramms im Trink- und Abwasserbereich in Verbindung mit ökologisch nachhaltigen Schwerpunktsetzungen sowie durch die Investitionsanforderungen Dritter zur Beteiligung an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen geprägt. Den Schwerpunkt bildet weiterhin die Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG.

Die aktuellen Preissteigerungen auf Grund der geopolitischen Lage werden jedoch die Zielerreichung erschweren bzw. eine Nachsteuerung der Investitionsbudgets erfordern. Im Abwasserbereich wurde ein Impulsprojekt „Energieautarkes Zentralklärwerk“ auf Basis einer Potentialstudie entwickelt. Die ersten Maßnahmen wurden bereits abgeschlossen. Für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind Fördermittel beantragt worden. Für ein Projekt zur Errichtung einer Photovoltaikanlage (Solarfaltdach über den Belebungsbecken) wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und eine Bewerbung im Rahmen des Förderprogrammes der nationalen Klimaschutzrichtlinie gestartet. Die unentgeltlichen Übernahmen von Anlagevermögen für TW und AW wurden für 2023 in Höhe von 650 TEUR geplant. Die kostenlosen Übernahmen beinhalten hauptsächlich die Übernahmen der Anlagen für Trink- und Abwasser in Erschließungsgebieten für Wohnbebauung. Da hier eine unmittelbare Abhängigkeit von der Bauabwicklung der Bauträger und der vertragskonformen Übergabe der technischen Anlagen an die HWS besteht, kann hier nur eine Abschätzung erfolgen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang insbesondere die geplante Übernahme der Trinkwasserleitungen und Abwasserhaltungen vom Bauträger des Starpark I, welche im Jahr 2023 an die HWS übergeben werden sollen.

Im Bereich Entsorgungsdienste sind Investitionen in Höhe von 2.452 TEUR einschließlich der Reinigung geplant, welche vorwiegend von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark geprägt sind. Im Bereich PKW werden nach Möglichkeit alternative Antriebsarten unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten beschafft. Bei Kleintransportern laufen Testreihen. Die Umsetzung des digitalen Leitstandes Straßenreinigung für den Containerdienst soll 2023 erfolgen.

Im Bereich Vertrieb stehen die Investitionen zur Erweiterung bzw. zum Ersatz von IT-Lösungen im Vordergrund. Nennenswerte Projekte sind die Einführung des Kundenportals, die Digitalisierung im Hausanschlusswesen sowie die Ablösung der ERP-Software „opti.AWI“.

Die Investitionen für die Bereiche Geschäftsführung und Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf in Höhe von 2.532 TEUR umfassen Maßnahmen für die Ausrüstung der HWS mit Hardware, Software sowie die weitere Ausstattung des Zentrallabors. Bauliche Veränderungen an Grundstücken und Gebäuden, die Umsetzung des in 2018 erstellten Sicherheitskonzeptes und die Einführung von SAP S/4HANA sind in der Planung berücksichtigt.

7.3. Finanzierung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist durch hohe Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse sowie durch die Gesellschaftereinlage in Höhe von 3.152 TEUR im Jahr 2023 charakterisiert. Darüber hinaus hat die HWS im Jahr 2022 ein geplantes Gesellschafterdarlehen in Höhe von TEUR 12.800 erhalten.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL 2023	2024	Vorschau		
			2025	2026	2027
HWS	10.759	9.571	9.322	9.481	9.597

Mit einem engagierten Team stellt sich die HWS den Anforderungen des Jahres 2023 und setzt dabei mindestens auf die Einhaltung des selbstgesteckten Ergebnisses. Dazu werden begonnene Projekte konsequent fortgesetzt und langjährige Strategien weiterverfolgt.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kern, Marcel

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	22.947	42	24.459	76	14.949	71	-1.512	-6
Umlaufvermögen	31.440	57	7.313	23	6.095	29	24.127	330
Rechnungsabgrenzungsposten	369	1	412	1	45	0	-43	-10

Bilanzsumme	54.756	100	32.184	100	21.089	100	22.572	70
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25.522	47	15.308	48	8.892	42	10.214	67
Rückstellungen	8.556	15	2.479	7	1.882	9	6.077	245
Verbindlichkeiten	20.678	38	14.397	45	10.315	49	6.281	44

Bilanzsumme	54.756	100	32.184	100	21.089	100	22.572	70
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	29.229	18.979	12.079
sonstige betriebliche Erträge	124	1.762	14
Materialaufwand	13.551	10.191	11.888
Personalaufwand	8	7	7
Abschreibungen	2.721	842	788
sonstige betriebliche Aufwendungen	849	2.126	973
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	199	228	181
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.703	804	38
Ergebnis nach Steuern	10.394	6.543	-1.782
sonstige Steuern	181	127	252
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.213	6.416	-2.034

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	34,94	33,81	-16,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	66,72	72,15	-18,62	%
Cash-Flow:	12.934	7.258	-1.246	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,03	0,03	0,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	41,91	76,00	70,89	%
Eigenkapitalquote:	46,61	47,57	42,17	%
Fremdkapitalquote:	53,39	52,43	57,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Absatz Fernwärme	158	144	164	GWh
Absatz Strom	154	145	140	GWh
Gaseinsatz	400	378	389	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2. Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2022 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr: 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr: 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

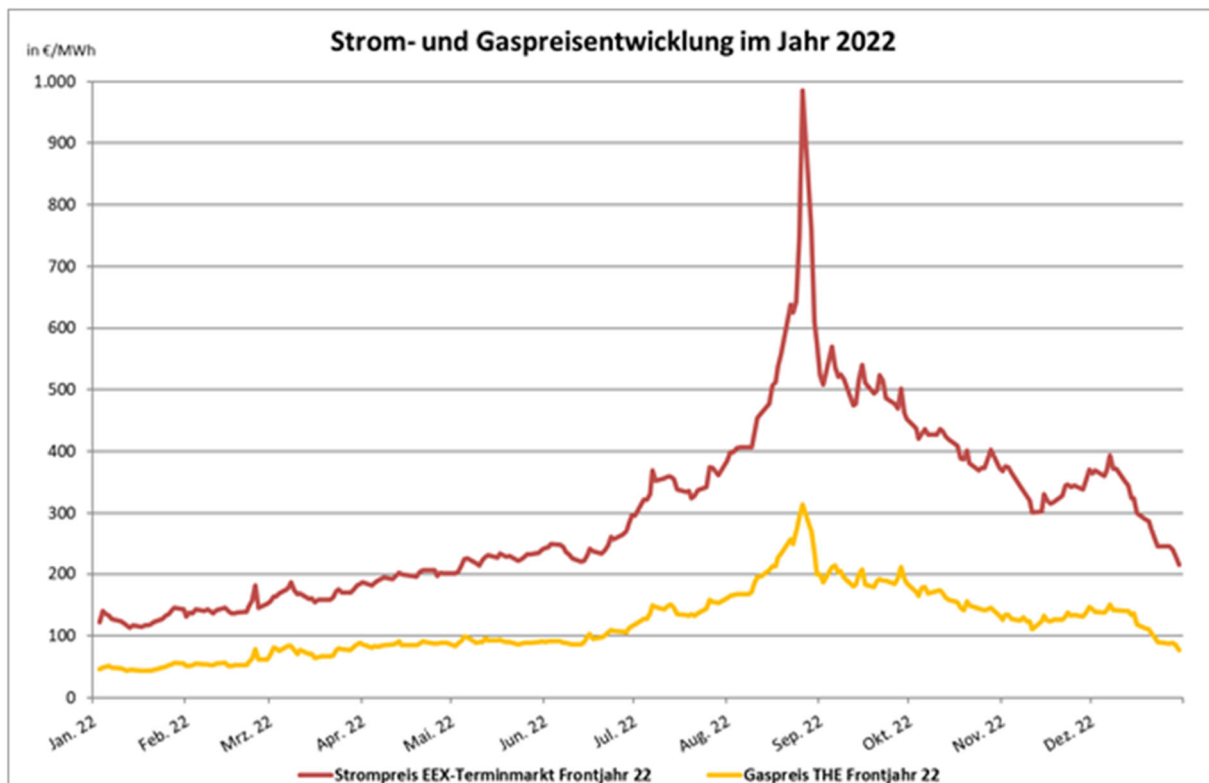
Abgesehen von den Energiepreisentwicklungen infolge des Krieges in der Ukraine (vgl. Gliederungspunkte 2.1 und 3.2) sind keine wesentlichen Ereignisse für die Gesellschaft zu verzeichnen gewesen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde mit der Ertüchtigung des Prozessleitsystems der Kraftwerksanschlagen begonnen. Hierfür wurden bereits erste Anzahlungen geleistet.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Preisverläufe von Strom, Gas und Emissionszertifikaten bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Die Abkehr vom russischen Gas und die damit verbundenen Herausforderungen in der Versorgung mit Gas und Wärme prägten ein Bild von Unsicherheit und Nervosität an den Energiemärkten in Europa. Bis in das dritte Quartal 2022 stiegen die Strom- und Gaspreise nahezu kontinuierlich an. Nie da gewesene Spitzenwerte konnten am 26. August 2022 (985 €/MWh für Strom und 314 €/MWh für Gas) verzeichnet werden. Volle Erdgasspeicher, Zukäufe von Flüssiggas, die Substitution von Erdgas durch Kohle, Öl und Atomkraft, Gaseinsparungen und milde Temperaturen sorgten im vierten Quartal für Entspannung verbunden mit einem Preisrückgang bis zum 31. Dezember unter das Vorkriegsniveau (Strom: ca. 215 €/MWh; Gas: ca. 77 €/MWh).

Die Großhandelspreise für Strom und Gas sind in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.



3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Jahr 2022 war in Deutschland/Europa auch energiepolitisch durch den Krieg in der Ukraine geprägt. Die Energie- und Klimapolitik wurde von Notmaßnahmen zur kurz- und mittelfristigen Krisenbewältigung dominiert.

Vor Kriegsbeginn war Deutschland/Europa signifikant von Importen fossiler Energieträger (insbesondere Erdgas) aus Russland abhängig.

Die Reaktion Deutschlands/Europas auf die Krise war von fossiler Diversifizierung und finanziellen Entlastungen geprägt:

- Die europäische Kommission erarbeitete daraufhin ein Maßnahmenpaket für europäische Energiesouveränität (REPowerEU), welches die Abhängigkeit von russischem Gas schnellstmöglich beenden soll.
- Steinkohlelieferungen aus Russland wurden seit Mitte August 2022 vollständig ersetzt. Rohölimporte aus Russland sind seit Anfang Dezember 2022 durch ein EU-weites Embargo verboten. Die Nutzung der heimischen Braunkohle wurde ausgeweitet. Braun- und Kohlekraftwerke wurden reaktiviert bzw. wurden geplante Abschaltungen verschoben. Außerdem wurde die Laufzeit der drei in Deutschland verbliebenen Atomkraftwerke bis in den April 2023 verlängert.
- Zentrales Element der kurzfristigen Versorgungssicherung war weiterhin die Befüllung der Gasspeicher. Die rasche Einspeicherung von Gas wurde durch einen geringeren Industrieverbrauch (hohe Preise), das Sparverhalten von Privatkunden sowie des allgemein geringeren Verbrauches durch milde Temperaturen getragen. Der Ankauf von zusätzlichen Mengen an Flüssiggas wirkte ebenfalls positiv auf die Befüllung der Gasspeicher. Das gesetzliche Ziel eines Füllstands von mindestens 95 % zu Beginn des Winters wurde dadurch übertroffen.

- Mit dem im Mai 2022 erlassenen LNG-Beschleunigungsgesetz wurde der Bau von LNG-Terminals per Gesetz forciert. Das erste mobile Terminal nahm im Dezember 2022 in Wilhelmshaven seinen Betrieb auf.
- Die Bundesregierung erließ zudem Verordnungen für Energiesparmaßnahmen, die u. a. niedrigere Mindestraumtemperaturen, eine Einschränkung der Außenbeleuchtung sowie verpflichtende Heizungsoptimierungen für große Wohngebäude, Firmen und öffentliche Gebäude mit Gasheizungen festschreiben.

Die Substitution russischer Energieträger war zum Jahresende 2022 nahezu abgeschlossen.

Die Bundesnetzagentur veröffentlicht täglich eine Einschätzung zur Gasversorgung. Mithilfe von fünf Indikatoren wird die aktuelle Gasversorgung in Deutschland bewertet. Die Indikatoren geben eine schnelle Einschätzung und Prognose zur aktuellen Lage und machen transparent, ob eine Gasmangellage akut droht. Die Bundesnetzagentur kommt derzeit zu der Einschätzung, dass die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Insgesamt wird die Lage weniger angespannt als zu Beginn des Winters 2022/2023 bewertet. Eine Verschlechterung der Situation kann aber weiterhin nicht ausgeschlossen werden. Die am 23. Juni 2022 ausgerufene Alarmstufe des Notfallplans Gas ist nach wie vor aktuell. Sollte dennoch eine Gasmangellage eintreten, sind neue Höchststände an den Energiemärkten nicht auszuschließen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, bedingt durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWKG-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit der EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Produktion

Im Geschäftsjahr 2022 produzierte die Gas- und Dampfturbinen-Anlage mit 2.730 (Vorjahr: 2.897) Betriebsstunden Strom und Fernwärme. Es wurden 154 GWh Strom (Vorjahr: 145 GWh) und 128 GWh Wärme (Vorjahr: 127 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 361 GWh (Vorjahr: 355 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 30 GWh (Vorjahr: 17 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 39 GWh (Vorjahr 23 GWh).

4.2. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 10,2 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) aus. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf einen höheren Clean Spark Spread in der Stromproduktion sowie auf die Förderung gemäß KWKG aufgrund der Modernisierung des Kraftwerkes im Vorjahr zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr (19,0 Mio. €) um 10,2 Mio. € auf 29,2 Mio. € an.

Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen auf 10,6 Mio. € (Vorjahr: 7,7 Mio. €). Die bezogenen Leistungen in Höhe von 3,0 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) lagen um 0,5 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen im Wesentlichen aufgrund eines Sondereffektes im Vorjahr mit 0,8 Mio. € um 1,3 Mio. € niedriger aus. Die Abschreibungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Mio. € auf 2,7 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €). Ursache ist die Aktivierung der modernisierten Kraftwerksanlage zum Ende des Vorjahres. Der Zinsaufwand mit 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) lag annähernd auf Vorjahresniveau. Das Jahresergebnis beinhaltet Aufwendungen für Ertragsteuern in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

4.3. Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 17,8 Mio. € (Vorjahr: 8,0 Mio. €). Die Steigerung ist insbesondere auf den höheren Jahresüberschuss, höhere Abschreibungen sowie die Zunahme von Rückstellungen zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €) betrifft im Wesentlichen die Restzahlungen aus der getätigten Modernisierung der GuD-Anlage im Vorjahr sowie geleistete Anzahlungen auf die Ertüchtigung des Prozessleitsystems.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -1,5 Mio. € (Vorjahr: 6,2 Mio. €) setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) gegenüber verbundenen Unternehmen sowie den gezahlten Zinsen von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr sind keine Darlehensaufnahmen enthalten.

Insgesamt erhöhte sich der Finanzmittelbestand um 15,0 Mio. € auf 15,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €).

4.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2022 auf 54,8 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 22,6 Mio. € erhöht.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 22,9 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €) hat einen wesentlichen Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die Verringerung um 1,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ist auf die planmäßigen Abschreibungen zurückzuführen. Das Umlaufvermögen in Höhe von 31,4 Mio. € erhöhte sich im Wesentlichen bedingt durch den höheren Finanzmittelbestand und gestiegene Anschaffungskosten für Emissionsrechte um 24,1 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €).

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 25,5 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €). Die Rückstellungen erhöhten sich insbesondere aufgrund gesteigerter Steuerrückstellungen und höherer Rückstellungen für den Verbrauch von Emissionsrechten um 6,1 Mio. € auf 8,6 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €). Die Verbindlichkeiten stiegen um 6,3 Mio. € auf 20,7 Mio. € (Vorjahr: 14,4 Mio. €), was im Wesentlichen auf Energierechnungen zurückzuführen ist. Gegenläufig wirkte die Tilgung der Gesellschafterdarlehen.

4.5. Gesamtaussage

Die KWT konnte das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung abschließen. Aufgrund der krisenbedingten Unwägbarkeiten soll das Jahresergebnis vollständig thesauriert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie den Preisen für Gas- und Stromprodukte sowie für CO₂-Zertifikate.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine weitere Diversifikation notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die nur langfristig bewältigt werden kann.

Nach der in Gliederungspunkt 3.3 dargelegten Einschätzung der Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Nichtsdestotrotz hat sich die KWT mit diesem Szenario auseinandergesetzt, aus welchem sich folgende Risiken ergeben würden:

Fehlende Liefermengen müssten wahrscheinlich zu deutlich höheren Preisen beschafft werden oder es fallen deutlich höhere Kosten für Ausgleichsenergie an. Entsprechende Kostensteigerungen müssten an die EVH weitergegeben werden.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle würde der Notfallplan Gas zur Anwendung kommen. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Danach wird der Versorgung sogenannter schützenswerter Kunden eine hohe Priorität eingeräumt. Unter den Schutzbereich fällt neben der reinen Gasversorgung für Heizzwecke von Haushaltskunden auch die Wärmeversorgung von Haushaltskunden und die dafür benötigten Gasmengen. Da die Erzeugungsanlagen der KWT diesem Zweck dienen, ist die Gasversorgung auch in einer Mangellage privilegiert zu gewährleisten. Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Das in Gliederungspunkt 5 beschriebene Szenario des Eintritts einer Gasmangellage hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft. Aufgrund der derzeitigen volatilen Marktpreissituation sind zukünftige neue Höchstpreise nicht ausschließbar. Zudem könnte das diskutierte Verstromungsverbot für gasbasierte KWK-Anlagen für die KWT gegebenenfalls relevant werden.

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha ist in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Planmäßig wird das modernisierte Kraftwerk im Jahr 2023 eine Stromproduktion in Höhe von 155 GWh und eine Fernwärmeproduktion in Höhe von 173 GWh erzeugen. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der preislich abgesicherten Produktion und der KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

Für das Geschäftsjahr 2023 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 21,4 Mio. €, einen Jahresüberschuss von 3,7 Mio. €.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	250	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 250 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die IT-Consult Halle GmbH als Ausgliederung der IT-Bereiche der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt u. a. für die Stadt und den SWH-Konzern notwendige Dienstleistungen. Die Gesellschaft dient demnach dem von der Stadt Halle (Saale) sowie den Stadtwerke-Unternehmen verfolgten öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Pankewitsch, Kerstin (seit 01.09.2022) Walther, René
--------------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€ %
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 15 50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.667	50	5.682	51	3.555	42	-15	0
Umlaufvermögen	5.270	47	5.241	47	4.801	56	29	1
Rechnungsabgrenzungsposten	301	3	271	2	164	2	30	11

Bilanzsumme	11.238	100	11.194	100	8.520	100	44	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	5	522	5	522	6	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	918	8	968	9	1.025	12	-50	-5
Rückstellungen	2.736	24	2.537	22	2.975	35	199	8
Verbindlichkeiten	6.939	62	7.022	63	3.842	45	-83	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	123	1	145	1	156	2	-22	-15

Bilanzsumme	11.238	100	11.194	100	8.520	100	44	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.910	32.322	32.724
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	554	-86	286
andere aktivierte Eigenleistungen	161	180	3
sonstige betriebliche Erträge	256	706	734
Materialaufwand	11.163	11.446	11.530
Personalaufwand	16.545	15.939	15.584
Abschreibungen	516	780	746
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.841	4.130	4.295
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	0	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58	38	18
Ergebnis nach Steuern	763	789	1.583
sonstige Steuern	3	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	760	786	1.580
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,31	2,43	4,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	145,76	150,75	302,89	%
Cash-Flow:	1.277	1.566	2.326	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	136	134	137	T€
Personalaufwandsquote:	48,83	48,12	46,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	43,33	46,17	37,13	%
Eigenkapitalquote:	4,64	4,66	6,12	%
Fremdkapitalquote:	95,36	95,34	93,88	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Die ITC ist ein moderner IT-Service-Provider und erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie hauptumfänglich für die Stadt Halle (Saale) sowie die Unternehmen der SWH-Gruppe. Weitere Dienstleistungen werden gegenüber weiteren kommunalen und privatwirtschaftlichen Kunden erbracht. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Schwestergesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) und Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) innerhalb der SWH-Gruppe.

Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens ist breit gefächert: Kern-Handlungsfelder sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-Services.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen sind ein wichtiger Bestandteil des IT-Serviceangebotes. Die Modernisierung langfristig bestehender IT-Infrastruktur-Komponenten und -systeme, wie zum Beispiel die komplette Netzwerk- und Serverlandschaft der SWH-Gruppe zählen ebenso zu den vereinbarten Aufgaben der ITC. Dies alles unter Berücksichtigung informationssicherheits- und datenschutzrelevanter Aspekte.

Ein fundiertes professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG i.V.m. § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG werden energiespezifische Dienstleistungen erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten sowie zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für die Bereiche Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb verpflichtet. Diese sind mit weiteren Erläuterungen dem Jahresabschluss beigelegt.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich im Wesentlichen um Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen für die Gesellschaften EVH und Netzgesellschaft Halle. Die diesbezüglichen Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung bzw. Gasverteilung bzw. grundzuständiger Messstellenbetrieb zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die übrigen Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der ITC zielt ab auf die Gewährleistung der digitalen Daseinsfürsorge für die Region Halle mit dem Schwerpunkt der Versorgungssicherheit. So unterstützt die ITC Daseinsfürsorge durch die Ermöglichung von Leistungen insbesondere der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) und durch die Bereitstellung eigener Leistungen. Diese sind langfristig und stetig im Sinne der Versorgungssicherheit.

Darauf aufbauend beruht die Strategie der Gesellschaft auf der Umsetzung der nachfolgenden Zielstellungen:

- Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter IT-Services,
- Zufriedenheit der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer eigenen, sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Geschäftspartner sowie als führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

1.3. Steuerung

Das Geschäftsjahr 2022 war analog dem Vorjahr weiterhin geprägt durch den ITC-Reorganisationsprozess zur Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation mit den Zielstellungen

- nachhaltige Verbesserung der Leistungserbringung gegenüber den Kunden,
- Implementierung arbeitsteiliger sowie effizienter Prozesse
- und damit einer zielgerichteten Hebung vorhandener ITC-Potentiale.

Auch mit dem Eintritt der neuen Geschäftsführerin Frau Dr. Kerstin Pankewitsch am 1. September 2022 ist ein weiterer großer Meilenstein innerhalb des Reorganisationsprojektes – der Neuaufsatz der Aufbauorganisation – abgeschlossen. Die effiziente Gestaltung und Implementierung neuer Prozesse auf Basis der bereits neu aufgestellten Organisationsstruktur stand und steht damit im Fokus der weiteren Optimierungsvorhaben. Wichtige interne Projekte zur Verbesserung der Leistungserbringung gegenüber den Kunden wie beispielsweise die Entwicklung eines IT-Service-Katalogs werden intensiv über das Jahr 2022 hinaus bis hin zu ihrer erfolgreichen Umsetzung begleitet. Die Auswirkungen der durchgeführten Anpassungen auf die Leistungserbringung und den Kundenkreis sollen dabei so gering wie möglich bleiben.

Neben der Geschäftsführerin Frau Dr. Kerstin Pankewitsch ist Herr René Walther weiterhin als Geschäftsführer in der ITC tätig.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 249 Mitarbeitende und 12 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Der ab dem 1. Januar 2021 geltende Geschäftsbesorgungsvertrag über die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen zwischen der ITC und der EVH bestand im Geschäftsjahr 2022 fort. Gleiches gilt für den Geschäftsbesorgungsvertrag über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und der SWH.

Zudem bestanden die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 1.500 fort.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Jahr 2022 war geprägt von vielen und vor allem neuen Herausforderungen für die Unternehmen der SWH-Gruppe und die Stadt Halle (Saale). Mit Beginn des Krieges in der Ukraine Anfang des Jahres 2022, den damit einhergehenden Auswirkungen auf den Energiemarkt, einer stark gestiegenen Inflation und den weiterhin auftretenden IT-bezogenen Beschaffungsengpässen waren kurzfristig vielfältige Anpassungen verbunden. Dies wurde zusätzlich durch die anhaltende COVID-19-Pandemie und die zunehmend angespannte Situation am Arbeitsmarkt verstärkt. Auch weiterhin kann nur bedingt beurteilt werden, inwieweit sich diese Krisen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken werden.

Dennoch positioniert sich die ITC in diesem Umfeld immer wieder neu. Die anhaltend schwierige geopolitische Situation mit entsprechenden Auswirkungen auf die ITC bringt Chancen auf die Weiterentwicklung der Gesellschaft. So wurde mit den zunehmenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, verstärkt durch den Krieg in der Ukraine, beispielsweise die Vorbereitung der Einführung eines Zentrums für Informationssicherheit (SOC) angegangen. Ziel dieses Zentrums ist, die direkten sicherheitsrelevanten Themen, auch im Sinne der SWH-Gruppe, langfristig an die wachsenden sicherheitskritischen Herausforderungen anzupassen.

Zudem verstärken immer neue Formen der digitalen Transformation in allen Branchen und über alle Wertschöpfungsketten hinweg den Wettbewerb um IT-Fachkräfte. Dieser wird durch den coronabedingten Trend zum mobilen Arbeiten verstärkt, indem in allen IT-Berufsgruppen ein zunehmender überregionaler Wettbewerb um Fachkräfte entsteht. Durch gezielte kurzfristige aber auch langfristige Maßnahmen – wie zum Beispiel die Kooperation mit der Hochschule Merseburg sowie einer stärkeren Präsenz und Kommunikation auf medialen Plattformen – wird dieser geschäftskritischen Problematik frühzeitig entgegengewirkt.

Die mittlerweile vollständig etablierte IT-Governance in der SWH-Gruppe hat die Rolle der Gesellschaft als kompetenter IT-Service-Provider der Gruppe gestärkt. Neben effizienten IT-Service-Management-Prozessen sowie einem professionellen IT-Projektportfoliomanagement sind vor allem innovative, effiziente, sichere und nachhaltige IT-Lösungen mit Mehrwert für die Geschäftsfelder der Gruppe gefordert. Das monatlich stattfindende operative IT-Forum mit den IT-Ansprechpersonen der Unternehmen der SWH-Gruppe und der IT-Koordination der SWH ist dabei ein wichtiger Multiplikator und Entscheidungsträger zur Schaffung von Synergieeffekten und ein entscheidender Faktor des innovativen Fortschritts.

Folgende Entwicklungsfelder wurden im Jahr 2022 weiterhin besonders priorisiert:

- die Fortführung der Umsetzung des Reorganisationsprozesses mit Fokus auf die Implementierung neuer und effizienter Geschäftsprozesse nach Abschluss der neuen Aufbauorganisation,
- die Weiterentwicklung des IT-Service-Katalogs und die damit verbundene Kosten- und Preiskalkulation der Kunden-Services als Basis für die Neugestaltung der IT-Dienstleistungsverträge ab dem 1. Januar 2024 unter Berücksichtigung der Einhaltung von Preisrechtskonformität und
- die Einführung eines digitalen Vertragsmanagements mit umfangreichen Funktionalitäten.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Die kontinuierliche Verbesserung der Anwendbarkeit des integrierten Managementsystems und die damit verbundene weitere Etablierung des internen Regelwerkes bilden einen wichtigen Schwerpunkt der Entwicklung der Unternehmensorganisation und -abläufe. Den Festlegungen der Konzernrichtlinie zur Regelsetzung K/R-1 folgend, wurde das gesamte Regelwerk der ITC in das elektronische Dokumentenmanagementsystem d.3 überführt.

Mit der Einführung eines digitalen Vertragsmanagements wurde ebenfalls ein wichtiger Meilenstein in der Optimierung interner Geschäftsprozesse erreicht. Wichtige Vertragsinformationen und deren Inhalte werden in einer Plattform zentralisiert, strukturiert und für alle Geschäftsbereiche im vollen Umfang digital zur Verfügung gestellt.

Die unternehmensweite Prozesslandkarte und einzelne Geschäftsprozessmodelle wurden und werden im Zuge des Reorganisationsprojektes durch das Architektur- und Prozessmanagement unter Nutzung des Tools SIGNAVIO in der BPMN 2.0-Notation weiter forciert und vorangetrieben.

Die ITC absolvierte in 2022 mit Erfolg das externe Audit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Zertifizierung DIN EN ISO/IEC 27001:2017 (IT-Sicherheit).

Eine auf die Organisationseinheiten dienstleistungsbezogene Neuausrichtung mittels eines Bereichscontrollings optimiert operative und strategische kaufmännische Prozesse der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde – wenn auch im Jahresverlauf nachlassende – Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr: 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr: 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des Geschäftsjahres waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die Netzgesellschaft Halle und die HWS (insbesondere auch durch die Herausforderungen auf dem Energiemarkt durch erhebliche Preissteigerungen sowie häufiger und kurzfristiger Gesetzesänderungen), die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur, IT-Sicherheit und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte. Nachfolgend seien für die Kernpartner ausgewiesene Projekte dargestellt.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

Als Vorbereitung auf das Vorprojekt der Umstellung auf SAP S/4 HANA bis zum Abschluss 2027 wurden 2022 verschiedene Systeme angepasst und implementiert. Dazu gehören u.a. die Archivierung, die elektronische Personalakte und Zeitwirtschaft für SAP HCM sowie die Umsetzung der Anforderungen des § 2b UStG.

Auch im Geschäftsjahr 2022 stand die ITC erneut als Dienstleister für Schulen der Stadt Halle (Saale) zur Seite. Die Umsetzung ist weiterhin mittel- bis langfristig orientiert (2020 bis 2028), da die Mengengerüste und Komplexitäten der betroffenen 64 Schulen in städtischer Trägerschaft für ca. 27.500 SchülerInnen sowie 2000 LehrerInnen enorm sind. Neben dem langfristig geplanten Projekt werden parallel kurzfristige Projekte wie Sofortausstattungsprogramme oder auch Schulumzüge umgesetzt.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Seit dem Jahr 2021 erfolgt nach der EVH und der EVHN schrittweise die Einführung von SAP S/4 HANA für die anderen Unternehmen der SWH Gruppe. Für diese Unternehmen wurden im Rahmen von individuellen Vorprojekten auf Basis der Vorgehensweise für EVH/Netzgesellschaft Halle und ITC Umsetzungsstrategien für die Einführung von SAP S/4 HANA erarbeitet und festgelegt. Mit dem Abschluss des Vorprojektes der HWS im Geschäftsjahr 2022 wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht. Das Vor- und Hauptprojekt SAP S/4 HANA für die SWH und AWH beginnt 2023. Zudem wurde im letzten Quartal 2022 gemeinsam mit den Partnern der SWH-Gruppe ein neuer Rahmenvertrag mit SAP (Vertragsnehmer EVH) erarbeitet und die Zusammenarbeit SAP-bezogener Themenstellungen im Konzern neu aufgestellt.

Im Rahmen des Projektes „DIVA“ (Neukonzeption der Investitions-, Instandhaltungs- und Abrüstungsprozesse) wurde für die EVH und Netzgesellschaft Halle die Implementierung neuer Geschäftsprozesse mit neuer Softwareunterstützung gemäß Projektplanung weiter vorangetrieben.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz und den gesetzlich geforderten Formatwechseln eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt.

Darüber hinaus erfolgte die Priorisierung und Umsetzungsplanung weiterer Digitalisierungsprojekte für die Gesellschaften der SWH-Gruppe insbesondere im Zusammenhang mit der Energiekrise.

Interne Projekte zur Prozessverbesserung

Die noch laufende Reorganisation der ITC hat umfangreiche Prozessanpassungen zur Erreichung der in Abschnitt 1.3 beschriebenen Zielstellungen zur Folge. Der Kernleistungserbringungsprozess des Unternehmens ist dabei der Ausgangspunkt.

Die weitere Entwicklung des IT-Service-Kataloges und die damit verbundene Kosten- und Preiskalkulation der Kunden-Services ist ein wesentlicher Bestandteil in der Neugestaltung der IT-Dienstleistungsverträge unter Berücksichtigung der Einhaltung von Preisrechtskonformität. Umzusetzende Maßnahmen wie die Beschreibung der Services und die Fertigstellung der Kosten- und Preiskalkulation wurden 2022 vorangetrieben und sind bis Ende März 2023 avisiert. Damit wird folglich eine fundamentale Grundlage für die Vertragsgespräche mit den Kunden im Geschäftsjahr 2023 geschaffen. Die Weiterentwicklung des IT-Service-Portals wird mit der Einführung des IT-Service-Katalogs und den neuen Dienstleistungsverträgen wieder stärker forciert.

Die Einführung eines digitalen Vertragsmanagements mit umfänglichen Funktionalitäten befand sich 2022 in der Phase der Überführung der noch vorhandenen Papierverträge in das digitale Format.

Ferner wurde mit der Migration des S/4 HANA Systems 2021 bei der ITC der Bestellprozess in intensiver Zusammenarbeit mit dem Einkaufsteam der EVH stetig optimiert und in der ITC weiter verankert und vorangetrieben. Der damit verbundene Prozess der Lagerhaltung wurde im Geschäftsjahr 2022 mit einer vorübergehenden Lösung angestoßen. Im folgenden Jahr soll dieses Projekt weiter intensiviert und in den Gesamtprozess der Beschaffung implementiert werden.

Im Zuge der übergeordneten Reorganisation in der ITC galt es auch, den kaufmännischen Bereich auf die neue Aufbauorganisation und die definierten Zielstellungen auszurichten. Ziel ist die stärkere Vernetzung zwischen den Fachbereichen und dem kaufmännischen Bereich als interner Dienstleister. Mit einem gemeinsamen Workshop konnten demnach die Weichen für eine wertsteigernde Zusammenarbeit für die folgenden Geschäftsjahre gestellt werden.

Umfeldaktivitäten

Die ITC hat auf dem Gebiet der IT-Betriebsführung nur noch eine Kommune in Sachsen-Anhalt als Kunden und plant mittelfristig, keinen weiteren Kommunen diese Leistung anzubieten. Mit der Konzentration auf die Erhöhung der Servicequalität für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) werden hier weiterhin Anpassungen vorgenommen. Das Projektgeschäft mit Drittkunden wird vorerst nicht mehr priorisiert.

Kommunen aus Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern greifen weiterhin über das Rechenzentrum auf „Das elektronische Personenstandsregister ePR21+“ für Standesämter zu und nutzen dabei auch die Sammelaktenlösung, die alle Anforderungen der Personenstandsverordnung zur Führung des elektronischen Registers erfüllt. Dies schließt die produktive Nutzung des automatisierten, elektronischen Datenaustausches zwischen den Standesämtern nach dem normierten Übermittlungsstandard „X-Personenstand“ mit ein. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Aktuell befindet sich der Vertrag in der automatischen, jährlichen Verlängerung.

Die ITC war auch 2022 Mitglied im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Über die bereits beschriebenen Änderungen der politischen Umwelt hinaus sind keine politischen und rechtlichen Änderungen mit wesentlichem Einfluss auf die Unternehmensentwicklung hervorzuheben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die KundInnen der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin, den KundInnen und GeschäftspartnerInnen, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d.h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des Informationsmanagementsystems (IMS) kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

3.4. Forschung und Entwicklung

Um in der IT-Branche langfristig erfolgreich zu sein und den stets komplexer werdenden Anforderungen der Geschäftsprozesse gerecht zu werden, ist es auch wichtig, organisatorische und personelle Rahmenbedingungen für disruptive Innovationen oder Technologien zu schaffen. Etablierten Lösungsanbietern stehen immer öfter Marktteilnehmer mit derartigen Strategien gegenüber. Um hier schritthalten zu können, hat die ITC eine eigene Organisationseinheit gebildet und kreative Mitarbeitende zusammengebracht. Zudem erfolgt eine verstärkte projektbezogene Zusammenarbeit mit Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Jahresende waren bei der ITC insgesamt 255 Beschäftigte tätig. Das sind 6 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre, insbesondere vor dem Hintergrund des stetig steigenden Fachkräftemangels. Beispielsweise mit dem Talentpool und weiteren Qualifizierungsprogrammen der SWH-Gruppe soll angestrebt werden, Mitarbeitende der ITC über verschiedene Bausteine laubbahnunabhängig zu qualifizieren und anhand ihrer Kompetenzen weiterzuentwickeln.

Um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt die ITC verstärkt auf die Ausbildung von FachinformatikerInnen sowie dual Studierende. Zudem hat die Gesellschaft eine Kooperation mit der Hochschule Merseburg im Jahr 2022 aufgenommen.

Darüber hinaus hat die ITC begonnen, mit gezielten Marketingmaßnahmen und über weitere Kommunikationskanäle Personal zu akquirieren. Gleichzeitig wird vor allem auch an der Personalbindung gearbeitet.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird, betrug T€ 760 und lag damit geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2022	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Umsatzerlöse	32.910	32.322	588	1,8
Übrige Erträge	971	800	171	21,4
Materialaufwand	11.163	11.446	-283	-2,5
Deckungsbeitrag	22.718	21.676	1.042	4,8
Personalaufwand	16.545	15.939	606	3,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.842	4.130	712	17,2
EBITDA	1.331	1.607	-276	-17,2
Abschreibungen	516	780	-264	-33,8
EBIT	815	827	-12	-1,5
Finanzergebnis	-53	-38	-15	-39,5
Steuern	2	3	-1	-33,3
Jahresergebnis	760	786	-26	-3,3

Die Umsatzerlöse des Unternehmens sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % auf T€ 32.910 leicht gestiegen.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für Stadt Halle

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 8.876. Dies sind T€ 1.683 mehr als im Vorjahr.

Umsatzerlöse Dienstleistungen für SWH

Im Geschäftsjahr 2022 betragen die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH-Gruppe T€ 18.791. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 16.615) erhöhten sich diese um T€ 2.176.

Umsatzerlöse Projektgeschäft Stadt Halle und SWH

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH-Gruppe und der Stadtverwaltung Halle war im Geschäftsjahr 2022 (T€ 3.542) im Vergleich zum Vorjahr (T€ 6.616) um T€ 3.074 rückläufig.

Umsatzerlöse Projekte und Dienstleistungen für Dritte

Mit einem Gesamtumsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 1.663 war das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten gegenüber dem Vorjahr (T€ 1.858) rückläufig (T€ -195). Dies begründet sich mit der strategischen Konzentration auf die Unternehmen der SWH-Gruppe und die Stadt Halle (Saale) und dem damit einhergehenden Rückgang insbesondere des Drittkundenprojektumsatzes.

Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von T€ 11.163 an. Der Rückgang in Höhe von T€ 283 war insbesondere auf geringere Aufwendungen für den Bezug von IT-Projekt- und Beratungsleistungen zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen betragen T€ 16.545 und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 15.939) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von T€ 606 war vor allem Ergebnis von Tarifsteigerungen und der Einstellung von neuen Mitarbeitenden im Verlauf des Geschäftsjahres.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2022 lagen mit T€ 516 unter dem Vorjahreswert (T€ 780), was auf geringere Investition als in den Vorjahren zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um T€ 712 auf T€ 4.842, was maßgeblich auf gestiegene Rechts- und Beratungskosten, IT-Dienstleistungen, Aufwendungen für Weiterbildung und Kommunikationsaufwendungen zurückzuführen war.

4.2. Finanzlage

Die ITC wies zum 31. Dezember 2022 ein Eigenkapital in Höhe von T€ 522 (Vorjahr: T€ 522) aus, was einer Eigenkapitalquote von 4,6 % (Vorjahr: 4,7 %) entspricht.

Die Kapitalflussrechnung verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelabfluss in Höhe von T€ 288 (Vorjahr: Zufluss T€ 188).

Liquiditätsentwicklung	2022	2021
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.743	1.388
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-494	-2.907
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.537	1.707
Zahlungswirksame Veränderungen	-288	188
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	578	390
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	290	578

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf bilanzielle Effekte (vor allem die Zunahme der Rückstellungen bei geringeren Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände) zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von T€ 631, im Wesentlichen für Hard- und Software sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung, getätigt. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr zahlungswirksame Teil der Investitionen in Höhe von T€ 624 spiegelt sich im Wesentlichen im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug T€ -1.537 und lag damit um T€ 3.244 unter dem Vorjahreswert. Ursächlich war die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen im Geschäftsjahr 2021, während 2022 kein weiteres Fremdkapital aufgenommen wurde.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 290, der aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die ITC in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der ITC T€ 11.238 und lag damit auf dem Vorjahresniveau (T€ 11.194). Auf der Aktivseite sank das Anlagevermögen geringfügig um T€ 15 auf T€ 5.667 und das Umlaufvermögen erhöhte sich von T€ 5.241 auf T€ 5.270.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Rückstellungen geprägt. Die Verbindlichkeiten aus den Gesellschafterdarlehen verringerten sich durch Tilgung um T€ 738 auf T€ 2.582.

4.4. Gesamtaussage

Insgesamt stellte sich die Gesellschaft auch im Jahr 2022 in einem umfangreichen Reorganisationsprojekt neu auf, um den zukünftigen Anforderungen insbesondere der Hauptpartner, der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale), gerecht zu werden. Das geplante Jahresergebnis für 2022 konnte aufgrund der mit der Reorganisation einhergehenden Aufwendungen nicht erreicht werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke-Halle-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der Risikoinventur insgesamt 41 Risiken ermittelt (Vorjahr 46). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 5 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	1	-	1
Führung/Organisation	1	-	1
Marktrisiken	2	-	2
Rechtliche Risiken	-	-	-
Technische Risiken	1	-	1
Gesamt	5	-	5

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorkehr einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung und IT-Sicherheit in den Unternehmen der SWH-Gruppe, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen. Dabei ist insbesondere zu nennen die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und des effektiven und effizienten Hard- und Softwareeinsatzes für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Informationssicherheits- und datenschutzrelevanten Aspekten kommt hierbei eine immer größere Bedeutung zu.

Die wirtschaftliche Lage hat sich trotz anhaltender Corona Pandemie, Inflation und Krieg in der Ukraine weiterhin als widerstandsfähig erwiesen. Die sich aus den Umweltbedingungen ergebenden Lieferengpässe hinsichtlich IT-bezogener Waren oder Preissteigerungen haben bisher keinen entscheidenden Einfluss auf die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen und IT-Waren in der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale), wenngleich die Herausforderungen nicht geringer werden. Damit kann zusammenfassend nicht genau abgeschätzt werden, inwieweit sich eine negative Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ITC ergibt. Notwendige Maßnahmen werden weiterhin umgesetzt.

Die Situation am Personalmarkt verschärft sich weiterhin. Mit der zunehmenden Digitalisierung und dem demografischen Wandel ist dabei die IT-Branche stark betroffen. Dies wird durch den anhaltenden durch Corona induzierten Trend zum mobilen Arbeiten verstärkt, sodass in allen IT-Berufsgruppen ein zunehmender und auch überregionaler Wettbewerb um Fachkräfte besteht. Gezielte kurzfristige vor allem aber auch langfristige Maßnahmen sollen dabei helfen, dieser mittlerweile ernsthaften Problematik frühzeitig entgegenzuwirken.

Weitere Risiken können aus den schon im Chancen- und Risikobericht berücksichtigten zusätzlichen Beschaffungseingängen sowie aus zusätzlichen IT-Sicherheitsrisiken entstehen.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2023 erwartet die ITC einen Anstieg der Umsatzerlöse von aktuell T€ 32.910 auf T€ 36.164.

Die Steigerung gegenüber dem Geschäftsjahr 2022 resultiert vor allem aus höheren erwarteten Dienstleistungen und Projektgeschäft gegenüber der SWH-Gruppe und Stadt Halle (Saale). Die zusätzlichen Umsätze aus IT-Dienstleistungen beruhen maßgeblich auf zusätzlichen Leistungen; der Anstieg des Projektgeschäfts neben einer zunehmenden Mengenkomponekte nach der Reorganisation auch auf einer Preiskomponekte. Die Realisierung moderater Umsätze aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der ITC, hier wird für 2023 von Umsatzerlösen auf dem aktuellen Niveau ausgegangen.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der ITC notwendig. Gleichsam steigen die Anforderungen an die Sicherheit für die IT-Infrastruktur deutlich.

Für das Jahr 2023 sind im Wirtschaftsplan der ITC Investitionen in Höhe von T€ 4.085 berücksichtigt. Nachfolgende Projekte stellen ausgewählte Investitionen für die ITC und für die Kunden „managed service“ dar:

- Austausch SAP-Infrastruktur (SWH-Gruppe, ohne Infrastruktur SAP S/4HANA)
- Einführung eines neuen Deployment Tools
- Erweiterung der virtuellen Server-Umgebung (SWH-Gruppe und Drittkunden).
- Erneuerung Exchange-Umgebung.

Zur Finanzierung der geplanten Investitionen werden Fremdmittel durch die SWH zur Verfügung gestellt.

Der Investitionsbedarf der ITC verbleibt auf einem hohen Niveau, da die ITC in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern auch im Rahmen der Bereitstellung von Services für mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Eine Aufnahme von Fremdmitteln außerhalb der SWH-Gruppe zur Finanzierung der Investitionen ist notwendig.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von T€ 948.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	300	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 300 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.273	53	2.663	69	2.823	67	-390	-15
Umlaufvermögen	2.017	47	1.173	31	1.388	33	844	72
Bilanzsumme	4.290	100	3.836	100	4.211	100	454	12
Passiva								
Eigenkapital	1.708	40	1.708	45	1.708	41	0	0
Rückstellungen	503	12	500	13	289	7	3	1
Verbindlichkeiten	2.079	48	1.628	42	2.214	52	451	28
Bilanzsumme	4.290	100	3.836	100	4.211	100	454	12

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	8.942	9.484	8.494
sonstige betriebliche Erträge	73	71	51
Materialaufwand	7.321	7.974	7.012
Personalaufwand	390	361	359
Abschreibungen	469	531	486
sonstige betriebliche Aufwendungen	379	309	327
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	12	3
Ergebnis nach Steuern	452	368	358
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	448	364	354
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,01	3,84	4,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	26,25	21,33	20,71	%
Cash-Flow:	917	895	840	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.127	1.194	1.068	T€
Personalaufwandsquote:	4,33	3,78	4,20	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	52,98	69,43	67,04	%
Eigenkapitalquote:	39,81	44,52	40,56	%
Fremdkapitalquote:	60,19	55,48	59,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	76.502,00	82.453,00	80.806,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	73.000,00	81.000,00	81.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall zur Bereitstellung von Sekundärrohstoffen sowie als Energieträger zur Substitution von Primärenergieträgern ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle aufbereitet und verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert entsprechend das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Ersatzbrennstoffen zu unterstützen. In der effizienten Verwertung des biogenen Anteils im Restmüll und der mittelkalorischen Ersatzbrennstoffe für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine klimaschonende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur sowie zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Des Weiteren wurde der Gesellschaft der Status einer Vorbehandlungsanlage nach Gewerbeabfallverordnung bestätigt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2022 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2022 durch eine grundsätzlich sehr gute Anlagenauslastung gekennzeichnet, wodurch sich die Entsorgungspreise bis Mitte des Geschäftsjahres auf einem konstant hohen Niveau bewegt haben. In der zweiten Jahreshälfte war ein steigender Druck auf die Verwertungspreise zu erkennen. Dies war bedingt durch eine grundsätzlich nachlassende Mengenverfügbarkeit auf dem Markt sowie ein höherer (witterungs-/jahreszeitlich bedingt) Bedarf seitens der thermischen Verwertungsanlagen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Weitergehende besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind aktuell nicht bekannt. Es ist jedoch zukünftig damit zu rechnen, dass weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen aus dem kommunalen und gewerblichen Bereich verabschiedet werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2022 reduzierte sich die Inputtonnage um 4 %. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Rückgang der Jahrestonnage um 2 % und beim Sperrmüll von 13 % zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 ebenfalls einen Mengenrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier sank die angenommene Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2022 um 15 %.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor stellte die signifikante Reduzierung der Strombezugskosten sowie der Fremdverwertungskosten im Geschäftsjahr 2022 dar. Durch eine optimierte Anlagensteuerung konnte der Energiebedarf reduziert werden. Zudem ist es der Gesellschaft gelungen, Potenziale im Rahmen der marktbezogenen Entwicklung der Endverwertungspreise zu nutzen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 waren im Unternehmen acht Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie vier Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch zertifizierte Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Wartungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 8.942 TEUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung von 9.484 TEUR in 2021 um 542 TEUR in 2022 gesunken. Die negative Entwicklung der Umsatzerlöse ist durch die rückläufige Entwicklung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle in beiden Geschäftsbereichen begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft sank im Vergleich zum Vorjahr um 653 TEUR und ist hauptsächlich durch gesunkene Endverwertungskosten sowie durch gesunkene Aufwendungen für Strombedarf begründet.

Im Bereich der Personalaufwendungen verzeichnete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 eine Steigerung um 29 TEUR.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 469 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 62 TEUR geringere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar. Die Veränderung des Abschreibungsaufwandes erklärt sich insbesondere durch die noch nicht vorgenommenen Investitionen für Ersatzbeschaffungen im Bereich der Mobil- und Anlagentechnik.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Kostensteigerung zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich insbesondere für die Aufwendungen im Rahmen des Versicherungsschutzes Kostensteigerungen. Die Suche und Absicherung nach einem ausreichenden Versicherungsschutz gestaltet sich jährlich sehr problematisch. Eine vollumfängliche Absicherung der Gesellschaft konnte nur durch eine erneute Erhöhung der Versicherungsprämie gedeckt werden. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2022 auf 379 TEUR. Dies entspricht einer Kostensteigerung von 70 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, auf einen Betrag von 448 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 84 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 1.708 TEUR.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 503 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (21 TEUR, Vorjahr 13 TEUR), Personalarückstellungen (20 TEUR; Vorjahr 16 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (59 TEUR; Vorjahr 51 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (403 TEUR; Vorjahr 420 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 35 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Minderung um 17 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 949 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung von 409 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen wurde im Geschäftsjahr 2020 die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, im Dezember 2020 in Höhe von 800 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 533 TEUR (Vorjahr 667 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 448 TEUR ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 113 TEUR. Die geleisteten Abschlagszahlungen des kommunalen Auftraggebers übersteigen die Kosten der tatsächlich behandelten überlassungspflichtigen Abfälle um 108 TEUR. Dies stellt den Hauptgrund für die sonstigen Verbindlichkeiten dar.

4.2.2. Investitionen

Die geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr 2022 betragen 425 TEUR und waren geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 83 TEUR vorgenommen. Diese resultieren aus Investitionen für die Ersatzbeschaffung einer Fahrzeugwaage in Höhe von 40 TEUR und für die Ersatzinvestition eines FE-Abscheiders in der Sortieranlage in Höhe von 37 TEUR. Das nicht in Anspruch genommene Investitionsvolumen in Höhe von 342 TEUR wird auf das Folgejahr verschoben.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 um 969 TEUR gestiegen und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 1.368 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 3 TEUR dar. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2022 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.459	2.849	-390
Kurzfristiges Vermögen	1.831	987	+844
Gesamtvermögen	4.290	3.836	+454
Langfristiges Kapital	2.109	2.242	-133
Kurzfristiges Kapital	2.181	1.594	+587
Gesamtkapital	4.290	3.836	+454

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Abschreibungen der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Investitionen des Geschäftsjahres 2022. Im Vergleich zum Vorjahr (2.663 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.273 TEUR.

Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (154 TEUR; Vorjahr 289 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (1.529 TEUR; Vorjahr 600 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 844 TEUR höheres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Ohne Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 1.708 TEUR ist eine Minderung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 133 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch die fortlaufende Tilgung eines im Dezember 2020 aufgenommenen Gesellschafterdarlehens von 800 TEUR, wovon zum Berichtsdatum entsprechend dem Tilgungsplan 400 TEUR dem langfristigen Kapital zuzuordnen sind.

Im Bereich des kurzfristigen Kapitals verzeichnet die Gesellschaft einen Anstieg von 587 TEUR im Vergleich zum Vorjahr, welcher hauptsächlich durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen begründet ist.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 328 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis in Höhe von 448 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Instandhaltungen, Endverwertungskosten sowie Versicherungsschutz konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen einerseits und durch Reduzierung der Aufwandspositionen Strombezug und Fremdverwertungskosten andererseits, kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 10 Risiken ermittelt (Vorjahr 13). Unter diesen Risiken lässt sich 1 Einzelrisiko der Gruppe 2 zuordnen und kein Risiko der Gruppe 1. Die Risiken verteilen sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	-	-	-
Finanzrisiken	-	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	5	-	-
Rechtliche Risiken	3	-	-
Technische Risiken	2	-	1
Gesamt	13	0	2

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2023 plant die RAB Halle GmbH für die Abfallbehandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.895 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2023 sowie aus vertraglich gebundenen Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2023 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 mit Erlösen in Höhe von 34 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 mit Umsatzerlösen in Höhe von 8.929 TEUR.

6.2. Investitionen

Die geplanten Investitionen des Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 430 TEUR sind geprägt durch Investitionen in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Geplant wurden hierbei 250 TEUR für die Ersatzinvestition eines Radladers und 180 TEUR für den Austausch des stationären Elektroumschlagbaggers. Aus heutiger Sicht geht die Gesellschaft von deutlich höheren Investitionskosten für die beiden Ersatzbeschaffungen aus. Aus diesem Grund wird das nicht ausgeschöpfte Investitionsbudget des Geschäftsjahres 2022 in das Geschäftsjahr 2023 übertragen.

In den Geschäftsjahren 2024 bis 2027 wird von einem kumulierten Investitionsvolumen von 1.485,6 TEUR, für notwendige Investitionen für Ersatzbeschaffungen in Anlagen- und Mobiltechnik (1.035,6 TEUR), für die Umsetzung von Auflagen der Genehmigungsbehörde sowie für die Steigerung der Wertstoffausschleusung, ausgegangen. Die Gesellschaft bewegt sich in ihrer operativen Tätigkeit im Rahmen von „Alt“-Genehmigungen und es besteht ein latentes Risiko von Nachforderungen seitens der Genehmigungsbehörde (z.B. verschärfte Auflagen zum Gewässerschutz).

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können durch Eigenmittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2023 sowie eine Stabilisierung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen versetzen die RAB Halle GmbH in die Lage, ein positives geplantes Ergebnis in Höhe von 325 TEUR vor Gewinnabführung zu erwirtschaften. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voranzutreiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2023 kennzeichnen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Schröder, André
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias
	Bieder, Marco
	Kretschmann, Reiner
	Probst, Michael
	Schulze, Jörg
	Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	81	79	78
Aufsichtsrat	1	1	1

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.085	23	1.504	33	1.787	39	-419	-28
Umlaufvermögen	3.731	77	3.030	67	2.718	60	701	23
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0	19	0	21	1	-4	-21

Bilanzsumme	4.831	100	4.553	100	4.526	100	278	6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.189	87	4.152	91	4.047	89	37	1
Rückstellungen	83	2	76	2	128	3	7	9
Verbindlichkeiten	531	11	325	7	351	8	206	63
Rechnungsabgrenzungsposten	28	0					28	

Bilanzsumme	4.831	100	4.553	100	4.526	100	278	6
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.917	6.057	5.588
sonstige betriebliche Erträge	129	109	66
Materialaufwand	1.307	1.398	1.137
Personalaufwand	2.486	2.376	2.307
Abschreibungen	618	681	783
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.483	1.466	1.107
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38	67	89
Ergebnis nach Steuern	115	179	231
sonstige Steuern	20	20	19
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	95	159	212

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,61	2,62	3,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,32	3,98	5,52	%
Cash-Flow:	713	840	995	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	114	121	109	T€
Personalaufwandsquote:	41,11	38,54	40,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	22,46	33,01	39,42	%
Eigenkapitalquote:	86,72	91,20	89,42	%
Fremdkapitalquote:	13,28	8,80	10,58	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Bioabfall	7.371,00	8.325,00	7.406,00	t
Pappe, Papier	7.708,00	8.401,00	8.534,00	t
Restabfall	23.624,00	24.846,00	24.615,00	t

f) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)

Das Jahr 2022 erwies sich in der Entsorgungswirtschaft sowie auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der weltweiten Situation als ein sehr schwieriges Jahr. Geprägt wurde das Jahr 2022 von schnellen gesetzlichen Änderungen, welche teilweise zu schwierigen wirtschaftlichen Situationen führten. Diese Verhältnisse endeten in der Regel in unvorhersehbaren Preissteigerungen oder bei Lieferproblemen.

Alle gesetzlichen Änderungen in der Abfallwirtschaft entstanden aus der Umsetzung des europäischen Abfallrechts. Weitestgehend erfolgte eine Vertiefung der Bemühungen hin zur Ressourcenschonung, der Klimaneutralität und der Kreislaufwirtschaft.

Hinsichtlich der allgemeinen Gesetzgebungen im Rahmen der pandemischen Lage sowie durch den Ukrainekrieg und den damit verbundenen Sanktionen kann man durchaus von einem turbulenten Jahr sprechen.

Bezüglich der Verwertung und Entsorgung konnte für das Jahr 2022 keine Mengenstabilität festgestellt werden. In allen Bereichen erfolgte ein Mengenrückgang. Auch in den Folgejahren werden die Gesamtmengen im geringeren Maß weiter sinken.

Eine Preisstabilität in der Branche ist nicht eingetreten, so sind in allen Bereichen diverse Preiserhöhungen in Kraft getreten. Der PPK-Markt hat sich im Jahr 2022 weiter zu einem volatilen Markt entwickelt.

Im Jahr 2022 waren weiterhin der Umgang mit der Corona-Pandemie sowie der Ukrainekrieg vorherrschende Themen. Die daraus resultierenden Folgen für die Abfallwirtschaft sind eindeutig zu erkennen.

Im gewerblichen Bereich konnte aufgrund der Pandemie und Unsicherheiten in den Produktionsprozessen die Erlössituation wie vor den Ereignissen nicht wieder erreicht werden. In Teilbereichen kam es zu Einbrüchen, da Lieferverpflichtungen nicht eingehalten werden konnten. Nicht zuletzt konnten Aufträge und Umsätze durch fehlende Fachkräfte nicht realisiert werden.

Im kommunalen Bereich wurde von den Entsorgern vor allem über die Zurückhaltung der Privathaushalte bei Investitionen aufgrund der inflationären Lage und damit verbundene Rückgänge speziell bei Sperrmüll und Elektroaltgeräten berichtet.

Auch im Jahr 2022 sorgten diverse Firmenübernahmen durch die großen Entsorgungsunternehmen für einseitige Marktveränderungen und eine anhaltende Verunsicherung in der Entsorgungsbranche.

Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen galt es im Jahr 2022 hauptsächlich diese umzusetzen. Von Änderungen betroffene Gesetze waren das Bundes-immissionsschutzgesetz sowie das Umweltstatistikgesetz. Betroffene Verordnungen waren u.a. die Abfallbeauftragtenverordnung, Elektronik- und Elektroaltgerätestoffverordnung und die POP-Abfall-Überwachungsverordnung.

Weiterhin wird der Ressourcenschonung, der Produktverantwortung und der Abfallvermeidung auch in der Abfallwirtschaft eine entscheidende Rolle zukommen.

Grundlegende gesetzliche Regelungen werden zu einen Auswirkungen auf das Nutzungsverhalten sowie die Preisentwicklung haben.

Der Beschaffungsmarkt in der Entsorgungswirtschaft steht in den nächsten Jahren vor einer grundsätzlichen Veränderung. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht absehbar, welcher alternative Antrieb sich durchsetzen wird.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2022 wurde von der RES GmbH trotz der negativen Rahmenbedingungen mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen, das über dem geplanten Jahresergebnis von 10 T€ lag. Positiv haben sich hierbei die geringeren Abschreibungswerte (um 71 T€) sowie die erhaltenen Fördermittel für den Heizungsumbau (63 T€) ausgewirkt.

Der unerwartet starke Mengenrückgang in allen Abfallarten ist auch der wirtschaftlichen Gesamtsituation geschuldet. Im Bereich Bioabfall ist eine Verringerung von 11,5 % eingetreten. Dieser Rückgang resultiert aus den veränderten Wetterverhältnissen im Jahr 2022. Die Grünabfallmengen sind um 8 % gefallen. Die Verminderung in den Bereichen Restabfall, Sperrmüll und PPK schwankten zwischen 5 % und 18 %. Die Verwertungserlöse für PPK wurden über das gesamte Jahr durch einen sinkenden, sehr volatilen Markt-Preis bestimmt. Im Laufe des Jahres 2022 schwankten die PPK-Erlöse von 61 €/t bis 125 €/t. Der an den EAW auszukehrende Erlös für PPK wurde ganzjährig ordnungsgemäß umgesetzt.

Im Laufe des Jahres hatte sich das Unternehmen mit einer ganzen Reihe von Mehrkosten auseinanderzusetzen. Die Dieselmotorkosten stiegen um 172 T€. Die Fahrzeugkosten stiegen insgesamt um ca. 16,5 %. Neuanschaffungen von Fahrzeugen meist sogar um 20 %. Die ab dem 1. Quartal einsetzenden Lieferengpässe und die massiven Verteuerungen von Ersatzteilen und Betriebsmitteln über das ganze Jahr 2022 haben den Geschäftsbetrieb fortwährend beeinflusst.

Die Aufwendungen für Leiharbeiter hingegen stiegen um 13 % auf 205 T€.

Für die Jahre 2023 bis 2025 wurden alle Ausschreibungen ordnungsgemäß durchgeführt. Die durchschnittlichen Erhöhungen lagen im Ergebnis bei durchschnittlich ca. 25 %.

Es gab im Jahr 2022 keine Verschiebungen im Betriebsablauf. Lediglich die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Erkrankungen führten zu einem erhöhten Dispositionsaufwand.

Für die Steuerung des Unternehmens werden sowohl finanzielle Leistungsindikatoren (monatliche Umsatz- und Kostenentwicklung) als auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren (Entwicklung des Landkreises und gesetzliche Anforderungen) verwendet. Als weiterer wichtiger Faktor für die Unternehmenssteuerung wird darauf geachtet, Entscheidungsprozesse möglichst auf kurzen Wegen schnell zu realisieren und ständig zu kommunizieren.

Die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge gestaltete sich fortlaufend schwieriger. Liefertermine können aufgrund fehlender Bauteile und Kapazitäten der Hersteller sowie von massiven Preiserhöhungen der Zulieferer nicht eingehalten werden. Für Abfallsammelfahrzeuge kommt es zu Wartezeiten von über einem Jahr. Die steigenden Kosten für die Instandhaltung konnten vom Unternehmen ausgeglichen werden.

a.) Allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2022 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes.

Alle Aufgaben zum Einsammeln und Transportieren von Abfällen auf dem Gebiet des Landkreises Mansfeld-Südharz für die Abfallarten Restabfall, Bioabfall, PPK, Sperrmüll, Elektroaltgeräte sowie gefährliche Abfälle wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Im Februar 2022 wurde vertragsgemäß die Kalkulation für die Vertragsperiode 2023-2025 vorgelegt und von einem unabhängigen Ingenieurbüro geprüft. Die Leistungen zur Verwertung von PPK, Bioabfall, Grünabfall und gefährlichen Abfällen wurden im Zeitraum April und Mai 2022 europaweit ausgeschrieben und vergeben.

Das im Jahr 2016 in der RES eingeführte Risikofrüherkennungssystem wurde im Jahr 2022 einer erneuten externen Prüfung unterzogen und im Ergebnis die konforme Einhaltung und eine Funktionalität bestätigt. Im Jahr 2022 wurden in der RES vier Aufsichtsratssitzungen durchgeführt. Außerdem wurden zwei Gesellschafterversammlungen abgehalten. Zu den Sitzungen wurden die zuständigen Gremien über den Betriebsablauf aktuell informiert. Notwendige Empfehlungen und Beschlüsse wurden gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, beraten und beschlossen.

Aufgrund der Investitionen in den Umweltschutz aus den Vorjahren konnten ca. 5,5 T€ eingespart werden.

Das Jahr 2022 konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 95 T€ abgeschlossen werden.

b.) Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2022 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben.

Aufgrund der sehr angespannten Liefersituation werden die Fahrgestelle im Februar 2023 geliefert. Die im Investitionsplan des Jahres 2022 bestätigten Fahrzeuge werden trotz vorgezogener Ausschreibung endgültig erst im Mai 2023 verfügbar sein.

Die Gesamtinvestitionen für das Jahr 2022 sollten 481,5 T€ betragen. Zusätzlich entfallen 198 T€ auf den Investitionsplan 2021. Durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 16,5 T€ erzielt. Der Investitionsbetrag für 2022 in Höhe von 277,5 T€ inklusive der Fahrzeuganzahlungen aus den Vorjahren wurde aus freien liquiden Mitteln finanziert.

Im Einzelnen werden die Investitionen aus dem Investitionsplan 2022 nachfolgend dargestellt:

In T€	geplante Investitionen 2022	realisierte Investitionen	Differenz
Fahrzeuge	430,0	197,0 ^{*)}	-233,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	46,5	0 ^{**)}	-46,5
EDV	5,0	3,0	-2
Summe:	481,5	200,0	-281,5

^{*)} Bei den realisierten Investitionen 2022 handelt es sich in Höhe von 38 T€ um einen PKW aus dem Investitionsplan 2021 und in Höhe von 159,0 T€ um Teilinvestitionen für Sonderaufbauten von Spezialfahrzeuge, deren endgültige Auslieferung erst 2023 erfolgen wird.

^{**)} Abweichend vom ursprünglichen Investitionsplan wurden 2022 Kosten für den Kauf von Abfallbehältern in Höhe von 77 T€ unmittelbar aufwandswirksam erfasst.

c.) Personal/Sozialbericht

Das Unternehmen hatte zum Stichtag 31. Dezember 2022 einen Personalbestand (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) in Höhe von 53. Der durchschnittliche Personalbestand (inkl. Geschäftsführer und Auszubildende) im Jahr 2022 betrug 56.

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Der Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2022 auf 2.485 T€ und lag damit um 109 T€ höher als im Vorjahr. Die Personalkosten stiegen durch die im 3. Zusatz zum Haustarifvertrag festgelegten Regelungen. Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 44 T€ inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden keine geleistet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersversorgung in Höhe von 128 T€.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 1 Arbeitnehmer und zum Jahresende 1 Mitarbeiter.

Ergänzend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen in Höhe von 1 T€ sowie der bedarfsmäßige Einsatz von Leiharbeitern in Höhe von 205 T€ erbracht.

In der RES wurde im Jahr 2022 die bereits vorhandene Nachfolgeplanung fortgeschrieben, um eventuell entstehenden Personalengpässen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es wurde kein weiterer Auszubildender zum Berufskraftfahrer eingestellt. Im Jahr 2023 sollen 2 Auszubildende eingestellt werden.

d.) Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2022 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen in Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im Dezember 2022 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Die im Jahr 2021 umgestellte Heizungsanlage und die Installation einer Photovoltaikanlage mit 21 KW elektrischer Leistung führten zu einer Reduzierung der Energiekosten. Außerdem konnte der Einsatz von Heizöl um ca. 20.000 l pro Jahr reduziert werden. Der Einsatz von fossilen Energieträgern für das Verwaltungsgebäude ist weggefallen. Die daraus resultierende CO₂-Gesamtersparnis beträgt ca. 33 t/a.

Die Umsetzung des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge ab dem Jahr 2025 wird weiterhin vorangetrieben. Im Jahr 2023 wird damit begonnen, einzelne ausgewählte Fahrzeuge durch elektrisch angetriebene Fahrzeuge zu ersetzen.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e.) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, Sperrmüll, PPK, Bioabfall, Grünabfall, Elektroaltgeräte und gefährliche Abfälle (Teilleistung 1-7) für die Jahre 2020 bis 2028 geschlossen. Alle drei Jahre erfolgt eine Kalkulation entsprechend den Richtlinien für Selbstkostenfestpreise. Diese wird durch den EAW geprüft und bestätigt. Die zweite Kalkulationsperiode beginnt im Jahr 2023.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 97,7 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2022 über kommunale Verträge generiert. Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 154 T€.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2021	Tonnage 2021	Leerungen 2022	Tonnage 2022
Restmüll	990.458	24.846	985.443	23.624
PPK	518.619	8.401	516.133	7.708
Bioabfall	364.970	8.325	368.929	7.371
Grünabfall	0	2.300	0	2.116
Sperrmüll	0	3.065	0	2.504
Elektroaltgeräte	0	347	0	267
gefährliche Abfälle	0	81	0	76

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert. Im Mai 2022 gewann die RES die Ausschreibung zur Straßenreinigung der Stadt Sangerhausen für die Jahre 2023-2026.

f.) Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2022 hat sich weiterhin leicht verbessert. Das zugegangene Sachanlagevermögen ist weiterhin eigenkapitalfinanziert. Der Kassenbestand und das Bankguthaben haben sich zum 31.12.2022 insgesamt um 385 T€ erhöht.

Das Eigenkapital stieg zum Stichtag um 37 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 87 %.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen weiterhin nicht. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 320 T€ und 210 T€ für sonstige Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Steuern sowie Personalkosten.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand belaufen sich auf 2.976 T€.

g.) Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen.

III. Risikobericht

Im Jahr 2022 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, so dass sich die Prognose für das Jahr 2022 trotz aller Markterschwernisse erfüllt hat. Das Unternehmen konnte aufgrund der Risikobewertungen immer relativ schnell auf Marktveränderungen reagieren und den Betriebsablauf anpassen. Es sind einige der analysierten Risiken eingetreten. Im Jahr 2022 wurde die Wirksamkeit des im Jahr 2016 eingeführten Risikofrüherkennungssystems extern geprüft. Die Wirksamkeit wurde bestätigt.

Auf folgende der überwachten Kriterien war es notwendig zu reagieren und diese wurden kontinuierlich beobachtet sowie monatlich erneut bewertet:

- der Bereich der unerwarteten möglichen Kostensteigerungen für Ersatzteil- und Reparaturkosten im Fuhrpark, die Entwicklung von Treibstoff- und Ölpreisen, Kosten für Leiharbeiter, Anordnungen und gesetzliche Änderungen sowie die demografische Entwicklung
- Durch vertragliche Regelungen gesicherte Kriterien, welche erst für das Jahr 2023 neu bewertet werden:
- die Entwicklung des Preisniveaus der Verwertung von Abfällen sowie die Entwicklung des Preisniveaus im Verwertungsbereich.
- Das bestehende Risiko der Corona-Pandemie konnte durch die aufgestellten Notfallpläne weitestgehend geringgehalten werden.

Direkte Auswirkungen durch den Ukrainekrieg auf das Unternehmen gab es keine. Die indirekten Auswirkungen in Form von den eingetretenen Risiken waren im Unternehmen spürbar.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien informiert.

Der Hauptvertrag der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld-Südharz ist bis zum 31.12.2028 gesichert.

a.) Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2023 und den folgenden Jahren von einer weiterhin positiven Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Für die Kalkulationsperiode 2023-2025 konnten die Leistungsentgelte im Durchschnitt um 15 % angepasst werden. So ist für die Gesellschaft im Jahr 2023 ein Umsatz von 7.056 T€ bei einem Ergebnis von 125 T€ geplant. Im Jahr 2023 sollen insgesamt inklusive der Fahrzeugbeschaffung aus den Vorjahren 1.556 T€ investiert werden.

Für das Jahr 2023 geht die Unternehmensleitung trotz der Preiserhöhungen, vor allem im technischen Bereich, von einer konstanten Entwicklung aus. Um technischen Lieferschwierigkeiten entgegenzuwirken, werden im Jahr 2023 Maßnahmen getroffen, um die Leistungen weiterhin fristgerecht und vollumfänglich umsetzen zu können. Das Jahr 2023 und folgende werden wie im Wirtschaftsplan 2023 und der dazugehörigen Vorausschau dargestellt, prognostiziert.

Für den Bereich der Wertstoffhöfe gehen wir davon aus, dass sich die Erlöse im Jahr 2023 aufgrund der Neukalkulation erhöhen. Die Verwertungsorte der Abfälle von den Wertstoffhöfen werden durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz vorgegeben. Bezüglich der folgenden Jahre ist davon auszugehen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung und der Inflation ein stärkerer Mengenrückgang eintreten wird.

Es wird erwartet, dass im Jahr 2023 im Bereich Restabfall die Mengen weiterhin sinken. Im PPK-Bereich werden sich die Mengen ebenfalls reduzieren, bei gleichbleibendem Volumen. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware weiterhin sinken.

Aufgrund des neu beginnenden Kalkulationszeitraumes kann mit einem besseren Ergebnis gegenüber den Vorjahren gerechnet werden, welches sich in den Folgejahren relativiert.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird die Unternehmensentwicklung ab dem Jahr 2023 wie prognostiziert fortgesetzt. Die hohen Standards sollen durch die Einführung verschiedener weiterer Kontrollmechanismen gefestigt werden.

Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark wurden in die Planung für das Jahr 2023 einbezogen.

IV. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten. Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes sind im Rahmen des betrieblichen Ablaufes keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

V. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

- Der Jahresüberschuss beträgt 95.165,06 €.
- Von dem Jahresüberschuss werden 3 % bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 32.550,16 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet.
- Weiterhin schlägt die Geschäftsführung auf der Grundlage der Jahresabrechnung eine zusätzliche Ausschüttung in Höhe von 19.966,00 € im Jahr 2023 an die Gesellschafter zu gleichen Teilen vor. Der zusätzliche auszuschüttende Anteil ist das Ergebnis der gewerblichen Leistungen aus dem Jahr 2022.
- Es sollen 42.648,90 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt. Prokura wurde Herrn Steffen Möckel im Jahr 2018 erteilt.

SP X GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.164	73	10.465	84	828	57	-301	-3
Umlaufvermögen	2.569	19	799	6	502	35	1.770	222
Rechnungsabgrenzungsposten	1.140	8	1.180	10	14	1	-40	-3
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	0	0	96	7	0	0

Bilanzsumme	13.873	100	12.444	100	1.440	100	1.429	11
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.030	15	2.530	20	4	0	-500	-20
Rückstellungen	36	0	32	0	3	0	4	13
Verbindlichkeiten	11.650	84	9.882	80	1.433	100	1.768	18
Passive latente Steuern	157	1	0	0	0	0	157	

Bilanzsumme	13.873	100	12.444	100	1.440	100	1.429	11
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.533	876	0
sonstige betriebliche Erträge	9	21	0
Materialaufwand	177	86	1
Abschreibungen	432	214	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	86	77	23
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	172	124	44
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	167	0	0
Ergebnis nach Steuern	1.508	396	-68
sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.507	396	-68
Belastung der Kapitalkonten	0	30	69
Gutschrift auf Kapitalkonten	0	0	-1
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-1.507	-426	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	59,47	45,22		%
Eigenkapitalrentabilität:	74,22	15,65	-1.667,47	%
Cash-Flow:	1.939	610	-68	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,26	84,10	57,48	%
Eigenkapitalquote:	14,64	20,33	0,28	%
Fremdkapitalquote:	85,36	79,67	99,72	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	20,8	20,0	0,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP X GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP X GmbH & Co. KG (SP X) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP X ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde zwischen der SP X und der EVH GmbH eine Vereinbarung über eine Festpreisvergütung im Zuge der Stromdirektvermarktung abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Des Weiteren wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltete unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP X ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Laubsdorf, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 20,0 MW.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 20,8 GWh Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 112,8 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,8 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die SP X einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.507 T€, was einem Anstieg von 1.111 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1.658 T€ auf 2.534 T€, was unterschiedliche Ursachen hatte. Insbesondere die Tatsache, dass die Photovoltaikanlage erstmalig das ganze Jahr über im Betrieb war sowie die in Gliederungspunkt 3.1 beschriebene Festpreisvergütung trugen zur Umsatzsteigerung bei.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs verbuchte Materialaufwand betrug 177 T€ (Vorjahr: 86 T€). Abschreibungen fielen in Höhe von 432 T€ an (Vorjahr: 214 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten insgesamt 85 T€ (Vorjahr: 77 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 48 T€ auf 172 T€.

Der Ertragsteueraufwand betrug im Geschäftsjahr 167 T€ (Vorjahr 0 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP X belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 2.400 T€ (Vorjahr: 423 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.504 T€ war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 132 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -395 T€ und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.349 T€, Darlehenstilgungen in Höhe von 647 T€ sowie Zinszahlungen in Höhe von 170 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen und -entnahmen der Gesellschafterin in Höhe von saldiert -926 T€ enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der SP X 13.873 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.429 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen im Wesentlichen durch die planmäßige Abschreibung um 301 T€ auf 10.164 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 2.400 T€ (Vorjahr: 423 T€) und Forderungen in Höhe von 169 T€ (Vorjahr: 376 T€). Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1.140 T€ (Vorjahr: 1.180 T€) resultiert aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk.

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 10.126 T€ die größte Position (Vorjahr: 9.425 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 1.067 T€ auf 1.524 T€ durch den noch nicht an die Kommanditistin ausgeschütteten Jahresüberschuss. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 11.650 T€ (Vorjahr: 9.882 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft reduzierte sich um 500 T€ auf 2.030 T€ aufgrund einer Eigenkapitalrückführung. Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 157 T€ (Vorjahr: 0 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP X schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die mit der EVH abgeschlossene Festpreisvergütung zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP X ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP X ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 815 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die SP X. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der SP X berücksichtigt.

SP XVII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.800	70	7.050	69	428	34	750	11
Umlaufvermögen	2.141	19	1.915	19	819	64	226	12
Rechnungsabgrenzungsposten	1.160	11	1.200	12	0	0	-40	-3
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	0	0	23	2	0	0
Bilanzsumme	11.101	100	10.165	100	1.270	100	936	9

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.294	21	3.222	32	6	0	-928	-29
Rückstellungen	35	0	9	0	2	0	26	289
Verbindlichkeiten	8.759	79	6.934	68	1.262	100	1.825	26
Passive latente Steuern	13	0	0	0	0	0	13	
Bilanzsumme	11.101	100	10.165	100	1.270	100	936	9

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.838	0	0
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	177	0	1
Abschreibungen	325	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	138	32	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	143	66	16
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23	0	0
Ergebnis nach Steuern	1.032	-98	-19
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.032	-98	-19
Belastung der Kapitalkonten	0	26	20
Gutschriften auf Kapitalkonten	0	0	-1
Gutschrift auf (-)/Belastung des Verlustvortragkontos	-72	72	0
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-960	0	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	56,16			%
Eigenkapitalrentabilität:	44,99	-3,04	-331,30	%
Cash-Flow:	1.357	-98	-19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	70,26	69,36	33,69	%
Eigenkapitalquote:	20,67	31,69	0,45	%
Fremdkapitalquote:	79,33	68,31	99,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	15,3	0,0	0,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVII GmbH & Co. KG (SP XVII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärfen die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft hat die Photovoltaikanlage Sergen West mit einer Gesamtleistung von 15,3 MWp am 25. Januar 2022 erfolgreich in Betrieb genommen.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde zwischen der SP XVII und der EVH GmbH eine Vereinbarung über eine Festpreisvergütung im Zuge der Stromdirektvermarktung abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Des Weiteren wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltet unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o. g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVII ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Sergen West, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 15,3 MW.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 15,8 GWh Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 107,1 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,6 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die SP XVII einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.032 T€, was einem Anstieg von 1.130 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 98 T€). Die Steigerung ist insbesondere auf erstmalige Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen im Geschäftsjahr 1.838 T€ (Vorjahr: 0 T€).

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs verbuchte Materialaufwand im Geschäftsjahr 2022 betrug 177 T€ (Vorjahr: 0 T€). Abschreibungen fielen in Höhe von 325 T€ an (Vorjahr: 0 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten insgesamt 138 T€ (Vorjahr: 32 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 77 T€ auf 144 T€.

Der Steueraufwand betrug im Geschäftsjahr 23 T€ (Vorjahr 0 T€).

4.2.- Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVII belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 2.034 T€ (Vorjahr: 292 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.099 T€ (Vorjahr: -2.051 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Geschäftsbetriebes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 1.075 T€ (Vorjahr: 6.621 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -282 T€ (Vorjahr: 8.951 T€) und beinhaltet unter anderem Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.748 T€ (Vorjahr: 6.959 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 888 T€ (Vorjahr: TEUR 0) sowie Zinszahlungen in Höhe von 142 T€ (Vorjahr: 45 T€). Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen und -entnahmen der Kommanditistin in Höhe von saldiert -1.000 T€ (Vorjahr: 2.075 T€) enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der SP XVII 11.101 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 936 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage Sergen West um 750 T€ auf 7.800 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 2.034 T€ (Vorjahr: 292 T€) und Forderungen in Höhe von 107 T€ (Vorjahr: 858 T€). Im Vorjahr waren zudem sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 764 T€ enthalten. Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1.160 T€ (Vorjahr: 1.200 T€) resultiert aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk.

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 7.789 T€ die größte Position (Vorjahr: 6.929 T€). In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 8.759 T€ (Vorjahr: 6.934 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft reduzierte sich um 928 T€ auf 2.294 T€ im Wesentlichen aufgrund einer Eigenkapitalrückführung.

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVII schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Ergebnis oberhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die mit der EVH abgeschlossene Festpreisvergütung zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP XVII ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 580 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die SP XVII. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der SP XVII berücksichtigt.

SP XVIII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.727	81	918	41	692	88	10.809	1.177
Umlaufvermögen	1.580	11	495	22	80	10	1.085	219
Rechnungsabgrenzungsposten	1.100	8	825	37	0	0	275	33
Nicht durch Vermögenseinlage gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten	0	0	0	0	16	2	0	0
Bilanzsumme	14.407	100	2.238	100	788	100	12.169	544
Passiva								
Eigenkapital	6.011	42	2.229	100	0	0	3.782	170
Rückstellungen	14	0	7	0	2	0	7	100
Verbindlichkeiten	8.382	58	2	0	786	100	8.380	419.000
Bilanzsumme	14.407	100	2.238	100	788	100	12.169	544

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	44	11	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	140	15	8
Ergebnis nach Steuern	-184	-26	-11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-184	-26	-11
Belastung der Kapitalkonten	0	17	12
Gutschrift auf Kapitalkonten	0	0	-1
Belastung des Verlustvortragskontos	184	9	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,07	-1,15	-13.256,05	%
Cash-Flow:	-184	-26	-11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,40	41,00	87,88	%
Eigenkapitalquote:	41,72	99,56	0,01	%
Fremdkapitalquote:	58,28	0,44	99,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	0,00	0,00	0,00	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVIII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVIII GmbH & Co. KG (SP XVIII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVIII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2022 waren die Witterungsbedingungen für Photovoltaik sehr günstig. Im Sommer des Jahres wurde in der Europäischen Union und in Deutschland so viel Solarstrom produziert wie noch nie zuvor. Die Marktpreise an den Strombörsen bewegten sich während des gesamten Jahres auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Folgen verschärften die bestehenden Unsicherheiten im Energiemarkt und führten zu weiteren Preissteigerungen.

Die deutsche Wirtschaft behauptete sich trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie, gestörte Lieferketten, steigende Preisen). Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen.

Neben dem Ukraine-Konflikt und den damit verbundenen reduzierten bzw. ausbleibenden Gasflüssen trug auch der Ausfall französischer Atomkraftwerke dazu bei, dass die Unsicherheit im Energiemarkt im gesamten Jahresverlauf hoch war. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar erreichte ein neues Allzeithoch. So lag er beispielsweise im August mit 39,91 ct/kWh in diesem Jahr fast fünfmal so hoch wie im Vorjahresvergleich.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2022 wurde zwischen der SP XVIII und der EVH GmbH ein Rahmenvertrag zur Stromlieferung mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren abgeschlossen.

Die Projektentwicklung für die Photovoltaikanlage am Standort Sergen West II mit einer geplanten Leistung von bis zu 31,4 MWp wurde fortgeführt. Zur Finanzierung stellte die Kommanditistin im Geschäftsjahr 2022 Eigenmittel in Höhe von 3.967 T€ zur Verfügung. Zudem wurde ein Kreditvertrag über ein Volumen in Höhe von 11.400 T€ abgeschlossen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum Jahresanfang 2022 wurde eine EEG-Gesetzesnovelle für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterer Maßnahmen im Stromsektor im Bundesrat beschlossen. Dabei ist vorgesehen, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland bis 2030 auf 80 % zu erhöhen und bis 2035 darüber die Vollversorgung zu erreichen. Weiterhin enthält die Novelle das Ziel, den Ausbau von Photovoltaik bis 2026 auf ein jährliches Niveau von 22 GW anzuheben, um in Deutschland bis 2030 über eine installierte Leistung von 215 GW verfügen zu können. Weiterhin wurde die EEG-Umlage für Endverbraucher gestrichen. Grundsätzlich wird soweit erforderlich die verbleibende Finanzierung der Förderung von Photovoltaikanlagen nun über den Bundeshaushalt sichergestellt.

Am 30. September 2022 hat der EU-Rat einer Verordnung für ein „Energiepreisnotfallpaket“ zugestimmt. Diese enthält mit einer Erlösobergrenze, einer Solidaritätsabgabe und einer Verringerung des Bruttostromverbrauchs drei temporäre Kernmaßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise für Konsumenten.

Die Übertragung der EU-Vorgaben in deutsches Recht stand am 15./16. Dezember 2022 im Bundestag und Bundesrat zur Abstimmung und beinhaltet unter anderem Regelungen zur Erlösabschöpfung von Photovoltaikanlagen für den Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Allen Anlagen, deren installierte Leistung die Grenze von 1 MWp übersteigt, werden Erlöse im o.g. Zeitraum nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVIII ist die Errichtung und der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Sergen West II, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte die SP XVIII einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 184 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von 26 T€). Das negative Ergebnis ist auf die Projektierungsphase für die Erzeugungsanlage zurückzuführen.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen und Prüfungskosten in Höhe von insgesamt 44 T€ an (Vorjahr: 11 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich um 125 T€ auf 140 T€.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVIII belief sich am 31. Dezember 2022 auf insgesamt 371 T€ (Vorjahr: 310 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -1.310 T€ war insbesondere durch die Aufwendungen im Rahmen des Geschäftsbetriebes sowie durch Auszahlungen für die Nutzung des Umspannwerkes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 10.809 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 12.180 T€ und beinhaltet insbesondere die Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen in Höhe von 8.354 T€. Außerdem sind in der Position die Kapitaleinlagen und -entnahmen der Kommanditistin in Höhe von saldiert 3.967 T€ (Vorjahr: 1.509 T€) enthalten.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 betrug die Bilanzsumme der SP XVIII 14.407 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 12.169 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund der fortschreitenden Projektierung der Photovoltaikanlage um 10.809 T€ auf 11.727 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltet liquide Mittel in Höhe von 371 T€ (Vorjahr: 310 T€) und Forderungen in Höhe von 1.209 T€ (Vorjahr: 185 T€). Die Aktivierung eines Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1.100 T€ (Vorjahr: 825 T€) resultiert aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital der Gesellschaft im Wesentlichen aufgrund weiterer Eigenkapitaleinlagen um 3.782 T€ auf 6.011 T€. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich insbesondere durch die Aufnahme eines Darlehens auf 8.382 T€ (Vorjahr: 2 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVIII schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem höheren Jahresfehlbetrag ab, als in der Wirtschaftsplanung prognostiziert. Ursächlich dafür war der in 2022 voranschreitende Bau der Anlage und die damit verbundenen bezogenen Leistungen.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVIII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Die weltweite Wirtschaft war im Geschäftsjahr 2022 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie der COVID-19-Pandemie geprägt. Für die SP XVIII ergaben sich daraus jedoch keine negativen Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Für Januar 2023 ist die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage am Standort Sergen West II mit einer Leistung von bis zu 31,4 MWp geplant.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 464 T€.

Eine entsprechend Gliederungspunkt 3.2 durchzuführende und für 2023 wirksame Erlösabschöpfung hat signifikante Auswirkungen auf die SP XVIII. Diese Systematik wurde bereits in der Wirtschaftsplanung der SP XVIII berücksichtigt.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord, der als Betätigung im Bereich der Abwasserbeseitigung gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einen öffentlichen Zweck darstellt, wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt.

Es ist beabsichtigt, die Gesellschaft für einen anderen öffentlichen Zweck zu nutzen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Schirrmeister, Claudia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr 2022 keine Bezüge von der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	32	100	32	100	32	100	0	0
Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0
Passiva								
Eigenkapital	26	81	26	81	26	79	0	0
Rückstellungen	6	18	5	17	4	14	1	20
Verbindlichkeiten	0	1	1	2	2	7	-1	-100
Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	1
Personalaufwand	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	9	12	7
Ergebnis nach Steuern	-9	-12	-6
Erträge aus Verlustübernahmen	9	12	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-33,25	-45,62	-23,44	%
Cash-Flow:	-9	-12	-6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:		27,68	1,93	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	80,89	81,14	79,37	%
Fremdkapitalquote:	19,11	18,86	20,63	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Struktur

Alleinige Gesellschafterin der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Situation

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH wurde im Geschäftsjahr 2022 operativ nicht tätig. Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt. Die Geschäftstätigkeit der TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschränkt sich seitdem auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Geschäftsführung nach den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterin obliegen.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2022 wegen der Einstellung des operativen Geschäfts nicht erzielt. Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen zum 31. Dezember 2022 TEUR 0,3. Im Wesentlichen ist hier die Auflösung von Rückstellungen dargestellt.

Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 8,8 an. Diese Position beinhaltet Kosten für kaufmännische Dienstleistungen, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Versicherungen und Beiträge.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH weist im Jahr 2022 einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von TEUR 8,5 aus.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben und ist auch künftig gesichert. Zum einen verfügt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Rahmen des Cash Pools über ein ausreichendes Guthaben bei der Stadtwerke Halle GmbH, zum anderen ist die Stadtwerke Halle GmbH der TELONON Abwasserbehandlung GmbH durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich eines eventuell entstehenden Jahresfehlbetrages verpflichtet.

Steuerung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschäftigt neben der Geschäftsführerin kein weiteres eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt. Aufgrund der geringen Anzahl von Geschäftsvorfällen erfolgte eine Gegenüberstellung von Ist- und Planwerten lediglich zum Jahresende.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2022 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem benennt für das Jahr 2022 keine den Bestand der TELONON Abwasserbehandlung GmbH gefährdende Risiken.

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Chancen und Risiken können sich jedoch im Zusammenhang mit einer in der Zukunft unter Umständen erfolgenden erneuten Aufnahme einer Geschäftstätigkeit ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird nach außen unternehmerisch tätig werden, sobald sich im wirtschaftlichen Umfeld der Gesellschafterin eine Gelegenheit dazu bietet. Über den zeitlichen Rahmen und die weitere geschäftliche Entwicklung lassen sich derzeit keine Aussagen treffen. Bis dahin wird durch die Verwaltungskosten ein jährlicher Fehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von TEUR 8 erwartet.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	(vertreten durch Dr. Hakes, Markus)
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	222	185	165

d) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
mittelbar		
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	39.262	72	43.490	91	43.540	92	-4.228	-10
Umlaufvermögen	15.163	28	4.508	9	3.595	8	10.655	236
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	5	0	0	0	-5	-100

Bilanzsumme	54.425	100	48.003	100	47.135	100	6.422	13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	51.446	95	46.468	97	46.602	99	4.978	11
Rückstellungen	351	0	289	0	146	0	62	21
Verbindlichkeiten	2.628	5	1.246	3	387	1	1.382	111

Bilanzsumme	54.425	100	48.003	100	47.135	100	6.422	13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.010	1.406	1.213
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	69	328	69
sonstige betriebliche Erträge	38	69	21
Materialaufwand	678	649	528
Personalaufwand	1.333	1.134	753
Abschreibungen	13	9	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	214	111	144
Erträge aus Beteiligungen	10.509	1.187	1.348
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-23	-23
Ergebnis nach Steuern	10.388	1.110	1.243
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.388	1.110	1.243

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	516,76	78,92	102,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	25,30	2,45	2,74	%
Cash-Flow:	10.401	1.119	1.250	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	235	258	145	T€
Personalaufwandsquote:	62,97	62,88	57,76	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,06	0,05	0,03	%
Eigenkapitalquote:	94,53	96,80	98,87	%
Fremdkapitalquote:	5,47	3,20	1,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Stromproduktion der Windparks (eingespeist und vergütet)	241.484	208.620	242.124	MWh

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (im Folgenden „TOW“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Gesellschafter der TOW sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland und Österreich. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH („TOWV“) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlagen und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Seit dem 1. Januar 2017 ist der Geschäftsführer, Herr Dr. Markus Hakes, bei der TOW angestellt. Darüber hinaus sind zum Stichtag 31. Dezember 2022 13 weitere Mitarbeiter sowie Aushilfskräfte bei der Gesellschaft angestellt.

II. Steuerungssystem

Ziel der TOW war es, ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland in Tochter-/Beteiligungsgesellschaften mit einer Leistung von bis zu 150 MW aufzubauen. Dieses Ziel wurde im Jahr 2016 erreicht und die Investitionstätigkeit ist somit weitestgehend abgeschlossen.

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Ein wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator sind die Winderträge der Beteiligungsgesellschaften.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht.

Nunmehr soll die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Alle Windparkprojekte der TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG-Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam. Ebenso haben aktuelle Änderungen des EEG keine Auswirkungen auf die Windparks der TOW.

Aufgrund von geopolitischen Ereignissen sowie weiterer negativer lokaler Einflüsse erreichten die Marktwerte für Strom im Geschäftsjahr 2022 historische Höchststände. Diese führten trotz geringerer Stromproduktion zu deutlich höheren Umsatzerlösen als geplant. Als Reaktion auf diese Entwicklung hat die Bundesregierung gemäß §16 StromPBG eine Erlösabschöpfung dieser Übergewinne beschlossen, die bei den Beteiligungen der TOW erstmals für den Monat Dezember 2022 berücksichtigt wurde. Diese Erlösabschöpfung wird sich, zunächst befristet bis zum 30. Juni 2023, auch auf das folgende Geschäftsjahr auswirken.

II. Geschäftsverlauf

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2022 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung der jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2022 zeichnet sich durch einen unterdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertragsprognose (nichtfinanzieller Leistungsindikator) von 253.490 MWh für 2022 wurde mit 241.484 MWh (i. Vj. 208.620 MWh) zu 95% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 97%.

Trotz der eher schwachen Windausbeute verlief das Geschäftsjahr aufgrund des hohen Preisniveaus für die von den Beteiligungsgesellschaften direktvermarkteten Strommengen sehr erfolgreich.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 10.388 (i. Vj. TEUR 1.110) und liegt damit TEUR 8.947 über dem im Rahmen der Wirtschaftsplanung erwarteten Überschuss von TEUR 1.441. Die Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Beteiligungserträge als geplant (Ist: TEUR 10.509; Plan: TEUR 1.516). Die höheren Beteiligungserträge sind insbesondere auf die erhöhten Strommarktwerte zurückzuführen, die zu einer deutlich verbesserten Vergütung der Produktion führten und somit die unterplanmäßigen Erzeugungsmengen überkompensieren konnten.

Insgesamt wird das Geschäftsjahr als sehr zufriedenstellend angesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund der hohen Beteiligungserträge erhöhen sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen zum 31. Dezember 2022 um TEUR 9.114 auf TEUR 13.100.

Die Finanzmittel erhöhen sich zum 31. Dezember 2022 um TEUR 781 auf TEUR 887.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2022 bei 94,5% (i. Vj. 96,8%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken der Beteiligungsgesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind bzw. Sonne produzierten Strommengen. Denn die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering. Das Risiko aus Schäden an Windenergie- und Solaranlagen wird durch entsprechende Versicherungen gedeckt.

Der Trend der Strommarktwerte, die im Geschäftsjahr oberhalb der EEG-Vergütung lagen, könnte sich auch im Kalenderjahr 2023 fortsetzen, sodass das grundsätzliche Potential von Mehrerlösen im Jahr 2023 besteht. Hierbei ist allerdings die Erlösabschöpfung gemäß §16 StromPBG zu berücksichtigen, die zunächst bis zum 30. Juni 2023 befristet ist, durchaus aber von der Bundesregierung auch über dieses Datum hinaus noch verlängert werden kann.

II. Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird laut verabschiedeter Wirtschaftsplanung mit einem positiven Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) von TEUR 1.566 gerechnet. Für die Geschäftsjahre ab 2024 wird auch weiterhin mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

Die langfristige Steuerung der TOW wird anhand der Eigenkapitalrendite des eingesetzten Kapitals der Gesellschafter durchgeführt. Die Prognose bei einer 20-jährigen Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung der zukünftigen Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter liegt bei ca. 7%.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- Die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- Die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Hakes, Markus

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	73	100	74	100	256	100	-1	-1
Bilanzsumme	73	100	74	100	256	100	-1	-1
Passiva								
Eigenkapital	68	93	67	91	236	92	1	1
Rückstellungen	4	5	6	8	4	2	-2	-33
Verbindlichkeiten	1	2	1	1	16	6	0	0
Bilanzsumme	73	100	74	100	256	100	-1	-1

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	32	33	50
sonstige betriebliche Aufwendungen	7	9	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	2	6
Ergebnis nach Steuern	21	22	20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21	22	20

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	45,06	47,71	9,38	%
Cash-Flow:	21	22	20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,89	90,76	92,31	%
Fremdkapitalquote:	7,11	9,24	7,69	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, Aachen, (im Folgenden „TOWV“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen. Da die TOWV als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%-ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOWV wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der Projektgesellschaften, bei denen die TOWV als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, treffen indirekt auf die TOWV zu:

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht wurde. So wird die Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab 2015 in einem Pilotverfahren im Zuge von Ausschreibungen gewährt. Seit 2017 wird die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die Anpassungen des EEG führen zwar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, allerdings bleiben die Realisierung und der wirtschaftliche Betrieb von Onshore-Windparks und Solarparks auch weiterhin möglich.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist geprägt von der Tätigkeit als Komplementärin der TOW sowie deren Tochtergesellschaften. Der TOWV werden nach dem Gesellschaftsvertrag sämtliche marktangemessenen Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der TOW sowie deren Tochtergesellschaften eine jährliche Haftungsvergütung.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2022 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 21 (i. Vj. TEUR 22), welcher dem in der Wirtschaftsplanung erwarteten Ergebnis entspricht.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2022 erfolgten Ausschüttung des Gewinnvortrags in Höhe von TEUR 20 verringern sich die Finanzmittel um TEUR 14 von i. Vj. TEUR 51 auf TEUR 37 zum 31. Dezember 2022.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2022 bei 92,9% (i. Vj. 90,8%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der TOW sowie der unter Punkt II aufgeführten Gesellschaften tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko.

II. Prognosebericht

Neben den jährlichen Vergütungen erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen zu rechnen. Für das Jahr 2023 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 erwartet.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TOWV werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der TOW.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen des Dualen Systems übernehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Günther, Peter (bis 31.12.2022)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	551	100	540	100	542	100	11	2
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	552	100	541	100	543	100	11	2
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	504	91	496	92	489	90	8	2
Rückstellungen	15	3	17	3	26	5	-2	-12
Verbindlichkeiten	33	6	28	5	28	5	5	18

Bilanzsumme	552	100	541	100	543	100	11	2
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	217	218	217
sonstige betriebliche Erträge	3	9	11
Materialaufwand	158	162	159
Personalaufwand	22	22	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	33	33	36
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	3	2
Ergebnis nach Steuern	7	7	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	7	9

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,41	3,17	4,34	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,49	1,41	1,96	%
Cash-Flow:	7	7	9	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	110	114	114	T€
Personalaufwandsquote:	9,80	9,53	9,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,01	0,01	%
Eigenkapitalquote:	91,22	91,67	90,04	%
Fremdkapitalquote:	8,78	8,33	9,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	4.124,40	4.173,58	4.164,38	Mg

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von systembeteiligten Verpackungen aus Glas spezialisiert hat. Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, der Sparte Wasser und Entsorgung der SWH-Gruppe, welche zugleich mit 60 % Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 % der Anteile an der Gesellschaft beteiligt. Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas gemäß Verpackungsgesetz in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern und Unterflurbehältern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung und Sammlung insbesondere von systembeteiligten Verpackungen aus Glas im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf. Durch die Gesellschafterversammlung wurde Peter Günther mit Wirkung zum 31. Dezember 2022 als Geschäftsführer abberufen und Burkhardt Jänicke mit Wirkung zum 1. Januar 2023 zum Geschäftsführer berufen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Zu Beginn des zweiten Quartals 2022 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2025 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH abermals als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Damit kann die Gesellschaft ihre Leistungen weiterhin in der Stadt Halle (Saale) erbringen.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im dritten Quartal 2022 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 5. September 2022 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht damit die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gegeben an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Jahr 2022 bzw. zum Jahreswechsel reduzierte sich erstmals wieder die Anzahl der aktiven dualen Systeme auf insgesamt 10 Anbieter, u.a. ist das System „Veolia Dual“ ab 2023 nicht mehr am Markt tätig. Die Konsolidierung ist wahrscheinlich auf die Forderung des Kartellamtes nach einer „Konzernklausel“ zurückzuführen. Das Kartellamt fordert damit, dass keine „Mengenverschiebungen“ zwischen 2 dualen Systemen, welche durch einen Gesellschafter betrieben werden, herbeigeführt werden dürften, die zu einer Rückgabe der Hauptkostenverantwortung genutzt werden könnten. Dabei geht es um den Umstand, dass Systembetreiber nach ihren Marktanteilen Ausschreibungsgebiete zugewiesen bekommen und in der Regel dort dann 50 Prozent+X der Kosten für die Sammlung von Verpackungen zu tragen haben. Theoretisch wäre es möglich, dass ein Unternehmen, das zwei Systeme betreibt, sich der Hauptkostenverantwortung durch Mengenverschiebungen zwischen seinen Systemen entziehen könnte.

Größere Mengenverschiebungen bzw. Änderungen bei den Anteilen je System ergaben sich zusammenfassend im Jahr 2022 bzw. in der Vorausschau für 2023, trotz intensiver Preisverhandlungen zwischen den Systemen und Kunden, nicht. So hat das Ende 2021 neu auf den Markt eingetretene System Recycling Dual des Verpackungsherstellers Smurfit Kappa im Glasbereich keine nennenswerten Anteile gewinnen können. BellandVision ist nach den Lizenzmengen, für Verpackungen aus Glas beurteilt, weiterhin das größte System.

In Auswertung (Mitte 2022) der geplanten Lizenzmenge Glas im Vergleich zur Ist-Menge ergab sich für das Jahr 2021 bundesweit ein Rückgang von 1.783 Mg. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung wird für 2022 mit einem weiteren Rückgang gerechnet.

Bei der Entwicklung der Kosten für die Sammlung von Verkaufsverpackungen stiegen die Preise in 2023 deutlich. Im Ergebnis der Ausschreibung der dualen Systeme in 2022 für die Altglassammlung in 155 Städten und Kreisen sowie für die Erfassung von Leichtverpackungen in 139 Gebieten **dürften die Preise für die Sammelaufräge in den nächsten drei Jahren im Mittel um etwa 30 % steigen**. Eine wesentliche Ursache für die höheren Kosten ist, dass es, trotz der übereinstimmenden Forderung der potenziellen Auftragnehmer, keine Preisgleitklauseln in den Sammelverträgen gibt. Dadurch ergibt sich ein erhebliches Kalkulationsrisiko für die Auftragnehmer.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit dem am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetz wird u.a. auch die Absicherung gegen Insolvenzen bzw. deren Folgen für den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gestärkt. Kommt ein System, etwa wegen einer Insolvenz, seinen Aufgaben bei der Verpackungsentsorgung in Gänze oder zum Teil nicht nach, können Kommunen oder die zuständigen Behörden Kostenerstattung wegen Ersatzvornahme verlangen. Auch die gesetzliche Pflicht der Systeme zur Zahlung der Neben- und Mitbenutzungsentgelte ist nun im Rahmen der Festsetzung der Sicherheitsleistung nach dem Verpackungsgesetz absicherbar. Erstmals hat ein Verwaltungsgericht in der Hauptsache zu den von den Ländern geforderten Sicherheitsleistungen der dualen Systeme nach dem Verpackungsgesetz geurteilt. Das Verwaltungsgericht Stuttgart wies im September die Klagen von drei dualen Systemen gegen die Bescheide des Umweltministeriums Baden-Württemberg ab.

Im Jahr 2021 erfolgte eine Novellierung des Verpackungsgesetzes. Eine Herausforderung ergibt sich bei der Umsetzung der Novellierung aus der vorgeschriebenen Recyclingquote von 90,0 % für die Gesamtmenge des in Verkehr gebrachten Behälterglases. Ab 2022 müsste mehr Glas recycelt werden als derzeit gesammelt wurde. Beispielsweise wurden in 2020 2,40 Mio. Tonnen Verpackungen aus Glas lizenziert, während im gleichen Jahr aber tatsächlich nur 2,04 Mio. Tonnen eingesammelt bzw. dem Recycling wieder zugeführt wurden. Die Sammelmenge muss durch Maßnahmen wie die von den dualen Systemen lancierte Kampagne „Mülltrennung wirkt“ und weitere unterstützende Maßnahmen verbessert werden. Eine Möglichkeit wird auch in der Ausgestaltung der Vertragsstrukturen der dualen Systeme mit Erfassern und Kommunen gesehen, da die bestehenden Pauschalverträge keinen wirklichen Ansporn für eine Steigerung der Altglaserfassung sowie den Erhalt und die Ausweitung von bedarfsgerechten Containerstandorten darstellen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.331 Depotcontainer und Unterflurbehälter, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2022 ist mit einer Sammelleistung von 4.124 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 4.174 Mg um 1 % gesunken. Diese nahezu Konstanz des Sammelwertes wird von der Gesellschaft als Bestätigung der Qualität in der Leistungserbringung angesehen. Darüber hinaus begründet sich die Tonnage auf einer intensiven Nutzung des Sammelsystems für systembeteiligte Verpackungen aus Glas aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion mit einem hohen Umweltbewusstsein.

Da die Dienstleistungsverträge mit den dualen Systemen nicht an die Mengenentwicklung gekoppelt sind, kann aus der leicht reduzierten Sammeltonnage keine Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2022.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2022 im Stadtgebiet 319 öffentliche Standplätze und 136 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Der leichte Rückgang um sechs Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen, um die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zu steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2022 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und ist somit gegenüber dem Vorjahreswert unverändert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Analog zum Vorjahr konnten im Vertragszeitraum die Umsatzerlöse aus der Sammelleistung gehalten werden. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2022 nicht betriebsnotwendige Anlagegüter vermietet. Insgesamt wurden im Jahr 2022 Umsatzerlöse von TEUR 217 erwirtschaftet, was eine Reduktion von TEUR 1 gegenüber dem Vorjahr darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 9 im Jahr 2021 auf TEUR 3 im Jahr 2022 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge haben dabei die Auflösungen von Rückstellungen. Mit der Entwicklung der Sammelmenge an systembeteiligten Verpackungen aus Glas in der Stadt Halle (Saale) ist folglich die Reduktion des Aufwandes für die bezogenen Leistungen um TEUR 4 festzustellen. Neben der geringeren Tonnage ist dieser Umstand auf geringere Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen an den Depotcontainern zurückzuführen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2021	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	217,7	216,8	-0,8	-0,4
Sonstige betriebliche Erträge	9,3	3,1	-6,3	-67,2
Materialaufwand	162,1	158,1	-4,0	-2,4
Personalaufwand	21,6	21,6	-0,1	-0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33,2	32,3	-0,9	-2,6
EBITDA⁽¹⁾	10,1	7,9	-2,2	-21,7
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBIT⁽²⁾	10,1	7,9	-2,2	-21,7
Zinsergebnis	0,0	2,9	2,9	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10,1	10,8	0,7	7,0
Ertragsteuern	3,2	3,4	0,2	6,3
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	6,9	7,4	0,5	7,3

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Der Personalaufwand von TEUR 22 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 32 umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen dar. Mit dem nahezu unveränderten Personalaufwand setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2022 ein Ergebnis von TEUR 7. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis. Insbesondere konnte das geplante Ergebnis in der relativen Analyse übertroffen werden.

4.2. Finanzlage

Aufgrund des steigenden Zinsniveaus war es der Gesellschaft möglich, Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung im Cash Pool der SWH-Gruppe zu schöpfen. Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss. Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine Eigenkapitalquote von 91,4 % berichten.

Nettoschulden	2021	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	494,8	509,7	14,9	3,0
Nettoschulden	-494,8	-509,7	-14,9	-3,0
EBITDA	10,1	7,9	-2,2	-27,8
Nettoschulden/EBITDA	-49,0	-64,5	-15,5	-31,6

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 91,4 % leicht unter dem Vorjahreswert von 91,7 %, was insbesondere auf höhere Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag zurückzuführen ist.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2022 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld- bzw. Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 510 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Liquiditätsentwicklung	2021	2022
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-5,0	15,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0
Zahlungswirksame Veränderungen	-5,0	15,0
Finanzmittelfonds zum 01.01. d. J.	500,0	495,0
Finanzmittelfonds zum 31.12. d. J.	495,0	510,0

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von TEUR 541 zum Vorjahresstichtag steigt die Bilanzsumme um TEUR 11 auf TEUR 552 zum 31. Dezember 2022. Auf der Aktivseite der Bilanz ist die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um TEUR 15 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um TEUR 7. Dagegen ist der Bestand an Rückstellungen mit TEUR 15 gegenüber dem Bilanzstichtag 2021 auf einem um TEUR 2 niedrigerem Niveau. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 5.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit durch eine geringe Anzahl an Reklamationen auszudrücken. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Für diese dargestellten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr ein positives Resümee ziehen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2022 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2022 bei der WER Halle GmbH insgesamt neun Risiken ermittelt (Vorjahr: acht). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung. Bereits im Jahr 2020 wurden die drei Risiken von formellen und materiellen Verstößen gegen den Datenschutz und damit mögliche Sanktionen aus der Datenschutzgrundverordnung sowie die Compliance-Risiken in die Betrachtung aufgenommen.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der zwischenzeitliche Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Die frühzeitige und detaillierte Analyse des Marktes und die konsequente Auseinandersetzung mit den kostenbeeinflussenden Faktoren in der Gesellschaft konnte die Gewinnung des direkten Leistungsauftrages 2023 bis 2025 in der Stadt Halle (Saale) sichern. Weitere Chancen der Gesellschaft, durch ein regionales Wachstum zu einem Synergiepotenzial in der gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu kommen, wurden im Jahr 2022 nachrangig betrachtet.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2023 bis 2027 besteht darin, das Umsatzniveau zu steigern. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 3 im Jahr 2023.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Über den Zeitraum ab dem Jahr 2023 entschied eine erneute Ausschreibung der Leistungen im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2022. Hierbei plante die WER Halle GmbH die erfolgreiche Fortsetzung der Direktbeauftragung mit dem dualen System. Am 12. August 2022 erhielt die WER Halle GmbH das Zuschlagsschreiben. Abschließend wurde der Hauptvertrag mit dem Ausschreibungsführer auf elektronischem Weg am 6./8. September 2022 unterzeichnet. Neben der Rückmeldung und dem Zuschlag des Ausschreibungsführers hat die Gesellschaft bereits die Verträge mit allen dualen Systemen geschlossen.

Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 6. Oktober 2022 dem Wirtschaftsplan 2023 und der Vorschau 2024 bis 2027 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2023 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 8,7. Überzeugt leitet die Gesellschaft ihre strategische Ausrichtung und die Stellung am Markt aus der erfolgreichen Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber dem dualen System ab.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	226	15	248	18	220	21	-22	-9
Umlaufvermögen	1.260	85	1.165	82	826	79	95	8
Bilanzsumme	1.486	100	1.413	100	1.046	100	73	5
Passiva								
Eigenkapital	225	15	225	16	225	21	0	0
Rückstellungen	701	47	531	38	353	34	170	32
Verbindlichkeiten	560	38	657	46	468	45	-97	-15
Bilanzsumme	1.486	100	1.413	100	1.046	100	73	5

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.776	4.781	4.708
sonstige betriebliche Erträge	246	43	72
Materialaufwand	1.389	1.418	1.671
Personalaufwand	2.756	2.380	2.344
Abschreibungen	68	67	80
sonstige betriebliche Aufwendungen	517	510	424
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	297	448	261
sonstige Steuern	7	8	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	290	440	254
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,07	9,19	5,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	128,99	195,71	113,18	%
Cash-Flow:	358	507	334	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	91	93	85	T€
Personalaufwandsquote:	54,88	49,34	49,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	15,09	17,23	20,21	%
Eigenkapitalquote:	15,11	15,90	21,48	%
Fremdkapitalquote:	84,89	84,10	78,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	614	332	449	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	23.978	12.097	19.225	Anzahl
operativer Zählerwechsel	380	453	514	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.630	4.318	4.450	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser
Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Installationen an Trinkwasseranlagen
- Sammelkanal
Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle; Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen sowie der Instandhaltung von Fernwärme- und Gasanlagen; Erbringung von Elektrodienstleistungen
- Haustechnik (Fernwärme)
Betriebsführung/Wartung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen
- Tief- und Rohrleitungsbau
Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen, Trinkwasserhausanschlüssen; Erbringung von Tiefbau-, Reparatur- und Sanierungsleistungen im Trink- und Abwasserbereich
- Gas/Strom
spartenübergreifendes Zählermanagement; Wechsel von Gas- und Stromzählern sowie Messeinrichtungen.

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Ver- und Entsorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle (SWH)-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen bzw. vorhandene Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens. Anhand vorhandener Entwicklungen und Innovationen des freien Marktes wird auch das Angebot neuer Dienstleistungen durch die W + H ständig überprüft.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W + H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums auf dem Gebiet des spartenübergreifenden Zählermanagements, im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Energiedienstleistungen. Aktuelle Schwerpunkte liegen hierbei z.B. auf den Programmen zur Wärmetransformation.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W + H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der u.a. die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere neun Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragsituation gestaltete sich im Jahr 2022 grundsätzlich positiv. Bedingt durch die geopolitische Lage waren im ersten Halbjahr in einigen Bereichen Umsatzausfälle infolge eines temporären Investitionsstopps der Auftraggeber zu verzeichnen. Auch ein erhöhter krankheitsbedingter Ausfall von Mitarbeitenden trug zu Umsatzausfällen bei. Diese Verluste konnten aber im Jahresverlauf ausgeglichen werden.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau war, abgesehen von einem kurzzeitigen Investitionsstopp der HWS, insgesamt eine gute Auftragslage zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen (u.a. in der Streiberstraße und der Uranusstraße) beauftragt. Weiterhin konnte die W + H im Abwasserbereich durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren. Die Anzahl der sanierten Schächte stieg mit 38 Stück im Vergleich zum Vorjahr (28 Stück) wieder an. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gewechselten Schachtabdeckungen betrug 163 Stück und lag damit im Vergleich ebenfalls über dem Jahr 2021 (132 Stück). Weiter ausgebaut wurde die Sanierungstätigkeit im Bereich der begehbaren Abwasserkanäle. Im Auftrag der HWS wurde der zweite Abschnitt des Mischwasserkanals in der Carl-Robert-Straße saniert.

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels der Wasserzähler wurde der Einbau von Funkwasserzählern planmäßig umgesetzt. Eine weitere Steigerung war bei der Bewirtschaftung der Wasserzähler für die Abwasserentgeltminderung zu verzeichnen. Infolge der Witterungssituation in den Jahren 2018 bis 2022 ist hier eine kontinuierliche Steigerung erkennbar.

Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u.a. Installationsarbeiten im I-Gang, Elektroinstallationen an Abwasseranlagen, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal sowie die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH-Gruppe) wurden die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Sammelkanal überschritten.

Das Geschäftsfeld „Stromzählerwechsel“ wurde im Geschäftsjahr fortgeführt. Der geplante Umsatz konnte aufgrund eines fehlenden Mitarbeiters nicht vollständig erbracht werden. Die Anzahl der gewechselten Stromzähler konnte im Vergleich zu den Vorjahren gesteigert werden.

In der Sparte Haustechnik/Fernwärme wurden die geplanten Umsatzerlöse erreicht. Die Anzahl der bewirtschafteten Fernwärme - Hausanschlussstationen hat sich im Geschäftsjahr auf 721 Stück erhöht (Vorjahr: 711 Stück)

Zwischen der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Geschäftsführung der W + H wurde zum 1. Januar 2022 der bestehende Dienstleistungstarifvertrag angepasst. Wesentliche Punkte dazu sind u.a.

- Zahlung einer Corona Sonderprämie als Anerkennung für erbrachte Leistungen im Jahr 2021
- Erhöhung des Ecklohnes, der Jahressonderzahlung und des Leistungslohnes.

Darüber hinaus wurde zwischen der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Geschäftsführung der SWH zum 16. November 2022 ein Tarifvertrag über eine einmalige Inflationsausgleichsprämienzahlung geschlossen. Der Geltungsbereich des Vertrages erstreckt sich auch auf die Tochterunternehmen der SWH, d.h. auch die W + H. Eine entsprechende Auszahlung der Prämien erfolgte noch im Dezember des Geschäftsjahres.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Auswirkungen der Ansiedlungspolitik haben sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W + H ausgewirkt.

Durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere für verbundene Unternehmen konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten (u. a. im Tief- und Rohrleitungsbau, bei den Sanierungs- und Instandhaltungsleistungen sowie den Elektrodienstleistungen) wurden mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS, der Beauftragung des Stromzählerwechsels durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die Beauftragung von Elektrodienstleistungen diese Geschäftsfelder in der W + H weiter ausgebaut.

(Eine Übersicht der Geschäftstätigkeit 2022 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklung auf die Geschäftsfelder der W + H waren nicht zu verzeichnen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist der zum 1. Januar 2019 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2030 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung unter Berücksichtigung des flächendeckenden Einbaues von Funkwasserzählern einschließlich der Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Ausführung von Bauleistungen am Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde bis zum 31. Dezember 2023 verlängert.

Für die Tätigkeiten in der Abwassersparte wurden für 2023 Vereinbarungen für die Sanierung von Abwasserschächten und zur Auswechslung von Schachtabdeckungen geschlossen.

Seit 2018 wurde die W + H mittels Rahmenvertrag von der Energieversorgung Halle mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Der bestehende Vertrag wurde bis zum 31. Dezember 2023 verlängert. Dieses Geschäftsfeld soll zukünftig noch erweitert werden.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 wurde ein Rahmenvertrag über die Inspektion, Wartung und Störungsbeseitigung der EVH-eigenen Fernwärmehausanschlussstationen (Contracting) mit der EVH abgeschlossen.

Für den Betrieb der Sammelkanäle der Stadt Halle (Betrieb, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, Prüfung, Dokumentation) wurde eine Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W + H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren im Unternehmen 56 Mitarbeiter (Vorjahr 54 Mitarbeiter), davon zwei Auszubildende (Vorjahr 1 Auszubildender) beschäftigt.

Die gemäß Wirtschaftsplan vorgesehene Anzahl von Mitarbeitenden wurde eingehalten. Das vorhandene Personal wurde entsprechend des Bedarfes flexibel und spartenübergreifend eingesetzt.

Für die Gewinnung von Fachkräften setzt die W + H auf die Ausbildung und Qualifikation eigener Mitarbeiter. So waren zum Jahresende 2022 zwei Auszubildende bei der W + H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in dem Ausbildungsberuf Sanitär-, Klima- und Heizungstechniker bzw. Elektroniker für Betriebstechnik. Die W + H beteiligt sich an Ausbildungsprojekten der SWH, welche u.a. langzeitarbeitslosen Hallensern die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in das Berufsleben bietet. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal konnte auch durch die Einstellung von externen Mitarbeitern gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2022	2021
Tief- und Rohrleitungsbau	1.051,2	1.072,4
Wasser	1.223,5	1.287,3
Sammelkanal	1.374,2	1.268,4
Haustechnik	980,5	1.027,1
Gas/Strom	141,9	127,1
Schrotterlöse	14,1	7,0
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	-9,3	-8,5
Summe Umsatzerlöse	4.776,1	4.780,8

Die Umsatzerlöse der W+H betragen im Wirtschaftsjahr 4.776,1 TEUR und liegen damit um -4,7 TEUR (-0,1 %) geringfügig unter dem Vorjahr.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.051,2 TEUR realisiert. Diese Erlöse liegen um -21,2 TEUR (-2,0 %) unter Vorjahresniveau. Die HWS hat zur Sicherung des Investitionsbudgets der Stadtwerke Halle im 2. Quartal 2022 einen temporären Investitionsstopp ausgelöst, welcher auch Tiefbaumaßnahmen der W+H betraf. Zwischenzeitlich wurden die Maßnahmen nachbeauftrag, sodass der Umsatz auf Vorjahresniveau erreicht werden konnte.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen um -63,8 TEUR (-5,0 %) unter dem Vorjahreswert. Der turnusmäßige Wechsel des Zählerbestandes der HWS auf Funkzähler (smart metering) wurde planmäßig mit 4.630 Stück erbracht. Im Rahmen des operativen Zählerwechsels für defekte Zähler bzw. Neuanschlüsse lag die Anzahl der getauschten Zähler unter dem Vorjahresniveau. Außerdem konnten für das Maya mare weniger Erlöse abgerechnet werden. Für die Standrohrbewirtschaftung wurde eine Umsatzsteigerung zum Vorjahr um 25,0 TEUR (+21,5 %) erreicht.

In der Sparte Sammelkanal wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 1.374,2 TEUR erwirtschaftet. Zum Vorjahr stellt das einen Anstieg um 105,8 TEUR (+8,3 %) dar. Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge und die Weiterberechnung der erhöhten Einkaufspreise für den HAST Bau an den Auftraggeber EVH konnten die Umsätze gesteigert werden.

Die Sparte Haustechnik (Fernwärme) weist gegenüber dem Vorjahr um -46,6 TEUR (-4,5 %) geringere Umsatzerlöse aus. Zur Planvorgabe ist es eine Erfüllung von 102 %, denn der Großauftrag aus dem Vorjahr wurde in 2021 beendet.

Für das Geschäftsfeld zum Wechsel von Stromzählern liegen die Umsatzerlöse in der Sparte Gas/Elektro um 14,8 TEUR (+11,7) über dem Vorjahreswert. 2022 wurden 4.896 Stromzähler gewechselt, das sind 645 mehr als 2021. Der im Plan 2022 vorgesehene dritte Mitarbeiter für den Zählerwechsel konnte nicht eingestellt werden.

An sonstigen Umsatzerlöse wurden -9,3 TEUR verbucht. In dieser Position wird u.a. das Kundenskonto abgebildet, der negative Wert beschreibt die entgangenen Erlöse durch Skontoabzug.

An sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 246,4 TEUR erzielt, sie liegen um 208,3 TEUR (>100,0 %) über dem Vorjahreswert. Die im Vorjahr gebildete Rückstellung für Prozesskosten sowie die Rückstellung für Sozialplanmaßnahmen (Abfindungen) konnten umfangreich aufgelöst werden.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt um 89,5 TEUR (-7,7 %) unter dem Vorjahresniveau. Hauptsächlich im Direktverbrauch und in der Lagerentnahme wurde weniger Material benötigt.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde zu 2021 um 59,8 TEUR (+22,8 %) überschritten. Das wird u.a. durch die Beauftragung einer Spezialfirma für die anspruchsvollen Tiefbauarbeiten in den Baumaßnahmen Streiber- und Uranusstraße.

Der Personalaufwand lag im Wirtschaftsjahr bei 2.756,2 TEUR und liegt damit um +375,7 TEUR (+15,8 %) über dem Vorjahr. Als Ursache ist die Bildung von Rückstellungen für geplante Personalmaßnahmen und die Zahlung der steuerfreien Inflationsausgleichsprämie an alle Beschäftigten zu nennen.

Die Abschreibungen liegen um +1,5 TEUR (+2,3 %) über dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 7,8 TEUR (+1,5 %) über dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zurückzuführen.

Das Finanzergebnis beträgt +5,2 TEUR und liegt damit +6,3 TEUR über Vorjahresniveau. Aufgrund der aktuellen positiven Zinsentwicklung am Markt wurden ab September wieder Zinsen für das Guthaben im Cash Pool der SWH gezahlt.

Das Ergebnis nach Steuern liegt um -149,9 TEUR (-34,1 %) unter dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die HWS GmbH abgeführt.

Trotz Abnahme der Mittel im Cash Pool der Stadtwerke Halle (-363,6 TEUR) befindet sich die W + H weiterhin in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben.

4.2.2. Investitionen

Investitionen wurden in Höhe von 47,5 TEUR realisiert. Dies entspricht einem Erfüllungsstand von 63,3 %. Durch Lieferverzögerungen bei zahlreichen Herstellern konnten geplante Anschaffungen nicht getätigt werden und müssen in das neue Geschäftsjahr verschoben werden.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität besteht zwischen der W + H und den Stadtwerken eine Cash Pool-Vereinbarung. Die Vereinbarung mit der SWH vom 12. Dezember 2021 ersetzte die bis dahin bestehende Vereinbarung vom 26. Januar 2018 und umfasst die Abwicklung der Betriebsmittelfinanzierung über den Cash Pool. Die SWH führt Konten verschiedener Unternehmen aus dem SWH-Konzern in einem Cash Pool zusammen. Ziel ist die Optimierung der Liquiditätssteuerung durch die Vermeidung von gleichzeitigen Soll- und Habensalden der beteiligten Konten und die zentrale Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsaufnahmen bzw. -anlagen. Der Gesellschaft wird ein Kontokorrentkreditrahmen von TEUR 250 eingeräumt. Für die Sicherung der Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr war auch in diesem Jahr eine Inanspruchnahme des internen Kreditrahmens nicht notwendig.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich um 73,5 TEUR (5,2 %) auf 1.486,2 TEUR. Im Wesentlichen ist die Erhöhung der Bilanzsumme auf die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (1.091,0 TEUR; Vorjahr 1.024,2 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen die sonstigen Rückstellungen (Sozialplan 435,5 TEUR; Vorjahr 203,3 TEUR) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Ergebnisabführung 289,7 TEUR; Vorjahr 439,6 TEUR).

4.4. Gesamtaussage

Bedingt durch die geopolitische Lage sowie durch einen erhöhten krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitenden hat es in einigen Bereichen kurzzeitige Umsatzrückgänge gegeben, die aber im Jahresverlauf kompensiert werden konnten.

Wichtige Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge sowie qualifiziertes Fachpersonal. Bestehende Leistungen und neue Aufgabengebiete wurden weiter ausgebaut. Dazu zählen beispielsweise der zunehmende Leistungsumfang bei der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen, die Sanierungsleistungen an den baulichen Anlagen der SWH-Gruppe, die Sanierungsleistungen und Elektroinstallationsarbeiten für die Abwassersparte der HWS sowie der Wechsel von Stromzählern für die EVH.

Somit stellt sich das Unternehmen den neuen Herausforderungen und Entwicklungen innerhalb der Stadtwerkegruppe.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 289,7 TEUR und damit +38,8 TEUR über dem geplanten Ergebnis wird die anhaltende gute Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der W + H insgesamt 7 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Risiken der Gruppen 1 und 2 sind dabei nicht enthalten.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	3	0	0
Rechtliche Risiken	3	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	7	0	0

6. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2023 sowie die Vorschau für die Jahre 2024 bis 2027 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2022, die für den Zeitraum bis 2027 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W + H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Es ist vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder zukünftig weiterzuentwickeln und neue Geschäftsfelder aufzubauen. Die Schwerpunkte werden wie folgt gesetzt:

- Durch die Entscheidung zum flächendeckenden Einbau der Funkwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS sind ab 2025 erhebliche Rückgänge der Umsatzerlöse in der Sparte Wasser zu erwarten. Diese Rückgänge sollen durch zusätzliche Aufträge der EVH Netz beim Stromzählerwechsel, durch die Übernahme von Submetering - Leistungen sowie die Inspektionen von Gas- und Stromhausanschlüssen in Verbindung mit dem Smart Meter Rollout möglichst kompensiert werden. Weiterhin sollen Mitarbeiter für Installationsleistungen im Sanitärbereich (z.B. Baderneuerung bei Wohnungsunternehmen), für den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Zuge der Energiewende und im Rahmen der künftigen Wärmeversorgung eingesetzt werden.
- Die Leistungen in der Sparte Tiefbau/Hausanschlüsse sollen vor allem bei der Auswechslung von Trinkwasserleitungen im Versorgungsgebiet der HWS weiter ausgebaut werden. Hier liegt der Fokus auf der Erneuerung von störanfälligen Graugussleitungen bzw. Asbestzementleitungen vor allem in den älteren Wohnvierteln der Stadt. Die Sanierung von begehbaren Abwasserkanälen der HWS wurde 2022 mit weiteren Projekten umgesetzt und wird auch 2023 sowie in den Folgejahren weitergeführt. Die Sanierung von Abwasserschächten und die Erneuerung von Schachtabdeckungen werden ebenfalls fortgeführt.
- Umsatzsteigerungen durch zusätzliche Aufträge der HWS bei der Mängelbeseitigung an Ex-Schutzanlagen im Abwasserbereich (z.B. Abwasserpumpwerke) sowie weiterer Elektrodienstleistungen für HWS und EVH.
- Weiterer Ausbau von Sanierungsarbeiten an und in den Gebäuden der SWH-Gruppe
- Weiterer Ausbau der Leistungen im HAST-Bau im Rahmen des Abschlusses von Contracting Verträgen der EVH
- Prüfung zur Einführung einer Software sowie der Einsatz mobiler Endgeräte im Rahmen der Digitalisierung der Prozesse mit dem Ziel, Aufträge effizienter zu bearbeiten (z.B. Wasserzählerwechsel).
- Nachfolgeplanung und Qualifikation von Mitarbeitern (u.a. SIVV-Schein für Betonsanierung, Meisterausbildung, Befähigungsnachweise zur Wartung und Installation von Wärmepumpen)
- Strukturanpassung und Personaloptimierung infolge der aktuellen Entwicklungen durch Energiewende, E-Mobilität und zukünftige Technologien der Wärmeversorgung

6.2. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2023 ist ein Investitionsvolumen von 80 TEUR in der Planung berücksichtigt. Für die Folgejahre bis 2027 wird das Investitionsvolumen auf 100 TEUR erhöht, um eine Optimierung des Fahrzeugbestandes vorzunehmen. Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung aus Eigenmitteln.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2023	WIPL 2024	WIPL 2025	WIPL 2026	WIPL 2027
W + H	237,7	245,5	103,4	113,9	112,2

Der Wirtschaftsplan 2023 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 237,7 TEUR aus. Das entspricht einer EBITDA-Marge von 6,2 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2027 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2023 bis 2027 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum wird ab dem Jahr 2025 ein deutlicher Rückgang des Ergebnisses erwartet. In der vorliegenden Planung wurde berücksichtigt, dass die Leistungen der Wasserzählerbewirtschaftung für das Versorgungsgebiet der HWS abnehmen. Ab dem Jahr 2025 verlängern sich die Eichgültigkeitsdauer der elektronische Funkwasserzähler um sechs Jahre.

Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen, um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2022 geplante Jahresergebnis von 250,9 TEUR wurde um 38,8 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 289,7 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2022

		2022	2021	2020	2019	2018
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	27.952	27.955	27.826	27.957	27.834
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.630	4.318	4.450	5.448	5.209
operativer Zählerwechsel	Stück	380	453	514	618	796
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	2	0	0	0	0
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	165	171	142	141	141
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	614	332	449	1.501	1.263
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	89	110	209	190	206
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	0	100	100	210	400
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	482	546	407	490	333
Jahresstichtagsablesung Nov/Dez für die HWS	Stück	23.978	12.097	19.225	17.113	11.400
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasserentgeltminderung der HWS	Stück	11.152	10.903	10.063	9.935	9.217
Zählerablesung Januar	Stück	14.383	10.584			
Zwischenablesung Funkzähler Juli	Stück	17.834	1.015	9.820		
Fernwärmeservice Neubau	Stück	22	22	24	28	24
Fernwärmeservice Übergabestellen/Primärleitung	Stück	11	12	14	18	22
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	721	711	652	647	661
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	68	68	69	69	101
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	0	0	94	0	0
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	4.896	4.251	4.772	3.603	1.737
Schachtsanierung	Stück	38	28	49	46	26
Schachtdeckel	Stück	163	132	146	171	121

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Halle/Oppin, sowie sämtliche Geschäfte, die mit dem Betrieb des Verkehrslandeplatzes, dessen Ausbau und der auf dem Verkehrslandeplatz errichteten Anlagen zusammenhängen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der regionale Flugplatz (Verkehrslandeplatz) dient der lokalen Wirtschaft, indem er zur Erschließung der Region beiträgt. Am Flugplatz sind neben Unternehmen für Flugdienste und -services unter anderem auch eine Station der DRF Luftrettung ansässig. Der öffentliche Zweck ist in der Daseinsvorsorge, Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Brüning, Reinhard

Aufsichtsrat:
Vorsitzender: Rebenstorf, René
stellv. Vorsitzende: Kleinert, Christina
Däumler, Lutz
Hambacher, Kurt
Krimm, Ronny

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Aufsichtsrat:

Kupski, Christian
Letsch, Roy
Schaaf, Mario
Schied, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.753	74	1.608	68	1.638	82	145	9
Umlaufvermögen	604	26	749	32	364	18	-145	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	0	1	0	1	100

Bilanzsumme	2.359	100	2.358	100	2.003	100	1	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	----------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.969	83	1.811	77	1.616	81	158	9
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	93	4	99	4	105	5	-6	-6
Rückstellungen	39	2	53	2	34	2	-14	-26
Verbindlichkeiten	178	8	262	11	163	8	-84	-32
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	2	0	1	
Passive latente Steuern	79	3	133	6	83	4	-54	-41

Bilanzsumme	2.359	100	2.358	100	2.003	100	1	0
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	724	706	669
sonstige betriebliche Erträge	247	246	98
Materialaufwand	0	0	8
Personalaufwand	386	346	347
Abschreibungen	75	77	96
sonstige betriebliche Aufwendungen	348	252	209
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	75	10
Ergebnis nach Steuern	164	200	95
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	158	194	89

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	21,86	27,51	13,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,74	12,02	5,84	%
Cash-Flow:	233	271	185	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	108	106	85	T€
Personalaufwandsquote:	39,72	36,31	45,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,29	68,20	81,78	%
Eigenkapitalquote:	83,47	76,80	80,71	%
Fremdkapitalquote:	16,53	23,20	19,29	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Flugbewegungen	30.722,00	30.976,00	30.508,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,93	4,36	4,40	EUR
Kraftstoffverkauf	280.015,00	283.154,00	306.660,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2022 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Es konnte ein Jahresüberschuss von 158 T€ und damit weiterhin ein positives Ergebnis (Vorjahr 194 T€) erzielt werden.

Die auch in diesem Jahr anhaltenden stabilen Flugbewegungszahlen von über 30 000 spiegeln die vorhandene Zuverlässigkeit und zunehmende Attraktivität unseres Verkehrslandeplatzes wieder, die weiterhin im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstigen gewerblichen Flügen geprägt ist. Die Einstufung als Verkehrslandeplatz und der Betrieb an allen Tagen der Woche mit dem entsprechenden Service (Nachtanflug, Betankung) sind dabei grundlegende Basis.

Aber auch die vorhandene Möglichkeit der Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern bietet den Kunden eine gewisse Sicherheit und ist gleichzeitig für den Flugplatz ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Der weitere Bau von neuen Hangar Plätzen 2022 zur Vermietung ist dabei ein wesentlicher Faktor. Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit hält unvermindert an und zeigt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs, zumal die Anflugmöglichkeit für kleinere Flugzeuge in Leipziger immer schwieriger wird.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen ihrer Standorte bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der allgemeinen Luftfahrt. Darüber hinaus hält die Nachfrage nach Stellplätzen in den Hangars an. Zudem existieren Angebote von möglichen Investoren, um selbst weitere Hangars am Standort zu realisieren.

Zu Jahresbeginn waren teilweise noch Einschränkungen durch die Coronakrise wirksam, die aber in Ihren Auswirkungen nicht so drastisch waren wie in den Vorjahren. Der Flugverkehr kam auf Grund relativ schlechter Witterungsbedingungen nur schleppend in Bewegung.

Mit den neuen Regelungen zur weiteren Öffnung der Beschränkungen konnten Flugschulen zu Beginn des Jahres komplett ihren Betrieb aufnehmen und im Verlauf des Jahres Rundflüge wieder uneingeschränkt durchgeführt werden. Damit wurde hier eine stabile positivere Situation erreicht.

Darüber hinaus gab es keine Einbuße bei den gewerblichen Mieteinnahmen. Die Gaststätte konnte wieder uneingeschränkt öffnen.

Personalkostenreduzierungen durch Kurzarbeit sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen nicht möglich.

Mit 30.722 Flugbewegungen (VJ 2021 30.975, 2020 30.508, 2019 29.452) konnte trotz durch Corona bedingter Ausfälle auch dieses Jahr wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis auf hohem Niveau erreicht werden. Die Erlöse sind insgesamt, ohne einmalige Erträge aus Grundstücksveräußerung, auf 823 T€ gestiegen und liegen damit 30 T€ über denen des Vorjahres. Dies resultiert vorrangig auch in diesem Jahr aus kontinuierlich gestiegenen Einnahmen bei Landeentgelten (+ 16.251 €), Erlöse aus Tagesabstellung (+ 4.100 €) und Erlösen aus Hangar Vermietung (+ 650 €). Aufgrund der geplanten und ab Mai 2022 umgesetzten Gebührenerhöhung (gestaffelt + 10 bis 15 %) ist es bei Flugbewegungen leicht unter Vorjahresniveau, zu einer weiteren Steigerungen der Erlöse in diesem Bereich gekommen.

Die geringen Mindereinnahmen bei Erlösen aus PPR-Gebühren - 888 € glichen sich durch Mehreinnahmen aus neuen Gebühren (z.B. Handling) wieder aus. Die Kraftstoffverkauf an der FPG-Tankstelle erreichte mit 280.015 Liter (2021 283.154 Liter) ein stabiles Ergebnis. Insgesamt konnten 73.039 € (2021 74.234 €) Provisionen für Kraftstoff Erlöst werden.

Auch im Jahr 2022 gab es mit der Tankstelle wiederholt auftretende technische Mängel, insbesondere bei der Übertragung der Tankdaten an den Tower. Nach weiteren, sehr intensiven Klärungen mit TOTAL und Hectronic-Software konnte eine Verbesserung erreicht werden.

TOTAL ist bei der kurzfristigen Behebung solcher Mängel sehr kundenorientiert. Die anhaltenden Probleme mit der Schlauchaufrollung sollen jetzt umgehend durch Einbau einer neuen Aufrolltechnik laut Total dauerhaft abgestellt werden.

Die eingesetzte Software AIRIELD für den Tower hatte auch in 2022 immer wieder temporäre Probleme in der Zuverlässigkeit. Diese verursachen teilweise aufwendige Klärungen von Differenzen und „zähe“ Abstimmungen mit dem Softwareentwickler. Positiv ist die deutlich verbesserte kurzfristige Reaktion auf Tagesprobleme, insbesondere in der Abrechnung.

Die jährlichen Überprüfungen durch das Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde wurden ohne wesentliche Beanstandungen absolviert.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Die Mitarbeiter der Flugplatzgesellschaft konnten durch eine Vielzahl von Reparatur- und Serviceleistungen zum stabilen Betrieb der ansässigen Betriebe, Flugschulen und zur Zufriedenheit der Mieter beitragen.

Unter anderem wurde die Renovierung der Büros der Flugschule Lips und die Neuinstallation der Beleuchtung der Werkhalle AIR Lloyd durch eigene Mitarbeiter ausgeführt.

Zuverlässigkeit steht dabei besonders im Fokus, vor allem für die Firmen, die planen ihre Standorte am Flugplatz Halle/Oppin weiter auszubauen.

Die seit längeren laufenden Verhandlungen mit den Firmen MCO/Air Lloyd und der ADAC Luftfahrt Technik GmbH wurden im Laufe des Jahres fortgeführt und konkretisiert.

Die Planungsarbeiten der Firma MCO/Air Lloyd sind auf dem Stand von 2020. Die Situation hinsichtlich Investor MCO hat sich seit dem letzten Bericht 2021 nicht verändert. Es gab keine weiteren Informationen von Seiten MCO.

Andere parallele Kontakte zu den ortsansässigen Firmen AIR Lloyd Flugbetrieb und Aerotechnics der MCO-Gruppe laufen und beziehen sich ausschließlich auf Tagesthemen der Vermietung. Insgesamt ergab sich daraus weiterhin die Notwendigkeit, auf Grund des gekündigten Pachtvertrages mit dem FSV Oppin ab Juli 2020 eine monatliche Verlängerung des Vertrages bis zur endgültigen Klärung fortzuführen.

Nach dem der ADAC im Januar 2020 intern die endgültige Freigabe von seinem Stiftungsrat für das Projekt „Neue Werft Oppin“ (in vergangenen Berichten mehrfach beschrieben) bekommen hat, wurden 2022 mit dem ADAC weitere Abstimmungen auf Basis einer vorliegenden bestätigten Bauvoranfrage zum Bauprojekt vorgenommen. Alle Vorbereitungen zum Abschluss des Kaufvertrages mit der ADAC Heliservice GmbH (vorher ADAC Luftfahrt Technik) wurden erfolgreich abgeschlossen und die Vertragsunterzeichnung (Kaufpreis 238 T€) fand wie geplant am 23.06.2022 beim Notariat Lilie statt. Zwischenzeitlich wurden, mit Unterstützung durch das Rechtsanwaltsbüro Kutscher in Halle, von unserer Seite Anpassungen des Vertrages mit dem ADAC abgestimmt. Die Zahlung der Kaufsumme wird voraussichtlich im Geschäftsjahr 2023 erfolgen.

Auf Basis eines überarbeiteten, vorliegenden Kaufvertrages ist in Abstimmung mit den Gesellschaftern der Verkauf eines Grundstücks von 9.685 m² an die Firma Biofrucht Senst vorbereitet und am 25.04.2022 notariell abgeschlossen worden. (Kaufpreis 155 T€). Die Kaufsumme wurde Ende 2022 vertragsgemäß überwiesen.

Im vergangenen Jahr wurde der Kaufvertrag mit der Firma K+P, (am 31.09.2021 Notariat Lilie Halle), abgeschlossen. In diesem Geschäftsjahr liefen mit aktiver Unterstützung der Flugplatz-gesellschaft alle Vorbereitungen zur Erreichung der Baugenehmigung, insbesondere zur Umsetzung der Umweltauflagen. Ende des Jahres konnten die Bauarbeiten beginnen.

Das Interesse der DRF an unserem Flugplatz, eine neue, größere Rettungsstation zu bauen, mit der schriftliche Absichtserklärung in Form eines LOI, hat weiter Bestand. Im Laufe des Jahres wurden dazu konkretere Abstimmungen geführt. Ein erster Kaufvertragsentwurf wurde der DRF zugesandt.

Der weiterhin interessierte Investor zur Ansiedlung einer kleinen Airline aus Leipzig hat weiter Kontakt, mit dem Ziel eine Bauvoranfrage zum Bau eines neuen Hangars zu erarbeiten.

Das Projekt Hangar 2022 der Flugplatzgesellschaft ist als Konzept mit Wirtschaftlichkeitsrechnung dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern im Mai 2022 vorgestellt worden. Die Begründungen und Umsetzungsmöglichkeiten wurden entsprechend dargelegt. In der anschließenden Beschlussfassung im Umlaufverfahren stimmten alle Mitglieder des Aufsichtsrates und die Vertreter der Gesellschafter dem Vorhaben zu. Damit konnten rechtzeitig bereits im Juni die notwendigen Ingenieurleistungen in Auftrag gegeben werden und der Bauantrag wurde beim Bauordnungsamt Saalekreis gestellt. Mit der ersten Teilbaugenehmigung im September konnten dann die Bauarbeiten beginnen. Zwischenzeitlich war es zur Erreichung einer kompletten Baugenehmigung auf Anforderung des Umweltamtes Saalekreis erforderlich eine Ausgleichsmaßnahme/Fläche zur Bebauung der Hangar Fläche (Biotoptyp planar-kolline Frischwiese) zu schaffen. Dies konnte auf Basis eines neu erstellten Gutachtens (Firma Stadt-Land-Grün) und eines anschließenden Antrags auf Ausnahmegenehmigung umgesetzt werden. Weiterhin war die Abgabe einer entsprechenden Rückbaupflichtung mit einer Hinterlegung eines Sicherungsmittels zu Gunsten des Landkreises Saalekreis (7.000 €) erforderlich.

Besonders hervorzuheben ist hier die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bauordnungsamt, dem Umweltamt, der Firma Stadt-Land-Grün und der Firma Stahlbau Stieblich im gesamten Baubearbeitungsprozess. Nur dadurch konnte der Zeitplan zur Fertigstellung des Hangars in diesem Kalenderjahr gesichert werden.

Parallel konnte durch intensive Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt zur möglichen Bezuschussung des Vorhabens eine volle 50 % Bezuschussung erreicht werden (ca.190.000 € gegenüber geplanten 100.000 €).

Wie zurückliegend berichtet, konnten eine Reihe von positiven personellen Veränderungen umgesetzt werden. Durch diesen Werdegang konnte jederzeit eine stabile Absicherung der erforderlichen BFL / Flugleiterbesetzung erreicht werden.

Der im September 2021 neu eingestellte technische Leiter leistet eine sehr qualifizierte Arbeit und konnte auf Grund seiner Erfahrungen in diesem Geschäftsjahr schnell zur Lösung anstehender Aufgaben beitragen. Nach Beendigung seiner Probezeit wurde dieser ab 01.03.2022 ins unbefristete Arbeitsverhältnis übernommen.

Mit Beginn 2022 wurde eine Neubesetzung der Stelle der Bilanzbuchhalterin (nach Kündigung der bisherigen Bearbeiterin) notwendig. Mit der Besetzung durch eine vormals bereits beschäftigte Person konnte hier eine qualifizierte Mitarbeiterin (Bilanzbuchhalterin) gewonnen werden. Nach erfolgreicher Beendigung der Probezeit wurde diese ebenfalls ab 01.07.2022 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Die zuverlässige Unterstützung durch unsere älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als erforderlich und unabdingbar erwiesen.

Insgesamt ist mit diesen Veränderungen das Team der Flugplatzgesellschaft stabil und leistungsfähig aufgestellt. Im Geschäftsjahr wurde den Mitarbeitern die Energiepauschale (300 €) und anteilige Inflationsausgleichsprämie ausgezahlt.

Nach Ausfall der vorgesehenen Veranstaltung zum 50. Jahrestag im vergangenen Jahr ist es uns nun dieses Jahr gelungen, unter dem Motto 50 + 1 Flugplatz Halle/Oppin, einen entsprechenden Tag der offenen Tür/ Flugtag am Samstag dem 10. September 2022 durchzuführen.

In Abstimmung mit der DRF hat der Rettungsstandort auch an diesem Tag sein 30+1-jähriges Bestehen mit uns gemeinsam gefeiert. Dazu liefen im Vorfeld intensive Vorbereitungen und Abstimmungen durch unsere Mitarbeiter mit Unterstützung der ansässigen Firmen, um diesen Tag zu einer breitgefächerten Veranstaltung werden zu lassen. Im Rahmen einer Festveranstaltung mit geladenen Gästen konnte die Historie des Flugplatzes anschaulich dargestellt werden.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Das Jahr 2022 hat betriebswirtschaftlich betrachtet verhalten begonnen. Im Zuge der Corona Pandemie kam es zu Erlösausfällen, die im Jahresverlauf weitestgehend wieder ausgeglichen werden konnten. Gegenüber dem Vorjahr konnten insgesamt 18 T€ mehr an Umsatzerlöse erzielt werden, insbesondere bei Landeentgelten und Mieteinnahmen. Die liquide Situation kann das ganze Jahr über als insgesamt sehr gut und stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock mit insgesamt 40 Wohnungen betrug der Leerstand zum Jahresende zwei Wohnungen, davon war eine Wohnung in der Vorbereitung zur erneuten Vermietung. Zur zeitnahen Umsetzung der notwendigen erheblichen grundlegenden Sanierungen von vier Wohnungen wurde eine ortsansässige Firma (nach entsprechender Auswahl aus drei Angeboten) mit den Arbeiten für die Wohnungen beauftragt. Diese zusätzlichen Maßnahmen konnten durch die erhöhten Einnahmen aus Landverkauf BIO Frucht Senst im laufenden Geschäftsjahr umgesetzt werden.

Ein wesentlicher Schritt nach vorn bei der Jahresabrechnung der Nebenkosten konnte durch die Einführung und Nutzung der neuen Hausverwaltungssoftware Lexware im Januar/Februar erreicht werden. Die notwendige komplette Neuaufstellung der Datenbasis zur Verrechnung der Hausnebenkosten führt voraussichtlich zur Generierung von ca. 5 T€ zu Gunsten des Flugplatzes und gleichzeitig zu einer stabilen Berechnungs- und Verteilungsstruktur für die weiteren Jahre.

Insgesamt wurden 2022 sechs Wohnungen nach Auszug/Umzug kurzfristig neu vermietet. Dies zeigt, dass anhaltende Interesse an unseren Wohnungsangeboten besteht und die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vorgegeben ist.

Insgesamt bestanden nach Abschluss der Abrechnungen der Betriebskosten 2022 im Saldo 1.585 € offene Nachzahlungen von Mietern und das bei gleichbleibenden Vorauszahlungssätzen gegenüber dem Vorjahr. Die Flugplatzgesellschaft konnte unter anderem durch eine rechtzeitige langfristige Bindung von günstigen Gaspreisen wesentlich zu dieser positiven Situation für die Mieter beitragen.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen (Hangar) verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze waren das ganze Jahr 2022 über dauerhaft vermietet. Bei Neuvermietungen konnten leichte Mieterhöhungen umgesetzt werden. Das Interesse an Stellplätzen ist weiterhin hoch. Zum Ende des Jahres lagen acht Anmeldungen vor und vier mögliche Investoren für Landkauf zum Hangar-Neubau bekundeten Interesse.

Auch mit der Schaffung von sieben neuen Hangar Plätzen durch den neuen Rundhangar zum Jahresende kann der Bedarf nicht gedeckt werden.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt (LVWA) vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen und eines entsprechenden Bescheides erfolgte die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals. Trotz der Ausfälle durch die Corona Einschränkungen konnten bei den Flugbewegungen zum Stichtag des Abrechnungszeitraums 01.10.2020 – 30.09.2021 35.400 Punkte erzielt werden.

Damit wurde die notwendige Erreichung der 30.000 Punkte für eine volle Bezuschussung vor allem durch die zusätzlichen Leistungen der Flugleiter im Sommer wiederum kontinuierlich und zuverlässig sichergestellt. Ohne die Sonderregelung zu Ausfällen durch Corona aus dem Vorjahr erhielten wir im Oktober eine Zuwendung von 54.841€. Im Laufe des Jahres wurden sehr erfolgreiche intensive Gespräche und Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt geführt, um eine maximale Bezuschussung von Projekten für Investitionen am Flugplatz zu erreichen.

Auf Basis zusätzlich verfügbarer Mittel konnten uns die maximale Bezuschussung von 50 % (bzw. 70 %) für unseren Hangar Neubau und acht weiteren Maßnahmen in Höhe von ca. 210 T€ bewilligt werden (u.a. komplett neue Schließanlage, weitere Anbauteile für Kompakttraktor und Reparaturen am Tower). Weiterhin wurde der Sachkostenzuschuss für die Ausstattung der Luftaufsichtsstelle in Höhe von 670 € beantragt und vom LVWA in voller Höhe bezuschusst.

Der Anstieg der K o s t e n gegenüber Vorjahr resultiert vorrangig aus gestiegenem Gehaltskosten (gesamt ca. 30 T€), Abschläge Körperschaftssteuer (14 T€), Gewerbesteuer, einmalige Aufwendungen Wartungshallen 20 T€, Sanierung Büro Verwaltungsgebäude 6 T€ (davon Lips 2.900 €.). Ein Teil der Aufwendungen für Wartungshallen wurden durch unsere Versicherung auf Grund eines Schadensfalls an den Toren Hangar Bundespolizei ausgeglichen.

Die allgemeine positive Erlössituation im Jahresverlauf ermöglichte den kurzfristigen zusätzlichen Einsatz von Mitteln. Der wesentliche Teil der Erhöhung der Kosten ergibt sich aus den zusätzlichen Instandsetzungen Wohnblock - privat in Höhe von ca. 80.000 €. Dieses Sondervorhaben wurde, wie vorgesehen möglich durch die Sondereinkünfte aus Landverkauf Bio Frucht Senst. Der entsprechende Zahlungseingang erfolgte Dezember 2022.

Im Ergebnis ist eine Kostenposition, außerordentliche Aufwendungen Rückzahlung Billigkeitsleistung, von 14 T€ enthalten. Nach den neuerlichen Bescheiden des Landesverwaltungsamtes Mitte des Jahres zur Rückzahlung der 2020 gezahlten Billigkeitsleistungen und trotz unseres Einspruches/Stellungnahme dazu, mussten die Leistungen zurückgezahlt werden.

Der einmalige Aufwand für den Tag der offenen Tür 10.09.2022 betrug 10.150 €.

Die Tilgung der noch vorhandenen Darlehen bei der Saalesparkasse erfolgte weiter kontinuierlich. Neben den monatlichen Tilgungen erfolgte auch die jährlich vereinbarte restliche Sondertilgung. Die verbleibende Verbindlichkeit aus Darlehen reduziert sich zum Ende des Jahres 2022 auf 62 T€. Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 jederzeit in der Lage alle laufenden Verbindlichkeiten aus liquiden Mitteln (Ende 2022 496 T€) zu begleichen.

Eine Bezuschussung der Gesellschaft durch die Gesellschafter war auch im Geschäftsjahr 2022 nicht notwendig.

Dennoch muss weiterhin alles getan werden, um vor allem die Umsatzerlöse stabil zu halten bzw. zu steigern. Sparsamkeit in der täglichen Arbeit sollte weiterhin selbstverständlich sein, um die Entwicklung der Gesellschaft weiter voranzutreiben.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die am Flugplatz bisher vorhandenen 35 Hangar-Plätze waren auch im Jahr 2022 konstant zu 100 % vermietet. Der Bau eines neuen Rundhangar und die damit verbundene Schaffung von sieben neuen Hangar Plätzen hat sich unmittelbar als Erfolg erwiesen. Das geplante Konzept (Umzug Flugschule Lips und die Neuvermietung der frei gewordenen Hallen) konnte zum Jahreswechsel 22/23 umgesetzt und alle Hallen zeitnah wieder vermietet werden.

Die Umsetzung des Verkaufs eines Grundstücks mit der Verpflichtung zur Schaffung von Hangar Plätzen (12 Plätze) an die Firma K+P wird 2023 zu einer weiteren Verbesserung der Kapazitäten führen. Eine Abweisung von Kunden, mangels vorhandener Abstellmöglichkeiten, bedeutet neben dem Verlust von Abstellentgelten, auch immer den Verlust von Folgeentgelten für Landungen und Provision aus Kraftstoffverkauf. Da am Flughafen Leipzig die Bedingungen für Kleinflieger immer schwieriger werden, entstehen weitere Chancen für Bedarfe an Abstellmöglichkeiten und damit für die Entwicklung der Flugbewegungen an unserem Verkehrslandeplatz.

Die Firmen MCO/Air Lloyd und Aerotechnics GmbH (ehemals Helitec) können im Jahr 2023 ihre Planungen weiter konkretisieren und die notwendigen Verhandlungen zum Grundstückskauf fortführen und müssen auch auf Grund der Vertragslage zu einem weiterführenden Ergebnis gebracht werden.

Alle Voraussetzungen für die geplante Neuinvestition durch ADAC-LT sind von Seiten der FPG gegeben und vorbereitet worden. Ein entsprechender Kaufvertrag konnte 2022 abgeschlossen werden. Jetzt geht es die nächsten Jahre um die enge Abstimmung mit dem ADAC zur effizienten Realisierung des Bauvorhabens

Gleichzeitig stehen damit aus dem Verkauf finanzielle Mittel für weitere notwendige Sanierungen am Wohngebäude (z.B. komplette Erneuerung und Verstärkung Elektroanschlüsse der Wohnungen und der Hallen) zur Verfügung.

Aus den avisierten Landkäufen durch die DRF und des Investors für „Hangar Fluggesellschaft“ ergeben sich zusätzliche finanzielle Möglichkeiten für eine zukünftige Erneuerung der Landebahn.

Die bevorstehenden Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken können. Hier sind deshalb rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Auf Grund der vorhandenen alten Bausubstanz vieler Gebäude am Platz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt. Insbesondere ist hier auf den Zustand der Start- und Landebahn zu achten. Für die Planung von notwendigen Sanierungsarbeiten an der Landebahn werden zeitnah entsprechende Gutachten eingeholt. Es ist weiterhin beabsichtigt die Graslandebahn für den Segelflug grundsätzlich zu sanieren, um mögliche Gefahrenstellen / Unebenheiten zu beseitigen.

Aus o.g. Grund wurde bereits zurückliegend von der Geschäftsführung eine Mängelliste erstellt, die in den kommenden Jahren nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Dazu sind in den laufenden langfristigen Jahresplanungen entsprechende Vorhaben eingeplant. Ferner wird versucht durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind. Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern. Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Die Personalstellenstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2022 weiterhin unverändert und hat sich als praktikabel und notwendig erwiesen. Die zuverlässige Unterstützung durch unsere älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als erforderlich und unabdingbar erwiesen. Zur Absicherung der Flugleitertätigkeit wurden bereits zwei weitere Kollegen für einen Einsatz auf Stundenbasis bei Bedarf gewonnen.

Kosteneinsparungen, Personalreduzierungen (Kurzarbeit) sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der weiteren durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen auch im Jahr 2023 nicht möglich.

Besonders hervorzuheben ist auch erneut die außerordentlich gute Unterstützung und sehr konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde.

Weitergehende Auswirkungen durch eventuelle Folgeauswirkungen der Corona-Krise auf den Geschäftsverlauf des neuen Geschäftsjahr 2023 sind auch in Hinblick der weiter eingetretenen Lockerungen gegenwärtig weder ersichtlich noch zu erwarten.

Aus gegenwertiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass allgemein negative Auswirkungen aus der Ukraine Krise keine wesentlichen Auswirkungen auf den Betrieb des Flugplatzes haben. Längerfristig könnten aber weiter sehr stark steigende Treibstoffpreise, Preise für Strom und Gas eine negative Veränderung des Ergebnisses gegenüber der Planung ergeben, die aber zu keiner Bestandsgefährdung des Unternehmens führen wird.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich	(bis 31.12.2022)
		Ernst, Johannes	
		Jacobi, Dörte	(bis 31.12.2022)
		Krimmling-Schoeffler, Anja	
		Rademacher, Grit	
		Salz, Roland	
		Streckenbach, Johannes	
		Thomann, Beate	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	17

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	328.630	90	263.535	93	278.013	93	65.095	25
Umlaufvermögen	35.135	10	19.909	7	21.767	7	15.226	76
Rechnungsabgrenzungsposten	276	0	309	0	296	0	-33	-11

Bilanzsumme	364.041	100	283.753	100	300.076	100	80.288	28
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	23	83.583	29	83.583	28	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	187.211	51	149.093	53	161.773	54	38.118	26
Rückstellungen	6.745	2	6.657	2	7.413	2	88	1
Verbindlichkeiten	82.694	23	41.200	15	44.014	15	41.494	101
Rechnungsabgrenzungsposten	3.808	1	3.220	1	3.293	1	588	18

Bilanzsumme	364.041	100	283.753	100	300.076	100	80.288	28
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	50.117	50.314	51.585
andere aktivierte Eigenleistungen	165	191	181
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	14.017	4.946	15.927
Ausgleichsleistungen (bis 2020: Betriebskostenzuschüsse)	36.607	26.126	26.455
Materialaufwand	26.476	22.216	23.572
Personalaufwand	40.713	37.093	37.390
Abschreibungen	10.050	9.927	9.741
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	22.035	11.307	20.502
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	61	64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.258	681	710
Ergebnis nach Steuern	375	414	2.297
sonstige Steuern	65	65	66
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	310	349	2.231
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen
(2022: 8.111 T€; 2021: 951 TEUR; 2020: 8.828 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen
(2022: 11.833 T€; 2021: 1.759 TEUR; 2020: 11.178 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,62	0,69	4,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,37	0,42	2,67	%
Cash-Flow:	10.360	10.277	11.972	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	133	110	127	T€
Personalaufwandsquote:	40,35	45,47	39,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,59	92,50	92,28	%
Eigenkapitalquote:	22,96	29,46	27,85	%
Fremdkapitalquote:	77,04	70,54	72,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Beförderte Personen	52.006	41.146	42.346	in 1.000
Fahrplan-km	8.533	8.528	8.546	in 1.000
Nutz-Wagen-km	9.763	9.823	9.872	in 1.000
Personen-km	326	242	250	in Mio.
Platz-km	1.050	1.052	1.064	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand aus drei Stabstellen sowie aus den Bereichsleitenden der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/ Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine gestärkte zweite Führungsebene unterstützt. Die Gesellschaft wird derzeit durch den Vorstand und vier Prokuristen vertreten.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, welche den umweltrechtlichen Anforderungen entsprechen, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Mobilitätsanbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft der HAVAG erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten. Des Weiteren erbringt die HAVAG aufgrund einer besonderen Betrauung Verkehrsleistungen im Landkreis Saalekreis. Im Jahr 2022 hat die HAVAG begonnen, getragen durch das Modellprojekt zur Stärkung des ÖPNV („STADT-Land+“), eine Geschäftsfelderweiterung vorzubereiten, um ab 2023 On-Demand-Verkehre und Multimodalitätsdienstleistungen anbieten zu können.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse (sog. öDA-Ausgleichsleistungen) angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Dabei setzt die HAVAG alle Anstrengungen an die Sicherung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit und strebt zugleich eine Begrenzung der öDA-Ausgleichsleistung an.

Seit September 2019 stellt die Weiterentwicklung der HAVAG-Strategie „HAVAG 2030“ ein zentrales Handlungsfeld dar. Ziel ist es, die Ertragskraft des Unternehmens langfristig zu stärken, Fahrgastzahlen (insbesondere nach der Beendigung der Corona-Pandemie) zu steigern sowie die Kundenzufriedenheit weiter zu erhöhen. Des Weiteren verfolgt die HAVAG die Absicht, innerhalb ihrer Branche in Qualität (Effektivität) und/oder Kosten (Effizienz) zu den besten 25 % zu gehören und auch bei der Spitzenkennzahl „Mobilitätskosten“ ein oberes Branchenniveau nachzuweisen.

1.3. Steuerung

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst.

Seit dem 1. Januar 2021 bildet der öDA die wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG. Er trägt den veränderten Vorgaben für die Direktvergabe von Verkehrsleistungen laut Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Rechnung und untersetzt die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe maßgeblich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich, als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich.

Für die Vorabfestlegung der jährlichen öDA-Ausgleichsleistungen sind Plan-Aufwendungen und Plan-Erträge in einer Plan-Trennungsrechnung anzusetzen. Die Plan-Trennungsrechnung bildet die konkretisierende Vorabfestlegung der Ausgleichsparameter für das Folgejahr.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die HAVAG arbeitet an der Implementierung eines strukturierten Geschäftsprozessmanagements (GPM). Das GPM umfasst die Analyse und Überwachung sowie die Konstruktion und Anwendung von konzeptionellen Modellen der Geschäftsabläufe des Unternehmens. Die Umsetzung ist mit der Einführung einer entsprechenden Software verbunden. Im Rahmen dieses Projekts wurde in 2021 damit begonnen, die Prozesse im Bereich Betriebswirtschaft, Abteilung Rechnungswesen & Finanzen, aufzunehmen. Die Aufnahme relevanter Prozesse wurde im Jahr 2022 im Bereich ausgeweitet, bereichsübergreifend die Schnittstellen betrachtet und mit der Modellierung begonnen.

Im Jahr 2021 verhandelten der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) und die Gewerkschaft ver.di unter Beteiligung ihrer Tarifkommission grundhaft den Manteltarifvertrag zum TV-N LSA, der seit dem 1. Januar 2022 Gültigkeit hat. Zudem trat zum 1. Juli 2022 eine neue Fassung des Entgelttarifvertrages mit Entgeltsteigerungen zum 1. Juli 2022 und 1. April 2023 inkraft. Auch die Tarifverträge für die Auszubildenden wurden zum 29. August 2022 angepasst.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Für die HAVAG haben sich die vorherrschenden Rahmen- und Marktbedingungen seit Beginn der Corona Pandemie ab Mitte März 2020 maßgeblich verändert. Die Corona-Pandemie verursachte einen signifikanten Rückgang der Nutzung des ÖPNV-Angebotes, einhergehend mit entsprechenden Umsatzeinbußen. Mit dem Auftreten der sogenannten „Delta-“ sowie „Omikron-Variante“ im Herbst 2021 und einem damit verbundenen erneuten Anstieg der Infektionszahlen wurde das Infektionsschutzgesetz durch die Bundesregierung mit Wirkung vom 24. November 2021 weiter verschärft. Demnach durften Fahrgäste den ÖPNV nur nutzen, wenn sie einen gültigen Impf- oder Genesenen-Nachweis vorlegen können. Zudem gab es für Ungeimpfte die Notwendigkeit, einen tagesaktuellen Corona-Test nachzuweisen. Mit Wirkung vom 20. März 2022 haben Bundestag und Bundesrat das Infektionsschutzgesetz erneut angepasst und verabschiedet. Demnach ist u.a. die 3G-Pflicht in allen Lebensbereichen, so auch im ÖPNV, aufgehoben worden. Die gesetzlich geregelte Maskenpflicht im ÖPNV wurde zum 8. Dezember 2022 aufgehoben.

Am 23. Mai 2022 startete der Verkauf des 9-Euro-Tickets (Monattickets), welches von der Bundesregierung als Teil des Energiekosten-Entlastungspaketes für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beschlossen wurde. Die Tickets wurden jeweils für Juni, Juli und August 2022 verkauft. HAVAG-Abbonnenten erhielten automatisch eine Reduzierung ihres Abos auf 9 Euro. Hintergrund des zeitlich befristeten Angebotes war es, alle Bürgerinnen und Bürger bundesweit von den aktuell vorherrschenden hohen Energie- und Tankkosten zu entlasten. Öffentliche Mobilität sollte zudem einen Preisanreiz erfahren, um den Nahverkehr erlebbarer machen zu können. Das Ticket wurde durch die Kunden sehr gut angenommen. Die hohen Verkaufszahlen machten sich in den Bussen und Bahnen bemerkbar, so dass durch die Vielzahl der Nutzenden des 9-Euro-Tickets die Fahrgastzahlen temporär über das Vor-Corona-Niveau angestiegen waren.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie (anhaltenden Rückgang der Fahrgastzahlen) sowie die zeitweise Einführung des 9-Euro-Tickets, welches maßgeblich zu einem erheblichen Rückgang der Fahrgeldeinnahmen geführt hat, konnten durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene kompensiert werden. Wesentliche Grundlage für diese Hilfgelder spielte die vom Land Sachsen-Anhalt erlassene „Richtlinien über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 und dem temporär eingeführten 9-Euro-Ticket in Sachsen-Anhalt für das Jahr 2022“. Die HAVAG hat fristgemäß im August 2022 die Anträge auf Gewährung von Billigkeitsleistungen beim Aufgabenträger Stadt Halle (Saale) sowie beim Saalekreis eingereicht. Unterjährig wurde mit einer ersten Abschlagszahlung auf Basis des Ausgleichs aus dem Jahr 2021 der HAVAG Liquidität zugeführt. Im Dezember 2022 erfolgte der 100%ige Ausgleich der pandemiebedingten Fahrgeldeinnahmeverluste und der Verluste aus der temporären Einführung des 9-Euro-Tickets an die HAVAG.

Die HAVAG hatte im März 2021 die europaweite Bekanntmachung für die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnen veröffentlicht. Dabei wurde die HAVAG von zwei externen Beratungsfirmen unterstützt, welche die technische und die vergabejuristische Begleitung der Ausschreibungsvorbereitung zur Aufgabe hatten. Die Zuschlagserteilung für einen Straßenbahnlieferanten erfolgte am 21. Juli 2022. Am 23. August 2022 fand die feierliche Vertragsunterzeichnung mit der Stadler Bussnang AG (Schweiz) und der Stadler Deutschland GmbH statt. Die erste Anzahlungsrechnung in Höhe von € 50.400 wurde im September 2022 fällig.

Im Rahmen der Fuhrparkstrategie hat die HAVAG die planmäßige Beschaffung von 39 neuen Hybrid-Bussen für die Jahre 2022 bis 2030 vorbereitet, welche dann sukzessive die Altfahrzeuge ablösen sollen. Dafür wurde im Sommer 2021 mit einer Ausschreibung begonnen. Der Zuschlag wurde am 26. April 2022 erteilt. Im Jahr 2022 wurden 2 Busse dem Bestand der HAVAG zugeführt.

Im Jahr 2019 erhielt die HAVAG den Zuwendungsbescheid über die Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (Elektrobusse). Die Verwendung der Mittel musste bis zum 30. November 2022 erfolgen. Die Fahrzeuge wurden im Jahr 2022 geliefert und die offizielle Linienbetriebsetzung erfolgte im Juni 2022.

Im Jahr 2022 hat die HAVAG zum sechsten Mal in Folge an einer bundesweit einheitlichen Kundenzufriedenheitsbefragung im „ÖPNV Kundenbarometer“ teilgenommen. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews sowie über Onlinebefragungen wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG in den Merkmalen Umsetzung des 9-Euro-Tickets, Handyticket, Apps und mobile Informationen für das Smartphone, Schnelligkeit der Beförderung, Linien- und Streckennetz, Fahrplanauskunft im Internet, Beratung in den Kunden-Zentren sowie Information im Fahrzeug eine sehr gute bis gute Bewertung erhalten hat. Darüber hinaus ist allerdings festzustellen, dass die HAVAG insbesondere in den Bereichen Sauberkeit, Platzangebot, Anschlüsse, Komfort/Bequemlichkeit, Taktfrequenz und Tarifsystem durchaus Verbesserungspotential aufweist.

Im September 2021 erhielt die HAVAG die Fördermittelzusage für die 1. Stufe des Modellprojektes „Stärkung des ÖPNV“ (HAVAG-Antrag „STADTLand+“) und wurde dabei als ein Modellpartner des Bundes aus ca. 160 Anträgen ausgewählt. Der entsprechende Zuwendungsbescheid in Folge des gestellten Fördermittelantrages erging am 29. Dezember 2021. Zur Attraktivierung des ÖPNV sieht das Modellprojekt „STADTLand+“ die Schaffung neuer Schnellbuslinien, die modellhafte Einführung eines On-Demand-Verkehrs sowie die Taktverdichtung bestehender Linienverkehre vor. Des Weiteren werden multimodale Mobilitätsstationen errichtet, die unter anderem als Zugangspunkt zum ebenfalls geplanten E-Bike-Sharing System (inkl. Lastenräder) dienen sollen. Im Hinblick auf Tarifpreismaßnahmen soll u.a. ein eTarif eingeführt werden. Die Schaffung und Integration eines multimodalen Tarifs ermöglicht darüber hinaus die kundenfreundliche Nutzung aller verfügbaren Mobilitätsformen. Mit dem Ziel, die ÖPNV-Nutzung im Pendelverkehr zu steigern, soll der bestehende Jobticket-Tarif weiterentwickelt und eine betriebliche Mobilitätsberatung für Arbeitgeber geschaffen werden. Infrastrukturell ist außerdem die technische Aufrüstung von existenten Haltepunkten zu digitalen Haltestellen im Stadtgebiet geplant. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verzahnung im ÖPNV sind umfangreiche Verknüpfungs- und Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen. Takte werden enger aufeinander abgestimmt, neue Linienverkehre eingeführt, Verknüpfungspunkte geschaffen und ausgebaut sowie technische Komponenten zur Anschlusssicherung optimiert. Verbundweit wird die Konzeption und Einführung einer multimodalen Mobilitätsplattform angestrebt. Im Jahr 2022 konnten insbesondere die Schnellbuslinien zum StarPark, die Verbesserung der Stadt-/Umlandverkehre durch eine Anpassung von Regional- und Stadtlinien sowie der e-Tarif (Luftlinientarif) im Stadtgebiet Halle (Saale) erfolgreich eingeführt werden.

Der Landkreis Saalekreis beabsichtigt, in einem Wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren (Artikel 5 Abs. 3 der VO (EG) Nr. 1370/2007) einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) über öffentliche Personenverkehrsdienste mit Straßenbahnen für den auf dem Gebiet des Saalekreises liegenden Abschnitt der Straßenbahnlinie 5 nach EU-Verordnung 1370/2007 zu vergeben. Mit der EU-weiten Bekanntmachung dieser Vergabeabsicht, wurde zwischenzeitlich das Vergabeverfahren zum Monatsanfang November 2022 formell eingeleitet. Im Zeitraum November 2022 bis Anfang Februar 2023 lief die sogenannte Eigenwirtschaftliche Antragsfrist. In dieser Phase hatten Bieter die Möglichkeit, in Verbindung mit der EU-Verordnung 1370/2007 Anträge auf Erbringung der Linienverkehrsleistung zu stellen, ohne dabei eine Zuschussbeteiligung des Landkreises in Anspruch nehmen zu wollen. Die HAVAG wurde darüber in Kenntnis gesetzt, dass keine derartigen Anträge beim Landkreis Saalekreis gestellt worden sind. Die HAVAG wird sich grundsätzlich an der nächsten Phase des Ausschreibungsverfahrens beteiligen, um auch nach Beendigung des jetzigen Vertragsverhältnisses (31. Dezember 2024) eine Straßenbahnlinienleistung für den Aufgabenträger Saalekreis ab 2025 erbringen zu können. Zur Erlangung einer größtmöglichen Rechtssicherheit im Rahmen einer Beteiligung am Vergabeverfahren beabsichtigt die HAVAG, das gesamte Vergabeprozedere bedarfsweise durch eine Rechtsberatungsgesellschaft unterstützen zu lassen. Nach Auskunft des Saalekreises soll der Entwurf des öDA bis Ende April 2023 vorliegen. Die Ausschüsse des Landkreistages des Saalekreises werden sich voraussichtlich im Mai/Juni 2023 mit dem öDA befassen. Der Kreistag soll im Juni 2023 einen entsprechenden Beschluss hierzu fassen. Die Bekanntmachung zum förmlichen Wettbewerbsverfahren ist auskunftsgemäß auf den 31. Oktober 2023 terminiert. Trotz eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens ist die HAVAG optimistisch, eine Betriebsaufnahme auf Basis des neuen öDA und der neuen Genehmigung ab dem 1. Januar 2025 zu erreichen.

Die HAVAG hat die Bauaktivitäten im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Jahr 2022 fortgeführt. Im Frühjahr 2022 wurden die Baumaßnahme Böllberger Weg Süd und Südstadtring sowie Merseburger Straße (Mitte) begonnen und werden bis voraussichtlich Ende 2023 weitergeführt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der ÖPNV bietet eine preiswerte und umweltschonende Alternative zum motorisierten Individual- und zum Radverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Die HAVAG ist bestrebt, stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten und Einnahmesteigerungen zu suchen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus werden die Themen Umsetzung von serviceverbessernden Kundenmaßnahmen sowie Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft noch stärker beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Insbesondere die Corona-Pandemie (wie bereits im Vorjahr) und die Einführung des 9-Euro-Tickets hatten im Jahr 2022 Einfluss auf die Nachfrage von Verkehrsleistungen im Bus- und Bahnbereich. Die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets war für die Nutzung des ÖPNV in den Monaten Juni bis August ein voller Erfolg. Zeitweise konnten die Fahrgastzahlen des Jahres 2019 erreicht und sogar überschritten werden. Insgesamt hat die gesamte Branche mit den Nachwirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen und ist bestrebt, im Rahmen einer Konsolidierungsphase die Fahrgastzahlen von 2019 wieder zu erreichen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Stadt Halle (Saale) hat mit Stadtratsbeschluss vom 21. November 2018 entschieden, die HAVAG ab dem 1. Januar 2021 im Wege der Direktvergabe mit dem Betrieb des Stadtverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale) unter Verzicht auf die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zu betrauen. Zur Durchführung des Stadtratsbeschlusses erfolgte eine Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) seitens der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung der SWH an die HAVAG. Der öDA trat zum 1. Januar 2021 in Kraft und gilt für 22,5 Jahre.

Die von Bund und Ländern verfügbaren Eindämmungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, insbesondere die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, hatten wesentlichen Einfluss auf die Verkehrsnachfrage im Vergleich zu 2019. Für weiterführende Ausführungen verweisen wir auf den Abschnitt 3.1.

Für die Ausführungen zum von der Bundesregierung als Teil des Energiekosten-Entlastungspaketes für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beschlossenen 9-Euro-Ticket verweisen wir auf den Abschnitt 3.1.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Verkehrsangebot des Jahres 2022 erstreckte sich auf 13 Straßenbahn- und 24 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 367,2 Kilometern.

Im Jahr 2022 wurden die Corona-Einschränkungen nach und nach vollständig zurückgenommen. Dies führte zu einem Anstieg der Fahrgastzahlen. Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor war die Einführung des 9-Euro-Tickets für den Zeitraum Juni bis August 2022.

Allerdings konnten die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie dem 9-Euro-Ticket auf die originär durch die Stadt Halle (Saale) und SWH zu erbringende öDA-Ausgleichsleistung durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) kompensiert werden. Auch die Fahrgeldeinnahmeverluste im Landkreis Saalekreis wurden ebenfalls über den „ÖPNV-Rettungsschirm“ ausgeglichen.

Die zum 1. August 2019 eingeführte zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung der ‚SchoolCard‘ führte bereits in 2021 zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft. Im Jahr 2022 konnte der Bestand aus 2021 weiter gesteigert werden.

Der Bestand an Stammkunden konnte stabilisiert und wieder leicht gesteigert werden. Das zum 1. Januar 2021 eingeführte AzubiTicket Sachsen-Anhalt führte im Jahr 2022 zu einer weiteren Steigerung im Bereich der Abonnements für Auszubildende.

Das im November 2019 eingeführte Check-In/Check-Out-System ‚FAIRTIQ‘ wurde als Handyticket mit Tagesbestpreisabrechnung auch im Jahr 2022 während der Corona-Pandemie als kontaktlose Möglichkeit des Erwerbs von Fahrkarten beworben und genutzt. Auch die im Juli 2020 eingeführte MDV-Fahrplanauskunfts- und Ticket-App ‚moovme‘ - als Nachfolge-App für ‚Easy Go‘ - wurde aufgrund der neuen Bezahlungsmöglichkeiten gut angenommen. Gegenüber 2021 konnte im Jahr 2022 eine Einnahmesteigerung in den beiden Apps von über 70 % erreicht werden.

Die Tarifierhöhung erfolgte mit 2,8 % zum 1. August 2022 durchschnittlich über alle Fahrkartenarten. Neu eingeführt wurde zum 1. August 2022 das ABO Flex in Halle (Saale). Mit dem ABO Flex wird über einen monatlichen Grundbetrag ein Rabatt auf die Einzelfahrkarte, Einzelfahrkarte Kurzstrecke oder Extrakarte im Mitteldeutschen Verkehrsverbund gewährt. Mit diesem Angebot sollen Gelegenheitskunden angesprochen, gebunden und die Nutzung des ÖPNV intensiviert werden.

Das gesamte Verkehrsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2022 insgesamt 52,0 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Steigerung um 10,9 Mio. Beförderungsfälle dar. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung gegenüber 2021 von 26,5 %. Das gestellte Planziel von 48,9 Mio. Fahrgästen konnte sogar überschritten werden, was im Wesentlichen auf das stark veränderte Fahrgastverhalten nach Beendigung der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie und das 9-Euro-Ticket zurückzuführen ist. Ein Großteil der Verluste gegenüber 2019, die durch die Corona-Pandemie eingetreten sind, konnten aufgeholt werden. Die Differenz zu 2019 beträgt nur noch 8,2 % der Fahrgäste.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2022 einen Wert von 0,74 EUR je Fahrgast und weist somit eine Senkung gegenüber dem Vorjahreswert um -0,30 EUR je Fahrgast aus. Diese Senkung resultiert maßgeblich aus dem 9-Euro-Ticket.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter, dem Verkehrsverbund und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben soll. Dies auch mit der Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) auszubauen und zu stärken sowie als Unterstützer zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele der Stadt mitzuwirken.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die HAVAG hat gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) an einem Entwicklungsprojekt zur Einführung von elektrisch angetriebenen Bussen (E-Busse) des Landes Sachsen-Anhalt und der Nahverkehrsgesellschaft GmbH (NASA) teilgenommen. Als eine umweltpolitische Zielstellung haben die Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger, die SWH als Gesellschafter und die HAVAG gemeinsam entschieden, einen Antrag zur Förderung beim Land Sachsen-Anhalt zur Richtlinie, Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für die Einführung eines Elektrobussystems in Halle zu stellen. Die HAVAG erhielt im August 2020 einen Zuwendungsbescheid seitens der Stadt Halle (Saale). Die europaweite Ausschreibung erfolgte 2021. Im Juni 2022 wurden die drei Elektrobusse geliefert. In der zweiten Jahreshälfte 2022 konnte die Ladeinfrastruktur an zwei Standorten in Betrieb genommen werden und der reguläre Linienbetrieb der Fahrzeuge startete.

Basierend auf dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit erfolgt seit 2020 die Umsetzung des Projektes ‚Barrierefreies Informations- und Orientierungssystem (BIOS)‘, innerhalb dessen im Jahr 2022 insgesamt 60 Straßenbahnen und ein Bus ausgerüstet wurden. Im Jahr 2023 werden die Umrüstungen abgeschlossen und die Integration des Systems in die neue Straßenbahngeneration vorbereitet.

Im Rahmen der BMVI-Richtlinie ‚... zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr‘ aus dem Jahr 2021 wurde durch die HAVAG ein Antrag auf Förderung einer Machbarkeitsstudie beim Bund gestellt. Dafür erhielt die HAVAG im Jahr 2022 eine Förderzusage. Mit zusätzlicher Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt konnte die Studie zur Entwicklung eines nachhaltigen Konzeptes für Beschaffung, technische Einsatzbelange, infrastruktureller Erfordernisse und zur Anpassung von Betriebsabläufen durch den Einsatz von Bussen mit elektrischen Antrieben auf Basis der Batterie- und/oder Brennstoffzellentechnologie sowie zu Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschrieben werden. Die Vergabe dieser Leistung konnte zu Beginn des Jahres 2023 abgeschlossen werden. Das Ergebnis der Untersuchung soll voraussichtlich bis Ende Oktober 2023 vorliegen.

Über das Bundesförderprogramm ‚Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme‘ des BDMV hat die HAVAG die Bewilligung von Fördermitteln zur Umsetzung von Maßnahmen erhalten, die im Rahmen des Masterplanes ‚Luftreinhaltung Green-City-Plan der Stadt Halle (Saale)‘ gemeinsam definiert worden waren. Gefördert werden die Maßnahmen ‚Elektronisches Ticketing‘ und ‚ÖPNV-Informationen‘. Seit Ende 2021 wurden 24 neue Fahrgastinformationssysteme an Haltestellen installiert. Im Rahmen des Modellprojektes STADTLand+ werden zusätzlich digitale Haltestellen eingerichtet. Die Umsetzung des Teilprojekts begann im Jahr 2022 und wird im ersten Quartal 2023 abgeschlossen.

Mit dem zweiten Förderantrag zum GreenCity-Plan wurde die Einführung eines „Elektronischen Ticketings“ beantragt. Dieser wurde im März 2020 vom BMDV bewilligt. Ziel der Maßnahme ist die Ablösung der Papierfahrtscheine und die Einführung des bargeldlosen Zahlens. Die Umsetzung des Projektes begann im Jahr 2021 und wurde in 2022 vorangetrieben.

Mit der Einrichtung einer neuen Leitstelle wurde zudem ein modernes System für die Fahrgastinformation unter Einbindung von Social Media-Kanälen sowie für die akustische Übertragung von Verkehrsmeldungen in Betrieb genommen. Weitere Maßnahmen zur Ausstattung des Fuhrparks mit Technik zur Fahrgastinformation sowie ein Ereignismanagementtool sind für 2023 in Vorbereitung.

Im Jahr 2022 lag der Fokus auf der Weiterentwicklung und Anpassung der Systemumgebung der Fahrkartenautomaten. Die Einführung eines Luftlinientarifs, der ausschließlich digital (App-basiert) nutzbar ist, bildete für die Umsetzung des papierlosen Ticketings einen wesentlichen Meilenstein, der im Jahr 2022 erreicht wurde. Bestandteil des Projekts ist zudem die Ausstattung von Fahrzeugen mit WLAN-Routern für die Bündelung von Datenflüssen zwischen den Fahrzeugen und dem Unternehmensnetzwerk.

Im Dezember 2021 erhielt die HAVAG den Zuwendungsbescheid für das BMDV-Förderprogramm ‚Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV‘. Das Modellprojekt STADTLand+, das die HAVAG als Konsortialpartner federführend verantwortet, bündelt zahlreiche Maßnahmen mit dem Fokus auf Multimodalität, Anschlussoptimierung und Vernetzung. Im Jahr 2022 wurde dafür auch an einer verbundweiten Mobilitätsplattform gearbeitet, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 gelauncht werden soll. Ziel ist eine weitere Stärkung des Umweltverbundes für die Stadt Halle (Saale) und den Verkehrsverbund. Zudem wurde das Jahr 2022 genutzt, um die Geschäftsfelderweiterung beim Thema OnDemand-Verkehre –mit einer in 2023 beabsichtigten Einführung- vorzubereiten.

Um die positiven Auswirkungen des öffentlichen Personennahverkehrs auf die Umwelt weiter auszubauen und damit seine Vorteile für die Umwelt gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zukünftig weiter ausbauen zu können, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen, unerlässlich. Die HAVAG wirkt aktiv in der Konzern-Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz mit und gestaltet die Verbesserungen in Abstimmung mit der SWH und der Stadt Halle (Saale) zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 („Roadmap Klimaneutralität“) mit.

Zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien startete Ende des Jahres 2022 ein Pilotprojekt, bei dem gemeinsam mit dem Verein regstrom e.V. an zwei Haltestellen die Dächer von Fahrgastunterständen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Drei weitere Anlagen sollen 2023 folgen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 sind in der HAVAG 772 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 54 Auszubildende beschäftigt. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung zum Vorjahr. Auch bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ergibt sich eine Steigerung um 32,2 von 711,8 im Vorjahr auf 744,0 zum Stichtag. Der angestrebte Planwert von 732,5 Vollzeitbeschäftigten wurde dabei um 11,5 Vollzeitbeschäftigteneinheiten überschritten. Gründe hierfür waren die Einstellung zusätzlicher Mitarbeitender –insbesondere im Bereich Verkehr- die auf den Tarifabschluss zum Manteltarifvertrag TV-N LSA, zusätzliche Verkehrsleistungen und einem erhöhten unplanmäßigen Anteil an Fehltagen wegen Erkrankung zurückzuführen sind.

Das Durchschnittsalter zum Stichtag verringerte sich von 47,3 Jahren auf 46,7 Jahre. Auch die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit sank um 1,5 Jahre auf nun 19,3 Jahre.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit ist mit 11,1 %, im Vergleich zu 10,4 % im Vorjahr, gestiegen. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Die HAVAG stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken.

9 Auszubildende beendeten im Jahr 2022 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten alle Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Des Weiteren unterstützt die HAVAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. So steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung.

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden. Nach zweijähriger Pause konnte daher auch wieder eine Führungskräftetagung des SWH-Konzerns durchgeführt werden. In diesem Jahr ging es insbesondere um das strategische Unternehmensziel Klimaneutralität sowie die neue Kampagne zur Informationssicherheit.

Im Rahmen der unternehmensindividuellen Führungskräfteentwicklung wurden für die Führungskräfte der HAVAG sieben eintägige Workshops zur Stärkung der Gesprächskompetenz in Mitarbeitergesprächen angeboten. Diese Workshops richteten sich größtenteils an Führungskräfte operativer Führungsebenen. Für 2023 sind weitere angepasste Schulungsangebote für die Führungskräfte der HAVAG geplant.

Im Zuge des Entgelttransparenzgesetzes können Mitarbeiter unter gewissen Voraussetzungen die Kriterien und Verfahren der Entgeltfindung sowie die Höhe des Entgelts ihrer Kollegen des jeweils anderen Geschlechts erfragen. Neben dem individuellen Auskunftsanspruch beinhaltet das Gesetz für private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten auch die Lageberichtspflicht. Der Entgelttransparenzbericht war erstmalig für das Geschäftsjahr 2017 zu erstellen und ist für tarifgebundene Arbeitgeber, nach § 22 Abs. 1 EntgTranspG, alle fünf Jahre dem Lagebericht beizufügen. Für 2022 wurde die Anlage beigefügt.

Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden Ziele für die Stadtwerke Halle-Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2022 ca. 25 % erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0,0 % (0 Personen). Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag für die 1. Führungsebene konnte im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 40 % gehalten werden. Auch für die 2. Führungsebene ergab sich keine Veränderung, sie steht weiterhin bei 25 % im Betrachtungsjahr.

Der Aufsichtsrat der HAVAG setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Hauptversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt. Der Aufsichtsrat der HAVAG hat am 2. Dezember 2022 beschlossen, bis zum 31. Dezember 2026 einen Anteil an Frauen im Aufsichtsrat von vier (44 %) zu erreichen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2022 bei 44 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein ereignisreiches Jahr 2022 mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 310,4 abschließen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2022	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	50.116,6	50.314,2	-197,6	-0,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	165,2	190,9	-25,7	-13,5
Übrige betriebliche Erträge	26.374,9	17.408,6	8.966,3	51,5
Materialaufwand	26.476,1	22.215,6	4.260,5	19,2
Personalaufwand	40.712,7	37.092,6	3.620,1	9,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	22.035,3	11.307,2	10.728,1	94,9
EBITDA	-12.567,4	-2.701,7	-9.865,7	>100
Abschreibungen	22.407,9	22.390,1	17,8	0,1
EBIT	-34.975,3	-25.091,8	-9.883,5	-39,4
Zinsergebnis	-1.256,4	-620,0	-636,4	>100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-36.231,7	-25.711,8	-10.519,9	-40,9
Ausgleichsleistungen öDA	36.606,8	26.126,3	10.480,5	40,1
Sonstige Steuern	64,7	65,2	-0,5	-0,8
Aufwand aus Gewinnabführung	310,4	349,3	-38,9	-11,1
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2022 Umsatzerlöse von T€ 50.117 erwirtschaftet, dies entspricht einem Rückgang von T€ 198 gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen resultiert dieser Rückgang aus der Reduzierung der Fahrgeldeinnahmen um T€ 3.274. Kompensierend wirken verbesserte Erträge aus Weiterberechnung von Investitionen um T€ 3.315.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich um T€ 8.966 gegenüber dem Jahr 2021. Hauptursache für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus nichtaktivierungsfähigen Folgekosten in Höhe von T€ 7.160. Weitere ertragssteigernde Positionen, im Vergleich zum Vorjahr, sind die Erträge aus Schadensersatzleistungen mit T€ 1.006 sowie die Erträge aus Auflösung von Rückstellungen mit T€ 581.

Für den Materialaufwand von T€ 26.476 ist ein Aufwuchs von T€ 4.261 gegenüber dem Jahr 2021 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit T€ 3.315 sowie die Antriebsenergie mit T€ 988 dar.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages ergibt sich für das abgeschlossene Jahr 2022 ein Personalaufwand von T€ 40.713. Gegenüber dem Jahr 2021 wird somit ein Anstieg von T€ 3.620 ausgewiesen. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen der im August abgeschlossene und rückwirkend seit Januar 2022 geltende Manteltarifvertrag, die neue Fassung des Entgelttarifvertrages mit Gültigkeit ab dem 1. Juli 2022, ein Aufwuchs an Mitarbeitern insbesondere beim Fahrpersonal, sowie die im Dezember gezahlte Inflationsausgleichprämie.

Der wesentliche Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 10.728 ist maßgeblich durch den Aufwuchs der Aufwendungen für Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen von T€ 10.073 zu erklären.

Die Abschreibungen von T€ 22.408 im Jahr 2022 weisen gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um T€ 18 aus.

Das Zinsergebnis stellt sich gegenüber dem Jahr 2021 um T€ 636 verschlechtert dar. Wesentlich hierfür sind die allgemeinen Zinssteigerungen und die hohe Cash-Pool Inanspruchnahme.

Die sonstigen Steuern liegen auf dem Niveau von 2021.

Die Ausgleichsleistung des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt T€ 36.607 und ist im Vorjahresvergleich um T€ 10.481 gestiegen. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets sowie die Preisentwicklung, insbesondere am Energiemarkt wie auch die Entwicklung des Personalaufwands, die zu einem Kostenaufwuchs und damit zu einer Erhöhung des Zuschussbedarfs geführt haben. In den Ausgleichsleistungen sind für das Jahr 2022 T€ 10.543 aus dem „ÖPNV-Rettungsschirm“ enthalten. Der Ausgleichsbedarf des Stadtbahnprogramms betrug 2022 T€ 3.722 und lag damit um T€ 2.914 über dem des Vorjahres.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2022 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des 9-Euro-Tickets sind insbesondere im Rückgang der Fahrgeldeinnahmen ersichtlich. Allerdings konnten die negativen Auswirkungen auf die originär durch die Stadt Halle (Saale) und SWH zu erbringende Ausgleichsleistung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“) kompensiert werden.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Ausgleichsleistungen, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 74,9 % (Vorjahr: 76,0 %).

Im Geschäftsjahr 2022 hat die HAVAG Zugänge zum Anlagevermögen (investive Leistungen) in Höhe von T€ 97.569 abgerechnet. Die Finanzierung erfolgte über Zuschüsse des Bundes und des Landes in Höhe von T€ 58.753 zuzüglich neu aufgenommenen Kredite von T€ 25.408 sowie über Eigenmittel.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2021 ergab die endgültige Abrechnung keinen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2022. Im Geschäftsjahr 2022 wurden zwei Gesellschafterdarlehen für die Straßenbahn- und Busbeschaffung in Höhe von T€ 25.408 aufgenommen. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2022 für den Finanzierungsbedarf aus 2021 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei T€ 39.974 und erhöhten sich damit zum vorjährigen Bestand um T€ 23.383.

Nettoschulden	2022	2021	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	39.974	16.591	23.383	>100,0
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	6.494	7.738	-1.244	-16,1
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	33.480	8.853	24.627	>100,0
Liquide Mittel	-17.305	-13.965	-3.340	23,9
Kasse	6.435	744	5.691	>100,0
Cash Pool	-23.740	-14.709	-9.031	-61,4
Nettoschulden	57.279	30.556	26.723	87,5
EBITDA	-12.567	-2.702	-9.865	>100,0
Nettoschulden/EBITDA	-4,6	-11,3	6,7	-59,3

Das Eigenkapital der HAVAG von T€ 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 23,0 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 74,4 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsmittel von T€ 16.591 auf T€ 39.974 bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel um T€ 3.340 berechnet sich eine Nettoverschuldung von T€ 57.279. Im Jahresverlauf stellt dies eine Erhöhung um T€ 26.723 dar. Aufgrund des negativen EBITDA ergibt sich ein negativer dynamischer Verschuldungsgrad von 4,6 Jahren für das Jahr 2022.

4.2.2. Investitionen

Die HAVAG hatte für das Jahr 2022 Investitionen von T€ 82.440 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Es wurden Investitionen in einem Gesamtvolumen von T€ 97.312 realisiert.

Die Gesamtabweichung in Höhe von T€ 14.872 ist im Wesentlichen auf die Ersatzbeschaffung von 56 Niederflrigelenktriebwagen, welche mit T€ 19.938 den maßgeblichen Anteil zur Abweichung beiträgt. Im Rahmen der Verhandlungsgespräche hat sich ein geänderter Zahlungsplan ergeben, welcher dazu führte, dass sich die erste Anzahlung und damit einhergehend der Investitionsplan angepasst wurde. Die Erhöhung im Jahr 2022 ergibt sich jedoch lediglich aus einer Verschiebung der Zahlungsströme aus den Jahren 2024 und 2025. Die erste Anzahlung hatte einen Wertumfang von T€ 50.400.

Die HAVAG hatte sich in enger Abstimmung mit dem Gesellschafter und dem Aufgabenträger dazu entschieden, die Bauaktivitäten im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Jahr 2022 fortzuführen. Im Frühjahr 2022 wurden die Baumaßnahme Böllberger Weg Süd und Südstadtring sowie Merseburger Straße (Mitte) begonnen und werden bis voraussichtlich Ende 2023 weitergeführt. Die Investitionen beliefen sich für den Ausbau Böllberger Weg Süd in Höhe von T€ 18.497 sowie bei der Merseburger Straße Mitte in Höhe von T€ 14.372. Das Gesamtinvestitionsvolumen für das Stadtbahnprogramm belief sich im Jahr 2022 auf T€ 35.182.

Es wurden weitere Leistungen in die Infrastruktur, wie den Kötzschner Weg (Leuna), die Erneuerung von Fahrleitungs- und Bahnstrom- sowie von Kommunikationsanlagen erbracht. Der Ersatz von Fahrgastunterständen im Stadtgebiet und die Ausrüstung der MGT6D/MGTK und Bussen mit einem Blindenkommunikationssystem haben einen weiteren positiven Beitrag für die Verbesserung des Kundenservice geleistet.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Realisierung der Beschaffung von Bussen mit alternativen Antrieben (E-Busse) in Höhe von T€ 1.361, dem Bau der notwendigen Ladeinfrastruktur in Höhe von T€ 1.122 sowie der Ersatzinvestition in Gelenkbusse in Höhe von T€ 1.836.

Im Rahmen der Realisierung des BMDV-Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ (STADTLand+) wurden Investitionen im Umfang von T€ 1.440 getätigt.

Darüber hinaus wurde in die Erneuerung der Notleitstelle im Betriebshof Rosengarten, in die Nachrüstung/Ersatz für die Stromversorgung, in die Erneuerung von Signalanlagen und den Bereich Gleisbau investiert. Im Rahmen der Umsetzung des Sicherheitskonzeptes wurden in den Betriebshöfen weitere Investitionen getätigt (z.B. Falltore, Zäune, Videoschutz).

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Ausgleichsleistungen öDA, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse, die Auszahlungen im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirmes sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2022	2021
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-26.258	-12.249
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-95.486	-13.208
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	118.404	23.737
Zahlungswirksame Veränderungen	-3.340	-1.720
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	-13.965	-12.245
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	-17.305	-13.965

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von T€ 364.041 aus. Dieser Wert steigt gegenüber dem Vorjahr um T€ 80.288 und wird wesentlich durch eine Erhöhung des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2022	2021	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	90,3	92,9	-2,8
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	9,7	7,1	36,6

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine erhöhte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2022	2021	Veränderung	
Anlagendeckungsgrad	T€	T€	T€	%
Anlagevermögen	328.630	263.535	65.095	24,7
wirtschaftliches Eigenkapital	270.794	232.676	38.118	16,4
Deckungsgrad	82,4%	88,3%		-6,7

Eine Erhöhung der Rückstellungen auf T€ 6.746 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für den Anstieg der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von T€ 310, und damit TEUR 12 über Plan, schließt die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2022, trotz der Nachwirkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und enormen Kostensteigerungen ab. Insbesondere die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets gab dem ÖPNV einen Aufschwung. Aufgrund der Zahlungen des „ÖPNV-Rettungsschirms“ konnten die negativen Auswirkungen kompensiert werden. Die Überschreitung der geplanten Personalaufwendungen, die gestiegenen Zinsaufwendungen und die Aufwendungen für Antriebsenergie wirkten sich negativ auf das Jahresergebnis vor Ausgleichsleistungen aus. Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Entwicklung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2014 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte in den Jahren 2020 und 2021 pandemiebedingt nicht fortgesetzt werden. Im Jahr 2022 konnte allerdings ein positiver Trend mit einem deutlichen Fahrgastwachstum gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Die HAVAG ist bestrebt, an das Fahrgastaufkommen des Jahres 2019 sukzessive wieder anzuknüpfen.

Im Rahmen der im öDA geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der HAVAG insgesamt 16 Risiken ermittelt (Vorjahr 12). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt 1 Einzelrisiko der Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	2	0	0
Führung/ Organisation	1	0	0
Marktrisiken	5	0	1
Rechtliche Risiken	7	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	16	0	1

Das aufgeführte Risiko der Risikogruppe 2 beinhaltet die pandemiebedingten Auswirkungen auf die Fahrgeldeinnahmen. Dieses Risiko wurde in der Wirtschaftsplanung für die Jahre 2023 bis 2027 berücksichtigt. Daneben werden im Risikomanagementsystem der HAVAG weitere Risiken geführt.

Insbesondere die Entwicklung der Investitionskosten des Stadtbahnprogramms und der damit einhergehenden teilweisen Finanzierung über die öDA-Ausgleichsleistung der Stadt stellt ein Risiko dar. Darüber hinaus erfordert auch die Abkündigung von einzelnen Bauteilen im Straßenbahn- und Busbereich ein ständiges Monitoring und wird im Risikomanagementsystem der HAVAG gepflegt. Des Weiteren werden Compliance- sowie Datenschutzthemen als Risiken geführt.

Das Investitionsprogramm der HAVAG (insbesondere Stadtbahnprogramm, Straßenbahnen) erfordert zur Finanzierung die eingeplanten Fördermittel. Kürzungen oder Rückzahlungen von Fördermitteln würden zu risikobehafteten Auswirkungen auf die Finanzlage der Gesellschaft führen. Vor dem Hintergrund laufender Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt zu Maßnahmen des Stadtbahnprogramms sind etwaige Fördermittelkürzungen bzw. -rückzahlungen nicht ausgeschlossen.

Als wesentliche Chance ist die Einführung des Deutschlandtickets sowie die politisch forcierte Mobilitätswende zu sehen.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld und an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG stets mit großem Engagement an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen und der politischen Rahmenbedingungen kann eine rechtzeitige Reaktion hergeleitet werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren und Wachstumspotenziale zu begreifen. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand weiterzuentwickeln und um die Wachstumsmöglichkeiten auszuschöpfen.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Zielstellung der HAVAG für die nächsten Jahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern und auszubauen. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung und Erweiterung des Verkehrsangebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie werden das Handeln der HAVAG auch weiterhin maßgeblich prägen. Oberstes Ziel ist es, die Fahrgastverluste für die Folgejahre auf ein Minimum zu begrenzen und zu eliminieren, um möglichst bald an den Erfolgen der Fahrgastgewinnung bis 2019 anknüpfen zu können. Das für 2023 unterstellte Fahrgastniveau in Höhe von ca. 55,8 Mio. Beförderungsfällen versucht die HAVAG zu erreichen. Die Auswirkungen der Einführung des Deutschlandtickets ab 1. Mai 2023 sind derzeit zwar schwer einzuschätzen, können aber als eine Chance bei der Fahrgastgewinnung angesehen werden. Die mit der Einführung einhergehenden Fahrgeldverluste werden aller Voraussicht nach, da noch nicht gesetzlich verankert, im Jahr 2023 durch Billigkeitsleistungen (Rettungsschirmmittel) im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages ausgeglichen. Diese Rettungsschirmmittel werden vom Bund und Land aufgebracht.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Die Wirtschaftsplanung der HAVAG geht davon aus, dass die durch die Wirkungen der Corona-Pandemie reduzierten Fahrgeldeinnahmen im Jahr 2024 wieder das Niveau aus 2019 erreichen. Grundsätzlich geht die HAVAG in der Wirtschaftsplanung von steigenden Beförderungsfällen und Fahrgeldeinnahmen aus. Die Wirkungen im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets sind nicht Bestandteil der Wirtschaftsplanung und sind derzeit schwer zu bemessen.

Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG mit Hilfe der geplanten Umsetzung der eTicket-Ziele, einem verbesserten Online-Ticket, dem Ausbau der Mobilitäts-App ‚FAIRTIQ‘ sowie der zunehmenden Digitalisierung von Kundenbetreuungsprozessen. Zudem ist geplant, dass durch die Realisierung verschiedenster Maßnahmen aus dem Modellprojekt STADT-Land+ (z.B. Multimodalität, OnDemand), das Kundenverhalten durch die neuen alternativen Verkehrsangebote ein weiteres Wachstumspotenzial bieten wird.

Die weitere Entwicklung am Markt mit Auswirkungen auf die Energiepreise sowie auf die Beschaffungspreise für Material und Leistungen stellt die HAVAG vor große Herausforderungen, insbesondere um den Ausgleichsfinanzierungsbetrag auf ein Mindestmaß zu beschränken. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung bekannte Entwicklungen wurden entsprechend in dieser berücksichtigt.

Insbesondere die Abschlüsse des Mantel- und Entgelttarifvertrages, sowie die Preisentwicklung bei Dienstleistung und Antriebsenergie wurden in die Wirtschaftsplanung aufgenommen.

Der Vorstand geht davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

Die vom Aufsichtsrat am 14. Oktober 2022 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2023 sieht eine Ausgleichsleistung im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages in Höhe von T€ 35.749 vor. In dieser Planung sind die Effekte des Deutschlandtickets nicht enthalten. Die Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2023 Investitionen von T€ 101.011 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Den Hauptanteil sollen daran die Straßenbahnersatzbeschaffung von 56 Fahrzeugen, die Fortführung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie die Ersatzbeschaffung von Gelenkbussen sowie die Umsetzung des BMDV-Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ (STADTLand+) tragen.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren stehen die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnfahrzeugen und deren finanzielle Auswirkungen im Mittelpunkt des Handelns für die folgenden Jahre. Diese Nachhaltigkeitsinvestition wird durch Fördermittel des Landes, der Stadt Halle (Saale) sowie über die Inanspruchnahme eines Gesellschafterdarlehens abgesichert.

Im Rahmen des „Modellprojekts zur Stärkung des ÖPNV (STADTLand+)“ setzt sich die Finanzierung der Teilprojekte aus einer Bundesförderung in Höhe von 80 %, einer Landesfinanzierungsbeteiligung in Höhe von 10 % anteilig an ausgewählten Projektmodulen sowie einer städtischen Beteiligung zusammen. Neben den projektbegleitend geplanten Fahrgeldeinnahmen und Abschreibungen soll der dann verbleibende, geringe Eigenmittelanteil für Aufwendungen sowie Investitionen durch die HAVAG gedeckt werden. Die Stadt Halle (Saale) wird sich -gedeckt durch einen Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom September 2021 - auch nach Projektende (ab 2025) finanziell an den Nachhaltigkeitskosten der evaluierten und mit einem Nachhaltigkeitsnachweis versehenen Maßnahmen beteiligen.

Durch bereits schon erfolgte Beschlussfassungen zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes ausreichende seitens der Bundesregierung (ausstehend Bundesrat am 31. März 2023) - und einer Beteiligung der Landesregierung geht die HAVAG davon aus, dass im Jahr 2023 ein Ausgleich der Verluste im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschlandtickets zur Verfügung gestellt wird. Diese potentiellen Mittelzuflüsse sind - ebenso wie die Einnahmewirkung des Deutschlandtickets - nicht in der Wirtschaftsplanung 2023 berücksichtigt.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt, trotz der anhaltenden Pandemie, an der Stärkung des ÖPNV und einer permanenten Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner/-innen und Gäste der Stadt Halle (Saale) weiterzuarbeiten. Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern. Die HAVAG strebt an, die geplante öDA-Ausgleichsleistung für das Jahr 2023 in Höhe von T€ 35.749, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der aktuellen Marktentwicklung, einzuhalten. Darüber hinaus geht die Gesellschaft davon aus, aus dem Rand- und Nebengeschäft ein positives Ergebnis in Höhe von T€ 287 zu erwirtschaften, welches über den Gewinnabführungsvertrag mit der SWH an den Gesellschafter abzuführen ist. Demzufolge ergibt sich für die HAVAG am Ende des Jahres 2023 ein ausgeglichenes Ergebnis nach Gewinnabführung/Verlustübernahme. Die Fahrgeldverluste aus der Einführung des Deutschlandtickets sind in der geplanten Ausgleichsleistung nicht enthalten. Die Gesellschaft geht davon aus, dass diese Verluste im Rahmen des Rettungsschirms von Bund und Land ausgeglichen werden.

Trotz der anhaltenden und nachwirkenden Folgen aufgrund der Corona-Pandemie sowie der seit dem 24. Februar 2022 eingesetzten Ukraine-Krise wird die HAVAG versuchen, die Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) qualitätsgerecht und zuverlässig sicherzustellen. Die HAVAG kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausschließen, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Die Auswirkungen des Deutschlandtickets auf den Ausgleichsfinanzierungsbetrag werden annahmegemäß durch Bund und Land gedeckt.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter, dem Verkehrsverbund und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben soll. Dies mit der besonderen Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) auszubauen und zu stärken sowie als Unterstützer zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele der Stadt mitzuwirken.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	76

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12,90	16,96
Stadt Halle (Saale)	11,70	15,38
Hallesche Verkehrs-AG	9,15	12,03
DB Regio Aktiengesellschaft	8,05	10,59
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	4,95	6,51
Burgenlandkreis	3,50	4,60
Landkreis Leipzig	2,60	3,42
Landkreis Nordsachsen	2,60	3,42
Landkreis Saalekreis	2,60	3,42
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	2,60	3,42
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2,20	2,89
Regionalbus Leipzig GmbH	2,20	2,89
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,15	1,51
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Nordsachsen Mobil GmbH und Döllnitzbahn GmbH	1,10	1,45
Nordsachsen Mobil GmbH	1,10	1,45
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,10	1,45
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,10	1,45
Freistaat Thüringen	0,75	0,99
Landkreis Altenburger Land	0,75	0,99
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	0,75	0,99
Erfurter Bahn GmbH	0,30	0,39
Transdev GmbH	0,30	0,39

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MDV GmbH koordiniert im Auftrag mehrerer Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen das ÖPNV-Angebot in Mitteldeutschland. Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Dienberg, Thomas

1. stellv. Vorsitzender

Schwarz, Vinzenz

2. stellv. Vorsitzender

Thieme, Ronny

Aldag, Wolfgang

Böhm, Thomas

Bonert, Tatjana

Brachmann, Sandy

Bretzger, Frank-Peter

Däumler, Lutz

Dr. Weinhold, Wolfgang

(bis 31.10.2022)

Emanuel, Kai

Hecht, Michael

(seit 01.01.2022 bis
31.12.2022)

Hellwig, Annett

Irrgang, Bernd

Juhrs, Ronald

Klemens, Holger

Kretzschmar, Enrico

Krimmling-Schoeffler, Anja

Kultscher, Andreas

Lüpfert, Ines

Middelberg, Ulf

Neubert, Ronald

Panitz, Peter

Rebenstorf, René

Riekewald, Franziska

Seidel, Sigrun

Völker, Andreas

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.143	1.087	1.126
Zuschüsse Gesellschafter	3.351	3.046	2.973
sonstige betriebliche Erträge	1.087	861	1.212
Materialaufwand	1.818	1.654	1.883
Personalaufwand	2.895	2.478	2.539
Abschreibungen	295	320	264
sonstige betriebliche Aufwendungen	562	524	620
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11	18	5
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	295	320	264	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	116	119	126	T€
Personalaufwandsquote:	51,88	49,61	47,81	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,34	3,48	3,89	%
Eigenkapitalquote:	16,57	17,66	17,36	%
Fremdkapitalquote:	83,43	82,34	82,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Tarifzonenfahrgäste ¹⁾	-	-	-	Mio.
Brutto-Fahrgeldeinnahmen	215.944	224.007	225.369	T€
erbrachte Fahrzeugkilometer	92.178	91.479	90.616	in 1000

¹⁾ auf Grund der Corona-Pandemie kann für den Bereich „Tarifzonenfahrgäste“ in den Jahren 2020 bis 2022 keine Angabe gemacht werden

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Außerdem gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2022

Die **Entwicklung der Verbundeinnahmen** war in 2022 weiterhin noch durch die Corona-Pandemie sowie zusätzlich durch die Wirkung des 9-Euro-Tickets in den Monaten Juni bis August 2022 geprägt. Dadurch lagen die Tarifeinnahmen der Verbundunternehmen im Zeitraum Januar bis Dezember 2022 ca. EUR 8,1 Mio. bzw. 3,6 % unter dem Vorjahreswert und um ca. EUR 57,6 Mio. bzw. 21,1 % unter den auf Basis 2019 zzgl. Verbunderweiterung und Tarifierpassungen geplanten Einnahmen.

Während sich aufgrund der abschwächenden Wirkung der Corona-Pandemie die Einnahmen von Januar bis Mai 2022 sowie September bis Dezember in allen Regionen wieder deutlich positiv entwickelten und um EUR 26,9 Mio. bzw. 15,9 % stiegen, lagen die Einnahmen in den Monaten Juni bis August bedingt durch das 9-Euro-Ticket um EUR 34,9 Mio. unter dem Vorjahr. Bereinigt um geschätzte Mindereinnahmen aus dem 9-Euro-Ticket von ca. EUR 42 Mio. lagen die Tarifeinnahmen 2022 bereits wieder 3,3 % über dem Niveau des Jahres 2019. Gegenüber der Planeinnahme 2022 (wurden ermittelt auf Basis der Einnahmen 2019 unter Berücksichtigung der Tarifierpassungen) fehlten aktuell noch EUR 15,4 Mio. bzw. 5,97 %.

Während im Segment der Zeitkarten Jedermann, Schüler und Semestertickets wesentliche Mindereinnahmen durch das 9-Euro-Ticket zu verzeichnen waren, wurde diese Wirkung bei ermäßigten Zeitkarten durch die anhaltend positive Entwicklung insbesondere des Azubi-Tickets Sachsen-Anhalt ausgeglichen. Im ABO-Segment war der Anteil der Kunden im ABO Basis in 2022 weiter rückläufig. Zuwächse waren bei den Jobtickets, im ABO Premium und insbesondere im ABO Light zu verzeichnen. Insgesamt lagen die Abonnenten-Zahlen jedoch noch um 4,7 % unter den Vergleichszahlen zu Jahresbeginn 2020.

Im bundesweit gesamten öffentlichen Nahverkehr führte die Corona-Pandemie sowie das 9-Euro-Ticket in 2022 zu starken Mindereinnahmen, die durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen wurden bzw. noch werden. Für das Jahr 2022 haben sich nach den Regelungen des Rettungsschirms Bruttomindereinnahmen von EUR 57,9 Mio. ergeben. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel erfolgte unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2022.

Die Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2021 ergab für das Unternehmen Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH eine Abführung von TEUR 73, die mit dem pauschalen Ausgleich im Februar 2022 verrechnet wurde. Aufgrund des Insolvenzverfahrens des Unternehmens wurde diese Verrechnung in Höhe von TEUR 61 für den Zeitraum vor der Insolvenzeröffnung als unwirksam bestritten. Die Prüfung durch das Anwaltsbüro Graf von Westphalen ergab, dass der geforderte Betrag an ABRM durch die übrigen Verbundunternehmen zu zahlen ist, wobei in Abstimmung mit dem Anwalt der ABRM die Basisquote aus dem Insolvenzplan gegengerechnet werden konnte. Mit Schreiben vom 14.10.2022 hat die Verbundgesellschaft daher die Rückforderung in Höhe von TEUR 56 gegenüber den anderen Verkehrsunternehmen geltend gemacht und den geforderten Betrag am 22.11.2022 auf das Anderkonto der bevollmächtigten Anwaltskanzlei überwiesen.

Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war auch für das Jahr 2022 eine zusätzliche preisliche Fortschreibung des Verbundtarifs erforderlich (Preisstufe Leipzig 2 %, Preisstufe Halle 2,8 %, Preisstufen Region 2,1 %). Darüber hinaus gab es auch durch die Ausweitung des ABO Flex auf das gesamte Verbundgebiet und durch die Neuorientierung bei 24-Stunden-Karten in der Preisstufe Leipzig (Integration einer kostenfreien Kindermitnahme) Weiterentwicklungen im Bereich der Tarifprodukte.

Eine besondere tarifliche Situation ergab sich in den Monaten Juni, Juli, August 2022 durch die von Bund und Ländern initiierte Einführung eines bundesweiten 9-Euro-Tickets, die auch vertrieblisch zu Herausforderungen führte. Schwerpunkte der vertrieblischen Umsetzung waren hierbei Kostenplanung, Vergabeverfahren (z. B. für die Implementierung von Massengutschriften), Tests bei der vertrieblischen Umsetzung, die Anpassung der Kontrollmodule sowie die Umsetzung und Begleitung der VU. Fast alle VU haben an ihren Vertriebswegen kurzfristig den Verkauf sicherstellen können. Einheitliche Standards zur Kontrolle gab es nicht, so dass weitestgehend eine Sichtprüfung stattfand. Für alle Abonnenten wurde der Preis in diesen drei Monaten auf 9 Euro reduziert. Zusätzlicher Aufwand entstand anschließend auch in der sachgerechten Berücksichtigung der 9-Euro-Ticket-Verkäufe in der Einnahmeaufteilung. Hier mussten korrekte Stückzahlen ermittelt und für den Ausgleich dokumentiert werden. Die Kommunikation zum 9-Euro-Ticket bildete auch in diesem Bereich einen ungeplanten Jahresschwerpunkt und war sicherlich eine der größten Herausforderungen im direkten Kundendialog. Im Ergebnis dieser Bemühungen konnten sehr hohe Verkaufszahlen erzielt werden (nahezu jeder dritte Einwohner im MDV-Gebiet hatte ein 9-Euro-Ticket oder ein automatisch umgestelltes Abonnement), wobei wegen der hohen Nachfrage die Barverkäufe sonstiger Produkte fast nicht mehr zu verzeichnen waren.

Die Geschäftsstelle hat gemeinsam mit seinen Gesellschaftern im 2. Halbjahr 2022 die unerwartet hohe Kostendynamisierung im Nahverkehr analysiert, deren Auswirkung für den MDV-Raum bewertet sowie notwendige Handlungsschritte aufgezeigt. Demnach beträgt die zusätzliche Belastung MDV-weit ca. EUR 100 Mio. p. a. Das damit verbundene Risiko einer anteiligen Reduzierung von Verkehrsleistungen bei einem Teil der VU besteht auch weiterhin im Jahr 2023, trotz erster zusätzlicher Bundesmittel für die Finanzierung des Bestandsangebots. Der MDV setzte sich dafür ein, dass Bund und Länder einen erheblich größeren Anteil an der Finanzierung des Verkehrsangebots übernehmen müssen, da aktuelle und künftig absehbare Kostensteigerungen durch Effizienz und Tarifanpassungen allein nicht mehr finanziert werden können.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Im Rahmen der strategischen Tarifweiterentwicklung (eTarif, Tarifstrategiekonzept 2027) wurden u. a. ein Benchmarking, eine zweistufige Marktforschung und regelmäßige Treffen einer Arbeitsgruppe durchgeführt mit dem Ergebnis, dass Ende 2022 zwei grundsätzliche Wege der Tarifweiterentwicklung definiert wurden, deren Vertiefung und Entscheidungsfindung ein Tarifthema im 2023 sein wird.

Im Rahmen der **Weiterentwicklung des eTicketing** im MDV wurden im Jahr 2021 umfangreiche Analysen, Abstimmungen und Kostenplanungen für die Einführung der VDV-KA-Bezahlverfahren sowie Ausgabe und Kontrolle des VDV-Barcode Mobile+ im MDV vorgenommen. Mit Hilfe des im Januar 2022 gestarteten Förderprojekts **„STADTLand+ Mitteldeutschland vernetzt“** können nun in den Folgejahren die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch bargeldloses Bezahlen mit Chipkarte nach VDV-KA zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf der Planung der Ausgabe des vertragsgebundenen Tickets. Das dient dazu, das generelle Ziel des eTarifs, d. h. die nachgelagerte Rabattierung eines Fahrpreises auf Basis bestehender Tariflogik und -produkte in einem vordefinierten Zeitraum im Hintergrundsystem, auch auf Basis von Chipkarten zu ermöglichen. In 2022 wurde hierfür ein Konzept zur Einführung und zum Clearing im Rahmen des KA-Bezahlverfahrens mit allen VU und MDV-Abteilungen gemeinsam erarbeitet und fertiggestellt. Auf dieser Basis wurde die Ausschreibung und Vergabe der Erweiterung des Berechtigungssystems (BerSy) für das Clearing des KA-Bezahlverfahrens im Rahmen von SL+ vorgenommen.

Seit der Einführung im Juli 2020 hat sich die **MDV-App MOOVME** sehr gut am Markt etabliert. Trotz des Umsatzrückgangs von Juni bis August durch das 9-Euro-Ticket konnten die Umsatz- und Downloadziele in 2022 übertroffen werden, so dass die Gesamtumsätze in MOOVME im Jahr 2022 wiederum deutlich gesteigert werden konnten. Dazu tragen eine höhere Offenheit der Bevölkerung für digitale Zahlverfahren, aber auch die stetige Vermarktung der App MOOVME und auch der anderen Apps im MDV bei. Durch die Mehr-App-Strategie im MDV konnten im Jahr 2022 bereits 20 % der freien Ticketkäufe über die Apps umgesetzt werden. Etabliert hat sich auch der sachsenweite Verkauf in MOOVME. Die Umsatzzahlen steigen auch in diesem Segment der verbundübergreifenden Verkäufe stetig an. Bewährt hat sich für **SachsenMobil** auch die gemeinsame Personalstelle der Verbünde, die beim MDV platziert ist. Diese Personalstelle bringt die Vertriebsverantwortlichen der sächsischen Verbünde und der DB Regio sowie zunehmend weitere Eisenbahnverkehrsunternehmen zusammen, um die Ausrichtung des App-Vertriebs in Sachsen und Mitteldeutschland zu vereinheitlichen.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele entwickelten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier- und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Vereinbart wurde die Umsetzung von Maßnahmen, die im Zeitrahmen 2022/2023 bis zu 30 % des Umsatzes im Segment Bartarifverkäufe auf die Apps verlagern sollen. Die meisten der im Herbst 2021 beschlossenen Maßnahmen sind im Jahr 2022 angelaufen, dies waren:

- Ausweitung ABO Flex verbundweit im August 2022
- Umsetzung im Rahmen STADTLand+:
 - Einführung CICO-App verbundweit
 - Test Bestpreis in TZ Halle
 - Test Luftlinientarif in TZ Halle
 - Erstellung verbundweiter Konzeption zum eTarif.

Die verbundweite Umsetzung des ABO Flex hat Anpassungen in allen Vertriebssystemen sowohl im klassischen als auch im digitalen Bereich erfordert. Darüber hinaus mussten die Kontrollsysteme angepasst werden. Diese Anpassungen wurden verbundweit fristgerecht vorgenommen und die verbundweite Einführung des ABO Flex mit umfangreichen Marketingmaßnahmen beworben. Die prognostizierten Verkaufszahlen wurden in Halle und in Leipzig übertroffen, blieben jedoch in den Landkreisen zunächst hinter der Erwartung zurück.

Des Weiteren unterstützte die Verbundgesellschaft die **THÜSAC** bei der Einführung der neuen **Bordrechner**, insbesondere bei der Erstellung des Pflichtenhefts und der Begleitung im Rahmen der eTicketing Komponenten.

Ebenso wurde die **PVG Burgenlandkreis** bei der Einführung der neuen **Bordrechner** unterstützt. Im Jahr 2022 lag der Fokus auf Tests und der Inbetriebnahme des **eTicketing** ab Herbst des Jahres. Ebenso wurde die Einführung des ReTSy bei der PVG begonnen, wobei dieses Projekt erst 2023 abgeschlossen werden wird.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, kommunales Verkehrsmanagement und Datenaustausch. Intensiviert wurde der Austausch mit den MDV-Landkreisen und der Sächsischen Energieagentur - SAENA GmbH. Neue Beziehungen wurden unter anderem zum BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik), zu den Universitäten Halle und Erfurt, der Digitalagentur Sachsen, dem DLR, dem Straßenverkehrsamt Dresden und regionalen Logistikverbänden aufgebaut. Weitere interdisziplinäre Themen fanden Einzug in die Arbeit der Kooperation. So stand die strategische Auseinandersetzung mit Themen rund um künstliche Intelligenz, Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und dem Fachkräftemangel auf der Agenda. Planung und Moderation als Dienstleistung wurden erstmalig von Kooperationspartnern in Anspruch genommen. Zahlreiche Projekte (PriMaaS, SenMooVe, MyWay, Tink) im MDV-Raum profitierten vom Mitwirken der Kooperation. Auf dieser Grundlage wurden auch konkrete Gespräche zur Erweiterung der KOV-VM geführt.

Im Januar 2022 startete das im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ sowie des ZVNL und der NASA GmbH geförderte Projekt **„STADTLand+ Mitteldeutschland vernetzt“** unter der Konsortialführung der HAVAG mit einem Gesamtvolumen von EUR 25 Mio. für den Zeitraum 2022 bis 2024. Der MDV ist an zwei der fünf Teilprojekte mit einem Volumen von EUR 2,7 Mio. beteiligt. Die Verbundgesellschaft ist federführend als Projektleiter für die Teilprojekte 2 und 4 zuständig. Im Teilprojekt 2 sind in 2022 die Maßnahmen „Innovative Stadtverkehre Merseburg“ und „Taktverknüpfung Stadt-Umland-Verkehre“ erfolgreich mit den Partnern in Betrieb gegangen.

Die Maßnahmen im Bereich Vernetzung von Auskunfts- und Vertriebssystemen im **Teilprojekt 4** haben eine hohe Themenkomplexität mit unterschiedlichen Herstellern/Dienstleistern von Vertriebssystemen der betreffenden 10 Projektpartner. Die Arbeiten zur Umsetzung aller Teilmaßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit den beteiligten VU.

Im Sommer 2022 erfolgte ein zweiter Aufruf des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) zum Thema „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“. Die Verbundgesellschaft reichte unter dem Lead der LVB GmbH mit den Partnern Regionalbus Leipzig GmbH, Nordsachsen Mobil GmbH und dem ZVNL eine gemeinsame Projektskizze mit dem **Thema Stärkung der Pendlermobilität in Leipzig + Umland (PUMa)** ein, die im Auswahlverfahren Berücksichtigung fand. Schwerpunkt dieses Projekts ist die Pendlermobilität sowohl in der Stadt Leipzig als auch im vernetzten Umland. Dazu sollen in 4 Teilprojekten u. a. die Anbindung der Gewerbestandorte insbesondere zu den Schichtzeiten verbessert werden, als auch Angebote für die sogenannte letzte Meile geschaffen werden. Gepaart mit verschiedenen Marketingaspekten und dem Betrieblichen Mobilitätsmanagement sollen damit noch mehr Pendler für den ÖPNV gewonnen werden. Das Projekt PUMa startete im Januar 2023 und läuft bis Ende 2025. Der Gesamtaufwand des MDV liegt bei EUR 0,61 Mio. bei einer Fördersumme von EUR 0,49 Mio.

Einer der **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** in 2022 war die zweite Stufe der MDV-weiten **Potenzialbetrachtung der Pendlerverkehre** zwischen den Landkreisen und Halle bzw. Leipzig. Während die in 2021 bearbeitete erste Stufe sich mit Pendlern beschäftigte, die in den oben genannten Oberzentren wohnen und den MDV-Landkreisen arbeiten, beschäftigte sich die zweite Stufe mit der umgekehrten Richtung. In der Untersuchung wurden einerseits die binnen maximal einer Stunde entfernten Wohnorte, die mindestens eine vertaktete Angebotsqualität aufweisen und andererseits die wichtigsten Gewerbestandorte in Halle und Leipzig untersucht. Die Ergebnisse wurden Vertretern der beiden Großstädte sowie der HAVAG und der LVB zur weiteren schwerpunktartigen Betreuung im Rahmen ihrer Netzentwicklung und Keyaccount-Aktivitäten übergeben.

Zu Beginn des Jahres 2022 wurde das **betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM)** auf den gesamten MDV-Raum ausgeweitet. Bis Ende 2022 konnte dazu eine sächsische Förderung im Landkreis Nordsachsen genutzt werden. Eine ähnliche Förderung im Landkreis Leipzig war bereits 2021 ausgelaufen. Die restliche Stellenfinanzierung erfolgt über die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Auf Basis der o. g. Potenzialstudien und der Wünsche der Gesellschafter wurden in 2022 konkrete Standorte benannt, die durch die MDV-Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verbundpartnern betreut werden sollen. Ziel ist dabei, über das ÖPNV-Angebot vor Ort zu informieren, Schwachstellen im Angebot aufzudecken und zum Abschluss von Ticketverträgen zu animieren. Prinzipiell ist der Anteil der Pendler im ÖPNV eher gering, sodass hier noch Potentiale und teils noch freie Kapazitäten in den Fahrzeugen je nach Linie vorhanden sind, die durch die Arbeit des BMM-Teams gehoben werden sollen.

Seit 2015 erarbeiten die MDV-Geschäftsstelle und die MDV-Landkreise die **Nahverkehrspläne** im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation. In 2022 wurde der Nahverkehrsplan für den Saalekreis erstellt, der durch den Kreistag im März 2023 beschlossen wurde.

Der **PlusBus** erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Im April 2022 wurde der PlusBus mit dem Deutschen Verkehrswendepreis ausgezeichnet. Die entsprechenden Landesbedeutsamen PlusBus-Linien werden von den Freistaaten Sachsen und Thüringen und vom Land Sachsen-Anhalt anteilig mitfinanziert. Im MDV gibt es inzwischen 37 PlusBus-Linien, deutschlandweit sind es inzwischen 150 Linien.

Schwerpunkte der Arbeiten im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** waren in 2022 u. a. die folgenden Themenstellungen:

- Analyse von Reiseketten von Plus- und TaktBus-Linien in Kombination mit dem SPNV auf ihre Konkurrenzfähigkeit zum Pkw-Verkehr
- Analyse, wie sich durch veränderte Taktlagen im Rahmen von MDSB-2025 die Übergangszeiten zum ÖSPV an Knotenpunkten verändern
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV wie auch im Schienenersatzverkehr (SEV).

Die Laufzeit der Kooperation betrug 3 Jahre und endete im Dezember 2022. Für die Jahre 2023 bis 2025 wurde Anfang 2023 eine neue Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2022 über die bereits benannten Themen hinaus u. a. die Vermarktung neuer Angebote **in den Landkreisen**, wie die neuen Fahrplan- und RufBus-Angebote vor allem im Wurzenener Land, in Colditz und im Altenburger Land sowie die Liniennetzreform im westlichen Landkreis Nordsachsen. Im Landkreis Saalekreis konnte im Rahmen des Projekts STADTLand+ der neue Stadtverkehr in Merseburg mittels Vermarktungskampagne und Pressefahrt beworben werden.

Das Projekt „**Digitale Karte/digitaler Liniennetzplan**“ wurde weitestgehend fertig programmiert und wird im ersten Halbjahr 2023 aufgeschaltet, sobald die Schnittstellenfreigabe für die Fahrplandaten erfolgt ist.

Gänzlich neu entwickelt wurden ein **Leitfaden für eine geschlechtergerechte Sprache**, der in der MDV-Kommunikation sukzessive zur Anwendung kommt. Ebenfalls neu ist die Aufbereitung von **Basisinformationen in leichter Sprache**, um einem weiteren Anspruch in der barrierefreien Kommunikation gerecht zu werden.

Weitere Aufgaben waren die verbundweite **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, die Tarifkommunikation und die Kommunikation zum **Fahrplanwechsel**, die letztmalig durch das Erscheinen eines Fahrplanbuchs ergänzt wurde. Die jährliche **Schulung der Verbundunternehmen** wurde erneut im Online-Format durchgeführt, wodurch das Vierfache der sonst üblichen Teilnehmerzahl erreicht werden konnte.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet. Ein Highlight der PR-Arbeit war die Verleihung „Bundesweiter Verkehrswendepreis für PlusBus“ an den MDV durch das Bündnis Allianz pro Schiene. Mit der Preisverleihung verbunden war eine politische Podiumsveranstaltung im Herbst. Das Aufschalten des MDV im social Business Netzwerk LinkedIn und die stark steigenden Klickzahlen im MDV Online-Magazin unterstützen die öffentliche Unternehmensdarstellung.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2022

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 09.12.2021 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2022 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags in 2022 zu zahlende Zuschuss von TEUR 3.429 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2022 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2021 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 553 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.351 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.581 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.230 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 631 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2023 wurde davon durch die Gesellschafter am 08.12.2022 bereits ein Übertrag von TEUR 585 auf die Jahre 2023 bis 2026 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 46 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwands der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, des Freistaats Sachsen, des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und den ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2022/2023 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31.12.2021 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 364 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2022 Zahlungen von TEUR 418 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2022 TEUR 782 zur Verfügung, von denen TEUR 315 ertragswirksam in Anspruch genommen und TEUR 67 in den Sonderposten für Investitionszuschüsse eingestellt wurden. Der Restbetrag von TEUR 400 wurde passiviert. TEUR 209 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2023 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 191 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen und in den Folgejahren als Eigenmittel in Anspruch genommen werden sollen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.881 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.703) um 7 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus der Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 577).

Im Gegenzug sank auf der Aktivseite das Anlagevermögen um TEUR 142, da die Abschreibungen (TEUR 295) die Zugänge (TEUR 157) überstiegen. Auf der Passivseite verminderte sich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 98, da die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von TEUR 197 die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 99) überstieg.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 trotz der Corona-Pandemie und der veränderten Kostensituation im ÖPNV gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt wurden.

Ausblick auf 2023 und 2024

Mit dem neunten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes hat die Bundesregierung im März 2023 die Einführung eines **bundesweit gültigen Deutschlandtickets für EUR 49,00 pro Monat** zum 01.05.2023 beschlossen. Dazu laufen bereits seit Herbst 2022 umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die konkrete Umsetzung im Tarif, Vertrieb und in der Einnahmeverteilung sowie bezüglich der finanziellen Förderung durch Bund und Länder in enger Abstimmung mit den MDV-Gesellschaftern, so dass zunächst der Vorverkauf im MDV fristgemäß zum 03.04.2023 starten konnte. Zielstellung der Verbundunternehmen und der Verbundgesellschaft im MDV ist es dabei, mit diesem neuen Angebot möglichst neue Kunden dauerhaft zu gewinnen und die bisherigen Kunden weiterhin als MDV-Abonnenten zu halten. Für die vertriebstechnische Umsetzung des Deutschlandtickets sowie die Datenmeldungen für die bundesweite Einnahmeverteilung sind die ABO-Verwaltungsprogramme ReTSy, Patris und Ticket-Office anzupassen. Darüber hinaus müssen alle Geräte für das Aktionsmanagement angepasst werden, damit der Kunde auch außerhalb der Servicezentren ein neues Produkt auf die Chipkarte laden kann. Parallel dazu werden die Apps ertüchtigt, damit der Kunde statt der Chipkarte auch ein Handyticket als Medium für das Deutschlandticket wählen kann. Zuletzt müssen alle Kontrollgeräte angepasst werden, damit die deutschlandweit einheitlich erstellten Tickets geprüft werden können. Um den Ansturm der Neukunden zu bewältigen, müssen Prozesse im Kundenservice und Support ausgebaut werden, aber auch zusätzliche Chipkarten bestellt werden.

Außerdem wird auch im Jahr 2023 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Neben der Einführung des bundesweit gültigen Deutschlandtickets stehen 2023 u. a. die vorbereitenden Arbeiten zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis im **tariflichen Fokus**. Hinzu kommt die Weiterführung der Arbeiten für die Tarifstrategie 2027. Mit dieser tariflichen Neuausrichtung soll die Digitalisierung des Tarifs vorbereitet und umgesetzt werden. Ein wesentlicher Baustein ist dabei die Entwicklung eines verbundweiten eTarif-Konzepts im Rahmen des Modellprojekts STADTLand+.

Im Jahr 2023 erfolgt die Produktivsetzung der letzten **eTicketing**-Funktionen der neuen Bordrechner der **PVG Burgenlandkreis**, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen. Parallel dazu soll das ReTSy durch die PVG in Betrieb genommen werden. Damit einhergehend werden die Schüler der PVG auf Chipkarte umgestellt, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u. a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Die im Rahmen der **Strategie zur Digitalisierung Tarif und Vertrieb** in 2021 beschlossenen Maßnahmen werden 2023 mit einem besonderen Fokus auf die in STADTLand+ integrierten Bausteine in der Bearbeitung fortgesetzt.

Eine wichtige Aufgabe der Verbundgesellschaft liegt in der Unterstützung der MOOVME-Partner zu Vornahme wichtiger Erweiterungen. So müssen in 2023 das Deutschlandticket, ein neuer Barcode und die Tarifzonenreform im Burgenlandkreis umgesetzt werden. Darüber hinaus wird die CICO-Funktion in die App integriert. Zusätzlich sollen weitere Partner in die MOOVME-Kooperation aufgenommen werden.

Für die Anwendung von CICO-Funktionen in Sachsen sowie im gesamten Bereich Mitteldeutschland werden weitere Standardisierungen besprochen und umgesetzt, so bspw. die Erweiterung des Tarifservers sowie die Vereinheitlichung von Barcode und Ticketlayout sowie einheitlicher Bestpreisregeln, die dann für alle CICO-Apps gelten.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement (KOV-VM) im Jahr 2023 sind die Stärkung des Austauschs insbesondere mit der Wissenschaft und den Verwaltungen zur Unterstützung hinsichtlich intelligenter Algorithmen, Verbesserung der Datenqualität und dem autonomen Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerks um neue Partner. Auch der Ausbau des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie die Prüfung der Beteiligung weiterer sächsischer Akteure sollen vorangetrieben werden. Des Weiteren findet ein verstärktes Monitoring aktueller technischer Entwicklungen statt, so dass Trends schneller in die Kooperationsarbeit einfließen. Neue interdisziplinäre Austauschplattformen werden initiiert. Dabei liegt der Fokus insbesondere auf KI-Projekte (Verkehrsprognose, kurzfristige Prognose von Fahrgastzahlen, intelligente Anschlusssicherungen, intelligentes Routing von On-Demand-Diensten, Zusammenführung und Analyse komplexer dynamischer Daten) und dem verbesserten Austausch hinsichtlich strategischer Themen im MDV-Raum und darüber hinaus. Zunehmende Kooperationen werden antizipiert, um den Herausforderungen des Fachkräftemangels und den steigenden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen an ÖPNV und MIV zu begegnen. Aktuelle Veränderungen im Bereich der kritischen Infrastruktur und der Mobilitätsdatenverordnung sind zu beobachten. Die Entwicklung und Bewertung der Förderkulisse ist ein wichtiges Anliegen der Kooperation. Moderation und Vernetzung als Dienstleistung sowie das Zusammenführen von Informationen für Kooperationspartner werden weiter vorangetrieben.

Die im Dezember 2022 ausgelaufene **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wird ab 2023 für weitere 3 Jahre mit einem reduzierten Leistungsumfang insbesondere bei den Projektstunden fortgeführt. Schwerpunkte in 2023 sollen neben Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan auch ein Mobilitätstraining für Junge Leute sein. Daneben werden klassische Aufgaben wie die ZVNL-Fahrplankonferenz durch den MDV durchgeführt; der Baustellenkalender für die sächsischen MDV-Gesellschafter wird regelmäßig aufgestellt und verschickt. Stichpunktartige Qualitätskontrollen sowohl im laufenden SPNV-Angebot als auch beim Schienenersatzverkehr gehören auch 2023 und den Folgejahren zu den Aufgaben.

Die inhaltlich stark veraltete Leitlinie zu flexiblen Bedienformen soll ab 2023 in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern durch einen **neuen Leitfaden für „flexible Bedienformen/on-deman-Verkehre“** zeitgemäß ersetzt werden. Ebenso soll im 10. Jahr seines Bestehens das Modell „**PlusBus**“ hinterfragt werden, ob die darin gesetzten und bisher erfolgreichen Standards noch zeitgemäß sind und welche Anforderungen die anstehende Verkehrswende zukünftig an das Produkt stellt.

Im aktuellen Jahr bilden die **Vermarktung** des Deutschlandtickets, der App MOOVME (verbundweit sowie im VMS und in weiteren sächsischen Gebieten) und der Tarifzonenreform im Burgenlandkreis die Schwerpunkte. Darüber hinaus unterstützt der MDV die regionalen Verkehrsunternehmen bei der Vermarktung von Projekten in den Landkreisen. Zunehmend treten auch die Kommunikation und Vermarktung von Fahrplan- und Vertriebsprodukten aus den Fördermittelprojekten STADTLand+ sowie Stärkung der Pendlermobilität stärker in den Vordergrund.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2027 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 wurde von der Gesellschafterversammlung am 08.12.2022 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2023 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2023 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.461 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 585, wovon TEUR 236 auf das Jahr 2023 und TEUR 349 auf 2024-2026 entfallen. Die Finanzierung der Eigenmittel für die Modellprojekte STADTLand+ und Stärkung der Pendlermobilität in Leipzig und Umland im Zeitraum 2023 bis 2025 ist vollständig aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen geplant.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden, der sich bedingt durch die Pandemie-Situation und Umsetzung des 9-Euro-Tickets sowie des Deutschlandtickets verschoben hatte.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikomanagementhandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Mai 2021. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplans und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die turnusmäßige Überprüfung des Risikomanagementhandbuchs im Zwei-Jahres-Rhythmus ist aktuell in Arbeit.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein der Verkehrsunternehmen, der sich auf Grundlage der Tarifeinnahmeansprüche ermittelt, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise fand im Jahr 2022 statt. Das bisherige Verfahren wird unter Berücksichtigung der pandemiebedingten Ausgleichsregelungen befristet für die Jahre 2023 und 2024 fortgeführt.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2027 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u.a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen erbringt u. a. im Auftrag der HAVAG die Fahrausweisprüfung sowie Sicherheits- und Reinigungsdienstleistungen.

Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	155	17	189	21	172	21	-34	-18
Umlaufvermögen	773	83	709	79	647	78	64	9
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	2	0	6	1	2	100

Bilanzsumme	932	100	900	100	825	100	32	4
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	283	30	248	28	209	25	35	14
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2	0	5	1	6	1	-3	-60
Rückstellungen	495	53	515	57	438	53	-20	-4
Verbindlichkeiten	152	17	132	14	172	21	20	15

Bilanzsumme	932	100	900	100	825	100	32	4
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.847	5.826	5.455
sonstige betriebliche Erträge	271	258	262
Materialaufwand	791	649	578
Personalaufwand	5.736	4.909	4.556
Abschreibungen	82	107	91
sonstige betriebliche Aufwendungen	449	358	391
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22	16	34
Ergebnis nach Steuern	39	45	66
sonstige Steuern	5	5	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	34	40	62

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,50	0,68	1,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,82	19,06	42,19	%
Cash-Flow:	116	147	153	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	47	41	40	T€
Personalaufwandsquote:	80,59	80,68	79,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	16,63	20,82	20,27	%
Eigenkapitalquote:	30,34	27,61	25,29	%
Fremdkapitalquote:	69,66	72,39	74,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,89	1,03	1,84	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	38,11	33,77	32,31	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) Teil der Stadtwerke Halle - Gruppe und als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen.

In dem Bereich der Reinigung sind dabei die Fahrzeug- und Gebäudereinigung angesiedelt, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Schulen, Kindertages-, Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glas- und Rahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Gebäudereinigung, dieser ist in den letzten drei Geschäftsperioden am stärksten gewachsen.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen. Diese Leistungen waren infolge der COVID-19-Pandemie im vergangenen Geschäftsjahr rückläufig. Darüber hinaus werden Erhebungen entsprechend des Sozialgesetzbuches IX in turnusmäßigen Abständen durchgeführt.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste an verschiedenen Standorten. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2022 vor allem Leistungen für Schutzmaßnahmen sowie zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erbracht. Hierzu zählen Desinfektionen innerhalb kommunaler Liegenschaften sowie diverse Sicherheitsdienste zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Eindämmungsverordnungen. Hier sind vor allem die Kontrolle der Mund- und Nasenschutzbedeckung durch die Fahrausweisprüfer aufzuführen.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung steht weiter im Vordergrund und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Serviceoptimierung ein Ziel der SGS. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Aufbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH) Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen Kennzahlen der Bereiche.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Corona-Pandemie wirkte sich wieder im Verlauf des Jahres mit den zahlreichen Anpassungen entsprechend des Infektionsgeschehen in Form der allgemeinen Verordnungen für die Gesellschaft aus. Der Bereich der Reinigung war durch die zusätzlichen Reinigungs- und Desinfektionsaufträge in den Kindergärten, Schulen und Verwaltungsbereichen stark beansprucht. Die Fahrausweisprüfung hat sich auf die häufig veränderten Regelungen speziell für den ÖPNV einstellen müssen. Eine besondere Herausforderung stellte dabei die Beachtung und Verfolgung der jeweiligen Rechtslage im Prüfgebiet des Auftraggebers dar. Die Mitarbeitenden haben sich den besonderen Gegebenheiten gegenüber sehr verständlich gezeigt und alle erforderlichen Maßnahmen unterstützend umgesetzt.

In Folge der Corona-Pandemie kam es durch Produktionsausfälle sowie Verschiebungen bei Materiallieferungen zu starken Preisanpassungen bei Reinigungs- und Hilfsmitteln die zwischen 6 % und 10 % zum Jahresbeginn lagen. Es kam zu weiteren Preisanpassungen im Laufe des Jahres speziell bei Reinigungsmitteln in Folge der gestiegenen Energie- und Transportkosten durch die Ukraine-Krise von bis zu 11 %. Weiterhin haben alle Lieferanten verschiedene Formen der Kostenweitergabe (z.B. Lieferkostenpauschale, Preiserhöhungen und Mengenzuschläge) umgesetzt, die durch gestiegene Energie- bzw. Logistikkosten entstanden sind.

Mit dem Beschluss der Bundesregierung im Mai 2022 den Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro pro Stunde anzuheben, verabredeten die Tarifparteien der Gebäudereinigung umgehend eine Gesprächsrunde. Bereits am 2. Juni 2022 hatten sich die Gewerkschaft IG Bau sowie der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks auf einen Tarifvertrag mit einem Branchenmindestlohn von 13 Euro pro Stunden verständigt. In einem gesonderten Tarifvertrag vereinbarten die Vertragsparteien Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH, dass alle Mitarbeitenden entsprechend ihres Beschäftigungsgrads einen Inflationsausgleich in Höhe von 1.000 Euro erhalten.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2022 wurde der gesetzliche Mindestlohn von 9,60 Euro auf 9,82 Euro angehoben, gefolgt von einer weiteren Erhöhung zum 1. Juli auf 10,45 Euro. Bereits im Mai hatte die Bundesregierung beschlossen, den Mindestlohn zum 1. Oktober auf 12,00 Euro pro Stunde anzuheben. Daraufhin verabredeten die Tarifparteien der Gebäudereinigung umgehend eine Gesprächsrunde. Bereits am 2. Juni 2022 hatten sich die Gewerkschaft IG Bau sowie der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks auf einen Tarifvertrag mit einem Branchenmindestlohn von 13,00 Euro pro Stunden verständigt. Der Mindestlohn für das Jahr 2023 wurde somit bereits im Jahr 2022 festgesetzt und dies erstmals als Beschluss des Bundeskabinetts. Eine weitere Erhöhung im Jahr 2023 ist daher nicht zu erwarten. Die nächste Mindestlohnerhöhung wird wieder von der unabhängigen Mindestlohnkommission, entschieden. Bis zum 30. Juni 2023 wird sich die Kommission über die nächste Anhebung des Mindestlohns beraten. Dabei wird der neue Mindestlohn frühestens am 1. Januar 2024 umgesetzt werden.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten. In der Fahrausweisprüfung hat die Gesellschaft für einen weiteren Kunden Prüfdienste ausgeführt. Einen besonderen Anspruch stellte die Bearbeitung der Forderungen sowie die Kundenberatung in Service-Centern für ein weiteres Verkehrsunternehmen dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit werden vor allem für die HAVAG und die EVH GmbH regelmäßige Empfangsdienste erbracht. Weiterhin wurden die Sicherheitsleistungen erweitert.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren gehört in der Servicebranche darüber hinaus die Akquirierung und der Erhalt von Mitarbeiterkapazitäten.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die neu fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die ausschließlich mit eigenen Mitarbeitenden beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 162 (Vorjahr 156) Arbeitnehmende beschäftigt; zum 31. Dezember 2022 waren es 167 (Vorjahr 158). Darin enthalten sind 11 Gehaltsempfänger sowie 8 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der größte Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr 5.736 T€ (Vorjahr 4.909 T€). Darin enthalten sind die oben beschriebene Inflationsausgleichsprämie sowie Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeitenden sowie die oben unter 3.1 genannte Inflationsausgleichsprämie. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betrugen 55 T€ (Vorjahr 24 T€) im Geschäftsjahr, was vor allem auf den Anstieg von Schulungen nach der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist.

Die für Mitarbeitende im Rahmentarifvertrag der SWH vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer sowie eine Gesundheitscard für die Mitarbeitenden abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumzahlungen angepasst.

Die Personalrekrutierung hat sich nicht nur in Folge der Corona-Pandemie weiter verändert. Dieser stetigen Veränderung versucht die Gesellschaft sich anzupassen und verstärkt Bewerber mit Migrationshintergrund anzusprechen. Zum 31. Dezember 2022 haben 20 % der Belegschaft einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind veränderte Anforderungen an die Betriebsorganisation.

Hierzu zählt auch, sich den Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft anzunehmen und diese innerbetrieblich zu lösen. Kurz- und langfristige Personalausfälle führen zu einer starken Belastung für alle Mitarbeitenden in einem sehr personalintensiven Dienstleistungsbereich.

Um die Fehlzeiten im Unternehmen zu minimieren, werden verstärkt Gespräche im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements geführt und wenn möglich gesundheitsverbessernde Maßnahmen angeboten. Der Krankenstand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister aus der SWH-Gruppe zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich keine schweren Arbeitsunfälle ereignet. Berufskrankheiten, mit schweren Auswirkungen, sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 34 T€ abschließen.

(Angaben in T€)	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	6.847	5.827	1.020	17,5
Sonstige Erträge	271	258	13	5,0
Gesamtleistung	7.118	6.085	1.033	17,0
Aufwendungen für RHB und bezogene Waren	202	192	10	5,3
Aufwendungen für bezogene Leistungen	589	456	133	29,1
<i>Deckungsbeitrag</i>	<i>6.327</i>	<i>5.437</i>	<i>890</i>	<i>16,4</i>
Personalaufwand	5.736	4.909	827	16,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	449	358	91	25,4
EBITDA	141	170	-29	-17,0
Abschreibungen	81	108	-27	-24,7
EBIT	60	62	-2	-3,6
Finanzergebnis	1	0	1	100,0
Ergebnis vor Steuern	61	62	-1	-1,5
Steuern	27	22	5	-21,4
Ergebnis nach Steuern	34	40	-6	-14,1

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 6.847 T€ (Vorjahr 5.827 T€) verzeichnen. Davon entfielen 3.610 T€ (Vorjahr 2.872 T€) auf die Gebäudereinigung, 881 T€ (Vorjahr 832 T€) auf die Fahrzeugreinigung, 1.394 T€ (Vorjahr 1.197 T€) auf die Fahrausweisprüfung, 352 T€ (Vorjahr 312 T€) auf Poststelle und den Empfang, 310 T€ (Vorjahr 294 T€) auf die Haltestellenreinigung, 200 T€ (Vorjahr 169 T€) auf die Vegetationspflege sowie 100 T€ (Vorjahr 151 T€) auf den Winterdienst. Aufgrund der Tarifanpassungen, die zu erhöhten Umsatzerlösen führten sowie der Vertragserweiterungen in der Gebäudereinigung wurden über den geplanten Umfang hinaus Leistungen erbracht. Zu diesen Leistungen zählen zusätzliche Reinigungsleistungen gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) für kommunale Liegenschaften und der HAVAG im Rahmen der COVID-19-Pandemie.

Der Anstieg der Umsatzerlöse wurde durch höhere Aufwendungen für Personal (5.736 T€; Vorjahr 4.909 T€) und bezogene Leistungen (589 T€; Vorjahr: 456 T€) begleitet, so dass das Jahresergebnis ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres lag.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von 283 T€ (Vorjahr 249 T€). Das Anlagevermögen ist damit vollständig (Vorjahr 100 %) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 54 T€ (Vorjahr 128 T€) getätigt.

Aufgrund der getätigten Investitionen im Geschäftsjahr ergibt sich zum Stichtag eine nur geringe Cash Pool-Forderung, sodass per 31. Dezember 2022 die verfügbaren liquiden Mittel 16 T€ (Vorjahr 226 T€) betragen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen 152 T€ (Vorjahr 131 T€), woraus sich ein Liquiditätsgrad (1. Grades) von 10 % (Vorjahr 173 %) ergibt. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war unterjährig kurzzeitig erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 32 T€ bzw. 4 % auf 932 T€ gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Erhöhung des Umlaufvermögens zurückzuführen. Passivisch sind insbesondere das Eigenkapital sowie die Verbindlichkeiten gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2022 beträgt 155 T€ (Vorjahr 189 T€). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf 155 T€ (Vorjahr 190 T€).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 61 T€ (Vorjahr 62 T€). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,89 % (Vorjahr 1,06 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr 34 T€ (Vorjahr 40 T€).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Erhöhung des Jahresüberschusses angestrebt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der SGS insgesamt sieben Risiken ermittelt (Vorjahr fünf). Unter diesen Risiken lassen sich keine Risiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Schwerpunktmäßig fallen die Risiken (Gruppe 3 und 4) auf die Bereiche Marktrisiken und rechtliche Risiken.

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt, dieser ist in vergangenen Jahren gesunken und stellt zugleich die Basis der Gesellschaft dar. Die Verschiebung kam durch den Ausbau der Vertragsleistungen mit der HWS sowie mit Drittkunden zustande. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie wird auf mittlere Sicht als gering eingeschätzt.

Ebenso wird am Drittmarkt immer mehr deutlich, dass die Kunden bereit sind, bei einer entsprechenden qualitativen Leistung ein höheres Entgelt zu entrichten. In einzelnen Branchen (z.B. Krankenhäusern) findet wieder ein Wechsel von Fremd- auf Eigenreinigung statt, wovon die Gesellschaft nicht betroffen ist, was aber vor allem einen entscheidenden Einfluss auf die Personalrekrutierung und viel mehr auf die Mitarbeiterbindung hat.

Ein weiteres Risiko besteht bei einer ausbleibenden Vertragsverlängerung für die Reinigungsleistungen von kommunalen Einrichtungen. Hier hat die Gesellschaft selbst nur eine sehr geringe Handlungsmöglichkeit und ist auf die HWS als Vertragspartner angewiesen. Die Vertragslage ist zu einem großen Teil langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern.

Die stärkere Einbindung in die SWH ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in den gebildeten Kennzahlen der operativen Exzellenz wider. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der SWH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Die Inhouse-Fähigkeit ist von großer Bedeutung für den Steuerungs- und Entscheidungsprozess. Dies wird beispielhaft im Bereich der Haltestellenreinigung sowie bei Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, deutlich. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der SWH angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild innerhalb der SWH-Gruppe zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen bestehen nicht.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch wird der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet.

6. Prognosebericht

Die Auswirkungen der Ukraine Krise wurden seitens des Gesetzgebers in vielen Bereichen abgesichert, was der SGS für die laufende Geschäftstätigkeit Planungssicherheit gibt sowie die Möglichkeit ggf. entsprechende Handlungsmaßnahmen zu ergreifen. Es bleibt zu abzuwarten inwieweit die Geschäftspartner diese gesetzlichen Maßnahmen geprüft zur Anwendung bringen insbesondere bei Transport- oder Energiekosten.

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin HAVAG und den anderen Konzernunternehmen der SWH. Es wird ständig geprüft, welche zusätzlichen Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Dies betrifft vor allem kurzfristige Vertretungen oder Aushilfen, welche für die grundsätzliche flächendeckende Leistungserbringung der Unternehmen notwendig sind.

Um die Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe neu ausgerichtet. Die Stärken der SGS in der Gebäudereinigung, insbesondere in Schulen und Schwimmbädern der Stadt Halle (Saale), wurden bei der Zuordnung von neuen Reinigungsobjekten im Rahmen der Leistungsbeziehung mit der HWS berücksichtigt und werden künftig intensiviert. Weiterhin etabliert sich die SGS als Dienstleister für Zulieferleistungen rund um die Gebäudereinigung. Hierzu zählen die Reinigung von Wischbezügen sowie das Anliefern von Verbrauchsmaterial.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für technische Anlagen und Maschinen sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung geplant. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden hierbei die Umstellung der Prüfgeräte in der Fahrausweisprüfung. Hier ist der Einsatz von mobilen Datenerfassungsgeräten in Smart-Phone Größe auf Android-Basis vorgesehen. Weiterhin werden spezielle Reinigungsmaschinen angeschafft, um den gestiegenen Reinigungsbedarf zu entsprechen.

Ebenso wird geprüft in welcher geeigneten Form der bestehende Fuhrpark auf alternative Antriebsformen umgestellt werden kann. Erste Erfahrungen und Daten von im Einsatz befindlichen Fahrzeugen werden bereits ausgewertet, um die entsprechenden neuen Anforderungen zu erstellen.

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2023 ist mit 17 T€ geplant. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich aus dem operativen Geschäft ergeben, könnte die geplante positive Ergebnisentwicklung noch gesteigert werden.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Instandhaltung und Instandsetzung, die Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	40	4	70	6	76	7	-30	-43
Umlaufvermögen	869	92	1.041	92	1.005	92	-172	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	33	4	20	2	12	1	13	65

Bilanzsumme	942	100	1.131	100	1.093	100	-189	-17
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandvermögen	0		0		6		0	0
------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	56	526	46	526	48	0	0
Rückstellungen	188	20	244	22	232	21	-56	-23
Verbindlichkeiten	228	24	361	32	335	31	-133	-37

Bilanzsumme	942	100	1.131	100	1.093	100	-189	-17
--------------------	------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

Treuhandverbindlichkeiten	0		0		6		0	0
---------------------------	---	--	---	--	---	--	---	---

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.148	3.439	3.233
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	73	-100	-31
sonstige betriebliche Erträge	40	25	18
Materialaufwand	1.227	1.238	1.200
Personalaufwand	1.397	1.367	1.360
Abschreibungen	37	38	47
sonstige betriebliche Aufwendungen	479	474	413
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	121	247	200
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	117	243	196
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,72	7,06	6,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	22,28	46,19	37,21	%
Cash-Flow:	154	281	243	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	109	109	98	T€
Personalaufwandsquote:	42,84	40,63	42,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,36	4,24	4,86	%
Eigenkapitalquote:	55,79	46,48	48,10	%
Fremdkapitalquote:	44,21	53,52	51,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Umsatz mit Gesellschafter	94	94	94	%

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro sowie Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren im Geschäftsjahr 2022 hauptsächlich von den Auswirkungen der weiterhin andauernden Corona-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine geprägt. Die seit einem Jahr bestehenden Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Baumaterial wurden durch den Krieg noch einmal deutlich verstärkt. Weiterhin war es zum Teil nicht möglich, von Lieferanten Preiszusagen zu erhalten oder es gab nur tagesaktuelle Preise.

Die Branche unseres Hauptauftraggebers, die Wohnungswirtschaft, war im Gegensatz zum Vorjahr durch die stark gestiegenen Bau- und Energiepreise ebenfalls von den Auswirkungen betroffen.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT im Geschäftsjahr 2022 kann trotz der vorherrschenden Rahmenbedingungen als positiv bewertet werden.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe beide Seiten zufriedenstellend gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€ 2.950 (94 %)
Umsatz Sonstige	T€ 198 (6 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeitnehmer zur Kompensation von Auftragsspitzen und dem Ausfall von Beschäftigten gebunden.

In der BHT waren im Jahr 2022 durchschnittlich 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Zum Ende des Berichtszeitraumes waren durch das Unternehmen vier Auszubildende (ein Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, ein Elektroniker mit Schwerpunkt Energie- und Gebäudetechnik, ein Maler sowie ein Fachpraktiker für Holztechnik) angestellt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2022 für die Beschäftigten der BHT Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 942 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.131) um 16,7 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 189 verringerte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 55,8 % (Vorjahr 46,5 %) erhöht.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen einerseits hauptsächlich durch die Verringerung des Finanzmittelfonds (um T€ 185), des Anlagevermögens (um T€ 30 sowie der Vorräte (um T€ 2). Dem stehen andererseits die Erhöhung der Forderungen um T€ 14 sowie des Rechnungsabgrenzungsposten ebenfalls um T€ 14 gegenüber. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 133 verminderten Verbindlichkeiten sowie die um T€ 55 verminderten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 679.

Das geplante Ergebnis von mindestens T€ 130 konnte nicht ganz erreicht werden. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 121 (Vorjahr T€ 247). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 117 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2023 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2022 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2023 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abschließen wird. In welcher Höhe ist aus heutiger Sicht, auf Grund des andauernden Krieges in der Ukraine und den sich daraus ergebenden wirtschaftlich-finanziellen Auswirkungen, noch nicht abzuschätzen.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten sowie der Digitalisierung von Arbeitsabläufen können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber auch weiterhin erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Reportingsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Der steigende Fachkräftemangel im Handwerk stellt auch die BHT vor große Herausforderungen. Es werden größere wirtschaftliche und organisatorische Anstrengungen nötig sein, um den Arbeitskräftebedarf auch zukünftig den Anforderungen der Gesellschaft anzupassen.

Das Ausmaß der Auswirkungen des andauernden Krieges in der Ukraine, wie zum Beispiel die hohen Material- und Energiekosten oder die Lieferengpässe von benötigten Baumaterialien, kann weiterhin nicht hinreichend verlässlich eingeschätzt werden.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	12.782	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 12.782 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Dazu gehört auch die angemessene Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime.

Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Zweck des Unternehmens und dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Thielecke, Carsten
		Bernstiel, Christoph
		Dr. Kreuzfeldt, Annette
		Kriedemann, Angelika
		Raue, Alexander

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rebenstorf, René
Schachtschneider, Andreas
Weber, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	15

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	350.359	94	323.134	92	316.901	91	27.225	8
Umlaufvermögen	23.804	6	26.841	8	29.712	9	-3.037	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	93	0	155	0	173	0	-62	-40

Bilanzsumme

374.256	100	350.130	100	346.786	100	24.126	7
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	190.185	51	189.823	54	186.922	54	362	0
Sonderposten für Investitionszulagen	6.611	2	6.812	2	7.012	2	-201	-3
Rückstellungen	842	0	909	0	1.317	0	-67	-7
Verbindlichkeiten	176.066	47	152.036	44	150.815	44	24.030	16
Rechnungsabgrenzungsposten	552	0	550	0	720	0	2	0

Bilanzsumme

374.256	100	350.130	100	346.786	100	24.126	7
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	52.094	50.368	50.320
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.136	704	99
sonstige betriebliche Erträge	2.636	4.334	1.771
Materialaufwand	29.920	25.179	25.990
Personalaufwand	7.477	7.331	6.997
Abschreibungen	8.094	12.445	7.607
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.409	2.468	2.269
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	117	243	196
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	-8	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.417	2.591	3.058
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	703	359
Ergebnis nach Steuern	2.386	4.924	6.109
sonstige Steuern	24	24	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.362	4.900	6.095
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.334	2.633	3.748
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.696	7.533	9.843

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,53	9,73	12,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,27	2,69	3,44	%
Cash-Flow:	10.134	14.935	13.703	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	470	508	458	T€
Personalaufwandsquote:	13,95	13,23	13,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,47	92,13	91,21	%
Eigenkapitalquote:	50,82	54,21	53,90	%
Fremdkapitalquote:	49,18	45,79	46,10	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Wohneinheiten	9.859	9.876	9.817	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,60	7,00	6,60	%
Gewerbeeinheiten	117	117	114	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	1,70	1,70	3,50	%

f) Lagebericht**Inhaltsverzeichnis**

- I Grundlagen des Unternehmens
- II Wirtschaftsbericht
 - A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - C. Geschäftsverlauf
 - D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- III Prognosebericht
- IV Risikobericht
 - A. Risikomanagementsystem
 - B. Risiken
- V Chancenbericht

I Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, die Stadtentwicklung von Halle-Neustadt zu begleiten.

II Wirtschaftsbericht**A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes**

Auch das Jahr 2022 war vom Infektionsgeschehen um das Corona-Virus gezeichnet. Die Schutzmaßnahmen haben jedoch ihre Wirkung entfaltet und durch weitere Veränderungen des Virus selbst waren die Beeinträchtigungen der Wirtschaft und der Bevölkerung geringer als in den beiden Vorjahren. Der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Streitkräfte am 24.02.2022 auf ukrainisches Staatsgebiet und der damit begonnene Krieg zwischen Russland und der Ukraine hatte immense Folgen auf die Politik in Europa und die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Die Zerstörung der für Deutschland und weiterer europäischen Länder wichtigen Zuliefertrasse für russisches Erdgas „North Stream 1“ am 26.09.2022 löst einen weiteren Wendepunkt bei den Strategien der Energiebeschaffung und Preissicherung aus. Ein bisher nicht gekannter Anstieg der Preise für Strom und Erdgas sowie eine starke Inflation war die Folge, insbesondere für die deutsche Bevölkerung.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,9 %, kalenderbereinigt um 2,0 % gegenüber dem Vorjahr an. „Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine wie den extremen Energiepreiserhöhungen“, sagte Dr. Ruth Brand, seit 1. Januar 2023 neue Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, bei der Pressekonferenz „Bruttoinlandsprodukt 2022“ in Berlin. „Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten“, so Brand weiter. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher.

Die Wirtschaftssparten entwickelten sich sehr unterschiedlich. Während Dienstleistungsbereiche, insbesondere die Kreativ- und Unterhaltungsbranche durch den Abbau vieler Corona-Schutzmaßnahmen von Nachholeffekten profitieren konnten (+ 6,3 %), bremsten hohe Preise und der Materialmangel die Industrieproduktion (+ 0,2 %) und die Bauwirtschaft ein (-2,3 %). Das Verarbeitende Gewerbe litt vor allem in der ersten Jahreshälfte 2022 wie schon im Jahr 2021 unter gestörten internationalen Lieferketten. Hinzu kam der massive Anstieg der Energiepreise infolge des Kriegs in der Ukraine.

Auf der Nachfrageseite waren die privaten Konsumausgaben im Jahr 2022 die wichtigste Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Sie stiegen preisbereinigt um 4,6 % im Vergleich zum Vorjahr und erreichten damit fast das Vorkrisenniveau von 2019. Grund hierfür waren auch hier Nachholeffekte im Zuge der Aufhebung fast aller Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr 2022. Dies wird besonders deutlich bei den Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich 2022 nach zwei stark von Corona geprägten Jahren vergleichsweise moderat um 1,1 %. Der Staat gab deutlich mehr Geld aus, um die zahlreichen Schutzsuchenden aus der Ukraine und anderen Staaten zu verpflegen und unterzubringen. Dagegen sanken die staatlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, auch wenn weiterhin umfangreich Impfstoffe beschafft und finanziert wurden.

Die Bauinvestitionen nahmen im Jahr 2022 preisbereinigt um 1,6 % ab. Dabei wirkten sich die fehlenden Baumaterialien und der Fachkräftemangel vor allem im Hochbau und bei Wohnbauten aus. Zunehmende Auftragsstornierungen gewerblicher und privater Bauvorhaben im Zuge andauernd hoher Baupreise sowie steigender Bauzinsen verstärkten den negativen Trend der Bauinvestitionen im Jahresverlauf 2022. In Ausrüstungen – das sind vor allem Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde 2022 dagegen preisbereinigt 2,5 % mehr investiert als im Vorjahr.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft zählt auch weiterhin zu den Wirtschaftszweigen, die keine negativen Auswirkungen der pandemischen Lage und dem damit verbundenen konjunkturellen Einbruch zu verzeichnen hatten. Die GWG Halle-Neustadt mbH selbst blickt auf ein gutes Geschäftsjahr zurück, wenngleich die erwarteten Planwerte nicht durchweg erzielt werden konnten.

B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Wurde seit 2015 die Zuwanderung durch arabischstämmige Geflüchtete dominiert, verzeichnete die Stadt Halle (Saale) Anfang 2022 eine große Zuwanderung aus den vom russischen Angriffskrieg betroffenen Gebieten der Ukraine. Die GWG stellte auch für diese Bevölkerungsgruppe über 100 möblierte Wohnungen, die menschenwürdig, freundlich und vor allem sichere Unterkünfte für die Geflüchteten waren.

Die Einwohnerzahlen der Stadt Halle (Saale) und im Stadtgebiet Halle-Neustadt veränderten sich 2022 gegenüber dem Vorjahr wieder durch stärkeren Zuwachs:

	Einwohner*innen mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
Stadt Halle (Saale)	241.333	240.931	239.870	240.116	244.099
davon Halle-Neustadt	45.952	45.661	45.480	45.808	47.442

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Das durchschnittliche Alter der Einwohner*innen in der gesamten Stadt Halle (Saale) war zum Ende des Jahres 2022 mit 44,9 Jahren (Vorjahr: 45,0 Jahre) erstmals etwas höher als das Durchschnittsalter in Halle-Neustadt mit 44,8 Jahren (Vorjahr: 45,5 Jahre). In Halle-Neustadt wohnt, im Gegensatz zu anderen Städten mit Großwohnsiedlungen, fast jede(r) fünfte Einwohner*in der Stadt. In Halle-Neustadt wohnt zudem ein Drittel der Bevölkerung in Wohnungen der GWG Halle-Neustadt mbH. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich ausgehend vom Jahr 2018 mit einem Anteil von 24 % um weitere 10 Prozentpunkte erhöht. Der Migrationsanteil an der Bevölkerung in Halle-Neustadt lag Ende 2022 bei knapp 34 Prozent. Im Jahr 2015 belief sich dieser Anteil noch auf unter 16 Prozent. Die Arbeit der GWG, Migranten unterschiedlicher Herkunft in die Bestandsstrukturen der Bevölkerung zu integrieren, nimmt einen immer größer werden Anteil der täglichen Arbeit ein.

C. Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2022 erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 2.362 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2022 eingestellten Zielwert von 3.715 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine negative Abweichung von 1.353 T€. Hauptgrund für die Unterschreitung des Planwertes sind Kostensteigerungen bei der Instandsetzung und bei den Verwaltungskosten, welche auch durch Liefer- und Materialengpässe verursacht wurden. Weiterhin musste die Gesellschaft auch zahlreiche Zahlungsausfälle von Mieter*innen verzeichnen und Forderungen wegen Uneinbringlichkeit abschreiben.

Die aufgrund der Energiekrise gewährten Dezemberhilfen für die Bezugskosten von Fernwärme und Erdgas haben aufgrund der hohen Vermietungsquote für die Gesellschaft keinen nennenswerten Einfluss auf das Jahresergebnis.

Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen wurden geplante Mieterhöhungen im Bestand nur zum Teil realisiert. Wichtiger war für die kurzfristige Liquiditätssicherung die Erhöhung der Vorauszahlungsbeträge für Betriebs- und Heizkosten, die im Rahmen der jährlichen Betriebskostenabrechnung realisiert wurden. Im Ergebnis dessen konnten die Planwerte für die Sollmiete nicht erreicht werden, sie wurden um ca. 370 T€ unterschritten. So konnte als Nebeneffekt auch eine Überbelastung sozial schwacher Mieter*innen vermieden werden, die ihre Einkünfte selbst erwirtschaften.

Bezüglich der Erlösschmälerungen wurde der Planwert um 523 T€ verbessert, begründet im Wesentlichen durch den Zustrom ukrainischer Geflüchteter ab März 2022. Ohne diesen Zustrom verbliebe ein Vermietungsdefizit (Einzüge vs. Auszüge), welches durch das Geburtendefizit verursacht wird und auch nicht durch die Re-Urbanisierung ausgeglichen werden kann.

Unternehmenspolitik

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das führende Wohnungsunternehmen in Halles größtem Stadtteil.

Qualitative Anpassungen des eigenen Wohnungsangebotes sind auch weiterhin erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Anpassungen der Quantität sind mittel- bis langfristig weiterhin erforderlich, jedoch kurzfristig mit Blick auf die Zuströme von Geflüchteten derzeit nicht begründet. Hieraus ergibt sich eine Herausforderung, den für die quantitative Anpassung notwendigen Subventionsbedarf aufrecht zu erhalten, weil staatliche Förderpolitik und die strategischen Anpassungsbedarfe der Wohnungsunternehmen nicht fristenkongruent sind.

Zunehmend muss sich die Gesellschaft, durch die demografischen Entwicklungen bedingt, mit Wohnraum zur Neuvermietung befassen, der zuvor jahrzehntelang ohne Mieterwechsel vermietet war. Die Instandsetzungsaufwendungen in diesen Wohnungen sind oft größer als in stärker von Fluktuation geprägten Wohnungen. Mehrkosten aufgrund der hohen Inflation bewirken, dass die Wirtschaftlichkeit der notwendigen Wohnraumsanierungen zurückgeht, weil die Mieten nicht mit gleichem Tempo gesteigert werden können.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der GWG ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund der umfassenden Dienstleistungen für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. das Quartiersmanagement der AWO/SPI, den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ inmitten von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“. Diese Partner leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Integration von Zuwanderern.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, die Basketballerinnen des SV Halle e.V., den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2022 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2022		31.12.2021	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Anzahl
Wohneinheiten	9.859	559.295,33	9.876	559.892,90
Gewerbeeinheiten	117	26.375,27	117	26.341,68
	9.976	585.670,60	9.993	586.234,58

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag neun Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit 228 privatisierten Einheiten auf einer Nutzfläche von 14.914,36 m².

Zum Ende des Jahres 2022 wurde eine Vermietungsquote von über 94 % erreicht. Die Gründe für die Beendigung von Mietverträgen waren, wie auch in den Vorjahren, hauptsächlich durch das Ableben der Mieter, den Wegzug in Alters- bzw. Pflegeheime oder Hospize, die Größe der Wohnung oder die Beendigung des Studiums in der Stadt Halle (Saale) geprägt. Die Gesellschaft analysiert jährlich die beeinflussbaren Kündigungsgründe und arbeitet aktiv und erfolgreich in der Mieterbindung, um den Wegzug aus dem Wohnungsbestand zu vermeiden. Von den per 31.12.2022 bestehenden 9.976 eigenen Wohnungs- und Gewerbeeinheiten wurden während des Geschäftsjahres 9,2 % gekündigt (Vorjahr 10,3 %) und mit einer Quote von 10,7 % (Vorjahr 10,5 %) neu- bzw. wiedervermietet.

Wiederum waren zahlreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes sowie die wieder verstärkte Vermietungstätigkeit die Grundlagen dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume von 6,9 % per 31.12.2021 auf **5,5 % per 31.12.2022** reduziert werden konnte. Die durch den Leerstand im Jahr 2022 verursachte **Erlösschmälerung an der Sollmiete** betrug **5,7 %** (Vorjahr: 6,6 %). Der Leerstand des gesamten Bestandes an Wohn- und Gewerbeeinheiten konnte durch die Reaktivierung der zur Sanierung vorübergehend stillgelegten Wohnflächen vermindert werden und belief sich stichtagsbezogen auf 6,4 % (7,8 % per 31.12.2021). Die erreichten Kennzahlen stehen im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten aus den Kriegsgebieten der Ukraine und Syrien und dem damit verbundenen stetigen Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Halle-Neustadt.

Die Gesellschaft investierte auch 2022 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 50,4 Mio. € wurden für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes sowie für Neubauten „Am Mühlwerder“ ausgegeben.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch 2022 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, Ein- und Anbau von Aufzügen, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen. Zunehmende Knappheiten an Materialien und Personalkapazitäten im Bauwesen führten zu einem verlangsamten Ablauf und in Teilen zu verzögerten Fertigstellungsterminen.

Das Bedürfnis der Mieter nach Sicherheit ist anhaltend hoch. Die Gesellschaft modernisierte im Geschäftsjahr vier Gebäude und stattete die Haustüren mit einem höheren Einbruchsschutz aus. Modernisierungsumlagen wurden dafür in geringem Umfang erhoben.

Um den Vermietungserfolg dauerhaft zu verbessern, sind zahlreiche bauliche Maßnahmen zur langfristigen Aufwertung des Bestandes umgesetzt worden.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2022 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 96 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. 67 % aller Auftragsvergaben nach Sachsen-Anhalt erhielten Unternehmen aus Halle (Saale).

Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist dennoch im Rahmen einer moderaten Mietpolitik nicht zuletzt die Notwendigkeit zur Kostendeckung zu berücksichtigen.

In der Stadt Halle (Saale) existiert kein qualifizierter Mietspiegel. Eine Neufassung wurde im Jahr 2021 von der Stadtverwaltung beauftragt, der die GWG positiv gegenüberstand. Der Beschlussvorschlag zum Mietspiegel wurde im März 2022 vom halleschen Stadtrat abgelehnt.

In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand werden die GWG-Mieten vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen angepasst (nach § 559 BGB). Oftmals geht der maximal umlegbare Kostenanteil auf die Nettokaltmiete für viele Mieter der GWG über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gesellschaft berücksichtigt dies bei der Berechnung und kappt den umlagefähigen Anteil der Modernisierungskosten, sodass die Leistungsfähigkeit der Mieter nicht überschritten wird.

Vorauszahlungsbeiträge für Betriebskosten mussten angehoben werden, um die Liquidität der Gesellschaft auch im Folgejahr nicht zu gefährden. Auch hier wurde maßvoll erhöht, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2022 insgesamt 116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie sechs Auszubildende. Von den 116 Beschäftigten sind 73 weiblich (63 %). 53 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Berichtszeitpunkt 46 Jahre.

Ergebnis der Tochtergesellschaft

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH beendete das Geschäftsjahr 2022 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Jahresergebnis in Höhe von 117,1 T€ (geplant: 130 T€, Vorjahr: 242,8 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

Stadttrendite

Als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunale Gesellschaft hat die GWG entsprechend den Vorjahren auch für das vorangegangene Geschäftsjahr 2021 eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der Stadttrendite vorgenommen. Mit dem Begriff „Stadttrendite“ werden Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen bewertet, die sie aus gesellschaftlicher Verantwortung mit ihrer Geschäftstätigkeit für die Kommune übernehmen und erbringen.

D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von 2.362 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 2.799 T€ aus, der gegenüber dem Vorjahr um 5.636 T€ geringer ausgefallen ist. Hauptgründe für den Rückgang sind trotz gestiegener Istmieten (550 T€) höhere Instandsetzungsaufwendungen (5.484 T€). Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 41,97 %.

Das positive Finanzergebnis von 90 T€ resultiert überwiegend aus dem Beteiligungsgewinn an der Tochtergesellschaft und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 120 T€ verringert.

Der Anstieg des neutralen Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 2.326 T€ ist insbesondere auf geringere außerplanmäßige Abschreibungen (um 4.490 T€) zurückzuführen, denen ebenfalls im Geschäftsjahr geringere Zuschreibungen (um 2.088 T€) gegenüberstehen. Das neutrale Ergebnis schließt mit einem negativen Saldo von 226 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2022 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2022 ungeachtet eines in Saldo negativen Cashflows am Ende der Periode als stabil zu beurteilen. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 14.311 T€ reichte nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 35.692 T€ zu decken. Für die um 20.411 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Investitionen wurden Fremdmittel in Höhe von 35.464 T€ aufgenommen. Diesem Zufluss finanzieller Mittel standen planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen von 15.118 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ gegenüber. Somit beläuft sich der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit auf 19.080 T€.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode verminderte sich um 2.300 T€.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 24.126 T€ gestiegen.

Auf der Aktivseite führten im Wesentlichen umfangreiche Investitionen (36.709 T€), reduziert um Zu- und Abschreibungen (7.772 T€), zu einem Zugang bei den Sachanlagen von 27.225 T€. Der Rückgang der Flüssigen Mittel (2.300 T€) reduzierte die Bilanzsumme.

Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch den erzielten Jahresüberschuss und die anteilige Thesaurierung des Vorjahresgewinnes. Weitere Erhöhungen ergaben sich im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 22.809 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahmen von Darlehen in Höhe von 35.464 T€ denen planmäßigen Tilgungen von 12.701 T€ gegenüberstanden.

Die Wohn- und Geschäftsbauten wiesen im Durchschnitt einen Buchwert von 485,68 € je m² bei einer Verschuldung von 264,68 € je m² auf.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen : Gesamtkapital) wird mit 52,6 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2022:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,31	5,38
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	5,7	7,0
Verschuldungsgrad	%	42,1	41,8
Eigenkapitalquote	%	52,6	53,1
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,3	1,7

III Prognosebericht

Die anhaltende Inflation auf hohem Niveau, weiterhin zu verzeichnende Lieferengpässe im Baugewerbe sowie zunehmend schwer nachvollziehbare politische Entscheidungen im Energiebereich sorgen in den kommunalen Unternehmen in Deutschland, zu denen auch die GWG Halle-Neustadt mbH gehört, für wirtschaftlich schwierige Rahmenbedingungen und machen ein verlässliches Handeln wie bisher kaum noch möglich.

Die Bundesregierung zielt auf einen Neubaubedarf von insgesamt 400.000 Wohnungen pro Jahr ab, was aus Sicht des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft Deutschlands nicht erreichbar ist. Schon in den vergangenen Jahren wurden nicht mehr als 300.000 Wohnungen gebaut. Stark erhöhte Fremdkapitalzinsen und die politische Unsicherheit bei der Fortschreibung verschiedener gesetzlicher Grundlagen werden zu einem weiteren Rückgang der Fertigstellungszahlen für Wohnraum führen. Die Folge wird vor allem in Ballungszentren ein in Teilbereichen drastischer Anstieg der Mieten sein. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine staatliche Förderungen für den Neubau dringend erforderlich.

Für das Geschäftsjahr 2023 müssen voraussichtlich im Bestand der GWG aufgrund langfristiger Lieferverträge für Strom, Fernwärme und Erdgas keine Preisbremsen aktiviert werden. Ab 2024 wird mit einem Anstieg der Lieferpreise gerechnet. Zusätzlich ist zu erwarten, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Fernwärme und Gaslieferungen zum 1.4.2024 wieder auf den allgemeinen Umsatzsteuersatz erhöht wird. Im Ergebnis wird ein Kostenaufwuchs im Bereich der Betriebskosten im Jahr 2024 zu erwarten sein. Um das Unternehmen dafür liquiditätsseitig zu sichern, werden weitere Erhöhungen der Vorauszahlungen auf Betriebskostenumlagen bereits im Geschäftsjahr 2023 zu realisieren sein. Durch den zunehmenden Anteil an Transfereinkommensbeziehern in der Mieterschaft der GWG wird dies auch die öffentlichen Kassen stark belasten.

Neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt wird die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges, strategisches Element der Bestandsentwicklung sein, um die Portfoliodiversifizierung weiter voranzutreiben. Dabei werden Veräußerungen von Teilportfolien in Halle-Neustadt nicht ausgeschlossen.

Für die folgenden Geschäftsjahre geht die Gesellschaft weiterhin von einem Zuwachs an vermietbarer Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an einem weiteren Standort im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die ersten Wohnungen im zukünftigen Wohngebiet „Am Mühlwerder“ werden im ersten Halbjahr 2023 vermietet.

Aufgrund der Kosten für die Integration Geflüchteter sowie für die Stadt- und Quartiersentwicklung in Halle-Neustadt und wegen der zunehmenden Anforderungen an die energetische Sanierung des Gebäudebestands sieht sich die Gesellschaft gehalten, für die nächsten Jahre keine Abführungen aus den Bilanzgewinnen an die Gesellschafterin mehr zu planen.

Für das Jahr 2023 erwartet die Gesellschaft aufgrund des kriegsbedingten Zustroms an flüchtenden Menschen aus der Ukraine eine weitere Erhöhung der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt. Die weiterhin vorhandene Diskrepanz zwischen Geburten- und Sterbezahlen in der Stadt, die einen Rückgang der Stammbevölkerung bewirken, wird durch die Zuwanderungen überkompensiert.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird für 2023 ein Wert von ca. 39 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,46 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht dabei von einer Erlösschmälerung dieser Sollmieten in Höhe von 6,1 % aus.

Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) nicht vorhandenen qualifizierten Mietspiegels sind Wohnungsmieten seit 2010 nicht eigentümerübergreifend vergleichbar. Dieser Zustand wird sich erst mit Beginn des Jahres 2024 voraussichtlich ändern, wenn der seit 2022 in Arbeit befindliche, neue Mietspiegel in Kraft tritt. Bis dahin werden Mieterhöhungen maßvoll und sozial verträglich über Vergleichsmieten umgesetzt.

Modernisierungsumlagen werden auch weiterhin erhoben, um die Wirtschaftlichkeit der Investitionen im Bestand zu gewährleisten.

Die Gesellschaft wird 2023 ihre Kreditverbindlichkeiten um voraussichtlich 42,7 Mio. € erhöhen und damit die Fremdkapitalquote um mindestens 2 Prozentpunkte anheben. Unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Bilanzgewinne durch die Gesellschafterin mit den eigenen Planansätzen einhergeht, erreicht die Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres 2023 eine voraussichtliche Eigenkapitalquote von 48,6 %. Aufgrund der anhaltenden Inflation ist mit einem Anstieg der Fremdkapitalzinsen und einer dauerhaft erhöhten Zinslast zu rechnen.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird sich die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten 2023 voraussichtlich auf das 8,9fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) einstellen. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass zum 31.12.2023 ein Wert in Höhe des 5,3fachen der Jahres-Istmiete erreicht wird.

Vorgenannte Prognosen basieren auf der Wirtschafts-, Finanz- und Bilanzplanung, die im Dezember 2022 durch das Gremium der Gesellschaft beschlossen wurde.

IV Risikobericht

A. Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

B. Risiken

Der am 24.02.2022 begonnene völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bewirkt nach Einschätzung der Gesellschaft kurz- und mittelfristig Risiken für die eigene Geschäftstätigkeit aber auch für die Entwicklung der regionalen und europäischen Wirtschaft. Die kommunale Wohnungswirtschaft organisiert für einen großen Teil der Kriegsflüchtlinge, die mit hohen psychischen Belastungen ankommen, die Unterbringung in möblierten Wohnungen und heißt sie dadurch willkommen. Die GWG stellt sich dieser Aufgabe mit Selbstverständnis, muss aber hierfür ihre Geschäftsstrategien anpassen. Kurzfristig nicht erweiterbare Material- und Personalkapazitäten stehen einer Erfüllung der bisher gesetzten Ziele und Aufgaben bezüglich Zeit und Geld entgegen.

Die hohen Kosten, die Städte und Gemeinden für die Unterbringung von Geflüchteten aus Kriegsgebieten in der Welt haben, belasten die öffentlichen Haushalte immer mehr. Die GWG sieht ein Risiko auch bei der Festlegung der Städte und Gemeinden, in welcher Höhe die Kosten für eine Unterkunft von sozial benachteiligten Menschen angemessen sind. Den unabhängig davon weiter steigenden Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten der Wohnungsunternehmen stehen damit ggf. stagnierende Sozialmieten gegenüber.

Die Preissteigerungen in allen Produkten bewirken eine hohe Belastung vor allem der sozial schwachen Bevölkerung. Dies führt unter Umständen dazu, dass ein Teil der GWG-Kundschaft in ihrer Zahlungsfähigkeit eingeschränkter als zuvor sein wird. Die Gesellschaft schätzt daher ein, dass sich Mietrückstände aus aktiven Verträgen und der Arbeitsaufwand für die Sozialbetreuerinnen der Gesellschaft weiter erhöhen werden. Zusätzlich besteht das Risiko des Aufwuchses nicht einbringlicher Forderungen, deren Abschreibungen ergebniswirksam sind.

Durch die weiter gewachsene Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen und die weiterhin hohen energetischen Anforderungen für Neubauten und energetische Bestandssanierungen ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Neu- bzw. Umbau von Wohnungen rückläufig entwickeln.

Die beendete Altschuldenhilferegulierung stellt die Gesellschaft für die nächsten Jahre vor die finanzielle Herausforderung, die noch bestehenden Altschulden zu bedienen. Im Fall von Teil- und Gesamtrückbauten in den Folgejahren werden die darauf lastenden Altschulden durch Eigenmittel der Gesellschaft bzw. aus dem Ertrag der verbleibenden Bestandsgebäude zu finanzieren sein.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2025 wird für die besser nachgefragten Stadtteile Nördliche und Südliche Halle-Neustadt bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von bis zu 10 % prognostiziert, im westlichen Stadtgebiet von bis zu 15 %. In der Prognoserechnung wird von einer sehr geringen Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Die Gesellschaft erwartet mittelfristig einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte in Halle-Neustadt, der auch durch die Binnenwanderung im Stadtgebiet in neu gebaute Wohnungen bewirkt wird. Vermindert sich der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in Halle-Neustadt im Zuge des Wegfalls von Ursachen für Flucht und Vertreibung wieder, kann dies für die Gesellschaft bedeuten, dass im eigenen Wohnungsbestandes bis zum Jahr 2030 ca. 1.000 Wohnungen in der Großwohnsiedlung nicht mehr vermietet werden können.

Durch den weiterhin stattfindenden demografischen Wandel in der Bewohnerstruktur der GWG werden auch 2023 verstärkt Wohnungen an die Gesellschaft mit Beendigung des Mietvertrags zurückgegeben, die in Teilen sehr langfristig gemietet und bewohnt wurden. Da in der Vergangenheit nur in geringem Umfang Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten, ist der Arbeitsumfang für die Herstellung der Wiedervermietbarkeit und die dafür anfallenden Kosten in diesen Wohnungen viel höher als in öfter durch Mieterwechsel betroffenen Wohnungen. Die bereits beschriebenen Engpässe im Bauwesen wirken als zusätzliche Belastung. Insgesamt führt das zu längeren Leerständen bis zur Wiedervermietung.

Aufgrund des Klimawandels und der absehbaren Verknappung von Brennstoffen für die Wärmeversorgung werden auch die Anforderungen an die energetische Sanierung des Gebäudebestands steigen und ggf. noch nicht abgeschriebene Sanierungsmaßnahmen vorzeitig überholen. Die Gesellschaft wird möglicherweise mit gesetzlich vorgeschriebenen Nachinvestitionen an bereits energetisch sanierten Gebäuden konfrontiert, die durch gekappte oder gesetzlich verminderte Modernisierungsumlagen nicht refinanziert werden können.

In der Stadt Halle (Saale) ist die Fernwärmeversorgung der Großwohnsiedlungen und in Teilen der Innenstadt satzungsmäßig vorgeschrieben. Die Fernwärmeerzeugung erfolgt in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die auch mittelfristig ausschließlich nur mit Erdgas betrieben werden können. Für Erdgas ist im Jahr 2022 eine erhebliche Verteuerung eingetreten, ein dauerhafter Rückgang auf das Preisniveau vor dem Ukrainekrieg wird nicht erwartet. Für die ab 2024 sich vollziehende Kostenentwicklung kann zum Berichtszeitpunkt keine Prognose abgegeben werden, es ist jedoch mit weiteren Preiserhöhungen zu rechnen (vgl. Prognosebericht).

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2022 zur eigenen Haushaltskonsolidierung ca. 62 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

V Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Die Ausweitung mobiler Arbeitsmethoden und die forcierte Digitalisierung in allen Bereichen und Prozessen tragen dazu bei, dass das Unternehmen auch in den kommenden Geschäftsjahren zukunftsfest bleibt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Danz, Simone	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rebenstorf, René	(seit 21.04.2022 Vorsitzender)
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	(bis 13.10.2022)
	stellv. Vorsitzende	Fritz, Melanie	(seit 19.10.2022 stellv. Vorsitzende)
		Feigl, Christian	
		Haupt, Ute	
		Krause, Johannes	
		Raue, Alexander	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Rochau, Lothar
Rothe, Uwe
Scholtyssek, Andreas
Sommer, Manfred
Winkler, Steffen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	20	23	22

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG
Volksbank Halle (Saale) eG

	T€	%
	10	99,95
	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	603.542	90	602.247	90	593.653	89	1.295	0
Umlaufvermögen	53.260	8	51.822	8	53.803	8	1.438	3
Rechnungsabgrenzungsposten	17.247	2	17.289	2	17.338	3	-42	0

Bilanzsumme

674.049	100	671.358	100	664.794	100	2.691	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	320.863	48	317.809	47	309.061	46	3.054	1
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	10.009	1	10.253	2	10.503	2	-244	-2
Rückstellungen	4.011	1	3.982	1	4.066	1	29	1
Verbindlichkeiten	326.851	48	331.548	49	338.804	51	-4.697	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	6.465	1	6.705	1	2.360	0	-240	-4
Passive latente Steuern	5.850	1	1.061	0	0	0	4.789	451

Bilanzsumme

674.049	100	671.358	100	664.794	100	2.691	0
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	97.130	91.288	89.405
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-2.066	1.774	860
sonstige betriebliche Erträge	753	1.059	727
sonstige betriebliche Erträge	6.441	11.008	7.618
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	42.999	44.755	41.497
Personalaufwand	16.351	16.230	16.130
Abschreibungen	15.521	13.518	13.130
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.033	7.398	7.279
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	427	183	240
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.498	7.492	6.650
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.222	2.164	973
Ergebnis nach Steuern	8.061	13.755	13.191
sonstige Steuern	7	7	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.054	13.748	13.184
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	70.110	62.736	55.871
Ausschüttung	5.000	5.000	5.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	3.805	1.374	1.319
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	69.359	70.110	62.736

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,29	15,06	14,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,20	5,55	5,35	%
Cash-Flow:	22.528	23.909	24.950	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	406	409	384	T€
Personalaufwandsquote:	15,99	15,44	16,36	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,51	89,67	89,25	%
Eigenkapitalquote:	47,60	47,34	46,49	%
Fremdkapitalquote:	52,40	52,66	53,51	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Wohneinheiten	15.156	15.236	15.332	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,8	6,9	7,5	%
Wohneinheiten HWG KG	2.241	2.241	2.241	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	3,9	5,8	4,6	%
Gewerbeeinheiten	249	251	249	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,2	6,4	9,6	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	18	18	19	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	5,6	0,0	0,0	%

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2022

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns
 - 1.1 Geschäftsmodell
 - 1.2 Unternehmensstrategien und -ziele
 - 1.3 Konsolidierungskreis
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. Chancen- und Risikobericht
4. Prognosebericht

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Basis für das unternehmerische Handeln der Gesellschaft, welche ihr Tätigkeitsfeld auf dem regionalen Immobilienmarkt der Stadt Halle (Saale) hat, ist der Gesellschaftsvertrag. Danach besteht der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Die Preisbildung für die Überlassung der Mietwohnungen soll dabei angemessen sein, d. h. unter anderem eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals unter Berücksichtigung einer Gesamtkapitalrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Der alleinige Gesellschafter der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Das Handeln der Gesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag vom 25. Juni 1992 (letzte Änderung mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 19. September 2007) sowie in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat geregelt. Darüber hinaus ist die Gesellschaft zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

1.2 Unternehmensstrategien und -ziele

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft orientiert sich maßgeblich am Wohnraumversorgungsauftrag als Bestandhalter. Die Gesellschaft sieht vor diesem Hintergrund Wohnen als Wirtschafts- und Sozialgut, welches unter Berücksichtigung von ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten, aber auch mit Blick auf die Stadtentwicklung und den Wettbewerb, entwickelt und bewirtschaftet werden muss.

Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, müssen alle Bereiche in Einklang gebracht und ausgewogen bedient werden. Dies ist die Grundlage für eine nachhaltige Bestandsentwicklung und damit eine nachhaltige Marktplatzierung der Gesellschaft. Das Portfolio der Gesellschaft ist dementsprechend auf eine ausgewogene Wohnraumversorgung in nahezu allen Preissegmenten ausgerichtet.

Ein kundenorientiertes Quartiers- und Sozialmanagement, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der Abschluss des ersten Investitionszyklus, eine konstante Kreditverschuldung in Relation zur Einnahmenentwicklung, der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen sowie die Verbesserung der ökologischen Bilanz im Immobilienbestand sind dabei strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

1.3 Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss für 2022 sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse im Konzern HWG mbH werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	HWG mbH	HWG KG
Gesellschafter	Stadt Halle (Saale)	HWG mbH
Anteile	100%	99,95%
Stammeinlage	102.259.000 EUR	9.995 EUR

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über kein Personal. Die Bestände werden durch das Personal der Muttergesellschaft bewirtschaftet, der auch das Ergebnis zufließt.

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Auch bei andauernden schwierigen Rahmenbedingungen mit Corona-Pandemie, zunehmenden Liefer- und Materialengpässen sowie den Folgen des Ukraine-Russland-Konflikts ist die deutsche Wirtschaft erneut gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 1,9 Prozent gestiegen. Das Wachstum fiel jedoch etwas geringer aus als im Vorjahr.¹

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung verlief in den einzelnen Wirtschaftsbereichen differenziert. Einige Wirtschaftsbereiche profitierten von der Aufhebung der pandemischen Schutzmaßnahmen, andere wurden wiederum von den hohen Energiepreisen belastet. Das Baugewerbe verzeichnete aufgrund Material- und Fachkräftemangel, hohen Baukosten und zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen einen deutlichen Rückgang um 2,3 Prozent. Wichtigste Stütze des Wirtschaftswachstums im Jahr 2022 waren die privaten Konsumausgaben.²

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt von rund 45,6 Millionen Erwerbstätigen erbracht, 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Arbeitsmarkt bleibt damit in dem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld stabil. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich nahm dabei am stärksten zu.³ Dem entsprechend ist die Arbeitslosenquote erneut leicht auf 5,3 Prozent⁴ gesunken.

¹ Pressemitteilung Nr. 020/2023 des Statistischen Bundesamtes vom 13.01.2023

² Pressemitteilung Nr. 020/2023 des Statistischen Bundesamtes vom 13.01.2023

³ Pressemitteilung Nr. 020/2023 des Statistischen Bundesamtes vom 13.01.2023

⁴ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 13211-0001 vom 12.01.2023

Die gesamtwirtschaftliche Lage sowie die sonstigen schwierigen Rahmenbedingungen hatten Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale). So entwickelte sich beispielsweise die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle (Saale) analog der Quote für Deutschland positiv. Die Arbeitslosenquote in der Stadt Halle sank vom III. Quartal 2021 bis zum III. Quartal 2022 um 0,2 Prozentpunkte auf 9,3 Prozent.⁵

Die Zahl der Einwohner in der Stadt Halle (Saale) ist aufgrund der Flüchtlingsbewegung in Folge des Ukraine-Russland-Konfliktes ähnlich stark gestiegen wie im Jahr 2015. Zum Ende des Jahres wohnten etwas mehr als 244.000 Einwohner in der Stadt.⁶ Ursächlich für die Entwicklung im Jahr 2022 ist die Zuwanderung (positiver Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegung).⁷

Vom III. Quartal 2021 bis zum III. Quartal 2022 ist der Wohnungsbestand in der Stadt Halle (Saale) nur leicht um ca. 200 Wohnungen gestiegen.⁸ Aufgrund der Entwicklung von Bevölkerung und Wohnungsbestand geht die Gesellschaft in diesem Zeitraum von einer deutlich sinkenden Leerstandsquote in der Stadt Halle (Saale) aus.

Trotz der hohen Preisdynamik in vielen Wirtschaftsbereichen im Jahr 2022 sind in Sachsen-Anhalt die Nettokaltmieten nur um 0,8 Prozent gestiegen.⁹ Der Anstieg bei den Mieten in Sachsen-Anhalt fiel damit geringer aus als im Vorjahr.¹⁰ In Deutschland betrug der Mietenanstieg ca. 1,9 Prozent.¹¹ Damit steigen in der Immobilienwirtschaft wiederholt die Ausgabenpositionen deutlich stärker als die Einnahmenpositionen.

Der Verbraucherpreisindex in Sachsen-Anhalt entwickelte sich mit einem Anstieg um 8,3 Prozent deutlich dynamischer als die Mieten. Die Inflationsrate erreicht damit den höchsten Anstieg seit 1994. Die bedeutendsten Entwicklungen wurden in den Bereichen Nahrungsmittel und Haushaltsenergie festgestellt. Bei Letzterem betrug der Anstieg 41 Prozent.¹²

Die sonstigen Wohnnebenkosten ohne Energiekosten sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2022 mit 4 Prozent vergleichsweise moderat, aber dennoch deutlich stärker als im Vorjahr, angestiegen. Insgesamt fielen damit die Wohnkosten im Jahr 2022 im Durchschnitt um 10 Prozent höher aus.¹³

Die Baupreise haben sich im Berichtsjahr ebenfalls sehr dynamisch entwickelt. Hier war der größte Preisanstieg seit Jahren zu beobachten. Der Preisindex für die Bauwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude nahm in 2022 um 16,9 Prozent zu. Die Preise für die Instandhaltung sind im gleichen Zeitraum um 17,4 Prozent gestiegen.¹⁴ Wesentliche Faktoren für diesen Preisanstieg sind die steigenden Auftragseingänge in Sachsen-Anhalt sowie Materialengpässe und Fachkräftemangel.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die HWG mbH hat sich im Hinblick auf ihre Vermögens- und Ertragslage weiter positiv entwickelt. Dies zeigen das erneut positive Jahresergebnis sowie die Stabilität von Vermögen und Bilanzsumme.

Die Entwicklung der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr war geprägt von zahlreichen herausfordernden Rahmenbedingungen. Zu den größten Herausforderungen gehörten die Entwicklung der Kosten für Haushaltsenergie und für Bau-/Instandhaltungsleistungen sowie die Pandemie. Die sehr dynamische Diskussion und Beschlussfassung in der Politik erschwerten darüber hinaus verlässliche Planungen.

Während der Einfluss der Pandemie im abgelaufenen Geschäftsjahr abgenommen hat, hier waren insbesondere Verfügbarkeitseinschränkungen bei den Beschäftigten und damit verbundene arbeitsorganisatorische Belange noch bedeutsam, haben die beiden anderen Herausforderungen sprunghaft an Bedeutung gewonnen. Preissteigerungen bei Energie und Bau-/Instandhaltungsleistungen sind seit Jahren zu beobachten, die Dynamik in Folge von Pandemie, Ukraine-Russland-Konflikt und strukturellen wirtschaftlichen Veränderungen (z. B. Energiewende) bis hin zur Gefährdung der Versorgungssicherheit sind jedoch neu.

⁵ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2022 S. 54

⁶ Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2022 vom 16.01.2023; Hallesches Statistisches Informationssystem, Bevölkerungsentwicklung 1994-2021, Stand 16.01.2023

⁷ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2022 S. 26 und 27

⁸ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2021 S. 23 und 3/2022 S. 37

⁹ Pressemitteilung Nr. 7/2023 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 13.01.2023

¹⁰ Pressemitteilung Nr. 9/2022 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 14.01.2022

¹¹ Pressemitteilung Nr. 3 des Statistischen Bundesamtes vom 03.01.2023

¹² Pressemitteilung Nr. 7/2023 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 13.01.2023

¹³ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61111-0001 vom 17.01.2023

¹⁴ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 vom 16.01.2023

Die Gesellschaft musste deshalb im Verlauf des Geschäftsjahres Vorsorgemaßnahmen treffen und diese stets an geänderte Rahmenbedingungen anpassen. Details dazu werden insbesondere im Chancen- und Risikobericht unter Punkt 3 ausgeführt.

Mit den ergriffenen Maßnahmen konnten bisher die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage begrenzt werden und sind als vergleichsweise gering zu bewerten. Die weitere Entwicklung ist derzeit nicht abschätzbar, wird aber unter Berücksichtigung der aktuellen Kenntnisstände als steuerbar eingeschätzt. Die Entwicklung der Umsatzerlöse und der Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung, der größten Einnahmeposition der Gesellschaft, war auch in 2022 positiv.

Unabhängig von diesen aktuellen Entwicklungen wird seit dem Jahr 2008 die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter, die Stadt Halle (Saale), und durch sonstige Anforderungen des Gesellschafters geprägt. Die vom Gesellschafter beschlossenen Gewinnausschüttungen blieben seit 2013 mit EUR 5 Mio. p.a. unverändert. Zur Absicherung der Liquidität vor dem Hintergrund der Nebenkostenentwicklung und ggf. damit verbundener Zahlungs- und Forderungsausfälle ist in der mittelfristigen Planung aus den Jahresergebnissen der Jahre 2022 bis 2027 keine Gewinnausschüttung vorgesehen. Der im Dezember 2022 beschlossene Haushalt der Stadt Halle (Saale) sieht eine Gewinnausschüttung der kommunalen Wohnungsunternehmen der Stadt Halle (Saale) von insgesamt EUR 10 Mio. vor.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung in Stadtteilen, in denen die Gesellschaft mehr als 1.000 Wohnungen im eigenen Bestand bewirtschaftet, wurde im Jahr 2019 im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ übernommen. Diese besteht fort und ist in den Planungen der Gesellschaft berücksichtigt.

Innerhalb der Stadt Halle (Saale) hat sich der Immobilienmarkt in der Vergangenheit weiter differenziert entwickelt. Insbesondere innenstadtnahe Stadtteile haben in den letzten 10 Jahren zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse erfahren.¹⁵ Hier hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Die Folgen unterschiedlicher Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios durch beispielsweise lagebenachteiligte Quartiere können dadurch kompensiert werden, was aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger wird.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Stadtumbaugebieten der Großwohnsiedlungen. Diese Teilmärkte haben sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert. Teilweise negativen Tendenzen, insbesondere in der Wald- und Sportstadt Silberhöhe, konnte mit Investitionen und Quartiersarbeit gegengesteuert werden.

Die Teilmärkte in den Stadtumbaugebieten bleiben weiterhin bedeutsam für die Erfüllung des Gesellschaftsauftrages. Sie sind deshalb in den kommenden Jahren weiterhin ein wichtiges Handlungsfeld für die Gesellschaft. Zur Stabilisierung und Verbesserung der Marktsituation in diesen Stadtteilen wird die Gesellschaft ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit fortsetzen.

2.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2022 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zu den wichtigsten wird nachfolgend ausgeführt.

In der Hausbewirtschaftung wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsziele, die Einnahmen aus der Vermietung sowie die angestrebte Leerstandsquote vollständig erreicht und teils deutlich übertroffen.

Die um die Erlösschmälerung wegen Leerstand bereinigten Sollmieten konnten trotz fehlenden Mietspiegels überplanmäßig um 4,3 Prozent gesteigert werden. Der Leerstand wurde ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen um 1,1 Prozentpunkte gesenkt.

Die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen konnte bis auf eine Maßnahme im geplanten Umfang umgesetzt werden. Bei der Bauvorbereitung gab es zeitliche Verzögerungen.

¹⁵ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 4/2012 S. 14 und Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2022 vom 16.01.2023

In 2022 erwirtschaftete die Gesellschaft im Einzelabschluss ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 8.054 (Vj. TEUR 13.748), welches gegenüber dem Plan deutlich geringer ausfällt. Die Planabweichung resultiert im Wesentlichen aus den zu bilanzierenden latenten Steuern. Vor Steuern ist das Ergebnis leicht über Plan.

Weiteres zum Jahresergebnis wird unter 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Im Geschäftsjahr 2022 hatte neben den vorstehenden wichtigen Leistungsindikatoren auch die Entwicklung der Wohnnebenkosten einen zunehmenden Einfluss auf die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, welcher aber noch nicht abschließend bewertet werden kann. So muss die Gesellschaft die Preisanstiege bei den Nebenkosten teilweise vorfinanzieren, bevor diese im Rahmen der Betriebskostenabrechnung an die Mieter weiterberechnet werden. Inwieweit die Preiserhöhungen zu Zahlungsausfällen und Forderungsanstiegen führen werden, kann noch nicht abgeschätzt werden, da diese erst im Jahr 2023/2024 beim Mieter tatsächlich ankommen.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele, jedoch für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen des Tochterunternehmens HWG KG.

Zum Jahresende bewirtschaftete der Konzern 17.397 Wohn- und 267 Gewerbeeinheiten. Der Wohnungsbestand ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 80 Wohnungen zurückgegangen. Dies entspricht den geplanten Wohnungsabgängen durch den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages sowie durch Grundrissänderungen im Rahmen einer Investitionsmaßnahme. Darüber hinaus geplante Abgänge im Zusammenhang mit einem weiteren Erbbaurechtsvertrag verschieben sich hingegen auf das Jahr 2023.

Bestand und Leerstand	2022	2021	Veränderung
HWG mbH			
Wohneinheiten	15.156	15.236	-80 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,8	6,9	%
Gewerbeeinheiten	249	251	-2 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,2	6,4	%
Sonstige Einheiten	1.992	1.992	0 Einheiten
HWG KG (angemietet)			
Wohneinheiten	2.241	2.241	0 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	3,9	5,8	%
Gewerbeeinheiten	18	18	0 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	5,6	0,0	%
Sonstige Einheiten	222	222	0 Einheiten
Konzern gesamt			
Wohneinheiten	17.397	17.477	-80 Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,6	6,7	%
Gewerbeeinheiten	267	269	-2 Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	9,0	5,9	%
Sonstige Einheiten	2.214	2.214	0 Einheiten

Die Gesellschaft geht perspektivisch von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus.

Die zum Jahresende 2022 angestrebte Leerstandsquote von 7,0 Prozent konnte deutlich unterschritten werden. Der Leerstand lag entgegen den Planungen bei 5,6 Prozent (Vorjahr 6,7 Prozent). Damit ist es der Gesellschaft gelungen, auch unter den derzeit schwierigeren Rahmenbedingungen den Leerstand weiter zu senken.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre und der aktuellen Rahmenbedingungen ist dies eine erfolgreiche Entwicklung. Sie war insbesondere von der Investitionstätigkeit durch Vermietung nach Fertigstellung geprägt. Zudem trug ein Grundstücksabgang in der Wald- und Sportstadt auf der Grundlage eines Erbbaurechtsvertrages zur Leerstandssenkung bei.

Weiterhin lief im abgelaufenen Geschäftsjahr die Neuvermietung nach Fluktuation im Rahmen der ordnungsgemäßen Bestandsverwaltung besser als zum Planungszeitpunkt eingeschätzt. Die erhöhte Nachfrage resultiert u. a. aus der Flüchtlingsbewegung in Folge des Ukraine-Russland-Konfliktes. Gestützt wurde die positive Leerstandsentwicklung auch durch eine deutlich sinkende Umzugsbereitschaft der Mieter. Durch das Verschieben von Investitionsmaßnahmen haben abweichend von der Planung investitionsvorbereitende Maßnahmen nicht zum Leerstandsaufbau und damit gegenläufigen Effekten beigetragen. Diese Aspekte haben maßgeblich zu der positiven Planabweichung geführt.

Die Anschlussvermietungsquote über den gesamten Bestand lag bei 108 Prozent. Maßgeblich durch diese positive Entwicklung der Vermietungstätigkeit sind die Leerstandsverluste auf Sollmieten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken.

Die Umsatzerlöse entfallen 99 Prozent auf die Hausbewirtschaftung und entwickeln sich seit Jahren positiv. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Umsätze aus Sollmieten um 2,8 Prozent auf EUR 72,6 Mio. gesteigert werden. Diese positive Umsatzentwicklung wird gestützt durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen und bei Fluktuation. Zudem setzte die Gesellschaft als inflationsausgleichende Maßnahme seit vielen Jahren erstmals wieder umfassendere Mieterhöhungen bei Bestandsmietverhältnissen um.

Damit wurde im Jahr 2022 das Planziel vollumfänglich erreicht. Dies erforderte jedoch besondere Anstrengungen, da der planungsseitig unterstellte und von der Stadt Halle (Saale) geplante Mietspiegel nicht beschlossen oder anerkannt wurde. Die Gesellschaft musste die Mieterhöhungen deshalb auf der Basis von Vergleichswohnungen umsetzen. Dies führte teilweise zu Verschiebungen im Bestand zwischen geplanten und realisierten Mietanpassungen, ohne jedoch das Gesamtergebnis 2022 zu gefährden.

HWG mbH	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung Prozent
Sollmieten	72.637	70.632	2.005	2,8%
Leerstandsverluste	3.635	4.477	-842	-18,8%
Sollmieten abzügl. Leerstand	69.002	66.155	2.847	4,3%

Die Sollmieten für alle Nutzungsarten haben sich positiv entwickelt. Sie betragen im Berichtsjahr durchschnittlich 5,89 EUR/m² (Vj. 5,71 EUR/m²).

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauinvestitionen

Ein wichtiger Baustein der Unternehmensplanungen ist eine angemessene und maßvolle Investitionspolitik. Das Ziel besteht darin, die Wohn- und Lebensqualität für die Mieterschaft bedarfsgerecht zu erhalten und zu verbessern. Gleichzeitig soll Wohnraum für Bevölkerungsgruppen aller Einkommensschichten gesichert werden.

Zur Erreichung dieser Ziele und damit auch zur Festigung der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung von Beständen erforderlich. Der Abschluss des ersten Investitionszyklus sowie die Verbesserung der ökologischen Bilanz im Immobilienbestand sind wesentliche strategische Zielstellungen der Gesellschaft.

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2022 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 15.900 (Vj. TEUR 19.365) realisiert. Damit investierte die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr etwas weniger in ihre Bestände. Das Planziel wurde weitestgehend erreicht.

Die Investitionsplanung 2022 sah vor, dass etwa 260 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von Teil- oder Komplettanierungen erfahren werden. Bei einem Bürostandort war der Baubeginn zum Jahresende 2022 geplant.

Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden in 2022 ca. 230 Wohnungen fertig gestellt. Bei den verbleibenden ca. 30 Wohnungen ist sukzessive eine Fertigstellung der Wohnungen planungsgemäß bis zum Jahr 2023 vorgesehen. Der Baubeginn bei dem Bürostandort musste verschoben werden. Die Verhandlungen mit dem potentiellen Mieter dauern noch an.

Einschließlich Bauvorbereitungsmaßnahmen plante die Gesellschaft im Jahr 2022 insgesamt Bauinvestitionen in Höhe von EUR 16,2 Mio. Das realisierte Bauvolumen entspricht trotz Verschiebungen bei Realisierung und Bauvorbereitung weitestgehend dem Plan.

Wesentliche Ursachen hierfür mit einer Abweichung von ca. EUR 1,8 Mio. sind erhöhte Leistungen aufgrund einer Periodenverschiebung bei einem Realisierungsprojekt in der Südlichen Innenstadt und erhöhte Baukosten im Ergebnis der Ausschreibung der Bauleistungen und der Änderung der Produktdefinition bei einem Realisierungsprojekt in Stadtteil Ammendorf/Beesen. Zudem fielen Überhänge aus Projekten des Vorjahres höher aus als geplant.

Dem entgegen haben sich Leistungsverschiebungen bei Bauvorbereitungsprojekten bzw. teilweise deren Zurückstellen im Bereich Neubau mit ca. EUR 1,8 Mio. leistungsmindernd gegenüber dem Plan ausgewirkt. Insbesondere ein Neubau-/Sanierungsprojekt in der Altstadt erfordert aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen mehr Vorbereitungszeit. Der verschobene Baubeginn bei einem Bürostandort führt mit etwa EUR 0,9 Mio. zum gleichen Effekt.

Die Marktbedingungen in der Baubranche haben immer stärkeren Einfluss auf die Vorbereitung von Bauprojekten. So muss die Gesellschaft beispielsweise bei Bestandssanierungen mehr Zeit für umfassendere Untersuchungen zur Abwägung des Sanierungsumfanges mit Blick auf den Erhalt der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung vertretbarer Mieten aufwenden. Auch die Kapazitäten bei Fachplanern werden zunehmend knapper. Die Effektivität der Planungsprozesse ist immer mehr von externen Faktoren abhängig.

Die Tochtergesellschaft HWG KG hat keine Investitionstätigkeit.

Aufwendungen der Hausbewirtschaftung - Instandhaltung und Rückbau

Bei den Beständen, in welchen keine Maßnahmen zur Wohnwertverbesserung erfolgen, wird die Qualität des Gebäudebestandes durch Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gesichert. Weitere Ziele sind Mieterbindung und Mietergewinnung.

Das Instandhaltungsbudget wurde für das Jahr 2022 mit ca. EUR 12,6 Mio. für Aufträge an Dritte zuzüglich der Leistungen der Handwerker des eigenen Servicebetriebes geplant.

Im Berichtsjahr hat die Muttergesellschaft HWG mbH für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen für die eigenen und die angemieteten Bestände Fremdleistungen in Höhe von TEUR 12.154 (Vj. TEUR 11.753) aufgewendet. Je Quadratmeter Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies 11,85 EUR/m² (Vj. 11,43 EUR/m²). Hinzu kommt der Personal- und Sachaufwand des Servicebetriebes, dessen Leistungen im Personalaufwand und im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind. Anteilig für Instandhaltung wurden im Geschäftsjahr TEUR 3.498; 3,41 EUR/m² (Vj. TEUR 3.524; 3,43 EUR/m²) ermittelt.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr 2022 gab es keine An- und Verkäufe, die für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bedeutsam sind.

Der Besitzübergang eines im Jahr 2021 abgeschlossenen Erbbaurechtsvertrages über 76 Wohnungen erfolgte planmäßig im abgelaufenen Geschäftsjahr.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2022 hatte der Konzern 271 Beschäftigte.

Beschäftigte und Kapazitäten zum Stichtag (31.12.)	2022		2021		Veränderung	
	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE	Anzahl	VbE
Beschäftigte Gesamt	271	239	267	243	4	-4
davon produktiv Beschäftigte	246	239	250	243	-4	-4
Geschäftsführung	1	1	1	1	0	0
Kaufmännische Verwaltung	140	135	146	141	-6	-6
Technische Verwaltung	18	16	20	18	-2	-2
Servicebetrieb	61	61	57	57	4	4
Hausmeister	26	26	26	26	0	0
davon nicht produktiv Beschäftigte	8	-	4	-	4	-
davon zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	17	-	13	-	4	-
Kaufmännische Ausbildung	10	-	8	-	2	-
Gewerblich-technische Ausbildung	7	-	5	-	2	-

Die Zahl der Beschäftigten hat sich zum Vorjahr, aufgrund der Erweiterung der Berufsausbildung, leicht erhöht. Alle Beschäftigten sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigt kein Personal.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben insgesamt acht junge Menschen eine Ausbildung bei der HWG mbH begonnen. Insgesamt befanden sich zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres zehn Auszubildende in kaufmännischen Berufen (+2) sowie sieben Auszubildende in handwerklichen Berufen (+2) in Ausbildung. Im Geschäftsjahr engagierte sich die HWG mbH zudem gemeinsam mit der Joblinge gAG, Leipzig, Standort Halle, gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgte nach den Tarifverträgen für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft.

Seit dem Jahr 2012 sind die familienbewusste Personalpolitik der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zertifiziert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhielt die Gesellschaft zum vierten Mal in Folge das Zertifikat „berufundfamilie“.

Die Schwerpunkte der Organisationsentwicklung lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem Qualitäts- und Datenmanagement, der Einführung mobiler Lösungen und dem Reporting. In diesem Zusammenhang wurden ein neues Reporting-Tool, ein elektronisches Qualitätsmanagementsystem für Hausdienstleistungen, die mobile Verkehrssicherung und ein digitales Baumkataster implementiert. Darüber hinaus wurde die fristgerechte Datenbereitstellung zur Grundsteuererklärung sichergestellt sowie eine Multimediastrategie erarbeitet.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anhand von Tabellen dargestellt. Die tabellarischen Angaben können in den Einzelpositionen durch die Aufrundung auf volle TEUR Rundungsdifferenzen aufweisen.

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zum 31. Dezember 2022 wie folgt dar:

Konzern	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	659.982	94,7	660.107	94,7	-125
Langfristige Forderungen	2.497	0,4	1.715	0,2	782
Vorräte	26.186	3,8	28.251	4,1	-2.065
Kurzfristige Forderungen	2.218	0,3	1.820	0,3	398
Flüssige Mittel	5.352	0,8	5.019	0,7	333
Übrige Aktiva (RAP)	270	0,0	152	0,0	118
Gesamtvermögen	696.505	100,0	697.064	100,0	-559

Konzern	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	311.354	44,7	306.809	44,0	4.545
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	325.020	46,7	333.255	47,8	-8.235
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	60.131	8,6	57.000	8,2	3.131
Gesamtkapital	696.505	100,0	697.064	100,0	-559

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Vermögen					
Anlagevermögen	603.542	89,5	602.247	89,7	1.295
Langfristige Forderungen	19.515	2,9	16.745	2,5	2.770
Vorräte	26.186	3,9	28.250	4,2	-2.064
Kurzfristige Forderungen	2.207	0,3	1.807	0,3	400
Flüssige Mittel	5.352	0,8	5.019	0,7	333
Übrige Aktiva (RAP)	17.247	2,6	17.290	2,6	-43
Gesamtvermögen	674.049	100,0	671.358	100,0	2.691

HWG mbH	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	330.872	49,1	328.062	48,9	2.810
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	286.380	42,5	289.526	43,1	-3.146
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	56.797	8,4	53.770	8,0	3.027
Gesamtkapital	674.049	100,0	671.358	100,0	2.691

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Bilanzsummen sind sowohl im Konzern- als auch im Jahresabschluss stabil geblieben. Die Eigenkapitalquoten und Sachanlagenintensität sind nahezu konstant. Das Anlagevermögen wird in seiner Entwicklung maßgeblich durch die Bauinvestitionen beeinflusst. Im Geschäftsjahr wirkte sich auch die Zunahme der langfristigen Forderungen (siehe 2.3.2 Grundstücksverkehr und 2.4.3 Ertragslage) auf die Erhöhung der Aktivseite aus.

HWG mbH	2022	2021		Erläuterung
Sachanlagenintensität	89,5	89,7	%	Sachanlagen x 100/Bilanzsumme
Eigenkapitalquote	47,6	47,3	%	bilanzielles Eigenkapital x 100/Bilanzsumme (Bilanzsumme abzüglich bilanzielles Eigenkapital) x
Fremdkapitalquote	52,4	52,7	%	100/Bilanzsumme

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr im Konzern- und im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss und die teilweise Thesaurierung von Vorjahresgewinnen geprägt. Zudem wurden EUR 3 Mio. in die anderen Rücklagen eingestellt.

Grundstücke und Gebäude wurden im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Im Ergebnis wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Beim Abgleich der im Kernbestand bilanzierten Bodenbuchwerte mit den amtlichen Bodenrichtwerten ergab sich im Geschäftsjahr kein Abschreibungsbedarf.

Konzern und HWG mbH	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	2.756	1.023	1.733
Bodenabwertung nach Prüfung Bodenrichtwert	0	4	-4
Gesamt	2.756	1.027	1.729

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.047 (Vj. TEUR 3.357).

Konzern und HWG mbH	31.12.2022 TEUR	31.12.2021 TEUR	Veränderung TEUR
nach dem Ertragswertverfahren	165	1.525	-1.360
Bodenzuschreibung nach Prüfung Bodenrichtwert	882	1.832	-950
Gesamt	1.047	3.357	-2.310

Die außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen wirken sich mindernd auf das Ergebnis des Geschäftsjahres aus (TEUR -1.709; Vj. TEUR 2.330). Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

2.4.2 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnungen geben Auskunft über die Finanzlage.

Konzern	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	37.442	37.513	-71
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-15.267	-19.489	4.222
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-21.842	-23.939	2.097
Zahlungswirksame Veränderungen	333	-5.915	6.248
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.019	10.934	-5.915
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.352	5.019	333

HWG mbH	2022 TEUR	2021 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	32.199	32.270	-71
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-15.400	-19.489	4.089
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.466	-18.696	2.230
Zahlungswirksame Veränderungen	333	-5.915	6.248
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.019	10.934	-5.915
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.352	5.019	333

Die Kapitalflussrechnung der HWG mbH ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** sind sowohl im Konzernabschluss als auch im Jahresabschluss der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen stabil.

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** veränderte sich im Konzern und bei der HWG mbH im Vergleich zum Vorjahr, da das Bauinvestitionsvolumen geringer ausfiel (siehe Kapitel 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung).

Die Unterschiede der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zwischen Konzern und HWG mbH ergeben sich aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen aufgrund der Verbindlichkeiten der HWG KG. Die Veränderungen zum Vorjahr ergeben sich vor allem daraus, dass Tilgungen geringer ausfielen.

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern betrug TEUR 292.660 (Vj. TEUR 298.472). Darin enthalten sind endfällige Schuldscheindarlehen in Höhe von TEUR 33.500 (Vj. TEUR 33.500).

Die Gesellschaft konnte die Zinsaufwendungen durch gezieltes Darlehensmanagement weiter senken. Von den in 2022 bei der HWG mbH zur Prolongation anstehenden Darlehen wurden mit dem Ziel einer weiteren Optimierung des Darlehensportfolios im Geschäftsjahr Darlehen mit einer Inanspruchnahme von TEUR 2.804 durch Sondertilgungen abgelöst und Darlehen in Höhe von TEUR 12.065 prolongiert oder umfinanziert. Sondertilgungen werden im Zuge des Darlehens- und Liquiditätsmanagements kontinuierlich in Betracht gezogen und risikoorientiert auch dann umgesetzt, wenn sie nicht geplant waren.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut KfW-Förderprogramme zum Einwerben von Finanzierungen genutzt.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken für jeweils ein Darlehen durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zins-swaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 18.379 (Vj. TEUR 4.524) waren zum Berichtsstichtag vertraglich vereinbart, aber noch nicht abgerufen. TEUR 9.307 betreffen KfW-Darlehen für noch nicht begonnene Baumaßnahmen, so dass die Auszahlungsvoraussetzungen noch nicht vorliegen.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 6.000 (Vj. TEUR 6.000). Sie wurde im Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen.

Liquidität und Effektivverschuldung stellen sich wie folgt dar:

Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	8,9	8,8	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	12,6	12,0	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektiv- verschuldung	374.813	381.549	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP
HWG mbH	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in	Erläuterung
Liquidität 1. Grades	9,4	9,3	%	flüssige Mittel im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Liquidität 2. Grades	13,3	12,7	%	flüssige Mittel einschließlich kurzfristiger Forderungen im Verhältnis zu kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Effektiv- verschuldung	293.006	301.374	TEUR	Fremdkapital + Rückstellungen + PRAP abzüglich flüssiger Mittel + Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände + ARAP

Zu am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang, Abschnitt G.

2.4.3 Ertragslage

Konzern	2022		2021		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	97.130	101,4	91.288	97,0	5.842
Bestandsveränderung	-2.065	-2,2	1.774	1,9	-3.839
Eigenleistung	753	0,8	1.059	1,1	-306
Gesamtleistung	95.818	100,0	94.121	100,0	1.697
Materialaufwand	39.476	41,2	41.231	43,8	-1.755
Personalaufwand	16.351	17,1	16.230	17,2	121
Abschreibungen	16.942	17,7	14.939	15,9	2.003
Sonstiger betrieblicher Aufwand	5.134	5,4	4.835	5,1	299
./ sonstige betriebliche Erträge	-1.558	-1,6	-3.699	-3,9	2.141
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	7	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	76.352	79,8	73.543	78,1	2.809
Betriebsergebnis	19.467	20,2	20.578	21,9	-1.111
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-7.344		-7.822		478
Neutrales Ergebnis	2.133		3.030		-897
Ergebnis vor Ertragsteuern	14.256		15.786		-1.530
Ertragsteuern	4.466		1.102		3.364
Jahresergebnis	9.790		14.684		-4.894

* Rundungsdifferenzen

** Erträge im Zusammenhang mit den Erbbaurechtsverträgen werden nunmehr im neutralen Ergebnis ausgewiesen, die Vorjahreszahlen sind entsprechend angepasst worden

HWG mbH	2022		2021		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	97.130	101,4	91.288	97,0	5.842
Bestandsveränderung	-2.065	-2,2	1.774	1,9	-3.839
Eigenleistung	753	0,8	1.059	1,1	-306
Gesamtleistung	95.817	100,0	94.121	100,0	1.696
Materialaufwand	42.999	44,9	44.755	47,6	-1.756
Personalaufwand	16.351	17,1	16.230	17,2	121
Abschreibungen	15.521	16,2	13.518	14,4	2.003
Sonstiger betrieblicher Aufwand	5.024	5,2	4.726	5,0	298
./i. sonstige betriebliche Erträge	-1.556	-1,6	-3.697	-3,9	2.141
Steuern (ohne Ertragsteuern)	7	0,0	7	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	78.345	81,8	75.539	80,3	2.806
Betriebsergebnis	17.472	18,2	18.582	19,7	-1.110
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-5.329		-5.700		371
Neutrales Ergebnis**	2.133		3.030		-897
Ergebnis vor Ertragsteuern	14.276		15.912		-1.636
Ertragsteuern	6.222		2.164		4.058
Jahresergebnis	8.054		13.748		-5.694

* Rundungsdifferenzen

** Erträge im Zusammenhang mit den Erbbaurechtsverträgen werden nunmehr im neutralen Ergebnis ausgewiesen, die Vorjahreszahlen sind entsprechend angepasst worden

Konzern und HWG mbH weisen erneut Jahresüberschüsse aus.

Die Umsatzrentabilität (Jahresüberschuss/Umsatzerlöse) betrug bei der HWG mbH 8,3 Prozent (Vj. 15,1 Prozent) und im Konzern 10,1 Prozent (Vj. 16,1 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (Jahresüberschuss/bilanzielles Eigenkapital bereinigt um Bilanzgewinn) beträgt 3,2 Prozent (HWG mbH; Vj. 5,6 Prozent) und 3,9 Prozent (Konzern; Vj. 5,9 Prozent).

99,0 Prozent (Vj. 99,4 Prozent) der **Umsatzerlöse** 2022 sowohl der HWG mbH als auch des Konzerns resultieren aus der Hausbewirtschaftung.

Die **Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH** aus der Hausbewirtschaftung (Mieten, Betriebskostenumlagen und sonstige) stiegen um 5,9 Prozent (Vj. 2,1 Prozent). (siehe auch auf 2.3.1 Hausbewirtschaftung).

Die Entwicklung der Mieten ist weiterhin wesentlich für die stabile Entwicklung der Ertragslage.

Die Umsatzerlöse enthalten im Geschäftsjahr TEUR 454 Erstattung von Aufwendungen für die Ausstattung von Flüchtlingswohnungen (Vj. TEUR 0).

Die **Umsatzerlöse der HWG KG** betreffen im Wesentlichen die Leasingraten, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt. Im Konzernabschluss werden diese neutralisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind wesentlich durch die Zuschreibungen auf das Anlagevermögen (TEUR 1.047; Vj. TEUR 3.357) geprägt.

Der **Materialaufwand** enthält im Wesentlichen Aufwand für Betriebskosten, Aufwand für Instandhaltung einschließlich Material des Servicebetriebes sowie die Aufwendungen für die Anmietung der Bestände der HWG KG. Die Aufwendungen für die Anmietung fallen nur bei der HWG mbH an und werden im Konzernabschluss konsolidiert. Im Geschäftsjahr 2022 sind außerdem Aufwendungen zur Ausstattung von Flüchtlingswohnungen enthalten (siehe auch Umsatzerlöse).

Die Entwicklung des **Personalaufwandes** spiegelt einerseits die leicht sinkenden Vollbeschäftigteneinheiten wider. Andererseits bewirkte der Einfluss tariflicher Verhandlungsergebnisse vom August 2021 im Geschäftsjahr eine tarifliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,9 Prozent mit Wirkung ab November 2021. Die nächste Änderung um 2,1 Prozent ist ab Januar 2023 wirksam. Zudem entstand nach der Umstellung der Verwaltungsberufsgenossenschaft zur Erhebung der Beiträge wieder Aufwand (TEUR 127, Vj. TEUR 0).

Die Kennzahlen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale) stellen die Relation von Gesamtleistung und Personalaufwand dar.

HWG mbH	2022	2021		Erläuterung
Gesamtleistung	102.258	105.129	TEUR	Umsatzerlöse +/- Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen + sonstige betriebliche Erträge (lt. GuV)
Gesamtleistung je Mitarbeiter	406	409	TEUR	Gesamtleistung/ Ø Mitarbeiter (ohne Auszubildende)
Personalaufwandsquote	16,0	15,4	%	Personalaufwand x 100/Gesamtleistung

Die Position **Abschreibungen** enthält außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.756 (Vj. TEUR 1.027) (siehe 2.4.1 Vermögenslage).

Der **sonstige betriebliche Aufwand**, um neutrale Bestandteile bereinigt, enthält im Wesentlichen sächliche Verwaltungskosten mit IT-Kosten, übrigen Aufwand wie Rückstellungszuführungen sowie Aufwendungen des Unternehmens für Marketing- und Veranstaltungskosten, Beratungskosten, Beiträge und Sponsoring. Aufwendungen für das Jubiläum „100 Jahre HWG“ und einmalige Aufwendungen zur Archivoptimierung waren im Geschäftsjahr besondere Einflüsse, die zu einer leichten Erhöhung über Vorjahresniveau führten.

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** wird durch die Senkung der Zinsaufwendungen für Darlehen positiv beeinflusst (HWG mbH TEUR 5.654; Vj. TEUR 5.873; Konzern TEUR 7.802; Vj. TEUR 7.995). Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Zinsaufwendungen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG enthalten sind.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet sonstige betriebliche Erträge (TEUR 4.885; Vj. TEUR 7.310; Konzern TEUR 4.885; Vj. TEUR 7.310) und sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR 2.010; Vj. TEUR 2.672; Konzern TEUR 2.010; Vj. TEUR 2.672), die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr:

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 318; Vj. TEUR 840)
- Erträge aus Wertschöpfungen und Nutzungsentgelten für Gestattungen (TEUR 1.024; Vj. TEUR 1.012)
- Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (TEUR 221; Vj. TEUR 192)
- Erträge aus Gutschriften früherer Jahre (TEUR 8; Vj. TEUR 8)
- Aufwand aus Anlageabgängen (TEUR 107; Vj. TEUR 917)
- Aufwand aus Spenden (TEUR 94; Vj. TEUR 132)
- Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Kontext von Erbbaurechtsverträgen mitaufstehenden Gebäuden (TEUR 1.718; Vj. TEUR 3.184) sowie Buchwertabgänge im Kontext mit Erbbaurechtsverträgen (TEUR 433; Vj. TEUR 47); mithin ein Buchgewinn in Höhe von TEUR 1.285 (Vj. TEUR 3.137)

Das neutrale Ergebnis beinhaltet ebenso Zinsaufwand und Zinserträge, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr:

- Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen (TEUR 9; Vj. TEUR 9)
- Aufwand aus Abzinsung der Gewinne aus Grundstücksverkäufen im Kontext von Erbbaurechtsverträgen mit aufstehenden Gebäuden (TEUR 844; Vj. TEUR 1.618)
- Erträge aus Aufzinsung der Forderung aus Grundstücksverkäufen im Kontext von Erbbaurechtsverträgen mit aufstehenden Gebäuden (TEUR 92; Vj. 0)

Das **Bewertungsergebnis** ist Bestandteil des Betriebsergebnisses. Die Position Abschreibungen enthält außerplanmäßige Abschreibungen und die Position sonstige betriebliche Erträge enthält Zuschreibungen (siehe auch 2.4.1 Vermögenslage).

Der **Ertragssteueraufwand** berücksichtigt passive latente Steuern (TEUR 4.788; Vj. TEUR 1.062; Konzern TEUR 3.032; Vj. TEUR 0). Insgesamt besteht ein Überhang an passiven latenten Steuern, wobei aktive latente Steuern aus nutzbaren steuerlichen Verlustvorträgen unter Beachtung der Mindestbesteuerung bis zur Höhe des Passivüberhangs der latenten Steuern auf temporäre Differenzen werthaltig sind und berücksichtigt werden.

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage vor Steuern ist stabil. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage spricht auch unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken nicht gegen eine Bilanzierung unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog dem Vorjahr umgesetzt und weiterentwickelt.

Die Schwerpunkte des Risikomanagementsystems sind strategische bzw. mittel- und langfristige Risiken mit deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie sonstige Entwicklungen der Gesellschaft. Basierend auf dem strategischen Zielbild der HWG mbH mit seinen Handlungsschwerpunkten zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit mündet dies in einem integrierten Kennzahlen- und Risikomanagementsystem. Aus dem strategischen Zielbild mit den festgelegten Teilstrategien leiten sich Kennzahlen ab, die als Mess- und Steuerungsgrößen zur Zielerreichung dienen. An dem Prozess sind neben der Geschäftsführung alle Abteilungen beteiligt.

Die für die Geschäftstätigkeit und im Hinblick auf das Zielbild typischen allgemeinen und immobilienpezifischen Risiken werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Dort sind die für das jeweilige Risiko verantwortlichen Fachabteilungen benannt. Dieser Risikokatalog bildet die Grundlage für die Risikoinventur.

Die Risikoinventur findet jährlich statt. Sie wird in Form von Gesprächen zwischen dem Unternehmenscontrolling und der jeweils verantwortlichen Abteilungsleitung durchgeführt. Dabei werden die Risiken auf Vollständigkeit und hinsichtlich der Einschätzung zu Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit überprüft. Der Risikokatalog wird entsprechend der Ergebnisse angepasst und ggf. werden erforderliche Steuerungsmaßnahmen vereinbart.

Das Risikoreporting erfolgt quartalsweise. In diesem Zusammenhang werden ebenfalls bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen vorgeschlagen und eingeleitet.

Ergebnisse der Risikoinventur fließen zudem in die Planungen der Gesellschaft ein. Insbesondere Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die vorbeugenden Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden quantifiziert. Dazu gehörten im Jahr 2022 das Mietertrags- und Leerstandsrisiko, das Baukostenrisiko sowie das Liquiditätsrisiko. Eine Über- oder Unterschreitung der aus der Jahresplanung abgeleiteten Messgrößen führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen. Im Jahresverlauf musste zudem das Risiko der Nebenkostenentwicklung neu bewertet und gesteuert werden.

Die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden durch die ständige Beobachtung, Steuerung und Berücksichtigung in operativen Planungen und deren Fortschreibungen insgesamt als gering und steuerbar eingeschätzt.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur wird dem Mietertragsrisiko eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde dieses Risiko insbesondere durch folgende Rahmenbedingungen beeinflusst:

- allgemeine Marktentwicklung, differenzierte Entwicklung der Stadtteile
- fehlender Mietspiegel
- Nebenkostenentwicklung (insbesondere Haushaltsenergie sowie Inflation allgemein)

Die Wohnungsmarktlage in der Stadt Halle (Saale) ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil geblieben. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings differenziert.

Einige Stadtteile konnten nicht in dem Maße von den insgesamt positiven Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale) profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Großwohnsiedlungen. Auch wenn sich hier im letzten Jahr gestützt durch die Zuwanderung zunehmend positive Tendenzen zeigen, ist in diesen Lagen das Mietertragsrisiko höher einzuschätzen. Leerstände sind dort unter anderem mit überdurchschnittlichem Quartiers- und Sozialengagement zu begrenzen.

Aus der differenzierten Marktentwicklung resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft, welches über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten verfügt. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio ist die Gesellschaft wettbewerbsfähig. Negative Effekte können durch positive Entwicklungen kompensiert werden, so dass das Mietertragsrisiko insgesamt als noch moderat eingeschätzt werden kann.

Diese Einschätzung wird auch durch die Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr gestützt. Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung konnten der Leerstand gesenkt und Umsätze gesteigert werden.

Ein weiteres Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. und der §§ 559 BGB ff. vorgenommen werden.

Im Neuvermietungsgeschäft sind entsprechende Mietanpassungspotentiale vorhanden. Mietanpassungen nach § 559 BGB ff. sind gesetzlich begrenzt und stehen damit im Gegensatz zur derzeitigen Preisentwicklung. Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. ist mangels eines gültigen Mietspiegels deutlich erschwert. Entgegen den Erwartungen wurde im Jahr 2022 von der Stadt Halle (Saale) kein neuer Mietspiegel beschlossen bzw. anerkannt. Der Gesellschaft ist es jedoch mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand gelungen, dies durch Mieterhöhungen auf Basis von Vergleichswohnungen in Teilen zu kompensieren. Ab 2024 ist ein Mietspiegel gesetzlich vorgeschrieben.

Weitere Risiken zur Mietertragsentwicklung können sich aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Absenkung des Umlagesatzes nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen (Zeitraum/Höhe) schränken die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitig historisch hoher Inflation ein. Von der Mietpreisbremse ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Muttergesellschaft trägt für die angemieteten Bestände der Tochtergesellschaft HWG KG das Mietertragsrisiko.

Entwicklung Wohnnebenkosten

Die mit der Nebenkostenentwicklung, im Besonderen der Haushaltsenergie, verbundenen Risiken sind mit dem Ukraine-Russland-Konflikt seit dem Jahr 2022 höher zu bewerten. Die Haushaltseinkommen der Mieter sind begrenzt, Realeinkommen sinken. Bei deutlich steigenden Ausgaben für die Wohnnebenkosten stehen somit für andere Haushaltsausgaben weniger Mittel zur Verfügung. Dies grenzt die Potentiale im Hinblick auf die Nettokaltmiete ein oder führt zu Forderungsanstiegen sowie Zahlungsausfällen.

Gedämpft werden die Folgen derzeit durch zahlreiche Maßnahmen, wie durch Einmalzahlungen, die Anhebung von Sozialleistungen und die Senkung des relevanten Mehrwertsteuersatzes. Gleichzeitig wird die dynamische Einkommensentwicklung zum Beispiel im Ergebnis von Tarifverhandlungen den preissteigernden Entwicklungen teilweise positiv entgegenwirken.

Das Risiko kann derzeit dennoch nur schwer eingeschätzt werden. Die tatsächlichen Auswirkungen werden erst 2023/2024 sichtbar. In den Planungen wurden entsprechende Liquiditätsreserven vorgesehen. Die Nebenkostenvorauszahlungen wurden mit Wirkung zum 01.01.2023 angepasst. Das Risiko wird im laufenden Geschäftsjahr beobachtet.

Die größten Preisänderungen betreffen die Haushaltsenergie. Bis zum Ende des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft noch bestehende Strom- und Wärmelieferungsverträge. Die Strom- und Fernwärmepreise im Wohnungsbestand der Gesellschaft waren somit für 2022 stabil. Mit Auslaufen der Verträge zum Jahresende und dem Neuabschluss werden die Preise ab 2023 deutlich um bis zu 200 Prozent steigen. Für den hohen Anteil an fernwärmeversorgten Beständen sind es ca. 30 Prozent. Die neuen Strom- und Wärmelieferungsverträge wurden aus Risikovorsorge nur für ein Jahr abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung an den diversen Energiemärkten könnte sich dies positiv auf das Folgejahr auswirken.

Neben dem Verbraucherverhalten haben vordergründig technische Maßnahmen Einfluss auf den Verbrauch. Die Investitionstätigkeit wird deshalb in den kommenden Jahren verstärkt von diesem Themenfeld geprägt sein, um den Entwicklungen entgegenzuwirken. Investitionsvorbereitungen werden unabhängig von klimapolitischen Themen mögliche Maßnahmen zur Energie- und sonstigen Nebenkosteneinsparung zum Inhalt haben. Ableitungen aus der im Jahr 2022 erstellten CO₂-Bilanz werden Umfang und Inhalt der Investitionsplanungen der nächsten Jahre bestimmen.

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes. Material- und Lieferengpässe, Fachkräftemangel sowie der Ukraine-Russland-Konflikt haben hier zu einer weiteren Dynamisierung der Preisentwicklung geführt.

Die Baupreise sind im vergangenen Geschäftsjahr im Vergleich zu den Vorjahren noch einmal deutlich stärker angestiegen. So betrug der Preisanstieg in 2022 um die 17 Prozent.

Baupreisindizes (Wohngebäude, Jahresdurchschnittswerte)		2022 Index	2021 Index	Veränderung Prozent
Bauleistungen	Sachsen-Anhalt	149,6	127,9	17,0%
	Deutschland	147,8	127,0	16,4%
Instandhaltung (ohne Schönheitsreparaturen)	Sachsen-Anhalt	154,9	131,9	17,4%
	Deutschland	147,4	127,2	15,9%

¹⁶

Im Jahr 2022 wurden die seit einigen Jahren bestehenden Rahmenvertragsleistungen für Instandhaltung, Instandsetzung und Wartung durch die Gesellschaft neu ausgeschrieben. Die Baupreisentwicklung spiegelt sich in den Ausschreibungsergebnissen wider.

Seit einigen Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe fällt in 2022 in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich deutlich höher aus. Mit Stand Oktober 2022 liegt dieser Index für Sachsen-Anhalt ca. 15,7 Prozent¹⁷ über dem Vorjahresniveau. Im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum ist der vergleichbare Index bis Oktober 2022 weitgehend unverändert.¹⁸

Die erteilten Baugenehmigungen gehen dem entgegen voraussichtlich leicht zurück. In Sachsen-Anhalt liegt die Anzahl erteilter Genehmigungen im November ca. 15 Prozent unter dem Vorjahreswert, in Deutschland sind es mit Stand Oktober etwa 22 Prozent.¹⁹

Diese Entwicklungen lassen kurz- bis mittelfristig keine spürbare Entspannung bei den Baupreisen erwarten. Baugenehmigungen und Auftragseingänge sind weiterhin auf einem hohen Niveau. Material- und Lieferengpässe, Fachkräftemangel sowie der Ukraine-Russland-Konflikt halten den Preisdruck hoch.

¹⁶ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 und 61261-0005 vom 12.01.2023; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 vom 16.01.2023

¹⁷ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 44111-0002 vom 12.01.2023

¹⁸ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 44111-0009 vom 12.01.2023

¹⁹ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0007 vom 12.01.2023; Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0002 vom 12.01.2023

Die Preisentwicklung einerseits und die gesetzliche Deckelung von Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen andererseits machen die Umsetzung von wirtschaftlichen Maßnahmen immer anspruchsvoller. Insbesondere hochpreisige Investitionsprojekte, wie beispielsweise denkmalgeschützte Altbauten oder Neubauten, müssen deshalb ggf. verschoben werden. Bei Modernisierungsmaßnahmen im Bestand bedarf es einer genauen Überprüfung von Sanierungsumfang und Sanierungszeitpunkt, um die Wirtschaftlichkeit und die Bezahlbarkeit der daraus resultierenden Mieten weiterhin gewährleisten zu können. Komplexe und umfangreiche Sanierungsmaßnahmen müssen ggf. zurückgestellt, Investitionsziele eher mit Einzelmaßnahmen oder verstärkt mit Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen oder rein energetischen Maßnahmen erreicht werden.

Dadurch können Umsatzsteigerungs- und Nachhaltigkeitsziele ggf. nicht im geplanten Tempo erreicht werden. Vor diesem Hintergrund ist dieses Risiko weiter zu beobachten.

Die Gesellschaft beobachtet den Markt permanent. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2023 und der mittelfristigen Planung 2024 bis 2027 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen betroffener Projekte bei Erfordernis angepasst.

Dessen ungeachtet, werden im Unternehmen Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Die Einhaltung der Wirtschaftlichkeitskriterien der Baumaßnahmen ist deshalb Voraussetzung für eine erfolgreiche Investitionstätigkeit.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant, da sie im Rahmen der Anmietung der Bestände der HWG KG auch Baumaßnahmen in deren Objekten durchführt.

Auch unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt das Baukostenrisiko ein hohes Risiko dar und bedarf intensiver Beobachtung.

Zinsänderungsrisiko

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das seit einigen Jahren erwartete Zinsänderungsrisiko eingetreten. Dies zeigt sich beispielsweise an der Entwicklung des Leitzinses für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank, welcher in 2022 um 2,5 Prozentpunkte gestiegen ist.²⁰ Weitere Zinssteigerungen sind zu erwarten und wurden von der Kreditwirtschaft bereits teilweise eingepreist. Dennoch ist das Zinsniveau derzeit noch als moderat zu bewerten.

Zinsänderungsrisiken werden von der Gesellschaft, soweit absehbar, in den Unternehmensplanungen berücksichtigt. Zudem hat die Gesellschaft in den vergangenen Jahren das Beleihungsportfolio teilweise neu aufgestellt und Darlehen frühzeitig prolongiert. Dabei wurden in der Regel langfristige Finanzierungsverträge abgeschlossen. Das Beleihungsportfolio ist so ausgesteuert, dass es zu keinen Prolongationsspitzen kommt.

Vor diesem Hintergrund ist das Zinsänderungsrisiko für die Gesellschaft noch steuerbar. Im Rahmen von Bauinvestitionen stellt es derzeit bei gleichzeitig steigenden Baukosten einen wesentlichen Einflussfaktor für die Wirtschaftlichkeit dar. Zu den Folgen wurden bereits unter dem Punkt Baukostenrisiko näher ausgeführt.

Liquiditätsrisiko

Die vorstehend beschriebenen Risiken haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung. Dies bildet die Grundlage für eine aktive und zielorientierte Steuerung der Liquidität.

²⁰ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?tsTab=0&listId=www_szista_iwf&tsId=BBK01.SU0202&startDate=2019&id=0&dateSelect=2022;
Abruf vom 24.01.2023

Dieser Liquiditätssteuerung kam im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der Nebenkostenentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt mindestens auch für das Jahr 2023. Die volatilen Preisentwicklungen sowie sich ständig verändernde Rahmenbedingungen machen eine engmaschige Steuerung unerlässlich. Hierzu gehört insbesondere die Überwachung von Forderungsentwicklung und Zahlungsausfällen.

Sofern erforderlich könnten Investitionen verschoben werden. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen stellt das Liquiditätsrisiko ein steuerbares Risiko dar. Vorsorglich hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Möglichkeit den Kontokorrentkredit zu nutzen.

Klimaschutz und Klimawandel

Weitere Risiken ergeben sich für die Gesellschaft auch aus der zunehmenden Bedeutung von Klimaschutz und dem Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Dies wird Auswirkungen auf die Investitionskosten, die Energiepreisentwicklung und damit die Umsatzentwicklung haben. Dieses Themenfeld hat für die Gesellschaft aktuell insbesondere Auswirkungen auf

- die Investitionstätigkeit und die damit verbundene dynamische Entwicklung der bau- und förderrechtlichen Anforderungen,
- die Finanzierungstätigkeit durch veränderte Kreditbedingungen mit Fokus auf Nachhaltigkeit sowie
- die Wirtschaftlichkeit von Investitionen aufgrund der weiter auseinandergehenden Schere zwischen Einnahmen (Mieten) und Ausgaben (Baukosten)

Zur Vorbereitung auf die sich ändernden Rahmenbedingungen und Ableitung von zielgerichteten Maßnahmen hat die Gesellschaft im Jahr 2022 eine CO₂-Bilanz nach dem Greenhouse Gas Protocol aufgestellt, welche Angaben zur CO₂-Emission und zum Energieverbrauch beinhaltet. Demnach ist der Immobilienbestand der Gesellschaft hinsichtlich Klimaschutz und Dekarbonisierung schon gut aufgestellt. Seit 1990 wurde der Energieverbrauch um ca. 40% und die CO₂-Emission um ca. 68% reduziert. Damit hat die Gesellschaft bereits jetzt die gesetzlichen Anforderungen gemäß Klimaschutzgesetz zur CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2030 erfüllt.

Die Ergebnisse der CO₂-Bilanz und daraus resultierende Handlungsbedarfe wird die Gesellschaft in zukünftige Investitionsplanungen einfließen lassen. Orientierung hierfür bietet unter anderem auch der im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellte Abschlussbericht der ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme. Zudem plant die Gesellschaft diese und weitere Ziele in einem Nachhaltigkeitskonzept zu verankern.

Fast 80 Prozent der Wohnungen der Gesellschaft verfügen über einen Fernwärmeanschluss. Dies weist aufgrund der zugrundeliegenden Energiegewinnung mittels Kraft-Wärme-Kopplung eine hohe Energieeffizienz auf. Zum Erreichen der Klimaneutralität ist die Gesellschaft hier jedoch auf Kooperationen mit Dritten angewiesen. Die Energiegewinnung gehört nicht zum Geschäftsfeld der Gesellschaft. Teilweise kann die Gesellschaft aufgrund des Anschlusszwanges bei Fernwärme den Energieträger nicht selbst beeinflussen. Die Gesellschaft plant deshalb zur Begrenzung dieses Risikos, im Sinne der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und der Begrenzung von Energiekosten, Kooperationen mit regionalen Versorgungsunternehmen. Ziel ist ein gemeinsamer Stufenplan zur Erreichung eines wirksamen Beitrags der Gesellschaft zur Klimaneutralität.

Zu diesem Zweck arbeiten verschiedene Unternehmen und Organisationen seit Jahren in der Energie-Initiative Halle zusammen. Diese Zusammenarbeit wirkt sich durch eine planbarere Einkaufspolitik für Energie kostendämpfend auf die Wohnnebenkosten aus. Die Gesellschaft ist Mitglied dieser Initiative. Ziel ist es unter anderem, in dem gemeinsamen Projekt „Roadmap Klimaneutralität“ Maßnahmenpläne für die Sektoren Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie und Abfall zur Erreichung der Klimaziele zu erarbeiten. Einen wichtigen Rahmen hierfür bietet das Energie- und Klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale). Zudem plant die Stadt Halle die Implementierung eines Klimaschutzrates.

Unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt dieses Risiko ein noch moderates Risiko dar.

Corona-Pandemie

Im Jahr 2022 wurden die gesetzlichen pandemiebedingten Einschränkungen sukzessive zurückgenommen. Die Auswirkungen der Pandemie beeinflussen damit im Wesentlichen den Bereich Personal und Organisation.

Größte Herausforderung waren dabei Personalausfälle aufgrund pandemiebedingter Infektionen und der Krankenstand durch weitere Atemwegserkrankungen. Mit entsprechenden Steuerungsmaßnahmen konnte jedoch jederzeit der Geschäftsbetrieb gesichert werden.

Die Folgen der Pandemie, insbesondere durch Material- und Lieferengpässe, sind weiterhin im Bereich der Bautätigkeit zu spüren (näheres hierzu unter dem Punkt Baukostenrisiko).

Angesichts des Übergangs der Pandemie in die endemische Phase wird das Risiko als gering eingestuft.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt. Dies betraf im abgelaufenen Geschäftsjahr neue Gesetze und Verordnungen wie EnSimiMaV/EnSikuMaV, die Novellierung der Heizkostenverordnung, die aktuelle Rechtsprechung zur Umlagefähigkeit der Miete von Rauchwarnmeldern und die Einführung des Stufenmodells zur CO₂-Umlage.

Weitere Aufgaben, aber auch Chancen könnten sich durch das Zukunftszentrum Halle ergeben.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Oktober 2022 die Mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2024 bis 2027 zur Kenntnis genommen und dem Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2023 zugestimmt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2023 umfasst etwa 350 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von Sanierungen im bewohnten Zustand erfahren. Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 19,9 Mio. Die Finanzierung soll durch Darlehensneuaufnahmen und durch die Inanspruchnahme möglicher Zuschüsse aus Förderprogrammen gewährleistet werden.

Instandhaltungen und Instandsetzungen durch Dritte wurden mit ca. EUR 15,8 Mio. geplant. Hinzu kommen Handwerkerleistungen des eigenen Servicebetriebes (ca. EUR 3,5 Mio). Dies dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Desinvestitionsmaßnahmen in Form von Verkäufen und Rückbau hat die Gesellschaft für das Jahr 2023 nicht vorgesehen. Durch die Umsetzung der Bestandsentwicklungsmaßnahmen wird sich der Wohnungsbestand im Konzern nicht wesentlich ändern und zum Ende des Jahres 2023 ca. 17.400 Wohnungen umfassen.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer weiteren Stabilisierung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine Leerstandsquote auf gleichbleibendem Niveau an.

Die Gesellschaft beabsichtigt in den von ihr verwalteten Beständen die Umsatzerlöse auf der Grundlage von Neuvermietungen in Folge von Investitionen und Fluktuation zu erhöhen. Dem entsprechend und unter Berücksichtigung der Mietanpassungen des Vorjahres im Bestand wird für das Folgejahr erneut mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 8,5 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 8,9 Mio. (Konzern).

Unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken, insbesondere der Nebenkostenentwicklung und dafür ggf. erforderlicher Liquiditätsreserven, wurde in der Planung für 2023 keine Gewinnausschüttung vorgesehen. Der im Dezember 2022 beschlossene Haushalt der Stadt Halle (Saale) sieht eine Gewinnausschüttung der kommunalen Wohnungsunternehmen von insgesamt EUR 10 Mio. vor.

Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen, auch wenn Letztere angesichts der Rahmenbedingungen moderater prognostiziert werden. Die Entwicklung wird dabei wesentlich davon abhängen, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Folge der Corona-Pandemie, der Liefer- und Materialengpässe sowie den Folgen des Ukraine-Russland-Konflikts verändern. Eine gewichtige Rolle spielt hierbei die Nebenkostenentwicklung.

Darüber hinaus wird die Entwicklungsgeschwindigkeit weiterhin von den Gewinnausschüttungserwartungen des Gesellschafters sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche der Gesellschafter der Gesellschaft überträgt.

Die aktuellen Einschränkungen und insbesondere die sich daraus ergebenden Folgen für die Gesamtwirtschaft und damit auch für die Entwicklung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens insbesondere zu Investitionen, Umsatz- und Ergebnisentwicklung erschweren die Prognose zum Geschäftsverlauf für das laufende Jahr und die Folgezeiträume. Die Gesellschaft wird soweit möglich und zulässig alles zur Umsetzung der Jahresplanung unternehmen und erforderlichenfalls die Planung fortschreiben. Die Planungen für die Folgezeiträume werden gegebenenfalls an die sich eventuell verändernden Sachlagen angepasst.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben wurde.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Hallesche Wohnungs- gesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Danz, Simone)</i>
	MALIMA Beteiligungs GmbH	<i>(vertreten durch Floth, Christian, Dr. Handschuer, Nicole und Schmidt, Franz-Georg)</i>
	Karlo Grundstücks- verwaltungsgesellschaft mbH	<i>(vertreten durch Nolte, Markus, Pauly, Björn und Zormaier, Ulrich)</i>

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	61.809	100	63.048	100	64.288	100	-1.239	-2
Umlaufvermögen	10	0	12	0	12	0	-2	-17
Bilanzsumme	61.819	100	63.060	100	64.300	100	-1.241	-2
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	61.809	100	63.050	100	64.290	100	-1.241	-2
Bilanzsumme	61.819	100	63.060	100	64.300	100	-1.241	-2

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.363	3.468	3.570
sonstige betriebliche Erträge	3	3	3
Abschreibungen	1.240	1.240	1.240
sonstige betriebliche Aufwendungen	111	110	109
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	133	0	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.148	2.121	2.237
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.240	1.240	1.240	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,02	0,02	0,02	%
Fremdkapitalquote:	99,98	99,98	99,98	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten („Institute an der Martin-Luther-Universität“) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Errichtung der Gesellschaft sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.535	75	4.117	53	6.487	80	1.418	34
Umlaufvermögen	1.877	25	3.607	47	1.607	20	-1.730	-48
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	2	0	23	0	6	300

Bilanzsumme

7.420	100	7.726	100	8.117	100	-306	-4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.838	92	6.769	88	6.724	83	69	1
Sonderposten für Investitionszulagen	205	3	614	8	1.024	13	-409	-67
Rückstellungen	244	3	133	2	184	2	111	83
Verbindlichkeiten	133	2	200	2	175	2	-67	-33
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10	0	10	0	-10	-100

Bilanzsumme

7.420	100	7.726	100	8.117	100	-306	-4
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.006	1.867	1.885
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	52	176	85
sonstige betriebliche Erträge	4	6	3
Materialaufwand	1.039	1.118	1.048
Personalaufwand	0	0	87
Abschreibungen	179	196	159
sonstige betriebliche Aufwendungen	791	693	706
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	9
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	3	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	69	45	-18
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	69	45	-18
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	-41	-23
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	69	4	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-41

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,42	2,39	-0,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,00	0,66	-0,27	%
Cash-Flow:	248	241	141	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			987	T€
Personalaufwandsquote:			4,39	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,48	43,50	45,94	%
Eigenkapitalquote:	92,15	87,62	82,85	%
Fremdkapitalquote:	7,85	12,38	17,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²
Auslastung	100,00	100,00	100,00	%

f) Lagebericht

- I. Grundlage des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Zur Erfüllung des Unternehmenszwecks werden insbesondere die folgenden Leistungen angeboten:

- Förderung gemeinsamer Projekte zwischen der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Bio- und Lebenswissenschaften,
- Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie von Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten (An-Institute der Martin-Luther-Universität) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung schrittweise 16.681 m² Bauland, auf dem bisher zwei Neubauten entstanden sind.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i. H. v. ca. 28,6 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2022 ca. 9.800 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung des Technologieparks Weinberg Campus auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt insbesondere die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Bereichen Biomedical Life Sciences (u.a. Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin und Medizintechnik).

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die oben genannten Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms durch die Auswirkungen der weltweiten Pandemie und zuletzt vor allem des Krieges in der Ukraine in eine Rezession geraten. Weltweite Tendenzen zur politischen Blockbildung und zu sich verstärkendem Protektionismus trüben die Zukunftsaussichten ebenso ein, wie daraus resultierende Lieferengpässe und Rohstoffknappheiten. Ein weiteres Ergebnis ist eine hohe Inflation, die sich über das Berichtsjahr hinaus fortsetzt. Besonders kräftig, teils sogar zweistellig, sind die Preise auf fast allen Vorstufen der Wertschöpfung gestiegen. Aktuelle Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute betonen, dass weitere Entwicklungen schwer prognostizierbar sind und sehen bei unveränderten Rahmenbedingungen keine grundlegende Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2023. Solide Prognosen sind aus den genannten Gründen nicht möglich und wären reine Spekulation. Zusammengefasst bedingen die weltweiten Entwicklungen zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Nachdem die Covid-19-Pandemie scheinbar beendet ist, stellt eine Ausweitung handels- und geopolitischer Spannungen, vor allem zwischen der EU und Russland oder aber auch mit der VR China die mit Abstand größte Gefahr für die weitere konjunkturelle Entwicklung dar.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist aktuell stark rückläufig und wird auch im nächsten Geschäftsjahr eher verhalten bleiben. Die bereits genannten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Unsicherheiten führen zu stark steigenden Arbeits- und Energiekosten. Während die explosionsartig gestiegenen Energiekosten zunächst durch staatliche Interventionen wieder besser kalkulierbar erscheinen, ist ein starker Anstieg der Arbeitskosten zu erwarten.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren zudem durch Regulierungen am Arbeitsmarkt und zunehmend bürokratischere Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen gelitten. Der Welthandel könnte durch die in vielen Teilen zunehmend protektionistischen Strömungen nachhaltig beeinträchtigt werden. Dies würde die Aussichten für die Exporte und damit auch die Investitionsneigung der Unternehmen längerfristig zusätzlich dämpfen.

Die negativen Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden aktuell auf einzelbetrieblicher Ebene durch das Fehlen zahlreicher Richtlinien und Fördermöglichkeiten auf Landesebene verstärkt. Eine diesbezügliche Verbesserung ist erst ab dem 3. Quartal 2023 zu erwarten.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft sind die genannten Aspekte wegen deren im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagnieren branchenübergreifend. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise noch schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2022 auch ohne Berücksichtigung der beschriebenen Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Technologieunternehmen mit Ansiedlungsinteresse, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden nach wie vor sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus abgeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und Netzwerkpartner wieder das gesamte Geschäftsjahr durch die verschärften Rahmenbedingungen und hohen Unsicherheiten negativ beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen wieder ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Auch während dieses Berichtsjahres hat die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen nach wie vor eingeschränkte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten. Die Unsicherheiten bezüglich der pandemischen Entwicklungen schränkten die Möglichkeiten der Arbeitsorganisation immer noch ein. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage wiederholt eingeschränkt. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, blieb deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Somit bestanden auch in diesem Berichtsjahr permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung und der Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine wurden die Unsicherheiten für den Geschäftsverlauf noch schwerer kalkulierbar. Der zusätzliche Aufwand für die Information über die Auswirkungen der unsicheren Energieversorgung sowie das stete Fundieren und die Kommunikation eigener Entscheidungen bedingte einen zusätzlichen hohen Personal- und Organisationsaufwand. Um den zahlreichen Unsicherheiten zu begegnen, wurden geeignete organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagement wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Regelmäßig stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, den Fach- und Führungsebenen der Stadtwerke, der Energieversorgung und der Energieinitiative Halle, dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Handlungsoptionen vermitteln zu können. Im Ergebnis der verstärkten Aktivitäten zur Unterstützung der Mieter und der Mitarbeiter stehen auch 2022 wieder hohe Aufwendungen zu Buche.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und der Energiekrise am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit seiner Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen eingesetzt.

Trotz der unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der durchschnittliche Mietzins auch im Jahr 2022 insbesondere für die Kernzielgruppen beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen. Teil der mittelfristigen Wirtschaftsplanung sind auch dem Wettbewerbsumfeld entsprechende Erlössteigerungen für etablierte Unternehmen. Gestützte Mietpreise für Startups und junge Wachstumsunternehmen sind weiterhin Bestandteil des Geschäftsmodells, insbesondere auf den neuen mit Hilfe von Zuschüssen geschaffenen Mietflächen. Moderate Mietpreiserhöhungen sind in den kommenden Jahren zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells allerdings notwendig.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum die weitere Etablierung des ersten Accelerator-Programmes des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt und Mitte des Berichtsjahres letztlich erfolgreich beendet, wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist für das kommende Berichtsjahr geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich und organisatorisch neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen. Ziel ist es, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Kooperation im Bereich Innovation, Gründung und Technologietransfer auf lange Sicht für den Standort zu sichern.

Vor dem Hintergrund der sich negativ verschärfenden Rahmenbedingungen erwies sich sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten weiter schwierig. Bereits geplante Projektkooperationen wurden von potenziellen Auftraggebern zum Teil abgesagt oder verschoben, so dass dementsprechend geplante Erlöse nicht realisiert werden konnten.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Mitarbeit des Geschäftsführers im Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), im Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie im Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und des Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Leitung der AG Bioparks im BVIZ, die Mitarbeit im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden die bestehenden Kommunikationskanäle ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleischen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen laufendes Jahr	940	45,6%	899	43,9%	41	4,6%
+ Mietnebenkosten laufendes Jahr	1.066	51,7%	967	47,2%	99	10,2%
+ = UMSATZERLÖSE	2.006	97,3%	1.866	91,1%	140	7,5%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	52	2,5%	176	8,6%	-124	-70,5%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	4	0,2%	6	0,3%	-2	-33,3%
= BETRIEBSLEISTUNG	2.062	100,0%	2.048	100,0%	14	0,7%
+ Raumkosten Mieter	1.039	50,4%	1.118	54,6%	-79	-7,1%
+ eigene Raumkosten	90	4,4%	82	4,0%	8	9,8%
+ Betriebsführung	300	14,5%	300	14,6%	0	0,0%
+ Versicherungen / Beiträge	11	0,5%	15	0,7%	-4	-26,7%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	279	13,5%	186	9,1%	93	50,0%
+ Kosten des Fuhrparks	3	0,1%	3	0,1%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	18	0,9%	12	0,6%	6	50,0%
+ sonstige Kosten	90	4,4%	94	4,6%	-4	-4,3%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	791	38,4%	692	33,8%	99	14,3%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.830	88,7%	1.810	88,4%	20	1,1%
= EBITDA	232	11,3%	238	11,6%	-6	-2,5%
+ Abschreibungen	588	28,5%	605	29,5%	-17	-2,8%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-409	-19,8%	-409	-20,0%	0	0,0%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	179	8,7%	196	9,6%	-17	-8,7%
= EBIT	53	2,6%	42	2,1%	11	26,2%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	16	100,0%	3	100,0%	13	433,3%
+ = FINANZERGEBNIS	16	100,0%	3	100,0%	13	433,3%
= EBT	69	3,3%	45	2,2%	24	53,3%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	0	0,0%	0	0,0%	0	*
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	0	0,0%	0	0,0%	0	*
= JAHRESERGEBNIS	69	3,3%	45	2,2%	24	53,3%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2021 um 14 T-€ (= 0,7 %) auf 2.062 T-€ erhöht. Dabei stiegen die abgerechneten Mietnebenkosten um 99 T-€ und die Mieteinnahmen um 41 T-€. Durch die Auflösung der erhaltenen Anzahlungen zum Ende des Berichtsjahres ergab sich eine Änderung der nicht abgerechneten Mietnebenkosten aus dem Vorjahr mit 52 T-€. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 2 T-€ gesunken. Damit liegt die Betriebsleistung 187 T-€ über Plan.

Die **Raumkosten der Mieter** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 79 T-€ und lagen damit um 19 T-€ über dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Vorjahresvergleich um 99 T-€ gestiegen. Dabei haben sich in diesem Posten die eigenen Raumkosten (+8 T-€), die Reparaturen und Instandhaltungen (+93 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+6 T-€) erhöht, die Versicherungen und Beiträge (-4 T-€) sowie die sonstigen Kosten (-4 T-€) haben sich vermindert. Der Planansatz wurde um 30 T-€ unterschritten. Dabei lagen die Kosten des Fuhrparks um 3 T-€ und die Reparatur- und Instandhaltungskosten um 41 T-€ unter dem Planansatz. Die Sonstigen Kosten hingegen überschritten den Planansatz um 10 T-€, die Werbe- und Reisekosten um 3 T-€.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2021 um 6 T-€ auf 232 T-€ vermindert. Insbesondere aufgrund der gestiegenen Betriebsleistung lag dieser um 198 T-€ über dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 588 T-€ (Vorjahr: 605 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die saldierten Abschreibungen lagen mit 179 T-€ um 3 T-€ über Plan.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2021 um 11 T-€ auf 53 T-€ verbessert. Gegenüber dem Planansatz von -143 T-€ gab es eine positive Abweichung von 195 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (3 T-€) um 13 T-€ auf jetzt 16 T-€ erhöht und liegt damit um 11 T-€ über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des erzielten Jahresüberschusses (69 T-€) und des verrechneten Verlustvortrages aus den Vorjahren 0 T-€.

Das **Jahresergebnis** hat sich um 24 T-€ von einem Jahresüberschuss (45 T-€) im Vorjahr auf einen Jahresüberschuss (69 T-€) im Berichtsjahr verbessert. Es liegt damit 206 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtjahres rund 1.699,4 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 1.767,6 T-€ vermindert. Die Minderung resultiert aus der Umschichtung von liquiden Mitteln des Umlaufvermögens in festverzinsliche Wertpapieren des Anlagevermögens.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.837,7	92,2	6.769,2	87,6	68,5	1,0
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	204,7	2,8	614,0	8,0	-409,3	-66,7
Rückstellungen	244,3	3,3	132,7	1,7	111,6	84,1
Lieferverbindlichkeiten	70,5	0,9	134,1	1,7	-63,6	-47,4
Sonstige Verbindlichkeiten	62,7	0,8	65,9	0,9	-3,2	-4,9
Summe Verbindlichkeiten	133,2	1,7	200,0	2,6	-66,8	-52,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	9,7	0,1	-9,7	-100,0
Summe Passiva	7.419,9	100,0	7.725,6	100,0	-305,7	-4,0

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	1,3	0,0	3,6	0,1	-2,3	-63,9
Sachanlagen	2.781,2	37,5	3.360,7	43,5	-579,5	-17,2
Finanzanlagen	2.752,4	37,1	752,4	9,7	2.000,0	265,8
Summe Anlagevermögen	5.534,9	74,6	4.116,7	53,3	1.418,2	34,4
Forderungen	45,9	0,6	8,0	0,1	37,9	473,8
Sonstige Vermögensgegenstände	131,8	1,8	132,2	1,7	-0,4	-0,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.699,4	22,9	3.467,0	44,9	-1.767,6	-51,0
Summe Umlaufvermögen	1.877,1	25,3	3.607,2	46,7	-1.730,1	-48,0
Rechnungsabgrenzungsposten	7,9	0,1	1,7	0,0	6,2	364,7
Summe Aktiva	7.419,9	100,0	7.725,6	100,0	-305,7	-4,0

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 305,7 T-€ (= -4,0 %) auf 7.419,9 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 74,6 % (Vorjahr: 53,3 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 43,5 % im Vorjahr auf 37,5 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.000,0 T-€ auf 2.752,4 T-€ erhöht. Daher hat sich der Anteil am Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr von 9,7 % auf 37,1 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (6,9 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 588,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 581,8 T-€ auf einen Betrag von 2.782,5 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 1.730,1 T-€ oder 48,0 % auf 1.877,1 T-€ vermindert. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 45,9 T-€ haben sich um 37,9 T-€ erhöht, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich um 0,4 T-€ auf 131,8 T-€ vermindert.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.699,4 T-€ (Vorjahr: 3.467,0 T-€) und nahmen damit um 1.767,6 T-€ ab. Ein Grund für die Abnahme war der Kauf von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von 2.000,0 T-€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 7,9 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus ist die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen eine wichtige Größe.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 100,00 % ausgelastet. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 100,00 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Branchen und Wirtschaftszweige in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	58,33 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	16,67 %
• Sonstige Services	25,00 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 24 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der pandemischen Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2023 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2024 bis 2027 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis vor Steuern	Ergebnis
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2023	2.175	2.174	6	7
2024	2.195	2.146	6	55
2025	2.195	2.178	6	23
2026	2.195	2.193	6	8
2027	2.195	2.198	6	3

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie, Energie- und Wirtschaftskrise relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Ver- und Gebundenheit der Bestandsunternehmen an den Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiekrise und Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise stellen umfangreiche Herausforderungen für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter untersetzt. Das im Berichtsjahr weiterentwickelte Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen und sich verändernden Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Im laufenden Geschäftsjahr besteht wieder das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Als ausgesprochen erfolgreich kann das durch die Gesellschaft etablierte Accelerator-Programm bezeichnet werden. Im Berichtsjahr konnten dadurch wieder einige neue

Startups angesiedelt und beim Wachstum unterstützt werden. Das Programm trägt zudem positiv zur Profilbildung des Standortes bei. Zukünftig sind durch die konzeptionelle Verknüpfung der geplanten Neubauvorhaben und den Dienstleistungen des Accelerator-Programms weitere Impulse für Innovationen und die damit verbundenen Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Im kommenden Geschäftsjahr wird in diesem Sinne die Sanierung von Bestandsflächen weiter intensiviert. Basis ist ein ganzheitliches Konzept für die Modernisierung aller Bestandsgebäude mit einem Planungshorizont bis 2027.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode bis 2027, untersetzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann. Bei der Weiterentwicklung des aktuellen Geschäftsmodells wird verstärkt berücksichtigt, dass Fördermöglichkeiten und -quoten nach Ablauf der Strukturfondsperiode generell stark sinken werden. Deshalb besteht das Ziel einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit aller Marktangebote.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Letzteres wird nunmehr 2023 neu gefasst. Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das kommende Geschäftsjahr sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2023 ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Energie- und Wirtschaftskrise insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung, die im Rahmen der bereits im Prognosebericht genannten Leuchtturmprojekte für die Region in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität genutzt werden sollen.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Die betrifft bei Unternehmen im Bereich der Fokusbranche Biomedical and Life Sciences (z.B. Biotechnologie, Pharmazie, Analytik) pandemiebedingt wegen zusätzlicher Förderprojekte und der Teilnahme an F&E-Konsortien sogar die kurze Frist. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungs-niveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Sollte dies nicht gelingen, besteht zugleich das Risiko, Unternehmen im Standortwettbewerb zu verlieren.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne pandemiebedingte Einflüsse unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden durch die TGZ Halle GmbH aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Demselben Zweck dient der geplante Erweiterungsneubau der TGZ Halle GmbH auf dem Gelände des Innovation Hub. Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen. In diesem Sinne konnte im Berichtsjahr die Gründung eines neuen Branchenclusters „Life Science Sachsen-Anhalt“ initiiert werden, welches im kommenden Geschäftsjahr mit einer Geschäftsstelle im Innovation Hub auf dem Weinberg Campus ausgebaut werden soll.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Kurz- bis mittelfristig bestehen durch den Krieg in der Ukraine sowie durch die Auswirkungen der dadurch bedingten Energie- und Wirtschaftskrise, den weltweit zunehmendem Protektionismus und die Notwendigkeiten zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zum Teil nur schwer kalkulierbare wirtschaftspolitische Risiken. Aber auch in der mittleren bis langen Frist unterliegt die Gesellschaft im Rahmen der Kategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind weiterführende Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig.
- Durch die Energiewende und die kriegsbedingte Energiekrise kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden gemeinsam mit dem langjährigen Partner und Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften im Rahmen der Energieinitiative und der Roadmap Klimaneutralität.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise stellt auch für das Risikomanagement eine enorme Herausforderung dar. Vor allem die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Krise auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand sind nur schwer zu beurteilen. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister und allgemeiner Preisentwicklungen im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie der Zusammenarbeit im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt und der Energieinitiative Halle.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Wie bereits im Berichtszeitraum und auch in den Jahren der Pandemie zuvor zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft und weitere Zinserhöhungen insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalekreis.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Gesellschaft ist u. a. die Errichtung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Star-Park. Der öffentliche Zweck ist demnach in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	(vertreten durch Weber, Robert)
--------------------------	---	------------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	10.817	100	12.353	100	14.558	100	-1.536	-12
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	35	0	70	0	-22	-63

Bilanzsumme	10.830	100	12.388	100	14.628	100	-1.558	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10.633	98	12.193	98	14.149	97	-1.560	-13
Rückstellungen	104	1	60	1	60	0	44	73
Verbindlichkeiten	93	1	135	1	419	3	-42	-31

Bilanzsumme	10.830	100	12.388	100	14.628	100	-1.558	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.068	2.363	1.923
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	827	-724	25
sonstige betriebliche Erträge	1	502	1.493
Materialaufwand	1.754	1.826	2.533
Personalaufwand	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	373	538	710
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-231	-223	198
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-231	-223	198

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-21,65	-9,43	10,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,13	-1,79	1,42	%
Cash-Flow:	-231	-223	198	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00	0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	98,19	98,43	96,73	%
Fremdkapitalquote:	1,81	1,57	3,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	163,88	168,38	172,68	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	4,50	4,30	5,60	ha

f) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung und der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27. September 2019 antragsgemäß positiv beschieden. Die EglG hat die genehmigten Fördermittel auf Grundlage des mit ihr fortbestehenden Erschließungsvertrages zum Star Park von der Stadt Halle (Saale) gemäß Mittelanforderung erhalten und wird den verbleibenden Eigenmittelanteil selbst tragen.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führte die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Restansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es wurden seitens der Stadt Halle (Saale) dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Nacherschließung der Infrastruktur inklusive Kapazitätserweiterung des Stromnetzes durch eine Verbesserung der äußeren Erschließung im Oktober 2020 und zur Nacherschließung einer Gleisanbindung im Februar 2021 gestellt.

B. Darstellung der Lage

Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind teilweise durch die Gesellschaft zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG hat die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH bis 31. Dezember 2022 vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betrieben.

Eine Bewertung des Status der Kundenanlage und die Prüfung ob, wann und unter welchen Umständen die Energieanlagen in ein öffentliches Netz überführt werden können oder ob es alternative Betriebsmöglichkeiten gibt, wurde in den Jahren 2021/2022 durch einen unabhängigen Gutachter geprüft und bewertet. Als Ergebnis wurde festgestellt, unter welchen Bedingungen diese Verteilnetzanlagen als Netz der allgemeinen Versorgung betrieben werden können. Die dafür notwendigen Prüfungen und europaweiten Ausschreibungen sind durch die EVG für die EglG im Jahr 2022 durchgeführt worden.

Als Ergebnis konnten in Zusammenarbeit mit Becker Büttner Held die erforderlichen Pachtverträge verhandelt und abgeschlossen werden, so dass die Anlagen seit dem 01.01.2023 an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (Mitnetz Strom) und Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH (Mitnetz Gas) verpachtet werden konnten. Die dafür notwendigen Genehmigungen nach §4 EnWG wurden beantragt und durch das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt am 30.12.2022 genehmigt. Die Übergabe der Anlage erfolgte an die Pächter ab dem 01.01.2023 unter der aufschiebenden Bedingung der erforderlichen Bestätigungen der Pacht- und Pachtnebenkosten durch die Landesregulierungsbehörde. Die entsprechenden Abstimmungen durch die Mitnetz Strom und Mitnetz Gas fanden zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch statt.

Im Jahr 2022 wurden 2 Optionsflächenverkäufe mit einer Gesamtgröße von 4,5 ha durchgeführt. Die mit diesen Grundstücksverkäufen verbundenen Verkaufserlöse wurden in 2022 für die Gesellschaft umsatzwirksam und stützen insofern die Liquidität der Gesellschaft im Jahr 2022 und folgende.

Weitere ca. 35,3 ha sind durch Kaufvertragsangebote notariell beurkundet, welche bis teilweise 31. Dezember 2029 bestehen.

Ein erster Bauabschnitt für die Nacherschließung der Optionsflächen des Industriegebietes mit baulichen Maßnahmen zur Ver- und Entsorgung wurde am 30. Juni 2021 abgeschlossen. Auf diesen ersten Bauabschnitt sollen zwei weitere Bauabschnitte zur Erschließung der Flächen mit Gas, Strom (inklusive äußerer Erschließung durch Kapazitätserweiterung des Stromnetzes), Trinkwasser, Abwasser, Regenwasserentsorgung, Straßenbaumaßnahmen sowie die Nacherschließung mittels Schienenanbindung erfolgen.

Für diese zwei Bauabschnitte wurden im Jahr 2020 sowie im Jahr 2021 entsprechende Fördermittelanträge im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Diese Fördermittelanträge wurden im Jahr 2022 zum Erhalt eines entsprechenden Zuwendungsbescheides durch entsprechende Planungsleistungen vervollständigt.

Das Jahresergebnis lag trotz Flächenverkauf und weiteren Kosteneinsparungen im Jahr, überwiegend geprägt durch einen Sondereffekt in Höhe von -207,5 T€ durch die Bereinigung des Umlaufvermögens um die Aufwendungen für den Star Park 2, im Jahr 2022 bei -231,2 T€ (Vorjahr -222,8T€). Geplant waren für das Jahr 2022 -45 T€.

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EglG sehen weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die weiterhin bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Im September 2020 wurde durch die Komplementärin der EglG, die EVG, ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt wurde. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden. Der Eigenanteil wird durch Weiterbelastung durch die EglG aufgebracht werden.

Am 21. Dezember 2021 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung zur Organisation der drei Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW-Gelände, Umsetzung Star Park 2) und das Zentrum für nachhaltige Materialien im Technologie Park nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Gesamtsteuerung des Strukturwandelprozesses der Strukturwandelprojekte der Stadt Halle (Saale), Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Revitalisierung des RAW-Geländes, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) wurde die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) beauftragt, als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der Leuchtturmprojekte zu übernehmen. Die für die Umsetzung notwendigen Beschlüsse wurden wie bereits berichtet im Juli 2021 durch den Stadtrat gefasst, um im Anschluss die für die Umsetzung notwendigen Fördermittelanträge zu stellen und weitere vorbereitende Aktivitäten durchführen zu können.

Demgemäß sind durch die Komplementärin der EglG im Jahr 2021 die vorbereitenden Aktivitäten zur Antragsstellung der Fördermittelanträge im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen eingeleitet worden, um sowohl das innerstädtische RAW-Gelände zu revitalisieren als auch ein neues, großflächiges Gewerbegebiet im Greenfieldbereich (Star Park 2) zu entwickeln.

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 21. Juli 2021 der Stadt Halle (Saale) wurde die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, mit der Umsetzung beauftragt. Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat, dem Finanzausschuss und der Gesellschafterversammlung der EglG in Form des zur Beratung vorgelegten Nachtragswirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2021 und dem Wirtschaftsplan 2022 der EglG gebilligt worden. Dem Finanzausschuss der Stadt Halle (Saale) wurde dieser Nachtragswirtschaftsplan zuständigkeithalber zu dessen Sitzung am 13. Juli 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die vertiefende Standortuntersuchung für das neue Gewerbegebiet (Star Park 2) wurde im Jahr 2021 und bis in das erste Quartal 2022 durchgeführt und im Anschluss der Öffentlichkeit präsentiert. Der Gemeinderat und die Einwohner Kabelsketal wurden kontinuierlich in den Planungsprozess für den Star Park einbezogen (Informationsveranstaltungen, Ausschusssitzungen, Website, einsehbare Studien etc.). Vertiefend hierzu wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderäten, Verwaltung, Projektträgern und Bürgern, gegründet. Ziel war es, offene Fragen und zentrale Kritikpunkte der Gemeinde zu diskutieren und aufzuarbeiten. Im Ergebnis an die vier Arbeitsgruppensitzungen wurde eine inhaltlich umfangreiche und stark detaillierte Beschlussvorlage mit den einzelnen Themen der Arbeitsgruppensitzungen erarbeitet. Trotz der Überarbeitungen bei den strittigen Themen hat der Gemeinderat Kabelsketal Ende November 2022 mit einer knappen Mehrheit gegen den Grundsatzbeschluss gestimmt und damit die weitere Planung gestoppt. Die Planungen für ein neues Gewerbegebiet in der Qualität des Star Parks sind auf Grund der Grundsatzentscheidung der Gemeinde Kabelsketal Ende des Jahres 2022 erneut aufgenommen worden.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2022 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31. Dezember 2022 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 4.553,0 T€ (Vorjahr: 7.123,8 T€) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2022 zweimal zusammen und befasste sich dabei insbesondere mit dem Jahresabschluss 2021, Wirtschaftsplanung 2023 und der Mittelfristplanung 2024 bis 2027.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt drei ordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr in 2023 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kam nach dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem eigenen Unternehmenskonzept bis Ende 2018 nur die Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Der Gesellschaft stehen frei verfügbar per 31. Dezember 2022 lediglich noch ca. 3,2 ha vermarktbar Fläche zur Verfügung. Für ca. 35,3ha sind wie bereits erläutert derzeit Kaufvertragsangebote bis 31.12.2029 gebunden. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragspartner diese Kaufangebote für die geplanten Erweiterungsabsichten in Anspruch nehmen.

Für einen Großteil der Flächen im Norden des Industriegebietes sind für eine Veräußerung der Optionsflächen die derzeit laufenden Nacherschließungen notwendig. Für diese Nacherschließungen sind zwei weitere Bauabschnitte mit einem Investitionsvolumen von ca. 25,5 Mio. € vorgesehen. Es ist beabsichtigt, diese Maßnahmen mit bis zu 95% gefördert zu bekommen. Die Eigenanteile sollen durch die EglG aufgebracht werden. Zu Erlangung der maximalen Fördersumme von 95% müssen die vollständigen mit der BLSA abgestimmten Bauunterlagen und die dazugehörigen Abstimmungen bis zur Erlangung des Zuwendungsbescheides bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossen sein. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden derzeit durchgeführt.

Parallel dazu sind, wie bereits ausgeführt, die Entwicklung eines neuen, der Qualität des Star Park vergleichbaren großflächigen klimaneutralen Gewerbegebietes und die Revitalisierung des RAW-Geländes zu einem neuen Stadtteil innerhalb des Stadtgebietes für die kommenden Jahre voraussichtliche Betätigungsfelder für die EglG, welche derzeit konkretisiert werden.

Aktuell läuft aufgrund der Grundsatzentscheidung der Gemeinde Kabelsketal gegen ein Gewerbegebiet auf deren Gemarkung die Suche nach einem Alternativstandort. In Frage kommen vier Potenzialflächen in Teutschenthal, Merseburg, Bad Lauchstädt / Schkopau und Landsberg. Damit wird das Projekt künftig voraussichtlich im Saalekreis entwickelt. Alle vier Standortoptionen werden anhand einer Bewertungsmatrix mit Grundsatzkriterien wie Lage, Verkehrsanbindung, Vermarktungschancen, Umweltaspekte etc. ausführlich geprüft und bewertet.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Diese Aussage wird auch dadurch nicht in Frage gestellt, dass die Stadt Halle (Saale) als Kommanditistin auch im Jahr 2022 eine Kapitalentnahme bei der EglG in Höhe von 1,3 Mio.€ (VJ 1,7 Mio. €) zur Ablösung der Verpflichtung anlässlich der Übertragung der Anteile an der MFAG durchführte.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Handelsgesellschaften sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG in Halle (Saale), deren Gegenstand der Erwerb, die Erschließung und die Veräußerung von Grundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis ist.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Weber, Robert
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Wolter, Tom
		Heinrich, Andreas
		Mämecke, Steve
		Nagel, Elisabeth
		Ranft, Melanie

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
Aufsichtsrat	7	11	5

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5	1	5	1	13	3	0	0
Umlaufvermögen	597	99	337	99	397	96	260	77
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	0	0	3	1	3	
Bilanzsumme	605	100	342	100	413	100	263	77

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	263	43	182	53	151	37	81	45
Rückstellungen	165	28	49	15	222	54	116	237
Verbindlichkeiten	74	12	72	21	40	9	2	3
Rechnungsabgrenzungsposten	103	17	39	11	0	0	64	164
Bilanzsumme	605	100	342	100	413	100	263	77

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	618	679	844
sonstige betriebliche Erträge	563	293	13
Materialaufwand	469	314	164
Personalaufwand	483	519	512
Abschreibungen	13	10	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	135	98	140
Ergebnis nach Steuern	81	31	15
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	81	31	15

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,14	4,50	1,74	%
Eigenkapitalrentabilität:	44,74	20,21	10,79	%
Cash-Flow:	94	41	41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	169	139	171	T€
Personalaufwandsquote:	40,89	53,44	59,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,86	1,49	1,70	%
Eigenkapitalquote:	43,47	53,12	36,63	%
Fremdkapitalquote:	56,53	46,88	63,37	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2022 in 3 ordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, den laufenden Projekten, dem Jahresabschluss 2021 und dem Wirtschaftsplan 2023 sowie der Mittelfristplanung bis 2027, der neu entwickelten Projekte, welche Inhalt der Neuausrichtung der Gesellschaft sind sowie den aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten und der Entwicklung und Neuausrichtung der Gesellschaft. Inhalte dieser Neuausrichtung waren vor allem die zukünftigen Leuchtturmprojekte Star Park 2 und die Revitalisierung des ehemaligen RAW-Geländes im Strukturwandel Braunkohleausstieg. Die konkreten Arbeitsstände und Planungen dieser Projekte waren regelmäßig Inhalt der Beratungen und Beschlussfassungen (z.B. Im Zusammenhang mit den Wirtschaftsplänen).

Inhalt der Sitzungen waren außerdem die Nacherschließungsprojekte (zwei weitere Bauabschnitte) zur Verbesserung der Infrastruktur und der Bau eines weiteren Gleisanschlusses des Star Park sowie die Umwandlung der Verteilanlagen für Strom und Gas von einer Kundenanlage in ein Netz der allgemeinen Versorgung und der Überführung der Verteilnetzanlagen in Pachtverhältnisse.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle (Saale) hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Park im Jahr 2007 beauftragt. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wurde zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst.

In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde in Vorjahren für einen ersten Bauabschnitt ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führt die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Die Prüfung des Verwendungsnachweises durch die Investitionsbank in Bezug auf diesen Bauabschnitt findet derzeit statt. Die Nacherschließung stellt lediglich einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung der Infrastruktur des nördlichen Teils des Star Parks wurde im Oktober 2020 ein weiterer GRW-Fördermittelantrag durch die Stadt Halle (Saale) über eine Investitionssumme von 20,7 Mio. € bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Es wurde eine Förderung von bis zu 95% beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht. Eine schriftliche Förderzusage wird seitens der Investitionsbank jedoch erst mit dem Zuwendungsbescheid nach Prüfung der Z-Bau Unterlagen erfolgen. Der Fördermittelantrag wurde durch Einreichung der Z-Bau Unterlagen (Entwurfsplanung) im Oktober 2022 komplettiert. Die Kostenberechnung für diese Maßnahme liegt aktuell bei 22,2 Mio. €.

Die anschließenden Leistungsphasen wurden nahtlos angeschlossen, um nach Erhalt des Zuwendungsbescheides umgehend mit den Baumaßnahmen beginnen zu können. Die Maßnahme soll bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein.

Für den 3. Bauabschnitt der infrastrukturellen Nacherschließung des nördlichen Teils des Star Park zur Anbindung mittels Gleisanlage wurde ebenfalls durch die Stadt Halle (Saale) ein Fördermittelantrag erstellt und im Februar 2021 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Für die Dauer von der ersten Ausschreibung bis zur Fertigstellung wurden analog der übrigen notwendigen Bauabschnitte der Nacherschließung 5 Jahre eingeplant und ein Investitionsvolumen von 3,1 Mio. € veranschlagt. Die Maßnahme wurde - wie für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung - mit einer bis zu 95%-igen GRW-Förderung bei der Investitionsbank beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht.

Der Fördermittelantrag wurde für dieses Projekt ebenfalls durch Einreichung der Z-Bauunterlagen im Oktober 2022 komplettiert und die weiteren Planungen nahtlos angeschlossen. Neue Erkenntnisse des Planungsverlaufes und dadurch stark gestiegene Kostenberechnungen erforderten eine Prüfung eines alternativen Gleisverlaufes. Diese Planung wurde zu Beginn des Jahres 2023 angestoßen und erfordert eine erneute Aktualisierung der Z-Bauunterlagen. Die Gesellschaft geht bei diesem Projekt ebenfalls in Vorleistung, um den Zuwendungsbescheid erhalten zu können. Planungsleistungen werden hier ebenfalls nahtlos an die Leistungsphase 3 nach erneuter Einreichung der Z-Bauunterlagen angestoßen, um nach Erhalt des Bescheides unmittelbar mit den Baumaßnahmen beginnen zu können. Diese Maßnahme soll ebenfalls im Jahr 2026 abgeschlossen werden.

Weiterhin war die EVG im Jahr 2022 umfangreich im Auftrag der EglG damit beschäftigt, die Verteilnetzanlagen Strom und Gas zum 01.01.2023 von einer Kundenanlage in ein Netz der allgemeinen Versorgung zu überführen. Dazu wurden zusammen mit dem Beratungsunternehmen Becker Büttner Held Ausschreibungen vorbereitet und durchgeführt sowie im Anschluss entsprechende Pachtverträge verhandelt.

Teil der Neuausrichtung der Gesellschaft sollen u.a. die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises und die Entwicklung des RAW- Geländes werden.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Entwicklung RAW-Gelände, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg-Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) soll die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der „Leuchtturmprojekte“ übernehmen.

Vorbereitend zu diesen Maßnahmen wurde durch die EVG im September 2020 ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden.

Am 21.12.2020 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung von 3 Projektmanagementstellen zur Organisation der 3 Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW Gelände, Umsetzung Star Park 2 sowie Bau des Business Development Centers im Technologie Park), eine halbe Stelle Projektassistenz, Sachkosten in Verbindung mit dem Projektmanagement, die externe Vergabe der Gesamtsteuerung der Investitionsvorhaben nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz mit bis zu 90% Förderung.

Die Eigenanteile werden per Weiterbelastung durch die EglG an die EVG aufgebracht. Im November 2022 stellte die EVG bei der Investitionsbank einen Antrag auf Übernahme der Eigenanteile und erhielt für das Jahr 2021 die Bewilligung von 100% der Eigenanteile und für die Folgejahre die Bewilligung von 50% der Eigenanteile.

Die für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte Star Park 2 und die Revitalisierung des RAW- Geländes wurden am 21.07.2021 entsprechende Beschlüsse durch den Stadtrat gefasst. Die vorbereitenden Maßnahmen zur Fördermittelbeantragung wurden entsprechend noch im Jahr 2021 begonnen, so dass die Gesellschaft am 24.09.2021 die Förderwürdigkeitszusage des Bundes für beide Leuchtturmprojekte nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen erhielt.

Im Land Sachsen- Anhalt wurde das Strukturentwicklungsprogramm im Jahr 2021 erarbeitet. Mit diesem Programm wurde die fachliche Grundlage für den Strukturwandel in Sachsen-Anhalt gelegt. Unabhängig davon wurden die prioritären Projekte der Stadt Halle (Saale) vom Land Sachsen-Anhalt als förderwürdig anerkannt. Zur Erarbeitung des Programms wurden 4 Arbeitsgruppen (Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Fachkräfte sowie Attraktivität des Reviers) gebildet.

Im Rahmen des Strukturwandelprozesses zur Vorbereitung und Begleitung der investiven Maßnahmen, einschließlich der Beantragung von Fördermitteln, notwendigen Ausschreibungs- und Vergabeprozessen, der Beteiligung der Öffentlichkeit im Strukturwandelprozess, Bewertung von Strukturwandelprojekten sowie der wissenschaftlichen Begleitforschung und Erstellung einer Klimabilanz wurde durch die EVG im Jahr 2021 europaweit die Gesamtsteuerung der Vorhaben Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen für die Stadt (Halle) ausgeschrieben und im August 2021 vergeben.

In der Wirtschaftsplanung wurde beginnend mit dem Jahr 2021 und der Mittelfristplanung bis 2027 entsprechende Personalstellen und Mittel für externe Vergaben in Bezug auf die Projekte des Strukturwandels eingeplant.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf. Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Im Jahr 2020 wurde die städtebauförderrechtliche Abrechnung fristgerecht zum Ende des Jahres eingereicht. Im Entwicklungsgebiet Heide Süd wurden zu Beginn des Jahres 2020 die Infrastrukturmaßnahmen zur Errichtung der Ein- und Mehrfamilienhäuser im Baugebiet 32.6 am grünen Dreieck abgeschlossen. Nach Fertigstellung der ersten privaten Bauvorhaben wird beginnend ab dem Jahr 2023 in Bauabschnitten der Straßenendausbau und die Herstellung von Begleitgrün analog der abgeschlossenen Baugebiete in Bauabschnitten hergestellt. Für die ehemals für Reihenhäuser vorgesehenen Grundstücke, welche aufgrund des Bedarfes in Einfamilienhausgrundstücke parzelliert wurden, wurden die Verkehrswertgutachten und Exposés erstellt. Die Beurkundungsverfahren in Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) wurden für die Einfamilienhausgrundstücke in 2022 abgeschlossen. Die Vermarktung der Mehrfamiliengrundstücke wurde im Jahr 2021 begonnen und wird inklusive Stadtplatz voraussichtlich im Jahr 2023 abgeschlossen werden.

Die Aufgabengebiete und Tätigkeitsschwerpunkte im abgeschlossenen Jahr 2022 waren und sind:

- die technische und betriebswirtschaftliche Projektbegleitung,
- die Begleitung der entwicklungsrechtlichen Abrechnungen,
- die Anpassungen der Ausführungsplanung für das Baugebiet (BG) 32.6 Stadtplatz,
- die Ausschreibung des Bauvorhabens im Baugebiet (BG) 32.6 (erster Bauabschnitt Straßenendausbau, Klaus-Peter-Rauen-Str. und Privatstr. Bzw. Stichstraßen),
- die Ausschreibung der Erschließung des Stadtplatzes BG 32.6.,
- die Ausführungsplanung Begleitgrün für BG 32.6 (erster Bauabschnitt, Klaus-Peter- Rauen-Str. und Privatstr. Bzw. Stichstraßen) und Vorbereitung der Ausschreibung analog den bereits abgeschlossenen Baugebieten in Heide Süd,
- die Anpassungen der Entwurfsplanung Fußweg Bertha-von-Suttner-Platz,
- die Anpassung bzw. Erstellung der Ausführungsplanung für Landschafts- und Straßenbau und des Begleitgrün BG 32.6.

Ebenso wie im Vorjahr wurde die Koordinierung und Führung des Grundwasser-Monitorings Heide-Süd und des Altlasten-/Umweltmanagements sowie Themen und Projekte des Schall- und Artenschutzes durchgeführt (z. B. am Bertha-von-Suttner-Platz die Fortführung der Umsiedlung von geschützten Tierarten).

Des Weiteren fand die Begleitung von Übergeben erfolgter Straßen-/Brücken-/Wege-/ Landschaftsbaumaßnahmen sowie die Begleitung von Vermessungsleistungen statt.

Folgende Grundstücke befanden sich in Vorbereitung und anschließender Vermarktung bis zum 31.12.2022:

- Klaus-Peter-Rauen-Str.: MFH Grundstücke, zwei EFH-Grundstücke,
- Otto-Schlüter-Str. (HDG – Haus der Gesundheit),
- Betty-Heimann-Str. (Land Sachsen-Anhalt),
- Areal Bertha-von-Suttner-Platz.

Weitere Grundstücke erfuhren eine Baureifmachung sowie eine Vorbereitung der Vermarktung:

- der Stadtplatz 32.6, sowie die Mehrfamilienhausflächen M6 und M7 am Stadtplatz,
- die Mehrfamilienhausfläche M8 des Baugebietes 32.6. und
- weitere Grundstücke an der Blücherstraße (ehemaliges Areal MfS).

Die EVG begleitete die Vermarktung bzw. führte Ansiedlungen im Technologiepark Weinberg Campus durch, wobei einige Grundstücke vermarktet werden konnten. Darüber hinaus wurden weitere Ansiedlungsgespräche mit Interessenten durchgeführt. Aktuelle Ansiedlungsgespräche mit Investoren laufen derzeit für die restlichen Gewerbeflächen.

Es wurden im Haushaltsjahr 2022 (Stichtag 31.12.2022) treuhänderisch für die Stadt Halle (Saale) 3.042.195- € an Umsatzerlösen aus Grundstücksverkäufen für die Entwicklungsmaßnahme Heide Süd erzielt.

Dem steht ein Aufwand der Entwicklungsmaßnahme von 466.500 € bis Dezember 2022 für die oben aufgeführten Planungsaktivitäten, Erschließungs-/Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen sowie Vermarktungsaktivitäten gegenüber.

Auch im Star Park wurden neben den notwendigen Erschließungen die Vermarktungsaktivitäten für die letzte vermarktbare Fläche von 3,2 ha unternommen. Die EVG hat hier im Jahr 2022 diverse Vermarktungsbemühungen unternommen, welche durch gestiegene Bau- und Energiepreise gestoppt wurden. Die EVG befindet sich nun wieder in Verhandlungen mit potenziellen Investoren für diese Restfläche.

Zwei Optionsflächenverkäufe für insgesamt 4,4ha wurden im Jahr 2022 für die EglG umsatzwirksam vollzogen.

Der Jahresabschluss 2022 der EVG weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 81,3 T€ (im Vorjahr: 30,5 T€) aus und liegt damit ca. 66,3 T€ über dem geplanten Gewinn.

Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Jahresüberschuss in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von T€ 1 zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd pauschal vereinbarte Jahreshonorar i. H. v. 240 T€ Netto deckte im Jahr 2022 vollständig die mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Verwaltungskosten.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag 31.12.2022 309,1 T€ (Vorjahr TEUR 96,5 T€). In den liquiden Mitteln sind Überzahlungen von Fördermitteln enthalten, für die der Weg der Rückzahlung bei der Investitionsbank angefragt wurde. Die Überzahlung in Höhe 63,2 T€ ist in den Rückstellungen enthalten. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2022 gesichert. Die Erhöhung des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem Gewinn und der Überzahlung der Fördermittel.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Die sich aus der Unternehmenstätigkeit ergebenden Risiken werden vertraglich so abgesichert, dass, soweit dies nach dem Verursachungsprinzip zugeordnet werden kann, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Kosten der EglG direkt zugeordnet und abgerechnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2020 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, interkommunalen Industrie- und Gewerbeparks auf dem haleschen Stadtgebiet sowie im Saalekreis eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung von 3 Gebieten durchzuführen. Im Juli 2021 wurde eine entsprechende Standortentscheidung für das tiefgreifend zu untersuchende Gebiet getroffen, welche auf Basis der derzeit durchgeführten Grobuntersuchung erfolgte. Die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für diesen Vorzugsstandort erfolgte im Juli auf Basis eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses. Die vertiefende Standortuntersuchung wurde im Jahr 2021 und bis in das erste Quartal 2022 durchgeführt und im Anschluss der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Gemeinderat und Einwohner Kabelsketals wurden kontinuierlich in den Planungsprozess für den Star Park einbezogen (Informationsveranstaltungen, Ausschusssitzungen, Website, einsehbare Studien etc.). Vertiefend hierzu wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderäten, Verwaltung, Projektträgern und Bürgern, gegründet. Ziel war es, offene Fragen und zentrale Kritikpunkte der Gemeinde zu diskutieren und aufzuarbeiten. Im Ergebnis an die vier Arbeitsgruppensitzungen wurde eine inhaltlich umfangreiche und stark detaillierte Beschlussvorlage mit den einzelnen Themen der Arbeitsgruppensitzungen erarbeitet.

Trotz der Überarbeitungen bei den strittigen Themen hat der Gemeinderat Kabelsketal Ende November 2022 mit einer knappen Mehrheit gegen den Grundsatzbeschluss gestimmt und damit die weitere Planung gestoppt.

Aktuell läuft die Suche nach einem Alternativstandort. In Frage kommen vier Potenzialflächen in Teutschenthal, Merseburg/Bad Lauchstädt/ Schkopau und Landsberg. Damit wird das Projekt nur noch im Saalekreis entwickelt. Alle vier Standortoptionen werden anhand einer Bewertungsmatrix mit Grundsatzkriterien wie Lage, Verkehrsanbindung, Vermarktungschancen, Umweltaspekte etc. ausführlich geprüft und bewertet.

Das Auswahlverfahren für den neuen Standort soll im 1. Quartal 2023 abgeschlossen werden. Die weitere Rolle der EVG wird im Anschluss an die Standortauswahl gemeinsam mit dem Saalekreis diskutiert.

Planungsvorbereitungen zur Umsetzung der Revitalisierung des RAW-Geländes schreiten weiter voran: Nach Abschluss einer Erstbewertung der Altlastensituation wurde nach einer Ausschreibung eine weitere, ergänzende Standortuntersuchung in Auftrag gegeben. Ziel ist es, ein umfassenderes Bild von der Altlastensituation auf dem Gelände zu erlangen. Parallel wurde eine Machbarkeitsuntersuchung zur Verkehrserschließung des RAW-Geländes ausgeschrieben, beauftragt und in enger Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) durchgeführt. Weiterhin wurden - in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn und den bisherigen Grundstückseigentümern - die erforderlichen Schritte für die eigentumsrechtliche Sicherung des Geländes eingeleitet. Nach Abschluss einer Erstbewertung der Altlastensituation wurde eine weitere, ergänzende Standortuntersuchung in Auftrag gegeben. Ziel ist es, ein umfassenderes Bild von der Altlastensituation auf dem Gelände zu erlangen.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz oder anderer Gewerbeflächen im Stadtgebiet Halle (Saale) und Aktivitäten zum wirtschaftlichen Standortmarketing für die Stadt Halle (Saale). Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2022 und der Mittelfristplanung bis 2027 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des in 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die Inhalte der Neuaufstellung der Gesellschaft im Rahmen des STARK Förderprogramms als prozessbevollmächtigtes Unternehmen im Strukturwandel Braunkohleausstieg für die Stadt Halle (Saale) waren im Wirtschaftsplan 2022 entsprechend eingeplant und wurden für die Folgejahre fortgeschrieben.

Die darin insgesamt für die EVG vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2023 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle (Saale) einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle (Saale) vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme hat sich insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Vermarktung des letzten Wohngebietes Am Grünen Dreieck verzögert. Daher ist der Entwicklungsträgervertrag mit der EVG von der Stadt Halle (Saale) unter Anwendung der vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption bis zum 31.12.2023 erweitert worden.

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektträgerschaft zur Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle als einem Dienstleistungszentrum, in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber für die Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle. Gegenstand des Unternehmens ist es weiterhin, Hilfestellung im Umgang mit neuen medialen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung. Eine dem Gründungsbeschluss und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Franz, Henrike	
		Geißler, Uwe	
		Heinrich, Andreas	
		Krischok, Marion	
		Rothe, Christian	(seit 16.12.2022)
		Sund, Sven	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	9	9

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.308	98	21.454	98	20.693	94	-1.146	-5
Umlaufvermögen	407	2	413	2	1.257	6	-6	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	72	0	53	0	60	0	19	36

Bilanzsumme	20.787	100	21.920	100	22.010	100	-1.133	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.035	5	1.058	5	1.117	5	-23	-2
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	19.079	92	20.174	92	19.303	88	-1.095	-5
Rückstellungen	120	0	75	0	65	0	45	60
Verbindlichkeiten	549	3	608	3	1.507	7	-59	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	5	0	18	0	-1	-20

Bilanzsumme	20.787	100	21.920	100	22.010	100	-1.133	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	863	835	747
sonstige betriebliche Erträge	1.127	728	644
Personalaufwand	240	274	284
Abschreibungen	1.151	762	684
sonstige betriebliche Aufwendungen	576	537	513
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	11	12
Ergebnis nach Steuern	14	-21	-102
sonstige Steuern	37	38	23
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-23	-59	-125

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,68	-7,05	-16,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,19	-5,27	-10,04	%
Cash-Flow:	1.127	703	559	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	663	391	348	T€
Personalaufwandsquote:	12,07	17,55	20,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,69	97,86	94,00	%
Eigenkapitalquote:	4,98	4,83	5,07	%
Fremdkapitalquote:	95,02	95,17	94,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
vermietbare Fläche	6.538,79	6.538,79	6.283,92	m ²
Auslastung	99,19	97,32	98,45	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Nachdem im Vorjahr die Sanierungsphase nach dem Hochwasserschaden 2013 beendet werden konnte, stand im Berichtszeitraum von Januar bis Dezember 2022 die Stabilisierung der einzelnen Geschäftsbereiche im Vordergrund der Tätigkeiten. Insbesondere galt es nach der zweijährigen Corona-Pandemie die Studio- und Veranstaltungsbereiche wiederzubeleben. Der pandemiebedingte Produktionsstau bei den Postproduktionsprojekten führte im ersten Quartal 2022 zu einer deutlich höheren Nutzung der Studiobereiche. Im Laufe des Jahres normalisierte sich die Situation allerdings wieder. Bei der Vermietung der Veranstaltungsräume war die Entwicklung entgegengesetzt. Die Nutzung der Räume war im ersten Halbjahr vergleichsweise zögerlich. Erfreulicherweise konnten im zweiten Halbjahr die geplanten Jahresumsätze aus Vermietung von Veranstaltungsräumen fast aufgeholt werden.

In insgesamt vier ordentlichen Sitzungen hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung unterstützt und beraten. Dabei stand die Auslastung der Studio- und Veranstaltungsbereiche nach der pandemiebedingten Pause im Fokus der Sitzungen. Ebenso war die fristgerechte Erstellung und anschließende Prüfung des Verwendungsnachweises für die Hochwassersanierung ein priorisiertes Thema.

Der Jahresabschluss 2022 schließt bei einer Bilanzsumme von 20.787.338,88 Euro und mit einem über dem Budget liegenden Jahresfehlbetrag von 23.128,55 Euro ab. Das positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde durch das außerordentliche Ergebnis negativ beeinflusst. Erstattungen aus der Betriebs- und Nebenkostenabrechnung 2021 und Zinsforderungen seitens der Investitionsbank für die ausgereichten Fluthilfen sind hier als Ursache zu benennen.

Seit dem Geschäftsjahr 2015 erhält die Gesellschaft keinen Verwaltungskostenzuschuss seitens der Gesellschafterin. Demnach ist die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH seit 8 Jahren zuschussfrei.

Die Beschäftigtenzahl lag am Ende des Jahres inklusive der Geschäftsführung bei vier Personen. Vor allem in Monaten mit hohem Buchungsaufkommen für die Veranstaltungsräume kommen die Beschäftigten an die Belastungsgrenze, sodass für das Folgejahr 2023 der Aufbau des Mitarbeiterstamms geplant wurde.

Die vereinbarten monatlichen Raten zur Rückzahlung der beiden beanspruchten Darlehen (Gesellschafterdarlehen [Flutsoforthilfe] in Höhe von 500.000 Euro und ein Darlehen der Saalesparkasse in Höhe von 100.000 Euro) erfolgten im Geschäftsjahr 2022 planmäßig.

Neben den Zinszahlungen wurde seit Januar 2020 bis zum 31.12.2022 ein Betrag in Höhe von 158.909 Euro getilgt.

1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Berichtszeitraum beziffert sich auf 863 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verbesserten sich die Umsatzerlöse um 28 TEUR (Vorjahr 834 TEUR). Als positiver Effekt sind u.a. die gesteigerten Erlöse aus Bürovermietung (+22 TEUR) und Vermietung Tiefgaragenstellplätze (+6 TEUR) zu bewerten.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 zwar mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 23 TEUR ab, liegt jedoch über dem Planfehlbetrag in Höhe von 40 TEUR.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2022 erhöhte sich der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit um 119 TEUR auf TEUR 112 (Vorjahr -7 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-4 TEUR) lag um 1.541 TEUR unter dem Vorjahreswert (-1.545 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit verringerte sich um 831 TEUR (Vorjahr 768 TEUR) auf TEUR -63 und speist sich aus Tilgungen zu Kreditverbindlichkeiten.

Die Zahlungsmittel waren mit 360 TEUR zum 31. Dezember 2022 (Vorjahr TEUR 315) um 45 TEUR erhöht.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse ist die Gesellschaft weiter in der Lage, das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenlage

Im Vorjahresvergleich verringerte sich die Bilanzsumme um 1.133 TEUR auf 20.787 TEUR.

Im langfristigen Vermögen erhöhen sich die Sachanlagen nur unwesentlich.

Der Rücklagenanteil Sonderposten vermindert sich durch Auflösung um 1.095 TEUR und beträgt zum Jahresende 19.079 TEUR (Vorjahr 20.174 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Vorjahr (75 TEUR) um 45 TEUR auf 120 TEUR.

Die Verbindlichkeiten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (608 TEUR) um 58 TEUR auf 550 TEUR.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Im Geschäftsjahr 2022 wurde der Verwendungsnachweis für die verwendeten Fördermittel erstellt und der baufachlichen Prüfstelle fristgerecht am 16.02.2022 sowie in Anschluss dem Fördermittelgeber zur Verfügung gestellt. Im Laufe des Prüfprozesses konnten weitere Fragestellungen geklärt werden, sodass zu Beginn des Jahres 2023 die Prüfung des Verwendungsnachweises abgeschlossen wurde. Für die zweite Phase (Gesamtwiederherstellung) wurde der final bewilligte Zuschuss mit 14.883.941,42 Euro beziffert. Nach Ausgleich der Zinsforderung (18.845,64 Euro) ist die Wiederherstellung des Gründerzentrums nach dem Hochwasser 2013 auch finanziell beendet.

3. Vermietungsgeschäft

Die vermietbare Fläche beträgt 6.538,79 m² und umfasst neben den Büroflächen für die Kreativ- und Medienwirtschaft auch die Veranstaltungs- und Studioräume im MMZ Halle. Die Fläche der Tiefgarage mit ihren 233 Stellplätzen beziffert sich auf 7.756,11 m².

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Leerstandsquote von durchschnittlich 2,68% auf 0,81% reduziert. Im Jahresverlauf 2022 hat sich die Leerstandsquote leicht erhöht. Im ersten Quartal 2022 betrug die Leerstandsquote 0,28 %, hingegen im 4.Quartal 1,09%. Die Veränderung resultiert aus der Reduzierung von Mietbereichen aufgrund von weiterer Nutzung von Homeofficeangeboten und Büroaufgabe sowie Umzug innerhalb Halle bzw. nach Leipzig.

Die durchschnittliche Auslastungsquote lag im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr (97,32%) bei 99,19% auf einem weiterhin sehr hohen Niveau. Durch die vereinbarten Staffelmietverträge erhöhte sich der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter leicht von 5,34 Euro in 2021 auf 5,54 Euro im Berichtszeitraum. Die absoluten Umsätze aus Vermietung konnten vom Vorjahr 262 TEUR um 23 TEUR auf 285 TEUR gesteigert werden.

3.2. Produktionsbereiche

Im 1. Quartal des Jahres 2022 führten die Pandemie bedingt angestauten Postproduktions-aufträge zu einer sehr hohen Auslastung der Studiobereiche. Die Umsatzerlöse im Berichtszeitraum beliefen sich auf insgesamt 101 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr (48 TEUR) entspricht das einer Steigerung von 53 TEUR. Damit lagen die Erlöse 29 TEUR über dem Planansatz (72 TEUR). Die Studios für die Ton- und Bildpostproduktion wurden an 107 Tagen im Geschäftsjahr 2022 (Vorjahr 42 Tage) genutzt. Dies ist ein erfreulicher, aber leider auch einmaliger Effekt aufgrund der zweijährigen Coronapandemie.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 hatten die Einschränkungen durch die Covid19-Pandemie noch einen Einfluss auf die Vermietung der Veranstaltungsbereiche. Mit Wegfall der Abstands- und Hygienebeschränkungen wurden die Veranstaltungsräume, nach anfänglichem Zögern, wieder nachgefragt. Im Laufe des Jahres hat sich die Buchungssituation deutlich verbessert, sodass ein Umsatz von 70 TEUR erzielt werden konnte. Die Umsatzerlöse liegen gegenüber dem Planansatz von 78 TEUR noch leicht zurück, allerdings konnten sie im Vergleich zum Vorjahr (46 TEUR) um 24 TEUR gesteigert werden. Neben dem Panoramasaal haben sich insbesondere die Seminarräume 2 - 4 und der Eventraum als Veranstaltungsschwerpunkte etabliert.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Als verlässliche Einnahmesäule ist die Vermietung der Tiefgaragenstellplätze anzusehen. Mit dieser verlässlichen Einnahmesäule können u.a. die reduzierten Mieten für Existenzgründer und weitere Aufgaben der Gesellschaft gegenfinanziert werden.

Der Planansatz (143 TEUR) wurde mit einem erzielten Umsatz von 160 TEUR übertroffen. Der Vorjahresumsatz von 154 TEUR steigerte sich um 6 TEUR. Von den 143 Dauerstellplätzen werden 19 % durch die Hausmieter und 81 % durch externe Mieter genutzt. Die Tiefgarage im MMZ dient somit auch als Quartiersgarage und sie trägt zur Entlastung der Parksituation im Wohnumfeld bei. Darüber hinaus werden die übrigen 90 Stellplätze auch bei Veranstaltungen sehr gut angenommen.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

In den letzten beiden Geschäftsjahren war die gesamte Netzwerk- und Projektarbeit fast vollständig zum Erliegen gekommen. Trotz Nutzung von virtuellen Formaten fehlten aufgrund der Einschränkungen durch die Covid19-Pandemie Plattformen zum persönlichen Austausch. Seit Mitte 2022 konnten die Aktivitäten wieder aufgenommen werden. Es besteht allerdings ein großer Nachholbedarf und die ehemals gut funktionierenden Netzwerke müssen erst reaktiviert werden. So konnten zu Beginn des Jahres gemeinsam mit der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) große Teile der Bevölkerung zum Frühjahrsempfang der Stadt Halle am Bootsanleger am MMZ begrüßt werden. Darüber hinaus waren alle Akteure des Quartiers in die Veranstaltung eingebunden. Im Laufe des Jahres wurde für die Mieter des Hauses das Treffen „Bratwurst und Networking“ reaktiviert. Auch das „Investforum Pitch-Day 2022“ der Univations GmbH fand erneut in den Räumlichkeiten des MMZ statt.

Die Gesellschaft ist Mitglied im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW], im Verband der IT- und Medienindustrie Sachsen-Anhalt e.V. [VITM], im Förderverein Pro Halle e.V. und im Halle Startup Partners e.V.

Darüber hinaus beteiligt sich die Gesellschaft als Akteur der Postproduktionsallianz (PostProNetwork Halle) zur Verbesserung der Außendarstellung des Postproduktionsstandortes Halle.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Die allgemeine wirtschaftliche Situation wird aktuell vor allem durch erhebliche Preissteigerungen beeinflusst. Neben den steigenden Energiepreisen sind Preissteigerungen für Dienstleistungen der Wartungsfirmen und höhere Versicherungskosten zu verzeichnen. Die Kostensteigerungen werden unter anderem mit erhöhten Kosten für Beschaffung und Personal begründet. Bei den Gebäudeversicherungskosten wird die Erhöhung des allgemeinen Baupreisindex als Faktor angegeben. Da die Lebenshaltungskosten auch im Allgemeinen steigen, werden zukünftig auch Erhöhungen der eigenen Personalkosten erforderlich sein. Eine Kompensation der Kostenerhöhungen durch Mieterhöhungen wird allerdings nur begrenzt möglich sein, da die Mieterschaft in ihrer bestehenden Struktur ohnehin unter Druck steht.

Nach den Auswirkungen der zweijährigen Covid19-Pandemie und dem seit einem Jahr anhaltenden Ukraine-Krieg ist die Vermietungssituation im Berichtszeitraum dennoch recht gut. Allerdings sind zu Ende des Geschäftsjahres und zu Beginn des Jahres 2023 erste Kündigungen für Dauerstellplätze und Büroflächen zu verzeichnen. Darüber hinaus ist die Nachfrage nach Mietflächen aktuell rückläufig. Das Gründungsgeschehen ist nahezu zum Erliegen gekommen.

Kosten- und Prozessoptimierung sowie umsatzsteigernde Maßnahmen werden daher auch weiterhin primäre Schwerpunkte im laufenden Geschäftsbetrieb bleiben.

Das MMZ ist Anbieter von reinen Mietstudios für die Bild- und Tonpostproduktion und fungiert somit nicht als klassischer Postproduktionsdienstleister. Die Gesellschaft ist somit indirekt von den Förderbedingungen und von der Fördermittelvergabe durch die Mitteldeutsche Medienförderung abhängig. Da im Bereich der Filmproduktionen der Trend zu Serienproduktionen weiter geht, erhöht dies auch den Druck auf die für Kinofilme spezialisierte Studiolandschaft im MMZ. Darüber hinaus werden mit dem Label „green motion“ (*Schritte zu einheitlichen Standards für ökologisch nachhaltige Film- und Fernsehproduktionen*) die Voraussetzungen und Anforderungen im Fördergebiet der Mitteldeutschen Medienförderung neu bewertet. Bundesweit soll die Einhaltung der neuen ökologischen Standards für alle in Deutschland öffentlich geförderten Kino-, TV- und Online-/VoD-Produktionen ab spätestens 1. Juli 2023 gültig sein. Dies erfordert auch Anpassungen im Mitteldeutschen Multimediazentrum. Unter anderem sind die Bereitstellung und Nutzung von Ökostrom erforderlich. Sollte der rückläufige Trend bei den Kinoproduktionen weiterhin bestehen bleiben, muss nach Ablauf der Zweckbindung die Situation neu bewertet werden.

Die Vermietung von Veranstaltungsräumen entwickelt sich nach Ende der Einschränkungen durch die Coronapandemie kontinuierlich weiter. Neben der Vermietung von Tiefgaragenstellplätzen trägt diese Säule zur Stabilisierung der Umsatzsituation bei.

Für die Vermietung von Büroräumen ist die Gesellschaft trotz aktuell stagnierender Nachfrage gut aufgestellt. Die kleinteilige Vermietung von durchschnittlich 20 m² Büros ist zwar aufwendig, reduziert allerdings auch das Risiko von großflächigem Leerstand. Die Gesellschaft ist mit ihrer dienstleistungsorientierten Vermietung, günstigen Mietkonditionen und den Spezialangeboten für Gründungswillige gut aufgestellt. Sollten die Energie- und Bewirtschaftungskosten auf dem hohen Niveau bleiben, ergibt sich bei der branchenspezifischen Vermietung (Kreativ- und Medienwirtschaft) aufgrund des Kostendrucks bei den Mietern wenig Spielraum für Anpassungen der Kaltmieten. Schwerpunkt der Vermietung liegt weiterhin auf der Filmwirtschaft und den Branchen Medientechnologie, Mediendienstleistungen und IT.

Mitte des Jahres 2023 endet für den Hauptteil des Gebäudes die fünfzehnjährige Zweckbindung. Für die verbleibenden ca. 500 m² Bürofläche besteht die Zweckbindung noch bis Ende 2027. Inwieweit das Ende der Zweckbindung Auswirkungen auf die Mieterstruktur hat, bleibt abzuwarten. Aktuell ist die Fortführung des im Jahr 2014 erarbeiteten und beschlossenen Konzeptes zur Fortführung der Gesellschaft geplant. Das Konzept sieht einen Weiterbetrieb in der bisherigen Form auch über den angegebenen Zeithorizont vor und bildet für die weitere Entwicklung des Gründerzentrums die maßgebliche Grundlage. Die Gesellschaft setzt die darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkte kontinuierlich um. Oberste Zielstellung bleibt die Zuschussfreiheit der Gesellschaft.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Es sind keine Verfahren anhängig.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck mit welchem die Stadt die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH betraut hat, liegt in der Planung, Organisation, Koordination und Durchführung des Marketings und der Tourismus- und Kulturförderung der Stadt Halle (Saale) und allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Stärkung des Wirtschafts- und Kulturstandortes Halle (Saale). Hauptzweck ist die Verbesserung der Wahrnehmung und der Lebensqualität der Stadt Halle (Saale) für Bürger, Besucher und Wirtschaft.

Eine dem Gründungsbeschluss, dem geschlossenen Betrauungsakt sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lange, Mark

Beirat: Vorsitzender
Schaper, Torsten
Angelus, Elvira
Dr. Brock-Harder, Inés
Erben, Matthias
Fleischer, Beate
Garbe, Maria
Schmidt, Claudia
Schmitz, Kai

Beirat:

Schramm, Rudenz
Steinke, Sören

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Volksbank Halle (Saale) eG

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	53	12	74	18	52	15	-21	-28
Umlaufvermögen	384	86	318	78	289	83	66	21
Rechnungsabgrenzungsposten	9	2	16	4	5	2	-7	-44
Bilanzsumme	446	100	408	100	346	100	38	9
Passiva								
Eigenkapital	155	35	158	39	121	35	-3	-2
Rückstellungen	36	8	50	12	55	16	-14	-27
Verbindlichkeiten	147	33	195	48	170	49	-48	-25
Rechnungsabgrenzungsposten	108	24	5	1	0	0	103	2.133
Bilanzsumme	446	100	408	100	346	100	38	9

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.023	883	817
sonstige betriebliche Erträge	1.671	1.595	1.561
Materialaufwand	369	228	232
Personalaufwand	1.211	1.049	1.096
Abschreibungen	17	38	20
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.101	1.125	1.068
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-4	38	-38
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4	38	-38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,36	4,25	-4,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,35	31,08	-24,14	%
Cash-Flow:	13	76	-19	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	67	77	66	T€
Personalaufwandsquote:	44,95	42,32	46,11	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,88	18,20	14,90	%
Eigenkapitalquote:	34,68	38,79	34,89	%
Fremdkapitalquote:	65,32	61,21	65,11	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	17	4	4	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	33	21	35	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	39.585	18.719	17.910	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle (Saale) zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren.“ Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen“. Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations. Siehe Auszug aus dem Gesellschaftervertrag.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU mit 5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Förderverein Pro Halle (Saale) e.V. mit 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V. mit 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. mit 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter weitgehend gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreute sich der Inlands- und Landestourismus bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie einer steigenden Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Die positive Gesamtentwicklung Halles und dem daraus resultierenden, ansteigenden Imagegewinn wurden mit Ausbruch der Pandemie gestoppt. Nach 2 Jahren pandemiebedingter Einschränkungen erholte sich der Tourismus im Jahr 2022 wieder. So konnte die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH wieder deutlich mehr Besucher*innen verzeichnen. Auch Events, Tagungen und Kongresse wurde wieder veranstaltet. Damit wurde ein positiver Geschäftsverlauf im Jahr 2022 verzeichnet. Leider ist zu beobachten, dass die Besucher*innen preissensibler geworden sind.

b. Geschäftsverlauf

Als wichtiges Messinstrument für die Zahl von Geschäftsreisen und touristischen Reisen fungieren die Ankunfts- und Übernachtungszahlen der Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt. Da die Auswertung dieser Zahlen den Destinationen immer mit einer Verzögerung von ca. drei Monaten vorliegen, können wir auf die Zahlen bis November 2022 zurückgreifen. Die aktuellen Auswertungen 2022 spiegeln eine eindeutige Erholung der Reisebranche zu dem Jahr 2021 wider.

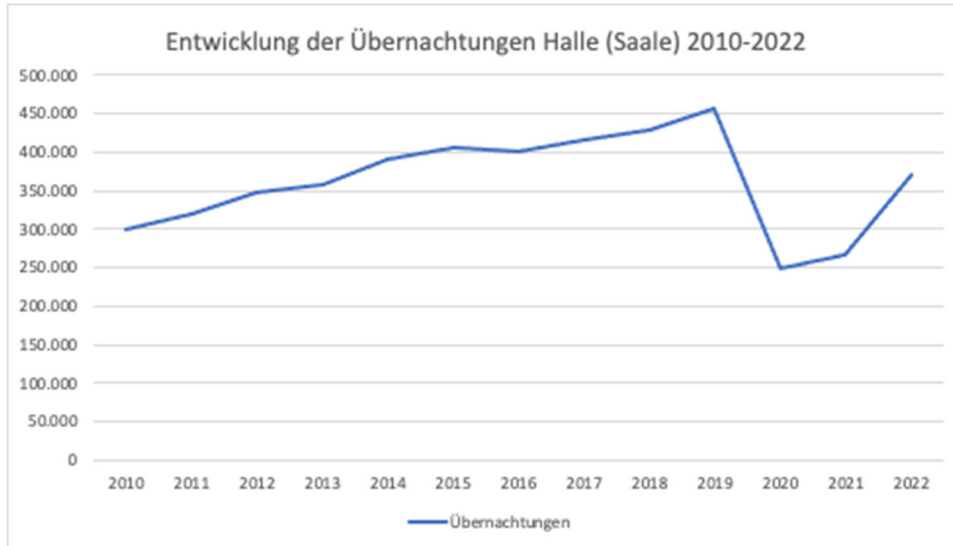
	Bis 11/2022	Veränderung Vorjahr in %
Ankünfte	209.950	+48,7
davon Inland	188.898	+46,6
davon Ausland	21.052	+69,6
Übernachtungen	371.744	+ 49,7
davon Inland	333.382	+ 50,8
davon Ausland	38.362	+ 40,7
Aufenthaltsdauer	1,8 Tage	0

Die SMG geht in den folgenden Monaten von einer noch stärkeren Erholung aus. Highlights, wie die Eröffnung des Planetariums im März sowie die Händelfest-Spiele im Mai/Juni, die durch schönes Wetter geprägten Monate Juli und August mit dem Laternenfest sind u.a. Gründe dafür.

Bis November 2022 wurden in Halle 371.744 Übernachtungen gezählt. Dies ist ein Zuwachs von 49,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit liegen wir bei den Übernachtungen nur noch knapp 11,9 % bzw. bei den Ankünften 9,6 % hinter dem erfolgreichen Jahr 2019 zurück. Die durchschnittliche Auslastung der Beherbergungsbetriebe lag bis November 2022 bei 37 %.

Insgesamt liegt die Stadt Halle damit in allen Bereichen über dem Landesschnitt.

Tourismusentwicklung in Halle (Saale): Übernachtungstrend von 2010 bis 2022



Businessreise in Halle

Mit Schaffung einer neuen Abteilung richtet sich der Bereich "Tagungen und Kongresse" seit 2019 neu aus. Mit der neu entwickelten Kommunikationskampagne "Besser Tagen" wird der Tagungs- und Kongressstandort Halle professionell vermarktet. Das Geschäftsjahr 2022 war immer noch geprägt von einem vorsichtigen Buchungstrend bei Geschäftsreisen, Tagungen und Kongressen. Die Buchung von Tagungen und größeren Kongressen erfolgte sehr zögerlich im ersten Halbjahr. Ab der zweiten Jahreshälfte konnten wir aber im Tagungsgeschäft eine deutliche Zunahme von Anfragen und Buchungen auch in das Jahr 2023 hinein registrieren.

Tourismusentwicklung

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und innerstädtisch mit der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzeptes für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschlands. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsgerichteten, tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region ist die Bündelung der AkteurInnen für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie die aktiv-, natur- und wassertouristische Nutzung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanus, Ruderboote, Motorboote, Wassertaxis und Fahrgastschiffe und für die aktiv- und naturtouristische Zielgruppe wie Spaziergehende, Joggende, Radfahrende und Saale-Schwimmende. Die Bedeutung für den Individual- und Aktivtourismus nahm, während der Covid-19-Pandemie weiter zu und setzte sich auch nach Wegfall von Restriktionen fort.

Die Entwicklung ist im Jahr 2022 von einem deutlichen Aufschwung geprägt. So freuen wir uns über die deutlich erhöhte Besucherfrequenz in der Tourist-Information und insbesondere über mehr (Tages- Gäste in der Stadt. Das 9-€-Ticket prägte den Sommer 2022 maßgeblich bei Tagesreisenden, allerdings ist spürbar, dass diese Gäste preissensibel sind und durch die günstige Mobilität weniger übernachten.

Erlöse Gruppentouristik

	12/2021	12/2022	Veränderung in %
Erlöse Gruppentouristik (Stadtführungen)	171.918,89 €	281.842,19 €	+ 63,9 %

Die Erlöse in der Gruppentouristik sind um 63,9 % gestiegen, aufgrund der wiedererlangten Möglichkeit des Reisens und der Wegfall aller Einschränkungen bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Kosten Gruppentouristik

	12/2021	12/2022	Veränderung in %
Nichtselbständige GästeführerInnen	31.845,47 €	49.424,46 €	+ 55,2
Gruppentouristik / Gästeführung	103.044,62 €	170.298,31 €	+ 65,3

Die Ausgaben im Bereich Stadtführungen betragen 170.298,31 € im Zeitraum Januar bis Dezember 2022. Hier wird auch die sich erholende Nachfrage nach Stadtführungen und Stadterlebnissen sichtbar. Seit dem 1. Juli ist zudem auch der Halle-Hopper wieder im Einsatz. Neuer Kooperationspartner ist die Vetter Reisetouristik GmbH mit der OBS. Dabei zu beachten ist, dass sich mit jedem verkauften Ticket die gruppentouristischen Einnahmen sowie auch die Ausgaben erhöhen.

Die Suche nach GästeführerInnen stellt die SMG stetig vor große Herausforderungen. In 2022 wurde die Kooperation mit der Volkshochschule Halle-Saalekreis wieder erfolgreich fortgesetzt. Es wurden neun Kursteilnehmende als geprüfte GästeführerInnen ausgebildet. Gleich zwei GästeführerInnen wurden direkt unter Vertrag genommen. Zwischenzeitlich mussten die Vergütungen der GästeführerInnen angepasst werden. Daraus resultiert eine deutliche Kostenerhöhung im Bereich Gruppentouristik.

Derzeit wird ein neues Kostenmodell für Kunden im B2B Bereich der Gruppentouristik erarbeitet. Ziel ist, hier eine marktgerechte Vergütungsmatrix zu erstellen, welche Stammkundschaft, FrühbucherInnen und Gruppengrößen genauer berücksichtigt.

Auswertung touristischer Führungen

	2021	2022	Veränderung in %
Führungen / Anzahl	1.462	3.480	+ 138,0
Gäste / Anzahl	18.719	39.585	+ 111,46

Branchentreffs, Messen und Regionalmarketing

	2021	2022	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	62.943,74	6.790,84	-89,21

Die Kosten für Messeauftritte und Regionalmarketing beliefen sich 2022 auf 6.790,84 € (2021: 62.943,74€). Die hohen Messekosten in 2021 resultieren aus der Sonderleistung – der Ausrichtung der bundesweiten Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" mit einer 16-tägigen Freiluftausstellung "Einheits-Expo" sowie der Umbau der Tourist-Information. In 2022 war insbesondere die Teilnahme und Ausrichtung von Messen gerade im ersten Halbjahr noch nicht möglich, so dass hier entsprechend dem Planansatz gewirtschaftet werden konnte.

Ausblick Messen 2023

Nach den Corona-Jahren 2020-2021 steigt wieder die Nachfrage an Präsenz-Messen, Branchentreffs und Events. Für das Geschäftsjahr 2023 sind im MICE-Segment als auch im Tourismusbereich wieder B2B und B2C Messeauftritte geplant. Die SMG beteiligt sich mit dem Tagungs- und Kongressbereich wieder an regionalen, nationalen und internationalen MICE-Formaten. Hervorzuheben ist, die Teilnahme an der IMEX – der Internationalen Messe der Kongress-, Meeting-, Event- und Incentivebranche (23.-25.05.2023 in Frankfurt/Main) sowie am MICE-Branchentreff (20.07.2023 in Starnberg). Regional wirbt der "Besser Tagen"-Service der SMG auf dem BVMW-Jahresempfang (17.04.2023 mit 700 Teilnehmenden) und weiteren Veranstaltungsformate.

Die ITB (Internationale Tourismusbörse) in Berlin ist die weltgrößte Reisemesse. Eine Vielzahl an Ausstellenden aus über 180 Ländern sowie der weltgrößte Kongress der Reisebranche machen die ITB Messe Berlin zur führenden B2B-Plattform des globalen touristischen Angebots. Erstmals wird die ITB ohne Publikumstage angeboten und ist somit eine reine Fachbesuchermesse. Im Rahmen der Präsenz des Landes Sachsen-Anhalt wird das Team Destinationsmanagement der SMG (07.-09.03.2023) in Berlin Termine mit Reiseveranstaltern wahrnehmen, um konkretes, touristisches Geschäft zu akquirieren.

2023 kooperiert die SMG nach dreijähriger Pause wieder umfassend mit der Leipziger Buchmesse (27.-30.04.2023). Die Leipziger Buchmesse ist der wichtigste Frühjahrestreff der Buch- und Medienbranche und verbindet LeserInnen, AutorInnen, Verlage und Medien – nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt in Leipzig. Mit klaren Zielstellungen in der kulturtouristischen Vermarktung der Stadt Halle und der Vernetzung mit Verlagen und Hochschulen aus Halle (Saale) wird die Chance ergriffen, auf einer 111 qm Fläche die Stadt vor einer aus ganz Deutschland anreisenden Kernzielgruppe zu präsentieren.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung, Ticketing und Veranstaltungsorganisation

	2021	2022	Veränderung in %
Provisionserlöse	20.150,66 €	40.353,03 €	+ 100,25

Der markante Zuwachs ist auf den Wegfall von Restrektionen und Reiseverboten zurückzuführen. Die Möglichkeit des wieder Reisens, spiegelte sich auch in einem erhöhten Anfrage- und Buchungsaufkommen wider. Provisionserlöse erzielt die SMG vorrangig durch Zimmervermittlung und die Serviceleistungen bei der Durchführung von Tagungen und Kongressen. Bei der Zimmervermittlung werden sowohl im privaten Gruppenreisesegment als auch bei Geschäftsreisenden die meisten Zimmer online gebucht. Das Stadtmarketing stellt TagungsteilnehmerInnen entsprechende Buchungslinks zur Verfügung und ist Schnittstelle zwischen Tagungsgast, Beherbergungsbetrieb und VeranstalterInnen. Der Service wird gerade bei mittleren und großen Veranstaltungen wie hier in Auszügen zusammengestellt immer häufiger genutzt und schlägt sich in der mittelfristigen Planung bis ins Jahr 2024 nieder.

Übersicht Tagungen und Kongresse 2022

- MLU/Tagung Jugendalter: 50 Zimmer
- Uniklinik Halle: 16. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Abstammungsbe-
- gutachtung (DGAB): 100 Zimmer
- Fraunhofer-Institut/ CAM-Workshop: 80 Zimmer
- Universitätsklinik und Poliklinik für Kindertraumatologie und Kinderchirurgie: 250 Zimmer
- MLU/GBV Tagung: 200 Zimmer
- BVGD- Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Gästeführer: 150 Zimmer
- MLU/Tagung der DGfE-Sektion Sonderpädagogik: 200 Zimmer
- MLU, Philosophische Fakultät II: 200 Zimmer
- ITEL - Deutsches Lithiuminstitut „LithiumDays 2022“: 100 Zimmer

Übersicht Tagungen und Kongresse 2023

- MLU/Institut für Geowissenschaften und Geographie (NKG): 130 Zimmer
- MLU/Institut für Geowissenschaften und Geographie, Tagung NKG: 75 Zimmer
- IT-Planungsrat, Ministerium der Finanzen Magdeburg: 300 Zimmer
- MLU/Sektion Bildung: 70 Zimmer
- Fraunhofer Institut/ CAM-Workshop - 100 Zimmer
- Sport-VA „Special Olympics S-A“, 30 Zimmer
- MLU/UFZ- Jahrestagung der bodenkundlichen Gesellschaft (DBG): 350 Zimmer
- Uniklinik Halle, DGI (Deutsche Gesellschaft für Immungenetik): 150 Zimmer
- ITEL - Deutsches Lithiuminstitut „LithiumDays 2023“: 100 Zimmer

Für das Jahr 2024 übernimmt der SMG-Kongressbereich laut derzeitigem Planungsstand die Organisation von zwei größeren Kongressen:

- DGfE (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft): 700 Zimmer (1.500 Teilnehmer)
- DGGOE (Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie): 300 Zimmer (700 Teilnehmer)

Werbekosten (Marketingprojekte und Kampagnen)

	2021 in €	2022 in €	Veränderung in %
Marketingaufwand	833.678,37	849.635,32	+ 1,91
darunter Sonstige Werbung	123.784,43	86.240,45	- 30,33
darunter Sonstige Projekte	308.071,00	408.076,55	+ 32,46
darunter Standortmarketing	401.822,94	355.318,32	- 11,57

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2022 insgesamt 849.635,32 € eingesetzt. Die Zahlen bewegen damit auf Vorjahresniveau. Verschiebungen ergaben sich insbesondere im Bereich der sonstigen Werbung hin zum Bereich sonstige Projekte durch die Konzentration auf die Bewerbung der Stadt Halle als Standort des geplanten Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation des Bundes. Hier fungierte die Stadtmarketing Halle GmbH als Dienstleister für die Bewerbung und der begleitenden Kampagne.

Das Grundverständnis des Arbeitens als Netzwerkerin und Marketingverantwortliche für die Stadt Halle (Saale) spiegelt sich u.a. in der Fremdmittelquote bei der Umsetzung von Projekten wider. Hier wird nicht nur wirtschaftlich agiert, sondern bewusst auf Inhaltgebende der Stadt zugegangen, Ziele abgeglichen und in gemeinsamer Verantwortung gearbeitet. Bei "Sonstigen Projekten" konnten 28,5 % der Gelder, beim Posten "Sonstige Werbung" 18 % akquiriert werden (in Summe: 132.057,47 €). Im eigenständigen Projekt "Standortmarketing" beteiligt sich die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) mit 50% an den Ausgaben.

Übersicht Marketingkampagnen 2022

1) Standortmarketing

Die Maßnahmen im Bereich des gemeinsamen Standortmarketings der Stadt Halle (Saale), mit der MLU und der SMG werden in enger Abstimmung fortgeführt und durch weitere Kooperationsprojekte ergänzt.

Insgesamt wurden für das Standortmarketing seitens der SMG im Jahr 2022 355.318,32 € aufgewendet. Dabei konnten bewährte Projekte und Maßnahmen verstetigt werden und neue Impulse im Kontext der Akquise und Betreuung von Tagungen und Kongressen und zur Vermarktung der Stadt Halle (Saale) als Studienstandort gesetzt werden. Vor allem der Ausbau des Onlinemarketings und des Digital-Advertisings wurde maßgeblich vorangebracht.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Handlungsfeldern:

- **Standortmarketing im Kontext der Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **Wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2021 bis 2024 beträgt ca. 700.000 € p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle (Saale) und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen. Ergänzt wird dieses Budget durch avisierte Erlöse durch Beteiligungen Dritter und Erlöse aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements, die im Jahr 2022 erheblich gesteigert werden konnten und auch mit Anfragen für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 untersetzt werden können.

2) **Strategisches Außen- und Binnenmarketing**

Da auch das Jahr 2022 noch unsichere Planungshorizonte bot, musste die Ausrichtung stets überwacht und neu bestimmt werden. Alles geschah mit dem Ansatz des sorgsamsten Umgangs mit finanziellen Mitteln, die nach wie vor als strategisches Investment in das Image der Stadt funktionieren und nicht verpuffen sollten.

Sämtliche Großveranstaltungsformate wurden und werden seitens der SMG im Jahr 2022 unterstützt, dazu gehören u.a. der **Christopher-Street-Day (CSD)**. Das "Verliebt in Halle"-Herz wird in die Farben des Regenbogens getaucht mit begleitender Mediaplanung. Zur **Langen Nacht der Wissenschaften** unterstützte die SMG neben den Ticketverkauf mit einer großflächigen und publikumswirksamen Street-Art-Bemalung des Marktplatzes mit dem historischen Grundriss der ehemaligen Gertraudenkirche. Weitere Veranstaltungen wie das **Silbersalz-Festival**, die **Gemeinsame Museumsnacht Halle-Leipzig** sowie das europaweit einmalige **Jazzfestival „Women in Jazz“** und natürlich die **Händel-Festspiele** wurden medial seitens der SMG unterstützt. Ca. 50.000€ Ausgaben sind der direkten Kulturvermarktung zuzuschreiben.

Die größten und finanziell aufwändigsten Projekte sind hier kurz skizziert:

- **Camping-Kampagne**

Über das Corona-Sondervermögen wurde der SMG mit einem zehnjährigen Eigenanteil eine Förderung einer Camping-Kampagne gewährt. Die Fördersumme beträgt 90 T€. Im Jahr 2022 begann die Planungsphase. Die Umsetzung ist für das Jahr 2023 geplant. Inhalt dieser Kampagne ist u.a. die Folgen der Pandemie abzufedern und den Tourismusstrom durch eine Erweiterung des Angebots an alternativen Outdoorübernachtungsmöglichkeiten in Halle und Umland zu stärken. Hierbei stehen private AnbieterInnen im Mittelpunkt, die ihre Grundstücke, Freiflächen, Wiesen oder Gärten für TouristInnen zur Verfügung stellen.

- **Qualitätsmonitor**

Sachsen-Anhalt erhebt in Kooperation mit der Deutschen Zentrale für Tourismus Daten in einer deutschlandweiten Gästebefragung. Auch die SMG beteiligt sich mit der Kommunikation der Befragung, um mehr Informationen über das Reiseverhalten, die Gäste und deren Zufriedenheit herauszufinden.

- **Relaunch Homepage**

Das wohl größte Projekt war der Relaunch der neuen Webseite. Die neue Homepage ist zeitgemäßer, responsiv und für das Abspielen auf den mobilen Endgeräten geeignet. Hotelbuchungen können nun auch von unterwegs erledigt werden.

- **Bewerbung der Stadt Halle für das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation**

Das Projekt, welches im Jahr 2022 und auch derzeit die meisten Ressourcen von MitarbeiterInnen und des Managements der SMG bindet, ist die **Bewerbung der Stadt Halle als künftiger Bundesstandort für das geplante Zukunftszentrum Deutsche Einheit und europäische Transformation**. Der Gewinn der Bewerbung mit den geplanten Investitionen und 1 Mio. BesucherInnen wäre insbesondere für den Tourismus für die Stadt Halle (Saale) und die Region und der daraus resultierenden Wertschöpfung ein unbeschreibliches Potential.

Aufgaben der SMG sind dabei:

- Finanzverwaltung inkl. Controlling, Abrechnung, Vergabe, Sponsoringwerbung
 - Marketingkonzept und dessen Umsetzung
 - Unterstützung bei Veranstaltungen
 - Konzept und Herstellung aller Info-Cubes
 - Erstellung und inhaltliche Pflege der Homepage www.zukunftszentrum-halle.de
 - Lobbyarbeit
 - Organisation der Kommissionsbereisung
- **"Hier unten leuchten wir" - Laternenfest 2022**

Am letzten Augustwochenende fand nach zweijähriger, pandemiebedingter Zwangspause das Laternenfest wieder statt. Tausende Menschen besuchten das mehrtägige Event und erfreuten sich an dem vielfältigen Programm, den zahlreichen Ausstellungsständen und Bühnenshows. Die SMG begleitete mit einer umfangreichen Kampagne (Raum Halle + 50km Umkreis) sowie mit eigenen Inhalten für die Weiterentwicklung des Laternenfestes im Kontext der Familienfreundlichkeit. Die emotionale Bindung über die Traditionen des Laternenfestes, insbesondere der nachwachsenden Zielgruppe ist enorm hoch.

Die SMG empfiehlt weiterhin und nachdrücklich ihrem Hauptgesellschafter und Veranstalter des Festes, Angebote für die Zielgruppe Familien weiter auszubauen. Die Würfelwiese als Ersatzfläche für das Riveufer zeigte sich mit dem breiten Familienangebot in der Partnerschaft mit der Stadtwerke Halle GmbH, der GP AG, dem Planetarium sowie mit dem Bühnen-Kulturprogramm und der Laternenbastelaktionen am Stadtmarketing-Stand als zukunftsfähig. Insbesondere der freitags und samstags stattfindende Laternenumzug, ein Kernelement des Festes, verlief sehr erfolgreich.

Das Laternenfest leistet durch das schöne Gemeinschaftserlebnis einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Identifikation mit der Stadt Halle. Auch kleine Dinge lassen darauf schließen. Fun fact: So wurden in der hallesaale*-Lounge 15.000 Wasser-Tattoos mit Halle-Motiven "gestochen".

- Marketingkonzeption und Umsetzung der Werbemaßnahmen: Online und Print (Plakatierung, Programmfolder)
 - 2022: Erwerb der Domain laternenfest-halle.de | Erstellung und Betreiben der Webseite
 - Betreiben der hallesaale*-Lounge an der Fontäne und Integration des "Welcome Days" für StudienanfängerInnen und deren Eltern
 - Hochfrequentierter Laternenbastel-Stand auf der Familien-Würfelwiese
 - Foto- und Videodokumentation
- **Weihnachtsmärkte mit zentraler Kampagne "Finni & Rudi" - die halleschen Comic-Rentiere**

Sehr erfolgreich werten wir den Verlauf der Halleschen Weihnachtsmärkte als dezentrale Variante mit Wintermarkt, Winterzauber und Hüttenzauber in Halles Innenstadt. Die Zusatzstandorte Hallmarkt und Domplatz konnten sich weiter etablieren.

Die begleitende Advents- und Weihnachtskampagne mit den Comic-Rentieren "Finni & Rudi" wurde auf vielen Kanälen verbreitet und etabliert sich immer mehr als begleitende Kampagne. Positiv überrascht wurde die SMG von der hohen Nachfrage der beliebten Weihnachtsmarkttasse in einer Auflage für 2022 von 25.000 Tassen. Mit einem Gesamtabsatz von 31.211 Tassen konnten wir alle Tassen-Restbestände der vergangenen Jahre absetzt werden. Daraufhin sind für die kommende Saison 40.000 Tassen bestellt.

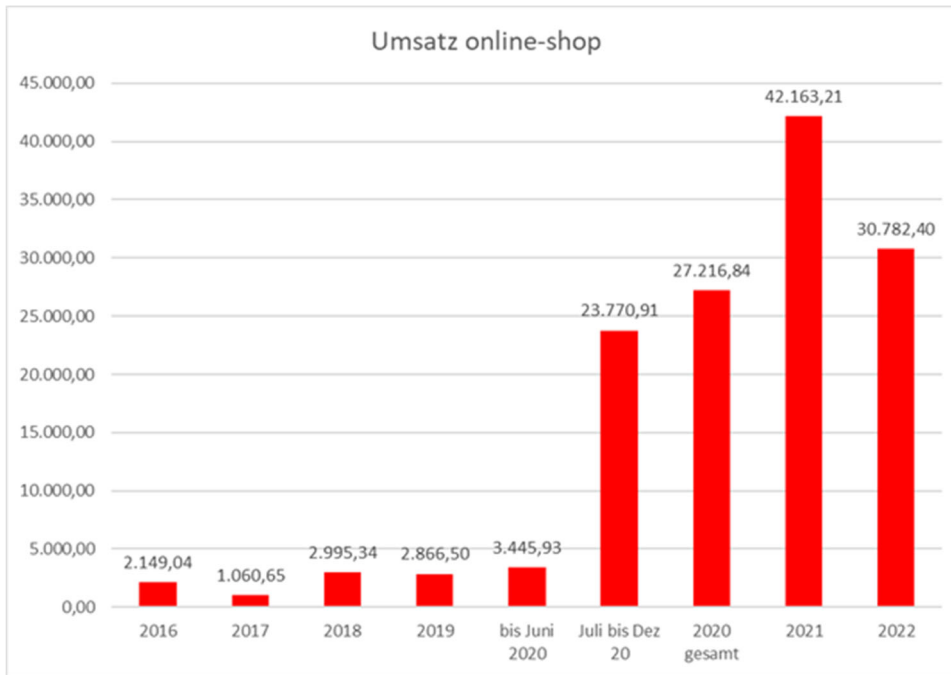
- **Priorisierung im Online-Marketing**

Die gut vernetzten Marketingaktivitäten im Onlinebereich der SMG sind weiterhin ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft. Folgende Kenngrößen sind für SMG dabei entscheidend: Halle-Fans auf den firmeneigenen Social-Media-Kanälen erreichen mit Halle-Beiträgen (Posts, Stories & Reels), Halle-Bekanntheit über Reichweite steigern, Umsatzsteigerung und NeukundInnen-Gewinnung für den Onlineshop www.hallesaale.shop sowie Verweildauer und Klickzahlen auf den verschiedenen Landingpages bzw. Content-Hub www.halle-tourismus.de / www.deinhalle.de erhöhen.

Hier gilt für ein kontinuierliches, organisches Wachsen, besonders zielgruppenaffin zu arbeiten und das richtige Maß, den richtigen Stil, die richtigen Produkte zu finden, um gleichermaßen imagefördernde und umsatzfördernde Effekte zu erzielen. Besonders die firmeneigenen Social-Media-Kanäle "VerliebtinHalle" & "DeinHalle" auf Facebook, Instagram, TikTok, YouTube und LinkedIn werben für Halle, hallesche Produkte und dienen ebenso der Imageförderung Halles und der aktiven und intensiven Pflege der Gemeinschaft, um diese langfristig an uns bzw. unsere Angebote zu binden.

Die generelle Relevanzsteigerung und das eigene Wachstum bedingen eine stärkere personelle Untersetzung. Wir planen daher weiter mit der personellen Untersetzung in diesem Bereich.

Der Onlineshop www.hallesaale.shop setzt seine Erfolgsgeschichte weiter fort. Im Jahr 2022 konnte zwar das Ergebnis von 2021 nicht erreicht werden, allerdings war 2021 geprägt von geschlossenen Weihnachtsmärkten und die damit sehr erfolgreich verlaufende Kampagne "Weihnachtsmarkt für Zuhause". Wird dieser Sondereffekt herausgerechnet, ist ein kontinuierliches Wachstum zu erkennen. Die Arbeiten zur Programmierung, Gestaltung und Onlinewerbung wurden komplett innerhalb des SMG-Teams realisiert, womit das Know-how nunmehr innerhalb der Firma abgerufen werden kann.



Tourist-Information Halle (Saale) mit hallesaale*- & Uni-Shop

	2021	2022	Veränderung in %
BesucherInnenzahl	69.016	78.572	+13,85
Wareneinkaufswert	135.601,09 €	204.875,77 €	+51,09
Verkaufserlöse	210.757,84 €	277.631,89 €	+31,73

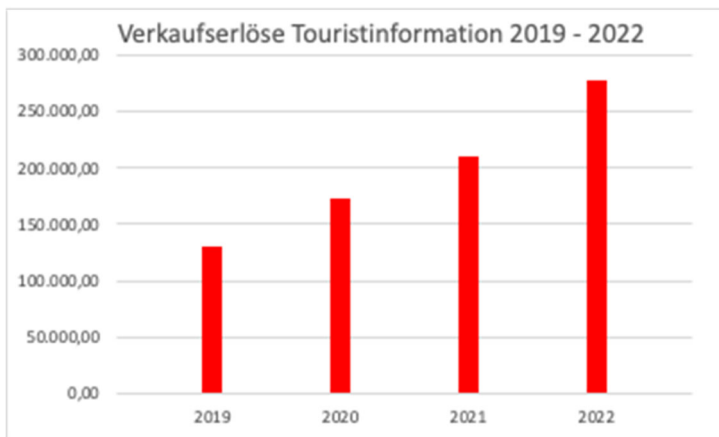
Die Tourist-Information mit hallesaale*- und Uni-Shop (TI) empfing in 2022 13,85% mehr BesucherInnen als im Vorjahr (2022: 78.572 zu 2021: 69.016).

Durch die weitere Neuausrichtung des Sortiments wurden mehr Waren eingekauft werden als im Vorjahr. Das Shop-Sortiment wurde im Jahr 2022 weiter angepasst und umfasst aktuell ca. 400 Artikel.

Die saisonale Fokussierung der Artikel wurde im Jahr 2022 wie in den Vorjahren weitergeführt, so wurden nun Frühlingsprodukte, Weihnachtsprodukte und auch Produkte direkt für das Laternenfest oder die Händel-Festspiele entworfen und vermarktet.

In einem firmeninternen Projektteam wird stetig an der Neuausrichtung der TI und passenden Verkaufsprodukten gearbeitet. Es wurden neue Produkte wie z.B. Kaffee, Hansebier, Erweiterung des Händel-Merchandise eingeführt und erfolgreich vermarktet.

Ziel ist, durch einen neuen, frischen Auftritt noch attraktiver für HallenserInnen und Gäste zu werden. Die Steigerung der Aufenthaltsqualität bleibt ein weiteres Ziel. Die stetige Weiterentwicklung führt kontinuierlich zu einer Steigerung der Verkaufserlöse in der Tourist-Information.



VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2022

a. Finanzlage

	2022 in €	2021 in €	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss GesellschaftInnen	1.631.300,00	1.511.300,00	7,9	
davon Zuschuss Stadt Halle	1.281.300,00	1.161.300,00	10,3	für Zukunftszentrum 120.000,00 €
davon Zuschuss Standortmarketing	350.000,00	350.000,00	0,0	Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing
Liquide Mittel	250.057,59	143.524,39	74,2	

b. Ertragslage

	2022 in €	2021 in €	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	1.023.107,94	883.121,31	15,9
sonstige betriebliche Erträge	1.670.726,06	1.595.461,78	4,7
Personalkosten	1.210.747,04	1.048.890,93	15,4
Materialaufwand	368.986,96	228.242,19	61,7
Abschreibungen	16.654,96	38.262,34	-56,5
sonst. betriebliche Aufwendungen	1.100.785,51	1.125.095,52	-2,16
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	90,20	5,20	1.634,6
Zinsen u. ä. Aufwendungen	0,00	87,00	-100,0
sonstige Steuern	470,69	468,17	0,4
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	- 3.718,25	37.542,22	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.718,25 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag mit dem bestehenden Gewinnvortrag zu verrechnen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2018
Sachanlagen-Intensität	11,93	18,20	14,90	7,89	6,39
Eigenkapitalquote	34,68	38,79	34,89	33,17	19,17
Fremdkapitalquote	65,32	61,21	65,12	66,83	80,83

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2022 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Immer noch besteht für die Gesellschaft ein erhöhtes Risikopotenzial geprägt durch das Umfeld der Pandemieentwicklung bzw. dem noch andauernden Konflikt in der Ukraine. Die Ertragslage dominieren zwar klare vertragliche Zusagen der GesellschafterInnen. Doch der andauernde Kostendruck für potenzielle BesucherInnen bzw. Businessreisende führt zunehmend zu einer Preissensibilität unserer Gäste. Großveranstaltungen sowie Tagungen und Kongresse werden immer noch mit Vorsicht angekündigt bzw. weiterhin abgesagt oder verschoben. Dazu erschweren kurzfristig sich ändernde Rahmenbedingungen eine vorausschauende Planung. Es ist damit zu rechnen, dass bei den Gästeankünften, Übernachtungen und Umsatzerlösen trotz einsetzender Erholung ein Defizit zu den Planansätzen 2023 entstehen könnte, sollte sich die Inflation und Konfliktsituation weiter ins Jahr 2023 ziehen. Wir bemerken derzeit einen Rückgang bei den Pro-Kopf-Ausgaben in unseren Shops und bei Buchungen insgesamt. Die Deutsche Zentrale für Tourismus erwartet zudem erst eine vollständige Erholung von den Pandemiefolgen ab dem Jahr 2025. Eine Gefährdung der Gesellschaft ist trotz dieser Rahmenbedingungen nicht zu erwarten, da einerseits verbindliche Finanzflüsse der GesellschafterInnen erfolgen und andererseits die variablen Ausgaben für Marketing, Projekte und Wareneinkauf angepasst werden können.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den GesellschafterInnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung, insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement und die Bereitstellung eines Kongressmanagements, welches weitere Businessgäste gewinnen konnte und viele Tagungen und Kongresse nun nachgeholt werden. Wir gehen von einem starken Erholungs- und Nachholeffekt aus. Geplante Hotelneubauten, welche pandemiebedingt verschoben wurden, sollen nun in den kommenden Jahren realisiert werden. Daraus ergeben sich die Erhöhung von Bettenkapazitäten und des Qualitätsstandards. Weiterhin kann die Gesellschaft gerade bei der Bereitstellung eigener Events, Produkte und touristischer Highlights eine Steigerung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer ermöglichen. Auch im Privatkundenmarkt gehen wir von einer weiter steigenden Nachfrage aus. Die Stadt Halle hat für Gäste insbesondere Städtereisende ein gutes Portfolio. Neue Ausstellungen, Projekte und Highlights wie das neue Planetarium werden Gäste nach Halle ziehen. Dies ist im Jahr 2023 aber vom Verlauf der aktuellen Situation in Bezug auf den Ukraine Konflikt und der damit einhergehenden Inflation abhängig.

Die Erweiterung der Produktpalette hin zu Trend- und Saisonprodukten soll diese Entwicklung weiter unterstützen.

c. Prognose

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Gesellschaft für das Jahr 2023 ist immer noch schwierig und ist von der Hoffnung getragen, dass sich die aktuelle Lage perspektivisch verbessert. Einerseits ist der Großteil der Einnahmen der Gesellschaft von klaren Zusagen der GesellschafterInnen geprägt, andererseits sparen die Menschen bei Geldsorgen eher an Reisen und Aktivitäten im Freizeitsektor, was zu Rückgängen bei den Umsatzerlösen führen könnte.

Neue Produkte und Formate werden weiter zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der GesellschafterInnen zur Installation dieser Gesellschaft weiter stärken.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht vor. Dem Unternehmen stehen monatliche Auswertungen zu finanziellen Leistungsindikatoren wie Cash-Flow, Ergebnis, Einhaltung Plan-Ist in Form der Auswertung des Wirtschaftsplanes vor. Diese Indikatoren werden monatlich abgeglichen und entsprechende, kurzfristige Anpassungen vorgenommen.

Wir planen im folgenden Geschäftsjahr 2023 ein höheres Umsatzvolumen gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2022, sind hier aber in Abhängigkeit der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Entwicklung insbesondere mögliche negative Effekte bei dem Pro-Kopf-Einnahmen und den zunehmend höheren Kosten bei Personal und Wareneinkauf haben wir bei unserer Planung berücksichtigt.

Wir werden auch künftig immer in der Lage sein, den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant im Jahr 2023 weiter mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.606.300,00€, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausgezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2023 mit 1.268.000,00 € (IST 2022: 1.023.107,94 €) geplant, sie wurden der aktuellen Situation angepasst und gehen von einer weiteren Erholung des Reisemarktes aus. Allerdings ist hier entscheidend, welchen Verlauf die gesamtwirtschaftliche Lage nimmt.

Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2023 mit 190.000,00 € geplant (IST 2022: 199.566,51 €). Dem geringeren Planansatz wurde der aktuelle Warenbestand zugrunde gelegt.

Die betrieblichen Aufwendungen, wie z.B. Mieten/Raumkosten (2023: 90.000,00€) Reinigung/Abfallbeseitigung (2023: 13.500,00 €), Energie (2023: 10.000,00 €), Kfz-Kosten (2023:14.000,00€) wurden im Jahr 2023 der aktuellen Situation und den stark steigenden Kosten allgemein angepasst. Versicherungen und Buchführungskosten einschließlich Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2022 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing wurden in 2023 (411.000,00 €) der aktuellen Projektplanung und den stark steigenden Kosten angepasst.

Laut Wirtschaftsplan 2023 wird die SMG mit einem Defizit von 24.000,00 € abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und
- ihnen auch nach dem Ausscheiden aus dem TGZ Halle behilflich sein.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der durch die TGZ GmbH verfolgte öffentliche Zweck ist in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Geier, Egbert
stellv. Vorsitzender	Schröter, Reinhard
	Aldag, Wolfgang
	Dr. Bergner, Christoph
	Dr. Fox, Jürgen
	Marquardt, Bertolt
	Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	5	5	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	18.950	81	16.599	70	20.668	85	2.351	14
Umlaufvermögen	4.455	19	7.279	30	3.731	15	-2.824	-39
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	0	0	0	0	17	

Bilanzsumme	23.422	100	23.878	100	24.399	100	-456	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.622	62	14.388	60	14.337	59	234	2
Sonderposten für Investitionszulagen	7.854	34	8.630	36	9.515	39	-776	-9
Rückstellungen	510	2	446	2	305	1	64	14
Verbindlichkeiten	436	2	410	2	235	1	26	6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4	0	7	0	-4	-100

Bilanzsumme	23.422	100	23.878	100	24.399	100	-456	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.653	4.721	4.648
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	58	231	188
sonstige betriebliche Erträge	465	59	53
Materialaufwand	2.259	2.394	2.414
Personalaufwand	936	890	717
Abschreibungen	481	504	573
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.169	1.173	1.179
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	1	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	104	0	0
Ergebnis nach Steuern	234	51	10
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	234	51	10
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	-269
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	234	51	-259

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,03	1,09	0,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,63	0,36	0,07	%
Cash-Flow:	715	555	583	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	235	209	326	T€
Personalaufwandsquote:	18,09	17,77	14,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,09	69,49	72,37	%
Eigenkapitalquote:	62,43	60,26	58,76	%
Fremdkapitalquote:	37,57	39,74	41,24	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
vermietbare Fläche	16.723,00	16.723,00	16.723,00	m ²
Auslastung	99,60	98,92	98,93	%

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes nachhaltig zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang werden durch die Gesellschaft in deren Räumlichkeiten aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hoch qualifizierte Fach- und Führungskräfte, insbesondere Absolventen aus den Hochschulen der Region, die sich selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen sowie
- Unternehmen und Personen (-gruppen) mit förderungswürdigen Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien.

Die Gesellschaft bietet jungen, insbesondere technologie- und wachstumsorientierten Unternehmen folgende Dienstleistungen an:

- Bereitstellung von Büro-, Labor-, Rein- und Technikräumen, Räumen für Tierhaltung sowie Gemeinschaftseinrichtungen,
- Unterstützung bei der fachlichen Zusammenarbeit mit Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- Beratung zu relevanten Problemstellungen in der Gründungs- und Wachstumsphase,
- Vermittlung von Beratungsangeboten externer Fachexperten sowie
- Hilfestellungen bei der Deckung des Kapitalbedarfs über öffentliche und private Kapitalgeber und Förderinstitutionen.

Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen:

- bei der Beantragung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben,
- beim Wissens- und Technologietransfer,
- beim Innovationsmanagement und der Durchführung von Innovationsforen,
- bei der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie
- beim Personaltransfer.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten, da die Gesellschaft in erster Linie wirtschaftsfördernd tätig ist.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum

Im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale), in unmittelbarer Nähe zu Instituten und Zentren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, erwarb die Gesellschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1991 schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Zudem wurde ein Altbau saniert.

Durch die seit Gründung der Gesellschaft erfolgte Realisierung von Investitionen i.H.v. von ca. 65,1 Mio. € stehen Forschungsgruppen, Startups und Technologieunternehmen zum Stichtag 31.12.2022 ca. 16.900 m² Hauptnutzfläche zur Verfügung. Diese besteht insbesondere aus Büro- und Technikumräumen, S1- und S2- Laboren, Räumen für die Tierhaltung und Reinräumen. Im Zusammenhang mit dieser infrastrukturellen Ausrichtung sowie mit den Forschungsschwerpunkten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, denen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort und der anwendungsorientierten wissenschaftlichen Expertise der weiteren Hochschulen in der Region steht auch die wissenschaftlich-technologische Positionierung der Gesellschaft und des Technologieparks Weinberg Campus insgesamt auf die Bereiche Biomedical, Life Sciences, Material Sciences und Informationstechnologie sowie die Orientierung auf die damit korrespondierenden Wirtschaftsbranchen Biotechnologie, Pharmazie, Biomedizin, Medizintechnik, Ernährung, Bioökonomie, Umwelttechnik, Nanotechnologie sowie IT und Softwareentwicklung.

Durch die klare Positionierung des Standortes bestehen wahrnehmbare Wettbewerbsvorteile in Bezug auf die übergeordnete Aufgabe der Förderung von Innovationen und der Schaffung von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung und Entwicklung von wissensbasierten Unternehmensgründungen und technologieorientierten Wachstumsunternehmen.

Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt die Gründung und das Wachstum von Technologieunternehmen sowie den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Bereitstellung einer auf die Bedürfnisse von jungen und technologieorientierten Unternehmen zugeschnittenen Infrastruktur wird deshalb durch umfangreiche Dienstleistungen zur Förderung von Innovations- und Gründungskultur sowie von Wissens- und Technologietransfer ergänzt. Im Ergebnis dieser Aktivitäten stehen zahlreiche Kontakte und vielfältige neue Projekt- und Lieferbeziehungen für die durch die Gesellschaft betreuten Unternehmen. Zur Unterstützung der betreuten Unternehmen engagiert sich die Gesellschaft zudem in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien.

Die Projektarbeit der Gesellschaft dient einerseits der Unterstützung aktueller und potenzieller Mieter bei der Gründung, Weiterentwicklung und Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit, um derart einen indirekten Erfolgsbeitrag zur Sicherung des eigenen Kerngeschäftes (Vermietung) und zur Erfüllung der weiteren satzungsgemäßen Ziele zu leisten. Beispiel hierfür ist die Unterstützung von aktuellen und potenziellen Mietern bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Phasen der Antragstellung sowie deren Beratung bei der Umsetzung und Abrechnung. Andererseits sollen durch die Initiierung, Entwicklung und Umsetzung eigener marktorientierter Projekte und Dienstleistungsangebote direkte Einnahmen und damit zusätzliche Erfolgsbeiträge zum Kerngeschäft geschaffen werden. Beispiele hierfür sind Angebote im Bereich Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms durch die Auswirkungen der weltweiten Pandemie und zuletzt vor allem des Krieges in der Ukraine in eine Rezession geraten. Weltweite Tendenzen zur politischen Blockbildung und zu sich verstärkendem Protektionismus trüben die Zukunftsaussichten ebenso ein, wie daraus resultierende Lieferengpässe und Rohstoffknappheiten. Ein weiteres Ergebnis ist eine hohe Inflation, die sich über das Berichtsjahr hinaus fortsetzt. Besonders kräftig, teils sogar zweistellig, sind die Preise auf fast allen Vorstufen der Wertschöpfung gestiegen. Aktuelle Konjunkturprognosen der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute betonen, dass weitere Entwicklungen schwer prognostizierbar sind und sehen bei unveränderten Rahmenbedingungen keine grundlegende Erholung der Gesamtwirtschaft im Geschäftsjahr 2023. Solide Vorhersagen sind aus den genannten Gründen nicht möglich und wären reine Spekulation. Zusammengefasst bedingen die weltweiten Entwicklungen zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Nachdem die Covid-19-Pandemie scheinbar beendet ist, stellt eine Ausweitung handels- und geopolitischer Spannungen, vor allem zwischen der EU und Russland oder aber auch mit der VR China die mit Abstand größte Gefahr für die weitere konjunkturelle Entwicklung dar.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland ist aktuell stark rückläufig und wird auch im nächsten Geschäftsjahr eher verhalten bleiben. Die bereits genannten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Unsicherheiten führen zu stark steigenden Arbeits- und Energiekosten. Während die explosionsartig gestiegenen Energiekosten zunächst durch staatliche Interventionen wieder besser kalkulierbar erscheinen, ist ein starker Anstieg der Arbeitskosten zu erwarten.

Die negativen Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden aktuell auf einzelbetrieblicher Ebene durch das Fehlen zahlreicher Richtlinien und Fördermöglichkeiten auf Landesebene verstärkt. Eine diesbezügliche Verbesserung ist erst ab dem 3. Quartal 2023 zu erwarten.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft sind die genannten Aspekte wegen der im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagnieren branchenübergreifend. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den für die Kernzielgruppen relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. In den fokussierten Wirtschaftsbranchen war insbesondere die Finanzierung von Unternehmen sowohl in der Gründungs- als auch in der Wachstumsphase weiterhin mit hohen Risiken behaftet und damit vergleichsweise noch schwieriger als in der Gesamtwirtschaft. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2022 auch ohne Berücksichtigung der beschriebenen Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Technologieunternehmen mit Ansiedlungsinteresse, als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt. Basis hierfür bilden nach wie vor sowohl das 2017 erarbeitete Zukunftskonzept, als auch das daraus abgeleitete Flächenentwicklungskonzept.

Da sowohl die Gesellschaft selbst als auch die betreuten Unternehmen und Netzwerkpartner wieder das gesamte Geschäftsjahr durch die verschärften Rahmenbedingungen und hohen Unsicherheiten negativ beeinflusst worden sind, soll den weiteren Ausführungen wieder ein kurzer Überblick über diese Einflüsse und die grundsätzlichen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb vorangestellt werden.

Auch während dieses Berichtsjahres hat die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 bedingte weltweite Pandemie die Gesellschaft selbst, die betreuten Startups, Unternehmen und Institutionen sowie deren Mitarbeiter beschäftigt. Auswirkungen der Pandemie waren neben einzelbetrieblichen Einschränkungen in Produktion, Handel und Dienstleistungsangeboten sowie Reise- und Versammlungsbeschränkungen nach wie vor begrenzte Möglichkeiten zu Akquisition, Kommunikation, Vertrieb und Netzwerkaktivitäten sowie im Bereich der Arbeitsorganisation. Die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft war durch die Organisation von Hygienemaßnahmen, Home-Office, Home-Schooling und zusätzliche Krankentage wiederholt negativ beeinflusst. Auch wenn zwischenzeitlich viele Abläufe und Angebote durch Digitalisierungsmaßnahmen auch ohne persönlichen Kontakt funktionsfähig gestaltet werden konnten, blieb deren Effektivität zumeist eingeschränkt. Somit bestanden auch in diesem Berichtsjahr permanent Unsicherheiten bezüglich des Umfangs der möglichen Aufgabenerfüllung und der Geschäftstätigkeit der Unternehmen im Mieterbestand. Nicht zuletzt bestanden täglich Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister, insbesondere im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau.

Nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine wurden die Unsicherheiten für den Geschäftsverlauf noch schwerer kalkulierbar. Der zusätzliche Aufwand für die Information über die Auswirkungen der unsicheren Energieversorgung sowie das stete Fundieren und die Kommunikation eigener Entscheidungen bedingte einen zusätzlichen hohen Personal- und Organisationsaufwand. Um den zahlreichen Unsicherheiten zu begegnen, wurden geeignete organisatorische Maßnahmen veranlasst und Hilfsangebote für die betreuten Unternehmen unterbreitet. Im Sinne des Risikomanagement wurden effektive und effiziente Kommunikationskanäle zu den verantwortlichen Führungskräften der Mieter und Dienstleister aufgebaut. Regelmäßig stattfindende Abstimmungsgespräche mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden, den Fach- und Führungsebenen der Stadtwerke, der Energieversorgung und der Energieinitiative Halle, dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und der Investitionsbank versetzten die Gesellschaft in die Lage, als Ansprechpartner der betreuten Unternehmen stets aktuelle Informationen zur Lage, zu Fördermöglichkeiten und zu Handlungsoptionen vermitteln zu können. Im Ergebnis der verstärkten Aktivitäten zur Unterstützung der Mieter und der Mitarbeiter stehen auch 2022 wieder hohe sonstige Aufwendungen zu Buche.

Im Weiteren wird wie in den Vorjahren über den Geschäftsverlauf berichtet, ohne vertiefend auf einzelne Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und der Energiekrise am Standort einzugehen. Dies ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die neuen und sich ständig verändernden Herausforderungen im Ergebnis bislang gut bewältigt werden konnten. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit ihrer Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen in den älteren Gebäuden eingesetzt. Auch im Geschäftsjahr 2022 wurden weitere Teilbereiche des ältesten Gebäudes im Weinbergweg 23 durch umfangreiche bauliche und technische Maßnahmen saniert und modernisiert. Der Umbau folgt insgesamt dem Ziel, das Gebäude schrittweise zum zentralen Innovation Hub des Technologieparks für Startups und junge Technologieunternehmen zu entwickeln. Den Schwerpunkt der Aktivitäten bildeten im Berichtsjahr weiterführend die Modernisierung und Sanierung von Büro- und Gemeinschaftsräumen, mieterseitige Umstrukturierungen sowie der Ausbau von Pre-Seed- und Seed-Inkubatoren für Startups. Deren Betrieb erfolgt in enger Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. In diesem Zusammenhang standen auch weitere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. Ziel der Maßnahmen ist es wie schon im vergangenen Jahr, an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientierte Büro-, Beratungs-, Veranstaltungs- und Gemeinschaftsflächen zu schaffen, die ein offenes kooperatives Zusammenarbeiten von Gründungsteams und jungen Unternehmen ermöglichen.

Dem Flächenentwicklungskonzept und den Ergebnissen zahlreicher Machbarkeitsstudien entsprechend, wurden im Geschäftsjahr 2022 die Planungen zur Errichtung weiterer Gebäude vorangetrieben. Ziel ist es, zusätzliche Vermietungsflächen für die Ansiedlung neuer und das Wachstum bereits am Standort verorteter Technologieunternehmen zu schaffen. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus der guten Positionierung im Wettbewerb und den daraus resultierenden Ansiedlungspotenzialen. Zudem steht der Wachstumsbedarf von Bestandsunternehmen dem seit Jahren stets hohen Auslastungsgrad der Bestandsflächen entgegen. Im Berichtsjahr wurden die Überlegungen weiter konkretisiert und fundiert sowie wesentliche Gremienentscheidungen vorbereitet und getroffen. Im Ergebnis stehen weiter konkretisierte Planungen zum Bau eines neuen hochtechnischen Gebäudes (Business Development Center) mit Labor-, Technikum- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical, Life Sciences und Green Economy. Zudem soll ein neues Gebäude für Startups in den frühen Gründungsphasen errichtet und in räumlicher Verbindung mit dem in Sanierung befindlichen ältesten Gebäude der Gesellschaft zum zentralen Innovation Hub des Standortes ausgebaut werden. In Kooperation mit der Martin-Luther-Universität wird darüber hinaus der Neubau eines Forschungsgebäudes geplant, das in konzeptioneller und räumlicher Verbindung zum o.g. Business Development Center stehen und ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier bilden soll. Für alle drei genannten Neubauvorhaben wurden Förderanträge erarbeitet und gestellt, das Baurecht hergestellt sowie notwendige Gremienentscheidungen herbeigeführt. Im Berichtsjahr wurden zudem bereits Förderzusagen für die Investitionen übergeben, die Projektorganisation (Stabstelle und Projektsteuerung) etabliert und die wesentlichen Vergaben für Planungsleistungen getätigt.

Trotz der unvermeidlichen Zuwächse bei den Aufwendungen für Investitionen, Instandhaltung und Reparaturen konnte der durchschnittliche Mietzins auch im Jahr 2022 insbesondere für die Kernzielgruppen beibehalten werden. Deutlich wird jedoch, dass durch den Alterungsprozess der Bestandsimmobilien und insbesondere der hochtechnischen Anlagen bedingte exponentielle Kostensteigerungen zukünftig eine große Herausforderung für den Geschäftsbetrieb darstellen, welche durch auf erweiterten und verbesserten Dienstleistungen basierenden Erlösen ausgeglichen werden müssen. Teil der mittelfristigen Wirtschaftsplanung sind auch dem Wettbewerbsumfeld entsprechende Erlössteigerungen für etablierte Unternehmen. Gestützte Mietpreise für Startups und junge Wachstumsunternehmen sind weiterhin Bestandteil des Geschäftsmodells, insbesondere auf den neuen mit Hilfe von Zuschüssen geschaffenen Mietflächen. Moderate Mietpreiserhöhungen sind in den kommenden Jahren zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells allerdings notwendig.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft. In diesem Sinne ist es im Berichtszeitraum wieder gelungen umfangreiche Projektmittel einschlägiger Projektträger auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene einzuwerben. Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diente im Berichtszeitraum die weitere Etablierung des ersten Accelerator-Programmes des Landes Sachsen-Anhalt für Startups und Wachstumsunternehmen. Der gewählte Branchenfokus in den Bereichen „Biomedical and Life Sciences“ sowie „New Materials, Bioeconomy, Green Tech and Sustainability“ folgt den Schwerpunkten des Technologieparks und der Gesellschaft selbst. Fortgesetzt und Mitte des Berichtsjahres letztlich erfolgreich beendet, wurde die Umsetzung des ebenfalls vom Land Sachsen-Anhalt geförderten Projektes "ego.-Wissen", welches die Gründungsberatung und Gründerqualifizierung in der Stadt Halle (Saale) koordiniert und organisiert.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Im Ergebnis steht eine Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Diesbezüglich ist es für das kommende Berichtsjahr geplant, die bestehende Kooperation mit dem Univations Institut für Wissens- und Technologietransfer und dem Gründerservice an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inhaltlich und organisatorisch neu zu gestalten und strategisch weiter auszubauen. Ziel ist es, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Kooperation im Bereich Innovation, Gründung und Technologietransfer auf lange Sicht für den Standort zu sichern.

Vor dem Hintergrund der sich negativ verschärfenden Rahmenbedingungen erwies sich sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten weiter schwierig. Bereits geplante Projektkooperationen wurden von potenziellen Auftraggebern zum Teil abgesagt oder verschoben, so dass dementsprechend geplante Erlöse nicht realisiert werden konnten.

Der Unterstützung der betreuten Unternehmen diene im Berichtszeitraum wiederum auch das breite Engagement der Gesellschaft in zahlreichen Netzwerken, Foren, Arbeitskreisen und Gremien. Beispielhaft seien für den Berichtszeitraum die Mitarbeit des Geschäftsführers im Vorstand des Bundesverbandes Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren (BVIZ), im Vorstand des Netzwerks Medizintechnik Sachsen-Anhalt (Innomed) sowie im Vorstand der Fördervereine Halle Startup Partners und des Weinberg Campus genannt. Gleiches gilt für die Leitung der AG Bioparks im BVIZ, die Mitarbeit im regionalen Gründernetzwerk Halle-Saalekreis, im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin Sachsen-Anhalt, im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), in der AG Life Sciences der Metropolregion Mitteldeutschland, in der Vollversammlung und im Arbeitskreis Technologietransfer der IHK Halle-Dessau, im Beteiligungsausschuss der IBG Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt sowie für zahlreiche Kooperationen mit Venture Capital Gesellschaften, Förderinstitutionen und Business-Angels-Netzwerken. Der spezifischen Förderung von Gründungskultur und Unternehmertum dient die weiterführende Mitarbeit im Direktorium des Institutes für Wissens- und Technologietransfer (Univations) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ebenso wie die Unterstützung des Betriebs von vier Pre-Seed Inkubatoren in den Schwerpunktfeldern Biowissenschaften, Materialwissenschaften, Ernährung und Agrartechnologie sowie Medien- und Informationstechnologie.

Der Förderung von Innovationen, Wissens- bzw. Technologietransfer und Unternehmensgründungen am Standort dienen seit Jahren thematische und technologiefeldorientierte Veranstaltungen, industrielle und wissenschaftliche Kooperationsprojekte, Kongress- und Messebesuche sowie kooperative Vertriebs- und PR-Aktivitäten auf Unternehmer- und Delegationsreisen.

Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus. Für eine zeitgemäße Kommunikation wurden die bestehenden Kommunikationskanäle ausgebaut. Neben der Internet-Präsenz stehen ein Newsletter, Social-Media-Präsenzen (XING, Facebook, Instagram, LinkedIn) und zahlreiche neue Kommunikationsmittel für die Information und den Dialog mit den Kernzielgruppen zur Verfügung. Auch die zukünftig verstärkte und aufeinander abgestimmte strategische Positionierung der drei halleischen Gründerzentren wurde im Berichtsjahr weiter vertieft, in der Marktbearbeitung thematisiert und ein gemeinsames Marketingkonzept erarbeitet. Der Positionierung der Stadt als innovativer Standort für Startups und der umfassenden Unterstützung dieser Zielgruppe dient auch die Gründung des Vereins Halle Startup Partners e.V., in dem institutionelle Gründungsförderer, Industrieunternehmen, Investoren und erfolgreiche UnternehmerInnen zur Verbesserung von Unternehmergeist und Gründungskultur zukünftig intensiv zusammenarbeiten werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten lfd. Jahr	3.845	74,4%	3.899	77,8%	-54	-1,4%
+ Einnahmen Projektleistungen	715	13,8%	821	16,4%	-106	-12,9%
+ sonstige Dienstleistungen	93	1,8%	0	0,0%	93	#DIV/0!
+ = UMSATZERLÖSE	4.653	90,0%	4.720	94,2%	-67	-1,4%
+ Änderung nicht abgerechnete Mietnebenkosten Vorjahr	58	1,1%	230	4,6%	-172	-74,8%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	465	8,9%	59	1,2%	406	688,1%
= BETRIEBSLEISTUNG	5.176	100,0%	5.009	100,0%	167	3,3%
+ Raumkosten Mieter + Fremdleistungen	2.258	43,6%	2.394	47,8%	-136	-5,7%
+ Personalkosten	936	18,1%	890	17,8%	46	5,2%
+ eigene Raumkosten	243	4,7%	206	4,1%	37	18,0%
+ Versicherungen / Beiträge	34	0,7%	33	0,7%	1	3,0%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	437	8,4%	455	9,1%	-18	-4,0%
+ Kosten des Fuhrparks	1	0,0%	3	0,1%	-2	-66,7%
+ Werbe- und Reisekosten	76	1,5%	80	1,6%	-4	-5,0%
+ externe Projektkosten	0	0,0%	13	0,3%	-13	-100,0%
+ sonstige Kosten	378	7,3%	382	7,6%	-4	-1,0%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN	1.169	22,6%	1.172	23,4%	-3	-0,3%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.363	84,3%	4.456	89,0%	-93	-2,1%
= EBITDA	813	15,7%	553	11,0%	260	47,0%
+ Abschreibungen	1.257	24,3%	1.388	27,7%	-131	-9,4%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-775	-15,0%	-885	-17,7%	110	-12,4%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	482	9,3%	503	10,0%	-21	-4,2%
= EBIT	331	6,4%	50	1,0%	281	562,8%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	7	100,0%	1	100,0%	6	600,0%
+ = FINANZERGEBNIS	7	100,0%	1	100,0%	6	600,0%
= EBT	338	6,5%	51	1,0%	287	563,5%
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	-104	-30,8%	0	0,0%	104	0,0%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	-104	-30,8%	0	0,0%	104	0,0%
= JAHRESÜBERSCHUSS	234	4,5%	51	1,0%	183	358,0%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2021 um 3,3 % (+167 T-€) erhöht und liegt mit 5.176 T-€ um 509 T-€ über Plan. Dabei haben sich die Mieten und abgerechneten Mietnebenkosten um 54 T-€ und die Einnahmen aus Projektleistungen um 106 T-€ vermindert. Eine Erhöhung gab es bei den sonstigen Dienstleistungen um 93 T-€ und den sonstigen betrieblichen Erträgen um 406 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Mietnebenkosten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 172 T-€ vermindert. Gegenüber dem Planansatz lagen die Mieten und sonstigen Umsatzerlöse um 127 T-€, die Erlöse aus den Projekten EGO und AIMS um 173 T-€ sowie die sonstigen betrieblichen Erträge und die Bestandveränderungen um 522 T-€ über dem Plan. Unter dem Plan lagen dagegen die Betriebskosten (-73 T-€) und die Erlöse aus sonstigen Projekten (-80 T-€).

Zu **Aktivierende Eigenleistungen** für die Bauten BDC und CSME lagen entgegen dem Planansatz (161 T-€) noch keine vor, daher wurde dieser nicht erreicht.

Die **Raumkosten der Mieter** und Fremdleistungen verringerten sich um 136 T-€ auf 2.258 T-€ und verfehlten den Plan um -141,6 T-€.

Die **Personalkosten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 46 T-€ auf 936 T-€ und liegen damit um 22 T-€ über Plan.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 3 T-€ (-0,3 %) auf 1.169 T-€ und lagen um 235 T-€ über Plan. Gesunken sind dabei die externen Projektkosten (-13 T-€), die Kosten für Reparaturen und Instandhaltung (-18 T-€), die Kosten des Fuhrparks (-2 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-4 T-€) sowie die sonstigen Kosten (-4 T-€). Erhöhungen gab es bei den eigenen Raumkosten (+37 T-€) sowie den Versicherungen und Beiträgen (+1 T-€). Insbesondere die Instandhaltungskosten (+137 T-€), die sonstigen Kosten (+56 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+26 T-€) und die Raumkosten (+ 42 T-€) lagen nennenswert über Plan. Dagegen liegen die KFZ-Kosten 29 T-€ unter Plan.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2021 um 260 T-€ auf 813 T-€ gesteigert und lag um 394 T-€ über Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.257 T-€ (Vorjahr: 1.388 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung um 110 T-€ auf 775 T-€. Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 482 T-€ gegenüber 503 T-€ im Vorjahr. Der Planansatz wurde um 15 T-€ unterschritten.

Das **EBIT** beträgt mit 331 T-€ im Berichtsjahr 281 T-€ mehr als im Vorjahr und 408 T-€ mehr als geplant.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T-€ auf 7 T-€ erhöht und lag um +80 T-€ über Plan.

Das **EBT** liegt mit 338 T-€ um +287 T-€ über dem Vorjahreswert und 488 T-€ über Plan.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund der gebildeten latenten Steuern -104 T-€.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 234 T-€ und liegt damit um 183 T-€ über dem Vorjahr und +384 T-€ über Plan. Dies liegt nahezu ausschließlich aus dem nicht geplanten aber realisierten Veräußerungsgewinn eines unbebauten Grundstückes.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.786,2 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von kurzfristigen Geldanlagen hin zu langfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2022 haben sich die liquiden Mittel um rund 2.847,3 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.622,0	62,4	14.387,9	60,3	234,1	1,6
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	7.854,5	33,5	8.629,9	36,1	-775,4	-9,0
Rückstellungen	509,5	2,2	446,1	1,9	63,4	14,2
Lieferverbindlichkeiten	284,3	1,2	231,6	1,1	52,7	22,8
Sonstige Verbindlichkeiten	151,6	0,6	178,4	0,7	-26,8	-15,0
Summe Verbindlichkeiten	435,9	1,9	410,0	1,7	25,9	6,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	4,4	0,0	-4,4	-100,0
Summe Passiva	23.421,9	100,0	23.878,3	100,0	-456,4	-1,9

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2022		Bilanz zum 31.12.2021		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	2,8	0,0	6,4	0,0	-3,6	-56,3
Sachanlagen	15.947,2	68,1	16.593,1	69,5	-645,9	-3,9
Finanzanlagen	3.000,0	12,8	0,0	0,0	3.000,0	0,0
Summe Anlagevermögen	18.950,0	80,9	16.599,5	69,5	2.350,5	14,2
Forderungen	282,9	1,2	168,7	0,7	114,2	67,7
Sonstige Vermögensgegenstände	385,7	1,6	476,6	2,0	-90,9	-19,1
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.786,2	16,2	6.633,4	27,8	-2.847,2	-42,9
Summe Umlaufvermögen	4.454,8	19,0	7.278,8	30,5	-2.824,0	38,8
Rechnungsabgrenzungsposten	17,1	0,0	0,0	0,0	17,1	
Summe Aktiva	23.421,9	100,0	23.878,3	100,0	-456,4	-1,9

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 456,4 T-€ (-1,9 %) auf 23.421,9 T-€ vermindert. Diese Reduzierung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der immateriellen Anlagevermögens (-3,6 T-€), der Sachanlagen (-645,9 T-€), der Sonstigen Vermögensgegenstände (-90,9 T-€) sowie der flüssigen Mittel (-2.847,2 T-€). Die Finanzanlagen (+3.000,00 T-€), die Forderungen (+114,2 T-€) und die Rechnungsabgrenzungsposten (+17,1 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 69,5 % auf 80,9 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 607,2 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.256,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen mit immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 15.950,0 T-€ (-649,5 T-€) vermindert. Das Finanzanlagevermögen hat sich aufgrund von Umschichtungen von 0 T-€ auf 3.000 T-€ erhöht.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 2.824,0 T-€ verringert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 19,0 % gegenüber 30,5 % im Vorjahr. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Umschichtung in das Finanzanlagevermögen.

Die Erhöhung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 114,2 T-€ resultiert aus den gestiegenen Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (+102,4 T-€) sowie den höheren Forderungen aus Mietnebenkosten (+11,8 T-€).

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 90,9 T-€ ist auf die Zunahme der übrigen sonstigen Vermögensgegenstände (+3,2 T-€), der Steuererstattung (+5,9 T-€) und der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (+140,3 T-€) zurückzuführen. Dagegen verminderten sich die angeforderten Projektmittel (-240,3 T-€).

Der Abbau der **Guthaben bei Kreditinstituten** von 6.633,5 T-€ auf 3.786,2 T-€ resultiert aus dem Mittezufluss aus dem laufenden Geschäftsbetriebes sowie der Investition in den Finanzanlagen von 3.000,0 T-€. Für getätigte Investitionen in Sachanlagevermögen flossen 704,1 T-€ ab.

Die Erhöhung der **Aktiven Rechnungsabgrenzung** von 17,1 T-€ ergibt sich aus der Abgrenzung von Versicherungen und Beiträgen.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen. Hinzu kommen Zielvorgaben in den im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzten Projekten zur Gründungsförderung, die im Berichtszeitraum trotz der schwierigen Rahmenbedingungen erfüllt werden konnten.

Insgesamt waren die Gebäude der Gesellschaft im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,56 % ausgelastet. Temporäre Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 99,60 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Branchen in denen die Mieter der Gesellschaft tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Biomedizin & Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	32,20 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	18,64 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	8,47 %
• Neue Materialien, Nanotechnologie, Umwelttechnologie (Green Economy)	10,17 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	3,39 %
• Sonstige Dienstleistungen	27,13 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 59 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der erschwerten Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan für 2023 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2024 bis 2027 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2023	5.057	5.202	-32	-177
2024	5.076	5.250	-77	-251
2025	5.124	5.254	-132	-272
2026	5.238	5.238	-252	-252
2027	5.376	5.264	-393	-281

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Erheblich veränderte Auswirkungen durch die kriegsbedingte Wirtschafts- und Energiekrise werden bei unveränderter politischer Lage nicht erwartet.

Anlass für diese Einschätzung bieten einerseits die trotz Pandemie, Energie- und Wirtschaftskrise relativ stabile konjunkturelle Verfassung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Kernbranchen der Gesellschaft, die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprognosen sowie eine hohe Verbundenheit der Bestandsunternehmen mit dem Standort (z.B. Investitionstätigkeit, Zufriedenheitsindikatoren, Fachkräftezugang). Andererseits sind aber auch die sich allgemein verschärfenden Rahmenbedingungen für technologieorientierte Unternehmen (aktuelle und potentielle Mieter), wie beispielsweise die Auswirkungen der Energiekrise und Energiewende (erhöhte Energiekosten), zunehmende Arbeitskosten, Schwierigkeiten bei der Akquisition von Eigen- und Fremdkapital (insbesondere in der Frühphase junger Unternehmen) zu berücksichtigen. Steigende Kosten für Instandhaltung und Reparaturen der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen sowie die Notwendigkeit von Investitionen in Modernisierungsmaßnahmen bestehender Infrastrukturen und in Neubauprojekte stellen eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar, um deren langfristigen Bestand als wirtschaftsfördernde und Impulse gebende Institution am High-Tech-Standort Technologiepark Weinberg Campus zu sichern und nachhaltig zum Erreichen der durch die Gesellschafter vorgegebenen Zielvorgaben erfüllen zu können.

Die Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise stellen umfangreiche Herausforderungen für die Prognoseberichterstattung dar. Die Risiken der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen für die Gesellschaft, werden weiterführend im Risikobericht beschrieben.

Dem Aufgabenspektrum der Gesellschaft als Technologie- und Gründerzentrum entsprechend, sind die Rahmenbedingungen für Ansiedlungen, Gründungen und die Weiterentwicklung technologieorientierter Wachstumsunternehmen zu betrachten. Grundsätzlich bieten die vorgehaltene Infrastruktur und die Dienstleistungsangebote günstige Bedingungen für die o.g. Zielgruppen. Da Standortentscheidungen national und international agierender Unternehmen wesentlich von Branchentrends, unternehmensspezifischen und persönlichen Präferenzen und zum Teil durch Investoren beeinflusst werden, ist eine Prognose des Ansiedlungspotenzials eher schwierig. Wesentliche Erfolgsfaktoren bei Ansiedlungsbestrebungen sind deshalb eine hohe Bekanntheit und ein positiv besetztes klares Profil des Standortes insgesamt sowie fokussierte Vertriebsanstrengungen und ein engmaschiges Netzwerk an Multiplikatoren. Im Rahmen der Zukunftsstrategie 2030 wurden Ziele, Zielgruppen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumente definiert sowie durch ein Flächenentwicklungs- und ein Kommunikationskonzept weiter unteretzt. Das im Berichtsjahr weiterentwickelte Geschäftsmodell bietet darüber hinaus klare Leitlinien, welche die betriebswirtschaftlich solide Fortführung ermöglicht. Die Vorgaben dieser strategischen Ausrichtung gilt es in den kommenden Jahren stringent umzusetzen und sich verändernden Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln. Entscheidend für den Erfolg ist hierbei das regionale Potenzial für Unternehmensgründungen und deren Etablierung am Standort. Dies ist insbesondere im Bereich der Hochtechnologie im Vergleich zu Standorten von Wettbewerbern mit ähnlichen Vermietungsflächen eher begrenzt. Deshalb wird sich die Gesellschaft auch in den kommenden Jahren weiterhin für die Stärkung der Gründungskultur in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region engagieren sowie wissens- und technologieorientierte Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase dem entsprechend bedarfsorientierte Flächen- und Dienstleistungsangebote unterbreiten. Im laufenden Geschäftsjahr besteht wieder das Ziel der Ansiedlung von technologieorientierten Ausgründungen aus dem regionalen Hochschul Umfeld. Der Zielerreichung dient weiterhin die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gründerservices der Martin-Luther-Universität, der Hochschule Anhalt und der Hochschule Merseburg sowie mit dem universitären An-Institut Univations GmbH. Zudem sollen die Wachstumsförderung von Bestandsunternehmen und die Ansiedlung neuer Technologieunternehmen aus dem nationalen und internationalen Umfeld intensiviert sowie die Unterstützung der Stadt Halle (Saale) bei der Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus durch Ansiedlung von Technologieunternehmen forciert werden. Als ausgesprochen erfolgreich kann das durch die Gesellschaft etablierte Accelerator-Programm bezeichnet werden. Im Berichtsjahr konnten dadurch wieder einige neue Startups angesiedelt und beim Wachstum unterstützt werden. Das Programm trägt zudem positiv zur Profilbildung des Standortes bei. Zukünftig sind durch die konzeptionelle Verknüpfung der geplanten Neubauvorhaben mit den Dienstleistungen des Accelerator-Programms weitere Impulse für Innovationen und die damit verbunden Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten.

Für die Ertragsprognose der Gesellschaft sind insbesondere individuelle Entwicklungen der Bestandsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu betrachten, besonders die der Mieter mit größeren Flächenanteilen. Darüber hinaus ist die Ansiedlung und Gründung neuer technologieorientierter Unternehmen sowie die Unterstützung von Bestandsunternehmen beim Wachstum am Standort und auf den Flächen der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr eine wesentliche Aufgabe für die Geschäftsführung. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist weiterhin die nachhaltige Profilbildung des Standortes als Technologiepark und des Technologie- und Gründerzentrums sowie des Bio-Zentrums als Inkubator, Akzelerator und Impulsgeber für wachstumsorientierte Technologieunternehmen.

Aufgrund der alternden Infrastruktur in den Gebäuden der Gesellschaft ist in den nächsten Jahren mit exponentiell steigenden Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen zu rechnen. In diesem Zusammenhang steht die Notwendigkeit einer sukzessiven und den spezifischen Anforderungen entsprechenden Modernisierung der bestehenden Gebäude und der technischen Anlagen mit dem Ziel des Erhalts und des Ausbaus der Standortattraktivität sowie die Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben. Im kommenden Geschäftsjahr wird in diesem Sinne die Sanierung von Bestandsflächen weiter intensiviert. Basis ist ein ganzheitliches Konzept für die Modernisierung aller Bestandsgebäude mit einem Planungshorizont bis 2027.

Für die kommenden Jahre ist zudem die Errichtung weiterer eigener neuer Gebäude geplant. Zum einen soll wie schon im Abschnitt zum Geschäftsverlauf 2022 berichtet, ein weiteres hochtechnisches Gebäude mit Labor-, Technikums- und Konferenzflächen für technologieorientierte Unternehmen aus den Bereichen Biomedical, Life Sciences, New Materials und Green Economy gebaut werden (Business Development Center). Zudem soll ein neues Gebäude für Startups in den frühen Gründungsphasen errichtet und in räumlicher Verbindung mit dem in Sanierung befindlichen ältesten Gebäude der Gesellschaft zum zentralen Innovation Hub des Standortes ausgebaut werden. In Kooperation mit der Martin-Luther-Universität wird darüber hinaus der Neubau eines Forschungsgebäudes geplant, das in enger konzeptioneller und räumlicher Verbindung zum o.g. Business Development Center stehen und ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier bilden soll. Im Berichtsjahr wurden das Baurecht durch Erbbaupachtverträge gesichert, Förderzusagen erteilt, Planungsleistungen vergeben und die Projektsteuerung beauftragt. Die Neubauplanungen werden im kommenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert. Im Ergebnis sollen insgesamt ca. 18.000 - 20.000 qm neue Vermietungsflächen entstehen. Ziel ist es, gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier zu entwickeln und in den nächsten Jahren umzusetzen. Die Umsetzung der Neubauprojekte ist für die Jahre 2023 bis 2027 geplant.

Letztlich befindet sich die Geschäftsführung im Sinne eines Technologiepark-Managements in Strategiegelgesprächen zur weiteren Infrastrukturentwicklung mit allen strukturbestimmenden Einrichtungen, insbesondere mit der Martin-Luther-Universität und der Universitätsmedizin Halle. Dasselbe gilt auch für Unternehmen, die zukünftig eigene Produktionsstätten im Technologiepark errichten wollen.

Für eine zeitgemäße Planung, Steuerung und Kontrolle der kaufmännischen, technischen und kommunikativen Abläufe werden in den kommenden Jahren zahlreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt. Schwerpunkt hierbei bildet auch 2023 die weitere Einführung eines umfangreichen CAFM-Systems (Facility Management Software).

Zukünftige Projektleistungen für kleine und mittelständische Unternehmen sind kaum planbar, da diese zum Teil erst durch das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Digitalisierung sowie durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume, insbesondere für die neue EU-Strukturfondsperiode bis 2027, unteretzt werden. Dies gilt ebenso für relevante Förderprogramme des Bundes. Diesbezüglich zeichnet es sich ab, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die einen KMU-Status besitzen. Dies trifft für die Gesellschaft nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit entsprechenden Partnern bearbeitet werden kann. Bei der Weiterentwicklung des aktuellen Geschäftsmodells wird verstärkt berücksichtigt, dass Fördermöglichkeiten und -quoten nach Ablauf der Strukturfondsperiode generell stark sinken werden. Deshalb besteht das Ziel einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit aller Marktangebote.

Den strategischen Rahmen für die aufgeführten infrastrukturellen und inhaltlichen Maßnahmen bildet die weitere Umsetzung des bereits erarbeiteten Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft und die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung des Wirtschaftskonzeptes der Stadt Halle (Saale). Letzteres wird nunmehr 2023 neu gefasst. Dem Ziel der Standortentwicklung dient darüber hinaus die Positionierung als Impulsgeber und Koordinator der Standortaktivitäten in den kommunalen Innovationsschwerpunkten Biomedical Life Sciences, Material Sciences und Softwareentwicklung ebenso wie die verstärkte Mitarbeit bei der Koordination des länderübergreifenden Clusterschwerpunktes Life Sciences Mitteldeutschland und beispielsweise die intensive Mitarbeit im Leitmarktarbeitskreis Gesundheit und Medizin des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Für das kommende Geschäftsjahr sind zudem weiterführende Aktivitäten zur Unterstützung der Standortunternehmen bei der Fachkräftegewinnung, -qualifizierung und -sicherung geplant. Beispiele hierfür sind der Aufbau einer Weinberg Campus Academy, kooperativ organisierte Angebote im Bereich des Gesundheitsmanagements und der Kinderbetreuung sowie die Etablierung von neuen Formaten zur besseren Integration neuer Unternehmer bzw. Unternehmerinnen und Führungskräfte in die beruflichen und sozialen Netzwerke am Standort Halle (Saale).

Zusammenfassend ist eine positive wirtschaftliche Weiterentwicklung des Technologieparks Weinberg Campus, der TGZ Halle GmbH, der Bio-Zentrum Halle GmbH sowie damit nicht zuletzt der Stadt Halle (Saale) und der Region zukünftig von der Ganzheitlichkeit im Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Ziel ist eine stringente Wertschöpfungskette mit den vernetzten Bestandteilen Bildung, Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Produktion und Vermarktung, die letztlich Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze sichert.

Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung des Jahres 2023ff. aus den genannten Gründen verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an sie adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Energie- und Wirtschaftskrise insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung, die im Rahmen der bereits im Prognosebericht genannten Leuchtturmprojekte für die Region in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität genutzt werden sollen.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Mit der Erteilung einer Förderzusagen im Dezember 2022 durch das Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Forsten sowie der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für die Errichtung zweier neuer Gebäude für Startups und junge Wachstumsunternehmen ist diesbezüglich ein wichtiger Meilenstein erreicht.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne die Einflüsse der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden aktuell weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Demselben Zweck dient auch der geplante Erweiterungsneubau auf dem Gelände des Innovation Hub (s.o.). Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen. In diesem Sinne konnte im Berichtsjahr die Gründung eines neuen Branchenclusters „Life Science Sachsen-Anhalt“ initiiert werden, welches im kommenden Geschäftsjahr mit einer Geschäftsstelle im Innovation Hub auf dem Weinberg Campus landesweit ausgebaut werden soll.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Kurz- bis mittelfristig bestehen durch den Krieg in der Ukraine sowie durch die Auswirkungen der dadurch bedingten Energie- und Wirtschaftskrise, den weltweit zunehmendem Protektionismus und die Notwendigkeiten zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zum Teil nur schwer kalkulierbare wirtschaftspolitische Risiken. Aber auch in der mittleren bis langen Frist unterliegt die Gesellschaft im Rahmen der Kategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind weiterführende Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig. Die geplanten Neubauvorhaben wirken dem genannten Risiko mittelfristig entgegen.

- Durch die Energiewende und die kriegsbedingte Energiekrise kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden gemeinsam mit dem langjährigen Partner und Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften im Rahmen der Energieinitiative und der Roadmap Klimaneutralität.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise stellt auch für das Risikomanagement eine enorme Herausforderung dar. Vor allem die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Krise auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand sind nur schwer zu beurteilen. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister und allgemeiner Preisentwicklungen im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie der Zusammenarbeit im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt und der Energieinitiative Halle.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Wie bereits im Berichtszeitraum und auch in den Jahren der Pandemie zuvor zu erkennen, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.

- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft und weitere Zinserhöhungen insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstands erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erwirbt. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und Freizeitgestaltung der halleischen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstands gehören auch:

- die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badebetriebs;
- die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebots an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badebetrieb;
- die Absicherung des Schulschwimmens;
- die Absicherung des Vereinsschwimmsports.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft liegt in der Förderung des Gesundheitswesens und des Sports sowie der Freizeitgestaltung und dient der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Waldenburger, Annette
Beirat:	Berend, Stephanie Binner, Simone (seit 01.04.2022) Dr. Kreutzfeldt, Annette Dr. Marquardt, Judith

Beirat:

Friedrich, Holger
Hülbusch, Peter (bis 31.03.2022)
Mehlis, Marion
Michalak, Ingo
Misch, Werner
Ufer, Niklas
Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.853	77	10.012	81	10.504	83	841	8
Umlaufvermögen	3.264	23	2.275	19	2.154	17	989	43
Rechnungsabgrenzungsposten	68	0	42	0	31	0	26	62

Bilanzsumme	14.185	100	12.329	100	12.689	100	1.856	15
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.854	48	6.850	56	6.849	54	4	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.576	25	2.779	22	2.995	24	797	29
Rückstellungen	240	2	114	1	250	2	126	111
Verbindlichkeiten	3.515	25	2.586	21	2.595	20	929	36

Bilanzsumme	14.185	100	12.329	100	12.689	100	1.856	15
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.055	4.791	5.370
sonstige betriebliche Erträge	301	342	486
Materialaufwand	3.202	2.334	2.986
Personalaufwand	2.067	1.521	1.498
Abschreibungen	646	688	781
sonstige betriebliche Aufwendungen	509	511	526
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	124	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46	54	61
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-2	0
Ergebnis nach Steuern	10	27	4
sonstige Steuern	6	26	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	1	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	0,02	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,06	0,01	0,05	%
Cash-Flow:	650	689	785	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	120	97	127	T€
Personalaufwandsquote:	32,52	29,64	25,59	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,48	81,14	82,76	%
Eigenkapitalquote:	48,32	55,56	53,98	%
Fremdkapitalquote:	51,68	44,44	46,02	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Besucher öffentliches Baden	228.197	129.448	139.542	Anzahl
Besucher Vereinsschwimmen	144.576	83.716	78.762	Anzahl
Besucher Schulschwimmen	77.744	41.924	42.767	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat erstmals zum 1. Mai 2010 in Kraft. Am 29. Januar 2021 haben die Stadt Halle (Saale) und die Bäder Halle GmbH die Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages um weitere zehn Jahre unterzeichnet. Der Bäderfinanzierungsvertrag sichert die Finanzierung des Bäderbetriebes im Zeitraum bis 2030. Er stellt darüber hinaus die Durchführung der notwendigen Ersatzinvestitionen/Instandhaltungen im Rahmen des Bäderkonzeptes der Stadt Halle und die Umsetzung der Sanierung des Stadtbades sicher. Damit kann das vielfältige Angebot für Schulsport, Breiten- und Spitzensport sowie für den öffentlichen Badebetrieb auch zukünftig durch die Bäder Halle GmbH zur Verfügung gestellt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleischen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener Straße in Halle (Saale) wurde vom 1. August 2014 bis zum 30. Juni 2021 an die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH verpachtet und durch diese betrieben. Der Vertrag wurde durch die GWG zum 30. Juni 2021 gekündigt. Seit dem 1. Juli 2021 ist die Stadt Halle (Saale) neuer Pächter der Ballsporthalle.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat in Zusammenarbeit mit der Bäder Halle GmbH (BHG) bereits in der 2. Jahreshälfte 2020 ein Bäderkonzept erarbeitet. Mit dem Konzept verfolgt die Stadt Halle (Saale) das Ziel, die Vielfalt der halleischen Bäderlandschaft für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus zu sichern sowie deren Anziehungskraft für die Bevölkerung der Stadt und aus der Region zu stärken. Dieses Konzept wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 beschlossen und dient der Bäder Halle GmbH als Arbeitsgrundlage. Durch zielgerichteten und effizienten Einsatz der der BHG zur Verfügung stehenden Instandhaltungs- und Investitionsmittel sind die Bäder langfristig zu erhalten und angemessen an den Bedarfen der Nutzer auszurichten.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Die Sanierungskosten belaufen sich auf rd. 26,8 Mio. EUR (netto). Für die Beteiligung an der Finanzierung dieser Sanierung konnten zunächst drei Fördermittelgeber gewonnen werden. Der Bund beteiligt sich mit 13,4 Mio. EUR, das Land Sachsen-Anhalt mit 6,0 Mio. EUR und Stadtumbaumittel werden in Höhe von 3,0 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Zuletzt konnte mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ein vierter Fördermittelgeber gewonnen werden, der sich mit 5,0 TEUR beteiligt. Der verbleibende Anteil von 4,4 Mio. EUR wird von der Bäder Halle GmbH über Gesellschafterdarlehen aufgebracht. Geplant ist die Umsetzung der Gesamtanierung bis 2026.

Der erste Stand der Vorplanung für die Sanierung des Stadtbades wurde am 30. September 2022 mit einer Kostenschätzung übergeben, welche deutlich über dem Zielwert von 26,8 Mio. EUR lag. Die maßgeblichen Gründe dafür waren Baupreis- und Kostensteigerungen aufgrund neuer Erkenntnisse, welche durch die vertiefende Planung gewonnen wurden. In enger Abstimmung mit Landesdenkmalamt und unterer Denkmalbehörde wurde die Planung intensiv überarbeitet, um das Kostenziel zu erreichen. Im Zuge dieser Bearbeitung wurden Einsparpakete gebildet, die im Falle einer Bereitstellung weiterer Fördermittel auch später wieder in die Bearbeitung aufgenommen werden können. Am 22. Dezember 2022 konnte die Vorplanung freigegeben werden, da das übergeordnete Planungsziel der Einhaltung der vereinbarten Kostenobergrenze von 26,8 Mio. EUR erreicht war.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Einen großen Teil der Aufwendungen stellen die Materialaufwendungen (insbesondere Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme/Gas) und Personalaufwendungen in Summe dar. Diese sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die seit dem 24. November 2021 andauernde 2-G-Zutrittsbeschränkung im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie bestand bis zum 19. März 2022 fort. Ab dem 20. März 2022 durften die Bäder auch für getestete Personen öffnen. Seit dem 3. April 2022 gelten keinerlei Zugangsbeschränkungen. Die Schwimmhalle Saline wurde aufgrund der notwendigen Lüftungssanierung vom 28. März bis 15. April 2022 geschlossen. Aufgrund der Gasverknappung im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine haben die Bäder Halle in Absprache mit der Stadt Halle (Saale) und den Stadtwerken entschieden, das BHKW-betriebene Schwimmbad Saline zur Einsparung von Erdgas vom 24. Juni bis 11. September 2022 zu schließen. Im Gegenzug wurden die Öffnungszeiten des Schwimmerbeckens im Freibad Saline vom 27. Juni bis 13. Juli 2022 um 90 Minuten verlängert. Zudem blieb das Freibad Saline eine Woche, bis zum 11. September 2022, länger geöffnet. In dieser Zeit fand in den Vormittagsstunden neben dem öffentlichen Schwimmen auch Schwimmunterricht für Schulkinder statt. Zur Einsparung von Wärmeenergie (Gas und Fernwärme) wurden aufgrund einer Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen die Wassertemperaturen in den Schwimmhallen im Sommer 2022 um durchschnittlich 1 °C abgesenkt.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind bei der Bäder Halle GmbH in diesem Geschäftsjahr zunächst in Preissteigerungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wie z.B. Kraftstoff und Chemikalien für die Badewasseraufbereitung sowie bei Instandhaltungsleistungen von Fremdfirmen spürbar. Gas- und Fernwärmelieferverträge liefen erst zum Jahresende 2022 aus. Gas für den Betrieb des BHKW Saline ab Januar 2023 musste zu einem Preis beschafft werden, der weit über den geplanten Aufwendungen dafür liegt. Für Strom hat die Bäder Halle GmbH einen langfristigen Liefervertrag geschlossen, mit Preisbindung bis 31. Dezember 2023. Der Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) für die Robert-Koch-Schwimmhalle wurde für das Jahr 2023 verlängert. Die vertraglichen Bestimmungen sehen ein jährliches Kündigungsrecht von drei Monaten zum Jahresende vor.

Im Zusammenhang mit der Klage der Bäder Halle GmbH gegen den Planer aufgrund eines Gewährleistungsmangels aus der Sanierung des Nordbades im Jahr 2010/2011 wurde der Bäder Halle GmbH das Recht auf die Erstattung der Mängelbeseitigungskosten zugesprochen, konkret wurde auf einen Vorschuss diesbezüglich geklagt. Der Vorschuss beläuft sich gemäß Urteil auf eine Hauptforderung in Höhe von TEUR 888 und Zinsen auf die Hauptforderung (inkl. Verzug) in Höhe von TEUR 115. Die Bäder Halle GmbH wird die Instandsetzung der mangelhaften Rinne 2023/2024 mit den Mitteln aus der Hauptforderung umsetzen. Dabei handelt es sich um einen Kostenvorschuss. Übersteigen die tatsächlichen Mängelbeseitigungskosten diesen Vorschuss, ist dies nachzuweisen und auch dieser Aufwand gemäß Urteil durch die Beklagte zu erstatten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Betrieb von Sport- und Freibädern war im Geschäftsjahr 2022 stark vom Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Gasverknappung geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Besucherzahlen aufgrund des Wegfalls pandemiebedingter Schließzeiten um ca. 76 % gestiegen. Die Besucherzahlen, vor allem in den Schwimmhallen, sind während der Öffnungszeiten gegenüber der Wirtschaftsplanung jedoch um ca. 25 % zurückgegangen. Hierin berücksichtigt sind nicht die Rückgänge aufgrund der zeitweisen Schließung der Schwimmhalle Saline aufgrund der Lüftungssanierung und Gaseinsparung. Hauptursache hierfür sind die anfänglichen pandemiebedingten Zutrittsbeschränkungen und die spätere Absenkung der Wassertemperaturen zum Zwecke der Energieeinsparung. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2022 lässt sich hinsichtlich der Witterungsverhältnisse als „guter Freibadsommer“ bezeichnen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2022 auf das Jahresergebnis brachte die Ausrufung der ersten beiden Stufen des „Notfallplan Gas“ der Bundesregierung und die Aufforderung, Gas zu sparen. Die Schließung des Hallenbades Saline zur Reduzierung des Gasverbrauchs ging mit Besucher- und Erlösverlusten einher.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche negative Einflussfaktoren waren die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus zu Jahresbeginn und der Krieg in der Ukraine im Verlauf des Jahres 2022. Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse. Aufgrund der pandemiebedingten, behördlich angeordneten Schließungen von mehreren Monaten im Jahr 2021 lagen die Besucherzahlen deutlich niedriger als im Jahr 2022, das aber auch von Einschränkungen geprägt war:

Nutzergruppe	Jahr	2021	2022
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:		61.456	123.682
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:		67.992	104.515
Besucher Schulschwimmen:		41.924	77.744
Besucher Vereinsschwimmen:		83.716	144.576

* ohne Angersdorfer Teiche

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren in der Bäder Halle GmbH 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 7 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 17 Frauen. In den Monaten Juni bis September haben im Schnitt 10 Saisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 44 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 9 Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit der geforderten Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetriebe aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe wurde für 2022 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 auf.

Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) weist keine Anpassung zum Vorjahr auf, da hier eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 zugrunde gelegt wurde.

Personalentwicklung 2022

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden.

Führungskräfteentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden im Jahr 2022 die Themen „Vom Kollegen zur Führungskraft“, „Mitarbeitergespräche führen“ sowie „Projektmanagement“ angeboten. Teilnehmende, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlicher und / oder disziplinarischer Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. An zwei Terminen (einmal Präsenz, einmal virtuell) konnten für Führungskräfte und Projektverantwortliche Workshops zur Information über die erarbeiteten Instrumente im SWH-Projektmanagement (der SWH-Projektgruppe) durchgeführt werden. Die Mitarbeiter machten sich hier mit der Auftragsklärung, dem Projektsteckbrief und der Rückschau vertraut und übernehmen nun eine Rolle als Multiplikator in ihren Verantwortungsbereichen.

Nach zweijähriger Pause konnte im Mai und Juni 2022 wieder unsere Führungskräfteveranstaltung durchgeführt werden. Erstmals wurde eine hierarchische Mischung der Führungsebenen über die beiden Tagungstermine ermöglicht. Viele Führungskräfte nahmen die Möglichkeit der Präsenztagung wahr und trafen sich in Leipzig. Mit der „Roadmap <2045“ stand der erste Tagungstag ganz im Zeichen des strategischen Unternehmensziels Klimaneutralität. Neben Informationen der Geschäftsführungen zum Vorgehen der Führungsgesellschaften, wurden mehrere Teilprojekte der Roadmap aus den SWH-Unternehmen vorgestellt. Die Teilnehmenden haben diese Informationsplattform dankbar angenommen und den Fachexperten hilfreiche Hinweise für die weitere Umsetzung geben können. Zusätzlich wurde die Plattform der Führungskräfteveranstaltung auch genutzt, um die Führungskräfte direkt über die Auswirkungen der tagespolitischen Geschehnisse auf den deutschen Energiemarkt und die SWH-Unternehmen zu informieren. Die neue Kampagne zur Informationssicherheit stand im Fokus des zweiten Tagungstages. Neben einem externen Fachexperten haben hier auch die Fachverantwortlichen der SWH-Gruppe die Teilnehmenden informiert und sensibilisiert.

Mitarbeiterentwicklung

Die Schulungen laut Compliance-Schulungsplan wurden im Kalenderjahr 2022 ausschließlich virtuell angeboten.

Entsprechend des Zweijahres-Schulungsturnus absolvierten mehrere Führungskräfte der Bäder Halle mit übertragenen Unternehmerpflichten ein Webinar zur Sensibilisierung für die eigene Verantwortung in den Bereichen Arbeitssicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit. Während die Themen Datenschutz und Informationssicherheit durch interne Beauftragte vermittelt wurden, konnte für das Thema Arbeitssicherheit eine neue externe Referentin gewonnen werden.

Auch die jährlich angebotene Korruptionspräventionsschulung wurde als Webinar durchgeführt. Führungskräfte mit Schulungsbedarf entsprechend des CMS (Compliance Management System) hatten die Möglichkeit, aus zwei Terminoptionen zu wählen. Führungskräften, die nicht teilnehmen konnten, wurden die Informationen im Nachgang zum Selbststudium zur Verfügung gestellt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Bade- und Saunabereich betrugen 927,7 TEUR (Vorjahr 548,9 TEUR) und liegen damit über dem Vorjahresniveau und nur leicht unter Plan.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2022 bei 156,4 TEUR (Vorjahr 114,5 TEUR). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen 214,6 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen, Erbbauzinsen gegenüber. Aufwendungen für die Grundsteuer aus den Jahren 2017-2021 wurden vertragsgemäß ebenfalls an den Pächter weiterberechnet. Unter den Umsatzerlösen ist das Leistungsentgelt der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2022 mit 4.559,9 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 3.770,2 TEUR lag.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erlöse aus Arbeitnehmerüberlassung sowie Auflösungen aus Sonderposten für die Sprunghalle in Halle Neustadt enthalten.

Die Aufwendungen lagen im Jahr 2022 in vielen Bereichen über denen des Vorjahres, da das Jahr 2021 von langer pandemiebedingter Schließung gekennzeichnet war. Unter den Aufwendungen für Material werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme und Gas und Dieselkraftstoff in Höhe von 1.085,0 TEUR (Vorjahr 1.038,8 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung, die in Höhe von 317,0 TEUR (Vorjahr 194,7 TEUR) beansprucht wurden, sowie Fremdleistungen Personal in Höhe von 104,9 TEUR (Vorjahr 100,1 TEUR) sowie Personaldienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,6 TEUR (Vorjahr 40,7 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand belief sich in 2022 auf 1.380,0 TEUR (Vorjahr 693,4 TEUR). Darin enthalten sind neben den laufenden Instandhaltungsaufwendungen u.a. die Aufwendungen für die dringend erforderliche Dachsanierung des Freibades Saline.

Die Personalaufwendungen liegen bei 2.066,9 TEUR (Vorjahr 1.521,7 TEUR). Das Vorjahr war hierbei beeinflusst durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld, das Geschäftsjahr 2022 durch Tarifsteigerungen und die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 3,9 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus den die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle sowie aus der Verpachtung der Ballsporthalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2022 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.853,7 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 3,9 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Zuführung des Jahresergebnisses 2022.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen hat in 2022 einen Anstieg von 797,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, bedingt insbesondere durch die Sanierung des Stadtbades.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2022 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2022 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 1.121,1 TEUR (Vorjahr 1.517,2 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen durch die Rückrechnung des Leistungsentgeltes gegenüber der Stadt Halle eine Erhöhung zum Vorjahr auf.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2022 eine Eigenkapitalquote von 48,3 % aus (Vorjahr 55,6 %).

4.2.2. Investitionen

Für den Zeitraum 2021 bis 2030 wurde im Zusammenhang mit der Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages und unter Berücksichtigung des Bäderkonzeptes der Stadt Halle (Saale) ein sehr umfassender Investitionsplan erarbeitet, der Bestandteil des Nachtrages zum Bäderfinanzierungsvertrag ist und darauf fußt, dass diese Investitionen über Gesellschafterdarlehen finanziert werden. Im Jahr 2022 wurden Investitionen in Höhe von 564,7 TEUR für die Erneuerung der Lüftungsanlage in der Schwimmhalle Saline aktiviert, davon konnten 200,0 TEUR mit Fördermitteln für „Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von stationären raumlufttechnischen Anlagen“ finanziert werden.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Am 31. Dezember 2022 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 14.184,9 TEUR, das ist eine Steigerung um 1.855,5 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2022 ein Anlagenbestand in Höhe von 10.853,2 TEUR erreicht (Vorjahr 10.012,3 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 988,5 TEUR auf.

Die Passivseite weist einen Anstieg des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf, welcher für geleistete Anzahlungen im Bau und Investitionen in technische Anlagen und Maschinen verwendet wurde.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach den Betriebserfahrungen der zurückliegenden Jahre im laufenden Betrieb nicht mehr möglich. Nach Untersuchungen im Rahmen des Energieaudits wären über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, noch Einsparpotenziale zu heben. Hierbei ist jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die einzelnen Investitionen amortisieren würden. Die Entwicklung der Energiepreise wird diese Entscheidungen insbesondere im Hinblick auf den Zeitpunkt der Umsetzung stark beeinflussen.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da das öffentliche Schwimmen zu „sozial verträglichen Eintrittspreisen“ erfolgen soll.

Weiterhin ist es das Ziel der Bäder Halle GmbH für die kommenden Jahre, die Besucherzahlen in den Hallenbädern wieder zu steigern und zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann soll weiter in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Pandemiebedingt erfolgte in den Jahren 2020 bis Anfang 2022 eine Umorientierung in der sportlichen Betätigung, da die Bäder überwiegend geschlossen waren. Jetzt gilt es, die dabei verlorenen Potenziale wieder zurückzugewinnen oder neue Personengruppen für Bewegung im Wasser zu gewinnen. Dazu wird auch die Sanierung des historischen Stadtbades beitragen.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 13 Risiken ermittelt (Vorjahr 9). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	2	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	5	0	0
Technische Risiken	-	-	-
Gesamt	13	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind als bedeutende neue Risiken die steigenden Aufwendungen für Gas, Fernwärme und Strom als Folge des Krieges in der Ukraine für das Jahr 2023 eingetreten.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2023 sowie in der Mittelfristplanung bis 2027 wurde davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Es muss jedoch gelingen, die verlorenen Besucher in die Hallenbäder zurückzugewinnen. Ebenso wurden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Auf dieser Grundlage wurden ab 2023 bis 2027 konstant 292.900 Besucher geplant. Ausnahme stellten die Jahre 2024 und 2025 dar, da hier geringere Besucherzahlen aufgrund der sanierungsbedingten Schließung des Stadtbades unterstellt wurden. Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2023 in Höhe von 964,4 TEUR bis 2025 auf 1.017,1 TEUR nur marginal aufgrund der eingeplanten Anpassungen der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer sowie der Schulen und einer Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, an. In allen anderen Bereichen wurde von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen. Wie sich das Jahr 2023 aufgrund des anhaltenden Krieges in der Ukraine entwickelt, bleibt abzuwarten, ebenso die Auswirkungen der Marktpreisveränderungen für Elektro- und Wärmeenergie sowie Gas.

5.5. Investitionen

Für das Jahr 2023 sind in Summe 906,3 TEUR für Investitionen in den Schwimmhallen und Freibädern geplant. Weitere 2.327,0 TEUR sind für die Sanierung des Stadtbades eingeplant, welche in Gänze über Fördermittel finanziert werden. Das Stadtbad-Gesamtsanierungsprojekt soll bis 2026 umgesetzt werden.

5.6. Finanzierung

Die langfristig geplanten Investitionen werden über Darlehensaufnahme finanziert, was mit der Fortführung des Bäderfinanzierungsvertrages beschlossen wurde. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

5.7. Ergebniserwartung

Für das Geschäftsjahr 2023 werden 5,0 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Im Planungszeitraum 2023 bis 2026 wurde ein konstantes Ergebnis geplant. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder wird für das Jahr 2023 ein Zuschussbedarf in Höhe von 4.604,9 TEUR geplant. Auch für die Folgejahre wurde davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der sechs Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Bedeutung für die Stadt Halle (Saale) ist in der durch die Gesellschaft angebotenen Leistung der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der BFW GmbH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:

Vorsitzende	Wenderoth, Nicola	
stellv. Vorsitzender	Krahl, Hans-Joachim	
	Battermann, Jens	
	Brederlow, Katharina	
	Dönitz, Anke	
	Dr. Danek, Simone	
	Gellrich, Barbara	
	Gering, Horst	(seit 01.03.2022)
	Ideker, Thomas	

Verwaltungsrat:

in Sande, Andrea (seit 01.01.2022)
Leaclair, Ina
Reinhardt, Marlis
Stegmann, Jürgen (bis 28.02.2022)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.210	74	10.944	74	11.386	75	-734	-7
Umlaufvermögen	3.584	26	3.907	26	3.867	25	-323	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	16	0	20	0	26	0	-4	-20
Bilanzsumme	13.810	100	14.871	100	15.279	100	-1.061	-7

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.627	55	8.063	54	7.751	51	-436	-5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.883	28	4.069	27	4.260	28	-186	-5
Rückstellungen	232	2	247	2	276	2	-15	-6
Verbindlichkeiten	2.068	15	2.492	17	2.992	19	-424	-17
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	13.810	100	14.871	100	15.279	100	-1.061	-7

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.184	7.276	7.247
sonstige betriebliche Erträge	415	433	634
Materialaufwand	855	872	846
Personalaufwand	4.154	4.339	4.178
Abschreibungen	821	825	788
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.114	1.260	1.162
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	88	102	126
Ergebnis nach Steuern	-433	313	781
sonstige Steuern	4	1	-1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-437	312	782

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-7,06	4,29	10,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,42	4,03	11,22	%
Cash-Flow:	384	1.137	1.570	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	100	115	116	T€
Personalaufwandsquote:	62,95	56,28	53,01	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	73,67	73,36	74,25	%
Eigenkapitalquote:	55,23	54,22	50,73	%
Fremdkapitalquote:	44,77	45,78	49,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Abrechnungstage	36.980,00	47.134,00	46.970,00	Tage

f) Lagebericht**I. Grundlagen des Unternehmens**

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. Dabei ging es 2022 im Schwerpunkt um Projekte, in denen die Digitalisierung und die damit einhergehenden Chancen und Risiken für blinde und sehbehinderte Menschen betrachtet wurden. Das BFW Halle wirkte seit 2020 als Referenzeinrichtung in dem Projekt KLIASSIST, welches durch den Bundesverband der Deutschen Berufsförderungswerke koordiniert wird, mit. Dieses Projekt endete im März 2022 und beschäftigte sich mit der Fragestellung, wie künstliche Intelligenz für Menschen mit Behinderungen nutzbar gemacht werden kann. Der Lern- und Experimentierraum im BFW Halle richtete sich an erwachsene Menschen, die aufgrund einer Seheinschränkung ihren Beruf nicht oder nur eingeschränkt ausüben können. Insbesondere neue Rehabilitandinnen und Rehabilitanden sollten von der Navigationshilfe Assist All bei der räumlichen Orientierung auf dem Gelände der Einrichtung unterstützt werden.

Im Projekt PsyCoVIA, welches im Dezember 2022 endete, arbeiteten Experten aus den Niederlanden, Kroatien, Ungarn, Italien und Deutschland zusammen. Da die Arbeit mit sehbeeinträchtigten Menschen mit Mehrfachbehinderungen, insbesondere psychischen, sehr komplex und die Zielgruppe relativ klein ist, gibt es wenig Erfahrungswissen, Literatur und Austausch zu diesem Thema. Daher arbeitete das BFW Halle in einem von der Europäischen Union geförderten Projekt mit, in welchem es um psychische/psychiatrische Komorbiditäten (Begleiterkrankungen) bei Menschen mit Sehbeeinträchtigungen ging.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Das Jahr 2022 war für das Berufsförderungswerk Halle ein sehr herausforderndes Jahr. Verschiedene Krisen prägen seit etlichen Jahren die berufliche Rehabilitation und damit auch das Berufsförderungswerk Halle. Seit Jahren löst eine angespannte Situation die nächste ab: Wirtschaftskrise, Eurokrise, Klimakrise, Corona und seit 2022 ein Krieg mitten in Europa mit massiven Auswirkungen auf Energiepreise und Inflation. Die damit verbundenen Veränderungen und Veränderungsgeschwindigkeiten in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und dementsprechend auch in der Rehabilitation waren 2022 schwierige Rahmenbedingungen. Vor allem die durch die Inflation verursachten Preissteigerungen bei gleichzeitigem Belegungsrückgang beeinflussten die wirtschaftliche Situation in der beruflichen Rehabilitation stark. Die Themen Digitalisierung und Barrierefreiheit bleiben 2022 eine Herausforderung. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse sowie deren schrittweise sinnvolle Digitalisierung unter diesen Gesichtspunkten ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Das verändernde Beratungsgeschäft der Leistungsträger, die Veränderung des Arbeitsmarktes sowie die Sorgen und Ängste der Menschen mit Sehbeeinträchtigungen im Zusammenhang mit den bestehenden Krisen stellen die berufliche Rehabilitation vor große Herausforderungen. Der mittlerweile in der gesamten Arbeitswelt, über alle Branchen hinweg und für alle Berufsgruppen angekommene Fachkräftemangel macht für die berufliche Rehabilitation die Personalentwicklung zu einer enormen Herausforderung. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Inflation haben den Geschäftsverlauf 2022 wesentlich beeinflusst. Prägend für das Geschäftsjahr 2022 war vor allem der massive Einbruch der Belegung, welcher sich bereits ein Jahr zuvor aufgrund einer deutlich reduzierten Anzahl von Assessmentmaßnahmen, welche eine wichtige Vorausmaßnahme zur Belegung im BFW ist, schon andeutete. Demgegenüber standen bedingt durch die Inflation deutlich gestiegene Kosten, die sich nicht in den Preisen der Maßnahmen widerspiegeln. Die größte Herausforderung für das BFW Halle waren das Tempo und der Zeitdruck der Entwicklungen. Die Probleme und Herausforderungen sind sowohl kumulativ als auch exponentiell und überschneiden sich. Im Laufe des Jahres 2022 war die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen daher rückläufig.

Im Jahr 2022 nahmen durchschnittlich 102 Teilnehmer (im Vj. 131 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit, wobei die Belegung der Bundesagentur für Arbeit/Jobcenter sowie der DRV Bund stark rückläufig waren.

Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich auch 2022 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung in Zeiten der Krisen das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen. Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2022 daher trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie unter den aktuellen Bedingungen der Inflation die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Digitalisierung war für das BFW Halle (Saale) im Jahr 2022 nicht nur in den Projekten präsent. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des BFW Halle (Saale) wurde 2022 weiter verfolgt. In dieser Digitalisierungsstrategie sind wichtige Stakeholder einer digitalen Entwicklung sowie die Handlungsfelder definiert. Es wurden technische Lösungen implementiert, die Arbeit damit verstetigt und die digitale Didaktik sukzessive verbessert.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Anzahl der Maßnahmentage 2022 positiver als im Vorjahr, jedoch wiederum unterhalb des Planungsansatzes. Dies ist hauptsächlich den Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet. Ursächlich für die niedrige Belegung im Assessment waren darüber hinaus das sich verändernde Beratungsgeschäft der Leistungsträger sowie die vielen Sorgen und Ängste von sehbehinderten und blinden Menschen.

Die Zertifizierung nach der Norm DIN EN ISO 2001:2015 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2022 erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar und gestaltet sich immer anspruchsvoller.

Neben der Anpassung der Marketingmaßnahmen an die wechselnden Rahmenbedingungen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation weiterzuentwickeln. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in den Akquise Prozessen sowie in der Ausbildungsorganisation. Die Umgestaltung der Qualifikation in einen modularen Aufbau wurden 2022 weitergeführt. Das Thema Personalentwicklung stand im Vordergrund, um u.a. die Spezifik der Sehbehinderten- und Blindenrehabilitation zu schärfen sowie die Entwicklung digitaler Kompetenzen sowohl den Mitarbeitern als auch bei den Rehabilitanden zu fördern. Eine große Herausforderung waren 2022 wiederum das Tempo und der Zeitdruck der Entwicklungen. 2022 waren durchschnittlich 63 (im Vj. 64) Angestellte sowie 3 (im Vj. 3) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. 4 Mitarbeitende im Rahmen des Teilhabechancengesetzes unterstützten die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitenden lag bei 17,51 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2022 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 127 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin. Wie in den letzten Jahren war und ist einer der Schwerpunkte der Ausbau und nun – nach vielen Jahren des Wachstums – vordergründig die Konsolidierung der Geschäftsstelle in Berlin. Die abgeschlossenen baulichen Maßnahmen und räumlichen Erweiterungen ermöglichen der Gesellschaft, in Verbindung mit einer eigenen Qualifizierung in Berlin, mittlerweile das Spektrum eines gesamten BFW's abzubilden. Die Geschäftsstelle in Berlin ist auch 2022 damit wieder eine der tragenden Säulen in der Belegungssicherung und in der nachhaltigen Liquiditätssicherung der Gesellschaft.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 1.092 gesunken. Dies resultiert aus der stark gesunkenen Belegung.

Im Berichtsjahr fielen mit 36.980 Abrechnungstagen (im Vj. 47.134) 21,5 % weniger Abrechnungstage in Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen sowie Integrationsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Erlöse aus den Assessmentmaßnahmen sind um TEUR 87 gestiegen, liegen aber weiterhin mit TEUR 294 weit unter der Planzahl.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies betreffen insbesondere die Erträge aus Vermietung und Verpachtung sowie die daraus resultierenden Nebenkosten. Der Materialaufwand ist um 2,0 % gesunken. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2022 TEUR 186 (im Vj. TEUR 191).

Die Reduzierung des Personalaufwandes um 4,2 % im Vergleich zum Vorjahr resultierte 2022 aus der Nichtbesetzung von Stellen sowie Langzeiterkrankungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken u.a. auf Grund der sinkenden Belegung um 11,6%. Das Betriebsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 758,5 auf TEUR -344,7.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 11,6.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2022 einen Jahresfehlbetrag von TEUR 436,8.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2022 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 196 (im Vj. TEUR 890) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2022 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds sank um TEUR 319. Die Gesellschaft verfügt 2022 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Investitionen wurden 2022 aufgrund des Belegungsrückgangs deutlich reduziert und lagen schwerpunktmäßig im Bereich IT.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.061,1 gesunken.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 86,2 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 820,9 gegenüber.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2022 TEUR 11.509, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 83,3 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2022 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen war die Belegung im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag über den Vorjahreszahlen, aber noch weit unter den Planungsgrößen. Die Zahl der Rehabilitanden ging stark zurück. Die Geschäftsstelle Berlin stellte 2022 weiterhin eine stabile wirtschaftliche Größe für das BFW Halle (Saale) dar. Hier lag 2022 die Auslastung im geplanten Ansatz.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2022 weiter um. Trotz dieser Maßnahmen gelang es 2022 nicht, die Ertragsseite zu stabilisieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen der aktuellen Krisen werden die Ertragslage des BFW Halle (Saale) in diesem Jahr wesentlich prägen, da im Jahr 2022 Assessmentmaßnahmen in Größenordnungen ausgeblieben sind und daher die Belegung 2023 weiter rückläufig ist. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Die Kostensatzentwicklung muss neben der Entwicklung der Tarife die durch die Inflation bedingten Kosten berücksichtigen. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2022 konnten die geplanten Erhöhungen nicht erzielt werden. Der Krieg in der Ukraine, die Klimakrise sowie die weiterhin andauernden Nachwirkungen aus der Corona-Pandemie verschärfen die Situation weiter. Sinkende Belegungszahlen werden damit stark steigenden Kosten gegenüberstehen, die aktuell nicht durch den Kostensatz abgebildet werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf der Grundlage einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 117 Teilnehmern und dem Ergebnis der Kostensatzverhandlungen ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2023 ein negatives Jahresergebnis. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) wie im Jahr 2022 eine schwierige Entwicklung. Dies bezieht sich auf die Umsatzerlöse aller Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation. Die Gesellschaft erwartet daher im Jahr 2023 ein negatives Jahresergebnis.

Bei der Planung der Personalkosten wurde eine Tarifsteigerung von 5,0 % eingerechnet. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 435 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung und im IT-Bereich liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2023 von 90 Teilnehmern geht das BFW Halle (Saale) von einem negativen Ergebnis aus. Bei den Assessmentmaßnahmen und Einzelmaßnahmen erwartet das BFW Halle (Saale) eine leichte Erholung, die in den sich normalisierenden Bedingungen bei den Leistungsträgern nach der Corona-Pandemie begründet sind. Ein weiterer Rückgang in den Assessmentmaßnahmen kann negative Auswirkungen auf die Belegung der Folgejahre haben.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche seit dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Diese Vermietung lief zum 31.08.2022 aus. Eine weitere Nutzung wird derzeit geprüft. Die Belegung in der Geschäftsstelle Berlin ist im ersten Quartal 2023 eingebrochen und wird im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig sein.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten 2023 fortgesetzt. Hierzu werden Analysen durchgeführt, die Kommunikationsformen umgestellt und neue Zugänge erschlossen.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen sowie die Digitalisierung werden zukünftig mehr im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2023 weiter optimiert. Generell erfolgt eine Umstellung der Arbeits- und Kommunikationsformen.

Die Infrastruktur mit ihrem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht. Infolge des Ukrainekrieges und der damit verbundenen hohen Inflation wird sich diese Situation weiter verschärfen, da davon auszugehen ist, dass die Preise unter anderem für Energie und Fernwärme deutlich steigen werden.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis unter den Nachwirkungen der Corona Pandemie.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Flexibilität verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ unter veränderten Rahmenbedingungen zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommen dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Über allem stehen die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine und die Klimakrise, deren Folgen – zumindest im Umfang – z.Z. nicht kalkulierbar sind. Hier sind alle Szenarien auf globaler und nationaler Ebene und bezüglich aller Lebensbereiche denkbar. Welche gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, finanztechnischen, rechtlichen, sozialen, psychischen, selbst politischen Folgen tatsächlich eintreten, wird vom weiteren Verlauf zunächst in Deutschland, aber auch darüber hinaus bestimmt werden.

Als Herausforderung erweist sich weiterhin die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt. Infolge der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine wird die Inflation weiter stark ansteigen. Dies hat Auswirkungen auf die Kostenstruktur im BFW Halle, die sich derzeit nicht in den gegenwärtigen Kostensätzen des BFW Halle widerspiegelt.

In Bezug auf die IT-Sicherheit sieht das BFW Halle, dass mit personengebunden Daten arbeitet, die größten Risiken derzeit im Datenabfluss als auch in der Datenverschlüsselung durch Cyberangriffe. Die damit verbundene Absicherung der IT-Systeme ziehen weitere Kostensteigerungen nach sich. Infolge der Auswirkungen des Ukrainekrieges ist derzeit ein Ausfall der kritischen Infrastruktur nicht auszuschließen.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2023 das Kernziel der Gesellschaft. Hierbei wird die Digitalisierung sowie damit verbunden die Barrierefreiheit eine immer bedeutsamere Rolle spielen.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft und 2020 abgeschlossen wurde, galt es, dieses Risiko näher zu erforschen, eventuelle Versorgungslücken zu eruieren sowie entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben. Die Versorgungslücken sind nach wie vor vorhanden.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Die Fachkräftegewinnung gestaltet sich auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation schwierig.

Das BFW Halle (Saale) ist durch die Spezialisierung befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Infolge der aktuellen Krisen ist diese kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung eher unsicher. Hier werden sich die Art und Weise der beruflichen Rehabilitation verändern. Digitale Lernformen werden mehr und mehr Einzug halten. Welche Auswirkungen dies auf die Strukturen der beruflichen Rehabilitation im BFW Halle (Saale) hat, ist momentan schwer abzuschätzen. Es ist mit einem teilweisen veränderten Dienstleistungsangebot zu rechnen. Die digitalen Lernformen stellen aus Sicht des BFW Halle (Saale) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen eine Ergänzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation dar, ersetzen können sie diese nicht.

Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern. Die berufliche Rehabilitation ist in der Zukunft u.a. auch zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie mitbestimmend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie für die Deckung des Fachkräftebedarfes.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. In Folge der Corona-Pandemie ist zunächst mit einem Rückgang der Belegung zu rechnen. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Der Ukrainekrieg wird einen weitgehenden Anstieg der Inflation nach sich ziehen und damit Auswirkungen auf die Kosten der beruflichen Rehabilitation haben. Das BFW Halle (Saale) sieht sich mehr denn je steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Rehabilitation, der fortschreitenden demografischen Entwicklung und der derzeit sich verändernden Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine weiter sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können. Die mittelfristigen Risiken der Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der Folgen des Krieges in der Ukraine können im Moment noch nicht abschließend bewertet werden und sind ins Risikomanagement aufzunehmen. Hierzu gehören auch Risiken bei der IT-Sicherheit.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept vor der Corona-Pandemie erarbeiteten Szenarien waren mittelfristig keine Liquiditätsengpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür waren stabile Belegungszahlen.

Auf Grund der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind Aussagen zur mittelfristigen Liquidität derzeit schwer möglich. Die Aussagen der Rehabilitationsträger, dass das BFW Halle als Spezialeinrichtung ein Alleinstellungsmerkmal hat, lässt die Aussage zu, dass 2023 nach jetzigem Stand die Liquidität im BFW Halle nicht gefährdet ist. Hierbei muss sich der Trend 2023 bei den Assessmentmaßnahmen positiv entwickeln und die Belegungszahlen steigen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen, Netzwerke sowie der Digitalisierung bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie alternative Lernformen sowie die Barrierefreiheit von Dokumenten, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Einrichtungen im öffentlichen Bereich hierzu nachfragen und die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) dafür in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. Mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenkonzeptes konnte das BFW Halle die Auswirkungen der Corona-Pandemie bisher gut kompensieren. Hierin sieht das BFW Halle (Saale) eine Chance für die zukünftige Entwicklung der Belegungssicherung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Alternative Lernformen sind gefragter denn je. Das BFW Halle (Saale) kann zeigen, wozu das BFW in der Lage ist und begleitet die Teilnehmenden individuell und je nach ihren Möglichkeiten. Damit bietet die Krise auch eine Chance zur Weiterentwicklung.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Die Folgen der Corona-Pandemie sowie des Krieges in der Ukraine sind derzeit für das BFW Halle (Saale) mittel- bis langfristig nicht einschätzbar.

Unter der Voraussetzung einer in etwa auf dem Niveau von 2021 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätseingpässe für 2023 nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) wird die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes unter den Einflüssen der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine mittel- bis langfristig prüfen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	Eigenbetrieb	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der EfA verfolgt den Zweck, arbeits- und mittellose Menschen auf dem Weg in ein eigenständiges, selbstbestimmtes und weitestgehend von staatlicher Unterstützung unabhängiges Leben zu begleiten. Ziel ist es, diesen Menschen sowie ihren Kindern, gute Chancen auf soziale Teilhabe in Bildung und Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu sollen sie qualifiziert sowie nachhaltig an den Arbeits- und Ausbildungsmarkt herangeführt und integriert werden.

Das betrifft insbesondere die Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, die Durchführung und Koordination von Fördermaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung nach dem SGB II oder SGB III, die Förderung der Jugendwerkstätten der Stadt Halle (Saale), den Erhalt und Ausbau von beruflichen Kompetenzen und Qualifikationen für Ausbildung und Beschäftigung, die Verwaltung und Weiterleitung von Fördermitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union, die Umsetzung oder Beteiligung an arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen sowie die Umsetzung eines Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt (DLZA).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb verfolgt Sozial- und Gemeinwohlinteressen sowie die Förderung der Wirtschaft und damit einen öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:	van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
		Döring, Jan
		Heym, Carsten
		Schied, Thomas
		Schmeil, Birgit
		Streckenbach, Johannes

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2022 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2021.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	21	0	34	0
Umlaufvermögen	12.772	100	13.914	100
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	2	0

Bilanzsumme	12.806	100	13.950	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	0	37	0
Sonderposten für Zuwendungen und Zuschüsse	572	5	585	4
Rückstellungen	149	1	97	1
Verbindlichkeiten	12.048	94	13.231	95

Bilanzsumme	12.806	100	13.950	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	6.085	1.653
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.238	3.311
sonstige betriebliche Erträge	1.429	1.005
Materialaufwand	1.112	1.478
Personalaufwand	4.957	4.315
Abschreibungen	18	24
sonstige betriebliche Aufwendungen	189	152
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0
sonstige Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	18	24	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	24	22	T€
Personalaufwandsquote:	78,98	72,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,17	0,25	%
Eigenkapitalquote:	0,29	0,27	%
Fremdkapitalquote:	99,71	99,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	95,00	95,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	46,00	43,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	10,00	12,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2021 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt Halle (Saale) in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) der Stadt Halle (Saale) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2021 erfüllen.

Im Jahr 2021 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Von Juni bis September 2021 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2020 durch den Fachbereich Rechnungsprüfung geprüft. Mit dem Prüfbericht wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2020 wurde am 22.12.2021 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 wurde parallel zum Haushaltsplan der Stadt am 22.12.2021 durch den Stadtrat beschlossen.

Arbeitsmarktpolitik in besonderen Zeiten

Rückblick auf die Pandemie:

Seit dem 19.03.2020 wurden im Berichtszeitraum **2, bis heute 7, Betriebliche Anweisungen**, zur Umsetzung der neuen SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel (24.04., 10.08., 26.08.2020 und 21.01 sowie 22.04. 24.11. 2021 sowie 11.04.22) im Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) umgesetzt, mit denen die räumlichen und konzeptionellen sowie die hygienischen Voraussetzungen für eine Arbeit unter veränderten Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Mit der Anweisung vom 22.04.2021 wurden die freiwilligen Selbsttests eingeführt sowie die 3G Regel zur Anwendung gebracht.

Zur Realisierung hat der Arbeitsschutzausschuss unter Beteiligung des Personalrates und der Fachkraft für Arbeitssicherheit regelmäßig getagt und die betriebsinternen Regelungen regelmäßig an den vorliegenden Verordnungsstand von Bund, Land und Kommune angepasst.

Seit dem 11.05.2020 werden Maßnahmen und Projekte nur noch unter Vorlage eines individuellen Hygienekonzeptes durchgeführt und bewilligt.

Trotz der auch im Jahr 2021 angespannten pandemischen Lage und der enormen Herausforderungen an den SARS-CoV-2 Arbeitsschutz konnten zum Jahreswechsel insgesamt 620 Maßnahmeplätze in 151 Projekten realisiert werden, auch wenn pandemiebedingt ein entsprechend hoher Krankenstand zu verzeichnen war.

Dies ist nur der Tatkraft und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu verdanken, die mit der Umsetzung und Realisierung der Maßnahmen und Projekte betraut sind.

Ausblick unter pandemischen Bedingungen:

Dauerhafter Mehraufwand

- Digitalisierung:
So viele Arbeitsplätze wie möglich werden mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Leider wurden, schon im Jahr 2020 bestellte, mobile Endgeräte erst im Frühjahr 2022 geliefert. Bei turnusmäßigen Ersatzbeschaffungen wird geprüft, ob diese Aufgabe auch mobil umsetzbar ist und dann die entsprechende Hardware beschafft.
- Einstellung zusätzlicher Reinigungskräfte für die Sozialräume zur Einhaltung der Hygienevorschriften und zur Überwachung der Abstandsregeln.
- Einstellung zusätzlicher Fahrer um die Anzahl der Personen in Fahrzeugen zu reduzieren.
- Gestaffelte Arbeitszeiten, um die gleichzeitige Nutzung von räumlichen Ressourcen zu reduzieren.
- 20 zusätzliche Mitarbeiter*innen an Grund- und Förderschulen Σ 64 MA bis zum Mai 2022
- Die Nachbesetzung freiwerdender Plätze gestaltet sich auch weiterhin als eher schwierig

Weitere Entwicklungen im Jahr 2021

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wurde entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2021 für die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, dem Landesprogramm „Gesellschaftliche Teilhabe – Jobperspektive 58+“, der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend zur weiteren Kofinanzierung für Förderprogramme des Landes und für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr seit dem Jahr 2016 bis zum Jahr 2026 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2023 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) und dadurch auch der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes wurde erst am 29. Januar 2021 beschlossen. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2020 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 02.03.2021 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen nur verzögert umgesetzt werden. Die Veröffentlichung des Wirtschaftsplans 2021 und des Jahresabschluss 2020 konnte dabei erst zum 26.11.2021 erfolgen.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2022 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2021.

Prägend für das Geschäftsjahr 2021 war die mit der Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt verbundene Entwicklung und Umsetzung des Förderprogrammes „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA), die Umsetzung der Förderprogramme mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die zeitgleiche Abrechnung der auslaufenden Förderinstrumente Gesellschaftliche Teilhabe, Jobperspektive GT 58+ und Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA).

Im letzten Quartal des Jahres mussten dann noch kurzfristig Verlängerungsanträge für die Fördermaßnahmen Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsmarkt (STaA), Familien stärken-Perspektiven eröffnen (FsPe) und Regionale Koordination gestellt werden, da dem Land Sachsen-Anhalt noch Mittel des Europäischen Sozialfond (ESF) aus der auslaufenden Förderperiode zur Verfügung standen.

In diesem Zusammenhang mussten auch die zeitlichen Ressourcen für die konzeptionelle Ausgestaltung der vom Land Sachsen-Anhalt geplanten Förderrichtlinie „Regio Aktiv“ für den Förderzeitraum bis 2027 bereitgestellt werden.

Für die Umsetzung des 10. SGB II Änderungsgesetzes (10. SGB II ÄG) „Teilhabechancengesetz“, welches im Dezember 2018 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, hat der Eigenbetrieb gemäß Stadtratsbeschluss aus August 2019 die entsprechenden Stellen im Jahr 2020 realisiert und im Jahr 2021 die Vertragsverlängerung für die betroffenen Mitarbeiter*innen vorbereitet. Bis Heute kommt es hierbei immer wieder zu Verfahrensänderungen. Diese Herausforderung ist für den Eigenbetrieb sehr aufwendig, da jede einzelne Stelle annähernd den gleichen Aufwand wie bei mehrfachbesetzten Maßnahmen erfordert.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr 2021 stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Erstmals im Jahr 2021 gab es ein Planungsgespräch unter Einbeziehung der Geschäftsführungen und der Umsetzungsebene im eigenen Hause. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des Efa war im Geschäftsjahr 2021 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von nunmehr 42 Monaten und einer Intensivbetreuung für jede Teilnehmerin und jeden Teilnehmer, dem Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", die Umsetzung und Gestaltung des Teilhabechancengesetz sowie „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ), das für die Jahre 2019 bis 2022 neu konzipiert wurde.

Darüber hinaus mussten die Förderprogramme des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für die Vermeidung beruflicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und für die individuelle berufliche und soziale Wiedereingliederung von arbeitslosen Personen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds des Landes Sachsen-Anhalt, z.B. Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+, „Familien stärken-Perspektiven eröffnen“ (FsPe), die Regionale Koordination (ReKo) und das Regionale Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf (RÜMSA) umgesetzt werden. In den letzten Wochen des Jahres 2021 hat das Land Sachsen-Anhalt die Verlängerung verschiedener dieser Förderinstrumente (ReKo, FsPe, STaA) bis zum 30.06.2022 bzw. zum 30.09.2022 bewilligt.

Die Verlängerungsanträge mussten kurzfristig bearbeitet und gestellt werden.

Mit der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit hat das Land Sachsen-Anhalt seit Ende 2015 große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Mindestens die Qualität der entsprechenden Personalkostenförderung ist im Vergleich zu anderen Landesprogrammen nicht konform.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2021 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Entwicklung und Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat den Beschluss zur Umsetzung dieses Förderprogramms in Vorgriff auf den Haushalt 2018 ff am 30.08.2017 gefasst und damit einer zeitnahen Umsetzung und der notwendigen Bindung personeller Ressourcen ab November 2017 den Weg freigemacht. Derzeit liegt eine Budgetbewilligung bis 30.06.2022 vor. Dieses bewilligte Budget ermöglicht es aber nur mit einer verminderten Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Projekt finanzieren. Vor dem Hintergrund der Personalentwicklung bei der Intensivbetreuung wurden kostenintensive Maßnahmeplätze abgebaut, um die Quantität der Betreuung und Nachbetreuung der Teilnehmenden mit einem hohen Standard bis zum 30.06.2022 aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträger*innen für die Laufzeit von 2019 bis 2022 entsprechende Kapazitäten gebunden. Die Bewilligung des Förderprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ für die Förderperiode 2019 bis 2022 ging am 10.12.2018 ein, so dass den Teilprojekträger*innen noch am 13.12.2018 die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn übergeben wurde. Dadurch konnte eine unterbrechungsfreie Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Förderprogramm ab dem 01.01.2019 bis 31.12.2022 gesichert werden. Bedingt durch die vor dem Hintergrund der Bundestagswahl erfolgte Umstrukturierung der Bundesministerien erfolgte hier eine neue Zuordnung. Diese führt dazu, dass sich eine geplante Beantragung zur Fortsetzung dieser Arbeit in den Fördergebieten „Soziale Stadt“ weit in das Jahr 2022 (Juli ff.) verschiebt.

Problematisch gestaltet sich für die Teilprojekträger*innen im Förderprogramm BIWAQ im Jahr 2019 der Wechsel der Förderperiode, da verausgabte Mittel aus dem letzten Quartal des Vorjahres erst nach erfolgter Schlussprüfung des Gesamtverwendungsnachweises ausgezahlt werden und erste Abschläge für die neue Förderperiode keinesfalls vor dem dritten Quartal des Folgejahres erfolgen. Damit ergibt sich eine Liquiditätslücke von mindestens 9 Monaten, in der Summe aller Träger*innen ca. 310.000 €.

Dieses Problem soll bei einer weiteren Beantragung im Vorfeld vermieden werden. Dem widerspricht aber die verspätete Veröffentlichung des Förderprogramm.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden. Im Team „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ ist dies die Finanzierung einzelner Maßnahmen aus mehreren Fördertöpfen, im Team „Projekte“ die Umsetzung der Projekte gemeinsam mit dem Jobcenter aus Bundesmitteln und der landesgeförderten Intensivbetreuung. Hierbei sind die nicht immer kompatiblen Richtlinien miteinander in Einklang zu bringen.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen. Im September des Jahres 2021 erfolgte dann eine komplette Rezertifizierung die der Eigenbetrieb erfolgreich absolvierte.

Federführend durch das Team Personal und Qualitätsmanagement, welches die Rezertifizierung gemäß Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) nach § 184 SGB II konstruktiv umgesetzt hat, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen.

Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde die seit Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung und der SARS-CoV-2 Arbeitsschutz in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuchs implementiert.

Seit dem Spätherbst 2018 hat sich der Eigenbetrieb in die konzeptionelle Entwicklung eines „Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt“ in der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales wurden für den Jahreswechsel ins Jahr 2020 die formalen Voraussetzungen für die Umsetzungen geschaffen. Dieser strukturelle Umbau gestaltet sich langfristiger als vorhergesehen. Die abschließenden Regelungen können erst mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode zum 30.06.2022 bzw. 30.09.2022 erfolgen.

Dabei ist davon auszugehen das dann im Jahr 2023 eine entsprechende Satzungsgemäße Überarbeitung für den Eigenbetrieb erfolgt.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2021 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung 1,- € Jobs, (seit 01.01.2021 = 2,00 €/Std.) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate Laufzeit),
- „Gesellschaftliche Teilhabe - Jobperspektive 58+“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 58 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 bis 48 Monate), bis zum Herbst 2021
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von bis zu 56 Monaten bis zum 30.06.2022 i. V. m.,

- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit nunmehr einer Laufzeit von 56 Monaten bis zum 30.06.2022,
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" Familienintegrations Coaches (FIC) bis zum 30.09.2022,
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern bis zum 31.12.2022,
- RÜMSA „Regionales Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung“ bis zum 31.12.2021,
- Arbeitsplätze gefördert nach Teilhabechancengesetz, SGB II § 16i für 60 Monate.

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2021 nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Gesellschaftliche Teilhabe- Jobperspektive 58+	39 Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	90 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	113 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	30 Plätze
Teilhabechancengesetz nach SGB II § 16i	78 Plätze
Gesamt:	350 Plätze
STaA Intensivbetreuung	191 Plätze
Summe:	541 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut, sowie im Auftrag des Eigenbetriebes 64 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, gefördert nach § 16 i SGB II, bei der Jugendwerkstatt.

Damit wurden im Jahr 2021 in der Summe 574 Teilnehmerplätze für Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Efa geschaffen. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt über **616 Beschäftigungsplätze realisiert** wurden. Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2021 insgesamt über 1.000 Personen**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate), hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses, weg vom Jobcenter, hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“, zu berücksichtigen.

Auch für die neue EU-Förderperiode ab 01.07.2022 hat das Land Sachsen-Anhalt eine ähnliche Vorgehensweise angekündigt. Dabei ist damit zu rechnen, dass die Budgetverantwortung und Budgetverwaltung auf die kommunale Ebene verschoben wird.

Zur Durchführung der Projekte hat der Efa folgende liquide Mittel erhalten:

	2021	2020
Zuschüsse der Stadt	1.654.144	1.638.889
Sonstige Einnahmen* der Stadt	89.369	104.833
Sonstige Einnahmen sonstige	18.973	13.573
Mittel des Bundes und ESF	416.669	513.094
Mittel des Landes und ESF	1.724.974	1.871.844
Mittel des Jobcenter Halle	2.343.161	1.675.833
Summe	6.247.290	5.818.066

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen

Durch einen guten Maßnahmemix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2021	2020	2019
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2020	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2021
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,3	11,3	0,0	11,5	11,5
strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
übrige Rückstellungen	85,9	37,5	3,3	92,1	137,2
	97,2	48,8	3,3	103,6	148,7

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2021 (TEUR)	2020 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	740,7	765,1
Zuschüsse Land / ESF	4.418,6	747,0
Zuschüsse Bund	54,3	17,3
Zuschüsse Stadt	871,3	123,4
Sonstige betriebliche Erträge	1.411,5	980,3
verwendete Spenden	0,0	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	18,3	24,9
	7.514,7	2.658,0

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2021	2020
durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	266	272
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	4.039,6	3.550,0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	917,8	765,4
- davon für die Altersversorgung	133,6	108,2
	4.957,4	4.315,4

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2022 und 2023

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 9.721* Personen arbeitslos, davon werden 7.294 bzw. 75 %* der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt damit 8,2 %*, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk 7,1 %* und erst recht dem Landesdurchschnitt von 6,8 %* und dem Bundesdurchschnitt von 5,3 %*.

*Daten aus dem Mai 2022

Durch die Krieg-, die Flüchtlings- und die Corona bedingte Wirtschaftssituation ist davon auszugehen, dass es in den Folgemonaten zu signifikanten Veränderungen kommen wird. Messbare Auswirkungen werden erst in den Folgemonaten erwartet. Es ist mit mindestens einer Verdoppelung des Anteils der SGB II Leistungsbezieher mit Migrationshintergrund zu rechnen.

Im Jahr 2022 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen verlängerten Förderinstrumente die Realisierung der Förderprogramme „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) sowie dessen Abrechnung im dritten Quartal, die Umsetzung der Förderperiode 2019 bis 2022 im Förderprogramm BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Realisierung des „Teilhabechancengesetzes“ als sogenannte öffentliche Arbeit bzw. eines Aktiv – Passiv- Tausches die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein genereller „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen derzeit abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs-, aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses und dessen Struktur an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft. Einig sind sich die Beteiligten Akteure, dass Maßnahmen mit begleitender (Intensiv) Betreuung und Nachbetreuung, egal in welcher Finanzierungsform, die effektivsten Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten. Dieses Vorgehen soll im Jahr 2022 und 2023 mit noch mehr kommunaler Verantwortung gestärkt werden.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Unterstützung bei der Einrichtung von Wohnungen für Flüchtlinge, Pandemielager, Flut, Schulen, Ordnung und Sauberkeit, Grünanlagen u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EfA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand, seit dem 01.01.2021 beträgt dieser Mehraufwand 2,00 € je Stunde, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Von den hier Beschäftigten sollen die förderfähigen Teilnehmenden möglichst über eine weitere Förderung nach § 16i SGB II auf den ersten Arbeitsmarkt platziert werden. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Nicht nur hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung und der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) zu sehen. Dazu wurde das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) geschaffen. In den kommenden Jahren werden wir uns den Herausforderungen des Strukturwandels, bedingt durch den Kohleausstieg, stellen müssen. Wenn dieser gelingen soll, wird bis 2038 ein breiter Fachkräftebedarf gedeckt werden müssen. Die Kinder, die bis dahin mit der Ausbildung fertig sein werden, sind schon eingeschult.

Das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) ist die zentrale Anlaufstelle für Hallenserinnen und Hallenser, Unternehmen und Institutionen zum Thema Arbeitsmarkt. Ziel ist es, alle an der Arbeitsmarktgestaltung beteiligten Einrichtungen, Institutionen und Personen zu vernetzen. Das DLZA arbeitet dazu mit dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, dem Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, den Institutionen von Bund und Land sowie weiteren Arbeitsmarktakteur*innen zusammen. Die gesetzlichen Zuständigkeiten werden dabei aber nicht aufgelöst, sondern besser miteinander vernetzt.

Ziel ist es, möglichst viele Menschen als Fachkräfte an die Region und Stadt Halle zu binden sowie dem vorhandenen Potential eine Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Jahr 2022 ist die Erstellung einer Bedarfsanalyse sowie das Verhandeln einer Zielvereinbarung mit dem Land Sachsen-Anhalt ein Schwerpunkt der Herausforderungen für das DLZA. Hinzu kommt die inhaltliche Ausschreibung der Förderinstrumente, die dann vom Eigenbetrieb bewirtschaftet werden. Sämtliche Finanz- und Personaltransfers, die für die Beantragung, Abrechnung und die Umsetzung der Projekte, Maßnahmen und Netzwerke des DLZA notwendig sind, werden durch die Verwaltung des Eigenbetriebes realisiert und im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) im Produkt 1.57104 als Gesamtzuschuss für den kommunalen Eigenanteil abgebildet.

Einige Förderinstrumente, die bisher im EfA abgebildet wurden, werden nunmehr inhaltlich dem DLZA zugeordnet. Dazu werden unter anderem die finanzielle Ausstattung des „Hauses der Jugend“ und die Stellen des DLZA in den Finanzplänen des Eigenbetriebes dargestellt.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte werden im Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

2.104.144 EURO

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

3.308.427 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

1.163.909 EURO

und sonstige Mittel

114.128 EURO

Zuschuss 2023 der Stadt Halle (Saale)

1.994.000 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2022 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	808 Maßnahme- Plätze
2019	515 Maßnahme- Plätze
2020	662 Maßnahme- Plätze
2021	541 Maßnahme- Plätze
2022	562 Maßnahme- Plätze
2023	578 Maßnahme- Plätze
	160 Personen werden darüber hinaus in weiteren Förderprogrammen betreut

Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Ernst-Häckel-Weg 10a 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Kindertagesbetreuung einschließlich der Bereitstellung der hierfür erforderlichen Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Kreisel, Jens	(bis 04.10.2022)
		van Rissenbeck, Goswin	(seit 23.11.2022)
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Bönisch, Bernhard	
		Dr. Lochmann, Mario	
		Dr. Schöps, Regina	
		Gellert, Beate	(bis 26.01.2022)
		Haupt, Ute	
		Röver, Antje	
		Ryll, Angela	
		Schachtschneider, Andreas	(seit 26.01.2022)
		Schnabel, René	

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2022 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2021.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2021		2020	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	63.531	86	54.236	88
Umlaufvermögen	10.131	14	7.510	12
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0

Bilanzsumme	73.662	100	61.746	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	19.520	26	20.106	33
Sonderposten mit Rücklagenanteil	41.852	57	29.683	48
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	5.883	8	3.633	6
Rückstellungen	6.336	9	8.210	13
Verbindlichkeiten	71	0	114	0

Bilanzsumme	73.662	100	61.746	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2021	2020
	T€	T€
Umsatzerlöse	54.009	50.635
sonstige betriebliche Erträge	2.413	2.326
Materialaufwand	67	41
Personalaufwand	43.689	43.376
Abschreibungen	2.281	1.737
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.842	8.707
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	129	143
Ergebnis nach Steuern	-586	-1.043
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-586	-1.043

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-1,08	-2,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,91	-4,93	%
Cash-Flow:	1.695	694	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	56	52	T€
Personalaufwandsquote:	77,43	81,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,24	87,83	%
Eigenkapitalquote:	26,50	32,56	%
Fremdkapitalquote:	73,50	67,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Betreuungsstunden	10.338.679	10.538.218	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	5,51	5,12	€/Std.
davon Personalkosten	4,29	4,17	€/Std.
davon Sachkosten	1,22	0,95	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.471	5.556	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
2. Geschäftsverlauf
3. Lage
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes
4. Baumaßnahmen und Investitionen
5. Personal

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen
2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht
2. Risikobericht

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO LSA

VI. Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2021

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

1. Geschäftsmodell – Ziele und Strategien

Der Eigenbetrieb wurde zum 01.01.2006 mit Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung und den Betrieb der nach Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verbliebenen kommunalen Kindertagesstätten.

Aktuell werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2021, 49 Kindertagesstätten und 6 Horte betrieben. Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß §121 KVG LSA geführt.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind gemäß § 4 Abs. 1 EigBG in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) geregelt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes sind die Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption unter dem Gesichtspunkt der Gemeinnützigkeit laut Abgabenordnung.

Des Weiteren ist in der Satzung festgelegt, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen ist. Es ist ein Wirtschaftsplan vorzulegen. Dieser muss aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht bestehen.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Die Stadt Halle (Saale) hat zu diesem Zweck eine Satzung auf Grund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes geschaffen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erlässt im Auftrag der Gebietskörperschaft die entsprechenden Kostenbeitragsbescheide, führt eine Sonderkasse und ist organisatorisch für die Beitreibung der Beiträge bis zur Vollstreckung selbst verantwortlich.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes bilden – neben den landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften - insbesondere das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt. Das Geschäftsjahr 2021 war vorrangig von gesetzlichen Vorgaben zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie geprägt, welche einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten des Eigenbetriebs nahmen. Die Auslastung einzelner Einrichtungen des Eigenbetriebes war nachhaltig von dieser Entwicklung geprägt.

2. Geschäftsverlauf

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die von der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) getroffenen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben den Eigenbetrieb Kindertagesstätten wesentlich beeinträchtigt.

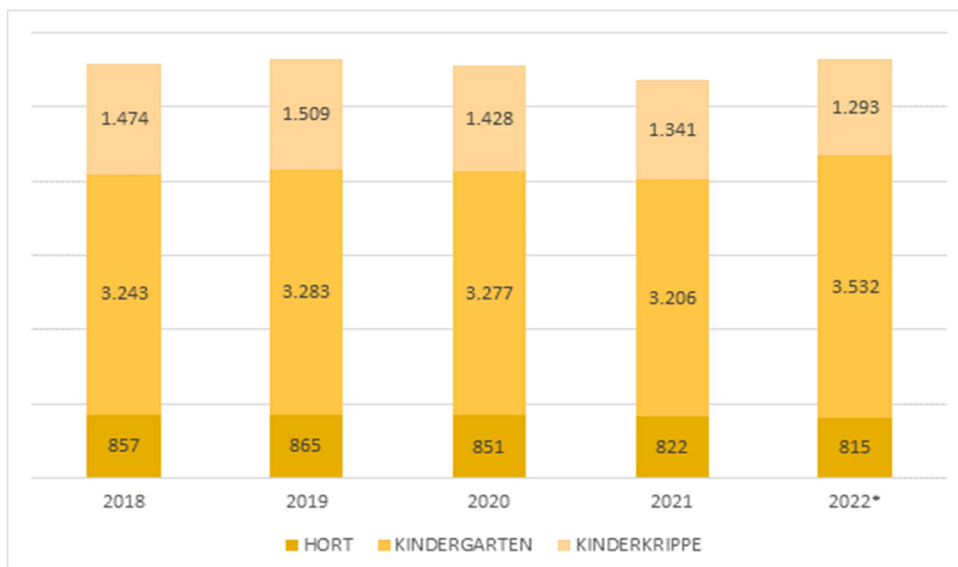
Aufgrund dieser Maßnahmen war der Eigenbetrieb Kindertagesstätten gezwungen, im Geschäftsjahr seine Gruppen in den Kindertagesstätten zu schließen und Kohorten entsprechend den Verordnungen der Bundesregierung, der Landesregierung Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) zu bilden.

Für das zum 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr weist der Eigenbetrieb einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 585.968,88 EUR aus. Daraus resultiert im Jahr 2021 ein leicht negatives Jahresergebnis als geplant (Plan 2021: -500.000,00 €). Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass die Kosten keine wesentlichen Steigerungen verzeichnen. Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes kann trotz des Jahresfehlbetrages insgesamt als ausgeglichen angesehen werden.

Im Durchschnitt wurden 5.471 Kinder im Wirtschaftsjahr 2021 betreut.

Die Belegung der Kindertagesstätten und damit verbunden auch die Erlöse aus Kostenbeiträgen wurden maßgeblich durch die veränderten Betreuungszeiten infolge der COVID-19-Pandemie beeinflusst.

Entwicklung der Belegungszahlen

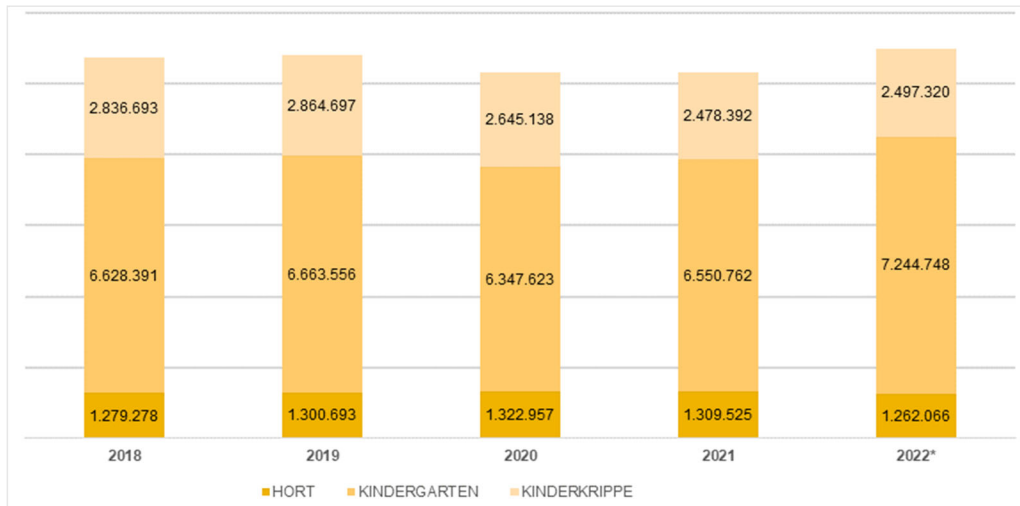


*Planzahlen

Die Belegung der vom Eigenbetrieb Kindertagesstätten angebotenen Plätze ist im Jahr 2021 um 3,4 % gegenüber dem Jahr 2020 im Wesentlichen aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie gesunken.

Zur Erläuterung im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan wird auf den Abschnitt „Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes“ verwiesen.

Entwicklung Betreuungsstunden



*Planzahlen

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden ist gegenüber dem Jahr 2020 auf 10,338 Mio. infolge der COVID-19-Pandemie zurückgegangen.

3. Lage

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzstruktur weist gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Anlagevermögen und Sonderposten sind durch Baumaßnahmen wesentlich gestiegen.

Das Anlagevermögen ist zu 100 % durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in TEUR	Bilanzsumme in Prozent	Vorjahreswert in TEUR	Bilanzsumme in Prozent
immat. VG	6	0,01	7	0,01
Grundstück/Gebäude	42.019	57,04	30.530	49,44
diverses AV	21.506	29,20	23.669	38,38
Eigenkapital	19.520	26,50	20.106	32,56
Sonderposten	41.852	56,82	29.682	48,09
langfr. Verbindlichkeiten	1.807	2,45	1.927	3,12

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 73.662, damit stieg sie um insgesamt TEUR 11.915 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2020.

Bilanzsumme und Anlagevermögen in TEUR

Jahr	Bilanzsumme in TEUR	Anlagevermögen in TEUR
2017	40.452	36.992
2018	44.832	37.557
2019	47.922	39.756
2020	61.747	54.236
2021	73.662	63.531

In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr, die kurz analysiert werden sollen:

Das Investitionsvolumen betrug im Berichtsjahr 2021 im Bereich der Sachanlagen TEUR 11.572. Das Anlagevermögen hat sich insgesamt von TEUR 54.236 auf TEUR 63.531 erhöht.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 16.694 (Vorjahr: TEUR 21.760) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2021 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Kostenbeiträgen weiterhin reduziert. Die zweifelhaften Forderungen konnten aufgrund der kontinuierlichen Arbeit des Mahnwesens weiter reduziert werden. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Die flüssigen Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 8.517 (Vorjahr: TEUR 6.006).

Aufgrund erhaltener Zuwendungen im Rahmen des Innovations- und Investitionsprogramms STARK III des Landes Sachsen-Anhalt sowie erhaltener Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) ist der Sonderposten zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 41.852 (Vorjahr: TEUR 29.683) angestiegen.

Zur Entwicklung der Rückstellungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Die Verbindlichkeiten haben sich insgesamt um TEUR 1.875 verringert.

Des Weiteren wurden die PPP-Darlehen planmäßig getilgt (Rückgang TEUR -258).

Im Bereich der **Gewinn- und Verlustrechnung** für 2021 gab es vorrangig wesentliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr bei den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die Umsatzerlöse entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr für das Geschäftsjahr 2021 positiv (TEUR 3.373).

Bestandteile der Umsatzerlöse	2021 in TEUR	2020 in TEUR
Kostenbeiträge	3.579	3.911
Zuweisungen KA-Kinder	1.388	1.584
Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt*	19.792	18.216
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.633	5.735
Ausgleich Stadt Halle (Saale)	19.754	17.368
Ermäßigungen	3.833	3.794
Erträge aus Mieten und Pachten	30	28
Summe	54.009	50.636

*inkl. projektbezogener Zuweisungen

Im Wirtschaftsjahr 2021 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 43.689 (Vorjahr: TEU 43.376) zu verzeichnen. Der Anstieg um TEUR 313 resultiert im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung zum 1. April 2021.

Weitere Personalaufwendungen im Geschäftsjahr 2021 betreffen Beiträge der Unfallumlage in Höhe von TEUR 302 (Vorjahr: TEUR 282).

Bestandteile der Personalaufwendungen	2021 in TEUR	2020 in TEUR
Löhne/Gehälter	1.966	1.967
soziale Abgaben	388	372
Aufwendungen Altersvorsorge	81	78
Insgesamt Verwaltung	2.435	2.416
Löhne/Gehälter	32.937	32.970
soziale Abgaben	6.713	6.415
Aufwendungen Altersvorsorge	1.302	1.291
Insgesamt Kindertagesstätten	40.951	40.676
EB Kita gesamt	43.387	43.094

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 2.135 erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Bewirtschaftungskosten (TEUR +1.295), Aufwendungen für Servicepauschalen (TEUR +192) sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (TEUR +85).

Das Jahr 2021 schließt der Eigenbetrieb mit einem Jahresfehlbetrag nach Risiko und Bewertung in Höhe von TEUR 586 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 1.043) ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2021 TEUR 8.517 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 2.511 erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere fehlende Auszahlungen der Mittel für Brandschutzmaßnahmen.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anhand der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 ist auch weiterhin von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung des Eigenbetriebs auszugehen.

Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)

Neben der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) in Höhe von TEUR 43.829 (Vorjahr: TEUR 40.409)) erhielt der Eigenbetrieb Zuweisungen von der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 1.350 (Vorjahr: TEUR 909), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 3.832 (Vorjahr: TEUR 3.794) sowie Zuweisungen für KA¹-Kinder in Höhe von TEUR 1.387 (Vorjahr: TEUR 1.584).

Jahr	Ausgleichszahlung in TEUR	Zuweisung in TEUR	Zuweisungen KA-Kinder in TEUR
2017	16.859	17.433	1.569
2018	17.475	17.632	1.621
2019	17.942	23.062	1.606
2020	17.367	23.042	1.584
2021	19.754	24.074	1.387

Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen im Durchschnitt	Beschäftigtenzahlen im Durchschnitt
2017	10.632.201	5.444	894
2018	10.744.362	5.574	943
2019	10.828.946	5.657	964
2020	10.538.218	5.556	983
2021	10.338.679	5.471	969

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2017 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2021 gingen wir in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.720 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2021 durchschnittlich 5.471 Kinder betreut und der Planwert somit um 249 Kinder unterschritten. Ursächlich dafür sind geringere Betreuungszahlen infolge der COVID-19-Pandemie.

Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

¹Kinder mit Kostenanerkennung gem. §§ 53, 54 SGB XII

4. Baumaßnahmen und Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden folgende Baumaßnahmen fertiggestellt:

- Neubau der Kindertagesstätte Albrecht-Dürer-Straße 8a, 06114 Halle (Saale)
Die feierliche Eröffnung der Kindertagesstätte fand im Beisein von Bürgermeister Egbert Geier am 08. Oktober 2021 statt.
- Neubau der Kindertagesstätte Theodor-Weber-Straße 11, 06112 Halle (Saale)
Bis September 2021 wurden Restleistungen durch verschiedene Gewerke erbracht. Die Abnahme der Kindertagesstätte fand am 24.09.2021 statt.
- Sanierung der Kindertagesstätte „Stadtzwerge“ – Krausenstraße 12, 06112 Halle (Saale)

Folgende Baumaßnahmen befinden sich momentan in der Planungs- bzw. Durchführungsphase:

- Sanierung der Kindertagesstätte „Kinderinsel“ – Friedrich-List-Straße 20, 06110 Halle (Saale)
- Sanierung der Kindertagesstätten „Traumland“ und „Sausewind“ – Albert-Schweitzer-Straße 25a, 06114 Halle (Saale)
- Sanierung der Krippe Am Breiten Pfuhl und des Kindergarten „EINSTEIN“ – Am Breiten Pfuhl 18 a/b, 06124 Halle (Saale)
- Ersatzneubau der Kindertagesstätte „Ökolino“ – Fritz-Hoffmann-Straße 36, 06116 Halle (Saale)
- Sanierung und Umbau zur Kindertagesstätte – Dölauer Straße 65, 06120 Halle (Saale)
- Erweiterungsbau Kita „Kleine Entdecker“ Kanena – Zum Planetarium 53, 06116 Halle (Saale)
- Im Bereich Brandschutz, brandschutztechnische Ertüchtigung befinden sich Maßnahmen in umfassende Planungs- und Durchführungsphasen

5. Personal

Zum 31.12.2021 waren 1.007 Mitarbeiter beschäftigt, diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs. 2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden unter Berücksichtigung der Verordnung der Bundes- und Landesregierung sowie der Stadt Halle (Saale) bezüglich der COVID-19-Pandemie.

Im Geschäftsjahr 2021 waren im Jahresdurchschnitt 969 Mitarbeiter (exklusive PIA-Azubis) beschäftigt, von denen 11 % weniger Mitarbeiter effektiv zur Verfügung standen. Grund hierfür sind unter anderem Langzeiterkrankungen und Mitarbeiterinnen in Elternzeit sowie Beschäftigungsverbote.

In der nachfolgenden Darstellung wird deutlich, wie hoch die Krankenquote bezogen auf die Soll-Arbeitstage im Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2021 war. Gegenüber dem Jahr 2020 ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Krankenquote in Prozent

Krankenstatistik EB Kita	2021	2020	2019
Einrichtungen	9,78	8,83	9,84
Verwaltung	4,25	5,85	5,97

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2022 wird auf der Grundlage der Voranmeldungen mit einem Anstieg der Kinderzahlen auf 5.750 gerechnet. So werden dann im Vergleich zum Vorjahr ca. 30 Kinder mehr betreut.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2022 auf TEUR 4.900. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung TEUR 27.352, die Ermäßigungen betragen TEUR 4.046 und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt TEUR 21.958.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt.

Die Zuweisungen seitens des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich Kinder mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt zum 01.01.2020 – Das Gute-Kita-Gesetz

Seit dem 01. Januar 2019 gilt in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es hat Familien mit mehreren Kindern bei den Beiträgen stark entlastet und bringt mehr Fachkräfte in die Kitas. Mit dem nächsten Schritt wird nun das Gute-Kita-Gesetz des Bundes umgesetzt.

Seit dem 01. Januar 2020 greift das Gesetz in Sachsen-Anhalt. Familien mit mehreren Vorschulkindern werden noch stärker entlastet. Wird ein Geschwisterkind im Hort betreut, entfallen die Beiträge für alle Geschwisterkinder, die Krippe oder Kindergarten besuchen. Die neue Geschwisterkindregelung wird aus Bundesmitteln finanziert und gilt nach dem neuen Beschluss bis zum 31. Dezember 2022.

Ein weiterer Schritt der Personalgewinnung ist der Tarifabschluss Sozial- und Erziehungsdienst, mit Wirkung ab 1. Juli 2022 teilweise bereits ab 01.01.2022 und der Einführung monatlicher Zulagen sowie der Einführung von mindestens 2 Regenerationstagen im Jahr.

IV. Chancen- Und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Unternehmensziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bemüht, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen im Ausbau der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit, bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Kneipp Kita, Kita nach Situationsansatz (Kompetenzzentrum), Umwelt-Kita, Kind-Eltern-Zentrum und Reggio-inspiriertes Kinderhaus.

Es gibt sieben integrative Kindereinrichtungen. Weiterhin orientieren sich Einrichtungen am Bewegungskonzept nach Elfriede Hengstenberg und Emy Pickler; andere haben als Profil den musischen oder den naturorientierten Schwerpunkt gewählt. Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Wichtigkeit. So machen die Kinder sich mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und Vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine gerechte und nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Finanzwirtschaftliche Chancen

Chancen hier sind unternehmensexterne und interne Einflussfaktoren, wie ein gut organisiertes Mahnwesen und die gesicherte Finanzierung durch den örtlichen Träger auf der Grundlage eines beschlossenen Wirtschaftsplanes. Beides besteht im Eigenbetrieb und wird kontinuierlich optimiert und verbessert.

2. Risikobericht

Im Rahmen der geschäftlichen Tätigkeit ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten verschiedenen Risiken ausgesetzt, die das unternehmerische Handeln und die entsprechenden Unternehmensergebnisse beeinflussen können. Das zentrale Risikomanagementsystem ist im Berichtswesen des Eigenbetriebes verankert. Regelmäßige Abstimmungen erfolgen im Bereich des Managements und des Controllings. Dort wird gewährleistet, dass entscheidungsrelevante Informationen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkannt und entsprechend gesteuert werden.

Ein detailliertes, mehrstufiges IT-gestütztes Planungs- und Kontrollsystem stellt sicher, dass einheitliche risikopolitische Grundsätze implementiert, realisiert und eingehalten werden.

Branchenrisiken

Im Jahr 2022 wird es zu einem weiteren Anstieg der Personalkosten auf Grund der Tarifierhöhung des TVÖD ab 1. April 2022 kommen. Andere kostensteigernde Gründe sind der zusätzliche Personalbedarf für die neu in Betrieb gehenden Kindertageseinrichtungen, tariflich bedingte Höherstufungen, die Anpassung der Jahressonderzahlung an das Westniveau sowie der wöchentlichen Arbeitszeit ab 01. Januar 2022 auf 39,5 Stunden und zum 01. Januar 2023 auf 39,0 Stunden.

Unter Berücksichtigung des gegenwärtig unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes sind Prognosen für das Geschäftsjahr 2022 mit Unsicherheiten verbunden. Die offene Dauer sowie der Umfang der Maßnahmen der Bundesregierung zum Ukrainekrieg machen es dabei schwierig, negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf zuverlässig einzuschätzen.

Verlässliche Angaben zum Einfluss des anhaltenden Ukrainekrieges auf die beobachteten Kennzahlen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts quantitativ daher nicht möglich. Diese hängen von dem Ausmaß und der Dauer der Beeinträchtigungen durch den Krieg in der Ukraine und die darauffolgende wirtschaftliche Erholung ab. Es ist allerdings mit einer negativen Abweichung bei einzelnen Kennzahlen zu rechnen.

Der Arbeitsmarkt für Erzieher ist im Allgemeinen sehr angespannt.

Weitere Kostensteigerungen werden durch steigende Betriebskosten und Baukosten erwartet.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Wesentlichstes leistungswirtschaftliches Risiko stellt eine zu geringe Sicherung der Qualität der Betreuungsleistungen durch die eingesetzten Erzieher dar. Risiken im Rahmen der Betreuungsqualität werden durch kontinuierliche Weiterentwicklung und Schulung der Mitarbeiter auf der Grundlage neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden begegnet.

Strategische Risiken

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt gehen wir im Jahr 2022 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.750 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2022 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Ein erhebliches finanzwirtschaftliches Risiko stellt eine fehlende Sicherung der Liquidität des Eigenbetriebes dar. Im Geschäftsjahr 2021 war die Zahlungsfähigkeit zu jeder Zeit gesichert.

Rechtliche Risiken

Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes und demzufolge auch auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Sonstige Risiken

Steigende Betriebskosten werden infolge des Ukrainekrieges sowie der Inflation auch für Lebensmittel und andere Güter sowie Dienstleistungen erwartet.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Risikolandschaft des Eigenbetriebes Kindertagesstätten ist im Berichtszeitraum auf Grund der COVID-19-Pandemie gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Aus heutiger Sicht zeichnen sich keine den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdende Risiken, auch in Verbindung mit anderen Risiken, ab. Ungewiss sind die weiteren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Ukrainekrieges seit Februar 2022.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. die Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2021 gab es keine Veränderungen
2. die Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und 6 Horte.
3. den Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt 4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.
4. die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Abschnitt C des Anhangs verwiesen.
5. die Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen.
6. die Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts.
7. den Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt.
8. die Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

VI. Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2021

Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2021	Plan in EUR	Ist in EUR	+/-	+/-%
1. Umsatzerlöse				
a) Kostenbeiträge	4.767.327,79	3.579.340,62	-1.187.987,17	-24,9
b) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder	1.794.020,39	1.387.947,82	-406.072,57	-22,6
c1) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt	19.478.468,40	19.791.698,92	313.230,52	1,6
c2) Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	5.633.383,20	5.633.383,20	0,00	0,0
d) Ausgleich Fehlbedarf Stadt Halle (Saale)	21.111.844,40	19.754.339,29	-1.357.505,11	-6,4
e) Ermäßigungen	4.152.572,14	3.833.222,80	-319.349,34	-7,7
f) Mieterträge	52.400,00	29.562,00	-22.838,00	-43,6
	56.990.016,32	54.009.494,65	-2.980.521,67	-5,2
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) sonstige Erlöse	234.294,20	1.756.894,60	1.522.600,40	>100
b) Erträge Auflösung Sonderposten	1.466.231,98	656.662,83	-809.569,15	-55,2
	1.700.526,18	2.413.557,43	713.031,25	41,9
3. Materialaufwand				
a) Spiel- und Beschäftigungsmaterial	68.000,00	67.484,10	-515,90	-0,8
b) bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	-
	68.000,00	67.484,10	-515,90	-0,8
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	35.892.094,75	34.903.149,10	-988.945,65	-2,8
b) Sozialabgaben	8.816.318,51	8.785.657,48	-30.661,03	-0,3
	44.708.413,26	43.688.806,58	-1.019.606,68	-2,3
5. Abschreibungen				
a) unbewegliches Vermögen	1.163.364,52	1.149.458,45	-13.906,07	-1,2
b) bewegliches Vermögen	1.442.866,96	1.131.554,16	-311.312,80	-21,6
	2.606.231,48	2.281.012,61	-325.218,87	-12,5
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Mieten und Pachten	402.355,12	399.059,05	-3.296,07	-0,8
b) Bewirtschaftung	4.606.936,00	4.623.577,47	16.641,47	0,4
c) Bauunterhaltung	3.353.580,30	2.254.566,52	-1.099.013,78	-32,8
d) Versicherungen	270.450,00	227.963,85	-42.486,15	-15,7
e) Druck, Vervielfält. und Reisekosten	92.200,00	157.553,53	65.353,53	70,9
f) Bürokosten	140.245,00	229.237,60	88.992,60	63,5
g) übrige sonstige Kosten	2.808.743,00	2.950.464,53	141.721,53	5,0
	11.674.509,42	10.842.422,55	-832.086,87	-7,1
7. Finanzergebnis				
a) Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-
b) Zinsaufwendungen	133.388,34	129.295,12	-4.093,22	-3,1
8. Jahresergebnis	-500.000,00	-585.968,88	-85.968,88	17,19

Erläuterungen wesentlicher Veränderungen der Plan-Ist-Zahlen 2021

➤ **Kostenbeiträge: - 1.188 TEUR**

Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass eine neue Kostenbeitragssatzung zu höheren Erlösen aus Kostenbeiträgen i.H.v. 600 TEUR führen würde. Dass diese geänderte Kostenbeitragssatzung nicht verabschiedet wurde, ist ein hauptsächlicher Grund für die Plan-Ist-Abweichung. Zum anderen wirken geringere Kinderzahlen als geplant, welche im Wesentlichen ursächlich der COVID-19-Pandemie zugerechnet werden können, erlösmindernd.

➤ **Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder: - 406 TEUR**

Die geringeren Erlöse resultieren aus unter Plan liegenden Kindern mit Kostenanerkennung.

➤ **Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt: + 313 TEUR**

Die Planüberschreitung hat im Wesentlichen ihre Ursache in höheren projektbezogenen Zuweisungen im Zusammenhang mit ungeplanten Zuweisungen für die zusätzlichen pädagogischen Fachkräfte nach §23 KiFöG.

➤ **Ausgleich Fehlbedarf Stadt Halle (Saale): - 1.358 TEUR**

Die Planung des Zuschusses zur Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich über den städtischen Ausgleich und wird somit als Umsatzerlös im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes.

➤ **Ermäßigungen: - 319 TEUR**

Die Planunterschreitung ist durch geringere Kinderzahlen begründet.

➤ **sonstige Erlöse: + 1.523 TEUR**

Diese deutliche Überschreitung des Planwertes resultiert insbesondere aus Erstattungen von Krankenkassen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverboten und Mutterschutz (+ 1.010 TEUR), da diese in der Regel nicht geplant werden. Im Gegenzug entfällt auch die Planung von Personalkosten von im Beschäftigungsverbot und Mutterschutz befindlichen Mitarbeiterinnen. Zudem hatte der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) ungeplante periodenfremde Erträge i.H.v. 469 TEUR zu verzeichnen.

➤ **Erträge Auflösung Sonderposten: - 810 TEUR**

Die geringer als geplante Auflösung des Sonderpostens ist dadurch begründet, dass die beiden Kitas Kinderinsel und Stadtzwerge zum Stichtag 31.12.2021 noch nicht abschließend inventarisiert sind und sich somit beide Kitas noch nicht in der Auflösung des Sonderpostens und analog auch noch nicht in den Abschreibungen widerspiegeln. Zum anderen sind die Auflösungen für die Kitas Theodor Weber sowie Albrecht Dürer und Pfüzenspringer geringer als geplant, ebenso mit entsprechenden Auswirkungen auf die Abschreibungen.

➤ **Personalaufwand: - 1.020 TEUR**

Die Planunterschreitung hat ihre Ursache in geringeren Personalzahlen.

➤ **Abschreibungen: - 325 TEUR**

Hierzu wird auf die Ausführungen zum Sonderposten verwiesen.

➤ **Bauunterhaltung: -1.099 TEUR**

Die Planung der Kosten für die Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich in den Bauunterhaltungskosten, und damit werden diese im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes (siehe auch Ausführungen zur Planunterschreitung des städtischen Ausgleiches).

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	26 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	68	100	64	100	63	100	4	6

Bilanzsumme	68	100	64	100	63	100	4	6
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	59	87	58	90	57	91	1	2
Rückstellungen	5	7	5	8	5	8	0	0
Verbindlichkeiten	4	6	1	2	1	1	3	300

Bilanzsumme	68	100	64	100	63	100	4	6
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	25	25
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	24	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,55	4,12	3,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,53	1,83	1,58	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	86,58	90,48	90,61	%
Fremdkapitalquote:	13,42	9,52	9,39	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. **Wirtschaftliche Entwicklung**

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. **Arbeitsmarkt**

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. **Bevölkerungsentwicklung**

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2022 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co. KG anfallenden Aufwendungen auch in 2022 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 25,0 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 23,7 TEUR gegenüber, so dass 2022 ein Jahresgewinn in Höhe von 0,9 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 59,0 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 32,6 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2022 in Höhe von 0,9 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß §7 des Gesellschaftervertrages der Maya mare GmbH & Co. KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co. KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2022 verfügt die FTZ GmbH über eine Bilanzsumme von 68,2 TEUR, das entspricht einer Steigerung um 3,9 TEUR zum Vorjahr. Die Aktivseite hat zum Stichtag eine Steigerung des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Auf der Passivseite resultiert die gesteigerte Bilanzsumme vor allem aus der Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie aus der Zunahme der zum Stichtag bestehenden Gewinnrücklage und des Jahresüberschusses.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutbericht-erstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31.12.2022 wurden bei der FTZ GmbH insgesamt keine Risiken ermittelt (Vorjahr keine).

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Für das Jahr 2023 ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG aufgrund der Zahlungseingänge aus den bereits zugesicherten Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter gesichert.

Es wird daher für die Geschäftsjahre 2023 bis 2027 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4.268	69	4.975	77	6.109	85	-707	-14
Umlaufvermögen	1.914	31	1.469	23	1.054	15	445	30
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	13	0	18	0	0	0

Bilanzsumme	6.195	100	6.457	100	7.181	100	-262	-4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.516	57	3.516	54	3.516	49	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	573	9	954	15	1.336	18	-381	-40
Rückstellungen	419	7	159	2	143	2	260	164
Verbindlichkeiten	1.657	27	1.793	28	2.144	30	-136	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	35	1	42	1	-5	-14

Bilanzsumme	6.195	100	6.457	100	7.181	100	-262	-4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.571	3.898	3.852
sonstige betriebliche Erträge	1.351	1.991	3.119
Materialaufwand	3.150	1.793	2.591
Personalaufwand	3.475	2.037	2.303
Abschreibungen	1.204	1.212	1.225
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.042	781	777
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	23	30
Ergebnis nach Steuern	44	44	46
sonstige Steuern	44	44	46
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.204	1.212	1.225	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	74	54	56	T€
Personalaufwandsquote:	38,95	34,58	33,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,88	77,04	84,98	%
Eigenkapitalquote:	56,75	54,46	48,97	%
Fremdkapitalquote:	43,25	45,54	51,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Besucher	375.457	195.863	217.550	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Kapitalstruktur
 - 4.1.2. Investitionen
 - 4.1.3. Liquidität
 - 4.2. Vermögenslage
 - 4.3. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u.a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades Maya mare zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Maya mare versteht sich als Freizeitdienstleister, der es den Gästen ermöglicht, einen Kurzurlaub vom Alltag zu erleben. Zudem bieten die Wasserflächen im Badebereich verschiedene Möglichkeiten für die sportliche Betätigung wie beispielsweise Wassergymnastik, Rehabilitationssport oder Schwimmkurse. Das durchgehend mexikanische Ambiente und die besondere Lage am Rande der Elsteraue verschmelzen zu einer Kulisse, die kombiniert mit den vielfältigen Attraktionen seit jeher zur Vermarktung des Gesamtkonzeptes „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ genutzt werden. Dieses Alleinstellungsmerkmal schafft einen hohen Wiedererkennungswert. Insbesondere der weitläufige Saunabereich mit seiner Vielzahl von Schwitzangeboten ist aufgrund dieser Lage auch bei Besuchern aus weiterem Umkreis sehr beliebt. Der Gesundheitsclub Viva mare bietet ein ganzheitliches Gesundheitskonzept, stets in Verbindung mit der Nutzung des Badebereiches. Wengleich das Maya mare über zahlreiche Alleinstellungsmerkmale verfügt, sind neben der erforderlichen Attraktivierung auch Sanierungsmaßnahmen in größerem Umfang erforderlich, da die Anlage bereits 23 Jahre alt ist. In dem Konzept „Maya mare 2030“ wurden die erforderlichen Maßnahmen erfasst und priorisiert. Hierbei wird der Stand der Technik ebenso berücksichtigt, wie die Bedürfnisse der Gäste. Durch dieses umfassende Maßnahmenpaket soll das Maya mare dauerhaft konkurrenzfähig und für die kommenden Jahre attraktiv bleiben.

Der demografische Wandel ist für den Gesundheitsclub „Viva mare“ nach wie vor eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen weiterhin sehr hoch liegt. Im Zuge der Pandemie und den damit verbundenen Schließzeiten des Viva mare kam es in den Jahren 2020/21 zu vermehrten Kündigungen. Da jedoch in den kommenden Jahren weitere geburtenstarke Jahrgänge das Renteneintrittsalter erreichen, stellt diese Gruppe ein interessantes Potenzial dar. Mitglieder jüngerer Alters fühlen sich in den großzügigen Trainingsbereichen jedoch ebenso wohl und genießen das Training in anspruchsvollem Ambiente.

1.3. Steuerung

Die interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad und Reinigung, Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung, Technik und Betriebsleitung sowie Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Gästezahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst. Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 war geprägt von den Folgen des Krieges in der Ukraine sowie extremen Energiepreiserhöhungen. Zudem beeinflussten verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise, beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Trotz alledem ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2022 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr gewachsen. In Sachsen-Anhalt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2022 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 4,5 % und damit deutlich stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer (deutschlandweit +2,8 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine – Preisanstiege, Unsicherheiten, aber auch die Fluchtmigration – durchaus Spuren hinterlassen. Angesichts des Ausmaßes der Belastungen im vergangenen Jahr fallen diese aber moderat aus. Somit konnte eine Reduzierung der Arbeitslosenquote in Deutschland von durchschnittlich 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 % für das Jahr 2022 verzeichnet werden. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote auf 7,1 % (Vorjahr 7,3 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 244.099 (Vorjahr 240.116) aus. Damit konnte die Stadt zum zweiten Mal in Folge einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die seit dem 24. November 2021 andauernde 2-G-Zutrittsbeschränkung im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie bestand bis zum 19. März 2022 fort. Ab dem 20. März 2022 durfte das Maya mare auch für getestete Personen öffnen. Seit dem 3. April 2022 galten keinerlei Zugangsbeschränkungen. Der Krieg in der Ukraine hatte aufgrund langfristiger Lieferverträge noch keine Auswirkungen auf die Energiekosten.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Das Maya mare hat mit dem Gesamtprojekt Maya mare 2030 Sanierungs- und Attraktivierungsmaßnahmen zusammengestellt, die eine langfristige Konkurrenzfähigkeit sichern sollen. Die Besucherzahlen in den ersten Wochen des Jahres 2023 liegen über dem geplanten Niveau, sodass die Inflation derzeit noch keine negative Auswirkung auf die Besucherzahlen zu haben scheint. Inwiefern dies beibehalten werden kann, wird beobachtet. Das Maya mare musste für 2023 einen neuen Fernwärmeliefervertrag abschließen, die deutlich gestiegenen Aufwendungen sollen nach Möglichkeit durch Einsparungen in anderen Aufwandspositionen kompensiert werden. Sollte der geplante staatliche Energiepreisdeckel nicht für das Maya mare anwendbar sein und alle Einsparmöglichkeiten zur Kompensation ausgeschöpft, muss eine Anhebung der Eintrittstarife überdacht werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2022 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Geschäftsjahr 2022 konnten insgesamt 375.457 Besuchende gezählt werden (2021: 195.863), was einer Steigerung der Gästezahlen zum Vorjahr um 91,7 % entspricht. Ausschlaggebend für diesen Unterschied war die durchgehende Öffnung des Maya mare 2022, nachdem im Jahr 2021 eine pandemiebedingte Schließzeit von sechs Monaten gesetzlich angeordnet wurde.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit zahlreichen weiteren Anbietern in der Stadt und der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um neue Mitglieder für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2022 die Zahl der im Jahr 2021 pandemiebedingten Austritte kompensieren können.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 2 Auszubildende beschäftigt, davon waren 75 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 36 geringfügig Beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 40 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 6 Jahren.

Wie in den vergangenen Jahren auch, versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachfrau und /-mann für Systemgastronomie
- Fachkraft im Gastgewerbe
- Fachangestellte und Fachangestellter für Bäderbetriebe.

Zusätzlich dazu ermöglicht sie das duale Studium an der Berufsakademie im Studiengang Fitnessökonomie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co. KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wurde für 2022 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022 auf.

Personalentwicklung 2022

Nachdem die pandemische Lage in Deutschland in den Kalenderjahren 2020 und 2021 maßgeblich die Angebote und Maßnahmen der Personalentwicklung bestimmt hatte, konnte im Kalenderjahr 2022 zu einem „New Normal“ in der Personalentwicklung übergegangen werden. Virtuelle Formate, die sich in den letzten beiden Jahren bewährt hatten, wurden in dieser Form beibehalten. Bei den Themen, in denen die Vorteile einer Präsenzdurchführung überwiegen, konnten wieder alle erforderlichen und ergänzenden Weiterbildungsmaßnahmen unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen durchgeführt werden.

Führungskräfteentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden in 2022 die Themen „Vom Kollegen zur Führungskraft“, „Mitarbeitergespräche führen“ sowie „Projektmanagement“ angeboten. Teilnehmende, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlicher und/oder disziplinarischer Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. An zwei Terminen (einmal Präsenz, einmal virtuell) konnten für Führungskräfte und Projektverantwortliche Workshops zur Information über die erarbeiteten Instrumente im SWH-Projektmanagement (der SWH-Projektgruppe) durchgeführt werden. Die Mitarbeiter machten sich hier mit der Auftragsklärung, dem Projektsteckbrief und der Rückschau vertraut und übernehmen nun eine Rolle als Multiplikator in ihren Verantwortungsbereichen.

Nach zweijähriger Pause konnte im Mai und Juni 2022 wieder unsere Führungskräfteetagung durchgeführt werden. Erstmals wurde eine hierarchische Mischung der Führungsebenen über die beiden Tagungstermine ermöglicht. Viele Führungskräfte nahmen die Möglichkeit der Präsenztagung wahr und trafen sich in Leipzig. Mit der „Roadmap <2045“ stand der erste Tagungstag ganz im Zeichen des strategischen Unternehmensziels Klimaneutralität. Neben Informationen der Geschäftsführungen zum Vorgehen der Führungsgesellschaften, wurden mehrere Teilprojekte der Roadmap aus den SWH-Unternehmen vorgestellt. Die Teilnehmenden haben diese Informationsplattform dankbar angenommen und den Fachexperten hilfreiche Hinweise für die weitere Umsetzung geben können. Zusätzlich wurde die Plattform der Führungskräfteetagung auch genutzt, um die Führungskräfte direkt über die Auswirkungen der tagespolitischen Geschehnisse auf den deutschen Energiemarkt und die SWH-Unternehmen zu informieren. Die neue Kampagne zur Informationssicherheit stand im Fokus des zweiten Tagungstages. Neben einem externen Fachexperten haben hier auch die Fachverantwortlichen der SWH-Gruppe die Teilnehmenden informiert und sensibilisiert.

Mitarbeiterentwicklung

Die Schulungen laut Compliance-Schulungsplan wurden im Kalenderjahr 2022 ausschließlich virtuell angeboten.

Entsprechend des Zweijahres-Schulungsturnus absolvierten mehrere Führungskräfte des Maya mare mit übertragenen Unternehmerpflichten ein Webinar zur Sensibilisierung für die eigene Verantwortung in den Bereichen Arbeitssicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit. Während die Themen Datenschutz und Informationssicherheit durch interne Beauftragte vermittelt wurden, konnte für das Thema Arbeitssicherheit eine neue externe Referentin gewonnen werden.

Auch die jährlich angebotene Korruptionspräventionsschulung wurde als Webinar durchgeführt. Führungskräfte mit Schulungsbedarf entsprechend des CMS (Compliance Management System) hatten die Möglichkeit, aus zwei Terminoptionen zu wählen. Führungskräften, die nicht teilnehmen konnten, wurden die Informationen im Nachgang zum Selbststudium zur Verfügung gestellt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Der Vergleich zum Vorjahr ist grundsätzlich von der pandemiebedingten Schließung über sechs Monate im Jahr 2021 geprägt. Die Umsatzerlöse lagen 2022 insgesamt mit 7.570,6 TEUR um 94,2 % über dem Vorjahresumsatz (2021: 3.898,4 TEUR) und um 16,3 % über dem Plan.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen mit 1.205,6 TEUR (2021: 800,2 TEUR) den Hauptanteil des Materialaufwandes dar und liegen mit 50,7 % über Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand 2022 beträgt 3.475,4 TEUR (2021: 2.036,6 TEUR). Der Anstieg des Personalaufwandes ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Personalbestandes, Tarifsteigerungen und die gezahlte Inflationsprämie zurückzuführen. Aufgrund des zeitlichen Auseinanderfalls von Austritt und Nachbesetzung bei mehreren offenen Stellen und des damit im Zusammenhang stehenden unterplanmäßigen Personalstands, belaufen sich die Aufwendungen 2022 auf Planniveau.

Die Instandhaltungsaufwendungen liegen mit 734,1 TEUR (2021: 433,3 TEUR) um 7,7 TEUR (1,1 %) geringfügig über Plan. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Geschäftsjahr 2022 mit 1.041,4 TEUR (2021: 781,3 TEUR) um 33,3 % gestiegen. Die Überschreitung ist auf die überplanmäßigen Rechts- und Beratungskosten zurückzuführen, hierbei u.a. für die Planungsleitungen, die im Zusammenhang mit dem Antrag auf Fördermittel für die energetische Sanierung der Lüftungsanlagen erforderlich wurden.

Die planmäßigen Abschreibungen im Geschäftsjahr liegen bei 1.204,4 TEUR (2021: 1.212,1 TEUR).

Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist auf das Auslaufen der pandemischen Situation zurückzuführen und den damit verbundenen, im Geschäftsjahr, auslaufenden Restriktionen.

Damit ergibt sich im Geschäftsjahr ein Zuschussbedarf in Höhe von 833 TEUR, welcher durch die Gesellschafter SWH und HWS gezahlt wurde.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2022 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.516,2 TEUR. Der geringfügige Rückgang des Eigenkapitals um 0,1 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2022 planmäßig in Höhe von 381,4 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter planmäßig aufgelöst. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens ist ein entsprechender Rückgang des wirtschaftlichen Eigenkapitals in dieser Höhe zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse und Volksbank konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2022 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2022 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 26,0 TEUR (Vorjahr: 146,0 TEUR).

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2022 eine Eigenkapitalquote von 56,8 % erreicht (Vorjahr: 54,5 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2022 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 510,1 TEUR getätigt. Ein Großteil davon wurde für die Anschaffung des neuen Besuchermanagementsystems aufgewendet. Der geplante Umbau von Caldarium und Dampfbad, der mit Mitteln in Höhe von 300,0 TEUR geplant war, wurde aufgrund der aktuell zu hohen Kosten für die Material und Handwerksleistungen in Folgejahre verschoben.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2022 einen positiven Finanzmittelfonds in Höhe von 1.547,0 TEUR (Vorjahr: 1.202,3 TEUR) aus. Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS wurden aufgrund der positiven Entwicklung der Gesamtleistung nicht in Anspruch genommen. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenlage

Zum 31. Dezember 2022 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 6.195,5 TEUR, das ist eine Abnahme um 261,3 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Abnahme resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Buchwerten des Anlagevermögens durch planmäßige Abschreibungen und geringere Investitionen. Auf der Passivseite stehen verminderte Verbindlichkeiten, die planmäßige Auflösung des Sonderpostens sowie der Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind ein Angebot zur Freizeitgestaltung und Sportausübung für jede Altersgruppe. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen. Dafür ist ein Halten einmal erreichter Gästezahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend.

Für den Sauna- und Wellnessbereich wurde im Jahr 2022 eine Umfrage in Auftrag gegeben, um sich künftig noch besser auf die Bedürfnisse der (potenziellen) Kunden einstellen zu können. Hier spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Instandhaltungsinvestitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden sowie im Bereich von Dampfbad und Caldarium müssen in nächster Zukunft umgesetzt werden. Damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert, müssen auch Attraktionen wie die vier Großrutschen nach über 20 Jahren der Nutzung in das neue Freizeit-Zeitalter überführt werden. Neue Technologien, Digitalität sowie energieeffizientere Bau- und Arbeitsweisen werden die zukünftigen Maßstäbe für alle erforderlichen Reinvestitionen sein. Hinzu kommt die intensive Suche nach weiteren Maßnahmen zur Einsparung von Elektro- und Wärmeenergie, um die zukünftig weiter steigenden Aufwendungen für diese Medien auf einem finanzierbaren Niveau zu halten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2022 wurden für das Jahr 2023 bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt acht Risiken ermittelt (Vorjahr zehn). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	2	0	0
Marktrisiken	2	0	0
Rechtliche Risiken	4	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	8	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen weiterhin nicht.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2023 sowie der Mittelfristplanung bis 2027 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Gästepotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die großen Einfluss auf die Gästezahlen und somit auf die Erlöse haben. Es wurden keine Auswirkungen eines möglichen neuen Thermenangebotes im Saalekreis abgeschätzt.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im Durchschnitt, wenn man mit ähnlichen Anlagen in Mitteldeutschland Vergleiche vornimmt. Sie werden durchschnittlich alle zwei Jahre angepasst und sind die maßgebliche Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant. Zu erwartende deutliche Anstiege für Medienkosten wie Wärme und Elektroenergie sowie für Lohnkosten werden nur über adäquate Preisanpassungen abzufangen sein.

5.5. Investitionen

Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Der Austausch von Lüftungsgeräten und die Sanierung der Umkleiden, Duschen und WC-Räume stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

Die Gestaltung des Maya mare in seiner Gesamtheit kann als zeitlos ansprechend bewertet werden. Jedoch sind Investitionen in die Erneuerung und zugleich Attraktivierung notwendige Maßnahmen, um gestiegenen Kundenanforderungen genügen zu können und möglichst keine Kunden an Wettbewerber zu verlieren. Im Bereich der Rutschangebote schreitet deutschlandweit die Digitalisierung voran, insbesondere um bestehende Anlagen aufzuwerten und zugleich zu sanieren. Die Visualisierung von unterschiedlichsten Effekten in ein- und derselben Rutsche und die onlinebasierte Zusammenstellung eines ganz individuellen Rutscherlebnisses durch den Gast sind auch Investitionsherausforderungen, denen sich das Maya mare stellen muss.

In der Wirtschaftsplanung 2023 werden Investitionsmittel in Höhe von 705,0 TEUR vorgesehen. Davon entfallen auf die Erneuerung der Badewasserpumpen 385 TEUR, wobei die Maßnahme zu 55 % durch Bundesmittel gefördert wird. Weitere investive Maßnahmen betreffen zumeist den Ersatz von Maschinen und Geräten, beispielsweise in der Gastronomie sowie dem Bereich Technik, die ihre Verschleißgrenzen erreicht haben. In der Mittelfristplanung 2024 bis 2027 wurden zwischen 350,0 TEUR und 7.180,0 TEUR Investitionsmittel geplant. Hierin sind Maßnahmen aus dem Gesamtvorhaben Maya mare 2030 enthalten, unter anderem der komplette Neubau der Rutschenanlage, die Sanierung der WC-, Dusch- und Umkleideräume sowie die Erneuerung der Lüftungstechnik.

5.6. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2023-2027 vorgesehenen Investitionen werden, mit Ausnahme der Maßnahmen aus dem Gesamtprojekt MM2030, ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Infolge der planmäßigen Tilgung der Kredite ist mittelfristig ein Rückgang der Inanspruchnahme des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals zu verzeichnen. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

5.7. Ergebniserwartung

Aufgrund der ab dem Jahr 2023 geplanten Maßnahmen aus dem Gesamtpaket Maya mare 2030 wird in der Planung von einem Zuschussbedarf der Gesellschaft in Höhe von 1.658,0 TEUR im Jahr 2023 und 2.793,5 TEUR im Jahr 2024 ausgegangen. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2024 bis 2027 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhaf-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	311

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	52	311	53	311	54	0	0
Umlaufvermögen	281	48	275	47	268	46	6	2
Bilanzsumme	592	100	586	100	579	100	6	1
Passiva								
Eigenkapital	592	100	586	100	579	100	6	1
Bilanzsumme	592	100	586	100	579	100	6	1

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	21	19	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	14	13	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	7	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	6	6
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,17	1,05	1,06	%
Cash-Flow:	7	6	6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	52,48	53,10	53,66	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung am 12.04.2023 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2022
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 6.933,98 auf EUR 592455,43 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 19.274,92. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 17.549,62) und Erbbauzins (EUR 1.725,30).

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 241,30 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 19.035,58 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 6.345,19 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 129.342,48 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr Einnahmen in Höhe von EUR 2000,00 vor.

Diese resultieren aus der Rückzahlung der nichtverwendeten Mittel des DRK Landesverbandes.

Die Gesamtaufwendungen belaufen sich in Höhe von EUR 14.101,60 {Vorjahr: 12 TEUR} entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für die Erneuerung der Telefonanlage	EUR 10.329,30
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhafe-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2022	EUR 3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2022 / Genehmigung Satzungsänderungen	EUR 427,80
Σ	<u>EUR 14.101,60</u>

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Anmerkung:

Berichtsgemäß hat das DRK das Projekt „Wissenstransfer 2021“ aufgrund der Corona Pandemie nicht durchgeführt. Die in der Sitzung am 15.04.2020 beschlossene Zufinanzierung des Projekts konnte somit nicht umgesetzt werden. Die finanziellen Mittel in Höhe von 2 TEUR wurden der Stiftung im Februar 2022 wieder zurückgezahlt.

Mittelverwendung in Höhe von 8918,09 €

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 08.02.2023 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 8.918,09 zur Verfügung.

Mittels einer Beschlussvorlage im Umlaufverfahren wurde die Zustimmung des Stiftungsvorstandes für die Mittelverwendung - Zuwendung/Zufinanzierung für das Projekt „Erneuerung der Telefonanlagen“ am Standort Glauchaer Straße 68 und Unterplan 11 {Projektbindung} eingeholt.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kantstraße 1 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft, Verpflegung und Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb von Einrichtungen und Diensten, die der Beratung, Unterstützung, Begleitung und Pflege des vorgenannten Personenkreises dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand:		Fritschek, Andreas
Stiftungsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Haupt, Ute
		Helmich, Dennis
		Töpper, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Stiftungsrat		1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	19	0,29
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	51.620	87	52.371	87	53.707	91	-751	-1
Umlaufvermögen	7.611	13	7.898	13	5.312	9	-287	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	84	0	60	0	51	0	24	40

Bilanzsumme	59.315	100	60.329	100	59.070	100	-1.014	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	24.515	41	23.155	38	21.163	36	1.360	6
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	15.853	27	16.487	27	17.130	29	-634	-4
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	604	1	628	1	652	1	-24	-4
Rückstellungen	1.443	2	1.481	3	916	2	-38	-3
Verbindlichkeiten	16.057	27	17.715	29	18.419	31	-1.658	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	843	2	863	2	790	1	-20	-2

Bilanzsumme	59.315	100	60.329	100	59.070	100	-1.014	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	32.175	30.482	28.810
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-36	56	75
sonstige betriebliche Erträge	1.540	1.731	480
Materialaufwand	6.921	7.331	5.931
Personalaufwand	20.820	18.617	17.762
Abschreibungen	2.232	2.165	2.103
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	659	667	669
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.631	2.492	2.268
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	38	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	4	5
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	32	0	2
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	44
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350	382	396
Ergebnis nach Steuern	1.360	1.992	1.534
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.360	1.992	1.534
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.360	1.992	1.534
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,23	6,54	5,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,55	8,60	7,25	%
Cash-Flow:	3.624	4.158	3.639	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	67	70	66	T€
Personalaufwandsquote:	61,82	57,69	60,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,32	86,38	90,56	%
Eigenkapitalquote:	41,33	38,38	35,83	%
Fremdkapitalquote:	58,67	61,62	64,17	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegepl. f. Menschen mit geistiger u. seel. Behind.	230,00	230,00	230,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Verpflegung, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kundinnen und Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 26 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und eine Tagesförderung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie für Menschen mit geistiger Behinderung 21 Plätze in betreuten Wohnungen und 10 Plätze in 4 selbstorganisierten Wohngemeinschaften an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 243 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Weiterhin werden Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie vermietet.

Unverändert ist die Stiftung 100%ige Gesellschafterin der Serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringendienst und Pforte erbringt. In der Serva GmbH sind 99 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von rechtlichen Änderungen auf Landes- und Bundesebene wirksam, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stiftung haben. Im Bereich der Altenhilfe waren dies das Pflegestärkungsgesetz II und III sowie das Pflegepersonalstärkungsgesetz.

Darüber hinaus wurde das Gesundheitsversorgungsgesetz (GVWG) im Juni 2021 verkündet. Im Wesentlichen regelt das Gesetz Entlastungen für Pflegebedürftige bei den Eigenanteilen sowie die Verpflichtung zu Zahlungen nach bzw. an einen Tarif angelehnten Vergütungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Altenpflege.

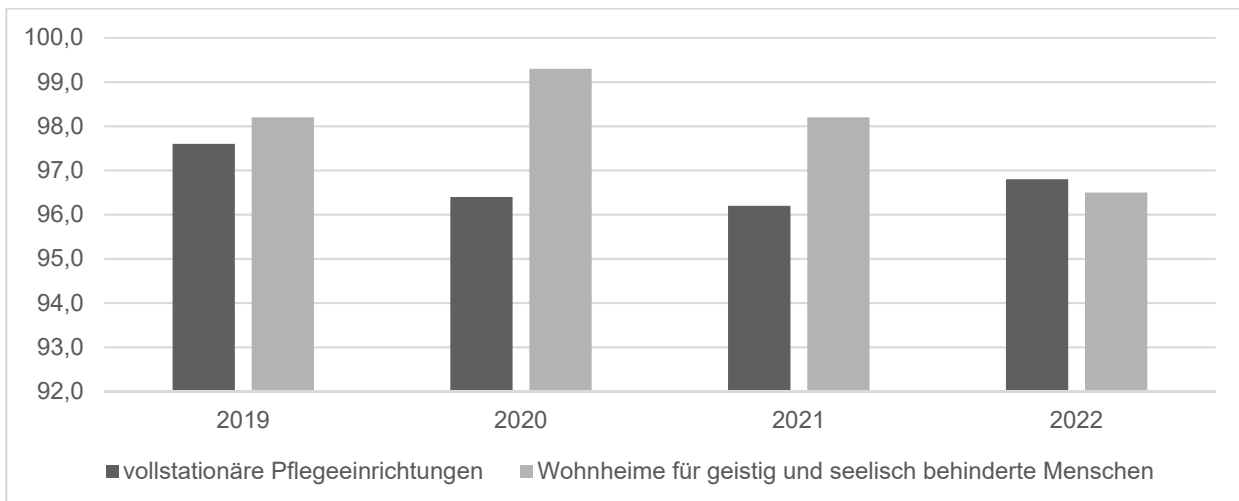
Die Ausbildung in der Pflege wurde ab Januar 2020 mit dem Pflegeberufereformgesetz grundlegend verändert.

Altenpflege und Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Die Arbeit der Stiftung wurde auf allen Ebenen seit März 2020 von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bestimmt. Ziel der Stiftung war und ist es hierbei, Bewohnerinnen/Bewohner, Klientinnen/Klienten, Patientinnen/Patienten, Angehörige und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die sozialen Belange ein wesentlicher Bestandteil der täglichen Arbeit bleiben.

Die Auslastungsquote in den stationären Einrichtungen der Altenpflege betrug 96,8 % und ist damit im Vergleich zum Jahr 2021 mit 96,2 % leicht gestiegen. Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist ein deutlicher Auslastungsrückgang zu verzeichnen.

¹ § 2 Abs. 1 der Satzung



Ursache für die Schwierigkeiten bei der Belegung freier Betten waren zeitliche Verzögerungen durch die Umsetzung der RKI Empfehlungen bei der Aufnahme neuer Bewohnerinnen und Bewohner. Hinzu kamen behördlich angeordnete Aufnahmestopps infolge von Corona-Infektionen oder Verdachtsfällen bei potenziellen Klientinnen und Klienten. Besonders spürbar war eine sinkende Nachfrage nach Plätzen von aus Krankenhäusern entlassenen Patienten, insbesondere in den Monaten, in denen planbare Operationen ausgesetzt und / oder verschoben wurden. Krankenhäuser sind bereits seit Jahren die Hauptzuweiser in den stationären Pflegeeinrichtungen.

In den Wohnheimen für geistig und seelisch behinderte Menschen ist eine zunehmend höhere Fluktuation festzustellen. Ein Grund im Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung dafür ist, dass dort nun mehr Klienten aufgrund ihres hohen Alters versterben als in den vorangegangenen Jahren. Im Rahmen der Nachbesetzung zeigt sich, dass der Trend weg von den stationären Langzeiteinrichtungen geht und hin zu spezialisierten Wohnformen.

Für die Wohnangebote des Bereiches für seelisch behinderte Menschen haben sich 40 Personen interessiert, 10 Personen haben das Angebot angenommen. Gleichzeitig endet für 11 Personen der Aufenthalt im Bereich. Von den Interessenten wurde häufig eine sofortige Aufnahme gewünscht, welche wir mangels verfügbaren Platzes nicht realisieren konnten und es wurde auf die Bereitstellung eines Einzelzimmers bestanden. Hierdurch verzögert sich die Nachbesetzung freier Plätze.

Am 15.10.2020 ist die „Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2“ in Kraft getreten. Diese Verordnung regelt seitdem u.a. die Ansprüche der Versicherten auf eine Testung zum Nachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 sowie den Einsatz und Vergütung der PCR-Tests und PoC-Antigen-Schnelltests.

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung der PoC-Antigen-Schnelltests sowie der Durchführungen werden der Stiftung auf Basis zuvor genannter Verordnung bis zum 28.02.2023 erstattet.

Bis 31.12.2022 sind Refinanzierungskosten in Höhe von 908 TEUR entstanden (inkl. Beschaffungskosten für Tests). Es wurden rd. 85.000 Tests durchgeführt (Vorjahr 122.000 Tests).

In einem nachgelagerten Nachweisverfahren, können etwaige Überzahlungen aufgrund von angeforderten Nachweisen seitens der Pflegekassen geprüft werden. Bis zum 31.12.2022 haben in der Stiftung keine diesbezüglichen Prüfungen stattgefunden.

Vermietung altengerechter Wohnungen, ambulante und teilstationäre Angebote der Altenpflege

Im Jahr 2022 war der Bestand von 243 Wohnungen zu 99,4 % ausgelastet. Überwiegend wird unser Wohnungsangebot von älteren Menschen genutzt.

Die ambulante Pflege konnte per 31.12.2022 154 Klienten verzeichnen. Zum gleichen Zeitpunkt des vorherigen Jahres waren es noch 157 Klienten.

Die Paul-Riebeck-Stiftung betreibt zwei Tagespflegen für Menschen mit Pflegebedarf. Eine befindet sich am Standort Akazienhof und eine am Standort Riebeckpark. Insgesamt können dadurch 26 Plätze in der teilstationären Pflege angeboten werden. Die Auslastung in beiden Einrichtungen konnte im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. So stieg die Auslastung am Standort Akazienhof von 71,0 % auf 79,0 % und am Standort Riebeckpark von 80,9 % auf 88,3 %. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Kapazität zum 01.01.2022 um 1 Platz am Standort Akazienhof. Neu ab Juli 2022 ist, dass die Stiftung den Transport der Klienten in Eigenregie mit dem hauseigenen Fahrzeugpool durchführt. Bis dahin wurde die Leistung durch einen externen Anbieter erbracht.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2022 Erträge von 33.679 TEUR erzielen. Damit sind die Erträge um 1.610 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2022 in TEUR	2021 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	18.177	16.975	+1.202
Teilstationäre Altenpflege	552	510	+42
Ambulante Pflege	1.421	1.327	+94
Behindertenhilfe	9.209	9.021	+188
Vermietung	1.872	1.824	+48
Sonstiges	2.448	2.410	+36

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind im Wesentlichen erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Die sonstigen Erträge betreffen hauptsächlich Erstattungen der Krankenkassen zum Mutterschutz bzw. Beschäftigungsverbot (194 TEUR), Erstattung Corona-Schnelltests (908 TEUR), Erträge im Rahmen der Ausbildungsumlage (481 TEUR) sowie Erlöse aus dem Stromverkauf der Blockheizkraftwerke (269 TEUR).

Ebenfalls unter den sonstigen Erlösen konnte ein Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen von rd. 105 TEUR erzielt werden. Dabei handelt es sich um die Veräußerung des Projektes II. Bauabschnitt Bugenhagenstraße an die Saalesparkasse. Verkauft wurde dabei ein Teilgrundstück sowie sämtliche bis dahin entstandenen Leistungen zur Realisierung von 62 altengerechten Wohnungen. Dem Verkauf in Höhe von 1.400 TEUR stehen Anlagenabgänge von 1.295 TEUR entgegen.

Die Saalesparkasse wird nun das geplante Vorhaben umsetzen. Ferner wurde ein Mietvertrag mit der Saalesparkasse geschlossen, wonach die Stiftung das gesamte Objekt nach Fertigstellung mieten und eigenständig verwalten wird. Der Bau hat bereits im Jahr 2022 begonnen und soll nach derzeitiger Kenntnislage bis Ende 2023 fertiggestellt werden.

Im Jahr 2022 investierte die Stiftung rd. 729 TEUR in das langfristige Vermögen. Davon wurden rd. 361 TEUR für die Neubeschaffung von Mobiliar aufgewandt.

100 TEUR in Maßnahmen zur Ertüchtigung des Brandschutzes investiert. In die Erneuerung der Technik in der Wäscherei wurden 58 TEUR investiert.

2.000 TEUR wurden im Rahmen der Vermögensverwaltung am Kapitalmarkt angelegt.

Im Berichtszeitraum sank der Bestand an Zahlungsmitteln bzw. Zahlungsmitteläquivalenten von 5.730 TEUR auf 5.374 TEUR. Zu berücksichtigen ist, die zuvor erwähnte Investition am Kapitalmarkt.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 auf 59.315 TEUR verringert. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 60.329 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 1.360 TEUR erhöhte sich das Eigenkapital auf 24.515 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 2,95 % gestiegen.

	2018	2019	2020	2021	2022
Eigenkapitalquote	33,92 %	33,63 %	35,83 %	38,38 %	41,33 %

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war mit -329 TEUR negativ. Er setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +2.303 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -1.328 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -1.304 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 5.247 TEUR auf 4.918 TEUR verringert.

Sachkosten

Im Jahr 2022 war die rasante Entwicklung der Energie- und Gaskosten sehr präsent. Die Stiftung dagegen, hat bereits 2020 langfristige Verträge bis Ende 2024 über die Versorgung von Strom und Gas zu festen Preisen abgeschlossen. Daher hatte diese Thematik kein Einfluss auf das Jahresergebnis 2022.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 beschäftigte die Stiftung 505 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 9 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2021. Dies ist eine Erhöhung zum Vorjahr um 1,8 %. Die Stiftung erhöhte die die Anzahl der Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 41. Im Jahr zuvor betrug die Anzahl der Auszubildenden noch 38.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 77 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 99 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 16,8 % (Vorjahr 15,8 %).

Generell ist festzustellen, dass in der Branche eine deutlich höhere Bereitschaft besteht, den Arbeitgeber zu wechseln. Das große Angebot an Arbeitsplätzen erleichtert den Wechsel. Wir unterliegen damit wie alle Unternehmen in der Gesundheitsbranche einem großen Druck bei der Besetzung von offenen Stellen.

Die Stiftung arbeitete 2022 weiter daran, sich als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Mit Wirkung zum 01.01.2022 wurden die Entgelte der Fachkräfte, die auf Basis der Betriebsvereinbarung beschäftigt sind, um 2,00% erhöht, die Entgelte im Assistenzbereich um 6,00%. Für die Beschäftigten mit Verträgen die vor dem 31.12.2008 abgeschlossen wurden, betrug die Erhöhung 2,00%. Die Jahressonderzahlung wurde auf 84,51 % des jahresdurchschnittlich gezahlten Entgelts angehoben.

Im Jahr 2021 wurde das das Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz verabschiedet. Ein Schwerpunkt des Gesetzes besteht u.a. darin, dass ab dem 1. September 2022 nur noch Pflegeeinrichtungen zur Versorgung zugelassen sind, die ihre Pflege- und Betreuungskräfte nach einem Tarif oder in Anlehnung an einem Tarif bezahlen.

Vor diesem Hintergrund und in der Bestrebung, die Entgelte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter entsprechend der Marktbedingungen zu entwickeln, ist die Stiftung der Paritätischen Tarifgemeinschaft (PTG) beigetreten.

Der Beitritt in die Paritätische Tarifgemeinschaft erfolgte zum 01.07.2022. Die Anwendung der tariflichen Regelungen der PTG erfolgt mit Wirkung zum 01.01.2023.

Nach aktuellem Stand haben 421 Beschäftigte einen Arbeitsvertrag nach PTG unterschrieben. Das entspricht ca. 92 % der anspruchsberechtigten Beschäftigten.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Themen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 weiter auf die Stiftung aus?
- II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?
- III. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.
- IV. Vergütungsverhandlungen
- V. Wirtschaftsplan 2023

I. Wie wirkt sich die Pandemie COVID-19 weiter auf die Stiftung aus?

Am 7. April 2023 ist der rechtliche Rahmen für die COVID-19-Schutzmaßnahmen ausgelaufen. Bereits davor traten Lockerungen in Kraft. Ab 1. März 2023 wurden Beschäftigte und Bewohnerinnen und Bewohner von einer Test- und Maskenpflicht befreit.

Bis Februar 2023 wurde die Beschaffung und Durchführung von PoC-Antigen-Schnelltests refinanziert. Fraglich ist, in welchem Umfang Rückforderungen im Rahmen des nachgelagerten Nachweisverfahrens geltend gemacht werden. Anfang 2023 wurden erste Nachweisanfragen gestellt. Die geforderten Nachweise wurden unsererseits zur Verfügung gestellt. Seitdem ist eine Reaktion der prüfenden Stellen offen.

Es wird davon ausgegangen, dass Covid 19 in Zukunft nicht wieder so gravierende Auswirkungen auf unsere Arbeit haben wird, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war.

Grundsätzlich ist die Stiftung durch die Erfahrungen aus den Vorjahren für den Umgang mit einer Pandemie gut aufgestellt. Entwickelte Strukturen haben sich bewährt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen professionell mit den zusätzlichen Aufgaben und den zusätzlichen Belastungen um.

II. Wie gelingt es, die für die von der Stiftung angebotenen Dienstleistungen erforderlichen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden?

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich für Arbeitgeber in allen Branchen immer mehr. Im Bereich der stationären Altenpflege führt dies teilweise dazu, dass Angebote ganz oder teilweise eingestellt werden müssen, weil das erforderliche Fachpersonal nicht zur Verfügung steht. Dies betrifft immer mehr auch den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne einschlägige Qualifikation.

Aufgrund diverser gesetzlicher Vorgaben wird in Zukunft auch der Einsatz von qualifizierten Pflegeassistenten verstärkt erfolgen. Die Stiftung wird hier eine Initiative zur berufs begleitenden Ausbildung in diesem Beruf starten.

Um dem Personalmangel entgegen zu wirken, ist es auch weiterhin wichtig, selbst Personal auszubilden und langfristig an die Einrichtungen zu binden. Die Stiftung muss die Zahl der eigenen Auszubildenden deutlich steigern, um den Bedarf auch nur ansatzweise decken zu können.

Der Wettbewerb zwischen den Arbeitgebern im Bereich der Gesundheitsbranche wird sich noch verschärfen. Da es bisher nicht gelungen ist, zusätzliches Potential durch ausländische Arbeitskräfte in nennenswerter Größenordnung zu generieren, konkurrieren wir letztlich um die vorhandenen Arbeitskräfte.

Auch wenn es hier Bemühungen gibt, durch möglichst hohe Tarifabschlüsse die Arbeit in der Gesundheitsbranche attraktiver zu machen, so fehlen am Ende doch schlichtweg die erforderlichen Arbeitskräfte.

Die Stiftung muss für dieses Thema Lösungen erarbeiten. Hier gibt es erste Überlegungen, die auf eine Reduzierung der Bereiche mit einem hohen Bedarf an Personal hinauslaufen.

III. Auswirkungen von Gesetzgebungsverfahren.

Die Arbeit der Stiftung im Bereich der Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist durch eine hohe Regulierungsdichte gekennzeichnet.

Neben Verordnungen auf Landesebene, hat insbesondere die Gesetzgebung auf der Bundesebene teilweise massive Auswirkungen auf die Stiftung und ihre Kunden.

So wurde am 26. Mai 2023 im Bundestag über die Reform der Pflegeversicherung entschieden. Damit soll der Pflegebeitrag in Deutschland erhöht und gleichzeitig die Leistungen verbessert werden.

Konkret heißt das, dass ab Juli 2023 der Pflegebeitrag um 0,35 Prozentpunkte des Bruttoeinkommens angehoben wird. Während kinderlose Erwerbstätige zukünftig 4 Prozent zahlen, erhöht sich der Beitrag bei Menschen mit einem Kind auf 3,4 Prozent. Eltern mit mehr als zwei Kindern zahlen wiederum 3,15 Prozent, ab dem dritten bis zum fünften Kind soll der Beitrag weiter abgeschwächt werden. Der Arbeitgeberanteil beträgt dabei immer 1,7 Prozent.

Gleichzeitig ist in der neuen Pflegereform geplant, das Pflegegeld zum 1. Januar 2024 um fünf Prozent anzuheben. Von der höheren Auszahlung sollen Pflegebedürftige profitieren, die daheim ehrenamtlich versorgt werden.

Auch Menschen in Pflegeheimen sollen ab dem 1. Januar 2024 finanziell entlastet werden. Lauterbachs Reform sieht vor, dass die Zuschläge von Pflegekassen um fünf bis zehn Prozentpunkte erhöht und direkt an die Heime gezahlt werden, um die Eigenbeteiligung zu senken. Die Zuschläge werden gemäß Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) bereits seit dem 01.01.2022 durch die Pflegeversicherung gezahlt. Die Höhe leitet sich dabei von der Aufenthaltsdauer im Heim ab. Bei einer Verweildauer bis zu einem Jahr steigt der Zuschlag von fünf auf 15 Prozent, bei einer Dauer bis zwei Jahre von 25 auf 30 Prozent, bei drei bis vier Jahre von 45 auf 50 Prozent und bei mehr als vier Jahren steigt der Zuschuss von 70 auf 75 Prozent.

Grundsätzlich ist ein immer weiter steigender Eigenanteil festzustellen, woran die Reform nichts ändern wird. Dabei sind natürlich Personalkosten ein großer Treiber und das weiter oben genannte Personalbemessungsverfahren wird einen Personalzuwachs mit sich bringen, welcher refinanziert werden muss. Angesichts dessen und weitergehender Steigerung im Personal- und Sachkostenbereich, wird die Erhöhung der Zuschläge kaum spürbar sein.

Um das Potenzial der Digitalisierung zur Verbesserung und Stärkung der pflegerischen Versorgung zu nutzen, soll das Förderprogramm für digitale und technische Anschaffungen in Pflegeeinrichtungen bis zum Ende des Jahrzehnts verlängert werden.

Die ambulanten Sachleistungen werden zum 1. Januar 2024 um 5 Prozent angehoben.

IV. Vergütungsverhandlungen

Die Stiftung hat am 18.11.2022 für fünf stationäre Altenpflegeeinrichtungen mit insgesamt 391 Plätzen die Unterlagen fristgerecht eingereicht.

Die Verhandlungen wurden im Januar 2023 geführt. Eine abschließende Einigung zu den Entgelten wurde mit Beendigung der Verhandlungen zum Altenpflegeheim Riebeckpark letztlich am 30.01.2023 erzielt.

Die Stiftung hatte für alle fünf Einrichtungen die Schiedsstelle angerufen. Damit sollte sichergestellt werden, dass eine Abrechnung der Entgelte ab 01.01.2023 erfolgen kann, wenn bis zum 31.12.2022 keine Einigung erfolgt.

Mit dem Abschluss der Verhandlungen haben die Sozialagentur und die Stiftung die Festsetzung der Entgelte durch die Schiedsstelle beantragt. Die Festsetzung erfolgte am 22.02.2023. Damit konnten erstmalig im März 2023 die neuen Entgelte abgerechnet werden.

Die Stiftung musste aufgrund der offenen Entgeltvereinbarung in den Monaten Januar und Februar 250 TEUR vorfinanzieren.

Im Bereich der Eingliederungshilfe konnte bis zum Stand der Erstellung des Lageberichts keine Einigung erzielt werden. Dadurch fehlen bis zu 75 TEUR monatlich zur Deckung der laufenden Kosten. Ein Ende der Verhandlungen ist nicht absehbar.

Es zeichnet sich ab, dass die Entgeltverhandlungen zunehmend komplizierter, aufwendiger und langwieriger werden als es in der Vergangenheit der Fall war. Dadurch wird die Stiftung gezwungen sein, Kostensteigerungen für ein gewisses Zeitfenster aus Reserven zu finanzieren.

V. Wirtschaftsplan 2023

Der Vorstand erwartet gemäß Wirtschaftsplanung für 2023 ein positives Ergebnis von ca. 202 TEUR. Zum Zeitpunkt der Planerstellung im August 2022 waren Faktoren wie Inflation, Mindestlohnsteigerung sowie rasant steigende Kosten für Energie und Gas schwer vorhersehbar bzw. kalkulierbar. Daher wurden die möglichen Risiken als hoch bewertet. Diese Risiken fallen jedoch nach jetziger Lage geringer aus als damals angenommen. Das Ergebnis vom 1. Quartal 2023 liegt bei 454 TEUR.

Der Wirtschaftsplan wird regelmäßig im Rahmen einer Planfortschreibung überprüft und etwaige Änderungen im Stiftungsrat beschlossen.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumente

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -egänge vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Bis auf das Risiko hinsichtlich der weiteren Folgen der Corona-Pandemie gibt es keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Geschäftsvorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Stiftung, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Der Satzungszweck wird durch planmäßiges Zusammenwirken mit der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale und anderen steuerbegünstigten Körperschaften verwirklicht durch die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der von der Serva GmbH verfolgte öffentliche Zweck liegt im Bereich der Gesundheitsversorgung, Altenpflege sowie im Sozial- und Gemeinwohlinteresse.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5	1	4	1	7	2	1	25
Umlaufvermögen	349	99	300	99	327	98	49	16
Bilanzsumme	354	100	304	100	334	100	50	16
Passiva								
Eigenkapital	102	29	81	27	81	24	21	26
Rückstellungen	51	14	36	12	48	15	15	42
Verbindlichkeiten	201	57	187	61	204	61	14	7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	354	100	304	100	334	100	50	16

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.890	3.563	3.397
sonstige betriebliche Erträge	65	54	51
Materialaufwand	1.297	1.179	1.137
Personalaufwand	2.553	2.313	2.265
Abschreibungen	1	3	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	83	84	79
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	21	38	-43
sonstige Steuern	0	0	1
Erträge aus Verlustübernahmen	0	0	44
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	38	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,54	1,06	-1,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	25,89	47,01	-54,09	%
Cash-Flow:	22	41	-34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	41	38	35	T€
Personalaufwandsquote:	64,55	63,95	65,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,35	1,36	2,07	%
Eigenkapitalquote:	28,66	26,53	24,16	%
Fremdkapitalquote:	71,34	73,47	75,84	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Leuna-Chemie-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die durch die Gesellschaft bereitgestellte Sportinfrastruktur fördert den Sport, die Freizeitgestaltung sowie die Wirtschaft und steigert die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert
Beirat:	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith
	stellv. Vorsitzende	Jacobi, Dörte
		Biedermann, Paul
		Eigendorf, Eric
		Ettingshausen, Rüdiger
		Feigl, Christian
		Heym, Carsten
		Mämecke, Steve
		Müller, Katja

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2022 erfolgt.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Beirat	1	2	1

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	87	21	104	31	79	11	-17	-16
Umlaufvermögen	302	74	212	63	447	61	90	42
Rechnungsabgrenzungsposten	21	5	20	6	203	28	1	5
Bilanzsumme	410	100	336	100	729	100	74	22

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	28	7	27	8	27	4	1	4
Rückstellungen	5	1	5	2	7	1	0	0
Verbindlichkeiten	280	68	91	27	167	23	189	208
Rechnungsabgrenzungsposten	97	24	213	63	528	72	-116	-54
Bilanzsumme	410	100	336	100	729	100	74	22

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.424	1.715	1.821
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Materialaufwand	0	6	0
Abschreibungen	17	12	20
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.408	1.694	1.797
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,02	0,05	0,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,84	3,15	2,43	%
Cash-Flow:	17	13	21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,30	31,00	10,78	%
Eigenkapitalquote:	6,74	8,15	3,65	%
Fremdkapitalquote:	93,26	91,85	96,35	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2022 war insbesondere durch die sportliche Entwicklung des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt.

Der Verein landete in dieser Spielzeit auf dem 14. Tabellenplatz und konnte damit den Klassenerhalt sichern. Allerdings befand sich der HFC zwischenzeitlich in Abstiegsgefahr. Erst am vorletzten Spieltag konnte der Ligaverbleib gesichert werden.

Auch in der Saison 2022/23 kämpft der Hallesche FC wiederum um den Abstieg. Zum Ende der Hinrunde nach 19 Spieltagen lag der Verein mit 17 Punkten auf einem Abstiegsplatz. Allerdings betrug der Rückstand auf den Klassenerhalt nur einen Punkt.

Der Verein hat im Geschäftsjahr 2022 die Mietzahlungen und die Betriebskostenvorauszahlungen stets in voller Höhe an die SHBG gezahlt.

Nach den coronabedingten Einschränkungen hat sich die Zahl der Veranstaltungen außerhalb von HFC-Spielen im Business-Bereich des LEUNA-CHEMIE-STADIONS wieder normalisiert. So konnten die Annahmen aus dem Wirtschaftsplan übertroffen werden. Dies lag auch an einer außerordentlichen Vermietung des LEUNA-CHEMIE-STADIONS für ein Spiel des Football-Teams Leipzig Kings im Rahmen der European League of Football.

Die Folgen der Energiepreissteigerungen konnten im Jahr 2022 noch durch Einsparungen abgefangen werden. Allerdings steigt aufgrund der insgesamt bestehenden Trockenheit der Wasserbedarf zur Bewässerung der Rasenspielflächen stetig an, so dass in diesem Bereich weiterhin mit Mehraufwendungen zu rechnen ist.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2022 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC in der 3. Liga. Durch die hierbei erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 227. Dieser im Vergleich zum Vorjahr höhere Liquiditätsbestand ist vor allem auf die Einsparungen durch weggefallene Hygiene-Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie auf höhere Einnahmen im Veranstaltungsbereich zurückzuführen.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Allerdings wird der Liquiditätsstand keine größeren Investitionen in das Stadion ermöglichen. Dies gilt auch weiterhin.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 230,36 € ein leicht positives Jahresergebnis erzielt.

Einnahmen generiert die Gesellschaft neben den Mietzahlungen des HFC und Erlöse aus Veranstaltungen durch einen Zuschuss von der Stadt Halle (Saale). Dieser beträgt jährlich eine Höhe von 870 T€ und hat eine Laufzeit bis 2026. Es wurde keine Dynamisierung der jährlichen Höhe vereinbart. Damit ist die grundsätzliche Einnahmenbasis der Gesellschaft gesichert.

Zu viel erhaltene Zuschüsse hat die Gesellschaft an die Stadt Halle (Saale) zurückzahlen. Diese sind unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter in der Bilanz ausgewiesen und betreffen zu viel erhaltene Zuschüsse für den Gesamtzeitraum von 2010-2021 gemäß Zuschussvertrag und Protokollnotiz von 2010 in Höhe von 87 T€ und für das Jahr 2022 gemäß Zuschussvertrag von 2021 in Höhe von 57 T€.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2023 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb des HFC in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer spielt die gesamte Rückrunde der Saison 2022/23 über gegen den Abstieg aus der 3. Liga. Erst am vorletzten Spieltag konnte der Klassenerhalt gesichert werden und der HFC die Saison 2022/2023 auf Platz 16 abschließen. Durch den Klassenverbleib des HFC wird die weitere Entwicklung des Unternehmens positiv eingeschätzt.

Die Ergebnisse der Sonderveranstaltungen werden sich vermutlich in den kommenden Jahren wieder auf dem Vor-Corona-Niveau einpendeln, so dass hier eher von einer positiven Entwicklung auszugehen ist.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt sein.

Durch den Klassenerhalt besteht die wichtigste Aufgabe nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat am 29. März 2023 beschlossen, dass die Stadion Halle Betriebs GmbH zum 1.1.2024 die Bewirtschaftungs- und Betriebsleistungen für das Fußballnachwuchsleistungszentrum der Stadt Halle (Saale) auf der Silberhöhe übernehmen soll. Dazu wurde ein neuer Gesellschaftsvertrag der Stadion Halle Betriebs GmbH beschlossen, der den Gesellschaftszweck auf die Übernahme von Bewirtschaftungs- und Betriebsleistungen für weitere Sportstätten in der Stadt Halle (Saale) erweitert. Der geänderte Gesellschaftsvertrag wurde am 12. Mai 2023 vom Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde bestätigt.

Vor der Übernahme der Bewirtschaftungs- und Betriebsleistungen soll der Zuschussvertrag zwischen der SHBG und der Stadt Halle (Saale) angepasst werden. Dazu soll im Herbst 2023 ein Entwurf vorliegen.

Für das Geschäftsjahr 2023 werden daraus voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft erwartet.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, sozial - benachteiligten Einwohner der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

- (a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii
- (b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Döring, Jan Kirchert, Christian Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	26.322	93	26.472	91	26.998	93	-150	-1
Umlaufvermögen	1.831	6	2.411	8	1.745	6	-580	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	243	1	203	1	149	1	40	20

Bilanzsumme	28.396	100	29.086	100	28.892	100	-690	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	17.951	63	18.292	63	18.158	63	-341	-2
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.190	8	2.312	8	2.435	8	-122	-5
Rückstellungen	393	1	455	2	343	1	-62	-14
Verbindlichkeiten	7.672	27	7.831	27	7.755	27	-159	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	190	1	196	0	201	1	-6	-3

Bilanzsumme	28.396	100	29.086	100	28.892	100	-690	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	10.096	9.689	9.630
sonstige betriebliche Erträge	1.046	1.279	610
Materialaufwand	2.421	2.567	2.121
Personalaufwand	6.584	6.192	6.132
Abschreibungen	946	906	851
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	122	122	124
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.302	935	975
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	352	356	384
Ergebnis nach Steuern	-341	134	-99
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-341	134	-99

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,38	1,38	-1,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,87	0,74	-0,54	%
Cash-Flow:	605	1.040	752	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	88	93	86	T€
Personalaufwandsquote:	59,09	56,45	59,89	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,30	90,55	93,22	%
Eigenkapitalquote:	63,21	62,89	62,85	%
Fremdkapitalquote:	36,79	37,11	37,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Pflegeplätze	157,00	157,00	159,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	55.035,00	52.737,00	56.708,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	96,00	94,00	96,00	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	97,00	96,00	97,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	62	344	62	344	63	0	0
Umlaufvermögen	214	38	206	38	202	37	8	4
Bilanzsumme	558	100	550	100	546	100	8	1
Passiva								
Eigenkapital	558	100	550	100	546	100	8	1
Bilanzsumme	558	100	550	100	546	100	8	1

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	17	15	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	11	13	10
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	8	4	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8	4	7
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	5	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2	-1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,39	0,73	1,21	%
Cash-Flow:	8	4	7	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	61,60	62,46	62,92	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Ackerfläche	444.667,50	444.667,50	444.667,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung am 12.04.2023 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2022
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 7.725,89 auf EUR 558.204,63 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 17.934,75. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 15.934,75) und Zinsen aus Kontokorrentkreditvertrag mit der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (EUR 2.000,04).

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 1.144,33 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 17.705,37 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 5.901,79 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 103.271,36 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 9.979,48 (Vorjahr: 12 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Leselampen	EUR 2.924,38
• Zuwendung an die Stadtbibliothek Halle für den Erwerb von sehbehinderten Software in Höhe von	EUR 3.000,00
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhafe-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2022	EUR 3.344,50
• Verwaltungskosten für Prüfung Jahresrechnung 2022 und Gebühr für Satzungsänderung	EUR 332,60
• Grabpflege im Angedenken des Stifters	EUR 378,00
Σ	<u>EUR 9.979,48</u>

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch die Destinatäre Stadtbibliothek und Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Mittelverwendung in Höhe von EUR 7.748,48

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 12.04.2023 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 7.748,48 zur Verfügung.

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

- Zuwendung in Höhe von EUR 7.748,48 an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb mobiler Leselampen für sehgeschwache Bewohner des stationären Pflegebereichs in der Glauchaer Straße 68 und im Unterplan 11

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.558

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt gemäß ihrem Stiftungszweck die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Stiftung Händel-Haus betreibt die Museen Händel-Haus sowie Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus und veranstaltet die Händel-Festspiele Halle. Der öffentliche Zweck der Stiftung umfasst kulturelle und pädagogische Aspekte sowie die Steigerung der Attraktivität und Bekanntheit der Stadt.

Eine dem Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur Gründung der Stiftung und der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens	
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Putz, Sebastian	(seit 30.06.2022 stellv. Vorsitzender)
		Bärenz, Reinhard	(bis 15.12.2022)
		Bethke, Susanne	
		Dr. Fox, Jürgen	
		Dr. Marquardt, Judith	(seit 15.12.2022)
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Prof. Dr. Maul, Michael	
		Prof. Kopp, Peter	

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff Hoberg, Uwe Kaiser, Angela Lange, Mark Prof. Dr. Fontana, Eszter Schirmer, Ragna Sutcliffe, Walter
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.119	74	8.316	75	8.537	78	-197	-2
Umlaufvermögen	2.807	26	2.818	25	2.375	22	-11	0
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	0	14	0	0	0

Bilanzsumme	10.929	100	11.137	100	10.926	100	-208	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	9.760	89	9.940	89	9.965	91	-180	-2
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	377	3	392	4	407	4	-15	-4
Rückstellungen	583	5	638	6	451	4	-55	-9
Verbindlichkeiten	46	1	33	0	34	0	13	39
Rechnungsabgrenzungsposten	163	2	134	1	69	1	29	22

Bilanzsumme	10.929	100	11.137	100	10.926	100	-208	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	97	46	56
Zuschüsse Gesellschafter	2.856	2.084	2.198
sonstige betriebliche Erträge	790	340	274
Personalaufwand	1.224	1.206	1.192
Abschreibungen	237	246	242
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.443	1.073	1.140
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-20	25	13
Ergebnis nach Steuern	-181	-30	-33
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-181	-30	-33
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-181	-30	-33
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-186,37	-66,79	-58,56	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,85	-0,31	-0,33	%
Cash-Flow:	56	216	209	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	208	145	133	T€
Personalaufwandsquote:	32,70	48,82	47,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,29	74,66	78,10	%
Eigenkapitalquote:	89,30	89,25	91,21	%
Fremdkapitalquote:	10,70	10,75	8,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Besucher Museum Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus sowie Veranstaltungen Stiftung Händel-Haus	19.138	8.053	9.741	Anzahl
Besucher Händel-Festspiele	40.000	0	0	Anzahl

f) Lagebericht**Lage- und Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus für das Kalenderjahr 2022
(in Vertretung stellvertretende Direktorin)****1. Vorbemerkung**

Nach den pandemiebedingten Beschränkungen im Museums- und Veranstaltungsbetrieb in den Jahren 2020 und 2021 (Schließung der Museen, Absage der Festspiele 2020 und 2021 sowie Beschränkungen im Konzertbetrieb) konnte im Jahr 2022 wieder ein normaler Museums- und Veranstaltungsbetrieb aufgenommen werden. Das Jahr 2022 stand ganz unter dem Motto des großen Jubiläums-Festspieljahrganges "100 Jahre Händel-Festspiele in Halle". 2022 feierten vom 27. Mai bis 12. Juni 2022 die Händel-Festspiele ihr 100-jähriges Jubiläum. Dieses große Jubiläum wird ganzjährig bei der Stiftung Händel-Haus thematisch umgesetzt. Ein Höhepunkt war u. a. die Sonderausstellung „Feuerwerk und Halle-luja – 100 Jahre Händel-Feste in Halle“ im Geburtshaus Händels. Parallel zur Sonderausstellung wurde eine Publikation unter dem Titel „Feuerwerk & Halle-luja“ erarbeitet sowie eine eigens für das Jubiläum konzipierte CD mit historischen Tonaufnahmen produziert.

Der Konzert- und Veranstaltungsbetrieb der Stiftung konnte im Jahr 2022 in vollem Umfang durchgeführt werden. Dies gilt auch für die gut etablierten Vortragsreihen der Stiftung Händel-Haus sowie alle museumspädagogischen Angebote und Führungen. Die Ausstellung des Wilhelm-Friedemann-Bach Hauses, welches aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen und aufgrund der kleinen Räume über den Zeitraum von zwei Jahren geschlossen werden musste, konnte anlässlich der Händel-Festspiele 2022 am 27. Mai 2022 wieder geöffnet werden.

Wie auch andere Kultureinrichtungen musste auch die Stiftung Händel-Haus sowohl im Museum Händel-Haus als auch zu den Händel-Festspielen und den Konzertreihen des Händel-Hauses im Vergleich zum Jahr 2019 noch rückläufige Besucherzahlen zur Kenntnis nehmen und finanziell ausgleichen.

Die Stiftung Händel-Haus hatte aufgrund der besonderen Situation, welche durch die Schließungen und Beschränkungen der Corona-Pandemie bedingt war, in den Jahren 2020 und 2021 ursprünglich in diesen Jahren geplante Investitionen nicht umgesetzt (z.B. Späneabsauganlage, IT-Technik u. a.). In den Jahren 2020 und 2021 konnten nur unaufschiebbare Investitionen aufgrund der unklaren wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie getätigt werden. Der damit entstandene Investitionsstau für das Jahr 2022 und Folgejahre konnte in 2022 begonnen werden, abzubauen. So wurden wichtige Reparaturen ausgeführt und Investitionen getätigt, wie z.B. die Neuanschaffung der Späneabsauganlage für das Restaurierungsatelier sowie eine Teilinvestition in die erforderliche Erneuerung der IT-Technik. Die Neuanschaffung der dringend zu ersetzenden Servertechnik, wird für das Jahr 2023 geplant.

2. Museum und Ausstellungen

Die Stiftung Händel-Haus eröffnete anlässlich des großen Jubiläumsjahres "100 Jahre Händel-Feste in Halle" eine von der Ostdeutschen Sparkassenstiftung und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier stehende Sonderausstellung „Feuerwerk und Halle-luja – 100 Jahre Händel-Feste in Halle“ im Geburtshaus Händels am 23. Februar 2022 als ein Höhepunkt des Jahres. Das Jubiläum und die Sonderausstellung mit dem parallel publizierten Buch „Feuerwerk und Halle-lujah“ erhielten somit eine überregionale Ausstrahlung. Der Begleitkatalog erschien beim Verlag E.A. Seemann Henschel in Leipzig und ist im Museumsshop der Stiftung Händel-Haus, beim Stadtmarketing Halle sowie im Buchhandel erhältlich.

Mit Datum 1. Dezember 2020 erhielt die Stiftung Händel-Haus einen Förderbescheid der Ostdeutschen Sparkassenstiftung für das Projekt „Sonderausstellung "100 Jahre Händel-Feste im Händel-Haus in Halle (Saale)" in Höhe von bis zu 57.000 €. Die Fördermittel standen für Ausstellungsgestaltung, Honorare, kulturelle Bildung, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und für die Erarbeitung und Produktion der Begleitpublikation zum 100-jährigen Jubiläum zur Verfügung.

Im Rahmen der Erarbeitung des Ausstellungskonzeptes und des Begleitkataloges wurden Besucherinnen und Besucher der Händel-Festspiele öffentlich unter dem Motto "Zeitzeugen" dazu aufgerufen, ihre Erinnerungen, Eindrücke oder Fotomaterial einzureichen, welche in die Sonderausstellung integriert wurden.

Darüber hinaus entstanden in einer Kooperation mit der Hochschule Merseburg mehrere Projekte mit direktem Bezug zur Sonderausstellung. Erarbeitet wurden von den Student*innen Film-Interviews mit Passanten. Darüber hinaus entstanden auch gezielte Film-Interviews mit ausgewählten Händel-Preisträgerinnen und -Preisträgern, welche in der Sonderausstellung gekürzt integriert wurden.

Darüber hinaus wurden Kurz-Hörspiele für Kinder produziert, in denen fiktive Erlebnisse der Händel-Festspiele dialogisch umgesetzt sind.

Die Sonderausstellung "100 Jahre Händel-Feste im Händel-Haus in Halle (Saale)" war entsprechend Planung bis zum 8. Januar 2023 für die Besucher*innen geöffnet, wurde jedoch einerseits aus Gründen des Zuspruchs sowie auch aus Gründen der Kosteneinsparung verlängert bis zum 8. Januar 2024.

Im Vergleich zum noch von den Beschränkungen der Pandemie geprägten Vorjahr mit 8.053 Besucher*innen konnte die Stiftung in den Museen und bei den vielfältigen Veranstaltungen 19.138 Besucher*innen begrüßen. Es ist mehr als eine Verdopplung der Besucherzahlen im Vergleich zu 2021, jedoch muss konstatiert werden, dass die Besucherzahlen für die Zeit vor der Corona-Pandemie noch nicht erreicht werden konnten. Die Besucher*innen der Händel-Festspiele wurden in diese Betrachtungen nicht einbezogen, sondern gesondert erfasst. Trotz noch nicht erreichter Besucherzahlen vor der Pandemiezeit ist die Entwicklung positiv zu bewerten und zeigt nach wie vor die touristische Ausstrahlung des Händel-Hauses mit ihrem vielfältigen Besucherangebot.

Die Besucherzahlen der Vorjahre zum Vergleich:

29.009 Besucher*innen im Jahr 2015
30.295 Besucher*innen im Jahr 2016
31.530 Besucher*innen im Jahr 2017
30.575 Besucher*innen im Jahr 2018
29.548 Besucher*innen im Jahr 2019
9.741 Besucher*innen im Jahr 2020
8.053 Besucher*innen im Jahr 2021
19.138 Besucher*innen im Jahr 2022

Als besonderes Angebot für den Ausstellungsbesucher der „Historischen Musikinstrumente“ wurde das Instrumentenanspiel unter dem Motto **„Authentischer Klang“** jeweils am ersten Sonntag im Monat auch im Jahr 2022 fortgesetzt. Besucher zahlen hierfür nur das Museumseintrittsgeld. Das Instrumentenanspiel findet in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik statt: Das Anspiel wird in der Semesterzeit von Studierenden und Dozenten für die Stiftung kostenfrei durchgeführt. Außerhalb der Semesterzeiten hat die Stiftung Musiker unter Vertrag genommen, damit der „Authentische Klang“ regelmäßig angeboten werden kann. Das Angebot nutzen jeweils zwischen 10 und 20 Personen.

Unter dem Titel **„Händel Junior“** steht seit 2021 ein neues **Vermittlungsformat in der Händel-Ausstellung für Kinder von 5 bis 12 Jahren** zur Verfügung, welches im Rahmen der Sonderausstellung „Feuerwerk und Halle-luja – 100 Jahre Händel-Feste in Halle“ durch weitere Trickfilme ergänzt werden konnte. Eröffnet wurden diese mit einem Presserundgang am 5. Mai 2022. Damit ist es der Stiftung Händel-Haus gelungen, den Kindern und Jugendlichen einen weiteren erlebnisreichen Zugang zu Musik und Leben in der Barockzeit zu ermöglichen. Das Angebot steigert die Attraktivität der Vermittlungsangebote gerade für unsere jüngsten Besucher*innen.

3. Veranstaltungen

3.1. Händel-Festspiele 2022

Mit einem großen Open Air-Konzert in der Galgenbergschlucht feierten am Sonntag, den 12. Juni 2022, die Händel-Festspiele Halle den glanzvollen Abschluss ihrer 100-jährigen Jubiläumssaison. Die Stiftung Händel-Haus konnte rd. 40.000 Besucherinnen und Besucher zu den Festspielen begrüßen. Die Hallenserinnen und Hallenser nahmen das vielfältige Programm in und um Halle mit großer Begeisterung an. Aber auch das überregionale und internationale Publikum aus ganz Deutschland, den Niederlanden, England, Frankreich und sogar Japan und Amerika kamen in die Saalestadt, um die Festspiele zu Ehren Händels zu erleben.

Über 70 Veranstaltungen im Hauptprogramm und zusätzlich über 30 Veranstaltungen im Beiprogramm galt es 2022 in der Geburtsstadt des Komponisten sowie in der Region rund um Halle an historischen Schauplätzen zu erleben. Zum runden Geburtstag des Festivals wurde ein breit gefächertes Programm zusammengestellt, mit dem man das Publikum u.a. auf eine spannende Zeit- und Klangreise durch 100 Jahre Festivalgeschichte schickte. Die Besonderheit des Programms des Jubiläumsjahrganges 100 Jahre Händel-Feste in Halle war, dass es gelungen ist, für mehrere Konzerte die Programme des Gründungsjahres zu adaptieren und im Fall der Aufführung von Händels „Semele“ sogar die Aufführungspraxis aus dem Jahr 1922 aufwändig rekonstruiert wurde.

Wie gewohnt, brachten die Festspiele auch 2022 wieder international gefragte Originalklang-Ensembles sowie zahlreiche Stars der Alten Musik-Szene nach Halle. Mit dabei unter anderem auch zahlreiche Händel-Preisträgerinnen und Preisträger der Händel-Festspiele.

Für die Planung und Durchführung der Händel-Festspiele 2022 gab es aufgrund der Corona-Pandemie bis in das Frühjahr 2022 keine Planungssicherheit. Aus diesem Grund konnte erst am 11. Februar 2022 das Festspielprogramm vorgestellt und mit einem sehr eingeschränkten Kartenvorverkauf begonnen werden. Zunächst standen nur ca. 35% der Platzkapazität zum Verkauf zur Verfügung, um damit die behördlich vorgeschriebenen Abstandsregeln einzuhalten. Die Platzkapazität von ca. 90 % wurde erst am 7. April 2022 freigeschaltet. Kulturtouristen und überregionalen Gästen der Händel-Festspiele fehlte aufgrund der Corona-Auflagen die notwendige Planungssicherheit, um z. B. frühzeitig Hotelbuchungen vorzunehmen. Umso mehr freute sich die Stiftung Händel-Haus, dass trotz dieser Unwägbarkeiten dennoch eine große Anzahl an Gästen zu den Veranstaltungen kamen und die Jubiläumsfestspiele besuchten – auch wenn die hohen Besucherzahlen der Jahre vor der Corona-Pandemie nicht erreicht werden konnten. Im Vergleich zu anderen Kultur- und Konzertveranstalter*innen, z.B. der vielen Theater und Opernhäuser in Deutschland, konnten die Händel-Festspiele erfreulicherweise feststellen, dass es keinen so starken Besucherschwund gab, wie dies der Deutsche Bühnenverein im Sommer 2022 für die Mehrzahl der deutschen Theater rückblickend resümieren musste. Am Ende wurden über 40.000 Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen im Haupt- und Beiprogramm gezählt. Es ist festzustellen, dass der Jubiläumsjahrgang "100 Jahre Händel-Feste in Halle" trotz der noch nicht erreichten Besucherzahlen aus den Vor-Corona-Jahren ein großer Erfolg war.

Aufgrund fehlender Planungssicherheit und mangelnder Finanzierungsmöglichkeit wurden die „Händel im Herbst“-Tage im Jahr 2022 nicht geplant und durchgeführt. Dieses Veranstaltungsformat wird auch aus Gründen der Kostenersparnis für das Jahr 2023 und Folgejahre nicht geplant.

3.2. Weitere Veranstaltungen

Sämtliche Konzerte der Stiftung Händel-Haus der Reihen „Musik im Händel-Haus“, „Händels Schätze“, „Focus Bohlenstube“ und „Schätze Mitteldeutschlands“ konnten im Jahr 2022 ohne weitere Beschränkungen durchgeführt werden und wurden gut besucht, wenn auch die Besucherzahlen noch nicht die Auslastungsquote wie vor der Pandemie erreichen konnten.

Das Veranstaltungsformat „JAZZ-Sommer“ fand unter dem Motto „It's session time! – 16. Jazz-Sommer im Händel-Haus“ zwischen dem 16. Juli und 13. August 2022 im Großen Hof des Händel-Hauses mit vier Jazz-Konzerte open air statt. Auch hier ist eine hohe Auslastungsquote zu konstatieren.

Am Reformationstag (31. Oktober 2022) beteiligte sich die Stiftung Händel-Haus an der fünften kostenfreien „Orgel-Wandel-Wander-Tour“, die von den Besucher*innen und Besuchern angenommen wird und sich großer Beliebtheit erfreut.

4. Wissenschaft und Forschung

Vom 30. Mai bis 1. Juni 2022 fand die **Internationale Wissenschaftliche Konferenz** über das Thema „Orlando und die Geschichte der Opern Händels im 20. und 21. Jahrhundert“ im Händel-Haus statt. Im Jahr 1922 wurde mit dem Händelfest der Stadt Halle der Grundstein gelegt für die Tradition der Festspiele in Händels Geburtsstadt. Mit Händels "Orlando" wurde 1922 die hallische Händel-Renaissance eröffnet. Händel ist heute einer der meist gespielten Opernkomponisten. Die Inszenierungsgeschichte seiner Opern spiegelt die Wandlung der Barockoper im 20. und 21. Jahrhundert wider. Die Wissenschaftliche Konferenz hat sich intensiv diesem Thema gewidmet.

Im Jahr 2022 erschien der **7. Band** der Editionsreihe „Studien der Stiftung Händel-Haus“ von der Autorin Teresa Ramer-Wünsche unter dem Titel "Georg Friedrich Händels Parnasso in festa" im Ortus Verlag. Die Stiftung Händel-Haus konnte diesen Band mit einem Druckkostenzuschuss in Höhe von 2.500 € im Rahmen des Kooperationsvertrages unterstützen.

Seit April 2017 besteht ein **Kooperationsvertrag zwischen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Stiftung Händel-Haus**, in dem beide Parteien einen gemeinsamen Beitrag zur Musikforschung, Musiklehre und Musikvermittlung sowie zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses anstreben. In diesem Rahmen wird die Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden bzw. die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern, insbesondere auf dem Gebiet der Barockmusik und der Musik Georg Friedrich Händels, befördert. Dies geschieht vor allem in den Bereichen der wissenschaftlichen Publikationen auf dem Gebiet der Händel-Forschung, der Durchführung der internationalen wissenschaftlichen Konferenzen und der Zusammenarbeit bei der Erstellung der Hallischen Händel-Ausgabe (HHA). Gemäß des am 14. Januar 2011 geschlossenen **Kooperationsvertrages mit der Internationalen Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V** wurde die dort vereinbarte Zusammenarbeit im Bereich der Händel-Pflege in Halle fortgeführt. Dazu zählt u. a. die gegenseitige Unterstützung bei der Hallischen Händel-Ausgabe, der neuen historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke Händels, einem von der Union der deutschen Akademien und Wissenschaften geförderten, von der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. herausgegebenen und als Drittmittelprojekt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angesiedelten Editionsprojekten sowie bei der Herausgabe des Händel-Jahrbuchs als Organ der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. als Publikationsort der internationalen Händelforschung. In diesem Zusammenhang erschien im Jahr 2022 das Händel-Jahrbuch 2022.

Im April 2021 wurde erstmalig eine **Kooperationsvereinbarung zwischen der Stiftung Händel-Haus und der Hochschule Merseburg** geschlossen. Ziel der Kooperation ist die Vermittlung eines praktischen Lehrangebotes im Fachbereich SozialeArbeit.Medien.Kultur durch die Hochschule Merseburg in den Räumen des Händel-Hauses zur Erweiterung des praktischen Lehrangebotes für zukünftige Kultur- und Medienpädagogen. Die im inhaltlichen Kontext zum Händel-Haus entstehenden Produktionen dienen der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung Händel-Haus und werden mit Unterstützung der Hochschule Merseburg einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Kooperation der Stiftung Händel-Haus mit der Hochschule Merseburg wurde im Jahr 2022 intensiviert und auch im Jahr 2023 fortgeführt. Im Pilotprojekt 2021 wurde ein inhaltlicher Schwerpunkt auf das Jubiläum „100 Jahre Händel-Feste in Halle“ gelegt. Mit Hilfe des Know-hows der Hochschule wurden Experteninterviews aufgezeichnet, die in der Jahresausstellung 2022 „Feuerwerk und Halle-luja. 100 Jahre Händel-Feste in Halle“ präsentiert werden. Darüber hinaus wurden gemeinsam Ideen entwickelt zu einer Crowdsourcing-Aktion. Im Wintersemester 2022 wurden auf Basis des Kooperationsvertrages Projekte für die Museumsnacht 2022 gemeinsam mit den Student*innen umgesetzt.

Die seit 2010 bestehende **Kooperationsvereinbarung zwischen der Stiftung Händel-Haus und der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik** behielt auch 2022 unverändert ihre Gültigkeit. Dabei stellt die Stiftung Händel-Haus der Hochschule u.a. ihren Kammermusiksaal bzw. die Glashalle im Rahmen von Prüfungskonzerten sowie die Nutzung der Johann Gottlieb Mauer Orgel in der Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“ für den Orgelunterricht der Hochschule kostenfrei zur Verfügung. Die Hochschule engagiert sich u. a. im Rahmen einer kosten- und honorarfreien Bereitstellung von Studierenden und Lehrenden für regelmäßig stattfindende öffentliche Kurzpräsentationen von Tasteninstrumenten der Stiftung, insbesondere der Orgeln, in den Ausstellungsräumen der Stiftung (Authentischer Klang, Orgel-Wandel-Wander-Tour).

Im Dezember 2021 wurde der Finanzierungsantrag zur Realisierung des Forschungsprojektes **„Modellierung und Charakterisierung des Strukturverhaltens von hölzernem Kulturgut unter hygro-mechanischer Belastung“** durch die DFG positiv bewertet und kann nun realisiert werden. Projektträger ist die TU Dresden; die Stiftung Händel-Haus wirkt als Projektpartner mit. Hölzerne Kulturgüter, wie historische Tafelbilder, Möbel und Musikinstrumente, weisen häufig Schäden in Form von großen Verformungen und Rissen auf. Ursache dafür sind hygrische Belastungen, die durch tägliche und jahreszeitliche Schwankungen des Raumklimas auftreten, und mechanische Belastungen, die z.B. durch gespannte Saiten von Instrumenten entstehen. Im Rahmen des Projektes soll die Langzeitanalyse von Holzkonstruktionen unter diesen Belastungen ermöglicht und damit ein objektives Werkzeug für die Entscheidungsfindung im Rahmen der Konservierung entwickelt werden. Das Projekt wird von den Restauratoren begleitet.

5. Entsäuerungsprojekt

Die Stiftung Händel-Haus konnte 2022 kurzfristig Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt erhalten, welche die Entsäuerung, Verpackung und Verzeichnung von Alt-Akten des Händel-Hauses (1920er bis 1990er Jahre) möglich machten. Darunter befanden sich z. B. Akten aus der Gründungsphase des Museums, Korrespondenz der früheren Direktoren mit zahlreiche bedeutenden Händelianern oder Zeitungsausschnitte, die die Händel-Festspiele dokumentieren. Die Akten wurden, soweit sie sich noch in alten Aktenordnern befanden, entstaubt, enteist, foliert (mit einer Blattzählung versehen), in säurefreie Mappen und Archivkartons verpackt und in der Museumsdatenbank verzeichnet. Danach wurden die neu verpackten Akten einer Dienstleistungsfirma (Zentrum für Bucherhaltung ZfB Leipzig) übergeben und durch diese einem Entsäuerungsverfahren unterzogen, sofern dies nötig war (betrifft alle Akten aus der Zeit vor 1990). Das Projekt wurde fristgerecht zum Jahresende abgeschlossen. Die historisch wertvollen Dokumente können auf diese Weise langfristig im Original erhalten werden.

Das Problem des Papierzerfalls, das in säurehaltigen Papieren des 19. und 20. Jahrhunderts auftritt, stellt Archive vor große Herausforderungen. Das Papier verbräunt von den Rändern her, wird spröde und zerfällt schließlich. Spezialisierte Restaurierungsfirmen können die Dokumente in entsprechenden Maschinen mit einer Flüssigkeit tränken, durch die der pH-Wert auf über 7 angehoben wird. Der weitere Zerfall ist damit aufgehalten. Die Stiftung Händel-Haus erhielt eine Zuwendung des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung von Projekten im Rahmen der Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes aus dem Landesprogramm zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes Sachsen-Anhalt in Höhe von 6.693,10 €. Die Aufwendungen für das Entsäuerungsprojekt betragen 8.366,37 €.

6. Bildung und Vermittlungsarbeit

Mit folgenden Einrichtungen bestanden im Jahr 2022 **Kultur-Bildungspartnerschafts-Verträge** mit einer Laufzeit von zwei Jahren: Freie Grundschule Friedemann Bach (Vertrag vom Dezember 2021) Hort Kinderpark (Vertrag vom März 2020), mit der Kita „G.F. Händel“ (Vertrag vom März 2022), Kindertagesstätte Schneeweißchen und Rosenrot (Vertrag März 2020), Kindergarten der Rahn-Education- Kindertagesstätte Friedmann-Bach (Vertrag Mai 2022) Grundschule mit der Rahn Education – Freie Grundschule Friedemann-Bach (Vertrag Dezember 2021) sowie dem Lyonel-Feiniger Gymnasium (Vertrag Januar 2022).

Das seit Januar 2010 regelmäßig mittwochs um 15 Uhr stattfindende, offene museumspädagogische Angebot unter dem Titel „**Schallspiele**“ wurde im Jahr 2022 nach anfänglich zögerlichem Zulauf erfolgreich fortgeführt. Zum Angebot der "**Schallspiele**" ist es Eltern und/oder Großeltern mit ihren Kindern, aber auch Gruppen möglich, ohne Voranmeldung ein pädagogisches Angebot von ca. 1 Stunde Dauer im Museum Händel-Haus wahrzunehmen. Je nach Zusammensetzung der Beteiligten findet eine individuelle und altersgerechte Führung durch Teile der Dauerausstellungen statt oder es werden Klangexperimente durchgeführt bzw. Klanggeschichten erfunden.

Die Durchführung der Vortragsreihe „**Musik hinterfragt**“ wird im Rahmen von Kostenerstattungen bei Reise und Übernachtungen vom Freundes- und Förderkreis des Händel-Hauses zu Halle e.V. finanziell unterstützt. In der Reihe „Musik hinterfragt“ vermitteln namhafte Wissenschaftler*innen oder Mitarbeiter*innen der Stiftung Forschungserkenntnisse in eher populärer Form. Im Jahr 2022 konnten alle geplanten Vorträge durchgeführt werden.

Das **Seniorenkolleg** fand auch im Jahr 2022 in vollem Umfang mit je zwei Terminen zu einem Thema statt und wird von der Musikwissenschaftlerin Dr. habil. Karin Zauft durchgeführt. Das Veranstaltungsformat erfreut sich einer großen Beliebtheit und wird von den Seniorinnen und Senioren gut angenommen.

Mit der Neubesetzung der Stelle des Museumspädagogen im Sommer 2021 wurde das **museumspädagogische Profil** der Stiftung Händel-Haus neu aufgestellt und durch den neuen Mitarbeiter im Bereich Museumspädagogik auch im Jahr 2022 stetig durch vielfältige Angebote ergänzt bzw. erweitert.

Zur Erweiterung unserer museumspädagogischen Vermittlungsarbeit sowie in Vorbereitung der Jahresausstellung 2022 „Feuerwerk und Halle-luja – 100 Jahre Händel-Feste in Halle“ konnte die Stiftung mit einer großzügigen Zuwendung von der Volksbank Halle in Höhe von 8.000 € eine technische Ausrüstung (Lichtleiste, Mikrofon und Boxen sowie 15 iPads mit Ladekoffer) anschaffen. Die Tablets werden sowohl für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als auch als Ausleihgerät für Besucher*innen für die individuelle Führung verwendet. Dabei stehen eine Erweiterung des Händel Junior Rundganges in der Instrumentenausstellung mit Quizpunkten sowie eine Implementierung einer Museums-App als langfristige Projekte im Focus. Auch ist für Kinder und Jugendliche die Erarbeitung eines Onlinememory, basierend auf den Fotos aus der Projektarbeit mit den Student*innen der Technischen Hochschule Merseburg, geplant.

6. Baumaßnahmen

Im Jahr 2022 wurden weiter dringend erforderliche Reparaturmaßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen erforderliche Ausbesserungs- und Dichtungsmaßnahmen der Fenster, Reparaturen der Brandmeldeanlage, Ausbesserungs- und Malerarbeiten in den Ausstellungsräumen im Museum des Händel-Hauses, Planung und Kostenschätzung einer neuen Dachrinne im Innenhof des Händel-Hauses, Planung von Ausbesserungsarbeiten des Außenputzes am Gebäude des Händel-Hauses im Innenhof, weitere Planung der notwendigen Dachgaubensanierung sowie der Umbau der Brandmeldeanlage im Wandelgang im Museum des Händel-Hauses.

Das geplante Projekt zur Installierung eines vorhandenen Monitors an den Eingang „Schützei“ in der Kleinen Ulrichstraße mit Veranstaltungshinweisen analog zum Monitor vor dem Museumseingang Große Nikolaistraße wurde aufgrund der Kostensteigerungen, welche im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und der Energiekrise stehen, im Jahr 2022 sowie auch in den Folgejahren nicht umgesetzt.

Für die notwendige Sanierung der Dachgauben liegt eine Kostenschätzung und eine denkmalrechtliche Genehmigung vor. Eine Umsetzung erfolgte noch nicht, da im Rahmen der Ausschreibung im Herbst 2022 nur ein Angebot mit 100 %iger Kostensteigerung eingegangen ist. Die Ausschreibung wurde aufgrund Unwirtschaftlichkeit aufgehoben und im Frühjahr 2023 neu ausgeschrieben.

Defekte Klimageräte im Tonstudio müssen ersetzt und in ein Umbaukonzept des Tonstudios eingebunden werden. Verbindliche Angebote liegen noch nicht vor.

In dem von der Stadt Halle gemieteten Neubau „Schützei“ wurden die im Jahr 2021 festgestellten Mängel im Bereich Brandschutz in 2022 behoben.

Die **Erneuerung der Elektroinstallationen** im Dachgeschoss der Verwaltung wird aus den o.g. Gründen (finanzielle und personelle Ressourcen) auf das Jahr 2023 **verschoben**. Bei dem betreffenden Raum handelt es sich um das Tonstudio, das grundlegend umgebaut werden muss, um Fluchtwege und Brandgefahren abzuschotten und Traglasten bzw. Kühlungen elektrischer Geräte sicher zu stellen. Dies geht einher mit einer nahezu vollständigen technischen Neuausstattung. Zwar liegt eine Baugenehmigung hierfür bereits vor, möglicherweise muss nach Überprüfung diese aber erneut gestellt werden. (Geschätzte Bau- und Investitionsmaßnahme: rund € 220.000.)

Die fehlende letzte Fahrt der Aufzugsanlage auf die Fluchtwegebene der Glashalle und der Einbau eines behindertengerechten Bedienfeldes im Aufzug der Schützei konnte auch im Jahr 2022 noch nicht behoben werden. Ansprechpartner für diese erforderlichen Maßnahmen ist die Stadt Halle (Saale) als Vermieterin.

7. Lagerung Kunst- und Kulturgut

Die Aufbewahrung des Kunst- und Kulturgutes der Stiftung ist unterschiedlich zu bewerten. So gibt es drei Dauerausstellungen in unterschiedlichen baulichen Gegebenheiten („Händel – der Europäer“ im historischen Gebäude, „Historische Musikinstrumente“ im Neubau „Alte Schützei“, „Musikstadt Halle“ im historischen W.F. Bach-Haus). Die Bibliothek, in der Großteile der Bücher und der Nachlässe und Papierarchive aufbewahrt werden, ist in einem Neubau untergebracht. Des Weiteren lagern Kultur- und Archivgüter in einem Außendepot in der Barbarastraße, in einem Raum im W.F. Bach-Haus (Tonarchiv) sowie in einem Raum im Neubau „Alte Schützei“ (Grafiksammlung). Alle Aufbewahrungsorte sind einzeln zu betrachten.

Das Händel-Haus besteht aus einer sehr unterschiedlichen Bausubstanz: Neben barockem Lehm-Fachwerk weist es meterdickes Bruchsteinmauerwerk und modernen Trockenbau in verschiedensten Bauzuständen auf. Diese haben keine zusätzliche Wärmedämmung. Eine für alle Objekte gleich geeignete Klimatisierung ist in einem derartigen Gebäude nur mit Kompromissen möglich. Klimaschwankungen lassen sich nur bedingt verhindern, weil Technikausfälle oder Bedienfehler leider vorkommen können.

Die Stiftung Händel-Haus ist Mitglied des Notfallverbundes zum Schutz von Kulturgut für die Stadt Halle (Saale). Der technische Leiter der Stiftung Händel-Haus ist in diesem Notfallverbund Ansprechpartner für die Stiftung.

a). Die Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ befindet sich in Altbauten in der 1. Etage sowie im Dachgeschoss. Die Temperaturen liegen in der Heizperiode zwischen 18 und 21° C. Die relative Luftfeuchte liegt in der Regel bei etwa 40 – 45 %. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst, seit 1995 dokumentiert und statistisch ausgewertet. Auf Störungen wird umgehend reagiert.

Die im Jahr 2017 begonnenen und im Jahr 2022 abgeschlossenen Abdichtungsmaßnahmen der Fenster bewirkten eine Verringerung der Schwankungsbreite der Klimawerte in den Museumsräumen und eine Erhöhung der Effektivität der eingesetzten Luftbefeuchter. Bei Frostwetter sind Kältebrücken in dem baulich sehr heterogenen Gebäude zu konstatieren. Diese lassen sich aufgrund der Bauart und des Denkmalstatus nicht ausschließen.

Sicherheitstechnisch ist die Dauerausstellung nach modernen Kriterien abgesichert.

b). Die Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“ befindet sich in einem Neubau („Schützei“) in der 1. und 2. Etage. Die Temperatur- und Feuchtigkeitswerte werden mit Hilfe einer Klimaanlage reguliert. Im Falle einer Störung der Klimaanlage kommen vorgehaltene Befeuchtungsgeräte zum Einsatz. In die Klimaanlage integriert ist auch ein Kühlaggregat. Die Temperaturen liegen in der Heizperiode zwischen 20 und 21°C. Die relative Luftfeuchte liegt durchschnittlich bei 44 %. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst, seit 1995 dokumentiert und statistisch ausgewertet.

Durch eine Inergen-Anlage sind die Objekte bei Brandfall geschützt. Besucher haben genug Zeit das Gebäude über die Fluchtwege zu verlassen. Brandmelder, Einbruchsmelder, Fluchtwegehinweise entsprechen den modernen Museumsanforderungen. Sicherheits-technisch ist die Dauerausstellung nach modernen Kriterien abgesichert.

c). Die Dauerausstellung „Musikstadt Halle“ mit dem Seitenthema „Hausmusik in Halle“ befindet sich im historischen, so genannten Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus, Große Klausstraße 12. Die Baugeschichte geht bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück.

Das Haus verfügt über eine Brandmeldeanlage, die vom Eigentümer des Hauses (HWG) betrieben wird und deren Zentrale sich im Keller befindet.

In den Räumen mit Museumsgut (Bohlenstube, Hausmusik, Franz-Salon und Loewe-Raum) stehen Luftbefeuchter Venta LW 14 mit einer externen Hygrostatregelung. Nur im Raum 2.09 wurde vorerst darauf verzichtet – die Oboe in der Vitrine ist ein Nachbau und die ausgestellte Chronik von Dreyhaupt weniger empfindlich gegenüber eventuell auftretenden niedrigeren Feuchtwerten.

In den Räumen 2.05, 2.07, 2.09 und 2.15 sind Klimasensoren installiert, deren Daten vom Datenlogger stündlich erfasst und gespeichert werden. Einmal monatlich werden diese Daten ausgelesen, kontrolliert und für eine weitere statistische Auswertung aufbereitet.

Die Situation im Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus ist aus konservatorischer Sicht als durchaus gut einzuschätzen, kleine Problemfelder wie Lichteinfall oder auftretende Luftfeuchteschwankungen und deren Ursachen sowie die Situation im Raum 2.09 werden im Auge behalten. Die brandschutztechnische und sicherheitstechnische Ausstattung ist auf dem neuesten Stand. Diese Anlagen werden vorschriftsgemäß regelmäßig gewartet. Die Kameraüberwachung inkl. Festplattenspeicherung ist eine zusätzliche Maßnahme, um ein erhöhtes Sicherheitspotential für die allein agierende Aufsicht herzustellen.

d). Die Grafik- und Münzsammlung wird in einem Raum (R 212) in einem 1984 neugebauten Anbau des Händel-Hauses aufbewahrt. Die Grafiken werden in verschließbaren Grafikschränken aus Holz bzw. Metall gelagert. Es wird darauf geachtet, dass die Grafiken nur mit säurefreien Papieren in Berührung kommen. Das Ostfenster besitzt eine Verdunklungsmöglichkeit; an den Nordfenstern gibt es keine direkte Sonneneinstrahlung, weshalb diese keine Verdunklungsrollos benötigen. An sämtlichen Fenstern sind UV-Schutzfolien angebracht. Das Grafikatelier ist mit einem Datenlogger ausgestattet, wodurch eine elektronische Erfassung der Klimadaten möglich ist. Zur Klimaregulierung wurde ein mobiles Klimagerät in das Grafikatelier gestellt. Im Schließsystem wurde die Zugänglichkeit zum Grafikatelier reglementiert, um eine höhere Sicherheit zu gewährleisten.

e). Die Sammlungen der Bibliothek sind im Bibliotheksraum in einem Neubau (Baujahr: 2001; gemeinsam genutzt mit der Stadtmusikbibliothek und der Musik-Institutsbibliothek der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und im Depot BarbarasträÙe (Lagerungssituation s. dort) untergebracht. Im Bibliotheksgebäude wird zudem gemeinsam mit der Stadtmusikbibliothek ein Magazinraum genutzt, in dem Schallplattenbestände und ältere Zeitschriftenbände der Stiftung Händel-Haus aufbewahrt werden. Der vergleichsweise kleine und beengte Bibliotheksraum vereint Freihandbereich, Arbeits- und Nutzungsbereich sowie Magazin und Tresor.

In den zum Bereich Bibliothek zugeordneten Sammlungen befinden sich Bücher und Noten (teilweise historische Bestände), Tonträger (darunter auch Schellackplatten), Autographe und Handschriften, Nachlässe (vor allem Papier) sowie die Fotosammlungen.

Temperatur und Luftfeuchtigkeit sind im Bibliotheksraum über das Jahr hindurch relativ konstant.

f). Das Tonarchiv besteht aus Originalaufnahmen auf Studioband sowie aus Kopien von Tonträgern und Sendungen auf Studioband. Es befindet sich in einem verschließbaren Raum des W.F. Bach-Hauses. Die im W.F. Bach-Haus vorhandene Sicherheits- und Brandmeldeanlage erfasst auch den Raum des Tonarchivs (s. dort). Dadurch, dass der Archivraum im W.F. Bach-Haus zurzeit nur vom Tonarchiv genutzt wird, besteht nach dem derzeitigen Wissensstand keine Gefährdung eines anderen Kunstgutes durch mögliche Ausdünstungen der beschichteten Studiobänder.

Der Bestand des Tonarchivs muss grundlegend aufgearbeitet, neu erfasst und kritisch geprüft werden: Studiobänder aus DDR-Zeit von vorhandenen Schallaufnahmen sollen nicht länger aufbewahrt werden, weil diese entweder als Schallplatten in der Mediathek der Bibliothek vorhanden oder nicht zum Kernsammelungsbestand der Stiftung Händel-Haus zu zählen sind. Tonbandaufnahmen müssen weiterhin überspielt und digital gelagert werden in Anbetracht des allmählichen Verfallprozesses von Tonbändern wie auch von alten CDs mit Datenverlusten. Tonbandaufnahmen wurden im Jahr 2022 noch nicht digital überspielt und eingelagert. Letzteres ist in Anbetracht des allmählichen Verfallprozesses von Tonbändern ebenso bedeutsam wie auch für alte CDs in der Mediathek der Bibliothek, die ebenso durch Datenverluste bedroht sind.

g). Beim Depot in der BarbarasträÙe handelt es sich um LKW-Garagen in einem ehemaligen Kasernengelände. Der Fußboden wurde vor der Nutzung als Depot erneuert und die Decke abgehängt. Die Elektrik wurde Mitte der 90er Jahre installiert (als Aktendepot der AOK), ein Teil der Beleuchtung ist 2018 erneuert worden. Im Depot BarbarasträÙe wird ein Großteil der Musikinstrumentensammlung (inklusive Notenrollensammlung, s.u.) der Stiftung Händel-Haus gelagert, die größtenteils in einem Zustand sind, für den noch ein teilweise erheblicher Restaurierungsbedarf besteht. Dies hängt damit zusammen, dass vor Umsiedlung in das Depot BarbarasträÙe die Musikinstrumente einer katastrophalen Lagerung ausgesetzt waren. (Die Lagerung im alten Außenlager wurde im Blaubuch der Bundesregierung 2006 kritisch angemerkt.) Außerdem befinden sich im Depot BarbarasträÙe Teile der Archiv- und Nachlasssammlung (Papier) sowie die Plakatsammlung der Bibliothek. Außerdem werden im Depot die Ergänzungssammlung (z.B. historische Möbel), die Büsten und die Gemäldesammlung aufbewahrt.

Die im Depot gelagerten Objekte wurden 2018 in drei verschiedene Gefährdungsstufen untergliedert, da einige Objekte hier gelagert sind, die aufgrund einer Hylotox-Behandlung mit DDT kontaminiert sind. Diese Klassifizierungen sind gut sichtbar angebracht, damit die Mitarbeiter über eine eventuelle gesundheitliche Gefährdung durch Hautkontakt informiert sind. Die Gefährdungsstufen orientieren sich an einem Ampelsystem: Rot – kontaminiert, Gelb – unklar bzw. unbekannt und Grün – unbedenklich.

Durch Einbau einer Zentralheizung ist das Depot frostfrei. Starke Temperaturschwankungen in kurzer Zeit können vermieden werden. Die Temperaturen liegen im Jahresbereich zwischen 10,7 und 25,3°C. Es sind zwei Entfeuchter im Einsatz, die die relative Feuchte unter einen Wert von 55% regeln. Die Klimawerte werden mit Hilfe von Datenloggern elektronisch erfasst, monatlich ausgelesen und dokumentiert. Für 2022 liegen die Werte in einem Bereich von 34 bis 55 % rel. Luftfeuchte. Sie werden von einem Mitarbeiter der Stiftung überwacht. Wenn sich im Depot keine Personen aufhalten, sind die Räume voll verdunkelt. Aus diesem Grund sind Schädigungen durch Licht auszuschließen.

Das gelagerte Kunstgut wird auf für Kunstgüter geeigneten Palettenregalen gelagert. Es existiert eine Brand- und Einbruchmeldeanlage. Zugang zum Depot haben nur wenige Mitarbeiter der Stiftung selbst, die auch die Reinigung übernehmen. Das Depot BarbarasträÙe ist mit einer Sicherheitsanlage (VDS-Klasse C) inklusive Brandmelder ausgestattet.

8. Leihgaben

Im Jahr 2022 hat die Stiftung Händel-Haus Leihgaben für musikalische Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden 19 Musikinstrumente und 1 Büste längerfristig verliehen für Dauerausstellungen oder zur musikalischen Nutzung z.B. an die Stadt Halle, das Stadtmuseum Halle, die Stiftung Kloster Michaelstein, das Carl-Loewe-Haus Löbejün, die Franckeschen Stiftungen und das Heinrich-Schütz-Haus Weißenfels. Ein Großteil der längerfristigen Leihgaben betrifft spielbare Musikinstrumente, die an die Theater, Oper und Orchester GmbH kostenfrei verliehen werden zur Nutzung im Rahmen des Händel-Festspielorchesters (insgesamt 11 Instrumente).

Die Stiftung hat im Jahr 2022 von verschiedenen Leihgebern insgesamt acht Dauerleihgaben in Verwahrung. Neue Dauerleihgaben sind im Jahr 2022 nicht hinzugekommen.

9. Nennenswerte Neuerwerbungen

Im Jahr 2022 hat die Stiftung Händel-Haus kaum in Neuerwerke ihrer Sammlungen investiert. Grund hierfür ist die besondere, auch wirtschaftlich unklare Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die Stiftung erhielt zwei Schenkungen für ihre Nachlasssammlung.

I. Im Bereich **Bibliothek/Archiv** sind über folgende bedeutende Neuerwerbungen im Jahr 2022 zu berichten:

Autographe

- 1) *Brief von Frederick Lewis, Prince of Wales, an Franz Stephan von Lothringen. – Kensington, 22.10.1734. – 1 Doppelblatt; H: 22 cm, B: 18 cm*

Signatur: AS-Frederick-Lewis B 1

Die wohl bedeutendste Neuerwerbung des Jahres für den Bibliotheks-/Archivbestand ist das Autograph eines Briefes des Prince of Wales Frederick Louis (Friedrich Ludwig von Hannover, 1707-1751) an Herzog Franz Stephan von Lothringen (1708-1765). Der Brief (ein Blatt, drei beschriebene Seiten) ist datiert London, 22.10.1734, und in französischer Sprache abgefasst. Der Verfasser war der älteste Sohn König Georgs II. von Großbritannien; der Empfänger, der vierte Sohn des Herzogs Leopold Joseph von Lothringen, heiratete zwei Jahre später Erzherzogin Maria Theresia von Österreich und wurde als ihr Mitregent Kaiser Franz I.

Musikhistorisch ist der Brief, der bislang in der Forschung noch nicht bekannt war, in mehrfacher Weise interessant. Sein Verfasser, Prinz Frederick, gehört als Kronprinz in den engsten Kreis des englischen Königshauses, für das Händel arbeitete. Das Schreiben dokumentiert auf eindrucksvolle Weise gewissermaßen kondensiert die biographische und musikhistorische Situation Händels und der musikalischen Akteure aus seinem Umkreis in einer für ihn bedeutungsvollen Situation.

Nachlässe

Im Berichtsjahr wurden keine **Nachlässe** der Stiftung Händel-Haus übergeben.

Notendrucke

- 1) *Händel, Georg Friedrich: Apollo's feast or the harmony of the opera stage being a well_chosen collection of the favourite and most celebrated songs out of the latest operas compos'd by Mr. Handel, done in a plain and intelligible character with their symphonys for voices and instruments. The whole fairly engraven and carefully corrected. Vol. IV. – London : printed for and sold by I: Walsh, [1735?]. – 271 S. Vgl. Smith, William C.: Georg Frideric Handel: a descriptive catalogue of the early editions. – London, 1960, S. 163f, Nr. 8 oder 9*

Signatur: Vlb 031 -T

Ab 1726 gab Händels Verleger John Walsh unter dem Titel „Apollo's feast“ (Apollos Fest) eine mehrbändige Reihe von Notendruckern mit beliebten Arien des Komponisten heraus. Solche Ariensammlungen stellen eine populäre zeitgenössische Vermarktungsform von Händels Musik dar, die ähnlich funktionierte wie CD-Sampler heute. Ein Vorteil dieser Veröffentlichungsform lag für Walsh darin, dass er seine Druckplatten wiederverwenden und die Abdrucke erneut verkaufen konnte. Im Berichtsjahr konnte erstmals ein Band der Reihe (Band IV. von 1735) für die Stiftung Händel-Haus erworben werden. Ankauf vom Antiquariat Austin Sherlaw-Johnson, Oxford.

Bücher

1) *Hundertjähriges Lob-Opffer Wegen Der nun Vor zwei hundert Jahren zu Augspurg Uebergebenen theuer Werthen Confession : Wurde, Als Der Durchlauchtigste Fürst und Herr, Herr Christian, Hertzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, ... Das andere grosse Evangelisch-Lutherische Kirchen-Jubilæum, wegen der Anno 1530. an Käyser Carl den V. geschehenen Uebergabe der Ungeänderten Augspurgischen Confession Am 25. Jun. 1730 Hochfeyerlich begiengen In der Hoch-Fürstl. Schloß-Kirche zur neuen Augustus-Burg in Weißenfelß Vermittelst folgender Kirchen-Music freudigst dargebracht. – Querfurth : Teutscher, 1730. – [6] Bl.; 2°*

Signatur: 200665 -T

Dieser kurze, heftartige Druck ohne Umschlag enthält die Texte zur Musik des Weißenfelser Festgottesdienstes anlässlich des Jubiläums der Augsburger Konfession in der Schloßkirche Weißenfels am 25. Juni 1730. Der Initiator des Festgottesdienstes war Herzog Christian von Sachsen-Weißenfels (1682-1736).

Die in dem Druck genannten Kompositionen scheint es sich um Kompositionen Johann Philipp Kriegers (1649-1725) zu handeln, die beiden anderen stammen von einem bisher nicht identifizierten Komponisten oder einer Komponistin.

Der Druck ist also von Bedeutung als Quelle für die regionale Musikgeschichte. Die Familie Georg Friedrich Händels hatte eine enge Bindung an den Weißenfelser Hof; Händel selber soll als Kind die Förner-Orgel in der Weißenfelser Schlosskapelle gespielt haben. Er selber war zum Zeitpunkt des dokumentierten Gottesdienstes aber bereits in England ansässig.

Es handelt sich um eine Schenkung von Dr. Gerhard Ott (Halle)

Ila. Im Bereich der **Musikinstrumentensammlung / Kunstgut** ist über folgende Neuerwerbung im Jahr 2022 zu berichten:

1) *Tafelklavier aus dem Besitz von Friedrich Chrysander
Firma Baumgarten & Heins in Hamburg gebaut worden und trägt die Fabrikations-Nummer 2805. Entstehungszeit um 1860.
Inventarnummer: MS-781;*

Es handelt sich um eine Schenkung von Nils Roderjan.

Ilb. Im Bereich der **Musikinstrumentensammlung / Gebrauchsmusikinstrumente** gab es keine Neuerwerbung im Jahr 2022.

III. Im Bereich der **Grafik- und Bildersammlung** gab es keine Neuerwerbung im Jahr 2022.

10. Sonstige Aktivitäten der Stiftung

Die **Museumsnacht** Halle/Leipzig fand am 5. Mai 2022 statt, an der sich die Stiftung Händel-Haus mit der Öffnung des Museums Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach Haus beteiligte.

11. Personalpolitik Stiftung Händel-Haus

Bei der Stiftung Händel-Haus waren zum 1.1.2022 insgesamt 18 Mitarbeiter*innen (16,80 VBE). Davon waren

- 13 Mitarbeiter*innen unbefristet in Vollzeit angestellt
- 1 Mitarbeiterin unbefristet in Teilzeit (34,5 Stunden)
- 1 Mitarbeiterin unbefristet in Teilzeit (32 Stunden)
- 1 Mitarbeiterin unbefristet Teilzeit (25 Stunden)
- 1 Mitarbeiter unbefristet in Teilzeit (24 Stunden)
- 1 Mitarbeiterin unbefristet in Teilzeit in zwei verschiedenen Bereichen (36 Stunden)

Bei Neubesetzungen von Stellen wird der Beschluss des Kuratoriums auf seiner Sitzung vom 24. Juni 2019 berücksichtigt, dass die Stiftung Händel-Haus auf „sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen grundsätzlich verzichtet“. Seitdem werden bei Neubesetzungen vakanter Stellen unbefristete Arbeitsverträge geschlossen.

Die "Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit" kündigte zum 30.4.2022. Nach Bewerbungsverfahren wurde die Stelle als „Referentin für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing“ mit Wirkung ab 01.08.2022 neu besetzt. Die langjährige Leiterin der wissenschaftlichen Bibliothek ging mit Wirkung zum 01.08.2022 in den Ruhestand. Nach erfolgreichem Stellenausschreibungsverfahren wurde eine Nachfolgerin zum 01.08.2022 neu eingestellt. Ferner endet für die Mitarbeiterin der Dramaturgie mit Altersteilzeitvertrag die Arbeitsphase (Blockmodell) zum 31.12.2022, sodass mit Wirkung zum 01.01.2023 die Freistellungsphase eintritt, welche mit Wirkung zum 30.04.2025 endet.

Die Stellenausschreibung erfolgte im Oktober 2022. Die Stelleneubesetzung erfolgte mit Wirkung zum 09.01.2023 unbefristet.

Darüber hinaus sind bei der Stiftung Händel-Haus als Leiharbeiter*innen 10 Beschäftigte tätig in den Bereichen Aufsicht, Kasse, Hausmeister-Dienstleistung und Reinigung. Hierbei arbeitet die Stiftung mit einem Unternehmen zusammen (Dussmann Service Deutschland GmbH). Während der Schließzeiten der Museen aufgrund der Corona-Pandemie waren die Aufsichten nicht tätig; die Wache wurde in dieser Zeit für einen Großteil der Wochenenden nicht besetzt.

Nach einem Ausschreibungsverfahren im Jahr 2022 sind seit dem 1.01.2023 und mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2023 die Dienstleistungen Sicherheits-, Wach- und Schließdienste sowie Serviceleistungen (z.B. Hausmeisterdienste) mit einer Option um jeweils jährliche Verlängerungen bis maximal 31.12.2026 an die Dussmann Service Deutschland GmbH vergeben worden.

Mit dem Betriebsrat wurde gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG eine Betriebsvereinbarung zu Urlaubsgrundsätzen geschlossen, in der für alle Mitarbeiter/innen eine einheitliche Regelung zu Urlaubsgrundsätzen definiert wurde. Die Betriebsvereinbarung trat am 1.1.2012 in Kraft und war im Berichtsjahr 2022 weiterhin gültig.

Mit dem Betriebsrat wurde am 30.09.2015 eine Betriebsvereinbarung zu § 18 TVÖD AT VKA Leistungsentgelte geschlossen. In der Betriebsvereinbarung wird das Verfahren zur Ausschüttung des Leistungsentgeltes für alle Beschäftigten, die vom Geltungsbereich des TVÖD VKA erfasst werden, geregelt. Die Berechnung der Leistungsentgelte 2022 erfolgte auf Basis dieser Vereinbarung durch die Personalstelle der Stadt Halle im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages. Die Auszahlung erfolgte im Jahr 2022.

Mit dem Betriebsrat wurde gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BetrVG eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeiterfassung und Freizeitausgleichsregelung geschlossen, die am 1.04.2018 in Kraft trat.

Der Betriebsrat wurde am 11.04.2018 gewählt für eine Amtszeit bis 2022. Eine erneute Betriebsratswahl erfolgte im Mai 2022 für eine Amtszeit von 4 Jahren. Er besteht aus einer Person. Der Betriebsrat wurde von der Direktion über alle im Jahr 2022 anstehenden Punkte informiert, über die der Betriebsrat einen Unterrichtsanspruch nach BetrVG oder KSchG verfügt.

12. Finanzen

Der Jahresabschluss 2022 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Masthoff & Karting Steuerberater und Partner mbB, Herr Jens Masthoff) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 30. Juni 2022 wird eine freiwillige Prüfung des steuerlichen Jahresabschlusses 2022, bestehend aus den Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen, der Vermögensrechnungen und dem Stiftungsbericht durch einen Wirtschaftsprüfer vorgenommen. Bei der Berichterstattung sollen die Grundsätze des IDW PS 740 beachtet werden.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gerichtet ist gemäß § 63 AO. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Der Jahresabschluss wurde gemäß der oben genannten Prüfungsschwerpunkte von Herrn Marcus van den Broek (Henschke und Partner mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) geprüft.

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2022 € 10,9 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,6 Mill zusammen. Durch Ankäufe, zweckgebundene Spenden und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2022 geringfügig um € 5 T.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F. Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischen Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich, den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude sowie den im Rahmen einer EFRE-Förderung erfolgten Umbau und Errichtung eines behindertengerechten Eingangsbereichs.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf. Die Forderungen (#650) hängen u.a. mit der Abgrenzung zum 31.12.2022 für im Jahr 2022 von der Stiftung Händel-Haus gestellte Rechnungen zusammen, die in den ersten Monaten 2023 beglichen wurden.

In den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2,69 Mill. sind Wertpapieranlagen in Höhe von € 270 T enthalten. In Konto #917 sind die Anlagen, die gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie in folgende Wertpapiere erfolgten:

- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeiter*innen der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2022 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Immobilien Europa: € 102.112,20
- Deka-Stiftungen Balance: € 93.115,17
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 75.404,32

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (#990) sind im Jahr 2022 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2023 enthalten. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Siemens-Gebühren für den Feuerwehranschluss für das Jahr 2023 (€ 1,7 T) sowie die Abgrenzung der Aufwendungen für das Gestaltungskonzept des neuen Erscheinungsbildes der Händel-Festspiele 2020-2024 (€ 762).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter #1100, 1101) erhöht sich im Rahmen von Zukäufen (rund € 6,1 T) und Schenkungen (rund € 5,9 T) von Kunstgütern. Die Ergebnismrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Dabei wurden im Jahr 2022 nur geringfügig Rücklagen für steuerbegünstigte, satzungsgemäße Zwecke verwendet. Der Betrag der verwendeten Ergebnismrücklage bleibt nahezu konstant bei € 2,405 Mill. Eine Betriebsmittelmrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 16T gebildet (#1075).

Beim Sonderposten mit Rücklageanteil (#1180) handelt es sich um Fördermittelanteile für das durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE-Kulturerbe-Programms geförderten Bauprojekts zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus. Das Bauvorhaben wurde im Kalenderjahr 2020 beendet und die Fördermittelanteile werden über die Laufzeit der Abschreibung kohärent aufgelöst. Diese Auflösung betrug 2022 rd. € 15 T (#2041).

Mit Bewilligung der Altersteilzeit einer Mitarbeiterin im Jahr 2020 mit Eintritt in die Freistellungsphase ab 1. Januar 2023 wird in der Beschäftigungsphase ab 01.09.2020 eine Rückstellung in Höhe von € 136 T kumulativ per 31.12.2022 gebildet (#1200).

Bei den Rückstellungen in den Konten #1221, #1222, #1223 und #1224 handelt es sich um Rückstellungen noch ungeklärter Tickets der Händel-Festspiele 2020 und 2021 sowie um die Rückstellung noch ungeklärter Tickets für Konzerte und Veranstaltungen des Händel-Hauses der Jahre 2020 und 2021 mit einem gesetzlichen Rückerstattungsanspruch von 3 Jahren. Bei den Konten #1225 und #1226 handelt es sich um Rückstellungen wegen möglicher Rückzahlungsforderungen von Landesmitteln durch das Landesverwaltungsamt im Zusammenhang mit den Projektförderungen der Händel-Festspiele 2020 und 2021. € 150 T werden zurückgestellt für mögliche Kosten bei notwendiger Absage der beiden Open-Air-Konzerte in der Galgenbergschlucht zu den Festspielen 2023 (#1227). Die per 31.12.2021 gebildete Rückstellung für einen möglichen Verlustausgleich des Ticket-Erlöses der Händel-Festspiele 2022 im Zusammenhang mit Auswirkungen der Corona-Pandemie in Höhe von € 100 T wurde zum 31.12.2022 in voller Höhe aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen (#1220) in Höhe von € 29,9 T setzen sich wie folgt zusammen:

- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2022 (€ 2.400)
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2022 (€ 7.500)
- Rückstellung Spende für die denkmalgerechte Sanierung Händel-Haus in 2023 (€ 10.000)

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (#1340) handelt es sich um Rechnungen mit Abgrenzung zum 31.12.2022. Diese wurden nach Fälligkeit im Januar 2023 bezahlt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält die Abgrenzung der im Jahr 2022 generierten Ticketerlöse für die Händel-Festspiele 2023 in Höhe von € 139 T sowie die Abgrenzung der zweckgebundenen Spenden für die Händel-Festspiele 2023. Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden die zweckgebundenen Spenden aus Verzicht auf Rückerstattung in Höhe von 60.000 € zur Finanzierung des Jubiläumsjahrganges der Händel-Festspiele eingesetzt. Per 31.12.2022 wurden zweckgebundene Spenden in Höhe von 24.549,00 €, abgegrenzt und sind den Händel-Festspielen 2023 zuzurechnen.

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 72 € (#2350), wobei der Anteil der zweckgebundenen Spenden aus Verzicht aus Ticketrückerstattung in Höhe von 60.000 € enthalten sind.

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren (#4050 und #4152) sind die Erträge der Wertpapieranlagen der Stiftung, die im Herbst 2016 im Rahmen der Anlagenrichtlinie erfolgte, verzeichnet. Es bleibt aufgrund des Ukrainekrieges und der Energiekrise ein weltweit sehr niedrige Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen. Es waren negative Kursentwicklungen der Wertpapiere in Höhe von € -20,5 T (#4152) zu verzeichnen. Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 367 T (# 2355) akquiriert werden. Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt 2022 in Höhe von 511.300 € ist für das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden.

Die nichtsteuerbaren Einnahmen betragen T 706 €. Unter den nicht steuerbaren Einnahmen betragen die Ticketerlöse der Händel-Festspiele (# 2010 und # 2011) T 504 €. Die Einnahmen der Eintrittserlöse für die Ausstellungen in den Museen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 30 T auf € 52 T (#2015). Die Erlöse für Konzerte im Händel-Haus (#2016) konnten durch die Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen gleichermaßen erhöht werden und betragen T 23 €

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen leicht im Jahr 2022 auf Basis tarifrechtlicher Steigerungen im Rahmen des TVöD für Mitarbeiter*innen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVöD gemäß des vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplanes. Dennoch ist festzuhalten, dass die Personalkosten niedriger ausgefallen sind als in der Planungsrechnung für das Jahr 2022. Grund hierfür sind, dass nach Beendigung der Arbeitsverhältnisse von 2 Personen (Renteneintritt und Stellenwechsel) in Ermangelung geeigneter Bewerber*innen die entsprechenden Stellen über mehrere Wochen nicht besetzt werden konnten.

Für die Pflege der Kunstsammlung der Stiftung (#2520) wurden im Jahr 2022 T 5 € aufgewendet und liegen auf Vorjahresniveau.

Die Sachkosten für die Durchführung der Veranstaltungen (#2530) betragen im Berichtsjahr T 299 € und fallen insbesondere aufgrund des kostenintensiveren Jubiläumsjahrganges „100 Jahre Händel-Feste in Halle“ höher aus, als 2019. Zusätzliche Aufwendungen für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit wurden aufgrund des Personalausfalls der Referentenstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab April 2022 und der Kompensation durch eine Presseagentur sowie die intensivierten überregionalen und z.T. internationalen Marketingaktivitäten aufgrund des Jubiläumsjahrganges waren erforderlich. Darüber hinaus war es aufgrund des erst im Frühjahr 2022 begonnenen Ticketverkaufs für die Festspiele erforderlich, Besucherinnen und Besucher in einer ReStart-Kampagne in besonderem Maße zu akquirieren. Darüber hinaus musste die Stiftung Kostensteigerungen aufgrund der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges kompensieren. Ausgaben wurden für die Marketing-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (# 2540) in Höhe von T 339 € getätigt.

Nach Wiederaufnahme des normalen Museumsbetriebes betragen die Raum- und Bewachungskosten wieder das Kostenniveau des Jahres vor der Pandemie, wobei Tarifanpassungen eine stetige Erhöhung dieser Kosten zur Folge hat. Die Ausgaben in diesem Bereich belaufen sich auf T 435 € (#2666).

Bau- und Reparaturleistungen konnten in Höhe von T 79 € (# 2667, # 2680) getätigt werden.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 70 T kommen ein Verlust in der Vermögensverwaltung (€- 7 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -290 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 32 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Gewinn auf (€ 12 T). Hierzu sei folgendes erläutert: In einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 wurde zugestanden, dass anteilige Kosten im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) zu berücksichtigen sind. Diese betragen im Jahr 2022 rund € 20 T. Aus wirtschaftlicher und auch aus Sicht der Finanzverwaltung zur Erhaltung der Gemeinnützigkeit ist der Ertrag im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2021 positiv.

Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Ergebnis

Im Ergebnis weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2022 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € -181.015,29 aus. Damit fällt der Verlust um rund € 96 T niedriger aus, als das im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesene Stiftungsergebnis (€ -276.871), welches vom Kuratorium in der Sitzung am 7. Juli 2021 beschlossen wurde.

Die Liquidität ist vorhanden.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Zusammenfassende Erläuterung

- Nach dem Investitionsstau in den Jahren 2020 und 2021 konnte die Stiftung in Reparaturmaßnahmen, die Anschaffung neuer IT-Technik sowie einer Späneabsauganlage investieren.
- Aufgrund von Personalausfällen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Marketing und Renteneintritt einer Kollegin sowie zeitlich verzögerter Stellenneubesetzung und krankheitsbedingter Ausfälle wurden weniger Personalkosten aufgewendet, als im Wirtschaftsplan 2022 vorgesehen.
- Zusätzlich zu den ursprünglichen Planungen konnte die Stiftung Händel-Haus für den Jubiläumsjahrgang „100 Jahre Händel-Feste in Halle“ einmalig eine zusätzliche Förderung von € 50.000 von der Stadt Halle (Saale) erhalten sowie für die Händel-Festspiele 2022 Spenden aus Ticketverzicht in Höhe von € 60.000 verwenden.
- Dem gegenüber stehen Mehrausgaben im Bereich Sachausgaben, Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Raum- und Bewachungskosten.
- Das Kuratorium beschloss in der Vergangenheit für die Wirtschaftsplanungen, dass die Stiftung ihre liquiden Rücklagen allmählich aufbraucht. Eine Dynamisierung der Zuwendungen durch Stadt und Land wurde deshalb bis 2022 nicht angestrebt.
- Die Anschlussvereinbarung zur Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2023 bis 2027 konnte am 21.12.2022 unterzeichnet werden. Damit ist die Finanzierung der Stiftung Händel-Haus bis zum 31.12.2027 gesichert. Im Kalenderjahr 2023 wird von der Stifterin Stadt Halle (Saale) ein Zuschussbetrag in Höhe von € 1.986.560 sowie vom Land Sachsen-Anhalt zweckgebunden für die Händel-Festspiele ein Betrag in Höhe von € 580.000 zur Verfügung gestellt.

Ergebnisverwendung 2022

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende **Verwendung des Stiftungsergebnisses** vor:

Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (70.258,53 EUR), dem steuerpflichtigen Zweckbetrieb (31.619,16 EUR) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes (14.437,91 EUR) sollen mit den Verlusten im steuerfreien Zweckbetrieb (290.391,10 EUR) und der Vermögensverwaltung (6.939,79 EUR) verrechnet werden.

Der Restbetrag des Verlustes (€ -181.015,29) soll durch Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage in Höhe von € 439.627,29 und gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage (€ 258.612,00) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		- 181.015,29 €
Einstellung Betriebsmittelrücklage	§ 61 Abs. 1 AO	- 258.612,00 €
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 2 S. 2 AO	439.627,29 €
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 €

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Dazu gehören auch untergeordnete Nebengeschäfte, die dem Hauptzweck des Theaterbetriebes zu dienen bestimmt sind. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck liegt in der Versorgung der Bevölkerung mit Kulturangeboten und der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine den Beschlüssen zur Gründung der TOOH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		van den Broek, Uta
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith
	stellv. Vorsitzender	Dr. Wend, Detlef
		Dr. Brock-Harder, Inés
		Dr. Wünscher, Ulrike
		Heinemann, Jens
		Müller, Katja
		Sedlacek, Michal
		Vogel, Gerd

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	2	6

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.985	58	21.972	59	21.930	70	13	0
Umlaufvermögen	16.242	42	15.415	41	9.215	30	827	5
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	25	0	11	0	-1	-4

Bilanzsumme	38.251	100	37.412	100	31.156	100	839	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	32.485	85	32.540	87	26.712	86	-55	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.349	4	1.430	4	1.511	5	-81	-6
Rückstellungen	1.851	5	1.615	4	1.269	4	236	15
Verbindlichkeiten	2.144	5	1.648	4	817	2	496	30
Rechnungsabgrenzungsposten	422	1	179	1	847	3	243	136

Bilanzsumme	38.251	100	37.412	100	31.156	100	839	2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.597	1.122	1.248
Zuschüsse Gesellschafter	38.513	37.349	36.222
sonstige betriebliche Erträge	719	1.879	1.993
Materialaufwand	3.636	2.730	2.408
Personalaufwand	31.890	27.103	28.090
Abschreibungen	1.735	1.415	1.403
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.616	3.304	2.857
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-27	12
Ergebnis nach Steuern	-48	5.825	4.693
sonstige Steuern	7	-3	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-55	5.828	4.686

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,13	519,67	375,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,17	21,82	21,27	%
Cash-Flow:	1.680	7.243	6.089	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	90	87	85	T€
Personalaufwandsquote:	76,24	67,17	71,18	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,28	58,45	70,33	%
Eigenkapitalquote:	84,93	86,98	85,74	%
Fremdkapitalquote:	15,07	13,02	14,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Besucher	187.610	48.297	62.853	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.181	451	448	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß den Ratsbeschlüssen der Stadt Halle (Saale) vom 26. November 2008 wurden der Verbund Oper/Staatskapelle Halle, das neue theater Halle, das Puppentheater Halle und das Thalia Theater Halle als kommunale Eigen- bzw. Regiebetriebe der Stadt Halle mit allen Gegenständen des Aktiv- und Passivvermögens auf die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (nachfolgend auch „TOOH“) zum 1. Januar 2009 ausgegliedert.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartenhauses einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Organe der Gesellschaft sind Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung.

2. Wirtschaftliche Grundlagen

Am 20. Dezember 2018 wurde zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle geschlossen. Mit diesem Vertrag soll die Theater, Oper und Orchester Halle GmbH als Vollspartenhaus dauerhaft auf eine gesicherte Grundlage gestellt, sowie die künstlerische Qualität erhalten und gefördert werden. Im Wege der Festbetragsfinanzierungen gewähren das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) nicht rückzahlbare Zuwendungen. Der Vertrag ist geschlossen für die Laufzeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2022 war überwiegend durch zwei externe Schocks geprägt. Zum einem sorgten weiterhin die behördlichen Anordnungen, die im Zuge der SARS-CoV-2-Pandemie erlassen wurden, für einen eingeschränkten Probe- und Vorstellungsbetrieb, zum anderen führte der russische Angriffskrieg in der Ukraine zu Unterbrechungen in den Lieferketten und zu extremen Preissteigerungen auf den Beschaffungsmärkten. Beides führte zu Ausnahmeständen, die sich negativ auf die Ertrags- und Liquiditätslage auswirkten. Auf Grund des eingeschränkten Spielbetriebes erzielte die TOOH im dritten Jahr in Folge geringere Umsatzerlöse als zu vorpandemischen Zeiten. Gleichzeitig mussten höhere Aufwendungen durch Hygienevorschriften, sowie höhere Preise durch eine gestiegene Inflation in Kauf genommen werden.

Weitere Herausforderungen stellten die kurz- und mittelfristigen Energieeinsparverordnungen dar, die durch die Absenkung von Raumtemperaturen negativ den Probe- und Vorstellungsbetrieb beeinträchtigten.

Hohe Krankenstände beim Festpersonal und bei den Gästen führten zu Vorstellungsausfällen und zu einer vermehrten Beschäftigung von Aushilfen und Einspringern. Zwar war die Anzahl der Veranstaltungen und die Zahl der Besucher*innen branchenweit höher als im Vorjahr, erreichte jedoch nicht vorpandemisches Niveau.

Zusammenfassend lassen sich die Herausforderungen der institutionellen Theater im Geschäftsjahr 2022 wie folgt darstellen:

- verändertes Zuschauerverhalten, insbesondere Rückgang der Abonnements,
- Fachkräftemangel,
- hoher Altersdurchschnitt der Beschäftigten,
- steigende Energie- und Beschaffungspreise,
- Sanierungsstau bei Technik und Gebäuden,
- Herausforderungen durch Digitalisierung und Transformationsthemen, wie Inklusion, Nachhaltigkeit u.a.

2. Geschäftsverlauf der TOOH

Die im Geschäftsjahr 2022 geplanten Premieren und Wiederaufnahmen konnten überwiegend erreicht werden. Streichungen erfolgten auf Grund der kurzfristigen Energieeinsparverordnung und der sich daraus ergebenden Verpflichtung der Energieeinsparungen.

Da im Wirtschaftsplan des Jahres 2022 weiterhin von einer Beeinflussung der Ertragslage durch diverse behördliche SARS-CoV2 Verordnungen, insbesondere verminderte Einnahmen und Mehraufwendungen im Arbeitsschutz ausgegangen wurde, erreichten die Ticketerlöse und theaternahen Umsätze im Jahr 2022 die Planzahlen, blieben allerdings unter den Werten früherer Jahre. Grund hierfür war auch der fast vollständig eingebrochene Gastspielbereich.

Eine Kompensation der verminderten Einnahmen durch verminderte Ausgaben im Personalbereich durch die Beantragung von Kurzarbeitergeld, wie in den zwei zurückliegenden Geschäftsjahren, war im Jahr 2022 auf Grund des ambitionierten Probe- und Vorstellungsbetriebes nicht gegeben.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Jahr 2022 verstärken die pandemische Krise und die Energiekrise die negativen Effekte auf die Ertragslage. Die vorgelegten Daten sind ein Zeugnis ihrer Zeit, haben darüber hinaus allerdings wenig Aussagekraft, was die Entwicklung der TOOH betrifft. Mit diesem Bewusstsein sollten die nachfolgenden Analysen gelesen werden.

a) Ertragslage

Umsatzerlöse

Die Einnahmen aus Kartenverkäufen und Besucherzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	Einnahmen Ist 2021 (EUR)	Einnahmen Ist 2022 (EUR)	Änderung	Besucher Ist 2021 (Anzahl)	Besucher Ist 2022 (Anzahl)	Änderung
Oper	266.028	1.006.037	278 %	12.414	54.698	341 %
Staatskapelle	216.506	584.297	170 %	11.652	35.632	206 %
Neues Theater	167.464	489.303	192 %	11.973	34.340	187 %
Thalia Theater	16.023	61.731	285 %	2.828	16.713	491 %
Puppentheater	99.855	273.564	174 %	6.201	13.219	113 %
TOOH allg./ Pädagogik	2.575	10.527	308 %	3.229*	33.008*	922%
Gesamt:	768.451	2.425.459	216 %	48.297	187.610	289 %

*inkl. Spielzeiteröffnung

Diese Übersicht zeigt die stete Erholung der Besucherzahlen und Ticketerlöse, jedoch wurde das Vor-Corona-Niveau noch nicht wieder erreicht. Insbesondere die Spielzeiteröffnung auf dem Marktplatz im September 2022 mit 30.000 Besuchern war ein Erfolg.

Zu Beginn des Jahres 2022 durfte in den geöffneten Spielstätten nur ein Bruchteil der möglichen Sitzplätze belegt werden. Hier griffen behördlich angeordnete Abstandsregeln, welche die Sitzplatzkapazitäten um bis zu 75 % reduzierten. Spürbar setzten erst ab dem dritten Quartal 2022 Nachholeffekte ein, die sich im vierten Quartal 2022 fortsetzen.

Im Jahr 2022 konnte auch der Thalia-Fasching wieder stattfinden und auch waren die Veranstaltungen der Kinderstadt wieder planmäßig durchführbar.

Sukzessive fanden auch die Angebote der Theaterpädagogik wieder ihr Publikum. Hier ist das Niveau der angefangenen Veranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Dabei spielten auch die Probleme der Schulen bzw. eine starke Zurückhaltung der Lehrkräfte eine Rolle.

Neben den Einnahmen aus Kartenverkäufen in Höhe von TEUR 2.425 (Vorjahr: TEUR 768) ergeben sich sonstige Theater-, Oper und Orchestereinnahmen in Höhe von TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 16) und periodenfremde Umsatzerlöse und Erlöse aus Nebenbetrieben in Höhe von TEUR 134 (Vorjahr TEUR 337). Die Umsatzerlöse insgesamt konnten somit gegenüber dem Vorjahr von TEUR 1.122 auf TEUR 2.598 gesteigert werden.

Die gemäß Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 geplanten Umsatzerlöse von TEUR 1.978 wurden um TEUR 619 übertroffen.

Zuschüsse

Der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle vom 20. Dezember 2018 sah für das Geschäftsjahr 2022 Zuschüsse von insgesamt TEUR 38.514 (Vorjahr: TEUR 37.349) vor, welche in dieser Höhe ausgereicht wurden. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	22.652
Zuschuss Land Sachsen-Anhalt	TEUR	10.425
Zuschuss Dynamisierung Stadt Halle (Saale)	TEUR	2.221
Zuschuss Dynamisierung Land Sachsen-Anhalt	TEUR	2.221
Sonderzuschuss (Verstärkungsmittel zur Strukturanpassung)	TEUR	995
	TEUR	38.514

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Die Aufwendungen für Neuinszenierungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2022	2021
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Oper	393	338
Schauspiel	160	165
Puppentheater	<u>57</u>	<u>37</u>
	<u>610</u>	<u>540</u>

Laufende Inszenierungen

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Kosten für Kostüme, Technik, Beleuchtung, Ton, Urheberabgaben, Instrumentenstimmungen, Ballettschuhe und laufende Kosten der Theaterwerkstätten. Sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 1.016 (Vorjahr: TEUR 1.015).

Honorare

Die Im Geschäftsjahr 2022 betragen die Honorare für Künstler (Freiberufler) TEUR 1.731 (Vorjahr: TEUR 1.095).

Personalaufwand

Der Personalaufwand beläuft sich im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 31.890 (Vorjahr: 27.103) und liegt damit TEUR 4.787 bzw. 17,7% über dem Vorjahr. Der Aufwuchs an Personalkosten gegenüber dem Vorjahr begründet sich neben der Tarifierhöhung um 1,8% vor allem durch das Ende der Kurzarbeit in Verbindung mit dem Rückgang zum normalen Geschäftsbetrieb.

Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2022 auf TEUR 1.735 (Vj. TEUR 1.415) und liegen damit im zweiten Geschäftsjahr in Folge unter dem Investitionsvolumen, sodass die buchmäßige Werterhaltung des Anlagevermögens gewährleistet wird.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 4.616 (Vj. TEUR 3.304) und liegen damit TEUR 1.312 bzw. 39,7% über dem Vorjahr. Der Anstieg betrifft vor allem die Modernisierung und Instandhaltung der Bühnentechnik (TEUR +603), Instandhaltungen von Gebäuden (TEUR +292), Betriebskosten für Heizung, Strom und Wasser (TEUR +157), Pförtnerdienste und Bewachung (TEUR +80) sowie Buchführungskosten (+60).

Der Anstieg der Aufwendungen für die Modernisierung und Instandhaltung der Bühnentechnik ergibt sich vor allem aus dem Umbau der elektrischen und sicherheitsrelevanten Anlagen der Oper zur Erfüllung neuer Vorschriften und Standards.

Bezüglich der der Instandhaltungsaufwendungen von Gebäuden macht sich der schlechte Zustand der Gebäude und der Hausbetriebstechnik weiterhin bemerkbar. In diesem Bereich ist mittelfristig nicht mit Einsparpotentialen zu rechnen, eher noch werden die Instandhaltungskosten weiter deutlich ansteigen.

Der Anstieg der Betriebskosten ergibt sich vor allem aus Preiserhöhungen für Energie u.a. in Folge des Russland-Ukraine Krieg.

Der Anstieg der Buchführungskosten ist durch die Migration der Datenbestände aus SAP in eGECKO sowie dem IT-Support der Mitarbeiter für das neue System eGECKO entstanden.

Jahresergebnis

Das gemäß Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 geplante Jahresergebnis von TEUR -1.096 wurde mit TEUR -55 um TEUR 1.041 übertroffen.

b) Finanzlage

Die flüssigen Mittel beliefen sich am Anfang des Jahres 2022 auf TEUR 15.184 und am Ende des Jahres 2022 auf TEUR 15.929. Der Liquiditätsaufwuchs beträgt TEUR 745 und ist überwiegend durch noch nicht eingetretene Fälligkeiten bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen begründet.

c) Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens betrug zum 31. Dezember 2022 TEUR 21.985 (Vorjahr: TEUR 21.972). Aufgrund der bis zum Jahr 2019 niedrigen Investitionen in das Anlagevermögen war ein laufender Vermögensverzehr zu beobachten. Diesem Effekt konnte durch eine strukturelle und dauerhafte Erhöhung von Investitionsmitteln entgegengewirkt werden.

Das Stammkapital TEUR 25 und die Kapitalrücklage TEUR 27.074 werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzerlöse und Jahresergebnis:

Es wird auf die Erläuterungen unter 3a) verwiesen.

Eigeneinnahmequote:

Die Eigeneinnahmequote lag im Geschäftsjahr bei 8,3 % (Vorjahr: 9,1 %). Sie ist gemäß der Formel des Deutschen Bühnenvereins das Verhältnis der Betriebseinnahmen (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge, ohne Zuweisungen und Zuschüsse) zu den Betriebsausgaben (Materialaufwand, Personalaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen, ohne Abschreibungen).

Eigenkapitalquote:

Im Zuge der Ausgliederung wurde das Vermögen der Regie- und Eigenbetriebe der Stadt Halle in die Theater, Oper und Orchester GmbH eingebracht. Somit ergibt sich eine Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 27.074 (Vj. TEUR 27.074). Zum Bilanzstichtag ergibt sich ein Eigenkapital von insgesamt TEUR 32.485 (Vorjahr: 32.540) und eine bilanzielle Eigenkapitalquote von 85 % (Vorjahr: 87 %).

Liquidität ersten Grades:

Mittels Festbetragsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt ist die Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages gewährleistet.

In Summe der Mittelzuflüsse aus der Finanzierungstätigkeit (TEUR 38.513), der Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (TEUR -36.011) und der Investitionstätigkeit (TEUR -1.757) ist der Finanzmittelfond um TEUR 745 und TEUR 15.929 gestiegen. Der Finanzmittelfond betrifft insgesamt liquide Mittel.

Die Liquidität ersten Grades als Verhältnis der liquiden Mittel zur Summe der kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist gegenüber dem Vorjahr von 465,3 % auf 398,7 % gesunken.

Reinvestitionsquote:

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen von TEUR 1.758 getätigt. Das Investitionsvolumen liegt über dem des Vorjahres von TEUR 1.456. Die Reinvestitionsquote als Verhältnis der Investitionen zu den Abschreibungen beträgt 101,3 % (Vorjahr: 102,9 %).

Da einige Investvorhaben aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Baufirmen nicht durchgeführt werden konnten, wurden andere Investitionsvorhaben, insbesondere energetische Investitionen vorgezogen. Das Jahr 2022 erforderte wiederum eine besondere Flexibilität bei der Planung und Durchführung der Arbeiten, da durch die Energiekrise und die Coronapandemie Arbeiten nur verzögert, mit größerem Aufwand oder überhaupt nicht durchgeführt werden konnten. Auch die zunehmende Materialknappheit bzw. Lieferverzögerungen erforderten schnelles planerisches Handeln.

b) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Zuschauerzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr (48.297) um 139.313 gestiegen bzw. 288,5 % auf 187.610 gestiegen. Die Anzahl der Vorstellungstage hat sich um 730 bzw. 161,9 % auf 1.181 erhöht. Die Anzahl der Vorstellungstage hat sich von 170 um 139 bzw. 81,8 % auf 309 erhöht.

Da für die Spielzeit 2021/2022 die Abos grundsätzlich ausgesetzt wurden und die Kündigungsmöglichkeit für die bestehenden Abonnenten verlängert wurde, kann über die zukünftige Entwicklung der Abonnentenzahlen keine Aussage getroffen werden. Am wahrscheinlichsten ist ein Szenario eines kurzfristigen leichten Rückgangs der Abonnentenzahlen und einer mittelfristigen Erholung auf das Vorkrisenniveau.

5. Gesamtaussage

In der Gesamtbetrachtung haben sich die negativen Prognosen hinsichtlich der Coronapandemie bestätigt. Verschärft wurde die gesamtwirtschaftliche Lage durch die Energiekrise und stellte die Gesellschaft vor weitere Herausforderungen im operativen Geschäft sowie im Investitionsverhalten. Das Geschäftsjahr ist gemessen am kulturpolitischen Auftrage der Gesellschaft und unter Beachtung der komplexen Krisensituation gut verlaufen und weist nur einen leichten Jahresfehlbetrag aus.

Die positive Liquidität stammt aus Einmaleffekten durch den Bezug von Kurzarbeitergeld in der Pandemie. Zukünftig ist hier kein positiver Trend zu erwarten.

III. Prognose, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Im Jahr 2023 ist weiterhin mit Nachwirkungen der Coronapandemie und der Energiekrise zu rechnen. Insbesondere das veränderte Zuschauerverhalten könnte dazu führen, dass die Besucher- und Erlöszahlen für längere Zeit auf einem, im Vergleich zum Vorkrisenniveau, niedrigerem Stand verharren könnten. Die hierdurch verursachte Ertragslücke wird dann im erheblichen Maße die Ertrags- und Liquiditätslage der Gesellschaft unter Druck setzen.

Die Tarifparteien haben für die Jahre 2023 und 2024 Tarife auf historisch einmalig höchstem Niveau abgeschlossen. Die Personalkosten sind durch die Zuschüsse von Stadt und Land nicht gegenfinanziert und werden die Gesellschaft derart belasten, dass die Reserven in kürzester Zeit vollständig aufgebraucht sein werden.

Die bereits im Vorjahresbericht angesprochene Verschärfung hinsichtlich des Anstiegs des Preisniveaus bei Material-, Dienstleistungs- und Versorgerpreisen ist weiterhin massiv spürbar. Im Jahr 2023 ist nicht mit einer wesentlichen Absenkung der Beschaffungspreise zu rechnen.

Der Zustand des Gebäudebestandes der Gesellschaft unterliegt weiterhin einem sich immer weiter beschleunigenden Verfalls- und Alterungsprozess. Die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel lagen viele Jahre betragsmäßig unter den laufenden Abschreibungen des Anlagevermögens. Der seit Jahren fortschreitende Vermögensverzehr bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung im Bereich der Investitionen zum Erhalt und zur Erneuerung der Spielstätten konnte ab dem Jahr 2021 gestoppt werden. Auch für 2023 ist mit entsprechenden Investitionen geplant worden. Ob sich diese vollständig realisieren lassen werden, ist aufgrund der aktuellen Marktsituation unsicher, da Ausschreibungen teilweise ins Leere laufen und angefragte Fachfirmen keine festen Zusagen abgeben.

Gemäß Wirtschaftsplan sind für das Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse von ca. TEUR 3.900 und ein leicht positives Jahresergebnis geplant. Gemäß Zuwendungsbescheid ergeben sich Gesellschafterzuschüsse für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von TEUR 39.244. Damit werden Zuschüsse um TEUR 732 bzw. 1,9 % über denen des Jahres 2022 liegen. Durch Abschluss des Zuwendungsvertrages wird die Gesellschaft für das Jahr 2023 in der Lage sein, den laufenden Theaterbetrieb aufrecht zu erhalten. Es ist jedoch von Kostensteigerungen auszugehen, die weit über den steigenden Gesellschafterzuschüssen von 1,9 % gegenüber dem Vorjahr liegen. Sofern künftige Kostensteigerungen nicht durch Gesellschafterzuschüsse und Umsatzzuwächse ausgeglichen werden, müssen entweder die Leistungen der Sparten gekürzt werden, oder es werden negative Ertrags- und Liquiditätsergebnisse erzielt. Hieraus ist die TOOH in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

2. Chancen- und Risikobericht

a) Chancen

Die Gesellschaft hat den kulturpolitischen Auftrag. Sie soll ein breitgefächertes kulturelles Angebot für die Region schaffen und als kulturelles Oberzentrum agieren. Chancen für die künftige Entwicklung der TOOH ergeben sich aus höheren Einnahmen in allen Sparten und insbesondere im Konzertbereich sowie der Wiederbelebung des Gastspielmarktes nach dem Ende der Coronapandemie.

Von Bedeutung für die Entwicklung der TOOH ist die Digitalisierung der Geschäftsprozesse innerhalb der Gesellschaft, aber auch zwischen der Gesellschaft und Dritten. Es wird eine umfassende Digitalisierung auf allen gebieten angestrebt, mit der Umsetzung von Teilprojekten wurde begonnen. Mit Hilfe von Fördermitteln plant die Gesellschaft im Jahr 2023 die vollständige Erneuerung der Servertechnik. Hierdurch wird eine Leistungssteigerung bei der Datenverarbeitung angestrebt. Gleichzeitig wird die Speicherkapazität der Serversysteme vervielfacht. Dies ist notwendig, um den immer weiter steigenden Datenmengen Rechnungen zu tragen.

Als wichtiges Infrastrukturelles Projekt bereitet die Gesellschaft den Aufbau eines umfassenden WLAN-Netzwerks in allen Liegenschaften der TOOH vor. Hiervon werden Vorstellungsbesucher und Mitarbeiter gleichermaßen profitieren. Ebenfalls im Jahr 2023 soll die neue kaufmännische Softwarelösung im Bereich Personalwesen in den Produktivbetrieb überführt werden.

b) Risiken

Wesentliche Risiken für die zukünftige Entwicklung der TOOH ergeben sich insbesondere durch den historisch hohen Tarifabschluss. Mit der Laufzeit von 24 Monaten konnte zwar Planungssicherheit erreicht werden, allerdings erhöhen sich die Entgelte der Beschäftigten in der untersten Entgeltgruppe um 17 %. Diese extremen Personalkostensteigerungen sind durch den zum 31. Dezember 2023 endenden Zuwendungsvertrag nicht gedeckt. Die durchschnittliche Entgelterhöhung ab 1. März 2024 beläuft sich auf 11,5 %.

Ebenfalls durch den Zuwendungsvertrag nicht gedeckt, sind Preissteigerungen von aktuell über 7 % im Bereich der Betriebs- und Investitionskosten.

Weiterhin gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht abfangen kann. Wie auch schon im vorherigen Zuwendungsvertrag ist auch im aktuellen Zuwendungsvertrag der am 20. Dezember 2018 vereinbart, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Gerade in diesem Bereich besteht enormer ein Finanzbedarf, da die Spielstätten und weitere Gebäude teilweise in sehr schlechtem Zustand sind. Fast die gesamte Bühnenausstattung ist veraltet. So ist die Untermaschinerie im Großen Saal des neuen theaters bereits 34 Jahre alt und könnte in Kürze nicht mehr den steigenden sicherheits- und brandschutztechnischen Anforderungen entsprechen. Das Opernhaus bedarf in Gänze einer grundlegenden Sanierung, da die bisher lediglich punktuell durchgeführten Notsanierungen ebenfalls aus Sicherheitsgründen nicht ausreichend sind. Sollte der beschriebene Zustand noch einige Jahre andauern, wäre die Spielbarkeit der sich im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Spielstätten nicht mehr sichergestellt.

Die Gesellschaft versucht weiter, Förderanträge zu stellen. Problem stellen bei der Genehmigung der Fördermittel stellen die oft sehr knapp gefassten Fertigstellungstermine dar. Außerdem bedürfen nahezu alle Förderungen einer Eigenanteilquote, die in Anbetracht des enormen Investitionsbedarfs sehr schnell mehrere Millionen Euro betragen kann. Weiterhin muss die Gesellschaft eine eigene Kompetenz für die Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung von Fördermitteln aufbauen. Fachkräfte auf diesem Spezialgebiet sind schwer anzuwerben und sind im aktuellen Stellenplan nicht vorgesehen. Ohne einen personellen und finanziellen Aufwuchs wird es für die Gesellschaft äußerst schwierig, diesen Aufgabenbereich im nötigen Maße abzudecken.

Im Personalbereich muss sich die Gesellschaft zukünftig auf Grund des Fachkräftemangels insbesondere im Bereich der Bühnentechnik und in den zentralen Bereichen auf Schwierigkeiten in der Nachbesetzung einstellen.

Im Verlauf der Jahre 2020 und 2021 hat die Gesellschaft im notwendigen Umfang vom Instrument der Kurzarbeit Gebrauch gemacht. Kurzarbeitergeld stellt einen Anspruch des Arbeitnehmers gegen die Bundesagentur für Arbeit dar und wird vom Arbeitgeber vorschüssig an den Arbeitnehmer ausgezahlt. Auf Antrag des Arbeitgebers erstattet die Bundesagentur für Arbeit dem Arbeitgeber das ausgezahlte Kurzarbeitergeld und zahlt zusätzlich einen pauschalierten Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen des Arbeitgebers. Allerdings sind diese Auszahlungen vorbehaltlich geschehen, da die detailbezogene Prüfung der Ansprüche noch aussteht und wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2023 erfolgen wird. Es kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund der Prüfhandlungen der Bundesagentur für Arbeit in der Zukunft Rückforderungsansprüche von Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungszuschüssen ergeben. Für diesen Fall hat die Gesellschaft die in den Jahren 2020 und 2021 gebildete Rückstellung nicht aufgelöst.

Bislang wurde noch kein Vertrag mit der Stadt Halle (Saale) bzw. dem Land Sachsen-Anhalt geschlossen, der sich an den derzeit bis zum 31.12.2023 gültigen Zuwendungsvertrag anschließt. Somit ist aktuell offen, ob und in welcher Höhe die TOOH Zuschüsse ab dem Jahr 2024 erhalten wird.

Aus den dargestellten Risiken bezüglich Kostensteigerungen, dem erforderlichen Investitionsbedarf und dem zum 31. Dezember 2023 endenden Zuwendungsvertrag ergeben sich für die TOOH entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Fasanenstraße 5a
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.

Die Gesellschaft sichert die Entwicklung des Zoos auf Grundlage aktueller Erkenntnisse der Tiergartenbiologie unter Beachtung der Vorgaben zum Umgang mit der denkmalgeschützten Park- und Zooanlage. Sie verfolgt das Ziel, Wildtiere nach hohen internationalen Standards zu halten und zu präsentieren und die traditionsreiche Kultureinrichtung der Stadt Halle (Saale) für kommende Generationen zu erhalten.

Der Zoo beteiligt sich an europäischen und internationalen Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung bedrohter Arten beitragen, an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten sowie am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung, an internationalen Erhaltungszuchtprogrammen, auch mit dem Ziel der Bestandserneuerung oder der Wiedereinbürgerung von Arten in ihren natürlichen Lebensräumen.

Der Zoo als regionales Naturschutzzentrum fördert die Aufklärung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume sowie durch gezielte, innovative Aktivitäten auf den Gebieten der Zoo- und Umweltpädagogik. Im Rahmen der Welt-, Zoo- und Aquarium-Naturschutzstrategie sammelt der Zoo Mittel für Naturschutzprojekte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Zoologische Garten Halle dient naturschutzspezifischen, kulturellen, wissenschaftlichen und pädagogischen Zwecken. Er steigert darüber hinaus die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Müller, Dennis

Aufsichtsrat:
Vorsitzende Brederlow, Katharina
stellv. Vorsitzender Bönisch, Bernhard
Dr. Lochmann, Mario

Aufsichtsrat:

Mackies, Stefanie
Sagner, Kevin
Sehrndt, Martin

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	16.459	91	17.561	91	18.493	91	-1.102	-6
Umlaufvermögen	1.580	9	1.621	9	1.759	9	-41	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	67	0	61	0	64	0	6	10
Bilanzsumme	18.106	100	19.243	100	20.316	100	-1.137	-6

Treuhandvermögen Tierheim der Stadt Halle (Saale)	25		6		6		19	317
--	----	--	---	--	---	--	----	-----

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.229	40	7.079	37	6.840	34	150	2
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse ¹⁾	2.377	13	3.291	17	4.127	20	-914	-28
Sonderposten für Investitionszuschüsse ¹⁾	6.752	37	7.527	39	8.049	40	-775	-10
Rückstellungen	896	5	900	4	944	5	-4	0
Verbindlichkeiten	699	4	306	2	252	1	393	128
Rechnungsabgrenzungsposten	153	1	140	1	104	0	13	9

Bilanzsumme	18.106	100	19.243	100	20.316	100	-1.137	-6
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten Tierheim der Stadt Halle (Saale)	25		6		6		19	317
---	----	--	---	--	---	--	----	-----

¹⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Sonderposten im Jahr 2022 ist eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse ²⁾	3.789	2.769	4.090
sonstige betriebliche Erträge ²⁾	5.629	5.705	5.559
Materialaufwand ²⁾	1.477	986	2.188
Personalaufwand ²⁾	4.270	4.198	4.023
Abschreibungen	1.983	1.824	1.836
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	1.507	1.193	1.275
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21	24	27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	160	249	300
sonstige Steuern	10	11	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	150	238	290

²⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Positionen Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge sowie in den Positionen Materialaufwand, Personalaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen im Jahr 2022 ist eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,96	8,61	7,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,12	3,49	4,43	%
Cash-Flow:	2.133	2.062	2.126	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	111	105	122	T€
Personalaufwandsquote:	45,34	49,54	41,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,88	91,21	90,97	%
Eigenkapitalquote:	39,93	36,79	33,67	%
Fremdkapitalquote:	60,07	63,21	66,33	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Besucher	324.300	252.000	313.932	Anzahl
Tierbestand (Individuen)	992	1.143	1.156	Anzahl
Tierbestand (Arten)	172	187	173	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner eher geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.000 Tiere in ca. 175 Arten in überwiegend nach zooökologischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für Bergzebras und Elenantilopen, Rote Pandabären und Schopfhirsche, für Pudus und für Löffelhunde, konnten in diesem Zuge bereits umgestaltet werden. Im Jahr 2022 ist es mit der Eröffnung des Anlagenkomplexes „Reilsalm“ gelungen, ein weiteres Großprojekt aus dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ zu realisieren.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den letzten Jahrzehnten besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch massive Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb des Freizeitmarktes zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammbesucher werden durch diese Anreize dazu motiviert, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und ihm die Treue zu halten. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 7.098 verkauften Jahreskarten im Jahr 2019 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, ersten Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 99 % gesteigert und damit quasi verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Vermutlich führten die Restriktionen im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 leider erstmals seit 2015 zu einem Rückgang bei der Zahl verkaufter Jahreskarten auf 4.963 im Jahr 2021. Im Jahr 2022 konnten jedoch bereits wieder 6.437 Jahreskarten verkauft werden, so dass es realistisch erscheint, die Verkaufszahlen aus der Zeit vor der Pandemie zeitnah wieder zu erreichen.

Der Ausbruch der Pandemie mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 und alle damit verbundenen Schutzmaßnahmen markierten in den Jahren 2020 und 2021 zunächst einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Gesellschaft. Traf die Pandemie den Bergzoo im Jahr 2020 quasi unvorbereitet, stellte sich im Jahr 2021 eine gewisse Routine bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen ein. Das zurückliegende Geschäftsjahr 2022 ist nun das erste Jahr seit Ausbruch der Pandemie, das weitgehend ohne Störungen des Besucherverkehrs oder Schutzmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie verlief. Lediglich die für das Frühjahr geplante Neuauflage der Ausstellung „Magische Lichterwelten“ musste auf den Winter 2022/2023 verschoben werden, da es aufgrund internationaler Bestimmungen im Herbst 2021 nicht gelang, die benötigten Visa für die chinesischen Laternenkünstler ausstellen zu lassen. Im Berichtsjahr wurden vom Auswärtigen Amt wieder Arbeitsvisa für chinesische Bürger erteilt, so dass die vierte Auflage der „Magischen Lichterwelten“ schließlich am 26. November eröffnen konnte.

Insgesamt konnten die Besucherzahlen für den regulären Zoobesuch über das ganze Jahr 2022 hinweg die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan übertreffen. Sie entsprechen weitgehend den Zahlen aus dem Vorjahr. Zwei Monate ragen dabei jedoch besonders hervor. Musste der Zoo im Jahr 2021 noch aufgrund der Schutzbestimmung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im April und damit auch über Ostern schließen, war das Osterfest 2022 ein erstes Saisonhighlight. Insgesamt besuchten mehr als 11.000 Menschen am Feiertagswochenende den österlich geschmückten Zoo. Im gesamten April waren es 34.000 Besucher, im Vorjahr hingegen nur 8.500. Mit dem Gruselzoo und der abschließenden Halloweennacht gelang ein herausragender Saisonabschluss. In den beiden Vorjahren verzichtete der Zoo auf die Durchführung der beliebten Halloween Veranstaltung coronabedingt. Im Jahr 2022 besuchten im Veranstaltungszeitraum insgesamt etwas mehr als 35.000 Besucher den Zoo, 4.700 allein in der eigentlichen Halloweennacht. Mit insgesamt mehr als 53.000 Gästen erreichte der Zoo im Oktober die höchste Zahl an Besuchern innerhalb eines Monats im gesamten Jahr 2022. Die dem Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr zu Grunde liegende Besucherzahl von 300.000 konnte trotz der Verschiebung der „Magischen Lichterwelten“ schließlich deutlich übertroffen werden. So besuchten 324.259 Gäste im Berichtsjahr den Bergzoo.

Überschattet wird das Jahr 2022 durch den Ukrainekrieg. Die Verknappung der Energieträger auf dem westlichen Markt führte schnell zu wirtschaftlichen Auswirkungen; der Gaspreis an der Börse versiebenfachte sich zwischenzeitlich gegenüber dem Preis zu Beginn des Jahres 2021 und auch der Preis für Strom ist stark angestiegen. Die Preisexplosionen bei den Energieträgern waren und sind wiederum wesentlicher Faktor für die hohe Inflationsrate, die 2022 bei 6,9% gegenüber dem Vorjahr lag.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.310 gut ein Drittel des Aufwandes für die Gesellschaft trägt und andererseits in dem Umstand begründet, dass die Gesellschaft über die Umsatzerlöse, die vor allem aus Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, ein weiteres Drittel der Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet.

Nach den Erfahrungen seit Ausbruch der Corona-Pandemie kann für den Zoologischen Garten Halle festgestellt werden, dass die Sehnsucht nach Freizeitbeschäftigung und eventuell auch der damit verbundenen Normalität hoch ist. Dies bestätigte sich auch im Krisenjahr 2022. Trotz hoher Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie übertrafen die Besucherzahlen für den regulären Zoobesuch die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2022. Die verschobene Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ konnte über den gesamten Veranstaltungsraum (Winter 2022/2023) an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen. Sicherlich müssen Großveranstaltungen wie die „Magischen Lichterwelten“ im Zoo weiter kritisch betrachtet werden, sollen sie einen zuverlässigen Beitrag zur Finanzierung des Haushalts der Gesellschaft leisten. Die Kurzfristigkeit der zum Teil drastischen Corona-Schutzmaßnahmen zeigt, wie hoch das Ausfallrisiko für solche Formate sein kann.

Schließlich wirkt sich die Verteuerung der Energieträger auf die Entwicklung der zoologischen Gärten aus. Die Zeit der preiswerten Energie scheint zunächst vorüber, zumindest solange eine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern besteht. Ein Zoo, insbesondere wenn er wie der Zoologischen Garten Halle über eine große Zahl von Tierhäusern mit Arten aus den tropischen Regionen der Erde verfügt, ist ein energieintensives Unternehmen. Durch die Preissteigerungen rücken die Energiekosten im Gesamtbudget damit mehr in den Vordergrund. Betragen diese im Berichtsjahr für Strom und Gas noch ca. 2,8% des Gesamtaufwands, werden es im Jahr 2023 voraussichtlich 8,4% sein. Diese Mehrkosten müssen zum einen erwirtschaftet werden, zum anderen wird die Frage nach den energetischen Kosten bei der Neukonzipierung von Tieranlagen und ganz allgemein der Entwicklung des Tierbestandes zukünftig stärker berücksichtigt werden müssen. Schließlich sind die hohen Energiekosten ein zusätzlicher Anreiz zum Energiesparen und zur energetischen Ertüchtigung der Gesellschaft.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die durchgehende Öffnung des Zoos im Berichtsjahr und die beschlussgemäße Erhöhung der Eintrittspreise um 1,00 € pro Tageskarte und von 2,50 € bzw. 3,00 € bei der kleinen respektive großen Familienkarte zum 01.01.22 resultierten in deutlichen Mehrerlösen bei den Eintrittspreisen von +TEUR 168 im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 1.467. Auch die Umsatzerlöse im Zoo-Shop (+TEUR 94), für die Verpachtung der gastronomischen Flächen (+TEUR 65), für Parkgebühren (+TEUR 46), Zooführungen (+ TEUR 29) und den Verkauf von Jahreskarten (+ TEUR 9) entwickelten sich sehr erfreulich. Durch die Verschiebung auf einen jahresübergreifenden Veranstaltungszeitraum verteilen sich die Umsatzerlöse für die Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ auf die beiden Veranstaltungsjahre. Trotzdem konnten bereits in 2022 TEUR 614 für den Verkauf von Veranstaltungskarten vereinnahmt werden. Nachdem im Vorjahr coronabedingt keine Veranstaltungen durchgeführt werden konnten, führt dies insgesamt zu einer deutlichen Steigerung bei den Umsatzerlösen von +TEUR 1.041 gegenüber 2021 (≈ +37,9%).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan wirkte sich die erneute Verschiebung des Verkaufs einer Wohnimmobilie negativ auf das geplante Jahresergebnis aus, waren hier doch Verkaufserlöse in Höhe von TEUR 780 eingerechnet. Die Liquidität aus dem Immobilienverkauf wird für das Investitionsvorhaben rund um den Umbau des rückwärtigen Eingangs des Zoos benötigt. Aufgrund von Verzögerungen bei der Prüfung des Förderantrages kommt es bei der Realisierung des Großprojekts jedoch auch weiterhin zu zeitlichen Verschiebungen. Wäre die Immobilie bereits 2022 verkauft worden, so wären unnötig Kosten für Verwahrensentgelte bei gleichzeitigem Wegfall der Mieterlöse angefallen. Der Verkauf ist nunmehr im Jahr 2023 geplant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen insgesamt bei TEUR 5.586 und damit -TEUR 107 niedriger als im Vorjahr. Relevant ist hier insbesondere, dass die Gesellschaft im Jahr 2021 eine große Erbschaft erhielt (TEUR 419), im Berichtsjahr gingen keine Erbschaften ein. Jedoch konnten auch höhere bzw. nicht geplante Erträge erreicht werden, so für die Erstattung der Gassteuer 2021, Erstattungen nach Infektionsschutzgesetz (TEUR 22), Mutterschutzgesetz (TEUR 24) und Sozialgesetzbuch (TEUR 139) sowie für unregelmäßige Einnahmen im Bereich Marketing und Miete für die zeitweise auf dem Zoogelände befindliche Corona-Teststation. Zu beachten ist ferner, dass der vormals durch die Gesellschafterin als Investitionszuschuss zugestandene Zuschuss in Höhe von TEUR 256 ab dem Berichtsjahr gemeinsam mit dem Betriebskostenzuschuss (neu TEUR 3.310) überwiesen wird.

Im Jahr 2022 wurde auch die freiwillige Abgabe eines „Zoo€uros“ eingeführt. Dieser wird beim Erwerb eines Tickets standardmäßig als Spende vorgeschlagen. Der Käufer hat jedoch die Möglichkeit, die Zahlung abzulehnen. An der Zookasse wurden im Jahr 2022 durchschnittlich 87% der Tages-Tickets (ohne Veranstaltungen, Führung o. ä.) mit dem Zoo€uro verkauft. Bei den Online-Tages-Tickets beträgt der Anteil 21%. Die Einnahmen für den Zoo€uro betragen im Jahr 2022 TEUR 121. Davon sollen 50%, d. h. 60,5 T Euro, als Spendenausgabe für Natur- und Artenschutzprojekte verwendet werden. Im Jahr 2022 sind bereits Spenden in Höhe von TEUR 36 An Projekte geflossen, die der Zoo seit vielen Jahren unterstützt. Für den noch nicht ausgeschöpften Betrag ist eine Verwendung im Jahr 2023 geplant. Die Verpflichtung der zoologischen Gärten zur Mitwirkung beim Artenschutz ergibt sich auch aus der EU-Zoodirektive (Richtlinie 1999/22/EG des Rates). Bis zur Einführung des „Zoo€uros“ hat die Gesellschaft ihre Artenschutzprojekte aus den Umsatzerlösen finanziert (zuletzt zwischen 10 und 15 TEUR pro Jahr). Durch die Spenden der Zoobesucher soll die mögliche Reichweite des Artenschutzengagements deutlich erweitert werden.

Beim Materialaufwand zeigte sich ein sehr variables Bild. Im Berichtsjahr wirkten sich die gestiegenen Energiekosten kaum auf das Ergebnis der Gesellschaft aus, da bereits im Jahr 2020 zweijährige Lieferverträge für Strom und Gas abgeschlossen worden waren. Den geringeren Verbräuchen bzw. Kosten beim Gas und Öl (-TEUR 19), Strom (-TEUR 11) und bei der Reinigung und Desinfektion (-TEUR 7) stehen indes deutliche Mehrkosten bei Futtermitteln (+TEUR 21) und beim Wareneinkauf für den Zooladen (+TEUR 68) gegenüber. Während sich letztere auch in den stark überplanmäßiger Verkaufserlösen im Zooladen widerspiegeln (siehe oben), ist für die Mehrkosten bei den Futtermitteln neben der allgemeinen Preissteigerung (vor allem beim Ankauf von Fisch) auch die Entwicklung im Tierbestand ursächlich. Der Bergzoo zeigt vermehrt Wiederkäuer wie die rindergroßen Takine, die als Laubäser auf besonderes Futter (vor allem Luzerneheu) angewiesen sind. Durch die Verschiebung der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ haben sich die Kosten für die Veranstaltung, insbesondere die Teilung der Eintrittskartenerlöse mit dem Partnerunternehmen „Dragon Illumination Arts“, teilweise in das Jahr 2023 verlagert. Daher liegt der diesbezügliche Aufwand mit TEUR 405 um -TEUR 275 niedriger als im Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr geplant. Zudem entstand im Berichtsjahr ein Aufwand in Höhe von TEUR 89 für die Durchführung von Abendveranstaltungen, wie z. B. Gruselzoo mit abschließender Halloweennacht.

Die Personalkosten sind auf TEUR 4.270 angewachsen. Dies sind +TEUR 73 mehr als im Vorjahr. Zu beachten ist hierbei, dass die weiter oben dargestellten, sonstigen betrieblichen Erträge für einzelne Erstattungen nicht mit den Personalkosten saldiert dargestellt werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere die Steigerung der Kosten für den Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen in Höhe von +TEUR 193 auf TEUR 430 hervorzuheben. Grund hierfür war die dringend notwendige Sanierung der Trockenmauer entlang des Alpinums, die im Berichtsjahr zu großen Teilen bereits umgesetzt werden konnte. Einige Restarbeiten müssen noch in Eigenleistung durchgeführt werden. Erfreulich ist der stark reduzierte Aufwand für Onlineticket-Gebühren bei Tageskarten von TEUR 100 im Jahr 2021 auf TEUR 27 im Jahr 2022. Dies wurde möglich, da sich die Einlasssituation wieder komplett normalisiert hat und Gäste für einen Tagesbesuch keine Online-Tickets mehr buchen müssen. Das Angebot besteht weiterhin, hat aber gegenüber dem Verkauf an der Zookasse eine untergeordnete Bedeutung. Die übrigen Positionen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich weitgehend auf dem Vorjahresniveau.

Die Abschreibungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 159 auf TEUR 1.983. Im Zuge der Feststellungen zum Jahresabschluss wurden zwei begonnene, jedoch auf unbestimmte Zeit nicht weitergeführte Investitionsprojekte neu bewertet. Dies betrifft zum einen die Reilsche Villa, hier wurde eine außergewöhnliche Abschreibung (-TEUR 153) durchgeführt, und zum anderen den Abgang der Planung für die Anlagen für Brillenbären und Berberaffen (-TEUR 31). Aufgrund der stark gestiegenen Unterhaltskosten für die Gesellschaft und der dadurch fehlenden Finanzierungsperspektive können die Projekte derzeit nicht weiterverfolgt werden. Die Geschäftsführung beriet darüber mit dem Aufsichtsrat in der Planungssitzung für den Wirtschaftsplan 2024 und in der Sitzung vom 20.10.22.

Die Geschäftsführung ging in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von TEUR 934 aus. Mit TEUR 150 wurde das geplante Ergebnis deutlich verfehlt. Drei Gründe sind hierfür, wie oben ausführlich erläutert, ursächlich: Die Verschiebung des Verkaufs einer Wohnimmobilie, eine außerplanmäßige Abschreibung, ein Anlagenabgang und die Verschiebung der Veranstaltung „Magische Lichterwelten“ auf den Winter 2022/2023. Zu bemerken ist weiter, dass die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 1.723, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, ergebnisverbessernd wirkt. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2022 auf TEUR 18.106 (Vorjahr: TEUR 19.243). Davon entfallen 90,9 % (Vorjahr: 91,2 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 295 auf TEUR 1.020 reduziert und erreichen nun einen Anteil von 5,6 % (Vorjahr: 6,8 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Auszahlungen von Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 455 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können.

Investitionstätigkeit

Zentrales Ziel des „Zukunftskonzepts Bergzoo 2031“ ist die Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Halle zu einer auch überregional attraktiven Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert. Zur Erschließung des Saaletourismus und damit zur Einbindung des Zoos in den Stadttourismus plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über ein Turmgebäude mit Erlebnisfahrtstuhl erschlossen. In Höhe der Zoeebene sollen ein spannender Kletterspielplatz, erste Blicke auf die Elefantensavanne neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Über die dritte Etage gelangen die Besucher auf einer Brücke über die großzügig erweiterte Elefantensavanne schließlich in den eigentlichen Zoo. Am 19.08.2019 konnte die HPP Architekten GmbH mit Sitz in Leipzig in einem zweiten Ausschreibungsverfahren als Objektplaner für das Projekt gewonnen werden. Aufgrund der schnellen Bearbeitung und der sehr guten Koordinierung der Planungsleistungen durch das Projektsteuerungsbüro war es möglich, die Planung der Leistungsstufe 3 abzuschließen und bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur finalen Prüfung einzureichen. Diese Prüfung bei der Investitionsbank respektive beim Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) dauert bis zum heutigen Tag an. Die Verzögerung im Prüfungsverfahren, für das keine rechtliche Fristsetzung besteht, ist zum Teil sicher auch Folge der Corona-Pandemie, da die Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Förder- und Nothilfeprogramme des Bundes verantwortlich zeichnet. Bereits im Jahr 2017 ist eine Förderwürdigkeitszusage für die Stadt Halle (Saale) durch die Investitionsbank aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (sogenannte GRW-Mittel) ausgestellt worden. Hiernach ist eine Förderung dieser Maßnahme aus GRW-Mitteln nach noch vorzunehmender baufachlicher Prüfung und Konkretisierung der Investition grundsätzlich möglich. Dabei erkennt die Zusage ein besonderes Landesinteresse und beziffert die mögliche Förderquote mit ca. 90 % der Investitionssumme. Damit sind diese Maßnahmen, wie in der im Jahr 2016 erstellten Umsetzungsstudie zur 1. Phase „Bergzoo 2031“ dargestellt, finanzierbar und somit realisierbar. Insgesamt wurden in dem Projekt im Jahr 2022 TEUR 288 aufgewendet. Die Kosten entstanden im für den Abriss des einsturzgefährdeten Bestandsgebäudes in der Seebener Straße. Der vorzeitige Abbruch des Gebäudes wurde nötig, da das mit der Beobachtung des Gebäudes betraute Ingenieurbüro sieht sich nicht länger in der Lage sah, die Standsicherheit weiter zu bestätigen. Die letzte Begutachtung erfolgte im April 2021. Hier wurden keine Beanstandungen festgestellt und eine erneute Begutachtung im Frühjahr 2022 empfohlen. Die Planungen für den Abriss, die Genehmigung der Baumaßnahme, die Beauftragung des Abrissunternehmens sowie die Einrichtung der Baustelle gelangen noch im Berichtsjahr. Die Abrissarbeiten wurden in der 6. Kalenderwoche 2023 beendet. Da „Gefahr in Verzug“ bestand, konnte nicht auf die Erteilung des Förderbescheids für das Gesamtprojekt abgewartet werden. Ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn wurde gestellt und durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt. Für den weiteren Verlauf des Projektes wird mit einer zeitnahen Zustellung des Förderbescheids durch die Investitionsbank gerechnet.

Ein weiteres Großprojekt im Rahmen des Zukunftskonzeptes ist der Umbau der sogenannten „Saubucht“ samt anschließendem Weg Richtung „Bergterrasse“ zur alpenländischen „Reilsalm“. Während in der „Saubucht“ verschiedene bedrohte Haustierrassen in einer traditionellen Bauernhofkulisse gezeigt werden, weiden auf der begehbaren Streichelalm Schafe einer bedrohten Alpenrasse. Als zusätzliches Alleinstellungsmerkmal soll der Innenhof der „Saubucht“ als Mensch-Tier-Begegnungsstätte umgestaltet werden, um hier Angebote im Bereich der tiergestützten Therapie durchführen zu können. Eine entsprechend geschulte Mitarbeiterin ist bereits mehrere Jahre im Bereich Umweltpädagogik für die Gesellschaft tätig. Für das Projekt lag eine Ausführungsplanung nebst Kostenberechnung in Höhe von TEUR 980 vor. Die Planungen für den Umbau der Gebäude wurde im Jahr 2019 finalisiert und die einzelnen Gewerke wurden bereits im Jahr 2019, die übrigen zu Beginn des Jahres 2020 nach beschränkten Ausschreibungen beauftragt. Wie in den Vorjahren ausführlich berichtet, verzögerten sich allerdings die weiteren Planungs- und Bauarbeiten pandemiebedingt. Erst Ende 2021 ist es nach durchgeführter Ausschreibung schließlich gelungen, den letzten Auftrag für die Außenanlagen an einen Garten- und Landschaftsbauer zu vergeben. Der Start der Bauarbeiten verzögerte sich allerdings seitens des Auftragnehmers auf den Jahresbeginn 2022. Im Mai des Berichtsjahres wurde der erste Abschnitt (Streichelalm) fertiggestellt. Der Umbau des zweiten Abschnitts (Außenanlage Schweine) folgte im Spätsommer. Am 12.10.22 konnte die „Reilsalm“ schließlich in Anwesenheit der Förderer, Sponsoren und von Teilen des Aufsichtsrates feierlich dem Publikum übergeben werden. Der Förderverein des Zoos unterstützte dieses Projekt mit insgesamt TEUR 310. Die Saalesparkasse spendete für das Vorhaben großzügigerweise weitere TEUR 181. Ein weiterer Teil der Finanzierung wurde zudem durch eine Erbschaft in Höhe von TEUR 179 realisiert. Insgesamt wurden im Berichtsjahr TEUR 376 investiert, die Gesamtkosten für das Projekt beliefen sich auf TEUR 902. Damit ist die „Reilsalm“ das größte Investitionsprojekt in eine Tieranlage seit über 15 Jahren.

Der als Tierarztpraxis geplante Rohbau hinter der „Reilschen Villa“ war bis zum Ende 2021 weiterhin ohne Nutzung. Eine im Jahr 2019 beauftragte Planung bestätigt, dass die im Zukunftskonzept in diesem Gebäude vorgesehenen Funktionen (Sanitärgebäude für bis zu 30 Mitarbeiterinnen, Belegschaftsraum für die Gesamtbelegschaft und Empfang) hier untergebracht werden können. Die Bauarbeiten wurden im Jahr 2021 begonnen, das Gebäude Ende 2021 an die Mitarbeiterinnen übergeben. Im Berichtsjahr erfolgten letzte Abrechnungen für die Fertigstellung der Sanitäranlagen und die Möblierung in Höhe von TEUR 72. Für den Umbau wurden insgesamt TEUR 480 investiert.

Neben diesen Großvorhaben konnten weitere Anschaffungen realisiert werden. Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 930 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur Projekte und Anschaffungen mit einem Investitionsvolumen > TEUR 15): Umgestaltung „Saubucht“ zur „Reilsalm“: TEUR 408, Abriss Haus Seebener Str. im Bauvorhaben „Saaleeingang“: TEUR 288, Umbau Sozialgebäude: TEUR 72, Neuanschaffung Dienstwagen: TEUR 43, Anschaffung eines Minibaggers für den Gala-Bau: TEUR 21, Neugestaltung Känguranlage: TEUR 17. Die Finanzierung erfolgte aus Spenden durch die Saalesparkasse und den Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, sowie aus eigenen Mitteln.

Personal- und Sozialbereich

Im Jahr 2022 konnte ein Auszubildender für den Beruf des Zootierpflegers eingestellt werden. Er absolvierte zuvor bereits ein freiwilliges ökologisches Jahr im Zoo Halle in der Tierpflege und konnte hier überzeugen. Eine Auszubildene absolvierte erfolgreich ihre Abschlussprüfung und konnte zunächst befristet als Vertretung für eine krankheitsbedingt langfristig ausgefallene Kollegin weiterbeschäftigt werden. Zudem wurde eine weitere Zootierpflegerin als Krankenvertretung befristet eingestellt. Beide Beschäftigungsverhältnisse wurden zwischenzeitlich entfristet, da die Kolleginnen auf frei gewordene Planstellen rücken konnten. Zudem wurde eine durch Rentenantritt freigewordene Planstellen im Gartenbereich ebenfalls erfolgreich wiederbesetzt.

Erstmals wurden im Berichtsjahr die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst geschuldeten, leistungsabhängigen Vergütungsbestandteile auf Grundlage der entsprechenden Betriebsvereinbarung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbezahlt. In diesem Rahmen fanden bereichsübergreifende Projekte statt, die jeweils durch einen Teamleiter organisiert wurden. Um die vollen Vergütungsansprüche zu erzielen, mussten die Mitarbeitenden an drei Einsätzen teilnehmen. Insgesamt kann ein positives Fazit über den Verlauf des ersten Jahres mit dem neuen Ausschüttungsmodell gezogen werden. Die leistungsabhängige Vergütung konnte an alle Mitarbeitenden ausbezahlt werden, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme im Vorfeld erklärt hatten. Lediglich eine Mitarbeiterin lehnte dies ab.

Die aufgrund der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Betriebsbereitschaft und der Versorgung des Tierbestandes erwiesen sich weiterhin als effizient. Es traten zwar weiterhin einige Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 auf. Ansteckungen innerhalb des Betriebes waren jedoch die Ausnahme. Ebenso wenig wurden Tierpfleger als Kontaktpersonen vorsorglich unter Quarantäne gestellt.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin die besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es gelungen, die Umsetzung für dieses Großvorhaben weiter voranzutreiben.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“, dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von zusätzlichen Besuchern anzusprechen. Diese Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo zu locken. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2022 wurde eingeschätzt, dass die Neuauflage vollständig im Planungsjahr durchgeführt werden kann. Dies gelang jedoch aufgrund von Visarestriktionen nicht. Die erwarteten Besucher verteilen sich nun über die Wintermonate 2022 und 2023, so dass die prognostizierten Besuchszahlen für Veranstaltungen im Berichtsjahr knapp verfehlt wurden. Über den gesamten Veranstaltungszeitraum konnte jedoch wieder an die Erfolge der Vorjahre angeknüpft werden. Die Durchführung einer fünften Auflage der „Magischen Lichterwelten“ ab Ende Dezember 2023 ist bereits geplant.

Risiko- und Prognosebericht

Weitere Einschränkungen bezüglich der Corona-Pandemie stehen nicht zu befürchten. Die getroffenen Maßnahmen der letzten Jahre zur Senkung der Aufwendungen erwiesen sich durchgehend als ausreichend, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern. Einnahmeseitig zeichnet sich auch weiterhin eine Normalisierung hin zu dem hohen Niveau von vor der Corona-Pandemie ab. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf die Umsatzerlöse aufgrund einer inflationsbedingt reduzierten Kaufkraft der (potenziellen) Besucher konnten bisher nicht festgestellt werden. Die Besucherzahlen erreichen die Ansätze aus dem Wirtschaftsplan 2023 und haben sie im Veranstaltungsbereich sogar übertroffen. Zudem verfügt die Zoologischer Garten Halle GmbH aufgrund der guten Geschäftsverläufe in den zurückliegenden Jahren auch nach den letzten Krisenjahren noch über eine gewisse Liquiditätsreserve in Höhe von TEUR 1.020 zum 31.12.2022.

Schon zum Jahreswechsel 2021/2022 konnte eine hohe Preissteigerung bei den Energieträgern (und hier besonders beim Erdgas) beobachtet werden. Mit Ausbruch des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine verschärfte sich diese Situation noch einmal dramatisch, auch weil Deutschlands Erdgasversorgung stark von Russland abhängig ist. Viele weitere Wirtschaftsgüter verknappten sich mit fortschreitendem Krieg, so dass die Teuerungsrate im Jahr 2022 bei insgesamt 6,9% lag. Auch in den ersten Monaten des Jahres 2023 zeichnet sich weiter eine hohe Inflationsrate ab. Im März lag diese bei 7,4% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im laufenden Geschäftsjahr wirken sich die gestiegenen Energiekosten stark negativ aus. Konnten im ersten Halbjahr 2022 gar keine Lieferverträge für Gasgroßkunden abgeschlossen, so war dies im zweiten Halbjahr nur zu enorm hohen Arbeitspreisen bei sehr kurzen Bindungsfristen (teilweise weniger als drei Stunden) möglich. Da die Gaspreise an der Börse kontinuierlich stiegen, sah sich der Geschäftsführer dazu gezwungen, einen Liefervertrag über Konditionen abzuschließen, die deutlich über den Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2023 lagen. Über dieses Szenario wurde ausführlich in der Planungssitzung des Aufsichtsrates vom 30.06.2022 beraten und der Geschäftsführer entsprechend ermächtigt, einen solchen Liefervertrag abzuschließen. Mittlerweile wurde durch den Energieversorger bestätigt, dass die Gesellschaft von den Entlastungen der Energiepreisbremse profitieren wird. Die erwarteten Mehrkosten für Erdgas für das Jahr 2023 im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan belaufen sich unter Berücksichtigung dieser Entlastungen nunmehr noch auf TEUR 170. Damit ist die Liquidität der Gesellschaft im Jahresverlauf zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Allerdings ist nicht gesichert, dass Gas zur Betreibung des Blockheizkraftwerkes auch im Winter 2023/2024 weiterhin geliefert werden kann. Um die Abhängigkeit der Gesellschaft von nur einem Energieträger zum Heizen der Tierhäuser für die Zukunft abzumildern, werden derzeit die drei Gasbrenner zu einem Gasbrenner, einem Heizölbrenner und einem Brenner, der beide Energieträger nutzen kann, umgerüstet.

Im Zuge der Vorbereitungen zur Erstellung des Wirtschaftsplanes 2024 wurden bereits Angebote für eine Gaslieferung ab dem kommenden Jahr und für das Jahr 2025 eingeholt. Hier bewegt sich der Gaspreis wieder auf dem Niveau, das für die Mittelfristplanung der Jahre 2024 – 2028 angenommen wurde, so dass die Gesellschaft derzeit von einer Entspannung bei den Energiepreisen ab dem kommenden Jahr im Vergleich mit 2023 ausgeht. Nach derzeitigen Erwartungen müssen allerdings die Eintrittspreise im Jahr 2024 angehoben werden, um die Steigerungen der Personalkosten aufgrund des sich abzeichnenden Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst darstellen zu können. Die Gehaltsanpassungen für das laufende Geschäftsjahr sollen in Rahmen von steuer- und sozialabgabefreien Einmalzahlungen erfolgen. Die Geschäftsführung geht von Kosten für die Erhöhung von knapp TEUR 200 aus, das sind etwa TEUR 60 mehr, als im Wirtschaftsplan prognostiziert.

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 370.000 Besuchern geplant. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch Belastungen aus Pensionszahlungen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt. Der Zoo ist derzeit nicht in größere Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche entstehen. Dieses Szenario ist erstmalig in der Geschichte des Zoologischen Gartens Halle (Saale) aufgrund der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie eingetreten. Ende Januar kam es zu einem Ausbruch mit dem hochpathogenen, aviären Influenzavirus, dem Erreger der so genannten Geflügelpest. Der Zoo stand dabei für insgesamt sechs Wochen unter amtstierärztlicher Beobachtung. Ein bereits im Vorjahr erstelltes und durch das Veterinäramt der Stadt Halle bestätigtes Biosicherheitskonzept gewährleistete, dass der Vogelbestand des Zoos nicht euthanasiert werden musste, sondern in insgesamt 16 voneinander isolierten Seucheneinheiten unter Beachtung hoher Sicherheitsauflagen betreut werden konnte. Nach dreifacher, negativer Testung des gesamten Bestandes in Abstand von jeweils drei Wochen wurde der Seuchenausbruch im Zoo Halle für beendet erklärt. Das Konzept ermöglicht es, den Zoo trotz des Seuchenausbruchs für Besucher weiterhin zu öffnen. Lediglich einige Tierhäuser mussten schließen. Insgesamt konnte der Tierseuchenausbruch ohne große finanzielle Belastungen erfolgreich eingedämmt werden.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 von einem positiven Jahresergebnis von TEUR 44 aus. Dies scheint aus heutiger Sicht aufgrund der über der Erwartung liegenden Gewinne aus der Veranstaltung „Magische Lichterwelten – Lost Worlds“ unter Realisierung des im Vorjahr nicht vollzogenen Verkaufs einer Wohnimmobilie und dem Eingang der ersten Zahlungen aus den GRW-Fördermitteln weiterhin realistisch.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck folgt aus der Wahrnehmung des durch § 130 Absatz 4 KVG LSA gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Beteiligungsmanagements für die Stadt Halle (Saale).

Eine den Beschlüssen zur Gründung der BMA und der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike
		Döring, Jan
		Dr. Richter, Inge
		Geier, Egbert
		Heym, Carsten
		Schramm, Rudenz
		Steinke, Sören
		Winkler, Yvonne
		beratendes Mitglied

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	13	13	12

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	155	21	165	24	168	23	-10	-6
Umlaufvermögen	571	78	510	75	543	76	61	12
Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	8	1	7	1	-1	-13

Bilanzsumme	733	100	683	100	718	100	50	7
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	451	62	381	56	285	40	70	18
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	18	2	28	4	31	4	-10	-36
Rückstellungen	240	33	245	36	382	53	-5	-2
Verbindlichkeiten	24	3	29	4	20	3	-5	-17
Passive latente Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0

Bilanzsumme	733	100	683	100	718	100	50	7
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	228	222	0
sonstige betriebliche Erträge	844	856	1.044
Personalaufwand	857	839	880
Abschreibungen	12	12	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	132	159	147
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-2	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	5	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-31	-9
Ergebnis nach Steuern	70	96	12
Jahresüberschuss	70	96	12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:	x	x	x	%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	82	108	22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	119	120	116	T€
Personalaufwandsquote:	79,98	77,85	84,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,21	3,75	4,01	%
Eigenkapitalquote:	61,54	55,76	39,70	%
Fremdkapitalquote:	38,46	44,24	60,30	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2022 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2021 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2021 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2023 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2021 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2021 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum zwölften Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2022 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2021 erhöhten sich die Wertansätze im Saldo aufgrund der Zuschreibung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH (1.974 TEUR) und verringerten sich aufgrund der Entnahme aus der Kapitalrücklage der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (1.732 TEUR).

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungsprozess wird begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Erstellung von Regeln für zeit- und ortsflexibles Arbeiten

Durch die Corona-Pandemie ist mobiles Arbeiten bzw. die Tätigkeit im Home-Office in den Fokus gerückt. Seitens des Gesetzgebers ist zeitweise sogar eine Verpflichtung der Arbeitgeber erlassen worden, Homeoffice anzubieten, sofern nicht zwingende betriebliche Gründe entgegenstehen. Aber auch nach dem Ende der Pandemie wird zeit- und ortsflexibles Arbeiten ein wichtigeres Thema für Arbeitgeber bleiben.

Bei ad hoc eingerichteten Lösungen für mobiles Arbeiten bzw. Homeoffice können in der Regel nicht alle Anforderungen der Informationssicherheit von Anfang an vollständig umgesetzt werden. Für die BMA wurden daher Regelungen sowie Verfahrenshinweise untersucht, wie Arbeits- und Geschäftsprozesse sowohl personell als auch technisch organisiert werden können.

Anhand der Untersuchungsergebnisse ist für das BMA-Regelwerk eine Richtlinie „Mobiles Arbeiten“ zum 1. November 2022 in Kraft getreten.

7. Absicherung einer kodex-konformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer

zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio transparenten Datenbasis und

zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2023** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung des Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen bzw. auf der Grundlage einer transparenten Datenbasis Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu schaffen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen. Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA durch die Unterstützung bei der Erarbeitung eines Strukturkonzeptes zur **Finanzierung der Stiftung Händel-Haus** von Stadt und Land für die Haushaltsjahre 2023 ff..

Die **Corona-Pandemie** und der Ukraine-Krieg hatten auf die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt im Wirtschaftsjahr 2022 keine Auswirkungen.

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf dem Jahresgewinn.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2022 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6 TEUR verringert. Für die Verpflichtung, die laufenden Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung des ehemaligen Vorstandes um jährlich 1 % zu erhöhen, wurde der Rückstellung im Wirtschaftsjahr 2022 ein Betrag in Höhe von 1 TEUR zugeführt.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2022 mit 70 TEUR (Vorjahr: 96 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Anstalt die Transferzahlungen sowie die Liquidität dar.

Bei der Planung wurde für das Wirtschaftsjahr 2022 von einem Jahresverlust in Höhe von 32 TEUR ausgegangen. Ursachen für die Erzielung eines Jahresgewinns sind hauptsächlich die nicht ausgeschöpften Budgets im Bereich der Personalkosten, der Fortbildungs- sowie Reisekosten aufgrund der Corona-Pandemie und der Rechts- und Beratungskosten.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.094 TEUR (Vorjahr: 1.069 TEUR) erhalten. Unter Berücksichtigung der abzuführenden Umsatzsteuer wurden davon 1.051 TEUR (Vorjahr: 1.027 TEUR) ertragswirksam vereinnahmt.

Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 15 % (Vorjahr: 18 %).

Die **Personalkosten** haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Jahr 2022 erfolgten individualvertragliche Anpassungen der Gehälter für alle Mitarbeitenden.

Die übrigen **Sachkosten** bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2022 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens- und Ertragslage keine wesentlichen Veränderungen.

Die Finanzlage war im Wirtschaftsjahr davon geprägt, dass das Finanzamt Halle (Saale) die Erstattungsansprüche für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag für die Jahre 2018 bis 2021 vollständig zurückgezahlt hat (63 TEUR).

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2022 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2022 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - kodexkonforme Anwendung und Umsetzung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Optimierung der Mandatsträgerinformationen.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 35 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.119 TEUR brutto (1.075 TEUR netto).

Ursachen sind hauptsächlich steigende Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie höhere Kosten für Miet-, Betriebs- und Energiekosten für die Geschäftsräume der BMA. Für den Verlustausgleich soll planungsseitig der Gewinnvortrag der Anstalt verwendet werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 werden keine Auswirkungen aus der **Corona-Pandemie** und des Ukraine-Krieges hinsichtlich der Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt erwartet.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen. Somit stellen die Mitarbeiterzufriedenheit, eine wettbewerbsfähige Vergütungsstruktur sowie die Attraktivität der Anstalt als Arbeitgeber insgesamt, die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren der BMA dar.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Zusammenfassend haben sich die Chancen und Risiken der Anstalt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Saalessparkasse

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer Sitz
Anschrift:	Rathausstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Träger:	Stadt Halle (Saale) Landkreis Saalekreis

Gegenstand des Unternehmens:

Der durch § 2 SpkG-LSA normierte Unternehmenszweck der Saalessparkasse ist, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringt ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördert das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung.

Stand der Umsetzung des öffentlichen Zwecks:

Der durch die Saalessparkasse verfolgte öffentliche Zweck ergibt sich aus § 2 SpkG-LSA.

Die Geschäftstätigkeit entsprechend dem durch § 2 SpkG-LSA normierten öffentlichen Auftrag unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements, der Unternehmenssteuerung sowie durch die Sparkassenaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:	Vorsitzender	Dr. Fox, Jürgen	
		Knobloch, Peter	(bis 30.06.2022)
		Rothe, Christian	(seit 01.07.2022)
Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Handschak, Hartmut	
	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(Amt ruhend seit 12.04.2021)
	2. stellv. Vorsitzender	Lange, Hendrik	
		Beyer, Jens	
		Bürger, Tino	
		Dr. Czikowsky, Halina	
		Dr. Hagenau, Dietlind	
		Ettingshausen, Rüdiger	
		Geier, Egbert	
		Hänsel, Andreas	
	Helmich, Dennis		
	Leibrich, Uwe		

Verwaltungsrat:

Moll, Thomas
Müller, Thomas
Prinzler, Torsten
Schaaf, Mario
Schröder, Florian
Schwab, Tobias
Sorge, Alexander

c) Gesamtbezüge der Organe

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	90	107	98

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Vorstandsmitglieder wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100,00
Karla Plattform GmbH	25,00
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	3,92
S-BG Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	18,18
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	19,22
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	643.289	10	1.123.670	19	617.136	12	-480.381	-43
Forderungen an Kreditinstitute	40.815	1	56.495	1	86.242	2	-15.680	-28
Forderungen an Kunden	3.151.812	51	2.783.939	46	2.569.914	48	367.873	13
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.471.016	24	1.345.698	22	1.440.694	27	125.318	9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	650.866	11	515.876	9	457.432	9	134.990	26
Beteiligungen	10.780	0	10.190	0	12.902	0	590	6
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.165	0	18.165	0	18.165	0	0	0
Treuhandvermögen	48.728	1	56.607	1	61.048	1	-7.879	-14
Immaterielle Anlagewerte	138	0	143	0	79	0	-5	-3
Sachanlagen	137.897	2	117.504	2	76.107	1	20.393	17
Sonstige Vermögensgegenstände	25.248	0	21.125	0	7.089	0	4.123	20
Rechnungsabgrenzungsposten	911	0	1.068	0	1.244	0	-157	-15

Bilanzsumme	6.199.665	100	6.050.480	100	5.348.052	100	149.185	2
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

	2022		2021		2020		Veränderungen 2022 zu 2021	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	438.594	7	447.289	7	194.852	4	-8.695	-2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.117.505	83	4.970.596	82	4.537.183	85	146.909	3
Treuhandverbindlichkeiten	48.728	1	56.607	1	61.047	1	-7.879	-14
Sonstige Verbindlichkeiten	3.420	0	3.612	0	2.882	0	-192	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	2.002	0	244	0	373	0	1.758	720
Rückstellungen	30.988	1	34.252	1	39.587	1	-3.264	-10
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.023	0	5.023	0	0	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	337.900	5	319.500	5	300.900	5	18.400	6
Eigenkapital	215.505	3	213.357	4	211.228	4	2.148	1

Bilanzsumme	6.199.665	100	6.050.480	100	5.348.052	100	149.185	2
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	47.768		39.412		32.383		8.356	21
Andere Verpflichtungen	359.064		309.678		205.944		49.386	16

bb) GuV

	2022	2021	2020
	T€	T€	T€
Zinserträge	69.394	59.553	67.470
Zinsaufwendungen	1.936	4.273	3.678
Laufende Erträge	33.050	14.943	12.478
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	67	0
Provisionserträge	42.352	41.335	37.895
Provisionsaufwendungen	5.867	4.454	4.085
Sonstige betriebliche Erträge	10.745	11.295	9.673
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	69.772	69.749	68.719
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	14.246	4.947	3.915
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.672	11.716	10.266
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	30.122	2.364	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	0	39.071
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	29	2.947	0
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	0	1.743
Aufwendungen aus Verlustübernahme	46	0	8
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	18.400	18.600	55.800
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	8.451	8.143	21.859
Steuern vom Einkommen und Ertrag	6.054	5.740	19.525
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	249	274	247
Jahresüberschuss	2.148	2.129	2.087
Bilanzgewinn	2.148	2.129	2.087

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	3,86	4,05	12,74	%
Cash-Flow:	16.141	7.892	2.202	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	271	206	202	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	26,19	33,23	33,94	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,22	1,94	1,42	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	8,93	8,81	9,58	%
Fremdkapitalquote:	91,07	91,19	90,42	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Kundeneinlagen	5.117,5	4.970,6	4.537,2	Mio. €
davon Spareinlagen	1.050,1	1.055,9	1.053,6	Mio. €
Forderungen an Kunden	3.151,8	2.783,9	2.569,9	Mio. €
Filialen	45	46	46	Anzahl
SB-Filialen	7	17	24	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2022

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikomanagement der Saalesparkasse**
- 7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten
- 7.2 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement
- 7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden
- 7.2.2 Risikomanagementorganisation
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2022 war auch am Jahresanfang in wirtschaftlicher Hinsicht erneut vor allem durch die dritte Welle der Pandemie geprägt. Ende Februar traf der Schock des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine die Weltwirtschaft. Damit gingen neuerliche Anspannungen der Lieferketten in diversen Branchen einher. Nach der Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ergibt sich aus dem wechselhaften Verlauf im Gesamtjahr 2022 eine reale BIP-Veränderung von +1,9 %. Diese liegt somit deutlich unterhalb der Vorjahresplanannahme.

Die privaten Konsumausgaben steigerten sich stark um 4,6%. Dies spiegelt vor allem das Nachholen von Konsummöglichkeiten im Dienstleistungsbereich wider, die in der Pandemie schlicht nicht möglich waren.

Der Preisdruck erreichte im Herbst seinen Höhepunkt. Die gewerblichen Erzeugerpreise stiegen dann zeitweise mit Zwölfmonatsraten von über 40 Prozent. Und der Preisauftrieb verbreiterte sich schnell.

Während die Gesamtwirtschaft 2022 getragen vor allem vom Dienstleistungssektor um eine Kontraktion herumkam, war die Industrieproduktion für sich betrachtet rückläufig. Innerhalb der Industrie zeigt sich ein deutliches Auseinanderlaufen von energieintensiven und anderen Branchen. Die Schrumpfungen sind fast ausschließlich bei den energieintensiven Sektoren wie z.B. der Chemie konzentriert. Diese Anpassung war aber auch Ausdruck der Reaktion auf die Preissignale, oft ein bewusstes Sparen sowie die Vermeidung der Gasmangellage. Die anderen Teile der Industrie konnten dagegen recht konstant weiter produzieren.

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland für das Jahr 2022 um 0,4 Prozentpunkte auf 5,3 % gesunken. Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit 45,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

In Sachsen-Anhalt sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2022 auf 7,1 % gegenüber 7,3 % im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten im Jahr 2022 in der Stadt Halle (Saale) sowie im Saalekreis im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2030 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, für die Stadt Halle (Saale) wird ebenfalls von einer leicht negativen Entwicklung ausgegangen.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

In 2022 haben sich sowohl bei den kurzfristigen Zinsen (3 Monats EURIBOR) als auch im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich (5 bis 10-Jahres Zins) die Zinssätze für Bundeswertpapiere in den positiven Bereich entwickelt. Im 3 Monatsbereich lag die Spanne im Jahresverlauf bei -0,5% bis +1,9% und bei den 10-Jährigen Staatsanleihen lag die Spanne bei -0,06% bis +2,13%.

Der Verlauf des deutschen Aktienindex (DAX) war in 2022 volatil mit insgesamt sinkender Tendenz. Der deutsche Leitindex erreichte am Jahresende mit einem Stand von 13.924 Punkten einen Jahresverlust von 13,3 %.

Die EZB hat das Leitzinsniveau bis Jahresende 2022 um insgesamt 2,5 Prozentpunkte erhöht. Der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB bleibt dabei wegen der auf absehbare Zeit erhaltenen Überschussliquiditätssituation der für die Geldmärkte entscheidende Leitzins. Der Satz der Einlagefazilität erreichte zum Jahresende 2,0 Prozent.

Die Immobilienmarktentwicklung erwies sich aufgrund neuer Herausforderungen und Veränderungen in Deutschland im Jahr 2022 volatiler, dies zeigt auch die unterschiedliche Entwicklung der Kaufpreise je nach Region innerhalb Deutschlands. Bis zu Beginn des Jahres 2022 war ein Anstieg der Preisentwicklung festzustellen, danach konnte man je nach Region Preisrückgänge erkennen. Dies lässt sich auf immer schwieriger werdende Rahmenbedingungen wie den Zinsanstieg und die deutlich gestiegenen Energiepreise zurückführen. Hinzu kommt in einigen Bereichen eine Knappheit von Baumaterialien mit daraus resultierenden Lieferproblemen.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse. Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden und bewegt sich damit erneut über den Erwartungen.

Der Zinsüberschuss legte mit 86,4 Mio. EUR deutlich über den Planwert von 69,0 Mio. EUR hinaus zu. Das Provisionsergebnis liegt mit 35,5 Mio. EUR leicht unter dem Planwert von 36,1 Mio. EUR. Die Verwaltungsaufwendungen liegen mit einem Wert von 72,7 Mio. EUR leicht über dem Planwert der mit 71,1 Mio. EUR angegeben ist, als auch über dem Vorjahreswert.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Geschäftsjahr 2022 zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 367,9 Mio. EUR auf 3.151,8 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 13,2 %.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einem Zuwachs um 2,7 % (Vorjahr +2,0 %) über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen stieg um 9,3 % (Vorjahr 6,4 %), es liegt damit über den Erwartungen i.H.v. 6,0 %. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 14,4 % (Vorjahr 13,7 %) über die Planvorgaben i.H.v. 8,8 % hinaus ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 2,6 % (Vorjahr 8,8 %). Die Steigerung in den genannten Bereichen ergibt sich aus anhaltend starker Kreditnachfrage im gewerblichen Bereich als auch bei Baufinanzierungen. Der Bestand von Schuldscheindarlehen an Unternehmen und öffentlichen Haushalten erhöhte sich um 97,3 Mio. EUR bzw. 12,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Zuwachs sowohl bei den kurz- bis mittelfristigen Krediten (+25,2 Mio. EUR bzw. +8,6 %) als auch bei den langfristigen Ausleihungen (+323,4 Mio. EUR bzw. +12,7 %) zu verzeichnen.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 21,2 % und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 15,9 % erhöht.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich bis Ende 2022 um 244,6 Mio. EUR (12,8 %) auf insgesamt 2.162,7 Mio. EUR.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 15,7 Mio. EUR (27,8 %) auf 40,8 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) stieg um 260,3 Mio. EUR auf 2.121,9 Mio. EUR. Dies entspricht einer Steigerung um 13,9 % gegenüber dem Vorjahr, diese entfällt größtenteils auf Rentenpapiere. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 120,3 Mio. EUR bzw. 14,7 % auf 696,8 Mio. EUR verringert. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Spezialfonds.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 650,9 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich im Jahresverlauf um 135,2 Mio. EUR erhöht, darunter sind ca. 90,3 % des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 9,0 % der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung. Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 10,8 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,6 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 2,7 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt entfallen.

Im Rahmen einer Neugründung wurde die Beteiligung an der Karla Plattform GmbH eingegangen. Die Saalesparkasse hat 25% der Stammkapitalanteile in Höhe von 25 TEUR übernommen sowie eine schuldrechtliche Barzahlung in Höhe von 145 TEUR in die Kapitalrücklage der Gesellschaft geleistet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Schaffung und das Betreiben einer Online-Plattform über Dienstleister von der Gesunderhaltung über Alltagshelfer bis zu Pflege sowie alle sonstigen damit zusammenhängenden Tätigkeiten.

Nach der Kündigung der stillen Einlage an der NORD LB in Höhe von 5,7 Mio. EUR ist die Rückzahlung an die Saalesparkasse im I. Halbjahr 2022 erfolgt.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-gesellschaft Halle mbH eine 100 %-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht.

Als weiteres verbundenes Unternehmen hat die Saalesparkasse in 2019 100 % der Anteile der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) mit Sitz in Halle (Saale) mit einem Buchwert von 18,1 Mio. EUR erworben, deren Immobilienbestand des Wohnviertels „Pauluspark“ in Halle (Saale) zur Portfoliodiversifizierung der Wohnimmobilien der Saalesparkasse beiträgt. Im Geschäftsjahr 2022 hat die HGWS 100% der Anteile der Reileck Projekt GmbH zu einem Kaufpreis von 18,6 Mio. EUR erworben. Diese plant auf einem bereits in ihrem Eigentum befindlichen Grundstück die Errichtung mehrerer Gebäude zur vorwiegend wohnwirtschaftlichen, aber auch gewerblichen Nutzung. Die Umsetzung des Projektes hat im II. Quartal 2022 begonnen.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 146,9 Mio. EUR (3,0 %) auf 5.117,5 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen i.H.v. 5.039,1 Mio. EUR.

Insgesamt sind die Spareinlagen um 5,8 Mio. EUR bzw. 0,54 % auf 1.050,1 Mio. EUR gesunken und bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt mit einem Zuwachs von 152,7 Mio. EUR höher als geplant. Dabei zeichneten sich die Zuwächse in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab welche damit den Planwert übertrafen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder verringerte sich um 8,7 Mio. EUR bzw. 1,9 % auf 438,6 Mio. EUR.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das Depotvolumen unserer Kunden in bei uns geführten Depots um 18,4 Mio. EUR oder 12,2 % auf 169,8 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich im Jahr 2022 um 1.066 Stück auf 30.780 Stück. Das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um 13,7 Mio. EUR oder 1,5 % auf 898,3 Mio. EUR gesunken.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten die Vorjahreswerte nicht in allen Bereichen bestätigt bzw. übertroffen werden.

Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2022 im Volumen eine Teils sehr rückläufige Entwicklung. So lag der vermittelte Jahresbeitrag 2022 für die Lebensversicherungen bei nur noch 173 TEUR und somit 1,7 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Für Rentenversicherungen erreichte die Saalesparkasse einen Wert von 5,2 Mio. EUR und liegt somit um 5,6 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Bei der betrieblichen Altersvorsorge stieg das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert auf 125 TEUR. Bei den Sachversicherungen ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert um 56 TEUR zurück und erreicht einen Wert von 1,5 Mio. EUR.

Bei den Bausparverträgen konnte die positive Entwicklung aus dem Vorjahr fortgesetzt werden. Das im Jahr 2022 abgeschlossene Volumen liegt bei 148,4 Mio. EUR und damit um 51,1 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjahresergebnis um 127 TEUR (7,4 %) übertroffen werden. Insgesamt wurden 133 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt stieg im gleichen Zeitraum auf 0,2 Mio. EUR. Die in 2022 erzielten Courtagen aus vermittelten Objekten betragen 1,9 Mio. EUR.

2.9 Vertrieb und Produkte

Die Beratungsqualität der Saalesparkasse wurde durch die Testsiege im „CityContest Privatkundenberatung 2022 in Halle“ und im „CityContest Geschäftskundenberatung 2022 in Halle“ zum vierten bzw. fünften Mal in Folge bestätigt. Auch unsere Beratung in der Baufinanzierung belegte im Bankentest von „Die Welt“ in Halle (Saale) unverändert den ersten Platz.

Im Rahmen der Bewältigung der Flüchtlingskrise durch den Ukraine-Krieg leistete die Saalesparkasse einen Beitrag durch unbürokratische Eröffnung von dringend benötigten Girokonten für die Schutzsuchenden in unserem Geschäftsgebiet. Diese Konten wurden zusätzlich für zwölf Monate von den monatlichen Grundgebühren freigestellt.

Die Niedrigzinsphase endete im zweiten Halbjahr infolge der hohen Inflationsraten und der daraus resultierenden Zinsentscheidungen der EZB unerwartet dynamisch. In der Folge stellte die Saalesparkasse für Ihre Kunden wieder ein Angebot an festverzinslichen Sparanlagen zur Verfügung. Dies geschah mit dem Festzinssparen und dem Zuwachssparen für die privaten Kunden und mit dem Sparkassenbrief sowie dem Termingeld für die gewerblichen Kunden. Zusätzlich nahm die Saalesparkasse eine Produktkombination aus einer festverzinslichen Anlage (Sparkassenbrief mit sechsmonatiger Laufzeit und Sonderverzinsung) sowie einer Sachwertanlage in Wertpapieren (breite Auswahl je nach Kundeneignung) in ihr Angebot auf.

Zum 01.07.2022 nahm das neue Kunden-Service-Center der Saalesparkasse schrittweise seinen Geschäftsbetrieb auf. In Ergänzung des klassischen Filialangebots und der Möglichkeiten unserer Internettefiliale bzw. Sparkassen-App erleben Kunden dort direkten Service, indem ihre Anliegen und Wünsche überwiegend sofort erledigt werden. Eine Weiterleitung an die kundenbetreuende Stelle kann somit größtenteils entfallen.

2.10 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2022 waren in der Saalesparkasse 567 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr verringert. Der Grund für die Verringerung des Personalbestandes in 2022 liegt in der letzten Dienstvereinbarung über den sozialverträglichen Stellenabbau begründet. Diese wirkt schwerpunktmäßig in 2022. Der Bestand an 265 Teilzeitbeschäftigten hat sich ebenfalls verringert. Im Berichtsjahr haben 17 Auszubildende am 1. August 2022 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 38 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 22 Mitarbeiter*Innen befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Die in der Saalesparkasse zur Stellenbesetzung erforderlichen Qualifikationsanforderungen, wie die Ausbildung als Bankkaufmann/frau, zahlreiche Weiterbildungen zum Erwerb weiterführender Qualifikationen sowie die Aufrechterhaltung des erreichten Wissensniveaus bilden eine wichtige Grundlage. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,4 Mio. EUR aufgewendet.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 93 Geldautomaten, 86 Kontoauszugsdruckern und 13 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2022 rund 7,2 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldautomaten rund 970,9 Mio. EUR verfügt wurden.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Insgesamt belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2022 auf 537,0 Mio. EUR. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2022 mit 13,3 % über den gesetzlichen Mindestanforderungen (KWG i. V. m. CRR). Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestgesamtkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0 %) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP: 0,5 %) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestkapitalanforderung für 2022 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 11,04 % und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 50,8 % (Vorjahr 46,0 %) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 23,7 % (Vorjahr 22,2 %) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 82,5 % (Vorjahr 82,2 %) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (7,1 %), die im Vorjahresvergleich (7,4 %) leicht gesunken sind.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresresultimo 2022 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den verzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden neue Swapgeschäfte i.H.v. 179,5 Mio. Euro zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Sechs der Sicherungsbeziehungen endete planmäßig i.H.v. 83,0 Mio. EUR.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Verluste aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Risikovorsorge nach § 340f HGB.

Die Saalesparkasse verfügt über eine angemessene Kapitalausstattung, die den Rahmen für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 215,5 Mio. EUR (3,48 % der Bilanzsumme) betragen.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderten Liquiditätskennzahlen wurden stets eingehalten.

Die Guthaben, die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschrieben sind, unterhielt die Saalesparkasse bei der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der Niedrigzinsphase in den vergangenen Jahren überwiegend kurzfristig gebunden. Demgegenüber stehen auf der Aktivseite Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank und der Nord/LB sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 359,6 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2022 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben. Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse hat folgende wesentlichen Leistungsindikatoren definiert und im Berichtsjahr nachgehalten.

Leistungsindikator	Plan 2022	2022	2021
Gesamtkapitalquote*	15,1 %	13,3 %	14,8 %
Betriebsergebnis I (vor Bewertung) in % der DBS	0,63 %	0,91 %	0,70 %
Cost-Income-Ratio in % der DBS**	65,7 %	56,3 %	64,9 %
Personalaufwand in % der DBS	0,69 %	0,67 %	0,76 %
Sachaufwand in % der DBS	0,52 %	0,52 %	0,54 %

*Rechtliche Grundlage: Art. 92 CRR Abs. 1 c – Eigenmittelanforderungen

**Berechnung: Verwaltungsaufwand / Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, sonstigen ordentlichen Ertrag, sonstigen ordentlichen Aufwand & Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Die nachfolgende Übersicht enthält eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres.

Position	31.12.2022 in Mio. EUR	in % der DBS*	% der DBS LSA*	31.12.2021 in Mio.	in % der DBS*	% der DBS LSA*
Zinsüberschuss	87,7	1,45	1,51	71,5	1,29	1,41
Provisionsüberschuss	36,5	0,60	0,72	36,8	0,66	0,71
Sonstige betriebliche Erträge	9,1	0,15	0,04	7,1	0,13	0,04
Verwaltungsaufwendungen	-71,9	-1,19	-1,34	-72,2	-1,30	-1,35
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5,5	-0,09	-0,03	-4,2	-0,08	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	55,9	0,91	0,93	38,9	0,70	0,79
Bewertungsergebnis	-25,9	-0,43	-0,60	-0,9	-0,02	-0,07
Neutrales Ergebnis	-2,2	-0,04	0,04	-11,0	-0,20	-0,25
Ertragsteuern	-7,2	-0,12	-0,17	-6,3	-0,11	-0,20
Veränderung der Vorsorgereserven (saldiert)	-18,4	-0,30	-0,18	-18,6	-0,33	-0,24
Jahresüberschuss	2,1	0,03	0,02	2,1	0,04	0,04

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2022 und 2021
 Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
 LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 16,2 Mio. EUR bzw. um 22,7% höhere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Der Planwert von 68,3 Mio. EUR wurde deutlich übertroffen.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 93,8 Mio. EUR (Vorjahr: 79,3 Mio. EUR) deutlich gestiegenen Zinserträge sind maßgeblich auf höhere Erträge aus Immobilien- und Infrastrukturfonds zurückzuführen sowie in bestandsbedingten Zuwächsen im Kundenkreditgeschäft als auch in zinsbedingten Mehrerträgen bei den Forderungen an Kreditinstitute zu erklären. Der Planwert von 76,1 Mio. EUR wurde deutlich übertroffen. Verglichen mit dem Vorjahr war der Zinsaufwand mit 2,4 Mio. EUR (Vorjahr: 2,4 Mio. EUR, Planwert 2,6 Mio. EUR) unverändert. Der mit den Zinserträgen saldierte Aufwand aus den getätigten Zinssicherungsvereinbarungen (Swaps) belief sich auf 3,8 Mio. EUR.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr höhere Zinsspanne von 1,45 % (Vorjahr 1,29 %), die über dem Planwert von 1,16 % und unter dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,51 %) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 36,5 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (36,8 Mio. EUR) sowie über dem geplanten Wert (36,1 Mio. EUR).

Das Wertpapierleihegeschäft führte zu einem Ergebnis in Höhe von 1,5 Mio. EUR (Vorjahr 1,7 Mio. EUR), welches die getroffene Planvorgabe von 1,1 Mio. EUR erneut überschritt. Dieses fließt in das Provisionsergebnis ein.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden wesentlich durch die Grundstücks- und Gebäudeerträge sparkasseneigener Immobilien, deren Bestand durch Neuerwerbungen gestiegen ist, geprägt. Sie bewegten sich mit 9,1 Mio. EUR (Vorjahr 7,1 Mio. EUR) leicht über dem Planwert (8,8 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen (71,9 Mio. EUR) lagen leicht unter dem Niveau des Vorjahres (72,2 Mio. EUR), sie bewegen sich dabei über dem geplanten Niveau (71,1 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sanken um 1,8 Mio. EUR auf 40,5 Mio. EUR (0,67 % der DBS) und lagen damit unter dem Planwert von 40,7 Mio. EUR. Die Inanspruchnahme der aktuellen und vorherigen Dienstvereinbarungen über einen sozial verträglichen Stellenabbau hat zu diesem Ergebnis geführt.

Der Sachaufwand lag bei 31,4 Mio. EUR (Vorjahr 29,9 Mio. EUR) bzw. 0,52 % der DBS und bewegte sich damit sowohl über dem Planwert als auch über dem Vorjahreswert. Den Positionen mit Einsparungen im Vergleich zum Planwert (Aufwendungen wie Grundstücks- und Gebäudeaufwand und sonstige Dienstleistungen Dritter) standen höhere IT Aufwendungen sowie Aufwendungen aus der Bankenabgabe gegenüber.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung, Steuern und neutralen Ergebnis als bedeutsamer Leistungsindikator hat sich mit 55,9 Mio. EUR um 17,0 Mio. EUR oder 43,7 % gegenüber dem Vorjahresergebnis erhöht. Damit liegt die Saalesparkasse deutlich über dem Planwert (37,1 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) als bedeutsamer Leistungsindikator mit 56,3 % deutlich verbessert (Vorjahr 64,9 % / Planwert 65,7 %).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von -13,8 Mio. EUR (-0,23 % der DBS). Die Entwicklung gegenüber dem Planwert (-5,0 Mio. EUR) ist im Wesentlichen geprägt durch die hohen Abschreibungen auf die Wertpapiere der Liquiditätsreserve infolge des Zinsanstieges 2022. Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr 2022 zwei Zielfonds mit Buchwerten von 71,2 Mio. EUR aus dem Master-Halle 1 Spezialfonds in den eigenen Bestand erworben. Durch diese Transaktion wurden stille Reserven der Fonds auf Ebene des Masterfonds in Höhe von 12,9 Mio. EUR realisiert, welche an die Sparkasse ausgeschüttet wurden.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -4,0 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr negativ verändert. Gegenüber den Modellannahmen aus der Planung in Höhe von -6,0 Mio. EUR stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich positiver dar. Bedingt durch Fremdaablösungen, aber auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wurde im Kundenkreditgeschäft im abgelaufenen Geschäftsjahr entgegen der Erwartung ein deutlich günstigerer Ist-Wert als der ursprünglich erwartete Bewertungsbedarf ermittelt.

Das sonstige Bewertungsergebnis (-8,1 Mio. EUR) fällt sowohl gegenüber dem Planwert in Höhe von -1,2 Mio. EUR und auch gegenüber dem Vorjahr (1,8 Mio. EUR) negativer aus. Dabei resultiert das negative sonstige Bewertungsergebnis maßgeblich aus einer gesonderten Bewertung von drei Gebäuden nach Vorlage der entsprechenden Verkehrswertgutachten.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit -25,9 Mio. EUR bzw. -0,43 % der DBS negativ dar.

Das neutrale Ergebnis fällt mit insgesamt -2,2 Mio. EUR deutlich negativer gegenüber dem Planwert (-0,7 Mio. EUR) aus und deutlich positiver gegenüber dem Vorjahr (-11,0 Mio. EUR). Wesentliche Gründe für die negative Entwicklung des Neutralen Aufwandes gegenüber dem Planwert sind insbesondere Aufwendungen für Abfindungen und Aufstockungsbeträge (Dienstvereinbarung) die über die gebildete Rückstellung aus dem Jahresabschluss 2021 hinausgehen, bzw. durch neue Vereinbarungen im Jahr 2022. Wesentliche Gründe für die Abweichungen des Neutralen Ertrages gegenüber dem Planwert sind insbesondere Erträge durch aperiodische Provisionen und sonstige außerordentliche Erträge.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,035%.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote soll der Bilanzgewinn in Höhe von 2,1 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, dass für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr 2022 als zufrieden stellend.

7 Risikomanagement der Saalesparkasse

7.1 Einsatz von Finanzinstrumenten

Die Saalesparkasse bevorzugt grundsätzlich den Einsatz von Kassainstrumenten. Zur Sicherung von Einzelgeschäften kann die Saalesparkasse jedoch auch derivative Finanzinstrumente einsetzen. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps aufgeführt.

Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte auch im Geschäftsjahr 2022 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Sechs der zu Jahresbeginn existierenden Zinsswapgeschäfte waren fällig. Zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurden vor allem vor dem Hintergrund des 2022 festgestellten deutlichen Zinsanstieges elf neue Swapgeschäfte abgeschlossen. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Geschäfte in Fremdwährung bestehen in geringen Umfang in Spezialfonds.

7.1 Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

7.2.1 Risikomanagementziele und -methoden

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Das Risikomanagement umfasst Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Saalesparkasse. Ziel des Risikomanagements ist die Optimierung des Erfolgs vor dem Hintergrund des eingegangenen Risikos. In der Saalesparkasse kommt ein strategiebasiertes Risikomanagementsystem zur Anwendung, welches im Sinne der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterentwickelt wird. Die Grundlagen dafür bilden eine vom Vorstand formulierte Geschäftsstrategie sowie nachgelagerte Teilrisikostrategien.

Die einzelnen Geschäftsfelder werden unabhängig von der Geschäftsverteilung auf die einzelnen Vorstände vom Gesamtvorstand verantwortet. Er legt die Strategien für die betriebswirtschaftliche Steuerung der Saalesparkasse fest. Die Risikostrategie soll dabei gewährleisten, dass die Risiken, die aus den in der Geschäftsstrategie genannten Geschäften resultieren, auch getragen werden können. In mindestens jährlichem Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und – inklusive möglicher Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen - mit diesem erörtert.

Die Saalesparkasse teilt ihre Bankgeschäftsrisiken in die Risikoarten Adressen-, Marktpreis-, Beteiligungs- und Liquiditätsrisiko sowie operationelles Risiko und sonstige Risiken ein.

Ausgehend von den in der Risikostrategie definierten wesentlichen Risikoarten des Bankgeschäftes werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit nachfolgende Risikoarten limitiert:

- Adressenrisiko Kundengeschäft
- Adressenrisiko Eigengeschäft
- Zinsspannenrisiko
- Marktpreisrisiko Depot A
- Immobilienobjektrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Operationelle Risiken
- Vertriebsrisiko Dienstleistungsgeschäft
- Refinanzierungsrisiko

Darüber hinaus gilt das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos als wesentliches Risiko. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters nicht über die Risikotragfähigkeit limitiert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur, die Bestandteil des jährlichen Strategieprozesses zur Unternehmensplanung ist.

Für die Umsetzung der Strategien bei der Durchführung der Geschäfte stellt der Gesamtvorstand den hierarchisch unterstellten Organisationsebenen seine Maßgaben in Rahmenanweisungen für die Geschäftsbereiche Vertrieb, Kreditgeschäft, Beteiligungs- und Handelsgeschäft, Steuerung, Betrieb sowie Liquiditätsrisiken und Refinanzierung zur Verfügung.

In der Saalesparkasse ist der Begriff „Risiko“ als negative Abweichung von einem Erwartungswert bzw. als negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert.

Zielsetzungen des Managements von Risiken sind deren Identifizierung, die Bewertung, das Reporting, die Steuerung und die Überwachung innerhalb der Saalesparkasse. Dabei können festgestellte Risiken über deren Vermeidung, Reduzierung, Akzeptanz oder den Transfer des Risikos an Dritte gesteuert werden.

Im Vordergrund des Risikomanagements der Saalesparkasse steht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzeptes. Jährlich sowie anlassbezogen erfolgen die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung der Risikotragfähigkeitskonzeption, der zugrundeliegenden Annahmen und Methoden zur Berücksichtigung der wesentlichen Risikoarten. Zur Steuerung in der Saalesparkasse dient die periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern). Perspektivisch ist im Jahr 2023 die Umstellung auf eine ökonomische und damit barwert-orientierte Sichtweise neben der normativen Risikotragfähigkeit vorgesehen.

Die periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzeption ist als rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung ausgestaltet.

Das einsetzbare Risikodeckungspotenzial setzt sich aus der nicht zur Erfüllung der Eigenmittelanforderungen gebundenen Sicherheitsrücklage, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und dem erwarteten Betriebsergebnis nach Bewertung und Steuern zusammen.

Als steuerungsrelevantes Szenario dient das Risikoszenario. Das Gesamtlimit im Risikoszenario wird ausgehend vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial unter Beachtung der in der Risikostrategie verankerten strategischen Zielgröße, einer Gesamtkapitalkennziffer von mindestens 8,0 % zuzüglich eines Managementpuffers sowie der harten Kapitalanforderung gemäß SREP von 0,5 % bereitgestellt. Der Managementpuffer beläuft sich dabei auf 1,25 %. Er deckt sowohl das eigene Sicherheitsniveau als auch den aktuellen und künftig erwarteten institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpuffer unter Berücksichtigung des makroprudenziellen Maßnahmenpaketes der Aufsicht ab.

Die Inanspruchnahme der Limite wird regelmäßig durch das Risikocontrolling auf der Grundlage von Szenarioanalysen überprüft, es werden Limitauslastungen gemessen, Maßnahmen geprüft und ggf. Limite angepasst. Das Risikoszenario dient als steuerungsrelevantes Szenario mit dem Ziel der Sicherstellung des Fortbestandes einer geordneten Geschäftstätigkeit. Die Risikomessung erfolgt dabei auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 95 %.

Mithilfe von Stresstests wird zusätzlich analysiert, wie sich außergewöhnliche, aber plausibel mögliche, Ereignisse auf die Portfolien auswirken. Somit ist sichergestellt, dass die Saalesparkasse auch in Extremsituationen über genügend Eigenkapital verfügt, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Durch sogenannte inverse Stresstests wird zudem regelmäßig untersucht, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Ergänzt wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung um eine mehrjährige Kapitalplanungsrechnung, deren Betrachtungszeitraum sich an dem der allgemeinen Planung orientiert. Ziel ist es, einen langfristigen Bedarf für internes und regulatorisches Kapital frühzeitig zu identifizieren, damit dieser bei der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden kann. Adverse Entwicklungen werden im Kapitalplanungsprozess angemessen berücksichtigt.

Die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen im Risikomanagementprozess ist sowohl durch die Ausgestaltung der Szenarien als auch durch Festlegung von Risikotoleranzen in Form von Limit- und Ampelsystemen sichergestellt.

Die auf Gesamtrisikoebene und auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten installierten Limitsysteme fungieren als 3-Farben-Ampelsysteme und geben über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung. Über Limitüberschreitungen sowie sonstige unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen wird ad hoc berichtet und Handlungsbedarf aufgezeigt.

Mindestens vierteljährlich erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse der periodenorientierten Risikotragfähigkeitsüberprüfungen, die Auslastung der Limite und die Kapitalplanungsrechnung an den Gesamtvorstand. Diese Berichterstattung wird darüber hinaus dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

7.2.2 Risikomanagementorganisation

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Für die Steuerung der Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird von den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Die Steuerung und Überwachung sowohl der Provisions- als auch der Marktpreisrisiken wird ebenso von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach den MaRisk Rechnung getragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden den direkt gehaltenen Fonds durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Den MaRisk entsprechend wurden eine Risikocontrolling-Funktion und eine Compliance-Funktion eingerichtet. Beide Funktionen sind unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt, haben jedoch kein Weisungs- oder Vetorecht. Darüber hinaus werden Prüfungsaufgaben von der Abteilung Interne Revision wahrgenommen.

Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Unterstützung der Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Darüber hinaus ist die Risikocontrolling-Funktion für die Durchführung der Risikoinventur, die damit verbundene Erstellung des Gesamtrisikoprofils, die laufende Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die regelmäßige Risikoberichterstattung und die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen verantwortlich. Neu hinzugekommen ist zudem die Wahrnehmung von Aufgaben der IPS-Sanierungsplanung, insbesondere der Unterstützung der Geschäftsleitung bei der ex-ante erfolgenden Krisenvorbereitung und einer ggf. notwendigen Durchführung von Prozessen zur Umsetzung von Handlungsoptionen.

Die Compliance-Funktion ist organisatorisch innerhalb der Abteilung Gesamtbanksteuerung eingerichtet. Der benannte Compliance-Beauftragte ist fachlich unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Abteilung Interne Revision prüft regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikomanagementaktivitäten in der Saalesparkasse und berichtet ihre Prüfungsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen unmittelbar an den Gesamtvorstand.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Das Adressenrisiko umfasst die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Kreditnehmers, auch im Sinne eines Emittenten/ Kontrahenten¹, sowie Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avalen (Ausfallrisiko). Als weitere Komponente des Adressenrisikos stellen sich im Zeitablauf ändernde Bonitätseinstufungen (Ratingklassen) des Kreditnehmers dar², in deren Folge ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Darüber hinaus umfasst es auch die Konstellation, dass Sicherheiten während der Kreditlaufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder sogar überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst das Risiko eines Ausfalls oder einer Bonitätsänderung eines Schuldners, der selbst ein ausländischer öffentlicher Haushalt ist. Ein weiterer Bestandteil des Länderrisikos ist das Ländertransferrisiko.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten zu ca. 16 % an Kreditnehmer mit Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Frankreich und Österreich stellen dabei die Sitzländer mit den höchsten Investitionsvolumen dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken liegt in Wertpapieranleihen von Staaten, Banken und Unternehmen.

Das Engagement in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 auf insgesamt 203,7 Mio. EUR. Hiervon entfallen auf Kreditnehmer mit Sitz in Italien 120,7 Mio. EUR sowie auf Kreditnehmer mit Sitz in Spanien 66,7 Mio. EUR.

Die Steuerung der Adressenrisiken erfolgt über Limite, die einerseits in Form von Risikolimiten aus der Risikotragfähigkeitsrechnung abgeleitet werden. Andererseits werden in den Rahmenanweisungen Kundenkreditgeschäft sowie Beteiligungs- und Handelsgeschäft Limite für die Geschäfte zum Beispiel in Form von Volumenbegrenzungen je Kreditnehmer oder Asset- bzw. Ratingklasse festgelegt, um eine ausgewogene Diversifikation des Portfolios zu erreichen. Darüber hinaus bestehen für Handelsgeschäfte auch Volumen beschränkende Länderlimite.

Grundlage der Risikoermittlung ist unter anderem die regelmäßige Risikoklassifizierung des einzelnen Kreditnehmers bzw. Emittenten (ggf. auch der Emission des Wertpapiers), aus der sich die Ausfallwahrscheinlichkeit ableitet. Dabei erfolgt die Risikoklassifizierung über innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren und über die Nutzung externer Ratingnoten bekannter Ratingagenturen.

Das Kreditportfolio wird turnusmäßig nach verschiedenen Strukturmerkmalen (zum Beispiel Ratingklassen, Größenklassen, Branchen, Sicherheiten) differenziert dargestellt und nach sich daraus ableitenden Risiken bzw. Risikokonzentrationen untersucht.

Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfangreich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft.

¹ Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in

- ein Wiedereindeckungsrisiko (Risiko, dass ein Geschäftspartner ausfällt und ein ursprünglich abgeschlossenes Geschäft zu neuen ungünstigeren Konditionen erneut abgeschlossen werden muss),
- ein Erfüllungsrisiko (Gefahr, dass eine getätigte Transaktion nicht oder nicht rechtzeitig abgewickelt wird, d.h. das Risiko, dass der Käufer nicht bezahlt oder der Verkäufer das Transaktionsobjekt nicht liefert)

² In der Regel erhöht sich der Spread durch den Wechsel in eine schlechtere Ratingklasse.

7.3.1.1 Kundenkreditgeschäft

Um Adressenrisiken frühzeitig begegnen zu können, werden in einem Risikofrüherkennungsprozess private und gewerbliche Kreditnehmer, die mit erhöhten Risiken behaftet sind, identifiziert. Daneben erfolgt eine regelmäßige Bonitätsprüfung aller Kreditnehmer im Rahmen einer Risikoklassifizierung. Die Kreditentscheidung wird in Abhängigkeit von der Kredithöhe, der Kreditart, der Risikoklassifizierung (Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren) sowie den eingereichten Sicherheiten getroffen.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 95,3 % ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I (Rating 1 bis 9) mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 3,4 % der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II (Rating 10 bis 15C) mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III (Rating 16 bis 18) entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 wenn erforderlich durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind. Auffällige Entwicklungen aufgrund der anhaltenden Krisensituation sind in den Strukturen aktuell nicht erkennbar.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung).

Die Adressenrisiken im Kundengeschäft einschließlich sich ergebender Konzentrationsrisiken werden unter Anwendung des Kreditportfoliomodells Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) überwacht. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei die Höhe der Kredite, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Kreditnehmer. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0 % für das gesamte Portfolio ermittelt. Das Kundenkreditportfolio zeigt sich dabei sehr gut diversifiziert. Ergänzt werden diese Auswertungen um vierteljährliche Szenarioanalysen unter Einbindung des Kreditportfoliomodells mit dem Ziel der Hochrechnung der erwarteten Risikovorsorge, wobei auch bestehende Risikokonzentrationen aus der Größenklassen-, Branchen- und Sicherheitenstruktur in der Risikoermittlung Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse dieser Analysen fließen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Saalesparkasse sowie in die vierteljährliche Gesamtbankberichterstattung ein.

Das gemäß der rollierenden Ausgestaltung der Risikotragfähigkeitskonzeption für die kommenden 12 Monate festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 11,0 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 68,8 % beansprucht.

7.3.1.1 Depot A/ Eigenanlagen

Im Depot A werden im Rahmen einer Risikofrüherkennung neben der Überwachung branchen- als auch unternehmensspezifischer Informationen auf Negativmerkmale regelmäßig die Ratings sowie die Spreadentwicklung der Asset-Swap-Spreads beobachtet. Bei auffälligen Entwicklungen werden die Ursachen analysiert und die Kursentwicklung verstärkt überwacht. Auch die Positionen des Depot A unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsprüfung mittels einer Risikoklassifizierung.

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 79,5 % im Investment-Grade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 4,0 % im Speculative-Grade (Ratingklassen 6 bis 18) vertretbare Risiken auf. Auf die vorhandene Liquidität auf Konten bei der Deutschen Bundesbank entfallen 16,5 % des Volumens, für welche kein Rating ausgewiesen wird.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten. Zur Reduzierung von Größenkonzentrationen wurden Bestände einzelner Emittenten im Verlauf des Geschäftsjahres abgebaut.

Das Adressenrisiko im Depot A umfasst Risiken der Emittenten (Herausgeber von Wertpapieren) bzw. Emission (Wertpapier) und Kontrahenten (Vertragspartner bei Wertpapierleihe). Zur Abbildung der Adressenrisiken auf Einzelkreditnehmerebene wird für jeden Emittenten und Kontrahenten ein Volumenlimit eingeräumt. Darüber hinaus wird zur Steuerung der Emittenten- und Kontrahentenrisiken ein Risikolimit aus der Risikotragfähigkeit für den Adressenausfall abgeleitet.

Die Ermittlung der Adressenrisiken für Eigenanlagen für Zwecke der Risikotragfähigkeit erfolgt in Analogie zum Kundengeschäft über ein Kreditportfoliomodell, welches sowohl die aktuelle Portfoliostruktur als auch das geplante Neugeschäft berücksichtigt. Im Ergebnis werden ein erwarteter Verlust und auf der Basis von Monte-Carlo-Simulationen auch ein Value-at-Risk (VaR: unerwarteter Verlust) bei einem Konfidenzniveau von 95,0% für das gesamte Portfolio ermittelt. Neben den Portfoliodaten (insbesondere Volumen und ratingbezogene Ausfallwahrscheinlichkeit) werden dabei auch übergreifende Parameter (beispielsweise eine Migrationsmatrix und Recovery Rates) berücksichtigt.

In die auf Ratings basierende Risikoermittlung werden auch Länderrisiken ausgehend von den Länderratings einbezogen. Die Länderrisiken erstrecken sich dabei im Wesentlichen auf Positionen aus Ländern des EWR sowie der OECD.

Die im Rahmen der regelmäßigen Strukturauswertungen identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf Größentreiber sowie im Bereich der Länder- und Branchenstruktur werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die Auslastung der für die Emittenten und Kontrahenten eingeräumten Volumenlimite wird täglich überwacht. Darüber hinaus wird das Adressenrisiko des Depot A regelmäßig in der Risikotragfähigkeit dargestellt, die auch im Rahmen von Szenarioanalysen identifizierte Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 11,0 Mio. EUR wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 71,4 % beansprucht.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Als Marktpreisrisiko wird in der Saalesparkasse die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welche sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen, Aktienkurse und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Überwachung der Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Das ebenfalls im Marktpreisrisiko abgebildete Immobilienrisiko umfasst sowohl Immobilieninvestitionen unter fremdem Management, die aus Immobilienfonds oder Immobiliengesellschaften resultieren (Immobilienrisiko Fonds), sowie Immobilien im eigenen Management zum Zweck der Renditeerzielung (Immobilienobjektrisiko).

Die Marktpreisrisiken werden sowohl periodisch als auch wertorientiert betrachtet. Steuerungsrelevant ist dabei die periodische Sichtweise. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption werden dabei neben dem Zinsspannenrisiko auch das Marktpreisrisiko des Depot A (incl. des Immobilienrisikos aus Fonds) sowie das Immobilienobjektrisiko limitiert.

Auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung werden mindestens vierteljährlich Simulationen zur Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos durchgeführt. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Die im Rahmen der periodischen Betrachtung der Zinsänderungsrisiken identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf die Restlaufzeiten- und Produktstruktur werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute im Rahmen eines Standardtests die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die höchste negative Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikoeffizienten größer als 20,0% aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2022 bei 11,6 % und damit deutlich unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im Juli 2022 mit 17,2 % ausgewiesen.

Es wird sichergestellt, dass auch die im Rahmen der barwertigen Betrachtung der Zinsänderungsrisiken identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf die Value-at-Risk-Restlaufzeitenstruktur im Risikomanagement Berücksichtigung finden.

Die Marktpreisrisiken im Depot A und das Zinsspannenrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 23 Sicherungsgeschäfte zur Absicherung eines Volumens von 530,5 Mio. EUR nominal.

Neben der Erhöhung der Investitionen in Spezialfonds erfolgten ebenfalls Neuinvestitionen im Rentenportfolio.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale, die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelstäglich für das Anlagebuch und das Gesamtdepot ermittelt. Die in den Eigenhandel eingebundenen Bereiche werden täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, den handelsrechtlichen Gewinn/Verlust sowie den Value-at-Risk für eine Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 95 % informiert.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Handelsgeschäfte zusätzlich in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt und die Effekte als Marktpreisrisiko Depot A quantifiziert. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Aktienkursrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio auftreten können. In diesem Rahmen werden auch vorliegende Risikokonzentrationen in den Strukturen identifiziert. So bestehen u.a. Risikokonzentrationen bei den Spreadrisiken (hinsichtlich einzelner Spreadklassen) und im Bereich des Immobilienrisikos unserer Fonds (hinsichtlich der Höhe des verwalteten Volumens pro Fondsmanagement, der Nutzungsart Büro sowie einzelner Standorte innerhalb Deutschlands). Die identifizierten zu beobachtenden Risikokonzentrationen sind z.T. Ergebnis einer strategischen Schwerpunktsetzung bzw. ein Zwischenergebnis beim Aufbau einer geplanten Portfoliostruktur. Unabhängig davon werden bei den regelmäßigen Szenarioanalysen alle Risikopositionen und damit auch die vorliegenden Strukturen vollständig berücksichtigt. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds werden dabei anhand eines Benchmarkportfolio-Ansatzes ermittelt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 95 % gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Handelsgeschäfte der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die im Eigenhandel verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert. Die in den Analysen verwendeten Zinsszenarien werden ebenfalls mit ihrer Wirkung auf das Zinsergebnis simuliert. Die Effekte werden als Zinsspannenrisiko quantifiziert. Hierfür werden angemessene Limite vorgehalten.

Auch für die Immobiliendirektanlagen werden für Zwecke der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der Risikofaktoren Wertrisiko, Adressrisiko (Mietausfallrisiko) sowie Leerstands- und Betriebsrisiko Szenarioanalysen durchgeführt. Die Effekte, die daraus resultierend zu einer Wertminderung der Immobilien führen können, werden als Immobilienobjektrisiko quantifiziert.

Für die kommenden 12 Monate wurde in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario ein Limit für das Immobilienobjektrisiko in Höhe von 1,8 Mio. EUR festgelegt. Zum Bilanzstichtag wird das Limit eingehalten und zu 71,9 % beansprucht.

Für das Zinsspannenrisiko ergibt sich zum Bilanzstichtag für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 4,8 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 68,7 %. Das Limit für das Zinsspannenrisiko wurde im Berichtsjahr 2022 im 1. Quartal überschritten. Auf Basis der daraufhin vorgenommenen Limiterhöhung wurde es den Rest des Jahres jederzeit eingehalten.

Für das Marktpreisrisiko Depot A ergibt sich im Risikoszenario per 31. Dezember 2022 für einen 12-Monats-Horizont ein Risikowert in Höhe von 140,6 Mio. EUR. Die Limitauslastung beträgt 93,7 %. Die besonderen Marktentwicklungen, auch durch die Maßnahmen der EZB, führten zu einem schnellen und deutlichen Renditeanstieg. Eine regelmäßige Überprüfung der Entwicklung auf Basis der RTF-Methodik zeigte eine angespannte, aber dennoch ausreichende Limitierung.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungsrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Zahlungsverpflichtungen das zur Verfügung stehende Liquiditätsdeckungspotenzial übersteigen. Das Refinanzierungsrisiko als Ertragsrisiko definiert die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl der negative Effekt aus veränderten Liquiditätsspreads als auch aus einem Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur maßgeblich.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse geht zur Generierung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation ein. Liquiditätsfristentransformation liegt vor, wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig investiert werden. Die Fristigkeit stellt dabei auf die Kapital- bzw. Liquiditätsbindung ab. Resultierend aus dem Umfang der Liquiditätsfristentransformation können sowohl das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als auch das Refinanzierungsrisiko als Risikokategorien des Liquiditätsrisikos schlagend werden. Die Überwachung und Begrenzung beider Risikoausprägungen erfolgt im Rahmen des operativen und strategischen Liquiditätsrisikomanagements. Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätsdeckungspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) und „Net Stable Funding Ratio“ (NSFR) heran. Die LCR dient der Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos. Die Kennzahl beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase. Die NSFR soll sicherstellen, dass ein Institut über eine hypothetische Stressperiode von einem Jahr eine stabile Refinanzierungsstruktur aufweist. Die Kennzahl berechnet sich als Quotient aus der verfügbaren stabilen Refinanzierung (ASF) und der erforderlichen stabilen Refinanzierung (RSF).

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2022 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Die institutsspezifisch festgelegten quantitativen Frühwarnmarken, mit deren Hilfe Störungen oder ein sich abzeichnender Liquiditätsengpass frühzeitig erkannt werden sollen, wurden nicht erreicht. Die Reichweite lag über der Frühwarnmarke von zwölf Monaten und beträgt am Jahresultimo 15 Monate. Die Mindestquote für die LCR und NSFR wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Zum Jahresultimo 2022 belief sich die Höhe der LCR auf 212,12 %. Die Höhe der NSFR betrug 122,57 %.

Risikomaß für das Refinanzierungsrisiko ist das Liquiditätstransformationsergebnis. Dieses ist eine Erfolgskomponente des Zinsergebnisses und setzt sich aus der Summe der aktivischen und passivischen Liquiditätsbeiträge zusammen. Die Beeinträchtigung der Ertragslage bei Risikoeintritt ist dabei vom Grad der Liquiditätsfristentransformation bzw. der Höhe des Anteils der Liquiditätsbeiträge am Zinsüberschuss abhängig. Der Risikowert beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 auf 4,3 Mio. EUR. Damit ist das in der Risikotragfähigkeit eingeräumte Limit in Höhe von 4,8 Mio. EUR zu 90,5 % ausgelastet.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (zum Beispiel Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Aus der Risikoinventur für die operationellen Risiken lässt sich der Wert für den realistischen Maximalverlust ableiten, der sowohl in die Ermittlung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der periodischen Risikotragfähigkeit einfließt.

Die Schadensfalldatenbank bildet die Grundlage für Risiken, die mit Hilfe der ex post-Analyse formuliert werden. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der periodischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken setzt die Saalesparkasse das „OpRisk-Schätzverfahren“ der SR Sparkassenrating und Risikosysteme GmbH ein.

Die innerhalb der Risikoinventur identifizierten operationellen Risiken ergaben keine bedeutsame Auswirkung auf die Risikolage der Saalesparkasse.

Risikokonzentrationen wurden in Bezug auf die Anzahl von Schäden bzw. deren Schadenshöhe sowie im Hinblick auf die Verlustpotenzialschätzung aus der Risikoinventur für operationelle Risiken identifiziert. Diese werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie externe Einflüsse. Andererseits sind die Konzentrationen auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates im IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Die vertraglichen Regelungen zur Anpassung von Zinssätzen bei Prämiensparverträgen sind Gegenstand von Musterfeststellungsklagen. In der Musterfeststellungsklage des Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gegen die Saalesparkasse hat das OLG Naumburg analog des BGH-Urteils vom 06.10.2021 entschieden. Auf dieser Grundlage bestehen am Bilanzstichtag Anspruchsgrundlagen der relevanten Kunden, sodass Aufwendungen zu berücksichtigen sind. Rechtsrisiken sind als Bestandteil der operationellen Risiken Gegenstand der Risikosteuerung und werden somit im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise dem Bereich des Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, dem Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) und MaRisk-Compliance zugeordnet werden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die „Zentrale Stelle“ ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wiederherzustellen.

Für die kommenden 12 Monate wurde in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario ein Limit für Operationelle Risiken in Höhe von 6,0 Mio. EUR festgelegt, welches über Vorjahresniveau liegt. Die Anpassung resultiert aus dem gestiegenen Jahresverlustpotenzial der Risikoinventur OpRisk 2021. Das Limit wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 67,0 % beansprucht.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet.

Das Provisionsrisiko bezeichnet das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss unterschritten wird. Dieses beinhaltet sowohl den dem Vertrieb zuzurechnenden Teil des Provisionsüberschusses als auch den aus dem Eigengeschäft und anderen Elementen.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung bezogen auf das Dienstleistungsgeschäft. Daher wird das Provisionsrisiko im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsrechnung innerhalb des Vertriebsrisikos aus dem Dienstleistungsgeschäft limitiert.

In die Limitanrechnung fließen insbesondere negative Planabweichungen in Bezug auf das Provisionsergebnis ein, die die Vertriebsplanung betreffen. Ergänzend werden Szenarioanalysen durchgeführt. Die Konsistenz zur monatlichen Berichterstattung in Bezug auf das Vertriebsergebnis ist sichergestellt.

Zusätzlich zur Betrachtung im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Die von der Saalesparkasse angebotenen Produkte und Dienstleistungen unterliegen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit einer regelmäßigen Überprüfung und einer aktiven Anpassung an die vorherrschenden Marktbedingungen.

Die für das Jahr 2022 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnten jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche teilweise kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 98,1% der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 insgesamt als unkritisch dar.

Für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet. Dabei bildet der geplante Provisionsüberschuss zugleich den Erwartungswert bei der Betrachtung der Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft in der Risikotragfähigkeit der Sparkasse ab. Das für die kommenden 12 Monate in der Risikotragfähigkeit festgelegte Limit im Risikoszenario in Höhe von 6,4 Mio. EUR für Abweichungen vom Erwartungswert wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 69,3 % beansprucht.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben. Je nach Beteiligungsart unterscheidet die Sparkasse nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen oder operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband, den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt sowie über die HGWS, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Die direkt gehaltenen Beteiligungen unterliegen einer regelmäßigen Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung, welche i. d. R. über die innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR) und der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU) erfolgt. Zur Risikosteuerung werden die Beteiligungsrisiken über die Risikotragfähigkeitskonzeption limitiert. Dabei werden Risiken aus unmittelbar sowie aus mittelbar gehaltenen Beteiligungen berücksichtigt. Der Risikoermittlung liegen die Höhe der Beteiligungen, die Besicherung, die Verwertungs- bzw. Einbringungsquoten und die Ratings der Beteiligungsunternehmen, aber auch Erträge aus Beteiligungen sowie ggf. bereits identifizierte Risiken und zu leistende Nachschüsse zugrunde. Die Höhe der Risiken sowie die Limitauslastung werden vierteljährlich in der Risikotragfähigkeit ermittelt und im Gesamtrisikobericht veröffentlicht.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfallen 99 % des Volumens auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Für den Prognosezeitraum des Folgejahres wird ein im Vergleich zum Ist-Wert höheres Risiko erwartet. Das für die kommenden zwölf Monate in der Risikotragfähigkeit im Risikoszenario festgelegte Limit für Abweichungen vom Erwartungswert in Höhe von 2,0 Mio. EUR wird aus heutiger Sicht voraussichtlich eingehalten und zum Stichtag zu 67,1 % ausgelastet.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig an die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Änderungen des Marktes, die Entwicklung der Geschäfte sowie die Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und weiterentwickelt werden.

Das für Zwecke der Risikotragfähigkeit einsetzbare Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2022 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden.

Das Jahr 2022 war gekennzeichnet durch vielfältige Krisensituationen. Zusätzlich zur Corona-Pandemie stand das Jahr vor allem unter dem Eindruck des durch Russland in der Ukraine ausgelösten Krieges, daraus resultierender Sanktionen und Lieferengpässe, Verwerfungen an den Energiemärkten, der flächendeckenden Auswirkungen der hohen Inflation sowie der daraus resultierenden Konjunkturertrübung. Im Zuge dieser gegenüber der Planung deutlich veränderten Rahmenbedingungen kam es zu einem erheblichen Renditeanstieg an den Kapitalmärkten. Zudem hat die EZB durch mehrfache Leitzinserhöhungen die Geldpolitik gestrafft. Daher befanden wir uns im gesamten Jahr 2022 insbesondere getrieben durch das Zinsänderungsrisiko im Risikoszenario.

Das im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung festgelegte Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit musste daher im Jahresverlauf von ursprünglich 110 Mio. EUR auf letztlich 200 Mio. EUR angepasst werden. Es standen jedoch ausreichend freie Risikodeckungsmassen zur Verfügung, so dass die Limiterhöhungen als vertretbar einzuschätzen waren. Abgeleitet aus der Erhöhung des Gesamtlimits erfolgte eine Neuverteilung auf die Teillimiten der einzelnen Risikoarten. Die Risiken wurden deutlich von den Marktpreisrisiken Depot A dominiert. Daher wurden für diese Risikoart umfangreiche Limiterhöhungen vorgenommen.

Temporäre Einzellimitüberschreitungen ergaben sich für das Zinsspannenrisiko mit 103,5 % per 31.03.2022 sowie das Refinanzierungskostenrisiko mit 105,9 % per 30.09.2022. Das Gesamtlimit in der Risikotragfähigkeit wurde jederzeit eingehalten.

Trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen war die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse in der periodischen Betrachtungsweise im Verlauf des Jahres 2022 zwar hoch beansprucht, aber jederzeit gegeben. Die für die einzelnen Risikoarten in Anspruch genommenen Teile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials der Saalesparkasse waren im Berichtsjahr auch unter Berücksichtigung der genannten temporären Teillimitüberschreitungen ausreichend.

Aus den durchgeführten Stresstests ergaben sich die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenbezogenen Stressszenario „Adressenrisiko“, welches schockartige Ratingverschlechterungen bis hin zu Totalausfällen in Kundenkrediten, Depot A und Beteiligungen unterstellt, sowie beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“.

Die Stress-Szenarien zeigten insgesamt im Jahresverlauf hohe sowie zunehmend auch bedeutende Risikoausprägungen, bei denen die aktuelle Mindestkapitalanforderung incl. SREP-Aufschlag (8,5%) nicht mehr eingehalten werden konnte. Im Kontext der enorm schwierigen Rahmenbedingungen, der sehr konservativen Annahmen in den Simulationsrechnungen sowie der Tatsache, dass die Simulationen einen Stress auf eine im laufenden Jahr bereits entstandene Stresssituation darstellen, sind die Ergebnisse vertretbar. Handlungsimplicationen sind daher trotz der vorliegenden schwierigen Gesamtsituation nicht abzuleiten. Die Entwicklung der Risikoparameter wird insbesondere bei den Hauptrisikotreibern Marktpreis- und Adressrisiko weiterhin eng überwacht.

Sollten sich deutliche Anzeichen für eine erhöhte Eintrittswahrscheinlichkeit der Szenarien und damit nochmalige Verschärfung der bereits vorliegenden Krise zeigen, könnte die Umsetzung folgender Maßnahmen in Betracht gezogen werden:

- o Risikoreduktion durch Anpassung der grundlegenden strategischen Ausrichtung im Eigenhandelsgeschäft (Reduzierung Spreadrisiken, Schuldscheindarlehnbestand),
- o Reduzierung Konzentrationsrisiken in allen Teilportfolien,
- o Erhöhung gedeckter Anteile / Erhöhung Besicherungsquoten

Das für das steuerungsrelevante Risikoszenario der Risikotragfähigkeit festgelegte Gesamtlimit (200,0 Mio. EUR) wird zum Bilanzstichtag eingehalten und zu 88,3 % beansprucht.

Die Risikosituation der Saalesparkasse wird auf dieser Basis zum Ende des Jahres 2022 durch den Vorstand als vertretbar eingeschätzt.

Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controllingmaßnahmen erfasst. Mögliche Ertragsbelastungen werden in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2023 berücksichtigt.

Die im Jahr 2022 aufgetretenen geopolitischen Veränderungen werden Auswirkungen auf die künftige Geschäftstätigkeit haben. Sowohl die Folgen des Kriegs in der Ukraine auf die Kapitalmärkte und die Kreditnehmer der Saalesparkasse als auch die anhaltend hohe Inflation in Verbindung mit der weiteren Entwicklung der Zinsmärkte können zu einer erneuten Veränderung/Verschärfung der Risikolage der Saalesparkasse im Jahr 2023 führen. Daher führt die Sparkasse seit Mitte 2022 eine regelmäßige Beurteilung der Betroffenheit der Kreditnehmer durch die Krisensituation durch.

Zum Stichtag 31.12.2022 hat die Saalesparkasse Kredite in Höhe von 204 TEUR an Kreditnehmer in Russland, Belarus und der Ukraine im Bestand. Ein Anstieg der Adressenrisiken der Sparkasse aufgrund von Kreditgewährungen an Kreditinstitute und Kunden, die in den Ländern Russland, Belarus und Ukraine besonders engagiert sind, ist derzeit nicht zu verzeichnen.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe prognostizieren für das deutsche BIP 2023 ein Rückgang von -0,8 %. Dies ist auf einen rückläufigen, wenngleich für die schwierige Situation immer noch vergleichsweise robusten privaten Konsum zurückzuführen. Daneben tragen die weiter rückläufigen Bauinvestitionen zur gesamtwirtschaftlichen Kontraktion bei. Die Bauindustrie steckt bereits seit 2022 in einer Branchen-Rezession und bleibt dies voraussichtlich auch 2023.

Gleichwohl unterstellt auch diese vorsichtige Prognose bereits eine im Jahresverlauf einsetzende Erholung. Eine etwaige, milde Rezession in der ersten Jahreshälfte dürfte in der zweiten Jahreshälfte überwunden werden. Für das Folgejahr 2024 gehen die Chefvolkswirte sowohl im Euroraum als auch in Deutschland von einem Wachstum mindestens in Höhe des Potenzialwachstums aus. Das gilt natürlich nur unter der Annahme, dass neue geopolitische Risiken wie eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges oder vielschichtige (politische, wirtschaftliche, pandemische oder gar militärische) Turbulenzen aus China ausbleiben.

Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2023 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,2 % prognostiziert.

Die Quote der registrierten Arbeitslosen würde nach der Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2023 mit 5,5 % weiter sehr niedrig bleiben. Wegen der wahrscheinlichen zeitlichen Begrenztheit einer etwaigen Rezession ist davon auszugehen, dass die Unternehmen ihre Belegschaften weitgehend halten werden. Auch wegen der demographischen Perspektiven einer anhaltenden strukturellen Arbeitskräftemangel, die inzwischen weit über den Sektor der Fachkräfte hinausgeht, ist inzwischen ein gewisses Hortungsverhalten von Seiten der Unternehmen zu beobachten. Mittelfristig bleibt der Arbeitskräftemangel der entscheidende strukturelle Engpassfaktor, der die Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Volkswirtschaft angebotsseitig begrenzt.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Der EZB-Rat wird den eingeschlagenen Kurs fortsetzen, indem er die Zinsen deutlich und in einem gleichmäßigen Tempo anhebt und sie auf einem ausreichend restriktiven Niveau hält, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zu seinem mittelfristigen 2 %-Ziel gewährleistet. Ein restriktives Zinsniveau wird im Laufe der Zeit die Inflation senken, indem es die Nachfrage dämpft, und gleichzeitig dem Risiko vorbeugt, dass sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben. In jedem Fall werden die Leitzinsbeschlüsse des EZB-Rats auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung festgelegt.

Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 25 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität zuletzt mit Wirkung zum 10. Mai 2023 auf 3,75 %, 4,00 % bzw. 3,25 % erhöht.

Dieser Leitzins bestimmt, zu welchem Zinssatz sich Banken Geld von der Zentralbank leihen können. Das hat auch Auswirkungen auf die Bauzinsen. Welchen Einfluss die Zinsentscheidung langfristig auf die Immobilienpreise haben wird, lässt sich vorerst schwer vorhersagen, denn auch weitere Faktoren wie die Einkommensentwicklung spielen dabei eine wichtige Rolle.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen erfolgte eine vorsichtige Planung der Geschäftsentwicklung. Die Planung erfolgt auf Monatsdurchschnittsbeständen. Der Prognosezeitraum beträgt 3 Jahre (2023 – 2025).

Hinsichtlich der Zinsentwicklung gehen wir von einer Fortsetzung des Zinsanstiegs im Geldmarktbereich aus. Ab 2025 erwarten wir einen leichten Rückgang. Im Kapitalmarktbereich gehen wir von relativ konstanten Zinsen im gesamten Prognosezeitraum aus.

Trotz der großen Unsicherheiten, die u.a. aus dem Ukraine-Krieg, der Energiekrise sowie der hohen Inflation resultieren und starken Einfluss auf die Investitionsneigung nehmen, gehen wir von einer Ausweitung des Kreditgeschäftes aus. Potenziale sehen wir weiterhin bei Baufinanzierungen und gewerblichen Investitionsdarlehen.

Insgesamt erwarten wir für das Geschäftsjahr 2023 ein leichtes Wachstum des Geschäftsvolumens. Im Kundenkreditgeschäft ist die Ausweitung des Geschäftes mit Privatkunden um

6,9 % und mit Unternehmenskunden um 6,4 % geplant. Dagegen wird ein weiterer Rückgang bei Krediten an Kommunen von 29,3 % erwartet. Für die Folgejahre gehen wir im Kundenkreditgeschäft von einem jährlichen Wachstum von maximal 2,7 % aus.

Insgesamt werden die Eigenanlagen 2023 aufgrund hoher Fälligkeiten von Anleihen und Schuldscheindarlehen um 1,6 % sinken. Eine Wiederanlage verzinslicher Anlagen ist in der derzeitigen Marktsituation mit steigenden Zinsen und daraus resultierenden Bewertungserfordernissen nicht vollumfänglich möglich. Dagegen wird der Bestand an Spezialfonds mit Fokus auf Immobilien- und Infrastrukturinvestitionen weiter ausgebaut. Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt. Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken werden Zinsswaps eingesetzt.

Für das Jahr 2023 wird ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen prognostiziert. Im Hinblick auf das in den letzten Monaten deutlich gestiegene Zinsniveau konnte die Produktpalette durch die Wiederaufnahme festverzinslicher Produkte erweitert werden. Daher erwarten wir Umschichtungen aus nicht- bzw. geringverzinsten Produkten, wie Sichteinlagen und Normalsparen, in höherverzinsliche Produkte. In den Folgejahren rechnen wir mit einem jährlichen Wachstum von maximal 1,8 %.

Der Vertrieb wird im Jahr 2023 auch weiterhin auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, die Modelle und Konditionen im Girobereich auch im Jahr 2023 konstant fortzuführen. Im Jahr 2024 ist eine Anpassung der Konditionen geplant. Gleichzeitig soll der Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisiert werden. Dieses erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt (ÖSA) und der Deka-Bank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend, verfolgen wir eine konsequente Multikanal-Strategie und haben hierzu in der Vergangenheit auch eine, den stationären Vertrieb ergänzende, digitale Filiale implementiert. Wir wollen deshalb die Angebote der digitalen Filiale erweitern, um den bisherigen Anteil der Kunden weiter auszubauen. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte der mindestens jährlichen Kundenkontakte zu verstetigen, um auch zukünftig mithilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 56,4 % der geführten Girokonten im Geschäftsgebiet nach den Marktanalysen des DSGVO zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2023 einen Zinsüberschuss in Höhe von 98,8 Mio. EUR. Auf Grund aktueller Hochrechnungen zeichnet sich ein überplanmäßiger Anstieg ab. In den Folgejahren gehen wir von steigenden Zinsergebnissen bis 102,0 Mio. EUR in 2025 aus sofern die erwartete Zinsentwicklung eintritt und die geplanten Annahmen im Kundengeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2023 bei Erreichen der Vertriebsziele mit 36,8 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird für 2024 mit 38,7 Mio. EUR und für 2025 mit 41,3 Mio. EUR eine ansteigende Entwicklung des Provisionsüberschusses unterstellt. Ein Anstieg des Provisionsüberschusses resultiert aus der geplanten Gebührenerhöhung ab Ende 2024 und vollständig für das Jahr 2025.

In den Planungen sind wir auf Grund zu erwartender deutlicher Tarifsteigerungen sowie einmaliger Inflationsausgleichszahlungen von einem deutlichen Anstieg des Personalaufwandes für das Jahr 2023 auf 44,2 Mio. EUR ausgegangen. Durch den von den Planungsannahmen abweichenden Tarifabschluss kommt es zu deutlichen Entlastungen. Der Personalaufwand 2024 wird mit 43,6 Mio. EUR, geringer als 2023 erwartet. 2025 werden die Personalkosten aufgrund der Planungsannahmen wieder steigen auf 44,8 Mio. EUR. Der Sachaufwand des Jahres 2023 wird mit 33,1 Mio. EUR (0,54 % der DBS) über dem Wert für 2022 liegen. Im weiteren Planungszeitraum gehen wir im Planjahr 2024 von 32,6 Mio. EUR (0,53 % der DBS) aus. Für das Planjahr 2025 wird ebenfalls ein konstanter Planwert von 33,0 Mio. EUR (0,55 % der DBS) erwartet.

Die Gesamtkapitalquote (Leistungsindikator) in Höhe von 13,3 % wird sich im Vergleich zum Jahr 2022 im Planjahr 2023 auf dem gleichen Niveau bewegen. Für die Jahre 2024 und 2025 wird von einem leichten Anstieg bis auf 13,91% ausgegangen.

Die Cost-Income-Ratio (Leistungsindikator) wird sich in 2023 mit 55,5 % unter dem Niveau des Jahres 2022 bewegen. Unter Berücksichtigung der Planannahmen ist in den Folgejahren eine Ergebnisentwicklung auf einen Wert von 54,1 % im Jahr 2024 und 52,7 % im Jahr 2025 zu erwarten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2023 mit 61,9 Mio. EUR, was 1,02 % der DBS entspricht, deutlich über dem Niveau des Vorjahres bewegen. Für die Folgejahre gehen wir aufgrund der derzeitigen Zinsentwicklung von höheren Zinsüberschüssen von leicht steigenden Betriebsergebnissen im Jahr 2024 von 64,6 Mio. EUR (1,06 % der DBS) sowie im Jahr 2025 von 69,9 Mio. EUR (1,16 % der DBS) und einer guten Ertragslage aus.

Obwohl sich die Auswirkungen von Corona-Pandemie sowie Ukrainekrieg und hoher Inflation bisher kaum in den Adressenrisiken gezeigt haben, gehen wir von zeitverzögert eintretenden zusätzlichen Belastungen für unsere Bewertungsergebnisse aus. Vor diesem Hintergrund erfolgten die Planungsrechnungen besonders konservativ und berücksichtigen aus Vorsichtsgründen zusätzlich zu den methodischen Simulationsrechnungen einen Sicherheitsaufschlag bei der Ableitung der Planwerte für Adressenrisiken für 2023 und 2024. Damit sollen Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Folgewirkungen aufgrund der aktuell besonderen Marktsituation berücksichtigt werden.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von -3,8 Mio. EUR im Jahr 2023 eingeplant. Es liegt damit deutlich unter dem durch außergewöhnlich hohe Abschreibungen infolge des Zinsanstieges sich ergebenden Istwertes von 2022. Der Planwert umfasst dabei sowohl einen adresseninduzierten als auch einen marktpreisinduzierten Prognosewert. Der adresseninduzierte Teil des Bewertungsergebnisses dient dabei insbesondere zur Abfederung möglicher Bewertungsrisiken aufgrund der Höhe und des Risikogehaltes unseres inzwischen erreichten Schulscheindarlehenbestandes und umfasst einen zusätzlichen Sicherheitsaufschlag in Höhe von 5 Mio. EUR. Mit dem marktpreisinduzierten Prognosewert sollen vor allem weitere Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten abgedeckt werden. Für die Folgejahre wird von negativen Bewertungsergebnissen ausgegangen, die insgesamt zwischen -3,8 und -6,3 Mio. EUR schwanken.

Für das Kundenkreditgeschäft werden im Jahr 2023 steigende Bewertungsaufwendungen in Höhe von -10,3 Mio. EUR erwartet. Neben den Basisparametern der Risiko- und Sicherheitsstruktur beeinflusst dabei das geplante Wachstum im Kreditgeschäft den Vorschauwert sowie ebenso wie beim Wertpapiergeschäft ein zusätzlicher Sicherheitsaufschlag in Höhe von 5 Mio. EUR zur Berücksichtigung möglicher Folgewirkungen infolge der aktuell besonderen Marktsituation. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft für 2024 und 2025 auf einem gleichen Niveau wie 2023 und ab 2025 wieder auf einem moderaten deutlich darunter liegenden Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird im Jahr 2023 mit -0,6 Mio. EUR unter dem Niveau für das Jahr 2022 erwartet. Es umfasst insbesondere mögliche Bewertungsaufwendungen für unsere direkt und indirekt gehaltenen Beteiligungen. Für die Folgejahre wird hingegen aktuell von keinem nennenswerten Bewertungserfordernis ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2023 soll zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. Darüber hinaus sollen Vorsorgereserven nach § 340g HGB gebildet werden. Für die Folgejahre sollen weitere Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Stärkung der Eigenmittel getätigt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelwerks und damit auch die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, sodass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind. Für den Prognosezeitraum wird aus der Sicht per 31. Dezember 2022 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen. Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann damit aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

Darüber hinaus ist für den Prognosezeitraum weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse sichergestellt. Kapitalengpässe sind für den Planungshorizont ebenfalls nicht erkennbar.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Der Planung liegt die Annahme zu Grunde, dass keine direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse zu erwarten sind.

Wesentliche Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung der Saalesparkasse werden der Angriffskrieg durch Russland auf die Ukraine, der deutliche Zinsanstieg und die hohe Inflation, die Folgen der Energiekrise und der sich zuspitzende Fachkräftemangel in Deutschland haben. Wodurch die sich verschärfende europäische Schuldenkrise in den Hintergrund gerückt ist. Sollte sich die grundsätzlich robuste deutsche Konjunktur dadurch weiter eintrüben, werden die angestrebten Ertragsziele mit größter Wahrscheinlichkeit nur schwer erreicht werden können. In diesem Zusammenhang unterliegen auch die Länderrisiken im Portfolio der Saalesparkasse mit der Entwicklung der Länderratings einer besonderen Beobachtung. Im Wesentlichen entfallen die Auslandsvolumina auf Länder des EWR und der OECD mit Ratingeinstufungen im Investment-Grade und damit geringen Risiken. Chancen können sich aus Ratinghochstufungen und damit geringeren Risiken ergeben, während Risiken in erster Linie in Belastungen aus Insolvenzen von Kreditnehmern oder Herabstufungen von deren Ratings bestehen.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben.

Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig.

Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses werden in der moderaten Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem gemäßigten Anstieg der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen aufgrund eines deutlichen Nachlassens der Kreditnachfrage im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft aufgrund des Zinsumfeldes, der hohen Baukosten und der stark gestiegenen Nebenkosten wie z.B. Energiekosten.

Die Zinsentwicklung nimmt auch Einfluss auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere. Weiter stark steigende Zinsen bringen zinsinduzierte Bewertungsrisiken, die wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Sparkassen haben können. Zu deren Begrenzung wurden Sicherungsgeschäfte abgeschlossen.

Die Entwicklung der Immobilienmärkte hat einen wesentlichen Einfluss auf die Erträge und Wertansätze der Immobilienfonds sowie der eigenen an Dritte vermieteten Bestandsimmobilien. Risiken ergeben sich insbesondere aus negativen Preisentwicklungen, erhöhten Leerständen und Angebotsüberhängen. Dem gegenüber sehen wir Chancen bei einer weiteren positiven Marktentwicklung.

Im Jahr 2022 hat es unter den volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine nennenswerten Auswirkungen auf das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft gegeben. Die Auswirkungen im Eigengeschäft der Saalesparkasse waren moderat. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben.

Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen und sinkenden Sicherheiten Werten in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen. Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahmen konnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils unter den Planannahmen bewegte.

Bei der weiteren Planung wird angestrebt, durch eine Intensivierung der Kundenbindung die Ausrichtung auf den Vertrieb weiter auszubauen. Sollten die im Rahmen der Planung verabschiedeten Ziele im Vertrieb nicht erreicht werden können, so ist mit negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Saalesparkasse insbesondere beim Zins- und Provisionsergebnis zu rechnen.

Die umfangreichen Änderungen und Erweiterungen der regulatorischen Anforderungen haben auch weiterhin wesentlichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Saalesparkasse. Sollte es zukünftig zu weiteren Verschärfungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kommen, könnten sich diese auch negativ auf die Saalesparkasse auswirken.

Die weiteren Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft und auf die Kapitalmärkte sind nach den bisherigen Erkenntnissen weiterhin schwer abzuschätzen ebenso deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse. In der Folge des Kriegs in der Ukraine kann es zu erheblichen negativen Abweichungen bei den für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen kommen. Eine nach wie vor hohe Inflationsrate und die Zinspolitik der EZB verstärken die Unsicherheiten. Besonders das Risiko von steigenden Verwaltungskosten durch die Energiekrise und deren Preiserhöhungen durch die Versorger sowie Preissteigerungen bei der Unterhaltung oder Instandsetzung von Immobilien im eigenen Bestand können Einfluss auf die Lage der Saalesparkasse nehmen.

Die Saalesparkasse ist zudem nichtfinanziellen und rechtlichen Risiken ausgesetzt, die unabhängig vom wirtschaftlichen Umfeld schlagend werden können.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Trotz Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen und vorsichtiger Planungsannahmen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2023 voraussichtlich deutlich über dem Niveau des Jahres 2022 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung verursacht werden, die sich sowohl auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Generell werden im Geschäftsgebiet noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Zunehmende Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit hat eine effiziente Marktbearbeitung, die verstärkt auf Kostensenkung und Digitalisierung des Leistungsangebotes setzt. Darüber hinaus wird weiterhin im Gesamtbetrieb durch ein stringentes Kosten- und Prozessmanagement versucht, Potenziale zu identifizieren und möglichst auch nachhaltig zu nutzen.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.